

Kristina Svensson

WANDEL DER LIBERALEN PARTEIEN
IN ESTLAND UND UNGARN.
EINE THEORIEGELEITETE LÄNGSSCHNITT
-VERGLEICHSTUDIE AM BEISPIEL
DES FIDESZ UND DER ELDP/REFORMIERAKOND.

2016

D61

*Wer, wenn nicht wir?
Für meinen Vater und meinen Opa.*

Danksagung

Die vorliegende Dissertation ist das Ergebnis einer langzeitigen Zusammenwirkung mehrerer Menschen und Faktoren. Ohne die Alle und das Alles hätte ich es nicht geschafft und bin froh es trotzdem geschafft zu haben.

Meinem Betreuer, Prof. Dr. Thomas Poguntke, gehört ein gesonderter Dank: für Kritik, Disziplin, Unzufriedenheit, Respekt und ganz viel Verständnis und Unterstützung.

Für die Infrastruktur und die finanzielle Unterstützung möchte ich dem Institut für Deutsches und Internationales Parteienrecht und Parteienforschung sowie dem Johannes-Rau-Stipendium danken.

Weiterer Dank geht an meine lieben Kollegen, ob im Büro, am Gang, am Lehrstuhl oder bei European Studies, ihr habt es geschafft meinen Uni-Alltag zu ergänzen und mich oft nicht im Dissertations-Wahn versinken zu lassen.

Ohne die Hilfe meiner Freunde und deren Motivation, eine Korrektur, ein Telefonat, ein netter Abend, eine Ablenkung, stetige Unterstützung, ein offenes Ohr oder viele Tassen Kaffee – alles, was ich hier gar nicht aufzählen kann – ohne das wäre der Weg viel anstrengender gewesen. Daher möchte ich hier besonders Sabine und Oliver, Nadine, Nadja, Magdalena, Elena und Shasha danke sagen!

Für die unglaubliche Menge an Unterstützung und Ermutigung möchte ich mich auch bei meiner Familie und meiner Mama bedanken. Trotz der schwersten Zeiten, hattet ihr immer Zeit und Energie für mich und wart nie müde eure Begeisterung für mein Tun zu äußern.

Ohne dich, Patrick, wäre aus der Schrift auch nicht das geworden, was es jetzt ist. Deine grenzenlose Geduld und stetiges für mich freuen, ob über meine Wortkreationen oder kleine Fortschritte, haben mir über die Jahre, auch aus den tiefsten Tiefen, sehr geholfen. Ich bleibe dir dafür und für vieles mehr für immer dankbar.

Zusammenfassung

Die beiden in dieser Arbeit untersuchten liberalen ostmitteleuropäischen Parteien sind für die Anwendung der Party Change Theorie, aufgrund ihrer Geschichte des Wandels, von ihrer Entstehung bis zur aktuellen Entwicklung, relevant.

Die Fragestellung der Arbeit und der Fokus ermöglichen die Ermittlung der Faktoren des Wandels der liberalen Parteien in Estland und Ungarn im Rahmen der inhaltlichen sowie organisatorischen Transformation. Daraus ergibt sich eine umfassende Analyse der Fallbeispiele. Gleichzeitig greift die vorliegende Studie auf den geographischen Raum Ostmitteleuropas in einer bisher nicht vorhandenen Form zu, indem der Wandel zweier Parteien aus einer Parteienfamilie, die noch nicht verglichen wurden und einer vernachlässigten jedoch bedeutungsvollen Parteienfamilie – den Liberalen – angehören, betrachtet wird.

In der Analyse des Wandels der Parteien wurden nicht nur ihre Wahlprogramme im Zeitraum von 1990 bis 2011 qualitativ und quantitativ auf Basis des Comparative Manifestos Project, sondern auch alle ihre Statuten mit Hilfe des Internal-Party Democracy Indexes analysiert, durch Expertengespräche validiert und stets kontextuell betrachtet.

Der Erkenntniswert der Arbeit liegt darin, dass die ostmitteleuropäischen Parteien nicht zwingend als Fälle sui generis betrachtet werden müssen und, dass die parteiwandeltheoretischen Ansätze, zwar nicht in einer direkten Form, aber auch auf diese Fälle anwendbar sind. Es wird daher festgestellt, dass der Wandel der liberalen Parteien in Ostmitteleuropa auf einige Faktoren wie ihre Wahlperformanz und die personelle Kontinuität der Parteiführung oder die ausbleibende Regierungserfahrung zurückgeführt werden kann. Darüber hinaus, im Fall des gleichzeitigen oder kausalkettenartigen Auftretens der Faktoren, findet oft ein umfassender, sowohl inhaltlicher als auch organisatorischer Wandel statt.

Summary

Both parties – the Hungarian FIDESZ and the Estonian Reformierakond – are/were liberal central eastern European (CEE) political parties. Due to their development and transformation history they are relevant for the application of the party change theory.

The central question of the dissertation and its focus concentrate on the search of the factors, responsible for the ideological and organizational party change in these two cases. This focus allows to withdraw a comprehensive analysis of the chosen cases. At the same time, the study addresses the geographical space of CEE in a singular way, comparing the change and the development of two political parties belonging to one party family. Neither these two parties have been compared before, nor the liberal party family has been rewarded with the adequate amount of scholarly attention.

Party change analysis of the two case studies focuses on the party programmes in the time from 1990 to 2011. The party programmes – national election programmes – have been analysed with both, qualitative and quantitative methods. The analysis of the party programmes aims to explore the content and ideological change of the party. Additionally, the study uses party statutes for analysis of the organizational structure – leadership change and internal party democracy (IPD) and its impacts on the party change. Finally, by conducting interviews with experts on the respective parties and political systems, the dissertation wraps up its own outcomes and draws conclusions for the whole *party change* of the case studies.

The value added with this dissertation is the attempt to have a comprehensive and non predominantly *sui generis* look upon the political parties in CEE in the party change perspective. Undoubtedly cannot one apply the existing theories identically to all cases and contexts, but there is a need for application attempts. The dissertation finds out that the party change of the case dissertation parties can be traced back to some prominent factors as election results, continuity of party leadership or missing governmental experience. Moreover, there is a finding that different factors in combination or in a sequence cause a more extensive party change in ideological or organizational realm or both.

INHALTSVERZEICHNIS

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	9
ABBILDUNGSVERZEICHNIS	10
EINLEITUNG	12
1 THEORIE	30
1.1 Parteienwandel und seine Ausprägungen	31
1.2 Der organisatorische und der inhaltliche Wandel der Partei	32
1.3 Parteiziele, deren Wettbewerbsstrategie und Parteienwandel	35
1.4 Wandel der ostmitteleuropäischen Parteien	38
1.5 Hypothesen	41
2 METHODIK	53
2.1 Der inhaltliche Wandel	56
2.1.1 Inhaltsanalyse der Wahlprogramme der Parteien	57
2.1.2 Analyse ausgewählter Themen der Wahlprogramme	59
2.1.3 Quantitative Analyse des inhaltlichen Wandels	62
2.1.4 Datenbasis des inhaltlichen Wandels: Wahlprogramme und Manifestos Data Collection	65
2.2 Der organisatorische Wandel	67
2.2.1 Die Struktur der Partei und ihr Wandel	68
2.2.2 Datenbasis des organisatorischen Wandels	70
2.2.3 Analyse des Parteienwandels durch Experteninterviews	70
2.2.4 Datenbasis Experteninterviews	71
3 LIBERALE PARTEIEN IN OSTMITTELEUROPA. DEREN KONTEXT, ENTWICKLUNG UND PORTRAITS	72
3.1 Ungarn und der Werdegang von Fidesz	75
3.1.1 The long time persisting Hungarian State of Mind	75
3.1.2 1990-1994	77
3.1.3 1994-1998	79
3.1.4 1998-2002	82
3.1.5 2002-2006	85
3.1.6 2006-2010	87
3.2 Estland: Eesti Liberaaldemokraatlik Erakond und Reformierakond	89
3.2.1 Das Musterkind der <i>Westenisierung</i> und seine Parteien	89
3.2.2 1990-1995	92
3.2.3 1995-1999	95
3.2.4 1999-2003	96
3.2.5 2003-2007	98
3.2.6 2007-2011	100

4	ANALYSE DES INHALTLICHEN PARTEIENWANDELS DER LIBERALEN PARTEIEN AUF BASIS DER WAHLPROGRAMME	102
4.1	Inhaltsanalyse der Wahlprogramme der ELDP, der Reformierakond und des Fidesz in der Zeit von 1990 bis 2011	102
4.1.1	Die ersten Parlamentswahlen und das erste Wahlprogramm nach der Wiederherstellung der Unabhängigkeit: 1990 in Ungarn und 1992 in Estland	106
4.1.1.1	Das erste Programm und der Begriff des Liberalismus	107
4.1.1.2	Eröffnungsthema – Wirtschaftspolitik oder Freiheit	109
4.1.1.3	Sozialpolitik	112
4.1.1.4	Föderalismus und effizientes Bildungssystem	113
4.1.1.5	Umweltpolitik	114
4.1.1.6	Kulturpolitik und mehr	115
4.1.1.7	Außenpolitik und Ausblick	117
4.1.2	Die zweiten Wahlen: 1994 Fidesz und 1995 Reformierakond statt ELDP	118
4.1.2.1	An der ersten Stelle: Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik	121
4.1.2.2	Regionale Entwicklung und sonstige Inhalte der Wahlprogramme	123
4.1.2.3	Ausblick	125
4.1.3	Die dritten Wahlen – 1998 Fidesz und 1999 Reformierakond	127
4.1.3.1	Topthema in Estland und Ungarn – Wirtschaft	128
4.1.3.2	Sozial- und Familienpolitik mit Zukunftsorientierung	130
4.1.3.3	Gesellschaftspolitische Konzepte von Fidesz und Gesellschaftspolitik der Reformierakond	132
4.1.3.4	Außenpolitik	134
4.1.3.5	Ausblick aus den dritten Wahlen	135
4.1.4	Die vierten Wahlen: 2002 Fidesz und 2003 Reformpartei	136
4.1.4.1	Thema Nr. 1: Familie bei der Reformierakond und Wirtschaft bei Fidesz	136
4.1.4.2	Der Beitritt zur Europäischen Union	138
4.1.4.3	Wahlprogramm trotz der EU-Beitrittsdebatte	139
4.1.4.4	Gesellschaftsvision der Parteien	141
4.1.4.5	Notiz zur Reformpolitik des Fidesz	143
4.1.4.6	Ausblick aus den vierten Wahlen	144
4.1.5	Die fünften und ersten Wahlen innerhalb der EU: 2006 Fidesz und 2007 Reformierakond	145
4.1.5.1	Wirtschaftspolitik	146
4.1.5.2	Familienpolitik	148
4.1.5.3	E-Estland und Verwaltungungarn	149
4.1.5.4	Kultur und Heimat	150
4.1.5.5	Verschiedene Themen aus den Wahlprogrammen	151
4.1.5.6	Die fünften Wahlen zusammengefasst	152
4.1.6	Die sechsten Wahlen: Fidesz 2010 und Reformierakond 2011 – immer noch liberal?	154
4.1.6.1	Reformierakond – liberale Partei eines nördlichen Landes	155
4.1.6.2	Fidesz – eine Partei in einem vertrauensvollen, ordnungs-basierten sowie demokratischem Staat	156
4.1.6.3	Wirtschaftspolitik	158
4.1.6.4	Gesellschaftspolitik	160
4.1.6.4	Die sechsten Wahlen zusammengefasst	162

4.2	Ergänzende quantitative Analyse der Wahlprogramme mit <i>Comparative Manifestos Project</i>	164
4.2.1	Links-Rechts Werte und <i>Comparative Manifestos</i> Studie	168
4.2.2	Die einzelnen Positionen der Parteien und der Parteiensysteme	174
4.2.3	Ideologische Positionierung auf der Links-Rechts-Skala: Estland und Ungarn	176
4.2.4	Detailanalyse ausgewählter Politikdimensionen	181
	4.2.4.1 Die Politik des Fidesz	184
	4.2.4.2 Die Politik der ELDP und der Reformpartei	186
4.2.5	Wahlperformanz und Wandel der Wahlprogramme	188
	4.2.5.1 Wandel der Wahlprogramme des Fidesz und der ELDP/Reformierakond	191
4.2.6	Übereinstimmungsindex und Wandel der Wahlprogramme	192
	4.2.6.1 Wahlperformanz und inhaltliche Transformation: Fidesz	193
	4.2.6.2 Wahlperformanz und inhaltliche Transformation: ELDP/Reformierakond	195
	4.2.6.3 Ergebnisse der empirischen Analyse der Wahlprogramme	198
5	ORGANISATORISCHER WANDEL DER LIBERALEN PARTEIEN	201
5.1	Parteistatutenanalyse mit Hilfe des <i>Intra-Party Democracy Measurements</i> und der Dynamik des Führungswechsels	206
5.1.1	Quantitative Analyse der Statuten – Messeung des Indexes der Internal Party Democracy	207
5.1.2	Qualitative Analyse der Statuten	209
5.1.2.1	Hauptkategorie 1 - Rechte der Mitglieder	209
	5.1.2.1.1 Subkategorie: Allgemeine Rechte der Parteimitglieder	209
	5.1.2.1.2 Subkategorie: Minderheitenrechte	212
5.1.2.2	Hauptkategorie 2 – Organisationsstruktur	213
	5.1.2.2.1 Subkategorie: Parteitag	213
	5.1.2.2.2 Subkategorie: Schiedsgericht	214
	5.1.2.2.3 Subkategorie: Parteivorstand	215
	5.1.2.2.4 Subkategorie: Parteipräsidium	216
	5.1.2.2.5 Subkategorie: Parteivorsitzender	216
	5.1.2.2.6 Subkategorie: Subnationale Ebene der Partei – die lokalen Organisationen	217
5.1.2.3	Hauptkategorie 3 – Entscheidungsfindung	218
	5.1.2.3.1 Subkategorie: Kandidatenselektion	219
	5.1.2.3.2 Subkategorie: Rekrutierung der Kandidaten für parteiinterne Ämter	223
	5.1.2.3.3 Subkategorie: Parteiinterne Verfahren	225
	5.1.2.3.4 Subkategorie: Programmatische Sachverhalte	227
5.2	Dynamik des Führungswechsels von Fidesz und ELDP/Reformierakond im Vergleich	228
5.2.1	Ausblick zur Parteiorganisation der liberalen Parteien in Estland	231
5.2.2	Ausblick zur Parteiorganisation der liberalen Partei in Ungarn	233
6	EXPERTENINTERVIEWS	236
6.1	Experten über Fidesz	238
6.1.1	Transformation inhaltlicher Schwerpunkte der Partei	238

6.1.2	Organisationsweise von Fidesz, eine praktische Betrachtung	241
6.1.3	Zwischenbilanz zu Fidesz	242
6.2	Experten zu ELDP/Reformierakond	244
6.2.1	Inhaltliche Charakteristik	244
6.2.2	Aufbau der estnischen Liberalen	245
6.2.3	Zwischenbilanz für ELDP/Reformierakond	246
7	ANALYSE	248
7.1	Wandelprofile der Parteien	250
7.1.1	Fidesz	250
7.1.2	ELDP/Reformierakond	256
7.2	<i>Party Change</i> und die Gründe des Parteienwandels	261
7.2.1	Der inhaltliche Wandel und seine Faktoren	261
7.2.1.1	Transformation des Parteiensystems	262
7.2.1.2	Ausbleibende Regierungserfahrung	264
7.2.1.3	Inhaltlicher Wandel aufgrund von Wahlniederlagen	266
7.2.1.4	Führungswechsel und inhaltlicher Wandel	267
7.2.2	Der organisatorische Wandel und seine Faktoren	269
7.2.2.1	Wahlniederlage, Führungswechsel und organisatorischer Wandel	271
7.2.3	Inhaltlicher und organisatorischer Wandel gleichzeitig möglich?	273
7.3	Zentrale Faktoren des Wandels	275
	ZUSAMMENFASSUNG UND AUSBLICK	277
	LITERATURVERZEICHNIS	284
	ANHANG	307
	INHALTSVERZEICHNIS	1
1	Synopsis der Wahlprogramme	2
2	Leitfaden der Experteninterviews	58
3	Liste der Geführten Interviews	61

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

d.h.	das heißt
ebd.	ebenda
ELDP	Eesti Liberaaldemokraatlik Partei
EG	Europäische Gemeinschaft
EU	Europäische Union
Fidesz/ Fidesz-MPP	Ungarischer Bürgerbund (Fidesz – Magyar Polgári Szövetség)
FKgP	Unabhängige Partei der Kleinlandwirte (Független Kisgazdapárt)
IME	Das Selbstwirtschaftende Estland (Isemajandav Eesti)
IPD	Intra-Party Democracy Index
KDNP	Christlich-Demokratische Volkspartei (Kereszténydemokrata Néppárt)
L-R	Links-Rechts
MARPOR/CMP	Comparative Manifestos Project
Miép	Ungarische Wahrheits- und Lebenspartei (Magyar Igazság és Élet Pártja)
MDF	Ungarisches Demokratisches Forum (Magyar Demokrata Fórum)
MPP	Ungarische Bürgerpartei (Magyar Polgári Párt)
MSSD	Most Similar Study Design
MSZP	Ungarische Sozialistische Partei (Magyar Szocialista Párt)
NATO	North Atlantic Treaty Organization
SZDSZ	Bund Freier Demokraten (Szabad Demokraták Szövetsége)
vgl.	vergleiche
z.B.	zum Beispiel
Ü	Übereinstimmungsindex

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abbildung 1 Wahlplakat des Fidesz zu den Wahlen 1990 „Tessék választani“¹
(„Bitte wählen Sie“)

Abbildung 2 Wahlspruch auf einer Plastiktüte², Reformierakond – „Ára libise
öigelt teelt“ („Rutschen Sie nicht von dem richtigen Weg“)

KAPITEL 2

Abbildung 3: Kategorien und Positionen der Einzelanalyse der Wahlprogramme

KAPITEL 4

Abbildung 4: Links-Rechts Positionen nach Dimensionen in Ungarn und
Estland

Abbildung 5: Positionsstrukturen der Parteien in Estland und Ungarn

Abbildung 6: Entwicklung der L-R-Werte des Fidesz

Abbildung 7: Links-Rechts Werte des Fidesz, 1990-2010.

Quelle: eigene Darstellung auf Basis des CMP-Datensatzes

Abbildung 8: Entwicklung der L-R-Werte der ELDP und Reformpartei

Abbildung 9: Entwicklung der Links-Rechts-Werte für die ELDP und
Reformierakond

Abbildung 10: Politikdimensionen und dazugehörige Codes des CMP-
Datensatzes

Abbildung 11: Salienzwerte der Codes für Themenanalyse: Fidesz

Abbildung 12: Salienzwerte der Codes für Themenanalyse: ELDP und
Reformierakond

Abbildung 13: Übereinstimmungsindex des Fidesz

Abbildung 14: Übereinstimmungsindex der ELDP und Reformierakond

Abbildung 15: Wahleigenschaften des Fidesz

Abbildung 16: Wahleigenschaften der ELDP und Reformierakond

KAPITEL 5

Abbildung 17: Internal Party Democracy Index, ELDP/Reformierakond

Abbildung 18: Internal Party Democracy Index, Fidesz

Abbildung 19: Haupt- und Unterkategorien 1 – Rechte der Mitglieder

Abbildung 20: Haupt- und Unterkategorien 2 – Organisationsstruktur

Abbildung 21: Haupt- und Unterkategorien 3 – Entscheidungsfindung

Abbildung 22: Aufteilung der Unterkategorie – Kandidatenselektion

Abbildung 23: Parteivorsitzende, Fidesz

Abbildung 24: Parteivorsitzende, ELDP/Reformierakond

¹ Quelle: http://upload.wikimedia.org/wikipedia/hu/6/69/Tess%C3%A9k_v%C3%A1lasztani.jpg (stand 29.05.2015)

² Quelle: <http://majandus24.postimees.ee/341827/reformierakond-lubab-tulumaksu-alandamist> (29.05.2015)

Abbildung 1: Wahlplakat des Fidesz zu den Wahlen 1990 „Tessék választani“



Abbildung 2: Wahlspruch auf einer Plastiktüte, Reformierakond – „Ära libise õigelt teelt“



EINLEITUNG

Seit Anfang des vergangenen Jahrhunderts beschäftigt sich die Politikwissenschaft mit diversen Fragen der Parteientstehung, -organisation, -ausrichtung sowie mit der Programmatik, Performanz, den Wahlen und verschiedenen anderen Phänomenen, die unmittelbar mit den Parteien oder ihren Entwicklungen verbunden sind. Auf der imaginären Weltkarte der Parteien scheint es, global betrachtet, kaum einen Staat zu geben, über dessen Parteien noch nichts geschrieben wurde. Trotz einer auf den ersten Blick riesigen Menge an bereits vorhandenen Studien, muss nicht mal Kontinentaleuropa verlassen werden, um Lücken und weiteren Forschungsbedarf im Bereich der vergleichenden Parteienforschung festzustellen. Innerhalb Europas gibt es ebenso große Ungleichheiten: die westeuropäischen Parteien und Parteiensysteme sind seit über 60 Jahren ein bedeutender Gegenstand der Parteienforschung, über die ostmittel-europäischen Parteien kann das Gleiche nicht gesagt werden. Diese sind erst seit knapp zwanzig Jahren nicht ausschließlich für *communist studies* interessant. Der Raum Ostmitteleuropa³ und seine vielen demokratischen Parteien bieten aber gerade für einen vergleichenden Ansatz der Parteienforschung großes Potential (Batt 2007: 1). Der Demokratisierungsprozess der ostmitteleuropäischen Staaten nach dem Zerfall der Sowjetunion in den späten 80er Jahren führte dazu, dass nicht nur die Staaten selbst neu konstituiert werden mussten, sondern auch eine Erneuerung des Zustandes der gesamten Gesellschaft und des politischen Systems notwendig war. Im Rahmen dieses Prozesses sind die politischen Parteien nicht nur in ihrer gesamten Vielfalt gegründet worden, sondern haben in den Transformationsprozessen ihrer Länder eine der zentralen Rollen, vor allem bei der politischen Willensbildung, gespielt. Zudem hatten sie eine enorme Verantwortung bei der Konsolidierung und der Etablierung des Staates als Vermittler zwischen Bürger und politischen Institutionen.

Die Parteien und deren Wandelanalyse, die allgemein eine lange Tradition in der Parteienforschung haben, sind für den ostmitteleuropäischen Raum noch teilweise unerklärt. Wie später aus dem Forschungsstand deutlich wird, ist der Bedarf nicht nur

³ Aufgrund verschiedener Definitions- und Diskussionsmöglichkeiten des geographischen Raumes von Ost- und Mitteleuropa, wird hier auf eine Auseinandersetzung mit dem Begriff verzichtet und zusammenfassend von Ostmitteleuropa, angelehnt an die Ländergruppe *Central and Eastern European Countries* (CEEC) von OECD, gesprochen. Quelle: OECD Definitionen, <http://stats.oecd.org/glossary/detail.asp?ID=303> (zuletzt aufgerufen am 16.4.2015), andererseits wird an die Begriffsdiskussion von Judy Batt (2007) angelehnt.

nach der Analyse des Parteienwandels allgemein vorhanden, sondern auch für besondere Parteienfamilien. Die vorliegende Arbeit widmet sich daher nicht nur dem Wandel der Parteien an sich, sondern hat vor allem den **Anspruch, den Wandel von zwei Repräsentanten der ostmitteleuropäischen liberalen Parteienfamilie in Form einer vergleichenden Längsschnitt-Fallstudie zu untersuchen**. Dabei fokussiert sich die **Fragestellung der Arbeit auf die Ermittlung der Faktoren, von denen der Parteienwandel abhängt**. Der Wandel der Parteien wird in der vorliegenden Arbeit vor allem in einer festgestellten Veränderung und einer Transformation gesehen. Das Konstatieren der Tatsache, dass ein Wandel stattgefunden hat, ist nur der erste Schritt der Erfassung des Parteienwandels. Daher möchte die vorliegende Arbeit zusätzlich die Ursachen dieses Wandels ermitteln und ihre Zusammenhänge für die konkrete Form des Wandels der liberalen Parteien erarbeiten. Für diesen Zweck werden zwei zentrale Formen des Parteienwandels betrachtet: der organisatorische und der inhaltliche. Diese beiden Arten erlauben eine präzise, aber zugleich auch umfassende Betrachtung des Wandels der konkreten Parteien und das Entdecken der Zusammenhänge von bestimmten Wandelfaktoren auf die entsprechenden Wandelformen.

Um den aufgestellten Zielen und Ansprüchen nachzukommen, baut sich die Arbeit wie folgt auf: Die **Einleitung** widmet sich nicht nur der ausführlichen Einbettung des hiesigen Forschungsinteresses in den wissenschaftlichen Diskurs, es werden auch die genauen und innovativen Aspekte des vorliegenden Ansatzes aus der bestehenden Forschungslücke abgeleitet, zentrale Begriffe definiert sowie die Fallbeispielwahl erörtert und somit die oben genannte Forschungsfrage und ihre Signifikanz erläutert. **Kapitel 1 zur Theorie** setzt sich mit den vorhandenen theoretischen Modellen des Parteienwandels auseinander und diskutiert ihre Anwendbarkeit auf den hiesigen Untersuchungsgegenstand. Darüber hinaus werden die beiden zentralen Formen des Wandels, Besonderheiten des Wandels im Kontext der ostmitteleuropäischen Parteien sowie auch die Anwendung der bestehenden Theorien des Parteienwandels auf diese diskutiert. Das Kapitel mündet in den, sich aus der theoretischen Auseinandersetzung abgeleiteten, für die Analyse des Wandels zentralen Hypothesen. **Kapitel 2 über die Methodik** widmet sich der Operationalisierung des vorliegenden Forschungskonzeptes und erläutert wie und wieso bestimmte methodische Ansätze für die Analyse des inhaltlichen und organisatorischen Wandels gewählt sind. Darüber hinaus werden die

Datengrundlagen der empirischen Untersuchungen beschlossen und ihre Analyse konzeptualisiert. Um die Kontextualisierung der empirischen Ergebnisse möglich zu machen, werden zuerst in **Kapitel 3** für die zu analysierenden Parteien **Parteienportraits** mit den Schwerpunkten Entstehung, Entwicklung und gesellschaftlicher Kontext examiniert. Anschließend werden in **Kapitel 4**, mit dem Fokus auf ihren inhaltlichen Wandel, die Wahlprogramme der Parlamentswahlen der Parteien qualitativ sowie quantitativ vergleichend untersucht. Dabei werden zunächst die Programme Wahl für Wahl in Form einer inhaltlichen Analyse auf ihre Inhalte, Stilistik, den Aufbau, Besonderheiten und die inhaltlich-ideologische Entwicklung betrachtet. Danach werden in der quantitativen Analyse die inhaltlich-programmatischen Positionen der Wahlprogramme auf Basis des Datensets des *Comparative Manifestos Projects* untersucht und ermittelt. Dabei konzentriert sich die Analyse auf die Links-Rechts-Werte, die einzelnen Politikdimensionen sowie die Analyse der Zusammenhänge zwischen der Wahlperformanz und den Veränderungen in den Wahlprogrammen der Parteien. **Kapitel 5** widmet sich der Erforschung des organisatorischen Wandels der Parteien. Dafür werden die Statuten der beiden Fallbeispiele ebenso qualitativ und quantitativ, mit dem Fokus auf ihre allgemeine Organisationsstruktur, die innerparteiliche Demokratie sowie die Dynamik des Führungswechsels der Parteien, untersucht. In einem weiteren und letzten Analyseschritt des **Kapitels 6** werden die bisherigen Ergebnisse durch die geführten Expertengespräche ergänzt. Schließlich werden alle Teile der Arbeit im **Kapitel 7** in Form einer Gesamt-Analyse miteinander verbunden, die Hypothesen reflektiert und der Wandel der Parteien auf ihre Kausalität bezüglich der Faktoren besprochen. Die Arbeit wird durch eine Zusammenfassung und einen Ausblick auf die künftige Forschung abgeschlossen.

Forschung zu Ostmitteleuropa, Parteien, Liberalismus und deren Wandel?

Seit ihrer Konstituierung haben sich die, damals neuen, Parteien, wie jede andere Organisation, nicht nur entwickelt, sondern auch in vielen Fällen gewandelt. Dieser Wandel der Parteien in Ostmitteleuropa lässt mittlerweile nicht nur induktive Aussagen, sondern detaillierte Fallanalysen zu. Die möglichen Untersuchungen der Parteien sowie deren Entwicklungen und Typen, sind genauso ambivalent wie die Anzahl der für die

Analyse einer Partei anwendbaren theoretischen Konzepte und methodischen Annäherungsweisen. Zum Parteienwandel gibt es ebenso viele Ansätze und Untersuchungsweisen wie es Fallbeispiele für besondere Formen des Wandels der Parteien in ihrer organisatorischen, inhaltlichen oder anderen denkbaren Formen geben kann. Je nachdem, welchen Schwerpunkt der Autor selbst für wichtig hält oder aus welchem Aspekt die Parteien untersucht werden sollten, gibt es unterschiedliche Herangehensweisen an die existierende Literatur zum Parteienwandel. Sicherlich kann beim Beginn der Politikwissenschaft und den ersten Arbeiten zu Parteien angefangen werden, doch dann ist die Entwicklung bis zum Gegenstand dieser Arbeit zu umfangreich, um hier erläutert werden zu können. Folgend wird der Weg zur hier relevanten Forschungslücke kurz skizziert.

Der hier zum tragen kommende Forschungsansatz basiert auf drei zentralen Komponenten: den ostmitteleuropäischen Parteien, der liberalen Parteienfamilie im geographischen Kontext Ostmitteleuropas und natürlich dem Wandel der Parteien. Der Umfang der Forschungsansätze und des Parteienwandels, seine vielseitigen Perspektiven und Ansätze, werden in den Sammelbänden von Niedermayer/Stöss (1993) und Luther/Müller-Rommel (2002) reflektiert sowie ihre Ansätze elaboriert. Während Niedermayer/Stöss (1993) sich ausschließlich auf die deutsche Forschungslandschaft konzentrieren, liefern Luther/Müller-Rommel in ihrem Sammelband einen internationalen Forschungsansatz und schlagen vor allem die Brücke zwischen bereits existierenden Ansätzen und der Problematik ihrer Anwendung auf die neuen, auch ostmitteleuropäischen, Parteien. Da die Konzeptualisierung des Begriffs des Parteienwandels im Rahmen der vorliegenden Arbeit detailliert im Theoriekapitel vorgenommen wird, konzentriert sich die folgende Darstellung des Forschungsstandes auf die Studien zu Parteien und insbesondere der ostmitteleuropäischen Fälle.

Parteien und deren Wandel können aus verschiedensten Perspektiven untersucht werden. Da die Parteien ein Bestandteil der Gesellschaft sind, können diese, eben wie auch die Gesellschaft, fast nie losgelöst von Wandelaspekten betrachtet werden. Es wäre sehr unwahrscheinlich, dass eine Partei im Laufe der Zeit unverändert bleibt. Die Studien, von Kirchheimer (1965), Mair (1990; 1997), Daalder/Mair (1983), Wehling/Schultze (1983) oder Detterbeck (2011), die sich alle mit den Fragen der Parteientypen und Parteiensysteme auseinandersetzen, oder Epstein (1972), der das

westeuropäische Parteiwesen allgemein konzeptualisiert, und Beyme (1985), der dazu eine umfassende vergleichende Studie über die Rolle der westeuropäischen Parteien in ihren Gesellschaften liefert, und schließlich die Entwicklung des Wandels der Parteien von einer Massenpartei im Zusammenhang mit dem Parteiensystem- und allgemeinen gesellschaftlichen Wandel (2000) untersucht. Ware (1996) klassifiziert seinerseits Parteien und Parteiensysteme in Westeuropa und Krouwel (2012) untersucht die Transformation der Parteien in Westeuropa, dies sind alles bedeutende Beiträge für jede Forschungsarbeit, die sich mit der Entwicklung der Parteien beschäftigt. Sie bieten eben nicht nur Möglichkeiten der Typisierung der Parteienentwicklungen, sondern zeichnen auch verschiedene Zusammenhänge und Abhängigkeiten, die für die Parteien und ihre Entwicklung relevant sein können, auf. Janda (1980) erstellt einen Katalog der Parteien und somit eine Basis für die fallbeispielorientierte Parteienforschung. Neben der allgemeinen deskriptiven Aufgabe einer Falluntersuchung gehört oft ein zusätzlicher Schwerpunkt der Analyse hinzu. So zum Beispiel ist der Fokus auf die vergleichende Untersuchung verschiedener Parteien die zu einer Parteienfamilie gehören, von erheblicher Bedeutung. Konkrete Parteienfamilien werden in international vergleichenden Studien wie in der Studie zu den christlich-demokratischen und konservativen Parteien von Veen (1983) und Veen et al. (1994) oder die Analyse der europäischen sozialdemokratischen Parteien von Kitschelt (1994) betrachtet. Kirchner (1988) und Franzmann (2012) analysieren die westeuropäischen Liberalen, Poguntke (1993) und Frankland et al. (2008) untersuchen die Grünen Parteien Europas. Szczerbiak/Taggart (2008) liefern schließlich eine Analyse der euroskeptischen Parteien Westeuropas. An die Tradition der Analyse einer Parteienfamilie möchte auch die vorliegende Arbeit anknüpfen und durch das Betrachten von zwei weiteren Fällen der Liberalen ergänzen. Die Untersuchung einer Parteienfamilie ist ein breiterer Ansatz, der Konkretisierung bedarf, deswegen müssen jetzt besondere Vergleichsaspekte aus der vorhandenen Literatur herausgearbeitet werden. Ein weiterer zentraler Ansatz zur Analyse von Parteien und vor allem deren Wandel verbirgt sich in der Beobachtung ihrer Organisationsweise. Die Betrachtung des Parteienwandels aus der organisatorischen Perspektive ist sehr ambivalent und ausführlich bei Panebianco (1988) beschrieben, vor allem mit dem Fokus auf die Rolle der dominierenden Koalition und der Parteiführung (Poguntke 2000, 2002, 1998), mit der Analyse nicht nur der Organisation sondern auch zur gesellschaftlichen Verankerung einer Partei und laut

Berge et al. (2013) sowie Bukow/Poguntke (2013) mit dem Fokus auf die innerparteiliche Demokratie betrachtet. Eine weitere grundlegende Art der Untersuchung des Parteienwandels stammt aus den quantitativen Studien der Forschungsgruppe des Projektes *Comparative Manifestos Project* von Budge/Klingemann (2001), Klingemann et al. (2006) und Budge et al. (2008). Diese bilden eine der umfangreichsten Datenbanken und Analyse des Parteienwandels auf Basis ihrer wahlprogrammatischen Veränderungen, die nicht nur die meisten westeuropäischen, sondern mittlerweile sowohl die ostmitteleuropäischen Parteien umfassen sowie Parteien der OECD-Länder und ständig weiterentwickelt werden. Auch diese Studie findet später in der vorliegenden Arbeit Anknüpfung. Schließlich prägt die Parteienforschung die Tradition der Fallbeispielanalysen, die den Wandel einer oder mehrerer Parteien untersuchen, wie die durch die Krisen-Betrachtung bei Detterbeck (2002), der am Beispiel vom Wandel der Parteien in Dänemark, Deutschland, Großbritannien und der Schweiz die Kartellpartei-These von Katz/Mair (1995: 6) prüft, Heffernan (2000) mit der Detailanalyse der Labour Party, Jörs (2006) mit einer Analyse der postsozialistischen Parteien in Deutschland und Polen, Ladner (2004) und Ladner/Brändle (2001) untersuchen die Schweizer Parteien und deren Wandel. Da die vorliegende Arbeit mit der Untersuchung von zwei Fallbeispielen auch in dieser Tradition läge, jedoch einen anderen geographischen Raum betrachtet, müssen für die Klarheit der Forschungslücke auch die Beiträge über die ostmitteleuropäischen Parteien umrissen werden.

Abgesehen von der ostmitteleuropäischen Erweiterung der Manifestos-Studie, waren alle bisher erwähnten Studien zum Parteienwandel außerhalb Ostmitteleuropas lokalisiert. Zwar ist Ostmitteleuropa geographisch keine Rarität mehr in den Politikwissenschaften und der Parteienforschung, die Betrachtung der Region weist aber noch gewisse Defizite auf. Über Ostmitteleuropa wird vor allem im Kontext der allgemeinen Transformation und des Demokratisierungsprozesses geschrieben und somit werden auch die Parteien als in diesem Rahmen handelnde Akteure untersucht. Die Politikwissenschaften kennen die Erforschung der ostmitteleuropäischen Transformationsländer und deren politischen Systeme vor allem dank Ismayr (2002, 2010). In dessen Sammelbänden können auch die separaten aktuellen Analysen zu Estland (Laagerspetz/Maier 2010: 79-99) und Ungarn (Körösény et al. 2010: 357-417) gefunden werden, die einen ausführlichen Überblick zu den beiden Ländern verschaffen.

Ein weiterer Sammelband zur politischen Transformation in Osteuropa stammt von Berglund et al. (2013), und auch dieses enthält ein Kapitel diesmal nur zu Estland (Laagerspetz/Vogt 2013) – oder von Bos/Segert (2008), in deren Sammelband Dieringer (2008: 357-417) das politische System Ungarns konzeptualisiert. Von Dieringer (2009) stammt auch eine Monographie zum politischen System Ungarns, doch auch dort kommen die Parteien im Sinne des hiesigen Ansatzes zu kurz. Den Systemwechsel, der für die Entstehung der politischen Parteien in Ostmitteleuropa zentral ist, untersucht Beyme und thematisiert unter anderem auch die Entstehung der Parteien (1994: 278-286) sowie deren mögliche Familien (1994: 297-313). Chavance/Magnin untersuchen Transformationsländer als potentielle Nachahmer ihrer westlichen Nachbarn (2000: 221-233), diese Hypothese trifft auch die Parteien. Außerdem konzeptualisiert Bos (2009) allgemeine Entwicklungsperspektiven für den Parlamentarismus und die Parteien in Osteuropa, Cabada et al. (2014), Segert et al. (1997), Enyedi (2007, 2006b) und Kitschelt (1999) liefern eine gute Analyse der ostmitteleuropäischen Parteien in ihren Parteiensystemen, denn dort werden im Zuge der Beispiele separat sowohl die estnischen als auch die ungarischen Parteien thematisiert. All diese Beiträge bilden die Grundlage und den Ausgangspunkt für die Feststellung, dass es aber an der Forschung zu den Entwicklungen konkreter Fälle mangelt. Die Parteien werden immer als ein Bestandteil entweder des Transformationsprozesses, des Parteiensystems oder von Ähnlichem, betrachtet. Interessiert man sich aber für eine konkrete Parteiengruppe, -familie oder gar eine spezielle Partei, werden die Literaturlisten schnell dürftig.

Natürlich gibt es bereits Forschungsbeiträge zu den hier untersuchten ostmitteleuropäischen Ländern und deren Parteien. So gehen Autoren wie van Biezen auf den Fall Fidesz im Rahmen der Analyse der Parteien in neuen Demokratien ein (2003: 126-130), ebenso betrachten Bugajski (2002), Segert/Machos (1995: 63-74) und Hatschikjan/Weilemann (1994), Hloušek/Kopeček (2010) und Hloušek/Chytilék (2007), Enyedi/Tóka (2007) sowie Holländer (2003), Fidesz im Rahmen der Analyse der Parteienlandschaften, Wahlen und Wandel des politischen Systems der Visegrád-Staaten oder wie bei Schmidt-Schweizer (2007), Oltay (2014, 1995), Korkut (2012) und Adrowitzer/Gelegs (2013) als ein Bestandteil der Darstellung der politischen Geschichte des Landes oder die Deskription der Entwicklung der Partei. Ungarische Parteien, darunter auch Fidesz, stehen im Mittelpunkt der Parteienforschung von Körösény

(1999a, 1999b, 1999c), Körösény et al. (2009) sowie Bozóki et al. (1992), Bozóki/Simon (2008) und Kiszelly (2011). Aus organisatorischer Sicht betrachten unter anderem den Fidesz sowohl Enyedi/Linek (2008) im Rahmen der Gesamtanalyse der ostmitteleuropäischen Parteien, Enyedi (2006b) und Machos (2003) in einer ausführlichen Analyse zur Organisationsweise ungarischer Parteien, und Tavits (2013) sowie Balázs/Enyedi (1996) schließen Fidesz als Beispiel in die Parteienorganisationsanalyse der postkommunistischen Länder ein. Insgesamt kann ein umfassendes Portrait der Partei und teilweise auch ihrer Entwicklung aus den genannten Beiträgen abgeleitet werden, das jedoch bei konkreten Fragestellungen an seine Grenzen stößt, liefern diese Beiträge doch keine umfassende Parteienanalyse.

Die estnischen Parteien sind in den Parteienwissenschaften sogar eine noch größere Rarität. Die umfassendste Studie zu den Parteien, dem Parteiensystem und vor allem deren Transformation stammen aus dem Vergleich der baltischen Länder von Reetz (2004) und Pettai (2003b) und den Beiträgen von Toomla (2005: 137-161) in dem Sammelband von Kulik/Pshizova (2005) zu den politischen Parteien im postsowjetischen Raum. Ausschließlich der Geschichte und der Klassifikation sowie Entwicklung der estnischen Parteien und des Parteiensystems widmen sich die beiden estnisch-sprachigen Monographien von Toomla (1999a, 2011). In diesen wird in der Tradition der Untersuchung der westeuropäischen Länder und deren Parteien sowie Parteiensystemen das estnische Fallbeispiel analysiert.

Eine weitere der wenigen, mittlerweile fast 20 Jahre alten, Monographien stammt von Arter (1996). Er führt Estland als Beispiel für die Parteien und Demokratieentwicklung eines postsowjetischen Staates an und betrachtet vor allem den Entstehungszeitraum und -kontext der Parteien insgesamt. Darüber hinaus finden sich Beiträge und Aufsätze in verschiedenen Sammelbänden und Zeitschriften. So stammt von Grofman et al. (2000) die Untersuchung zur Dynamik der Zusammenschlüsse und Absplitterungen der estnischen Parteien, Oschlies (2013) betrachtet die Demokratie Estlands als Vergleichsmaß zu den Ostdeutschen Entwicklungen. Der Beitrag von Mikkel (2006) berichtet über die Entstehung und Konsolidierung estnischer Parteien an der Schwelle zum EU-Beitritt, Norkus (2007) skizziert den Erfolg der Parteien im politischen System Estlands. Bedeutende Beiträge zur Analyse der estnischen Parteien sind Sikk zu verdanken. In seinem vielseitigen Forschungsinteresse gegenüber diesen fokussiert er

sich auf die Organisationsweise der Parteien (2006) und fragt nach dem Einfluss der EU auf die inhaltliche Parteipolitik Estlands (Sikk 2011b).

Über die Forschungslücke

Auf die oben dargestellte Art und Weise gestaltet sich fast der gesamte Literaturüberblick zu den Fallländern, die in dieser Arbeit zentral sind – nämlich oftmals nur als Teile eines größeren Betrachtungsrahmens oder als einer der vielen Fälle in einer quantitativen Studie. Die seltenen tatsächlichen Länder-Studien stellen mittlerweile auch nicht mehr die jüngste Entwicklung ihrer Untersuchungsgegenstände dar. Somit bildet die vorhandene Forschung zwar eine Basis der Informationen zu den jeweiligen Ländern, ihren Parteiensystemen und Parteien, aber aus der Perspektive des Parteienwandels bleiben die einzelnen Parteien fast unbeachtet und vor allem in ihrem Wandel als auch dessen Ursachen nicht hinreichend untersucht. Wird nach detaillierten Studien zu Entwicklungen der Parteien, seien es einzelne Fälle oder Vergleiche mehrerer Parteien, innerhalb einer Familie gesucht, sind die Ergebnisse rar. Aufgrund der jungen Parteiengeschichte und der spezifischen Landessprachen erschließen sich die spannenden ostmitteleuropäischen politischen Parteien dem Forschenden nicht auf einfache Weise. So können zwar oft regional-vergleichende Ansätze, wie im Fall der Viségrad-Staaten oder dem Baltikum, gefunden werden. Eine vergleichende überregionale Betrachtung der Repräsentanten einer Parteienfamilie und ihres Wandels innerhalb des ostmitteleuropäischen Raumes scheint es, so wie für die Parteienfamilien in Westeuropa, bisher noch nicht gegeben zu haben. Die Überschrift und die Forschungsfrage der vorliegenden Arbeit deuten darauf hin, dass ihr Anspruch genau darauf gerichtet ist: auf das Überbrücken der räumlichen und sprachlichen Konzepte einerseits und andererseits auf den Versuch, diese Lücke zu füllen.

Die vorliegende Arbeit betritt Neuland, indem sie zwei liberale ostmitteleuropäische Parteien mit einem Fokus auf ihren Wandel vergleichend betrachtet und schließlich nach ihren Wandelursachen fragt. Ein zusätzlicher Aspekt der vorliegenden Studie ist die ideologische Komponente der Parteien, denn es geht um Repräsentanten der liberalen Parteifamilie der postsozialistischen Länder: Estland und Ungarn. Die liberale Parteifamilie als Untersuchungsgegenstand ist deshalb besonders im ostmitteleuropäischen Kontext interessant, weil diese Parteifamilie im Schatten des

Forschungsinteresses gegenüber anderen, besonders rechtspopulistischen, extremistischen oder neuen Parteien bleibt und dies nicht nur in der Region Ostmitteleuropa – auch im Westen gibt es seit Kirchner (1988) mit der Ausnahme des Beitrags von Franzmann (2012) keine weitere vergleichende Forschung. Während die ostmitteleuropäischen Liberalen in Analysen des politischen Systems noch vorkommen, kann zu Einzel- oder Vergleichsanalysen liberaler Parteien in Ostmitteleuropa keine einzige umfassende Forschungsarbeit gefunden werden. Dabei ist die liberale Parteienfamilie, aufgrund des Liberalisierungs- und Demokratisierungsprozesses der gesamten Region, doch gerade in der politischen Entwicklung der ostmitteleuropäischen Staaten von zentraler Bedeutung. Liberalismus und die liberale Partei sind eine der stärksten ideologischen Antipoden zu den Kernbegriffen der sozialistischen und kommunistischen Ideologien und wurden oft zur Grundlage und Präferenz im Zuge der Parteigründungen der frühen neunziger Jahre in jedem Staat dieser Region. In jener Situation entstandene junge liberale Parteien und ihre Anhänger waren nicht nur Befürworter der Demokratisierung und Liberalisierung der Staaten und deren Gesellschaften, sondern gruppierten sich meistens um die aktivsten Vertreter der Bürgerbewegungen für die Wiederherstellung der Unabhängigkeit. Somit verkörpern die liberalen Parteien insgesamt den neuen Kurs der ostmitteleuropäischen Staaten und ihrer Gesellschaften und daher ist die Betrachtung der Entwicklung dieser Parteien für diese Arbeit und im Kontext der Forschung des Parteienwandels von besonderem Interesse. Trotz einer zeitlich begrenzten Rückschau auf die Parteienentwicklung blicken die ostmitteleuropäischen Parteien nicht nur auf mehrere Wahlen und Regierungserfahrungen, sondern eben auch auf diverse Wandelstufen zurück.

In beiden im Folgenden untersuchten Ländern – sowohl Estland als auch Ungarn – und deren Parteien, ist die jeweilige liberale Partei durch die zentralen Figuren der antikommunistischen Bürgerbewegungen konstituiert worden. Beide definierten sich vor allem durch einen Neuanfang für den Staat sowie wirtschaftliche Unabhängigkeit (Norgaard/Hindsgaul 1996: 106, 122). Darüber hinaus entstehen in beiden Ländern die demokratischen Mehrparteiensysteme in Folge des Zusammenbruchs der Sowjetunion. Aufgrund plötzlicher staatlicher Souveränität und des Zusammenbruchs des zuvor herrschenden Regimes, stehen die Parteien vor einem *tabula rasa*, da den Parteien eine bürgerliche Parteibasis im Sinne einer gesellschaftlichen Verankerung fehlt (Evans 2006: 250). Die Konfliktlinien, in deren Rahmen sich die liberalen Parteien in den

Transformationsgesellschaften konstituieren, zu denen sowohl Estland als auch Ungarn zählen, unterscheiden sich laut Holländer (2003: 128-129), Dieringer/Õispuu (2008: 62-66), Köröseny et al. (2010: 387-388) von den klassischen *Cleavages* (Lipset/Rokkan 1990: 130) und sind je nach Land und dortigen gesellschaftlichen Gegebenheiten verschieden ausgeprägt. Dies ist auf den gleichen Grund der Entwicklung und den nicht graduellen Prozess der Konstituierung des Parteiensystems und der Parteien zurückzuführen. Da hier die gesellschaftlichen Konfliktlinien nicht im Fokus der Forschung stehen, genügt es, einige Konfliktlinien, wie Liberal-Fundamentalistisch und Kommunismus-Antikommunismus sowie Postmaterialismus-Materialismus (Dieringer/Õispuu 2008: 63-64) als Besonderheiten der untersuchten Fälle zu erwähnen. Für die Entwicklung und den Wandel der liberalen Parteien sind schließlich auch der Entstehungsumstand und die gesellschaftliche Verankerung wichtig. Die Bürger sind zum Moment der Parteiengründung eher an der allgemeinen Freiheitsdebatte und der Etablierung einer unabhängigen Staatsform (Norgaard/Hindsgaul 1996: 106) als an einer Parteigründung für eine politische Repräsentation interessiert. Somit basieren die Parteien vor allem auf einer Kollage aus Ideen und Überzeugungen, auf dem Vorbild von beliebten oder scheinbar richtigen Fragmenten der existierenden westlichen Leitbilder und der Basis der bürgerlichen Organisationen (Toomla 2005: 138-139). Aus diesen Elementen bilden die neuen Parteien das Parteiensystem der jungen Demokratien. Im Folgenden soll der Begriff des Liberalismus im Kontext der ostmitteleuropäischen Staaten, deren Gesellschaften und dem Verständnis des Liberalismus durch die liberalen Parteien erörtert werden.

Ostmitteleuropa und der Liberalismus-Begriff: In the early stages of transition, liberal parties were sprouting up [...] like flowers in spring⁴

Die liberalen Parteien werden in beiden Fällen zwar nach westlichen Vorbildern gegründet, ihre Entstehung erfolgt jedoch beeinflusst durch die gesellschaftlichen Umstände und so ist folgender Frage nachzugehen: Was für ein Verständnis von Liberalismus liegt bei den Parteien vor und auf welchen gemeinsamen Nenner kann er gebracht werden, um eine Transformation festzustellen? Kirchner hat geschrieben, „the absence of a widely accepted working definition is the result of the different national

⁴ Fleck 2006: 228.

traditions under which liberalism has developed“ (1988: 2). Ebenso unterscheiden sich die Tradition und Form des Liberalismus in den verschiedenen Gesellschaften, da die Geschichte des Liberalismus allgemein nicht nur auf mehrere hunderte Jahre zurückgeht, sondern auch über die Grenzen einer politischen Strömung hinausreicht (Schönherr-Mann 2000: 19). Die Entstehung der liberalen Parteien in den Transformationsländern ist ein Prozess, der durch die Welle der systemkritischen Bürgerbewegungen ausgelöst ist (Arter 1996: 123-124). Aus dieser komplexen Kombination einerseits der Dominanz der antikommunistischen Positionen in der Gesellschaft und ihrer Sozialisation durch die kommunistischen bzw. sozialistischen Strukturen, andererseits einer durch die Protestgeneration verkörperten neuen liberalen Politik, die noch auf keinen Erfahrungen sondern nur auf Vorbildern und Mode basiert, ergeben sich viele potentielle Wege für Entwicklungen um und in den liberalen Parteien dieser Länder. „To get things clear: There is no such thing as >liberalism< there are only various options of liberalism, depending on historic circumstances, political, economic and social environment as well as political culture“ (Fleck 2006: 216).

Werden Ungarn und Estland nun als konkrete Fallbeispiele betrachtet, so wird für diese beiden Staaten klar, dass die Genese des Liberalismus sich in deren Fällen komplex, aber ähnlich gestaltet. In beiden Staaten gibt es ins 19. Jahrhundert zurückgehende Anfangsversuche des Liberalismus, die jedoch durch die Geschichte unterbrochen werden.

„In many countries of EE liberalism in the 19th C. could be perceived as being predominantly a >liberalism of the nobility<. Hence with the fundamental societal changes of the Russian Revolution of 1917 or with the invasion of communism after 1945, these social roots of liberalism were completely destroyed“(Fleck 2006: 219).

Somit sind, nicht nur durch die Revolution, sondern auch durch das Aufblühen des Nationalismus, in den baltischen Staaten durch das Einführen der autoritär-präsidentiellen Regierungssysteme, anstatt des Parlamentarismus, die Liberalen marginalisiert worden (Fleck 2006: 225-226). Nach der durch das autoritäre Regime verursachten, Lücke entstehen die liberalen Parteien in Ostmitteleuropa in den späten 80er und frühen 90er Jahren. Die Freiheitsdebatte, die wahrscheinlich in Estland durch die unmittelbare Mitgliedschaft in der Sowjetunion stärker ausgeprägt war als in Ungarn, gestaltet sich sehr aktiv. Aus dem Kontext der Systemtransformation kristallisiert sich eine starke Antipathie, vor allem in Form der Konfliktlinie Kommunismus/Antikommunismus, gegenüber dem alten Regime. Dadurch erklärt sich

auch die Affinität zum Liberalismus, da dieser eine maximale Entfernung und eine vollkommene Entfremdung gegenüber dem sozialistischen/kommunistischen Regime bietet. Beide hier betrachteten Parteien stammen aus der Transformationsphase der ehemaligen kommunistischen/sozialistischen Staaten und sind entweder aus „liberal groups deriving from former circles of internal opposition against communist rule“ oder „groups, which were created rather spontaneously during the consolidation period of transition“ (Fleck 2006: 229) entstanden. Die Vorstufe der gesellschaftlichen Befreiung kam in Estland mit *glasnost* und *perestroika* (Reetz 2004: 21) und in Ungarn mit der Einführung des Mehrparteiensystems (Schmidt-Schweizer 2007: 98-99) sowie davor schon durch die Entstehung sozial aktiven Gruppen der *Intelligentsia* (Fricz 1999: 78). Die Vertiefung der Debatte und das Bedürfnis nach politischen Parteien wurden erst mit der staatlichen Souveränität aktuell. Diese Parteiengründung ist vor allem, durch die fehlende gesellschaftliche Verankerung verursacht, und basiert auf dem westeuropäischen Vorbild. Voraussetzung für die Anwendung des Vorbildes ist, um es mit Sartori zu formulieren, eine allgemein positive Weltanschauung der Parteien gegenüber dem Liberalismus (2005: 12).

Somit entsteht auf indirekte Art eine Wiederbelebung der traditionellen Konfliktlinien, die ihrerseits aufgrund der Differenz gegenüber der Konstellation und den Besonderheiten ostmitteleuropäischer Gesellschaften an ihre Gegebenheiten angepasst werden müssen (Fleck 2006: 212). Evans und Whitefield sagen, dass das inhaltliche Wettbewerbsmuster der ostmitteleuropäischen Parteien, ähnlich wie ihre ideologische Ausrichtung, von den westlichen Vorbildern übernommen worden ist und somit dem präindustriellen ähnelt (1995: 1199). Jedoch können trotz der Vorbildfunktion die klassischen Konfliktlinien im Rahmen der Entstehung der Parteien nicht funktionieren, wodurch auch das gewohnte Schema der Entstehung des Liberalismus aus dem Konfliktliniengefüge nicht direkt auf Ostmitteleuropa übertragen werden kann. Aus dieser Kombination der Übertragung und Anpassung der Ideen und Werte des westeuropäischen Liberalismus-Konstruktes wird auch die gesamte Komplexität der Definition des politischen Liberalismus für den Raum Ostmitteleuropa deutlich. Zusätzlich zu den gegenwärtigen systemtransformatorischen Eigenschaften der Gesellschaft, sind die ostmitteleuropäischen Staaten in der Formierung des Begriffes des politischen Liberalismus auch noch von mehr oder minder vorhandenen liberalen

Traditionen und gleichzeitig dem kommunistischen Erbe beeinflusst. Es sind sehr viele Faktoren, die dem politischen Liberalismus zugrunde liegen.

Aus der ideologischen Perspektive betrachtet, auch wenn es nicht *den* Liberalismus gibt, zählt Fleck für die ostmitteleuropäischen Liberalen folgende gemeinsame Nenner auf: Die Parteien orientieren sich vor allem an der dominierenden ethnischen Gruppe des Staates (2006: 232). Dies trifft überwiegend für den Fidesz, aber auch für die ELDP/Reformierakond zu, denn auch wenn die beiden Parteien in ihren einzelnen Politiken Minderheiten thematisieren, ist der Hauptfokus auf den säkularen, städtischen, jungen Nicht-Arbeiter gerichtet. Die Gegensätze Stadt-Land, religiös-säkular, alt-jung, Arbeiter-Besitzer und Marktliberal-Etatistisch (Fleck 2006: 232-234) sind weitere gemeinsame Orientierungspunkte der liberalen Parteien. So verkörpern auch die Mitglieder und Anhänger der Partei in ihrem Profil die aufgezählten Gegensätze, denn diese sind Intellektuelle, die vor ihrem Beitritt zur Partei aktive Regimegegner waren (Fricz 1999: 79). Diese Eigenschaften beschreiben bereits weitere, durch ihre soziale Umwelt bedingte Schwerpunkte einer liberalen Partei ostmitteleuropäischen Staates. Somit passt zur Bestimmung des eklektischen Begriffes des Liberalismus folgende Definition von Fleck:

„Liberalism always encompasses commitment to the freedom of the individual. Liberalism means the rule of law and most efficient economic order preferentially based on private property. Liberalism means pluralism and the protection of rights of minorities. Liberalism has a deep-rooted doubt in all kinds of societal perfectionism. Liberalism, eventually implies a mind-set open for change in a pragmatic manner“ (2006: 216).

Diese einzelnen Indikatoren bestimmen den Rahmen und adaptieren die aus den westlichen Konfliktlinien und ideologischen Vorbildern stammenden Richtwerte der Liberalen an ihre ostmitteleuropäischen Pendants. Die einzelnen Inhaltspunkte verkörpern schließlich auch diejenigen Richtlinien, die eine Partei als liberal bestimmen und stellen gleichzeitig das Maß, an dem ihre Transformation gemessen wird, dar. Zwischen der Gründungszeit und dem *jetzt* der Parteien, aus zeitlicher sowie inhaltlicher Perspektive betrachtet, liegt eine genügende Strecke, um einen Wandel nachzuvollziehen sowie um Gründe für die jeweiligen Handlungen finden zu können. Der ungarische Fidesz, der im Laufe der Jahre nicht liberal bleibt und die estnischen ELDP und später Reformierakond sind nicht nur Repräsentanten der liberalen Parteien in Ostmitteleuropa, sondern vor allem ihrer Transformation. Gerade deswegen muss im Kontext der Parteianalyse der Frage nachgegangen werden, was die Handlungen und

den ideologischen Schwerpunkt der Parteien um die Gründungszeit konstituiert. Kam dieses Agieren einer Mode der Zeit gleich oder setzte es auf Langfristigkeit, denn falls die Partei einer Mode folgt

„ordnet [sie] sich bewusst der Tyrannei der Änderung unter, bei der etwas nicht deshalb gefällt, weil es schön oder sonst wie lobenswert ist, sondern schlicht deswegen, weil es neu ist – und [sie] tut dies, weil die anderen es ebenfalls tun und jeder darüber Bescheid weiß“ (Esposito, 2004: 9).

So gesehen ist das Folgen der Mode aus der Sicht einer Partei als Organisation nicht unnatürlich. Werden die Ziele einer Partei beachtet, die später detailliert diskutiert werden, liegt der Begriff der Mode nicht weit von der *public opinion* entfernt. Das Gründen einer liberalen Partei unter damaligen Umständen, mit der Ambition an der Regierung des Staates beteiligt zu sein, gehört nun mal zu einem der wichtigsten der *party goals* (Harmel/Janda 1994: 268-269). Neben dem Modebegriff, sollte die *Import Erklärung* von Merkels Transformationstheorie erwähnt werden (2010: 386). Diese illustriert das interessengeleitete Handeln, das für Institutionen charakteristisch ist und die vorbildbasierte Gründung der liberalen Parteien in Ostmitteleuropa erläutert. Neben dem Entstehungsprozess dieser Parteien bleibt somit die Frage nach ihrer Existenz und ihrer inhaltlichen Konsistenz über längere Zeit sowie ihre Verwurzelung in der Gesellschaft offen.

Auf dem Weg nach Ostmitteleuropa: Estland und Ungarn als Beispielfälle der Untersuchung liberaler Parteien

Die Auswahl der Fälle für die Untersuchung des Wandels der Parteien ist mindestens genauso bestimmend wie die Methode, deswegen werden beide hier eng verbunden betrachtet. Wie sich aus dem oben skizzierten Forschungsstand ergibt, sind vergleichende Studien, die die einzelnen Parteien in Ostmitteleuropa nach 1990 betrachten, allgemein eine Rarität, eine vergleichende Betrachtung der liberalen Parteien ist wohl gar nicht vorhanden. Kirchner (1988) ist der einzige, der in einer umfassenden Studie über die liberale Parteifamilie in Westeuropa eine Analyse der Parteien dieser Familie vorlegt. Obwohl diese bereits fast 30 Jahre alt ist, ist in jener Zeit der ostmitteleuropäische Raum noch nicht umfassend erforscht worden. Aus diesem Grund und aus der Überlegung, dass Ostmitteleuropa in seinen parteipolitischen Entwicklungen in den letzten 20 Jahren so viel Inhalt wie Westeuropa in den letzten 40

Jahren bietet, entsteht die Entscheidung, die vergleichende Studie zu den Parteientwicklungen genau in diesem Raum zu platzieren.

Überregionale Vergleiche sind für die Staaten Ostmitteleuropas untypisch, somit wurde auf der Suche nach den passenden Fallbeispielen für die Untersuchung des Parteienwandels auf mehrere Faktoren geachtet. Die Analyse des Parteienwandels als Erweiterung der vorhandenen Forschung zu den westeuropäischen Parteien soll am Beispiel der liberalen Parteifamilie in den postkommunistischen und postsozialistischen Staaten Kontinentaleuropas vollzogen werden. Die Liberalen, wie es vorher definiert und konzipiert wurde, sind eine für die Transformationsphase wichtige Partei jeder Transformationsgesellschaft, da diese sich am stärksten von dem alten System trennt und sich von den bestehenden westlichen Vorbildern inspirieren lässt. Als Träger des Gedankengutes zu Liberalisierung und Freiheit ist der Wandel dieser Parteifamilie besonders interessant.

Neben den inhaltlichen Aspekten ist auch Rücksicht auf die Methode und das Forschungsdesign der Arbeit signifikant. Wie aus dem aktuellen Forschungsstand klar wurde, liegen bis jetzt noch keine vergleichenden Studien zu liberalen Parteifamilie ostmitteleuropäischer Staaten vor. Dazu kommt, dass das Ziel dieser Arbeit, fallstudiengebunden die Entwicklung von Parteien und deren inhaltlichen und organisatorischen Wandel zu analysieren, eher durch eine qualitative als quantitative Analyse zu erfüllen ist. Aufgrund des Vorhandenseins von Datenquellen wie Wahlprogrammen und Statuten kann auch auf quantitative Daten nicht verzichtet werden, deswegen ergibt sich ein Methoden-Mix für die Analyse der Parteien. Bei der Art des angestrebten Vergleiches und der Fallbeispiele nehmen die Kontext- und Prozessanalyse eine bedeutende Position ein und die quantitativen Daten werden als validierendes Instrumentarium benötigt.

Die ostmitteleuropäischen Staaten als Quelle für die Untersuchung sind in ihren Entwicklungen und strukturellem Rahmen relativ homogen, denn sie teilen nicht nur eine ähnliche Vergangenheit, sondern sind zeitnah durch die gleichen Prozesse der gesellschaftlichen, politischen und staatlichen Transformation gegangen. Dies bietet einen ausreichenden Grundstock an Gemeinsamkeiten, um trotz regional übergreifender Fälle immer noch von einem Most Similar Study Design (MSSD) Przeworski/Teune (1970: 34) als Designgrundlage für den Vergleich auszugehen. Dies erlaubt es, sich auf

Basis der kontextbedingt ähnlichen Fälle in dem Vergleichsprozess besonders auf die Unterschiede der Entwicklungen in der Fallanalyse zu konzentrieren. Aufgrund des qualitativen Analyseansatzes betrachtet die Arbeit zwei Fälle (Klein-n Satz), so dass die verschiedenen Faktoren der einzelnen Parteien detailliert erarbeitet werden können. Außerdem bietet das Klein-n Design (Rohlfing 2009: 142) eine günstige Grundlage, um bei einem MSSD ausschlaggebende Faktoren zu beachten – die Differenz der Fälle und ihr zugrunde liegende Ursachen sowie Kontexte und schließlich die Validität der einzelnen Ergebnisse. Die Vorteile dieses Ansatzes sind das Nachvollziehen der komplexen Kausaleffekte und -mechanismen in der Entwicklung der jeweiligen Partei.

Um die Varianz der Fälle in der Betrachtung der Gesellschaften abzudecken, wurde ein Staat mit einer kommunistischen Vergangenheit, das heißt voller Mitgliedschaft in der Sowjetunion, Estland sowie ein Satellitenstaat mit quasi-Unabhängigkeit von der Sowjetunion, Ungarn, für die Arbeit ausgewählt. Trotz der geringen Unterschiede können die beiden nach dem MSSD behandelt werden. Somit ist hier weder von einem regional typischen noch atypischen Fall ausgegangen, sondern zwei ähnliche Staaten mit jedoch unterschiedlichen Entwicklungen der liberalen Parteien von beiden Enden Ostmitteleuropas gewählt worden. Daher macht der Ansatz von MSSD mit Erwartung auf eine Differenz bei den abhängigen Variablen in dieser Arbeit methodisch Sinn: „couple of systems which have almost all in common except the x - y relationships“ (Pennings et al. 2006: 45).

Die Wahl der Staaten setzt eine Analyse ihres gesellschaftshistorischen Kontextes als eine der möglichen Quellen der Wandelursachen des Parteienwandels voraus. Obwohl Estland auf eine kommunistische und Ungarn auf eine sozialistische Vergangenheit zurückblickt, waren die Ereignisse für beide Länder in den letzten 50 Jahren bis auf Ausnahmen ähnlich und durch eine konstante Unabhängigkeitsdebatte in der Bevölkerung begleitet. Sowohl Ungarn als auch Estland gelten als die „freieren“ Staaten des Regimes und beide Staaten genossen besondere Konditionen der „kleineren Freiheiten“ (Müller 2013: 14) – sei es der *Gulaschkommunismus* in Ungarn oder das finnische Fernsehen in Estland. Es kann trotzdem nicht von einer gleichen Perzeption, Auswirkung und Aufarbeitung dieser Umstände in der Gesellschaft und ihrer Reflexionen in der Politik gesprochen werden, hier bleiben die Differenzen zwischen den beiden Fällen wesentlich. Genau diese Unterschiede tragen in dem politischen

Gesellschaftsbereich der jeweiligen Länder zu den verschiedenen parteipolitischen Konstellationen bei und beeinflussen die Entstehung, Entwicklung und schließlich den Wandel der liberalen Parteien. Somit werden hier zwei Beispiele der liberalen Parteien mit ähnlichen Rahmenbedingungen, aber sehr unterschiedlichen Entwicklungspfaden untersucht.

Weiterhin stellen sowohl die Staaten als auch ihre liberalen Parteien bis jetzt nur in regionalen Zusammenhängen und Fragestellungen untersuchte Fälle dar. Ungarn und Estland werden meist im Zusammenhang mit Ostmitteleuropa beziehungsweise dem Baltikum erwähnt. Der Vergleich der Entwicklung der liberalen Parteien in diesen beiden Ländern bietet die Möglichkeit, die Auswirkungen der Transformationsprozesse auf die Parteien nachzuzeichnen und somit die Genese der Parteien nachzuvollziehen.

Bei der Auswahl der liberalen Parteien sind in Estland die Eesti Liberaaldemokraatlik Partei (ELDP) und ihre Nachfolgerin, die Reformierakond, berücksichtigt, um eine Analyse über den gesamten Untersuchungszeitraum möglich zu machen, denn dieser reicht von der Gründungsphase bis zu den letzten Wahlen vor dem Ende des Untersuchungszeitraumes. In Ungarn konnte zwischen zwei liberalen Parteien gewählt werden: der SZDSZ und dem Fidesz. Die Wahl wurde schließlich aus mehreren Gründen zugunsten des Bundes Junger Demokraten (Fidesz) getroffen. Einerseits ist diese Partei nicht im Untersuchungszeitraum aufgelöst worden, was im Fall des Bundes liberaler Demokraten (SZDSZ) 2013 passiert ist. Zweitens hat der Fidesz sehr ähnliche Ausgangsbedingungen und personelle Konstellation in Bezug auf die ELDP/Reformierakond, was die Gegenüberstellung des Wandels plausibel macht, und drittens zeichnet gerade der Wandel des Fidesz eine ungewöhnliche Entwicklungskurve. Schließlich musste eine Begrenzung der Fälle durchgeführt werden, da der qualitative Analyseansatz mit mehr als zwei Fällen über den Rahmen der Möglichkeit der vorliegenden Arbeit reichen würde. Die beiden Parteien können aufgrund der vorliegenden Daten in Form einer Längsschnittanalyse analysiert werden.

1 THEORIE

Politische Parteien sind auf Dauer angelegte Zusammenschlüsse von Staatsbürgern (Bernauer 2009: 247), ein mittlerweile natürlicher Bestandteil und sogar eine gesellschaftliche Voraussetzung für jede demokratische Ordnung (Nitschke 2012: 38). Es sind Organisationen, die aus Mitgliedern bestehen und Interessen der Bürger und Bürgerinnen aggregieren, vertreten und umsetzen (Sartori 2005: 22). Außerdem verfolgen Parteien den elektoralen Zweck (Detterbeck 2011: 21), dafür beteiligen sie sich an Wahlen und formulieren programmatische und machtpolitische Ziele (Bernauer 2009: 247; Ware 1996: 5). Aus diesen funktionalen Aspekten setzen sich ihre allgemeinen und besonders die Linkage-Funktionen zusammen (Poguntke 2000: 26-30).

Parteien sind gesellschaftlich verankerte Akteure und werden daher ständig mit dem gesamtgesellschaftlichen Wandel in seinen verschiedenen Ausprägungen konfrontiert. Das Agieren der Parteien ist nicht nur durch das jeweilige Parteiensystem, die organisatorische und institutionelle Umwelt, sondern auch über ihre eigenen Ziele und Wettbewerbsstrategien reguliert (Strom 1990: 566). Es ist wichtig festzuhalten, dass Parteien einem Wandel unterworfen sind. Dieser ist abhängig von unterschiedlichen Ursachen, die wiederum mit verschiedenen Formen des Wandels verbunden sind. Daher hat dieses Kapitel das Ziel, Wandel politischer Parteien verbunden mit entsprechenden Ursachen theoretisch herzuleiten. Im Rahmen des gesellschaftlichen Wandels wird deutlich, dass Parteien – trotz ihrer Trägheit – nicht immer den gewünschten Zustand der Transformationsresistenz (Harmel/Janda 1994: 261-262) aufrechterhalten können. Die vorhandenen theoretischen Modelle der Parteien sowie empirische Studien verweisen mehrfach auf die Partei als eine wandelfähige und sich tatsächlich diesem Prozess immer wieder ausgesetzte Organisation (Landshut (Hg.) Duverger 1959; Kirchheimer 1965; Panebianco 1988; Katz/Mair 1994; Kitschelt 1994; Harmel/Janda 1994; Mair 1997; etc.).

Aus der Perspektive des Parteienwandels muss sich ein bestimmter Aspekt oder müssen sich mehrere Bereiche einer Partei erkennbar verändern, so dass idealerweise sogar von zwei Zuständen gesprochen werden kann: einem Zustand vor dem Wandel und einem danach. Den Wandel der Partei kennzeichnen neben diesen zwei Zuständen auch zwei weitere wesentliche Aspekte, nämlich die Ausprägung und die Intensität der Veränderung.

Zuerst zur Intensität: Sie bestimmt die Grenzen und unterscheidet die Anpassung oder die Adaptation von einem tatsächlichen Wandel einer Partei. Das bedeutet nicht, dass der Parteienwandel nur im Fall einer umfassenden Transformation stattfinden kann, jedoch muss diese in bestimmten Schlüssel-Teilbereichen der Partei passieren, damit von einem signifikanten Wandel und nicht einer Adaptation, wie sie Mair nennt, gesprochen werden kann. „Adaptation here is the key to survival, for without it the party risks decline and decay“ (1997: 16). Die Adaptation ist eben eine Anpassung, sei es an die Umwelt der Partei oder an neue interne Gegebenheiten, und betrifft nicht, wie der Wandel, den Kern der Partei und ihre Funktionalität in der Wettbewerbsstruktur. Es ist wichtig, den Wandel der Partei von der Adaptation zu unterscheiden. Aus diesem Grund wird in dieser Analyse, wenn der Wandel gemeint ist, über diejenigen Veränderungen gesprochen, die eine zentrale Rolle für die identifikations- und die wettbewerbsrelevante Ebene spielen. Der zweite Aspekt des Parteienwandels ist eine Ausprägung oder Form, in der sich dieser Wandel äußert. Für diese Arbeit sind das der inhaltliche und der organisatorische Wandel. Diese beiden Formen der Ausprägung werden im Folgenden thematisiert.

1.1 Parteienwandel und seine Ausprägungen

Das zusammengesetzte Nomen Parteiwandel markiert eine Diskontinuität, eine Verwandlung, ein Wechsel oder einen Übergang im Zustand der Partei, der sich in der einen oder anderen Form äußert. Die zwei für die vorliegende Arbeit zentralen und für die Wettbewerbsdynamik relevanten Formen des Wandels der Partei sind der organisatorische und der inhaltliche Wandel. Der eine definiert den strukturellen und der andere den thematischen Rahmen der Organisation. Aus dieser Unterscheidung entstammen verschiedene Ansätze der Party-Change-Forschung, die jedoch alle eine Gemeinsamkeit haben, nämlich den Anspruch, den Parteienwandel und seine Ursachen aus mehreren Perspektiven zu erklären (Mair 1989: 169). „Party Change sei [...] ein Forschungszweig, der die Evolution, die Entwicklungsdynamik von Parteien unter einem bestimmten Blickwinkel untersuche“ (Wiesendahl 2010: 95). Die notwendige Bedingung für die Untersuchung des Parteienwandels als auch seiner Ursachen und Folgen ist die Feststellung, dass ein solcher Wandel in einer bestimmten Form stattgefunden hat oder

vermutet wird, ergo eine Beobachtung oder Annahme über mindestens zwei Zustände – vor dem Wandel und nach dem Wandel einer Partei.

Die Party-Change-Forschung konzentriert sich vor allem auf die Parteiveränderungen in den westeuropäischen Parteien der Nachkriegszeit. Sie entwickelt und etabliert auf dieser zeitlich-räumlichen Basis die meisten Modelle und theoretische Annahmen, sowie statistische Untersuchungen des Parteienwandels. Doch seit mehr als zwei Jahrzehnten bilden weitere Teile Europas eine Plattform für Demokratie für verschiedene parallel existierende Parteien und somit auch den Wandel dieser Parteien. Wie bereits früher geschildert wurde, gibt es bisher noch keine umfassende politikwissenschaftliche und dabei über den deskriptiven Rahmen hinaus gehende Untersuchung der ostmitteleuropäischen Parteien. Auch in der Theorie des Parteienwandels ist noch kein Konsens über die Anwendbarkeit der Modelle und darin enthaltenen Ursachen für *party change* auf junge (unter anderem auch ostmittel-) europäische Parteien erreicht (Biezen 2003: 7; 2005: 148). Im Folgenden soll anhand bereits vorliegender Ansätze, aber auch fehlender Erklärungen für verschiedene Entwicklungen der Parteien, eine theoretische Grundlage für die Untersuchung der Wandelursachen liberaler Parteien in Estland und Ungarn entwickelt werden.

Der Wandel einer Partei kann sich in verschiedenen Ausprägungen äußern. Hier wird der Wandel vor allem in Form der organisatorischen, inhaltlichen oder einer Kombination dieser Veränderungen untersucht. Im Anschluss an die Feststellung eines Wandels der Partei werden Ursachen dieses Wandels gesucht. Dabei teilt sich die Forschung zur Parteitransformation in zwei Untersuchungsgruppen auf, sie entsprechen jeweils einer der beiden hier zentralen Ausprägungsmöglichkeiten des Parteiwandels: die organisatorische und die inhaltliche Gruppe. Diese Aufteilung ist insoweit sinnvoll, als sie eine präzisere Ermittlung der Beziehung zwischen der Ursache und dem Wandel der Partei ermöglicht.

1.2 Der organisatorische und der inhaltliche Wandel der Partei

Robert Harmel hat die drei wesentlichen Ansätze der Party-Change-Forschung sehr präzise zusammengefasst: „one approach explains party change as a function of a party’s maturation and growth, another as an adaptive response to environmental trends, and

the third as a reaction to some combination of discrete environmental stimuli and/or internal factors“ (Harmel 2002: 119). Die Transformation einer Partei basiert daher einerseits auf der Entwicklungslogik ihrer Lebensspanne (Pedersen 1982: 1-2; Harmel/Janda 1994: 276-277), die das Leben der Partei in verschiedene Entwicklungsphasen strukturiert und dadurch den Wandel begründet. Begriffe wie *appearing* und *disappearing* (Pedersen 1982: 14) sowie verschiedene *thresholds*, die eine Partei in ihrer Lebensspanne passiert (Pedersen 1982: 6-8) oder *developing identification, organization* und *stabilization* (Harmel/Svåsand 1993: 71-73) werden dabei genutzt, um die Partei, entsprechend der Entwicklungsstadien von Menschen oder Menschengruppen, im Stil eines Lebensverlaufs mit charakteristischen Entwicklungsstadien aufzufassen. Der Ansatz der Lebensspanne veranschaulicht die einzelnen Wendepunkte der Partei sehr gut und lokalisiert die Wendepunkte im Leben der Partei auf bestimmte Altersabschnitte oder Phasen wie: *declaration, authorization, representation* und *relevance* (Pedersen 1982: 6-7). All diese verschiedenen Abschnitte sind mit dem Alter der Partei verbunden und benötigen für eine umfassende Umsetzung Fallbeispiele in Form von alten Parteien. Eine Lebensspanne wäre nur in dem Fall vollkommen in ihrer Anwendung gerechtfertigt, wenn diese in ihrem ganzen Umfang – von Geburt bis Tod – nachgezeichnet werden könnte. Diese Analyse würde nicht nur einen längeren Betrachtungszeitraum der Parteien voraussetzen, sondern auch diejenigen Parteien als Untersuchungsgegenstand verlangen, die bereits aufgehört haben zu existieren. Die beiden hier untersuchten Parteien bieten keine Grundlage für eine abgeschlossene Untersuchung der Lebensspanne. Hier wird hauptsächlich die Idee der Lebensspanne für die Analyse der ostmitteleuropäischen Parteien aber auch deswegen nicht übernommen, da diese die Ursachen des Wandels, über das Alter hinaus, nicht ausreichend berücksichtigt und die vorliegende Arbeit gerade darin ihre Aufgabe sieht.

Der zweite Ansatz des Parteiwandels von Harmel bezieht sich auf die sogenannten Schocks, die eine Partei erleben kann. Dieses Konzept, in der Forschung auch als *discrete change* (Harmel 2002: 119) bekannt, sieht eine organisatorische Transformation der Partei in Folge eines Schocks. Der Schock ist ein das Leben der Partei erschütterndes Ereignis und entspringt der Umwelt der Partei, ist also extern. Er ist ein spontan auftretendes Ereignis, das als Auslöser des Wandels fungiert. Das Konzept des *discrete change* setzt seinen Fokus direkt auf die Ursache des Wandels und unterscheidet sich

hier vom Lebensspannenansatz. Der Schock muss nicht zwingend das Ausmaß einer gänzlichen Systemtransformation für die Partei haben und kann schlicht einige Aspekte in ihr verändern. An dieser Stelle sollte unbedingt eine bedeutende Ergänzung, beziehungsweise Erläuterung gemacht werden: Genauso wie der Schock extern verursacht und intern aufgefangen werden kann, kann ein Schock sowohl einen organisatorischen, als auch einen inhaltlichen Wandel der Partei verursachen. Die meisten Autoren konzentrieren sich bei diesem Ansatz jedoch lediglich auf die Untersuchung des organisatorischen Wandels als Folge eines externen Schocks (Harmel/Janda 1994: 267-268; Panebianco 1988: 49).

Harmel und Janda erklären über die Idee von Deschouwer den externen Schock in Form von Wahlniederlage zur „mother of party change“ (Harmel/Janda 1994: 268). Panebianco verbindet seinerseits die internen und externen Ursachen in der Erklärung des organisatorischen Parteiwandels, indem er die internen Ursachen des Wandels vor allem als Machtverschiebung in der dominierenden Koalition und die externe Ursache als eine Form von Katalysator für eine Transformation der Partei sieht (Panebianco 1988: 242; Harmel et al. 1995: 173). Beide haben die Wahlniederlage als eine Form des externen Schocks in seiner Auswirkung auf die programmatische Veränderung der Partei untersucht. So möchte auch die vorliegende Arbeit den externen Schock als Erklärungsfaktor für den Parteienwandel, der sich seinerseits im organisatorischen und inhaltlichen Wandel äußern kann, anwenden. Die Annahme, dass ein Schock die Partei zur Transformation bewegen kann, ist auch auf die ungarischen und estnischen Parteien anwendbar.

Der dritte Ansatz der Parteiwandelforschung nach Harmel (2002: 119) erklärt den Wandel einer Partei als eine Evolution der Parteitypen. Diese Evolution findet aufgrund der Wechselwirkung der Gesellschaft und der Partei statt. So haben verschiedene Wissenschaftler im Laufe des 20. Jahrhunderts die Partei und ihre Transformation in Bezug auf die gesellschaftliche Entwicklung und somit die Entwicklung der *cleavages* (Lipset/Rokkan 1990: 95-97) konzeptualisiert. Im Vergleich zu einem spontan auftretenden Schock sind die Impulse, die in diesem Konzept auf die Partei wirken, eher von zeitlich länger ablaufenden gesamtgesellschaftlichen Prozessen abhängig. Der Wandel der Partei im Zusammenhang mit der Entwicklung der Gesellschaft wird aus der organisationstheoretischen Perspektive betrachtet. Ereignisse, die zum Zeitpunkt des

Geschehens einmalig sein können und deren Wiederholungen unvorhersehbar sind, spielen hierbei eine untergeordnete Rolle.

Hier werden verschiedene Evolutionsstadien der Partei, von der Eliten bzw. Honoratioren- und der Massenpartei (Michels 1970: 2-3, 366), der Volks-, Allerwelts- oder Catch-All-Partei (Kirchheimer 1965: 27), der professionalisierten Wählerpartei (Panebianco 1988: 264) oder schließlich der Kartellpartei (Katz/Mair 1995: 18) als aufeinander folgende oder ineinander übergehende Stadien und Formen der Organisation von Parteien aufgelistet. Gleichzeitig gibt es den Ansatz, der Parteien in diesem Rahmen nicht aus ihrer organisatorischen, sondern der parteisystematisch bedingten Perspektive betrachtet – sei es Duverger, der eine wahl- und parteisystemabhängige Parteientypologie entwirft (1959: 219) oder Sartori (2005: 116-128), der das Parteiensystem nach der Anzahl der vorhandenen Parteien und der Polarisierung der Parteien in einem System klassifiziert.

Wie auch bei den anderen Party-Change-Ansätzen ist besonders beim Evolutionsansatz der direkte Bezug zur Geschichte des westeuropäischen Parteiensystems und der Gesellschaft vorhanden. Aus diesem Grund ist es nicht einfach, die Modelle ohne weiteres auf Parteien und deren Entwicklung in anderen Regionen und Epochen zu übertragen. Die Anwendung wird zusätzlich durch die im Modell angenommene Dauer der kontinuierlichen Parteienentwicklung über die Zeit von über einem Jahrhundert versus der Annahme einer lediglich 25-jährigen Parteiengeschichte der ostmitteleuropäischen demokratischen Parteien erschwert, denn hier besteht besonders die Gefahr, bestimmte Modelle zu überspringen oder Ereignisse zu überinterpretieren.

1.3 Parteiziele, deren Wettbewerbsstrategie und Parteiwandel

Aus der Perspektive der Parteien und deren Veränderungen betrachtet sollten nicht nur die möglichen Typen des Wandels, sondern auch die damit einhergehenden, direkt zusammenhängenden Attribute, wie Parteiziele der einzelnen Parteien, im Rahmen der Wettbewerbsstruktur thematisiert werden. Denn abgesehen von verschiedenen Formen des Parteiwandels, können die Folgewirkungen der einen oder anderen Form des Wandels für die Partei in ihrer Wirkung von den Eigenschaften der Partei und ihren Zielen abhängen. Hier wird vor allem an die Ziele einer Partei (Harmel/Janda 1994: 272-

273) und ihre Wettbewerbsstrategien (Strom 1990: 566-567) gedacht. Denn in Abhängigkeit davon, welche Ziele und Strategien eine Partei definiert und verfolgt, kann ein bestimmter Wandelimpuls verschiedene Folgen bedeuten. Um den Wandel der Partei neben der Unterteilung in den organisatorischen und inhaltlichen Wandel in seiner Wirkung auf die Partei untersuchen zu können, müssen erst die drei Typen der Wettbewerbsstrategien von Strom (1990) sowie die vier Parteiziele von Harmel/Janda (1994) thematisiert werden.

Strom konzipiert die *vote-seeking*, *office-seeking* und *policy-seeking* Handlungs-Modelle (1990: 566) der politischen Parteien. Die Hauptaugenmerke dieser Modelle lassen sich unschwer aus ihren Bezeichnungen ableiten: die Vote-Seeking-Partei gründet ihre Wettbewerbsstrategie auf Stimmenmaximierung, die Office-Seeking-Partei sieht die Regierungsbeteiligung als oberstes Ziel ihrer Existenz während die Policy-Seeking-Partei am meisten mit der Umsetzung ihrer ideologischen Ziele in der Politik beschäftigt ist. Diese verschiedenen Modelle erklären die Wettbewerbsstrategien der Parteien in Verbindung mit den Gegebenheiten des politischen Systems. Da die hier betrachteten Parteien Teil demokratischer Staaten sind, sind die politischen Systeme auch durch den Parteienwettbewerb bestimmt. Daher wird davon ausgegangen, dass die Parteien, wenn diese als rational handelnde Akteure betrachtet werden, Interesse haben, am politischen Wettbewerb teilzunehmen. Nicht nur die Prämisse des wettbewerbsbasierten politischen Systems ist für die Strategien, die Ziele und schließlich den Wandel der Parteien bedeutend, sondern auch die gesellschaftlichen Gegebenheiten.

Für die ostmitteleuropäischen Liberalen spielen die gesellschaftlichen Gegebenheiten eine zentrale Rolle, da die allgemein schwache politische Basis aller Parteien (Norgaard/Hindsgaul 1996: 112) in vielen Aspekten das Verhalten der Parteien von vornherein beeinflusst. Konkret ist damit gemeint, dass die Partei bei einer schwachen gesellschaftlichen Unterstützung, die in diesem Fall als ein Nachklang der Systemtransformation vorhanden ist, ihre Existenz aus den Bereichen schöpfen muss, die sie vor allem kurzfristig besser beeinflussen kann, da die Bürger allgemein wenig politisch motiviert sind (Norgaard/Hindsgaul 1996: 112). Diese verschiedenen wettbewerbsstrategischen Typologien sind, wie auch die verschiedenen Typen von Wandel, nicht einander ausschließend, aber auch nicht zwingend gleichzeitig in einer Partei existent. Da laut der hier verwendeten Definition die Partei eine Organisation ist,

die trotz ihres statischen Charakters dem Wandel ausgesetzt ist, muss auch angenommen werden, dass sich Strategien und Ziele nicht nur voneinander unterscheiden, sondern auch ändern können (Strom 1990: 570; Harmel/Janda 1994: 256; Downs 1957: 137). Damit ist aber nicht gemeint, dass eine Partei kein Hauptziel und keine Strategie für ihr Dasein haben kann. Die Annahme zu verschiedenen oder gar multiplen Strategien beziehungsweise Zielen ist nur eine Möglichkeit, von der nicht zwingend stetig Gebrauch gemacht werden muss. Jede Partei kann mehrere Ziele formulieren, hat aber dabei auch stets ein Hauptziel (Harmel/Janda 1994: 265). Für die Hauptziele der Parteien bieten Harmel und Janda (1994) vier Möglichkeiten: *vote maximization*, *office maximization*, *policy advocacy* und *intraparty democracy maximization* (Harmel/Janda 1994: 265). Um über den Wandel der ostmitteleuropäischen Parteien schreiben zu können, müssen erst die Optionen ihrer Ziele und Strategien dargestellt werden.

Vorher wurde schon klar, dass die Liberalen in Ostmitteleuropa keine Parteien mit einer breiten gesellschaftlichen Basis sind, wie übrigens auch keine andere Partei, die nach der Wende entstanden ist. Die Gründungsumstände, die aus der Transformationssituation hervorgehen, strukturieren die Strategien und Ziele der Parteien. Junge Parteien in den Transformationsländern, die sich teilweise immer noch im Prozess der Demokratisierung befinden, können unwahrscheinlich die Optimierung der innerparteilichen Demokratie als Hauptziel ihrer politischen Tätigkeit haben, denn diese sind erst mit der eigenen Etablierung beschäftigt und passieren die Etablierungshürden (Pedersen 1982: 6-7). Diese neuen postkommunistischen politischen Akteure sind eher stark daran interessiert, am politischen Willensbildungsprozess aktiv mitzuwirken und die Politik der Staaten, wenn nicht zu prägen, dann wenigstens mitzugestalten. Von diesen durch die Parteien aktiv artikulierten Ambitionen ausgehend lässt sich feststellen, dass Parteien in Ostmitteleuropa, wenn ihnen überhaupt ein Hauptziel zugeschrieben werden kann, es am ehesten das Ziel der *office maximization* ist. Diese Vermutung lässt sich über die handlungstheoretische Strategie begründen, indem Parteien sich durch die Regierungsposition nicht nur legitimieren, sondern auch ihre Wählerschaft mittels erfolgreicher Politik erweitern und für ihre *policy* überzeugen wollen und können. Es ist diskutabel, ob nicht *vote maximization* die gleichen Ziele erfüllen könnte. Ausgehend jedoch von den Beispielstaaten, in denen die Wählerschaft verhältnismäßig klein ist, ist

die Stimmenmaximierung komplizierter, als in Ländern mit einer größeren Bevölkerung. Hinzu kommt im Fall der reinen Zielsetzung auf die Stimmenmaximierung, dass die Legitimität der Partei nicht auf der Stimmen-Basis etabliert werden kann. Denn die Parteien sollten im Kontext einer demokratischen Ordnung in ihrer Rolle und gemäß Definition erst durch die Gesellschaft akzeptiert werden.

Die Legitimität ist für die ostmitteleuropäischen Parteien eine sehr zentrale Angelegenheit, denn die Bevölkerung kennt bisher nur eine Form und einen Inhalt durch die kommunistische/sozialistische Partei. Deswegen müssen neue Parteien, ihre Inhalte und ihr Dasein durch die Bevölkerung als politischer Vertretung anerkannt und legitimiert werden, bevor sie eine gesellschaftliche Basis schaffen und möglichst viele Stimmen sammeln können. Daher ist auch die letzte Option, die *policy advocacy*, als Hauptziel im Kontext Ostmitteleuropas irrelevant, da auch jede Policy, die in den Augen der Partei verteidigt wird, erst durch den Wähler angenommen werden muss. Die Post-Wende-Parteien sind in keinem Fall auf traditionellen Konfliktlinien und daraus stammenden gesellschaftlichen Entwicklungen entstanden. Im Gegenteil, die einzige dominante Policy in Ostmitteleuropa können die staatliche Unabhängigkeit und der Bruch mit dem früheren Regime mit regional abweichenden Auslegungen sein. Die Verteidigung dieser Policy funktioniert theoretisch am besten durch eine aktive Regierungsposition (Downs 1957: 137) in einem demokratischen Staat, denn dort können die Parteien ihre Vermittlerrolle zwischen Bürger und Staat am besten ausführen.

1.4 Wandel der ostmitteleuropäischen Parteien

Sowohl der organisatorische, als auch der inhaltliche Wandel werden von internen Wandelprozessen der Partei oder gesellschaftlich bedingten Prozessen hervorgerufen. Hier sollen die Ursachen beider Arten von Wandelprozessen untersucht werden. Die Gesellschaften, in denen die postkommunistischen, respektive postsozialistischen Parteien entstanden sind, befanden sich jeweils zum Zeitpunkt der Parteigründungen in einer umfassenden Transformation. Die Entstehung der neuen Parteien ging von oppositionellen Bewegungen (Bakker/Sitter 2005: 247), von Vorbildern der westeuropäischen Parteien und Ideologien, vertreten vor allem durch *Civil-Diplomacy-*

Akteure, oder von konstruierten Traditionen zu Vorkriegsparteien (van Biezen 2003: 105-106; Schmidt-Schweizer 2007: 96) aus. „From the hegemony of communism, through the polarized worlds of communism-anticommunism, through the chaos of fragmentation, the party systems have come around to offer a more informed choice to the voters (Bielasiak 1997: 41).

Diese Überlegungen führen zur Behauptung, dass die hier untersuchten Parteien in der relativ kurzen Zeit ihrer Existenz keine Transformationsreihe im evolutionistischen Sinne des Parteienwandels durchmachen konnten. Die Analysemodelle sind letztlich nicht einfach übertragbar, weil die seit einem Vierteljahrhundert frei agierenden Parteien und die damit verbundenen Parteiensysteme sich von jenen, auf denen die Modelle beruhen, in wichtigen Punkten unterschieden: die Entstehung der Parteien, andere zentrale cleavages, teilweise fehlende klassische cleavages, nur schwache Kopplung der Partei an gesellschaftliche Entwicklungen sowie Gründe, die in der Entwicklungen innerhalb der Gesellschaft zu suchen sind (Mair 1997: 181-198).

In den Regionen der heutigen ostmitteleuropäischen Staaten hat die Entwicklung der Parteiensysteme spätestens Ende des 19. Jahrhunderts begonnen (Cabada et al. 2014: 11-33). Ähnlich westeuropäischer Fälle entwickelten sich die politischen Systeme zum Teil selbst, zum Teil durch externe Beeinflussung bis in den Zweiten Weltkrieg hinein zu autoritären beziehungsweise totalitären politischen Systemen. Das unterbrach die Entwicklung der Parteien und der von ihnen gebildeten Parteiensysteme. Eine Weiterentwicklung nach 1945 war nicht möglich. Die Sowjetisierung Ostmitteleuropas verhinderte eine Anknüpfung an die demokratischen Entwicklungen der Zwischenkriegszeit (Cabada et al. 2014: 24). Daher entstanden erst im Rahmen der Demokratisierungswelle Ende der 1980er Jahre demokratische Staaten und anschließend auch demokratische Parteien. In der Parteiwandelforschung führte dieser Umbruch zur Erkenntnis, dass es sich dabei um eine Situation sui generis (Mair 1997: 178) handelt. Das bedeutet für die Forschung zunächst das bereits Geschriebene: Die vorhandenen Modelle sind auch nach über zwanzig Jahren Parteienentwicklung nicht direkt übertragbar. Es ist vielmehr notwendig, die vorhandenen Ansätze anzupassen, denn ignoriert werden dürfen sie keinesfalls (van Biezen 2003: 7-8).

An dieser Stelle wird daher der Vorschlag von Harmel (2002: 128) aufgenommen, die drei vorhandenen Ansätze der Party-Change-Forschung komplementär und nicht

konkurrierend zu betrachten. Gerade diese Herangehensweise ist für die Untersuchung der ostmitteleuropäischen Parteien sinnvoll. Sie erlaubt es, mehrere Faktoren miteinander zu einem womöglich umfassend erklärenden und gleichzeitig teilweise neuen Ansatz zu verbinden. Im Folgenden werden die einzelnen Elemente diskutiert. In allen Ansätzen gelten Parteien als Akteure einer demokratischen Gesellschaft, die im Gesellschaftssystem eines Staates agieren. Um die Parteien in ihrer Geschichte und ihrem Wandelprozess zu betrachten, müssen die Organisationsweise unter Berücksichtigung des Organisationsmodells, die inhaltliche und die gesellschaftliche Positionierung der Partei, der Kontext und die Zusammenhänge dieser Aspekte im Zuge des Parteienwandels untersucht werden. Die parallele Betrachtung sowohl des möglichen organisatorischen als auch des inhaltlichen Wandels der Parteien ist dadurch bedingt, dass ein Wandel sich in diesen beiden Weisen äußern kann. Da es für die ostmitteleuropäischen Parteien noch keine einheitlichen Erklärungsansätze des Parteienwandels gibt, ist es notwendig, beides zu betrachten. So können Rückkopplungen der beiden Bereiche sowie ihre interdependente Wirkung im Rahmen des Wandels erklärt werden.

Die ostmitteleuropäischen Gesellschaften waren besonders Anfang der 1990er Jahre fast ausschließlich durch die Konfliktlinie Kommunismus/Sozialismus versus Antikommunismus/Antisozialismus (Dieringer/Õispuu 2008: 64; Cabada et al. 2014: 94-95) geprägt. Vor allem in diesem Gegensatz zeigten sich Konfliktlinienmuster und relativierten somit die klassischen Konfliktlinien (Lipset/Rokkan 1990: 130). Erst mit dem Übergang zum demokratischen System gewannen für die Parteien im politischen Wettbewerb plötzlich zusätzliche Positionen neben den zwei Seiten des Kommunismus/Sozialismus und des Antikommunismus/Antisozialismus an Bedeutung. Aufgrund der, top-down initiierten, einseitigen gesellschaftlichen Konfliktlinien und einer gleichzeitig fehlenden breiten gesellschaftlichen Basis für Parteigründungen, war die elitenbasierte und personenzentrierte Parteigründung weit verbreitet (van Biezen 2003: 3). Im Rahmen dieser gesellschaftlichen Umstände kann von einem *created* statt *emerged* Parteiensystemen – auch für die Fallbeispiele Estland und Ungarn – gesprochen werden (Mair 1997: 180).

Somit weisen die jungen demokratischen Gesellschaften plötzlich je ein Mehrparteiensystem nach dem Vorbild etablierter demokratischer Staaten auf. Dazu

kamen externe Förderorganisationen der neuen Parteien aus Westeuropa und Nordamerika (Friese 2004: 239). Dieser Prozess der externen Förderung liegt ineinander ergänzenden Motivationen begründet. Zunächst fehlte eine Institutionalisierung im jeweiligen Staat selbst. Parteien, Verbände und Teile der Bevölkerung hatten außerdem ein großes Interesse an einer anschließenden Integration nach Westeuropa. Schließlich bestand auch das Bedürfnis von den externen Förderorganisationen, die Transformation zu beeinflussen. So werden in mehr oder minder veränderter oder angepasster Struktur institutionelle Gefüge und ideologische Konstrukte aus dem Westen übernommen. Zusätzlich ist diese Transformation in den Staaten und Parteien Ostmitteleuropas ein rascher und kein evolutionärer Prozess. Daher benötigen die Staaten bei der Umwandlung Hilfe bei der Durchführung der Institutionalisierung, andernfalls könnten die Staaten durch die Aufgabenmenge überfordert sein. Die in Ostmitteleuropa gegründeten Parteien haben die Modelle der West-Parteien nachgeahmt. Das war letztlich vor allem deshalb möglich, da die politischen Akteure in den jungen Demokratien eine hohe Affinität gegenüber den westeuropäischen und den US-amerikanischen politischen Parteien sowie den allgemeinen staatlichen Funktionsweisen hatten. Diese Westorientierung in Verbindung mit einer Tendenz zur Homogenisierung (Berge/Poguntke 2013: 312-313) ermöglichte die finanzielle Unterstützung und den Transfer von ideologischen Grundpositionen und Organisationsformen. Verschiedene internationale Parteifamilien und Verbände waren zentral in die Formation von politischen Identitäten und Entwicklung der Institutionen bis hin zum EU-Beitritt eingebunden (Lewis/Mansfeldová 2006: 1; Öispuu 2006: 74). Die Parteien wurden dabei in diesem Prozess am stärksten beeinflusst (Mair 2000: 28). Während der Gründungszeit waren die ostmitteleuropäischen Parteien, ihre Politiker und die sie umgebenden Strukturen im Demokratisierungsprozess teilweise sehr stark auf externe Hilfe angewiesen.

1.5 Hypothesen

Was passiert aber mit einem Parteiensystem, das zwar aus einem Demokratisierungswunsch entsteht, dem aber kaum länger andauernde und plurale inhaltliche Diskurse zugrunde liegen? Die Vermutung wäre hier, dass sich ein solches Parteiensystem mit der Zeit dem Wähler, den in der Bevölkerung vertretenen

gesellschaftlichen Werten und den geführten Diskursen, das heißt den gesellschaftlichen Gegebenheiten, anpasst oder anders gesagt konsolidiert beziehungsweise stabilisiert (van Biezen 2003: 4; Bakke/Sitter 2005: 244). Findet solch eine Anpassung statt, muss sich eine Partei, als ein Bestandteil des Parteiensystems, ebenso an die Gegebenheiten des politischen Systems und der Gesellschaft angleichen. Diese Überlegung basiert auf zwei Punkten. Einerseits geht sie von einer klassischen zweidimensionalen Struktur des Parteiensystems gemäß Sartori aus, in der die Anzahl der Parteien im Parteiensystem und ihre Polarisierung die zentralen Dimensionen bilden (2005: 110-113). Andererseits fußt sie auf dem Gedanken, dass eine Parteiensystemtransformation Einfluss auf den Wandel einer einzelnen Partei hat. Die Parteiensysteme der ostmitteleuropäischen Länder werden detailliert und in verschiedenen Ansätzen von Mair (1997: 175-198), Cabada et al. (2014: 71-104), Webb/White (2007: 1-21) und anderen analysiert, jedoch wird dem Einfluss der Makrotransformation (des Parteiensystems) auf die Mikrotransformation (Inhalt einzelner Partei) keine Aufmerksamkeit geschenkt. Dieser Zusammenhang zwischen dem Parteiensystem und dem Wandel der einzelnen Partei ist für die Klärung der Beziehungen verschiedener Ursachen eines Parteiwandels zueinander mit Blick auf Ostmitteleuropa und somit für die vorliegende Arbeit wesentlich.

Ausgehend von der Gestaltung eines Pluralen Parteiensystems bilden sich auch liberale Parteien. Für die ostmitteleuropäischen Parteien gilt aber eine Besonderheit: die Parteien dort sind nämlich nicht innerhalb eines existierenden Parteiensystems entstanden, sondern das Parteiensystem wurde um die gegründeten Parteien herum konstruiert (Mair 1997: 14). Da die vielen Parteien aber mit wenig gesellschaftlicher Basis entstanden sind, muss sich das neu konstruierte Parteiensystem mit der Zeit an seine Umwelt anpassen. Währenddessen kann ein Mehrparteiensystem bei seiner Transformation die einzelnen Parteien beeinflussen. Insbesondere wird das deshalb erwartet, weil sich das Spektrum der Parteihalte zugunsten bestimmter gesellschaftlich relevanter Themen verschieben kann. Angenommen wird, dass das Gegensatzpaar Kommunismus/Antikommunismus als Folge des gesellschaftlichen Konsolidierungsprozesses an Relevanz verliert. So entstehen durch externe Anregung des Parteiensystems darin neue Paradigmen, anhand derer sich die elitenbasierten Parteien transformieren, das heißt, sie passen sich an die gesellschaftliche Umwelt an. Diese Veränderungen innerhalb des Parteiensystems regen das System erneut zu

Veränderungen an, diesmal aufgrund der Partei im System. Schließlich findet hier ein kontinuierlicher Rückkopplungsprozess statt. Daher wird in der vorliegenden Arbeit folgendes allgemein angenommen: Ändert sich das Parteiensystem, müssen sich die Parteien transformieren. Aufgrund der Entstehungsumstände gibt es in beiden Staaten eine Vielzahl an Parteien mit ambivalenter inhaltlicher Ausrichtung, jedoch konzentrieren sich diese auf eine kleine Zahl relevanter Themen (Cabada et al. 2014: 81). Im Fall der Transformation des Parteiensystems ist eine Zunahme der Parteien aufgrund der Größe der analysierten Länder, ihrer Bevölkerungszahl und der Wettbewerbsstrukturen eher unwahrscheinlich. Wahrscheinlicher ist eine zunehmende inhaltliche Polarisierung aufgrund der Transformation der Lager im Parteiensystem (Köröseny 1994: 39).

Das Parteiensystem strukturiert die inhaltlichen politischen Lager. Verändern sich diese, ist eine Transformation des Parteiensystems zu beobachten. Theoretisch bedeutet das, dass wenn sich die Anzahl der politischen Lager verringert, die inhaltliche Debatte enger werden und sich der Pluralismus reduzieren kann. Der Themenpluralismus wird deswegen in einer begrenzten und sogar zunehmend polarisierten Form erwartet. Hinsichtlich der Fälle in Ostmitteleuropa ist das bedingt durch die zahlenmäßige Verringerung der politischen Lager, der Veränderung in der ideologischen Entfernung der einzelnen Parteien und der Schwäche oder dem vollkommenen Fehlen der politischen Linken (Segert 2008: 20). Durch den Wandel des Parteiensystems verändern sich Parteien (Laver 1989: 322-323) sowie sich die Grundlage für den Parteienwettbewerb neu definiert. Wenn die Anzahl der Lager kleiner wird und sich dadurch die diskursbedingten Meinungen vermindern und höchstwahrscheinlich weiter auseinander gehen, müssen sich auch die Parteien inhaltlich in die neuen Richtungen entwickeln. Alternativ riskieren die Parteien aus der politischen Debatte herauszufallen oder zumindest Wähler zu verlieren. Von der positiven Seite aus betrachtet, kann so eine inhaltliche Anpassung auch Wähler an eine Partei binden. Im Rahmen eines sich entwickelnden begrenzten Pluralismus ist gemäß Sartoris Modell (2005: 112) ein Mehrparteiensystem höchst unwahrscheinlich. Daher wird hier die folgende Hypothese aufgestellt:

Hypothese 1

Der inhaltliche Wandel der Partei entsteht als Folge des abnehmenden Parteipluralismus und der zunehmenden Polarisierung der Lager innerhalb des Parteiensystems.

Die Parteien der ostmitteleuropäischen Staaten traten nach ihrer Konstituierung bei den parlamentarischen und kommunalen Wahlen an. Jede Partei möchte als Bestandteil der Gesellschaft einer jungen Demokratie diese aktiv mitgestalten und hat also höchstwahrscheinlich auch eine entsprechende Ambition oder das Parteiziel, Regierungsbeteiligung zu erlangen. Dadurch sind sie, wie oben diskutiert, *office seeking*. Zudem brauchen die ostmitteleuropäischen Parteien aufgrund der fehlenden gesellschaftlichen Verankerung und der fehlenden sozialen Basis einen anderen Weg, um sich als Interessenvertretung bei den Wählern zu legitimieren. Eine gute Regierungsperformanz, das Einhalten eigener Wahlversprechen und das Berücksichtigen von Hauptsorgen der Wähler helfen, das eigene politische Image zu verbessern (Reetz 2004: 173-175). Harmel und Janda systematisieren das in verschiedene primäre Ziele (1994: 265), die eine Partei haben kann: Stimmenmaximierung (*winning votes/winning elections*), Regierungsbeteiligung (*gaining executive office*), Repräsentation von Interessen, Themen und Ideologien (*advocating interests/issues/ideology*) und Erreichen größtmöglicher Formen von innerparteilicher Demokratie (*implementing party democracy*).

Der Kontext und die gesellschaftliche Transformation zur Zeit der Gründung der Parteien lassen vermuten, dass Parteien aktives Interesse an Wahlergebnissen, Regierungsbeteiligung und somit aktiver Gestaltung der Landespolitik aus der Regierungsposition haben. Das Interesse an Regierungsbeteiligung in einem Mehrparteiensystem mit kompetitiver Struktur (Kirchheimer 1965: 30, 34) heißt für die Parteien in Ostmitteleuropa, dass ihnen Regierungsbeteiligung als Hauptziel ebenso zugeschrieben werden kann wie die Eigenschaft, wettbewerbsorientierte Parteien (Harmel/Janda 1994: 272) zu sein. Diese Erkenntnis basiert neben der allgemeinen Zielsetzung einer Partei auf der Annahme von Harmel/Svåsand, dass jede Partei in den ersten Jahren ihrer Gründung durch bestimmte Phasen – *identification, factionalism, institutionalization* (1993: 72-73) – geht. Die Entwicklungsstadien einer Partei werden von anderen Autoren auch in Form der Szenarien der Parteientstehung und -

entwicklung (van Biezen 2003: 149-152) konzipiert. Dabei geht es beim Zusammenführen der primären Parteiziele und der Entwicklungsstadien besonders bei den ostmitteleuropäischen Parteien um die Frage, wann und ob es überhaupt einer Partei gelingt, sich so zu etablieren, dass sie an der Regierungsbildung beteiligt werden kann.

Für eine Partei im stark kompetitiven Kontext der ostmitteleuropäischen Politik und dem Rahmen der sich transformierenden Gesellschaft ist die Regierungserfahrung essenziell. Sie erhöht nicht nur die Legitimation und Akzeptanz der Partei seitens der Wähler, sondern verringert nachhaltig die auf sie bezogene Volatilität. Aufgrund fehlender gesellschaftlicher Verankerung der Parteien können diese nicht auf die konfliktlinienbasierten Stimmen hoffen. Nur durch Regierungsbeteiligung kann eine Partei im Idealfall die Bindung der Wählenden an die eigene Partei erhöhen und letztlich eine soziale Basis der Partei formieren (van Biezen 2003: 155). Daher wird hier angenommen, dass die Regierungsbeteiligung für die ostmitteleuropäischen Parteien im Hinblick auf die Stabilität der Partei wichtig ist. Die Performanz einer Partei innerhalb der Regierung, das heißt der gesamte Prozess von der Regierungsbildung, der Repräsentation bis zu den Gründen einer Regierungsauflösung, ist die Evaluationsgrundlage der Funktionsweise der Partei und des Umsetzens ihrer Politik für den Wähler und die Öffentlichkeit (Cabada et al. 2014: 151-152). Gerade für Parteien ohne gesellschaftliche Basis sind ihre Performanz und Perzeption durch das Wählerpublikum der Garant einer nachhaltigen Entwicklung und Akquisition von Wählerunterstützung. Wenn die Partei es nicht schafft, durch ihre Inhalte genug Wähler zu akquirieren und nicht in eine regierungsbildende Position kommen kann, wird sie höchstwahrscheinlich unter einem hohen Druck zum Wandel stehen. Daraus resultiert die zweite Hypothese zum inhaltlichen Wandel:

Hypothese 2

Der inhaltliche Wandel der Partei entsteht in Folge einer ausbleibenden Regierungsbeteiligung.

Die ausbleibende Regierungserfahrung kann nicht nur einem mäßigen Wahlerfolg, sondern auch einer misslungenen Koalitionsverhandlung geschuldet sein. Bleibt diese Erfahrung aus, kann es dafür verschiedene Gründe geben, von fehlenden Stimmen wegen der Volatilität bis zu – seltener – mangelnder Kompromissbereitschaft der Partei (Reetz 2004: 185). Dennoch wird eine Partei zum inhaltlichen Wandel gezwungen – unabhängig von der Ursache. Die Wahlniederlage kann sicherlich eine mögliche Ursache des Wandels sein und sollte in der Analyse separat von anderen betrachtet werden. Die Wahlniederlage ist ein beliebter Gegenstand der Party-Change-Forschung, nicht nur für organisatorische Veränderungen, sondern auch für die inhaltlichen. So schreiben Harmel et al. der Wahlniederlage sogar alle Verantwortung des Parteienwandels zu - „defeat is the mother of party change“ (1995: 173). In der vorliegenden Arbeit wird die Wahlniederlage als eine Form des externen Schocks (Harmel/Janda 1994: 265) aufgefasst. Der externe Schock ist der natürliche Bestandteil des Discrete-Change Ansatzes. Auch wenn die Wahlen und damit die Möglichkeit einer Wahlniederlage regelmäßig stattfinden, gilt eine Wahlniederlage als ein ungeplantes Ereignis. Hier sollte die Aufmerksamkeit aber nicht auf die Wahlniederlage gerichtet werden. Denn sie ist wahrscheinlich die plausibelste und bereits am besten für die westeuropäischen sowie angloamerikanischen Parteien empirisch bewiesene (Harmel et al. 1995: 185-189) Ursache zum programmatischen Wandel der Partei. Die Besonderheit der Transformation im Fall der ostmitteleuropäischen Parteien in Folge einer Wahlniederlage liegt darin, dass diese Transformation nicht nur durch die Niederlage an der Wahlurne geschuldet ist. Eine Partei muss sich nach einer Wahlniederlage an die momentan herrschende public opinion inhaltlich anpassen, da ihr die politische Basis fehlt (Somer-Topcu 2009: 240).

Die schwache Bindung zur politischen Basis zwingt die Partei zur Leistungsorientierung, in dem Fall vor allem um das konstruierte Parteiensystem ihres Landes zu bedienen. Gleichzeitig muss sich die Partei an der wechselnden Meinung des volatilen und teils orientierungslosen (Reetz 2004: 183) Elektorates orientieren, da die Parteien in Ostmitteleuropa das Interesse der Wähler, auch über die Affinität besonderer Persönlichkeiten gegenüber, aufrechterhalten müssen (Laagerspetz und Maier 2010:

108-109). Die Sympathien gegenüber den Persönlichkeiten und konkreten identitätspolitischen Zielen veranlassen die inhaltliche Anpassung der Partei. Daraus entsteht die dritte Hypothese zur inhaltlichen Transformation:

Hypothese 3

Der inhaltliche Wandel entsteht in Folge der Wahlniederlage der Partei.

Eine weitere, für die ostmitteleuropäischen Parteien bemerkenswerte Ursache für den Wandel ist die Rolle der Führung einer Partei. Der führungsorientierte Aufbau der ostmitteleuropäischen und südosteuropäischen Parteien (Karasimeonov 2005: 6) zeigt die dominante Rolle des charismatischen Parteiführers. Diese Position ist vor allem im Gegensatz und Vergleich zur Bedeutung der restlichen Parteimitglieder (Kopecký 1995: 517) herausragend. Oft werden die Personen der Parteiführung als Galionsfiguren (Reetz 2004: 182) der, auch liberalen, Parteien Ostmitteleuropas eingesetzt, denn die Parteien sind anhand der Führungspersönlichkeiten oft einfacher zu unterscheiden als auf Grundlage ihrer Programmatik (Beyme 2007: 139). Deswegen wird hier die Partei zusätzlich führungsorientiert betrachtet, weil die hiesigen Führungspersönlichkeiten häufig mit sogenannten „Gründer-Vätern“ überlappen und daher die Parteiführung, die Parteiinhalte und ihr Dasein nicht voneinander trennbar sind (Blondel 2010: 58-59). Traditionell gehört die Rolle der Parteiführung zur Analyse des organisatorischen Aufbaus, der später thematisiert wird. Jedoch wird hier zunächst für eine Verknüpfung zwischen der inhaltlichen Ausrichtung und der Führungsebene argumentiert. Enyedi und Linek verbinden die Positionierung auf der Links-Rechts-Achse mit dem Organisationsmodell der Partei (2008: 459). Diese Verbindung entsteht aus der dualen Dimensionalität der sogenannten Erfüllung eigener Ambitionen (Harmel/Svåsand 1993: 86) der Parteiführung, die eben nicht nur einen reinen Karriereaufstieg bedeutet, sondern auch die Durchsetzung eigener politischen Inhalte umfassen kann.

Davon ausgehend wird in der vorliegenden Arbeit ein weiterer Schritt gemacht, indem der inhaltliche Wandel der Partei direkt an die Führungsperson beziehungsweise ihren Wechsel gekoppelt wird. Das heißt, dass eine Partei führungsorientiert aufgebaut ist und dass die Parteistatuten teilweise unklare Regelungen bezüglich der Rechte und Pflichten

einzelner Funktionen und Gremien beinhalten (Karasimeonov 2005: 6). Daraus kann geschlossen werden, dass der Einfluss einer zentralen Führungsfigur in der Partei oft über ihre formellen Funktionen innerhalb der Partei hinaus reicht (van Biezen 2005: 166). Fehlen die ideologischen Verbindungen zwischen Elektorat und Partei, kann bei der Entstehung der Parteien in Ostmitteleuropa beobachtet werden, dass die Parteienunterstützung des Elektorats auf empfundene Sympathien gegenüber einer Führungsperson zurückgeführt werden kann (Reetz 2004: 181). Die inhaltliche Ausrichtung der Partei kann nicht nur führungsabhängig gestaltet, sondern auch transformiert werden (Bille 1997: 381). Dabei sind nicht zwingend größere kurzfristige Verluste in der Wählerbasis zu verzeichnen. Diese Transformation entsteht vielmehr aus der Dominanz der Personenorientierung über die Inhaltsorientierung beim Wähler (Laagerspetz/Maier 2010: 109) und gilt nicht nur für die Führungspersonen, sondern auch für die allgemeine sogenannte Personalisierung der Politik (Toomla 1999a: 256; Beyme 1994: 281-282) und basiert auch auf der wahrgenommen schwachen Performanz von Institutionen (Norgaard/Hindsgaul 1996: 108).

Die jungen Parteien Ostmitteleuropas haben kontextbedingt eine schwierige Wählerschaft, wenn die inhaltlichen und ideologischen Aspekte berücksichtigt werden. Die Bürger sind unempfindlich gegenüber neuen Symbolen und Parolen, die sich auf neue politische Ideen beziehen, das ist ebenso ein Grund wieso Repräsentanten traditioneller Parteienfamilien erfolgreich als inhaltliche Vorbilder waren. Deswegen bleiben eher Persönlichkeiten zentrale Identifikationselemente für eine Partei (Kopecký 1995: 518). Wenn die Parteiführung sich entscheidet, die Inhalte zu modifizieren, ist das erstens noch kein Grund zur Meinungsänderung beim Elektorat, zweitens entscheidet sich das Wahlvolk teilweise, oft durch die wahrgenommene Alternativlosigkeit, die Wahlmeinung trotz eines Wandels nicht zu verändern. Gleichzeitig kann eine führungsinitiierte inhaltliche Anpassung die Zahl der Wähler sogar erhöhen, wenn die Partei sich in der Hinsicht transformiert, dass sie ihre Inhalte an die *public opinion* anpasst. In diesem Fall wirken sich die Kombination aus einer Persönlichkeit mit der sich das Elektorat identifiziert und die inhaltliche Ausrichtung nach den aktuellen Sorgen der Bevölkerung positiv für die Partei aus (Schumacher/De Vries/Vis 2013: 474).

Mit einem Führungswechsel ist jedoch die inhaltliche Ausrichtung der Partei nicht a priori gefährdet, nur potentiell ist sie einem Wandel ausgesetzt. Dies hängt von weiteren Faktoren ab, die jedoch nicht auf den persönlichen Ambitionen der neuen Führung, sondern auf der Wahrnehmung seitens der Gesellschaft basieren. Je nachdem, wie die Partei mit ihrer Programmatik, ihrer Führung und einem eventuellen Nachfolger einer Führung in der Gesellschaft wahrgenommen wird, kann ein Wandel in verschiedener Intensität vermutet werden. Daraus lässt sich die vierte Hypothese ableiten:

Hypothese 4

Der inhaltliche Wandel der Partei entsteht in Folge eines Führungswechsels.

Der Wandel einer Partei beschränkt sich nicht auf die inhaltliche Transformation, denn der organisatorische Wandel der Partei ist eine gleichwertige Form der Parteitransformation. Peter Mair nennt die Führung der Partei als einen der zentralen Faktoren für die individuelle Art der Gestaltung der Parteiorganisation (Mair 1989: 177). Es wird daher eine weitere Auswirkung des eben thematisierten Führungswechsels angenommen, nämlich der organisatorische Wandel. Panebianco zählt zum organisatorischen Wandel jeden Wandel, der stark genug ist, um die Beziehungsstruktur der einzelnen Parteiorgane zu beeinflussen (1988: 243). Der Führungswechsel kann unter Umständen genau diese Beziehungsstruktur nicht nur beeinflussen, sondern auch zu erheblichen Umgestaltungen führen. Eine neue Parteiführung kann Veränderungen in der Partei verursachen (Harmel/Janda 1994: 266; Harmel/Tan 2003: 409) und dadurch, abhängig von der Organisationsstruktur oder den Ambitionen der Parteiführung, die Verhältnisse innerhalb der Partei komplett, nicht nur inhaltlich, restrukturieren.

Die Veränderung, die durch den Führungswechsel hervorgerufen wird, ist nicht so stark, wie bei einem externen Schock, da die Parteiführung einer demokratischen Partei einen definierten Handlungsrahmen hat (Harmel/Janda 1994: 266). Die Magnitude der Veränderungen hängt außerdem von den Rivalitätsbedingungen innerhalb der Führung ab (Harmel/Tan 2003: 422). In der vorliegenden Diskussion über die organisatorische

Transformation geht es jedoch nicht um die Stärke oder das Ausmaß, sondern vor allem um das Vorhandensein und die Art des Parteienwandels, bezogen auf seine Ursachen.

Die Parteiführung kann Ziele und Strategien für die Partei entwickeln, die automatisch einen neuen organisatorischen Aufbau verlangen, besonders zum Beispiel zur Frage der Effizienz einer Partei. Solche Maßnahmen verlangen zuweilen andere Organisationsstrukturen, neue Aufgabenverteilung, ein verändertes Wahlsystem, erneuerte Koordinationsstrukturen, eine andere Ressourcenverteilung und womöglich eine andere Zielsetzung der Partei (Panebianco 1988: 244). Die organisatorischen Erneuerungen werden mit der Zielsetzung begründet, dass sich die neue Führung innerhalb der Partei legitimieren will (Panebianco 1988: 244). Für die ostmitteleuropäischen Parteien kommt die bereits erwähnte Personenzentriertheit noch hinzu. Das heißt, dass auch die organisatorische Stabilität in den Parteien schwach (van Biezen 2005: 160) und deswegen führungsabhängig ist (Kopecký 1995: 528). Parteien sind sogar teilweise geneigt, sich je nach der führenden Person umzuorientieren. Daher ist, begründet durch die Affinität gegenüber oder die Abhängigkeit von der Führung, wenig Widerstand gegen einen organisatorischen Wandel zu erwarten.

Diese Annahme entsteht aus dem Argument, dass die Parteiprogramm- und Organisationsentwicklung in den neuen Parteien durch die zentrale Gruppe dominiert wird, um die sich die Partei ursprünglich bildete. Besonders in der Formierungsphase werden die Eigenschaften wie *creator*, *communicator* und *charismatic* (Harmel/Svåsand 1993: 74) der Gründerväter und Führungspersönlichkeiten geschätzt. Diese Eigenschaften können bei jedem Führungswechsel erneut eingesetzt werden. Folgend kann aus dem Führungswechsel und den dadurch entstehendem organisatorischen Wandel nicht nur ein Parteiwandel festgestellt werden. Er ist auch eine Ursache für den Parteiwandel in Ostmitteleuropa, die beobachtet werden kann und die von Einzelpersonen oder kleinen Gruppen abhängig ist. Die ostmitteleuropäischen Parteien besitzen allgemein eine schwache Organisationsstruktur, weil sie führungsorientiert sind. Deswegen ist der durch den Führungswechsel initiierte Wandel in den ostmitteleuropäischen Parteien keine Seltenheit. Es kann vermutet werden, dass sie einem Wandel, der durch einen Führungswechsel verursacht ist, eher ausgesetzt sind als Parteien mit einer etablierten oder stärkeren Organisationsstruktur (Bille 1997: 389). Daraus kann folgende Hypothese abgeleitet werden:

Hypothese 5

Der organisatorische Wandel der Partei entsteht in Folge eines Führungswechsels.

Der Führungswechsel muss nicht zwingend die einzige Ursache des organisatorischen Wandels der Parteien sein (Bille 1997: 389). Wie auch für den inhaltlichen Wandel, kann es für den organisatorischen Wandel mehrere potentielle Verursacher geben. Ein weiterer Faktor, der den Parteiwandel bedingt, wird hier in der Wahlniederlage als sehr prägnante Form des sogenannten externen Schocks (Harmel/Janda 1994: 265) gesehen. Früher in diesem Kapitel wurde die Wahlniederlage als Grund für den inhaltlichen Wandel der Partei behandelt, nach Ansicht der vorliegenden Arbeit kann diese auch als einer der Gründe für organisatorischen Wandel der Partei angesehen werden. Denn eine Wahlniederlage bedeutet ein inhaltliches und ein organisatorisch-strategisches Scheitern der Partei, schließlich ist sie eine Organisation. Genau an diesem Punkt kann der Wandel der Partei nach der Wahlniederlage geschehen. Abhängig vom Ausmaß der Wahlniederlage und den daraus entstehenden Folgen und Überlebenschancen kann eine Partei entscheiden, ob sie sich organisatorisch umstrukturiert, vor allem hinsichtlich der Effizienz, so Panebianco (1988: 220). Diese effizienzbedingte organisatorische Umstrukturierung nach einer Wahlniederlage ist auf eine höhere Organisationskontrolle und einen künftig optimierten Ressourceneinsatz der Partei gerichtet. Diese Effizienz grenzt ganz eng an eine Kontrolle der Handlungen der Parteigremien und somit einer potentiellen Minimierung der innenparteilichen Demokratie und einer stärkeren strukturellen Führungsabhängigkeit. Werden die Parteiziele Regierungsbeteiligung und Stimmenmaximierung berücksichtigt (Harmel/Janda 1994: 269-270), bekommt die Effizienzmaximierung eine zentrale Bedeutung (Panebianco 1988: 241). In beiden hier untersuchten Parteien ist das der Fall. Eine Wahlniederlage führt nicht nur aus der Sicht der machtpolitischen, sondern auch der ökonomischen Perspektive zur Restrukturierung. Wie bereits durch Panebianco (1988) und Harmel/ Janda (1994) thematisiert, wird auch hier die Wirkung der Wahlniederlage auf den organisatorischen Wandel der Partei untersucht. Diese soll im Folgenden nicht nur als ein externer Schock, sondern als eine Ursache des organisatorischen Wandels der Partei, in der sechsten Hypothese, betrachtet werden:

Hypothese 6

Der organisatorische Wandel der Partei entsteht in Folge einer Wahlniederlage.

Ausgehend von den Zielen und der Fragestellung dieser Arbeit, wird auch die Option einer Koexistenz oder des kombinierten Auftretens mehrerer Faktoren als Ursachen für den Parteiwandel berücksichtigt. Organisatorischer und inhaltlicher Wandel der Partei treten zwar jeweils separat auf, wenn ein umfassender Parteiwandel beobachtbar ist, kann es aber sein, dass beide Arten – sowohl der organisatorische als auch der inhaltliche Wandel – nachverfolgt werden können. So ein Fall tritt ein, wenn nicht mit Sicherheit bestimmt werden kann, dass nur die eine oder nur die andere Art des Parteienwandels auftritt. Wenn aber tatsächlich ein Parteienwandel in mehr als einem Bereich stattfindet, wird dahinter eine Kombination der Ursachen gesehen, welche diese Veränderungen in den beiden Formen hervorruft. Die einzigen Ausnahmen an dieser Stelle wären im Rahmen der vorliegenden Untersuchung die Wahlniederlage und der Führungswechsel als Ursache des Wandels. Diese beiden Faktoren können je nach Kontext entweder die inhaltliche oder die organisatorische Transformation oder eine Kombination von beiden verursachen. Diese Kombination wird hier vor allem durch eine gänzlich fehlende Betrachtung der Parteientransformation als einer Kombination der Ausprägungen aus dem inhaltlichen und organisatorischen Wandel angenommen. Je nach der Form des Führungswechsels oder den konkreten Umständen dafür, wird in der Partei die eine oder andere Form von Wandel vollzogen. Es kann aber auch sein, dass eine neue Parteiführung durch den Wandel der Organisation automatisch auch die Inhalte beeinflusst oder umgekehrt. Eine weitere Option ist eine Kombination von Wandelsformen, falls zum Beispiel eine Transformation im Parteiensystem und eine Wahlniederlage zeitlich zusammen fallen. Das kann unter Umständen dazu führen, dass die Partei durch die Synchronität der sie beeinflussenden Ereignisse einem insgesamt stärker ausgeprägten Wandel unterliegt. Daraus entsteht die siebte Hypothese:

Hypothese 7

Aufgrund einer Kombination der Wandelursachen kann ein verstärkter Wandel der Partei verursacht werden.

3 METHODIK

Die Ansicht von Harmel und Janda, dass „party change does not ‚just happen“ (1994: 261), sondern bestimmte Ursachen hat, ist grundlegend für diese Arbeit. Aus diesem Grund werden den im vorigen Kapitel theoretisch hergeleiteten Hypothesen im Folgenden verschiedene Indikatoren zugeordnet, um diese empirisch untersuchen zu können.

Die möglichen Wandlungsformen der Parteien werden vor allem in ihrem inhaltlichen und organisatorischen Wandel gesehen, daher konzentriert sich das vorliegende Kapitel auf die Konzeptualisierung und Operationalisierung dieser beiden Bereiche. Die Operationalisierung erfolgt mittels Kombination verschiedener qualitativer und quantitativer Methoden. „Existing studies on changes over time either rely on content analysis of literature about parties, content analysis of party programmes or on expert judgements[.]“, wie Volkens und Klingemann es feststellen (2002: 147). Hier wird die Ansicht geteilt, dass eine umfassende Studie mehrere Quellen und Grundlagen sowie ideologische und methodische Überlegungen für die Messung mehrerer Variablen nutzen sollte (Volkens/Klingemann 2002: 166). Daher wird im Folgenden ein Methoden-Mix für die Operationalisierung der Variablen und die Ermittlung der Wandelfaktoren vorgestellt.

Da sich die Analyse des Parteienwandels in der vorliegenden Arbeit auf mehrere Aspekte und besonders die Ursachenermittlung des Parteienwandels konzentriert, sollen die Hypothesen mit Hilfe einer internationalen qualitativ-vergleichenden Fallanalyse der Parteien überprüft werden. Aus dem qualitativen Ansatz der Analyse, des Vergleiches der Parteienentwicklungen der Liberalen in Ostmitteleuropa, stammt auch die kleine Anzahl der Fälle. In der Konstellation der qualitativen Analyse bieten sich wenige Fälle der ostmitteleuropäischen liberalen Parteien – jedoch mit einem hohen Informationsgehalt – an. Die Auswahl der ostmitteleuropäischen liberalen Parteien ergab sich aus der vorhandenen Forschungslücke der Untersuchung der ostmitteleuropäischen Parteien im Ganzen und der liberalen Parteifamilie des ostmitteleuropäischen Raumes im Besonderen. Daraus folgt nicht nur der geographischen Raum der Fallauswahl, sondern auch der Untersuchungszeitraum. Der Zeitraum bezieht sich ausschließlich auf die Untersuchung der Veränderungen in den Parteien Ostmitteleuropas seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion, denn erst nach

der Wende kann über liberale Parteien in Ostmitteleuropa gesprochen werden. Somit begrenzt sich der Untersuchungszeitraum auf die Zeit von der Wende bis zu den jeweils letzten Parlamentswahlen⁵ in Ungarn im Jahr 2010 und in Estland 2011. Dieser Zeitrahmen ermöglicht eine möglichst umfangreiche Betrachtung sowie eine Längsschnitt-Untersuchung der Parteien hinsichtlich ihrer Entwicklung und ihres Wandels.

Für die Fall-Länder Estland und Ungarn, ist jeweils eine liberale Partei gewählt worden, deren Entwicklung sich trotz ihrer ähnlichen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen stark voneinander unterscheidet. In Estland gibt es generell nur eine liberale Partei und in Ungarn wurde, trotz mehrerer Möglichkeiten, der Fidesz dem SZDSZ (*Szabad Demokraták Szövetsége* – Bund Freier Demokraten) als Fallbeispiel vorgezogen. Der SZDSZ wurde im Herbst 2013 aufgelöst und ist somit für den hier verwendeten Forschungsansatz als eine nicht mehr existierende Partei von keinem Interesse.

Aus diesem Grund wendet die vorliegende Arbeit bei der Fallselektion das *most-similar-system-design* (Przeworski/Teune c1970: 34) an, dabei kommt es vor allem darauf an, Fälle zu untersuchen die sich zwar ähnlich sind, sich aber in ihrem Wandel voneinander unterscheiden. Um diese Varianz in der Entwicklung zu ermitteln, werden die Einflussfaktoren des Parteienwandels, die gleichzeitig die unabhängigen Variablen sind, untersucht und erklärt. Das sind vor allem die Parteiensysteme, die Wahlergebnisse, die Inhalte der Wahlprogramme, die innerparteiliche Demokratie und der Parteiaufbau zu nennen. Somit werden möglichst viele Faktoren für den Wandel einer ostmitteleuropäischen liberalen Partei gesucht und untersucht.

Das zentrale Erkenntnisinteresse bei den Fallbeispielen ist der Wandel der Parteien – in empirischer und theoretischer Perspektive. In dem Theoriekapitel wurde klar, dass hier vor allem die zwei Typen des Parteiwandels wesentlich sind: der inhaltliche und der organisatorische. Diese Unterteilung ist für eine akkurate Untersuchung der Parteienentwicklung und ihres Wandels zentral (Gunther/Diamond 2001: 191). Wie den Bezeichnungen für die Typen des Parteienwandels entnommen werden kann, handelt es sich bei dem einen Typ um Veränderungen der Inhalte. Konkret sind damit die Veränderungen in den Wahlprogrammen und in den dort geäußerten Positionen,

⁵ Die Parlamentswahlen 2014 in Ungarn und 2015 in Estland sind aufgrund des Bearbeitungszeitraumes der Dissertationsschrift nicht Teil der Arbeit.

Ideologien und zentralen Issues gemeint. Der andere Teilbereich des Wandels einer Partei wird in den Veränderungen ihres strukturellen Aufbaus gesehen.

Dabei wird unter dem inhaltlichen Wandel besonders der Wandel der Programmatik der Partei verstanden. Dieser Wandel wird mittels quantitativ und qualitativ vergleichender Analyse der Wahlprogramme zu Parlamentswahlen der jeweiligen Parteien operationalisiert. Deswegen eignen sich die Wahlprogramme zu den Parlamentswahlen besonders gut für die Untersuchung des inhaltlichen Wandels. Sie erscheinen in regelmäßigen Abständen, geben die wichtigsten Inhalte der Partei und ihrer Politik wieder und sind in einer vergleichbaren Form für eine internationale Fallstudie vorhanden. Die Wahlprogramme sind zudem „das Produkt der innerparteilichen Demokratie, sollen Wähler mobilisieren und überzeugen und damit eine Anzahl der Stimmen der Partei maximieren[.]“ (Merz/Regel 2013: 216). Parteiprogramme beinhalten Handlungsanweisungen, sind die Grundlage für Regierungsbeteiligung, adressieren den Stammwähler und die gesamte Öffentlichkeit. Aus diesen Gründen bieten sie, als eine Form der parteilichen Außenkommunikation (Mayring 2010: 13), eine gute Vergleichsgrundlage. Die Art zu kommunizieren ist in den Wahlprogrammen sehr direkt und enthält daher selten versteckte Messages, was das Ermitteln von Positionen einfach macht (Budge 2001: 211). Daher wird hier die Analyse der Wahlprogramme der Parlamentswahlen zur Operationalisierung des inhaltlichen Wandels der liberalen Parteien in Estland und Ungarn genutzt.

Unter dem organisatorischen Wandel sind hier die Veränderungen in den Formalstrukturen der Partei gemeint. Der organisatorische Wandel wird hier, wie üblicherweise, über die Analyse der Parteistatuten operationalisiert (Norris 2006: 92). Die Statuten der Parteien liefern einen detaillierten und den einzigen vergleichbaren Einblick in den Aufbau und den Rechte- und Pflichtenkatalog der Parteien (Berge et al. 2013: 2). Diese Art der Messung erlaubt es am Ende, nicht nur einen Wandel der Partei festzustellen, sondern auch aus einer vergleichenden Perspektive Schlussfolgerungen über die Wirkungszusammenhänge (Bernauer 2009: 64) der einzelnen Faktoren in Bezug auf die Formen und Ausprägungen des Wandels benennen und erklären zu können. Im Weiteren wird dargestellt, wie die vorhandenen Hypothesen für das konkrete Forschungsvorhaben operationalisiert werden.

2.1 Der inhaltliche Wandel

Der inhaltliche Wandel der Partei ist eine der beiden Formen des Wandels, die in der vorliegenden Arbeit gemessen werden. Anhand der im vorigen Kapitel entwickelten Hypothesen ist klar geworden, dass für die inhaltliche Transformation der Parteien vor allem ihre programmatische Veränderung zentral ist. Diese Transformation kann aufgrund der Veränderungen im Parteiensystem, der Parteiperformanz bei Wahlen, die es einer Partei nicht erlaubt an der Konstituierung einer Regierung teilzunehmen, und ihrer Wahlniederlagen sowie in Folge eines Führungswechsels der Partei stattfinden. Das sind alles Ursachen für den inhaltlichen Wandel, die für die ostmitteleuropäischen Liberalen in Frage kommen.

Der inhaltliche Wandel der Partei als abhängige Variable kann auf Basis verschiedener Grundlagen gemessen werden: seien es die Aussagen ausgewählter Politiker, die Stellungnahmen zu bestimmten Themen, politische Programme oder andere ähnliche schriftliche und mündliche Kommunikationsformen, die Aussagen zum Inhalt und den Positionen der Partei beinhalten. In dieser Arbeit wird der inhaltliche Wandel mit qualitativen und quantitativen Methoden anhand der Wahlprogramme der Parteien ermittelt. Die unabhängigen Variablen, die möglichen inhaltlichen Ursachen des Wandels einer Partei, werden aus ihrem jeweiligen politischen Kontext abgeleitet. Mit dem politischen Kontext sind Einheiten wie die Wahlergebnisse, das Personengefüge der Partei in Bezug auf den Führungswechsel, die Zusammensetzung der Regierungen und ähnliches gemeint. Somit werden nicht nur verschiedene Indikatoren der inhaltlichen Transformation in den Wahlprogrammen der Partei gesucht, sondern auch ihre Positionierung in Bezug auf die Regierung/ die Opposition in Betracht gezogen, ihre Wahlergebnisse zu dem stattgefundenen oder nicht stattgefundenen Wandel sowie die Stabilität oder der Wechsel in dem Personengefüge der Führungsebene untersucht. Alle diese Daten werden für die Prüfung der Hypothesen in der Analyse betrachtet, um somit ein möglichst umfassendes Bild über die inhaltliche Transformation der Partei zu erhalten. Ergänzend dazu und für die Validierung der eigenen Befunde werden die einzelnen Entwicklungen der Parteien durch Experteninterviews reflektiert.

2.1.1 Inhaltsanalyse der Wahlprogramme der Parteien

Die Inhalte der Parteiprogramme für Parlamentswahlen der Parteien, die hier als die wesentliche Grundlage für die Analyse des inhaltlichen Wandels dienen, spiegeln die Substanz der Partei wider, indem sie ihr politisches Vorhaben beschreiben. Veränderungen in den Inhalten der Parteiprogramme sind daher direkte Indikatoren dafür, dass ein Wandel in der Partei stattgefunden hat. Die Parteiprogramme für die Parlamentswahlen sind in der Regel gut dokumentierte und in regelmäßigem Abstand erneuerte Unterlagen, die für die meisten demokratischen Parteien, die an den Wahlen teilnehmen, vorhanden sind.

Die Untersuchung des inhaltlichen Wandels der Partei mittels der Wahlprogramme ermöglicht es, die Stärke und die Richtung des Wandels einer Partei festzustellen. Mit der Stärke ist vor allem die Unterscheidung zwischen einem tatsächlichen Wandel und einer Abwandlung der Inhalte der Partei gemeint, wie in der Herleitung der Hypothesen erläutert wurde. Als die Richtung des Wandels wird, im Fall des inhaltlichen Wandels, die Verschiebung der inhaltlichen Positionen der Partei auf der ideologischen Links-Rechts-Achse angegeben. Das geschieht ausgehend von der ursprünglichen Position der Partei und in der Relation zur üblichen Positionierung der zugehörigen ideologischen Parteifamilie. Im Fall der Liberalen ist es ein Ziel, über die Jahre zu verfolgen, wie sich die Positionierung der Parteien in der Relation zu den Inhalten aus den ersten Wahlprogrammen der Parteien verändert. Dafür wird gemessen, ob sich die Positionierung der Partei auf der Links-Rechts-Achse verschiebt oder stabil bleibt und in welchem Ausmaß das passiert. Damit der inhaltliche Wandel der Partei untersucht und später auf bestimmte Ursachen zurückgeführt werden kann, müssen zuerst die Programme ausgewertet werden. Hierbei werden viele allgemeine inhaltliche Positionen, Beobachtungen, stilistische, sprachliche sowie weitere mögliche Besonderheiten aus diesen Programmen herausgearbeitet. Dies soll in der qualitativen Inhaltsanalyse der Wahlprogramme durchgeführt werden. Die ergänzende quantitative Analyse der Wahlprogramme erfolgt auf Basis der CMP-Daten. Diese Daten eignen sich aufgrund ihrer Ausführlichkeit gut für quantitative Analysen der Wahlprogramme und als Ergänzung der qualitativen Analysemethoden. „MRG codings also have the advantage of being able to represent party policy change over a series of elections as well as party positions in one election“ (Budge 2001: 215). Zusätzlich ist das Set der CMP-Daten für

eine eventuelle Erweiterung des Datensatzes, wie es hier im Fall des Wahlprogrammes der ELDP nötig war, geeignet. Eine umfassende Anleitung zum Kodieren der Wahlprogramme ist gegeben und der Datensatz kann daher nach Bedarf erweitert werden.

Die Inhaltsanalyse der Wahlprogramme orientiert sich an den thematischen Schwerpunkten, den zentralen Aussagen sowie den ideologischen Signalen der Wahlprogramme der Parteien. Durch den qualitativen Ansatz wird nicht die jeweilige Partei in ihrer eigenen Entwicklung untersucht und nachher mit der anderen verglichen, sondern vielmehr geht es um die Parallelität der Entwicklung der liberalen Parteien in Estland und Ungarn. In jedem Vergleichsschritt werden die jeweils ersten, zweiten, dritten und so weiter Parteiprogramme der Parlamentswahlen in den Beispielländern gegenübergestellt – 1990 und 1992, 1994 und 1995, 1998 und 1999, so bis zu den Wahlen 2010 und 2011. Gerade dadurch ist es möglich zu sehen, wie sich die liberalen Parteien der beiden Länder in den verschiedenen Wahlen darstellen, verhalten und verändern, wie die jeweiligen vorherigen Wahlergebnisse ihre inhaltliche Richtung beeinflussen, welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede diese Parteien rein thematisch über die Zeit haben und wie sie in ihrer Politik ihren gemeinsamen europäischen Kontext wahrnehmen und sich darin ideologisch positionieren. In der chronologischen Aufarbeitung der Wahltexte werden die Programme für bessere Lesbarkeit nach Hauptthemen strukturiert. Zusätzlich wird dabei auf die Besonderheiten der programmatischen Inhalte – die Struktur der Wahlprogramme, wie zum Beispiel die Hierarchie der Themen – geachtet.

Der erste Untersuchungsschritt hinsichtlich der Programme besteht in der zusammenfassenden Darstellung und der systematischen Auswertung der Inhalte. Die Analyse erfolgt angelehnt an die Prinzipien einer Vertiefung nach Mayring (2010: 23) und der qualitativen Inhaltsanalyse nach Gläser und Laudel (Gläser/Laudel 2010: 197-198). Unter einer Vertiefung wird hiermit eine erklärende Textanalyse verstanden, weil sie Inhalte durch den Kontext und Interpretation bearbeitet. Somit werden die Inhalte der Wahlprogramme nicht nur wiedergeben, sondern auch interpretiert und kontextualisiert. Die Analyse erfolgt im Sinne der klassischen Dokumenten- und Inhaltsanalyse mit Hilfe der interpretativen Techniken (Bernauer 2009: 107). Die Texte der Wahlprogramme werden daher vor allem zusammenfassend und chronologisch

aufgearbeitet. Da die Wahlprogramme im Regelfall in der Landessprache vorliegen, sind sie in Form einer Synopse für die Nachvollziehbarkeit und Lesbarkeit auf Deutsch im Anhang⁶ der vorliegenden Arbeit vorhanden.

2.1.2 Analyse ausgewählter Themen der Wahlprogramme

Der allgemeinen Analyse der Wahlprogramme folgt eine separate Analyse ausgewählter Themen, die für besonders bedeutende Indikatoren der inhaltlichen Transformation einer liberalen Partei in Ostmitteleuropa gehalten werden. Diese umfassen die Themen der Nachbarschaftspolitik, der Einstellung zur EU und NATO und dem EU-Beitritt sowie der Dimension der Rechte und Ordnung in der Landespolitik der jeweiligen Fall-Länder. Die Auswahl dieser Themen lässt sich durch die ideologische Orientierung der Parteien der liberalen Parteienfamilie begründen. Besonders die Dimension *Recht und Ordnung* spiegeln den Umgang der Partei mit dem - für die liberale Ideologie - zentralen Begriff *Freiheit* und die entsprechende Umsetzung des Begriffs in den entsprechenden Politikdimensionen der Staats- und Gesellschaftspolitik wider. Gleichzeitig kann durch die Gegenüberstellung der Begriffe *Freiheit* und *Staat* sowie der persönlichen Freiheit und traditionellen Moral ebenso die ideologische Komponente des Liberalismus in den Inhalten der Partei ermittelt werden. Die EU und NATO Dimension beinhaltet in sich eine Referenz zur westlich orientierten liberalen Politik gegenüber einer populistischen antieuropäischen national-defensiven Position. Diese Dimension hilft die Haltung gegenüber der europäischen Integration zu gewichten und die Position der Partei im Zuge der Beitrittsdebatte zu analysieren. Die dritte Dimension der Nachbarschaftspolitik ist besonders aus der Perspektive der geopolitischen Lage der Staaten wesentlich, da sich aus der Konfliktlinie des Kommunismus-Antikommunismus ein kompliziertes Beziehungsgefüge zu den Nachbarstaaten vermuten lässt. Beide Länder liegen an der Ostgrenze der EU und das Thema der Beziehungen mit den Nachbarstaaten ist historisch und aus der Konfliktlinie bedingt einer der zentralen Polarisierungsgründe für die politischen Lager. Anhand der Dimension EU/NATO kann die Positionierung der liberalen Partei aus der traditionellen pro-europäischen Position der liberalen Parteien herausgehend untersucht werden (Merz/Regel 2013: 222). Diese Themen sind

⁶ Anhang 1

besonders in den ostmitteleuropäischen Staaten Indikatoren der inhaltlichen und ideologischen Haltung. Begründet liegt dies in der geopolitischen Lage und dem Transformationsprozess.

Abbildung 3: Kategorien und Positionen der Einzelanalyse der Wahlprogramme.

Recht& Ordnung	<p>Per201 Freedom and Human Rights Favourable mentions of importance of personal freedom and civil rights in the manifesto and other countries</p> <p>Per604 Traditional Morality, (-) Opposition to traditional and/or religious moral values.</p> <p>Per603 Traditional Morality, (+) Favourable mentions of traditional and/or religious moral values.</p> <p>Per605 Law and Order, (+) Favourable mentions of strict law enforcement, and tougher actions against domestic crime. Only refers to the enforcement of the status quo of the manifesto country's law code.</p>
EU & NATO	<p>Per103 Anti-Imperialism Negative references to imperial behaviour and/or negative references to one state exerting strong influence (political, military or commercial) over other states.</p> <p>Per105 Military, (-) Negative references to the military or use of military power to solve conflicts. References to the 'evils of war'.</p> <p>Per108 European Union, (+) Favourable mentions of European Community/Union in general.</p> <p>Per110 European Union, (-) Negative references to the European Community/Union.</p> <p>Per 104 Military, (+) The importance of external security and defence.</p>
Nachbarschaft	<p>Per101 Foreign Special Relationships, (+) Favourable mentions of particular countries with which the manifesto country has a special relationship; the need for co-operation with and/or aid to such countries.</p> <p>Per102 Foreign Special Relationships, (-) Negative mentions of particular countries with which the manifesto country has a special relationship.</p> <p>Per107 Internationalism, (+) Need for international co-operation, including co-operation with specific countries.</p> <p>Per109 Internationalism, (-) Negative references to international co-operation. Favourable mentions of national independence and sovereignty with regard to the manifesto country's foreign policy, isolation and/or unilateralism as opposed to internationalism.</p>

Quelle: Eigene Darstellung angelehnt an den Code Katalog von MARPOR⁷. Die Zeichen „+“ und „-“ markieren entsprechend positive und negative Aussagen.

⁷ https://manifestoproject.wzb.eu/coding_schemes/1 (zuletzt aufgerufen am 18.3.2015)

Bei der detaillierten thematischen Betrachtung werden diese Themen deswegen akribisch über den Betrachtungszeitraum hinweg in der thematischen Behandlung der Partei nachverfolgt und somit auf ihre Signifikanz im Gesamtkontext der Programme analysiert sowie exemplarisch für den Wandel der Positionen der Parteien untersucht.

Die Themen für die separate Inhaltsanalyse sind aus dem Codebuch des Manifesto Project Database (CMP/MARPOR) abgeleitet. Die Themen werden über mehrere Items mit bestimmten Ausprägungen (Codes) erhoben. Auf der Basis der ideologischen Positionierung auf der Links-Rechts Skala sind die Positionen ausgewählt worden, die entweder den liberalen politischen Positionen am meisten entsprechen oder den Gegensatz von ihnen bilden. Die Betrachtung der Kategorie „Recht und Ordnung“ identifiziert die Positionen der Partei auf der Links-Rechts-Skala gegenüber dem gegebenen Politikbereich, in dem die Aussagen folgenden Codes zugeordnet werden können: Traditional Morality: Negative/ Positive, Law and Order: Positive und Freedom and Human Rights. Die Kategorie „EU/NATO“, mit den Codes: Anti-Imperialism, Military: Positive/Negative und European Union: Negative/Positive.

Dabei umrahmt die Position *Freedom and Human Rights* den Freiheitsbegriff der Partei, Freiheits- und Zivilrechtselemente im Staat werden betont. Ebenso sind damit die individuellen Freiheitsrechte, die staatlichen und bürokratischen Zwänge gemeint. Diese Kategorie ist im Rahmen der Ideologie des Liberalismus und in den Wahlprogrammen der Parteien von besonderer Bedeutung. Mit *Traditional Morality* werden eine jeweils negative oder positive Einstellung der Partei gegenüber einem traditionellen Familienbild und der Position der Kirche in der Gesellschaft sowie der Trennung von Kirche und Staat verstanden. Die positive Einstellung gegenüber dem Recht und der Ordnung beinhaltet Ansichten wie eine stricte Durchsetzung des Rechts, Erhöhen der Unterstützung und Finanzierung der Polizei sowie der allgemeinen internen Sicherheit.

Die zweite Dimension, die sich dem Themenbereich der EU und der NATO widmet, konzentriert sich auf die Untersuchung der einzelnen Positionen gegenüber dem Militär, der militärischen Lösung von Konflikten und der allgemeinen Sicherheitsfrage. Diese werden mit Hilfe der Codes *Military, Positive* oder *Negative* erhoben. Die Positionierung der Parteien gegenüber der EU wird durch die Positionen *European Union: Positive* und *Negative* erfragt. Zusätzlich wird mit der Position *Anti Imperialism* die Einstellung der

Parteien gegenüber den größeren EU-Staaten und deren wirtschaftlicher oder militärischer Überlegenheit erhoben.

Die dritte Dimension, die gerade bei den EU-Grenzstaaten von besonderem Interesse ist, ist die Frage der Nachbarschaftsbeziehungen der Länder. Diesem Thema werden die *Codes Foreign Special Relationships: Positive* und *Negative*, sowie *Internationalism: Positive* und *Negative* zugeordnet. Diese Codes erläutern die Position der Parteien gegenüber Nachbarstaaten außerhalb der EU sowie die allgemeine Einstellung zu internationalen Regierungskooperationen und -organisationen.

Die Einzelanalyse soll anhand der drei Paradigmen (Recht und Ordnung, NATO und EU sowie Nachbarschaftspolitik) die Positionierung der Parteien in Bezug auf die liberalen Werte und die Entfernung von ihnen besonders deutlich erkennbar machen. Die Wahl der Themen basiert auf der Definition des Liberalismus, die am Anfang der Arbeit erläutert wurde. Die Themen abseits der wirtschaftspolitischen oder gesellschaftspolitischen Positionen ergänzen die Aspekte der quantitativen Analyse aufgrund der CMP/MARPOR Daten bezüglich der Links-Rechts Einordnung. Dieses Vorgehen wird weiter unten ausgeführt. Um eine möglichst umfassende Exploration der Parteiinhalte und somit die Gründe des Wandels möglichst detailliert untersuchen zu können, werden die gewählten Dimensionen der Themen auf weitere Aspekte und Positionen der politischen liberalen Ideologie gegründet. Für die Analyse dieser Themen werden die Inhalte der entsprechenden Codes, i.e. kodierte Quasi-Sätze der Wahlprogramme von Fidesz, ELDP und Reformierakond qualitativ analysiert.

2.1.3 Quantitative Analyse des inhaltlichen Wandels

Damit der inhaltliche Wandel besser verstanden werden kann, wird die qualitative Analyse mit einer quantitativen Analyse der inhaltlichen Parteitransformation ergänzt. Auch die quantitative Analyse basiert auf den CMP Daten, erhoben für die MARPOR-Studie. Der Datensatz des CMP basiert auf den inhaltsanalytischen Kodierungen der Quasi-Sentences (Quasi-Sätze) eines Parteiprogramms das anhand des CMP-Codebuches kodiert ist. Das Codebuch basiert auf einem Set konfrontativer Aussagen, das heißt den möglichen Positionen die eine Partei zu einem bestimmten issue (thematische Position) (Budge 2001: 212) einnehmen kann. Die Aussagen werden in linke und rechte

Positionen aufgeteilt, damit eine Einstufung der Parteien auf der L-R-Skala möglich ist. Das Codebuch des CMP beinhaltet 56 Codes, die die einzelnen Positionen der Parteien messen. Die Quasi-Sätze, das heißt Sätze mit einer inhaltlichen Aussage oder einer Position zu einem bestimmten Issue, sind die Kodier-Einheiten des Wahlprogramms. Das CMP-Codebuch wurde 1979 ursprünglich lediglich für die Analyse der Westeuropäischen Parteien erarbeitet, dadurch musste es später für die Analyse der osteuropäischen und lateinamerikanischen Parteien um spezifische Subkategorien erweitert werden (Klingemann et al. 2006: xvii).

Anhand der kodierten Sätze der Wahlprogramme werden hier vor allem die Links-Rechts-Positionen der Parteien ermittelt. Die Links-Rechts Werte der Wahlprogramme werden nach dem Verfahren der Links-Rechts-Werte ermittelt. Da hier zusätzlich jeweils die gesellschaftspolitische und wirtschaftliche Dimension untersucht werden, wird der Ansatz von Franzmann/Kaiser benutzt (2006: 164). In diesem Ansatz werden nicht nur die Entwicklungen der allgemeinen Links-Rechts-Werte der Parteien über Jahre, sondern separat die L-R Werte für die ökonomischen und gesellschaftspolitischen Dimensionen betrachtet. Dies ermöglicht alle in der ersten Linie in den allgemeinen L-R-Werten nicht erkennbaren Diskrepanzen der L-R-Positionen der Partei zu ermitteln. Die Transformation der Programme von Wahl zu Wahl wird mittels des Übereinstimmungsindex ausgerechnet (Franzmann 2008: 82). Danach wird die Auswirkung der Wahlergebnisse mit den Veränderungen in den Wahlprogrammen in Verbindung gebracht. Mit dem Übereinstimmungsindex wird die Ähnlichkeit der Wahlprogramme der Parteien von Wahl zu Wahl ermittelt. Dafür wird die inhaltliche Abweichung berechnet. Der Übereinstimmungsindex zeigt schließlich um wieviel Prozent ein Programm sich von einem anderen in seinen Inhalten unterscheidet. Der Einfluss der Wahlergebnisse auf die Transformation der Wahlprogramme wird in Verbindung mit dem Übereinstimmungsindex betrachtet. Dabei geht es um die Frage, ob im Fall einer geringen programmatischen Übereinstimmung zweier Wahlprogramme eine erfolglose Wahl dazwischen gelegen hat. Wenn dies der Fall ist, kann das Wahlergebnis als eine Ursache der inhaltlichen Transformation des Wahlprogrammes für die darauffolgenden Wahlen betrachtet werden. Die Kategorisierung der Wahlergebnisse erfolgt durch Experten nach dem fünf-Stufen Schema von Janda et al (1995: 182-183).

Auf der Basis des ergänzten MARPOR/CMP-Datensatzes werden für die estnischen und ungarischen Parteien die Links-Rechts-Werte berechnet. Das erlaubt es ergänzend zur qualitativen Methode, quantitativ den inhaltlichen Wandel der Parteien auf der Basis von Veränderungen in den Wahlprogrammen zu analysieren. Die Links-Rechts-Werte der jeweiligen Parteien bilden sich aus der Subtraktion der Werte der Links-Positionen⁸ von den Rechts-Positionen⁹ (Klingemann et al. 2006: 5). Auf die gleiche Art werden auch die separaten L-R-Skalen für die gesellschaftspolitischen und ökonomischen Positionen gebildet. Die Analyse aller drei L-R-Skalen erlaubt es, die inhaltlichen Diskontinuitäten der Parteien zusätzlich zu der qualitativen Inhaltsanalyse der Wahlprogramme zu untersuchen.

Wenn es zur Analyse der inhaltlichen Übereinstimmung von Wahlprogrammen kommt, dann wird zusätzlich das Wahlergebnis als Einflussfaktor auf die inhaltliche Transformation herangezogen. In diesem Schritt wird an die Hypothese über Wahlerfolg und dessen Auswirkung auf die Handlung der Partei angeknüpft. Dabei wird die Operationalisierung aus einerseits dem Ansatz von Janda et al. (1995: 173-174) und andererseits Franzmann (2008: 82) kombiniert. Angelehnt an Janda et al. (1995) wird der Zusammenhang zwischen dem Wahlerfolg und der Veränderung in den Wahlprogrammen untersucht. Allerdings wird diese Analyse nicht auf der Korrelationsrechnung, wie sie von Janda et al. vorgeschlagen wird, durchgeführt. Stattdessen wird die Veränderung mittels des Übereinstimmungsindex von Franzmann (2008) gerechnet. Durch die Einstufung der Parteiperformanz bei den Wahlen und der Korrelation dieser Performanz Wahl für Wahl untersuchen Janda et al. den Zusammenhang von inhaltlicher Transformation anhand der Wahlprogramme mit dem Wahlergebnis der Parteien. Janda et al. (1995) geben für eine vergleichbare Einstufung der Wahlergebnisse ein Schema vor. Dieses dient als Grundlage für die Analyse und Bewertung des Zusammenhanges der Wahlergebnisse mit den inhaltlichen Veränderungen der Wahlprogramme, die nach den Wahlen vorgenommenen wurden.

⁸ Linke Positionen: Decolonization; Military: Negative; Peace; Internationalism: Positive; Democracy; Regulate Capitalism, Market; Economic Planning; Protectionism: Positive; Controlled Economy; Nationalization; Social Services: Expansion; Education: Expansion; Labour Groups: Positive (Klingemann et al. 2006: 5).

⁹ Rechte Positionen: Military: Positive; Freedom & Human Rights; Constitutionalism: Positive; Effective Authority; Free Enterprise; Economic Incentives; Protectionism: Negative; Economic Orthodoxy; Social Services: Limitation; National Way of Life: Positive; Traditional Morality: Positive; Law and Order; Social Harmony (Klingemann et al. 2006: 5).

Die Einstufung der Wahlergebnisse der estnischen und ungarischen Parteien bei den Wahlen ist für diese Arbeit durch die jeweiligen Landes-Experten während der Interviews nach dem Schema von Janda et al. (1995: 181-185) durchgeführt worden. Das Modell bietet fünf verschiedene Stufen zur Einschätzung der Wahlergebnisse. Von negativ bis positiv angeordnet, sind es: *calamitous*, *disappointing*, *tolerable*, *gratifying* und *triumphal*. Dabei verbindet jede einzelne Kategorie ein bestimmtes Set an Eigenschaften für die Kategorisierung der Wahlergebnisse. Die Verwendung der fünf Kategorien für die Wahlergebnisse von Janda et al. (1995), ermöglicht es, diese zu vereinheitlichen und länderübergreifend zu vergleichen. Die Interviewpartner der Experteninterviews haben die vorgegebenen Kategorien den Wahlergebnissen für die jeweiligen Parteien zugeordnet. Für beide Fallbeispiele werden die Ergebnisse aller Parlamentswahlen benutzt. Sie werden über die Landes-Wahlbüros¹⁰ veröffentlicht. Im Zeitraum von 1990 bis 2011 werden sie auf den Zusammenhang von Wahlergebnissen und einer darauf folgenden Veränderung des Wahlprogramms untersucht.

2.1.4 Datenbasis des inhaltlichen Wandels: Wahlprogramme und Manifesto Data Collection

Die Inhaltsanalyse der Parteiprogramme basiert auf den Originaltexten der Wahlprogramme, die entweder auf den Homepages der Parteien¹¹, in deren offiziellen Veröffentlichungen, der Homepage des MARPOR-Projektes¹² oder im Archiv¹³ zu finden sind. Die Wahlprogramme der Parlamentswahlen beider zu untersuchender Parteien sind vollständig für den Untersuchungszeitraum vorhanden und daher für das Nachverfolgen der inhaltlichen Veränderungen optimal. Für die beiden Länder liegen im Untersuchungszeitraum jeweils sechs Wahlprogramme der liberalen Parteien vor. Im Fall von Estland sind es die Programme aus den Jahren: 1992 (Eesti Liberaaldemokraatlik Partei), 1995 (Reformierakond), 1999 (Reformierakond), 2003 (Reformierakond), 2007 (Reformierakond) und 2011 (Reformierakond). Für Ungarn

¹⁰ Wahlbüro für Parlamentswahlen in Ungarn: <http://valasztas.hu> und Estland <http://www.vvk.ee/> (zuletzt aufgerufen am 25.01.2015).

¹¹ Reformierakond: www.reform.ee (letzter Zugriff am 19.02.2014) und Fidesz: www.fidez.hu (letzter Zugriff am 19.02.2014).

¹² Auf der Homepage des MARPOR Projektes (<https://manifestoproject.wzb.eu> – stand 19.02. 2014) sind die kodierten Programme der Reformpartei für die Wahlen 1995 und 1999, sowie des Fidesz für die Wahlen 1990 und 2002 vorhanden und sind benutzt worden.

¹³ Wahlprogramm der ELDP konnte im Riigiarhiiv in Tallinn gesichtet werden.

sind es die Programme aus den Jahren: 1990 (Fidesz - Fiatal Demokraták Szövetsége), 1994 (Fidesz - Fiatal Demokraták Szövetsége), 1998 (Fidesz – Magyar Polgári Párt, Fidesz-MPP), 2002 (Fidesz – Magyar Polgári Párt, Fidesz-MPP), 2006 (Fidesz - Magyar Polgári Szövetség) und 2010 (Fidesz - Magyar Polgári Szövetség).

Die Programme von Fidesz konnten aus dem Forschungsprojekt „Europarteien auf Ostkurs: Der Einfluss der Europarteien auf mittel- und osteuropäische Partnerparteien“ des Mannheimer Zentrums für Europäische Sozialforschung (MZES) übernommen werden. Im Fall Estland mussten die Programme aus verschiedenen Quellen gesammelt werden. Das einzige Wahlprogramm der ELDP konnte im Nationalarchiv in Tallinn gesichtet werden. Was die Programme der Reformpartei angeht, so verfügen weder das Nationalarchiv, noch die Parteizentrale über entsprechende schriftliche Dokumentation der Wahlprogramme der Partei. Daher sind die Parteiprogramme den archivierten Internet-Seiten¹⁴ der Partei und dem MARPOR-Projekt entnommen. Die Analyse der Programme basiert entweder auf dem Originaltext oder eigenen Übersetzungen. Um die Programminhalte nachvollziehen zu können, befindet sich in dem Anhang eine deutschsprachige Synopse¹⁵ aller Wahlprogramme beider Parteien für den gesamten Untersuchungszeitraum.

Die Grundlage der quantitativen Analyse bilden die Daten der relevanten Parteien, die dem Datensatz des *Manifesto Data Collection Manifesto Project* (MRG/CMP/MARPOR) entnommen sind. Für die vorliegende Arbeit wurden die Datensätze der zutreffenden Parteien übernommen. Das Wahlprogramm der ELDP aus dem Jahr 1992 wurde ergänzt, weil es nicht im Datensatz vorhanden war. Da diese Partei nur einmal an Parlamentswahlen teilgenommen hat, jedoch als Quasi-Vorgänger der liberalen Reformpartei für die Analyse wesentlich ist, wurde die ELDP in der Studie mitberücksichtigt. So konnte der gesamte Untersuchungszeitraum voll abgedeckt werden. Es war möglich, eine Kontinuität in der Entwicklung der Liberalen in Estland einerseits zu bewahren und andererseits die Vergleichbarkeit mit den Liberalen in Ungarn zu sichern. Das Wahlprogramm der ELDP für die Landeswahlen 1992 ist für die vorliegende Arbeit gemäß dem Codebuch des Comparative Manifesto Project und nach der Methode von Klingemann et al. (2006:165-174) kodiert und quantifiziert worden. Die Salienz-Werte für die einzelnen Positionscodes sind zum CMP-Datensatz hinzugefügt

¹⁴ https://web.archive.org/web/*/reform.ee (zuletzt aufgerufen am 03.02.2014).

¹⁵ Siehe Anhang 1.

worden und somit bei allen empirischen Analysen mitbetrachtet. Alle Ergänzungen der Datensätze erfolgen in dieser Arbeit durch die Verfasserin.

Die Ermittlung des Übereinstimmungsindex erfolgt auf Basis der Daten für die estnischen und ungarischen liberalen Parteien sowie der aggregierten Positionscodes des MARPOR-Projektes. Die aggregierten Daten sind über die Internetseite des Manifesto Project Database abrufbar¹⁶. Die CMP-Daten bieten das umfangreichste Daten-Set für die quantitative Untersuchung der Wahlprogramme der europäischen Parteien (Budge 2001: 212).

2.2 Der organisatorische Wandel

Der organisatorische Wandel, der die zweite Säule der Analyse des Wandels der Partei bildet, wird ebenso über die Variablen operationalisiert, die im vorherigen Kapitel in den Hypothesen benannt worden sind. In den Hypothesen wurden die Aussagen formuliert, dass der organisatorische Wandel der Parteien – die abhängige Variable – vor allem von einem Führungswechsel im Zusammenhang mit dem Grad der internen Demokratisierung sowie einer Wahlniederlage als unabhängigen Variablen abhängt. Um diese Annahmen auf die Fälle der liberalen Parteien in Estland und Ungarn anwenden zu können, werden nicht nur die Statuten der jeweiligen Parteien auf ihre allgemeine Struktur untersucht. Notwendig ist auch die Ermittlung des Grades der *intra-party-democracy* (IPD) und der Wahrscheinlichkeit des Auftretens eines organisatorischen Wandels im Zuge eines Führungswechsels.

Ist der Demokratisierungsgrad der Organisation bekannt, können die Wahrscheinlichkeiten für das Auftreten der verschiedenen Ursachen eines organisatorischen Wandels ermittelt werden. Die IPD wird mit Hilfe der Statuten der Parteien ermittelt, indem diese anhand des Code-Schemas von Berge et al. (2013: 17-21) kodiert wird. Ziel dieses Vorgehens ist es, einen IPD-Wert für eine Partei zu ermitteln. Der IPD-Wert kann zwischen -1 (niedrigster Grad der internen Demokratie) und +1 (höchster Grad der internen Demokratie) platziert sein und macht dank der Quantifizierung die Statuten der Parteien ihre Inhalte und Funktionsweisen vergleichbar.

¹⁶ <https://manifestoproject.wzb.eu/> (zuletzt aufgerufen am 09.09.2014).

Die Wahlergebnisse werden in der vorliegenden Arbeit ebenso als eine mögliche Ursache des organisatorischen Wandels operationalisiert. Dafür werden die Wahlergebnisse der Parteien bei den Parlamentswahlen mit den jeweiligen Veränderungen in den Statuten, wie dem Führungswechsel oder herausragenden Veränderungen in den Rechten und Pflichten der Parteimitglieder gegenübergestellt. So können, ähnlich der Gegenüberstellung des Übereinstimmungsindex der Wahlprogramme und der Wahlergebnisse, die Veränderungen in den Statuten in einen Zusammenhang mit den Wahlergebnissen gebracht werden. Dies erlaubt eine möglichst umfassende Ermittlung der Gründe eines Wandels der Partei. Im Folgenden werden diese Analyseschritte und Analysegrundlagen im Einzelnen beschreiben.

2.2.1 Die Struktur der Partei und ihr Wandel

Wird bei einer Partei ein organisatorischer Wandel festgestellt, ist diese Beobachtung in der vorliegenden Arbeit ein weiterer Anknüpfungspunkt, um die Gründe des Wandels einer Partei zu operationalisieren. Die Analyse des organisatorischen Wandels wird sich auf die Untersuchung der allgemeinen Organisationsstruktur der Parteien, die Messung des Grades der inneren Demokratisierung und die Dynamik des Führungswechsels in den Parteien konzentrieren. Parteiinterne Demokratie reguliert wichtige Bereiche der Parteiorganisation, von den Zuständigkeiten bei Entscheidungen, über Mitgliederrechte bis zum Selektionsprozess der Kandidatinnen und Kandidaten für Wahlen sowie die Besetzung leitender Positionen (Scarrow 2005: 7-11). Zentral für den organisatorischen Wandel der Parteien ist ihre interne Demokratie, denn von dieser hängt in vielerlei Hinsicht sowohl die führungsbedingte Transformation, als auch die Stärke des personellen Umbaus in Folge der Wahlverluste ab. Auf der Basis der Statuten der Parteien wird der *Intra-Party-Democracy* (IPD) Index (Blank 2009: 285-286; Berge et al. 2013: 2) für die beiden Parteien berechnet sowie allgemein qualitativ untersucht. Die qualitative Untersuchung gründet sich infolge der Berechnung auf dem Analyseraster des IPD. Die Fragen, die zum Kodieren der Statuteninhalte benutzt worden sind und entsprechende Antworten darauf, werden zusammenfassend dargestellt. Dadurch werden die etwaigen Besonderheiten der Organisation, falls vorhanden, oder Funktionen von bestimmten Gremien der Parteien herausgearbeitet. Das Kodierschema

von Berge et al. (2013) dient gleichzeitig dazu, die Inhalte zu quantifizieren und daraus den IPD-Index zu ermitteln.

Die zentrale Methode der Untersuchung des organisatorischen Wandels der Partei besteht aus der Messung der *Intra-Party-Democracy* (innerparteiliche Demokratie, IPD) (Scarrow 2005: 3-4, Berge et al. 2013: 1-2). Der Ausgangspunkt des IPD Ansatzes liegt darin, die Parteien und deren Aufbau nach den Prinzipien der *inclusiveness* und *decentralization* zu untersuchen und den Ausprägungsgrad von diesen Prinzipien in der Organisationsstruktur der Parteien zu messen (Berge et al. 2013: 2). Dabei wird mit den beiden Begriffen die Teilhabe der Parteimitglieder an Entscheidungsprozessen und der Grad der Zentralisierung der Partei gemeint (Scarrow 2005: 6). Für die Ermittlung des IPD-Indexes werden die einzelnen Statuten der Parteien nach dem von Berge et al. (2013: 17-22) entwickelten Code-Schema kodiert. Dieses Code-Schema besteht aus Aussagen zu den Funktionen, den Rechten und den Pflichten der einzelnen Parteiorgane. Mit Hilfe des IPD wird daher der Grad der inneren Demokratisierung einer Parteistruktur ermittelt. Diese Erkenntnisse können helfen, zusätzliche Transformationsgründe zu erschließen.

Der Führungswechsel in einer Partei ist ein weiterer zentraler Aspekt für die Transformation der Parteien. Er wird aufgrund der in den Hypothesen erarbeiteten Argumentation als ein möglicher Grund wie für die inhaltliche und organisatorische Transformation betrachtet. Für die hier untersuchten Parteien wird nicht nur ein tatsächlicher Wechsel berücksichtigt, sondern auch eine mögliche Kontinuität von Personen, also das Ausbleiben eines Wechsels wegen einer Wiederwahl. Sowohl der Wechsel, als auch die Kontinuität sind ein Grund für den Wandel der Partei. Denn insbesondere die sich nicht wechselnde Parteiführung kann unter Umständen Auswirkung auf die innere Demokratie haben. Im Fall der führungszentrierten ostmitteleuropäischen Parteien ist dieser Zusammenhang von einer zentralen Bedeutung. Die Parteiführung und insbesondere ihre für andere Parteimitglieder unerreichbaren Prärogativen können unter Umständen den organisatorischen Wandel oder die Stabilität in der *Macht* einer Person konzentrieren (Berge et al. 2013: 10-11). Für die vorliegenden Fallbeispiele werden sowohl die personelle Kontinuität, als auch der Wechsel der Parteienführungen untersucht.

2.2.2 Datenbasis des organisatorischen Wandels

Die klassische Grundlage für die Analyse des organisatorischen Aufbaus bieten die Statuten der Parteien. Diese beinhalten alle niedergeschriebenen Rechte und Pflichten der Parteimitglieder sowie verschiedener Gremien. Außerdem können ihm Informationen über die Bereiche entnommen werden, die in den Statuten gar nicht oder nur begrenzt geregelt werden. Weiterhin ist es auch informativ, wenn bestimmte Bereiche gar nicht geregelt werden. In der Untersuchung der Organisationsstruktur und ihrer möglichen besonderen Formen, werden allerdings nicht nur die Statuten der Parteien und die Sekundärliteratur, sondern auch die Länder-Experten in den Experteninterviews konsultiert. Diese können Wissen über die tatsächlichen Organisationsmechanismen oder Defizite in den Statuten der Parteien besitzen.

Dabei werden für die ungarische Partei Fidesz die Statuten und die Daten für den IPD-Index aus Berge et al. (2013: 57-58) übernommen. Die Statuten der estnischen Liberalen stammen im Fall der ELDP aus dem estnischen Nationalarchiv und im Fall der Reformpartei von den Archiven der Parteiinternetseiten. Beide sind für die Analyse der internen Demokratie und die Berechnung des IPD Indexes eigenhändig nach dem Schema von Berge et al. (2013: 17-21) kodiert sowie berechnet worden.

2.2.3 Analyse des Parteienwandels durch Experteninterviews

Die Experteninterviews dienen in der vorliegenden Arbeit als teils validierende und teils notwendig-ergänzende Methode und Quelle der Untersuchung des Wandels. Einige Daten und Fakten sind aufgrund der seltenen Fallauswahl und der relativ raren Sekundärliteratur zu den estnischen und ungarischen Liberalen auf anderem Wege kaum zu erreichen. Die Experteninterviews sind persönliche Gespräche aufgrund eines Leitfadeninterviews (Gläser/Laudel 2010: 142-153) und ermöglichen diesem Forschungsvorhaben eine explorative Herangehensweise bei der Akkumulation der Informationen. Die Gespräche mit den Experten, die zu den konkreten Parteien besonderes Wissen (Meuser/Nagel 2009: 470-471) besitzen helfen somit Forschungslücken der gegebenen Fragestellung zu schließen. Aufgrund dessen wird in der Analyse der Expertengespräche aus der rekonstruktiven und der klassischen inhaltsanalytischen Perspektive (Gläser/Laudel 2010: 204-205) nach den

Merkmalausprägungen der Hypothesen, Informationen für die Interpretation und schließlich Erklärungen des Wandels gesucht. Aus diesem Grund helfen die Experteninterviews die Komplexität der Interdependenz in den einzelnen Ursachen und Auswirkungen der verschiedenen Faktoren des Wandels der Partei nachzuvollziehen.

2.2.4 Datenbasis Experteninterviews

Die Interviews wurden in Form einer Befragung, meistens mündlich und in Ausnahmefällen schriftlich, durchgeführt. Diese Befragung ist nach einem für diese Arbeit entwickelten Leitfaden geführt worden¹⁷. Die Interview-Leitfäden sind an Rathbun (2008: 685-701) und Pickel/Pickel (Pickel/Pickel 2009: 456) angelehnt konzipiert worden. Die Leitfäden liegen in englischer, estnischer und deutscher Sprache vor, um den Experten das Beantworten der Fragen zu erleichtern. Die Experten sind während der Interviews ebenso gebeten worden, Wahlergebnisse für die Parteien zu kategorisieren. In Ausnahmefällen durften die Interview-Partner auch eine schriftliche Antwort einreichen. Diese Möglichkeit ist als Alternative zum *nicht*-Antworten beibehalten worden, da das Experten-Kontingent für die Liberalen in Estland und Ungarn von Anfang an sehr klein war. Die Interviews sind im ersten Halbjahr 2014 entstanden. Die Auswertung erfolgt qualitativ anhand thematischer Einheiten des Interviewleitfadens (Meuser/Nagel 2009: 476-477). Aufgrund der Expertenwünsche werden in der Arbeit keine direkten Zitate und Transkriptionen der Interviews geben. Auf die aus den Interviews stammenden Informationen wird entsprechend verwiesen und die Erkenntnisse werden im Analysekapitel betrachtet. Als Experten werden in dieser Arbeit nicht nur diejenigen Personen betrachtet, die das Wissen zum Thema haben, sondern auch einen professionellen Bezug zu den Parteien besitzen, das heißt, sich bereits mehrere Jahre beruflich mit den jeweiligen Parteien beschäftigen und nicht lediglich als Zeitzeugen die Entwicklung der Parteien beobachtet haben. Somit wurden für diese Arbeit Wissenschaftler relevanter Disziplinen wie Politikwissenschaften, Ökonomie, Sozialwissenschaften, aber auch Journalisten und Historiker aus den jeweiligen Staaten oder mit Tätigkeitsschwerpunkt in den jeweiligen Ländern interviewt. Da die Interviews keine Hauptfunktion in der Methodik der Arbeit bilden und lediglich eine der vielen Ansätze sind, ist die geringe Anzahl der vorhandenen

¹⁷ Siehe Anhang 2.

Experten und der tatsächlich Interview-bereiten Personen unproblematisch. Schließlich ist die Qualität der Aussagen wegen der kleinen Anzahl der Gesprächspartner nicht zu bemängeln.

3 LIBERALE PARTEIEN IN OSTMITTELEUROPA. DEREN KONTEXT, ENTWICKLUNG UND PORTRAITS.

In diesem Kapitel sollen die Entwicklungen der Parteien im Kontext der jeweiligen gesellschaftlichen Umstände betrachtet werden. Es entstehen somit gesellschaftspolitische und Parteien-Portraits, die schließlich zu einem besseren Verständnis der Gesamtsituation um die Untersuchungsfälle beitragen. Im Vergleich zu den empirischen Ansätzen in den anderen Kapiteln, werden in diesem Kapitel zunächst eine gemeinsame *Transformationsgeschichte* der Staaten hergeleitet und anschließend Portraits der Parteien entwickelt.

Estland und Ungarn als Gesellschaften in der Transformation – Die Ausgangssituation und Entstehung der liberalen Parteien

„After the revolutionary changes in the eastern part of Europe in 1989, 'societies in transition' has become a common name for the countries of Eastern Europe and the former Soviet Union” (Lauristin 1997: 25). Zusätzlich zu dem gemeinsamen Namen der Gesellschaften in Transformation, die allerdings alle mittel-ost-europäischen und ehemaligen Sowjetunion-Mitgliedstaaten gemeinsam haben, gehört Estland und Ungarn ein weiteres Stück geteilter Geschichte in den späten achtziger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts. Basierend auf den Reformen von Gorbatschow und der zunehmenden bürgerlichen Aktivität entstehen inoffizielle Formen von Baukooperativen, kulturelle Vereinigungen wie die *Intelligentsija*¹⁸ und die Dissidenten. und somit etabliert sich eine Parallelwelt und -wirtschaft, die *Samizdat*¹⁹ (Dalos 1986: 7) liest und über eine alternative Form von Leben träumt. Gleichzeitig bildet sich auf Basis der politischen

¹⁸ *Intelligentsija* (aus dem Russischen: интеллигенция) – steht für die Berufsgruppen jenseits der Arbeiter.

¹⁹ *Samizdat* (aus dem Russischen: самиздат) – steht für die nicht offiziell herausgegebene, oftmals der Zensur zum Opfer gefallene Literatur oder andere Publikationen.

Ereignisse die offizielle Form des aktiven Bürgers. Diese ist in den umweltpolitischen (anti-Regime) Bewegungen verkörpert. Zusätzlich haben die beiden Staaten durch den Empfang des Fernsehprogramms ihrer Nachbarstaaten das sogenannte „Fenster zur (freien) Welt“ (von Lucius 2011: 81) genossen. Durch die geographische Lage der beiden Staaten, etwas erleichterte Ein- und Ausreiseregulungen und den Zugang zu alternativen Informationsquellen kann nachvollzogen werden, wieso Estland innerhalb der Sowjetunion fast als Ausland und Ungarn als Ausland galten.

Weiterhin zeichneten sich beide Gesellschaften durch eine starke Antipathie gegen alles, was sich mit der Sowjetunion respektive Sozialismus und Kommunismus verbinden ließ, aus. Dem Wunsch nach mehr politischer Auswahl wurde durch die Parteien entsprochen (Taylor 1992: 1-2) aus. Diese Kombination der Unzufriedenheit mit der Vergangenheit und der Gegenwart prägt die Gesellschaften in Estland und Ungarn auf dem Weg der Unabhängigkeitswiederherstellung. „Die Zukunftsgewandtheit der jungen Esten ging einher damit, die Vergangenheit fortzuwischen“ (von Lucius 2012: 81). In Ungarn wurden dagegen selektierte historische Ereignisse, wie die Revolutionen von 1848 und 1956 thematisiert und in Erinnerung gerufen (Schmidt-Schweizer 2007: 58-59). Somit entstanden in Estland im Vergleich zu Ungarn aus der Umweltbewegung politische Gruppen, die nicht nur den Großteil der organisatorischen Aufgaben des Systemwechsels übernommen haben, sondern sich auch später in die dominanten politischen Parteien transformierten (Kreuzer/Pettai 1998: 152). Dagegen war die Sichtbarkeit der *glasnost*²⁰-Reformen von Gorbatschow in Ungarn, dank der Entfernung und den bereits stattgefundenen politischen Reformen innerhalb der Staatspartei, weniger sichtbar als in Estland und somit wurden die politischen Lager durch die Verhandlungen am runden Tisch vorgegeben (Schmidt-Schweizer 2007: 160). In beiden Ländern entsteht jedoch, im Kontext des Systemzerfalles, ein hohes Maß an Vertrauen gegenüber der neuen Politik und den leitenden Personen der Bürgerbewegungen. Die Handlungen dieser Personen und später auch deren Parteien, werden positiv gedeutet und für *besonders* gehalten. Sowohl Estland als auch Ungarn sind stolz auf ihre einzigartige „Singende Revolution“ (Lauristin/Vihalemm 2009: 7) und ihren ebenso einzigartigen und gewaltlosen Reformprozess des „Runden Tisches“ (Ilonszki 1996: 2).

²⁰ *Glasnost* (aus dem Russischen: гласность) – steht für das Öffentlichkeitsbegriff, eingeführt von Gorbatschow.

Beiden Staaten gelingt es, im Rahmen dieser Transformationen nicht nur die Vorstellung von einem souveränen Staat zu verwirklichen, sondern auch viele ungeklärte historischen Ereignisse wie Okkupation durch die Sowjetunion, Revolutionsversuche oder andere bis heute bestimmende gesellschafts- und politische Gruppen spaltende Themen zu überarbeiten oder neu zu deuten. So sind in Ungarn die Daten 1848 und 1956 bis heute mit der Politik verbunden. So bedeutet die 1848er Revolution den gescheiterten Versuch der Unabhängigkeit gegenüber dem Adel und 1956 das Scheitern gegen den Kommunismus. Dies sind nicht nur historische Daten, es handelt sich auch immer um historische Referenzeinheiten, wenn es darum geht, über die Erniedrigung der Nation zu reden (von Klimó 2006: 208). Eine dritte Gelegenheit zum Blutvergießen wollte demnach niemand mehr erleben und

„[d]abei wirkte das Trauma von 1956, an dem sowohl die herrschende Partei als auch die Bevölkerung litt, weiterhin nach und trug dazu bei, daß alle Seiten ein erneuertes Blutvergießen, einen erneuten Bürgerkrieg fürchteten und daher nun besonders friedlich und kompromißbereit handelten“ (Klimó 2006: 209).

Zusätzlich hilft dem Verständnis und der Deutung der Gewaltlosigkeit der Revolutionen in Estland und Ungarn die allgemein herrschende Überzeugung davon, dass es sich in dieser Zeit um eine Rückkehr dieser Staaten nach Europa handelt. Weiterhin, so wie in Ungarn dank der 1956er Ereignissen und in Estland der Annexion durch die Sowjetunion, „konnten bei den einsetzenden politischen Auseinandersetzungen und Wahlkämpfen Emotionen breitenwirksam nur noch mit moralisch besetzten Fragen der Vergangenheitsbewältigung mobilisiert werden“ (von Klimó 2006: 211). Zweitens werden in beiden Staaten als Schlüssel zur bürgerlichen Protestaktivität die umweltpolitischen Bewegungen gegen Dammbau in Gabčíkovo–Nagymaros sowie gegen die Gewinnung von Phosphorit im Nordosten Estlands gesehen.

Die dreiseitige Konfliktsituation in der Gesellschaft Ungarns in den 1980er Jahren, die einerseits aus Regimereformisten der Staatspartei, die das sozialistische System in Richtung der Marktwirtschaft entwickeln wollten, andererseits der Opposition des Runden Tisches und von der dritten Seite aus der Bevölkerung geformt wird, wurde mobilisiert durch die Umweltbewegung und die daraus entstandenen antikommunistisch gestimmten jungen Parteien. All diese Facetten sublimierten in Form diverser gesellschaftlicher Konflikte in die Gründung der unabhängigen Staaten. Genau wie für die Esten Kommunismus besonders in diesen Jahren Okkupation bedeutete, war auch für die Ungarn der Kommunismus zu etwas Fremdem und zu einer durch Gewalt

aufgezwungenen Form des Staates geworden. Auf dieser gesellschaftlichen Basis beginnen die beiden Staaten ihren Weg in die Unabhängigkeit und die Gründung der liberalen Parteien.

3.1 Ungarn und der Werdegang von Fidesz

3.1.1 The long time persisting Hungarian State of Mind

Am runden Verhandlungstisch des Regierungskabinetts saßen verschiedenste Parteien, alte und neue, diejenigen, die sich gerade eben wie Fidesz konstituiert und solche, die bereits seit 1988 auf den Kurs des sozialistischen Pluralismus gewechselt hatten. Im Vergleich zu Estland, herrscht im Jahr 1989 eine andere Situation, denn Ungarn scheint politisch einen Schritt näher zur Demokratie zu sein, jedoch ist es in der Realität eher ein Schritt in eine andere Richtung, als bloß weiter.

„Der ernste und würdevolle Charakter der Veranstaltung sagt sehr viel über die Besonderheiten des ungarischen Übergangs zur Demokratie aus: Sie wurde nicht von einer zu allem entschlossenen Opposition gegen eine bis zuletzt an ihren Allmachtanspruch festhaltenden Staatsmacht erkämpft, sondern von Teilen der Staatspartei und verschiedenen Oppositionsgruppen, allerdings auch ohne eine größere Mobilisierung der Bevölkerung, ausgehandelt“ (von Klimó 2006: 207).

Die Opposition war in den Verhandlungen organisiert repräsentiert und hat sich nicht in Bürgerinitiativen auf Plätzen und Straßen der Hauptstadt versammelt, außer zum Gedenken der 1848-er und 1956-er Revolutionen. Diese beiden Daten kamen nicht von ungefähr, sondern standen für die Opposition als die „zwei Höhepunkte der Jahrhunderte dauernden nationalen Freiheitskämpfen“ (von Klimó 2006: 208). Für die ungarische Exil-Opposition waren diese Daten die Quellen, an die unbedingt gepilgert werden musste, bevor es ein weiter gehen konnte.

Die ungarische Gesellschaft hat die Herrschaft der Kommunisten ebenso in Frage gestellt und in dem Prozess der Bildung der politischen Kultur in Ungarn „sedimentieren sich oft weit zurückliegende historische Erfahrungen mit der Politik und der politischen Gemeinschaft“ (Bayer 2003: 14). Von Klimó schreibt dem Historischen sogar eine immense politische Bedeutung zu, da die politischen Trennlinien der aktuellen Politiken oft genau zwischen den moralischen und symbolischen anstatt der sozialen und ökonomischen Fragen verlaufen. „Die Deutung der Vergangenheit hat in allen vier

Parlamentswahlen seit 1989 zur Festigung der jeweiligen Koalitionen und politischen Lager beigetragen, die Mischung aus Mehrheits- und Verhältniswahlrecht tat ihr Übriges“ (2006: 215). Gleichzeitig gab es in Ungarn eine Gemeinsamkeit mit den anderen ostmitteleuropäischen Staaten des späten Sozialismus/Kommunismus, denn noch bevor es zu der Gründung von Fidesz als Partei am 30. März 1988 gekommen ist, entstand in einer schmalen Schicht der Bevölkerung, aufgrund der fragwürdigen Umweltaspekte des Damm-Bauprojektes in Gabčíkovo–Nagymaros und unterstützt durch die allgemeine Popularisierung der Umweltbewegungen in Europa seit 1984 ein Sorgegefühl. Dieses wurde bei den Wahlen 1985 zu einem Instrument des politischen Druckes etabliert (Hilzinger/Niederegger 2000: 135).

Auf dieser Basis entstand auch die Gruppe der aktiven Studenten um Orbán, als Teil der pluralistischen Opposition (Bozóki et al. 1992: 167). Die Jungdemokraten des Fidesz wurden schnell aktive Antikommunisten und die offene Meinungsbekennung sowie Orbáns Appell bei seiner Rede anlässlich der Trauerfeier für Imre Nagy an die Sowjetischen Truppen, Ungarn zu verlassen (Oltay 1995: 754), ist bei „der ungarischen Bevölkerung bis heute in heller Erinnerung geblieben: ein forscher, junger Mann [...], der öffentlich sagt: „Wir werden die Kommunisten zu Staub zertreten!““ (Adrowitzer/Gelegs 2013: 10). Der Kern der späteren Fidesz-Partei kristallisierte sich im Zuge dessen als einer der Oppositionssplitter aus der Bildungselite der Hauptstadt Budapest. Fidesz begann ihre Tätigkeit als Jugendorganisation (Grotz 2000: 205). Durch die allgemeine Proteststimmung motiviert, standen die jungen Demokraten für radikale Demokratisierung und verlangten mehr Freiheiten für die Zivilgesellschaft. Die junge Intelligenz verkörperte einen frischen Anfang – ein „höherer Bildungsstand, ein urbaner Wohnort und eine säkularisierte Weltanschauung“ (Körösény et. al 2002: 387) gehörten fest zu dem Profil des Mitgliedes und des späteren Wählers des Fidesz. Jung sollte nicht nur der Politiker des Fidesz sein, dessen Alter sogar bis 1994 auf maximal 35 Jahre begrenzt wurde, auch die Wähler kamen in großer Mehrheit aus der dem Politiker nah liegenden Generation. „1990 waren 56% seiner Wähler unter 34 und 56% unter 50 Jahren“ (Körösény et. al 2002: 387).

Die persönliche Karriere der prominentesten Figur der (damals noch) liberalen Partei fing im Schlüssel der politischen Trennlinie der Gesellschaft an, auf einer symbolisch-moralischen Ebene angesiedelt. „Der demokratische Umbruch in Ungarn führte zum

Ausbau einer rechtsstaatlichen, parlamentarischen Demokratie, die institutionell teils westlichen Mustern, teils den eigenen politischen Traditionen folgte“ (Bayer 2003: 13). Als es nach der Gründung 1988 zu einer Programmklärung kam, „bekannten sich die Jungen Demokraten schließlich offen zur Marktwirtschaft, zum bürgerlichen Liberalismus und zur außenpolitischen Westorientierung“ (Schmidt-Schweizer 2007: 95). Bevor dieses Programm verabschiedet wurde, haben die Fidesz Mitglieder die Organisationsform als Partei noch geleugnet und auf den Namen der Jugendorganisation bestanden. „Bezeichnend für ihn sind der aus der Jugend entspringende Aktionismus, die Spontaneität, die Bestrebungen nach einer neuen, menschnahen politischen Kultur“ (Bozóki et al. 1992: 176). Kurze Zeit nach der Unabhängigkeit Ungarns wurde Fidesz immer populärer und „hatte nach den Wahlen vom Frühjahr 1990 auf radikal-alternative Forderungen verzichtet, einen betont pragmatischen Kurs verfolgt und gleichzeitig auf klare Distanz zum SZDSZ geachtet [...], die sachliche Kritik der Regierung und gemäßigte liberale Zielsetzungen in den Mittelpunkt ihrer Politik gestellt und versucht, die Rolle eines Vermittlers zwischen Opposition und Regierung einzunehmen“ (Schmidt-Schweizer 2007: 255).

3.1.2 1990-1994

1990 fanden die ersten Wahlen in dem unabhängigen Ungarn statt, bei denen Fidesz 8,9 % der Wählerstimmen und Orbán einen Sitz im Parlament erhielten. Die fast neun Prozent der Stimmen für eine Partei, die sich vor Kurzem noch nicht als solche bezeichnet hatte und die in ihrem Wahlprogramm einen defintitorischen Katalog präsentierte, sind ein gutes Ergebnis und Fidesz nutzt die kommenden vier Jahre für eine aktive Oppositionstätigkeit unter der konservativen Regierung des Ungarischen Demokratischen Forums (MDF), der Ungarischen Partei der Kleinlandwirte (FKgP) und der Christlich-Demokratischen Volkspartei Ungarns (KDNP). Die Opposition hatte es während der ersten Legislaturperiode relativ leicht, die Regierung anzugreifen, denn durch besondere Stabilität und Kooperation haben sich die drei Parteien nicht ausgezeichnet. Durch die Komplexität der Situation aus der schwachen postsozialistischen wirtschaftlichen Lage, der noch wenigen Auslandsinvestitionen, durch die lediglich partielle Privatisierung, die Auslandsschulden sowie Liberalisierung von Löhnen und Preisen – aber auch auf Grund ihres Verhaltens bei den Fragen zu Entschädigungszahlungen, Gesetzesentwürfen, und Medien hat die erste Regierung

keine Chance erhalten, beliebt zu werden. FKgP hat die Koalition bereits 1992 verlassen und in „the 1991-3 period, the traditionalist pole – that is the Christian-social KDNP, the agrarian-populist FKgP, and the conservative-nationalist [Hungarian Democratic Forum] MDF – were pitted against the two liberal parties on the one hand, and the social on the other“ (Enyedi/Tóka 2007: 150). Die Konsenslosigkeit der Regierung kann teilweise durch die fehlende demokratische Erfahrung erklärt werden.

„Aus der neuen politischen Elite waren viele Neulinge in der Politik, und haben sich in den ersten Jahren über rein ideologische Fragen bitterlich zerstritten. Es konnte auch kaum anders sein, denn es ging teils um die symbolische Abrechnung mit dem alten Regime – das war die Zeit, als Straßennamen geändert, öffentliche Denkmäler, Skulpturen entfernt, der Landeswappen, die Nationalfahne, Stempel, Geldscheine und Münzen neugestaltet, und Geschichtsbücher neu geschrieben wurden“ (Bayer 2003: 19).

In den ersten Jahren konnte Fidesz die sich streitende Regierung aus der oppositionellen Position kritisieren, beobachten und für die kommenden Wahlen Pluspunkte sammeln. Trotz des Vorschlages mit der SZDSZ zu kooperieren, wollte Fidesz keine Allianzen mit den demokratischen Parteien bilden (Oltay 2014: 85-86). Aus eher pragmatischen Überlegungen wollte der Fidesz einen Alleingang zu den Wahlen machen, denn die SZDSZ hatte eher als eine anti-Regierungspartei in der Opposition gehandelt. „Uncertain of their opposition role, opposition parties tended to focus on acting as a counterweight to the executive instead of on providing political alternatives to the government’s policy“ (Oltay 1995: 753). Fidesz setzte somit für die kommenden Wahlen auf eigene Popularität, eine Hoffnung, die durchaus wegen des Erfolgs bei den Kommunalwahlen 1990 begründet war. „The least ideological and the most pragmatic of the parties, the Young Democrats won admiration and respect for their professional and expert-like approach to parliamentary business, and opinion polls in late 1992 showed them as the most popular party“ (Kéri/Levendel 1995: 135-136). Mit diesem Image konnte der Fidesz als eine liberale, „sie definierte sich aber schon Anfang 90er Jahre, zu Zeiten der Antall-Regierung, als national-liberal“ (Szabó 1998: 13), und konstruktiv arbeitende sowie zunehmend gesellschaftlich anerkannte Partei in den nächsten Wahlkampf blicken.

3.1.3 1994-1998

Die Wahlen 1994 sollten für die junge Partei die Erfolgswahlen sein, denn durch die aktive Position in der Opposition und diverse Aktionen hatte Fidesz Unterstützer gesammelt (Racz/Kukorelli 1995: 256). Die Wählerschaft hatte die konservative Regierung bei den Wahlen 1994 zwar abgewählt – aber nicht zu Gunsten von Fidesz. Nach den Ergebnissen der zweiten Wahlen konnten die ehemaligen Kommunisten – die Ungarische Sozialistische Partei (MSZP) – zusammen mit dem Bund der Freien Demokraten (SZDSZ) eine Regierungskoalition bilden und Fidesz blieb dem Wahlergebnis entsprechend sehr enttäuscht. Die Wahlen haben nicht nur Orbáns Traum vom Regieren unerfüllt gelassen, sondern auch einen Riss in dem rechten Lager verursacht. Dieser Riss ist nicht nur dem Wahlergebnis, sondern gleichzeitig auch der Konstellation der Parteien verschuldet.

„The “hard core” of the new parties’ “founding fathers” were prudent enough to coopt a few real experts (lawyers, successful entrepreneurs, and experienced administrators) into the leadership. They were also pragmatic enough to put themselves in the top twenty slots of their parties’ national lists that virtually guaranteed a seat in Parliament. However, with the socialists’ exception, (all seasoned veterans of apparat politics), once elected, they were not disciplined enough to stick together as members of the same party caucus” (Tökés 1997: 127).

Der leergelaufene rechte Sektor des politischen Systems und die Frustration der Wahlergebnisse haben Fidesz dazu bewegt, auf die Situation zu reagieren und etwas zu unternehmen, da sie sich sowohl weder zum linken Lager hingezogen gefühlt haben, als auch gerade der demokratischen Allianz abgesagt hatten. Dieses Etwas wird Bozoki später folgend bezeichnen: „Viktor Orbán ist kein konservativer, sondern ein opportunistischer Politiker. Anstatt auf Ideale, beruft er sich auf den gesunden Menschenverstand und glaubt an eine von genutzten Gelegenheiten geleitete Politik der Stärke“ (Bozóki 2011: 77). Weiterhin in der oppositionellen Rolle verbleibend, widmet sich Fidesz jetzt dem Verstärken des konservativen Lagers und verliert dabei einige seiner Mitglieder, die die Partei aus Protest wegen des Umbaus verlassen (Oltay 2014: 86). Nach den Wahlen 1994 konnten eindeutige Anzeichen zu den neuen Ideen und politischen Vorstellungen von Orbán gesehen werden. In Debrecen, auf dem Parteikongress, bekam Fidesz eine „radikale Neuorientierung“, die dazu führte, dass der Fidesz in eine „gemäßigte liberale Partei mit nationaler Bindung“ (Schmidt-Schweizer 2007: 256) mutierte. Dennoch behielt Fidesz noch das Prädikat liberal, obwohl einige

Erneuerungen, wie zum Beispiel staatliche Interventionen im innenpolitischen und wirtschaftlichen Bereich sowie transformationsspezifische Regulationen (Schmidt-Schweizer 2007: 256) in der Parteipolitik inhaltlich mit dem Label „liberal“ nicht mehr kompatibel zu sein schienen.

Zusätzlich zu den Inhalten kam auch der neue Name. „Marking its new, center-right identity, that party adopted a new name as of April 1995: Fidesz – Hungarian Civic Party“ (Lánczi 2005: 32). Somit verdankt sich die erste Fidesz-Wende dem stetigen Konkurrenzkampf zwischen den Parteien, die ähnlich ausgerichtet sind. Fidesz will sich durch das neue Image „als Konkurrent absetzen, das „Erbe“ des zerfallenen Forums antreten und sich im Parteiensystem den vakanten Platz einer modernen konservativen Kraft sichern“ (Schmidt-Schweizer 2007: 257). Fidesz hat 1995 einen Namenszusatz integriert und eine neue Programmklärung verabschiedet, so dass sich die Partei jetzt direkt an den Bürger gewendet und sich einerseits von der sozialistisch-liberalen Regierung von SZDSZ und MSZP und andererseits von den Rechtspopulisten Miép distanziert hat.

Die Parteikonstellation im Parlament nach den Wahlen war wieder ein Zusammenkommen „neuer“ Parteien und ergab keine stabile Koalitionspolitik, sondern sorgte für mehr Aufmerksamkeit und Erfolg der konservativ-populistischen Parolen der Nichtregierungsparteien über das Scheitern der sozialliberalen Regierung. Dieser Prozess stärkte Fidesz in ihrer eingenommenen Richtung weg vom Liberalismus. 1997 konnten „die Jungen Demokraten ihre Parteiorganisationen festigen, sich politisch stärker Profilieren und zudem von den Prozessen im MDF und KDNP profitieren“ (Schmidt-Schweizer 2007: 321). Das Bilden einer starken rechten Koalition bietet für Fidesz die einzige Möglichkeit, bei den nächsten Wahlen als ernsthafte Konkurrenz gegen den linken Block aufzutreten. Die sozialistische Regierung unter der Führung von Ministerpräsident Gyula Horn (MSZP) hatte besondere Kooperationsschwierigkeiten mit ihrem Koalitionspartner SZDSZ, wodurch die Regierung einen Großteil ihrer Amtszeit in persönlichkeitsbezogene Auseinandersetzungen verschwendet hat. Erst ein Jahr später und nach den Kommunalwahlen kam eine Reform der Wirtschaftspolitik – der Stabilisierungskurs für die ungarische Wirtschaft, die am Rande der Zahlungsunfähigkeit stand und dringend neue Kredite brauchte.

“The economic growth has not been very high since its revival in 1993 because of the burdens of the external debt and budget deficit linked to the high level of State redistribution – of the

inflammatory pressures they have created and of the inconsistent taxation which might moreover hit the profitable private sector in a near future. However, the stabilization program of 1995-1996 seems to have improved the economic situation but resulted in a recession" (Chavance/Magnin 2000: 226).

Das sogenannte Bokros²¹-Paket beinhaltete drastische Sparmaßnahmen nicht nur für den Haushalt, sondern auch Kürzungen von Sozialzahlungen, Einführung von Studiengebühren und einen beschleunigten Privatisierungsprozess mittels Vermögensgesellschaften. Sofort „[s]tiess dieses Reformpaket bei weiten Teilen der Bevölkerung auf Kritik – nicht zuletzt wegen andauernder Preissteigerungen von teilweise über 25 Prozent“ (Hilzinger/Niederegger 2000: 158). Trotz heftiger Kritik dieser Maßnahmen und den Bürger-Aktionen, die die Oppositionsparteien organisiert hatten, beteiligten sich dort nur sehr wenige Menschen (Schmidt-Schweizer 2007: 294-295). Denn wenngleich die Stabilisierungspolitik sich allgemein als effizient erwiesen hat, vor allem im Privatisierungsbereich und im Wirtschaftssektor, hat diese bei den breiten Schichten der Bevölkerung zur Armut geführt und die Anzahl der unter dem Existenzminimum lebenden Ungarn stieg in den Jahren von 1992 bis 1997 von 10,1% auf 26,6% (Schmidt-Schweizer 2007: 295). Die einzige durchgängig stabile Entwicklung in Ungarn zeichnete sich im Bereich der Westintegration und der Nachbarschaftsbeziehungen ab. Dort scheinen sich die beiden Regierungen einig gewesen zu sein und der Prozess der EU- sowie NATO-Integration ist durch keine anderen Innenpolitikbereiche gestört worden. Währenddessen und wahrscheinlich durch die immense Unzufriedenheit über die aktuelle Regierungspolitik in ihrem eigenen Kurs bestätigt, hat Fidesz die gesamte Zeit der zweiten Legislaturperiode damit verbracht, die Parteien des rechten Lagers politisch sowie ideologisch zu integrieren und das eigene Wahlprogramm als eine imagegebende Einheit Anfang 1998 zu publizieren (Láncki 2005: 32). Gleichzeitig hat Fidesz auch in der zweiten Legislaturperiode in seiner oppositionellen Rolle die regierenden Parteien kritisiert, die Kritik wurde von der wirtschaftlichen Entwicklung des Staates zur damaligen Zeit begünstigt.

²¹ Nach dem Namen des Finanzministers benannt.

3.1.4 1998-2002

Mit einer Mischung aus bürgerlich-national-konservativ-christlichen Parolen hat der Fidesz somit seine Nische gefunden. Ende des Jahres beginnt Fidesz erneut eine Wahlkampagne, diese setzt „nicht mehr auf den Konfrontationskurs der vergangenen Monate, sondern sucht ihr Wahlprogramm beziehungsweise die „bürgerlichen Alternativen“ zum Kurs der Regierung Horn fachlich kompetent, pragmatisch und in einer verständlichen, modernen und moderaten Sprache“ (Schmidt-Schweizer 2007: 335). Diese Kampagne bringt 148 Mandate für die Fidesz-MPP Koalition (Szabó 1998: 6). Indem sie solch eine Steigerung in der Wählerschaft erreicht gelingt es Fidesz zusammen mit der MPP eine „Volkspartei“ zu werden.

Somit gelang es Fidesz eine neue Gruppe der Wähler aus „new property owners, civil servants, young intellectuals and those who grew up before the Communist regime“ (Lánczi 2005: 33) zu bilden. Aus Fidesz – dem Bürgerbund – entstand zum Zeitpunkt der Wahlen 1998 eine Vereinigung mit nicht nur ambivalenter Wählerschaft, sondern auch neuen politischen Inhalten.

„Seitdem die jungen Demokraten auf diesen Kurs umschwenkten, und das zerstreute rechte Lager vereinigend, die Regierungsmacht im Jahre 1998 eroberten, haben sie [...] konservativen Tendenzen mit einem größeren Profismus weitergetrieben und mit allen Mitteln des modernen politischen Marketing weiter verstärkt“ (Bayer 2003: 19).

Mit dem neuen Regierungskabinett von Fidezs-MPP, MDF und FKgP bekam Ungarn auch eine neue Struktur im Regierungskabinett. 12 von 17 Ministerialposten bekamen dabei Fidesz-Mitglieder – diese sind interessanterweise exakt entlang der Programmschwerpunkte entwickelt. Somit besetzte Fidesz die Posten für „Jugend und Sport“, für „Inneres“, für „Unterricht“, „Auswärtiges“, aber auch „Gesundheit“, „Kulturerbe“, „Wirtschaft“, „Finanzen“, „Infrastruktur“ (Schmidt-Schweizer 2007: 345-346) und so weiter. So wie der Vereinigungsprozess des rechten Lagers war auch die neue Regierung von Fidesz dominiert. Die Inhalte der politischen Reformen konzentrierten sich ebenso auf die Zentralthemen des Wahlprogramms des Fidesz: gerechtes Wirtschaftssystem mit Unterstützung des unternehmerischen Mittelstandes, effizienter Staat, Abbau der Arbeitslosigkeit und Entwicklung der Landwirtschaft sowie Abschaffung der Studiengebühren und Einführung von finanzieller Unterstützung der Familien (Schmidt-Schweizer 2007: 345-346). In der dritten Legislaturperiode fand in Ungarn auch eine umfassende Reform der Verwaltungen statt. Dies bedeutete, dass vor allem ein Abschluss mit den seit der sozialistischen Zeit etablierten Strukturen stattfand.

Im Kontext der Gesamtentwicklung Ostmitteleuropas, erfolgte diese Transformation in Ungarn sehr spät.

Parallel zu den reformatorischen Machtansätzen im Regierungskabinett verfolgte Ungarn eine aktive NATO-Integrationspolitik. Zusätzlich zu den Verhandlungen eines NATO-Beitrittes konnte die Regierung auch die Gesetzesänderung zur Entscheidung über Auslandseinsätze und NATO-Truppen Stationierungen in Ungarn zugunsten der eigenen Kompetenz verabschieden (Schmidt-Schweizer 2007: 352-353). 1999 wurde Ungarn neben Polen und Tschechien ein vollwertiger NATO-Mitgliedsstaat. Unter Beachtung der nationalen Interessen setzten sich auch die EU-Beitrittsverhandlungen während der Fidesz-Regierung fort. Die nationalen Interessen im Laufe der EU-Verhandlungen betrafen vor allem die Bedingungen der Agrarsubventionen (Schmidt-Schweizer 2007: 386). Die Beweise über gute strategische Fähigkeiten der neuen Fidesz-Politik zeigten sich auch in der zeitlichen Aufteilung der Themen über die Amtszeit – zuerst wurden die konkreten wirtschaftspolitischen Inhalte, wie die Studiengebühren oder das Kindergeld, mit sofortigem Effekt implementiert und erst danach folgte die symbolische Politik bezüglich der ungarischen Minderheiten in den Nachbarstaaten. Die EU- und NATO-Integration sind überwiegend aus der Perspektive des wirtschaftlichen Profites erarbeitet worden und die Interessen Ungarns aus der Perspektive, dass die EU keine alternativlose Option für den Staat ist, verteidigt. An dieser Stelle wird der Umgang der Orbán-Regierung mit der EU und NATO als für die Ungarn lediglich günstige aber nicht unbedingt notwendige „Glaubensgemeinschaften“ deutlich.

Der Kontext der Entwicklung der Fidesz-Partei in ihrer ersten Regierungsperiode ist sehr aktiv durch die Partei und ihre Politik selbst gestaltet. Dadurch, dass die Partei in der Regierungsposition ist, sind alle gesellschaftlichen Bereiche in der einen oder anderen Weise von der Partei beeinflusst, ob es durch das Verdrängen der Opposition, eine permanente und wirksame Medienpräsenz von Ministerpräsident Orbán oder durch die Propaganda der eigenen erfolgreichen Regierungspolitik geäußert wird. In der zweiten Hälfte der Amtszeit zeigt der Fidesz dann auch sein historisch-nationales Bewusstsein im Rahmen der Veranstaltungen um das Millennium der Krönung von König Stephan I.

„Die Millenniumsfeiern ließ sie (die Regierung), nachdem das Parlament Ende 1999 ein Gesetz „über das Gedenken an die Staatsgründung des Heiligen Stephan und über die Heilige Krone“

115 verabschiedet hatte, am 1. Januar 2000 mit der Überführung der Königskrone aus dem Budapester Nationalmuseum ins Parlament beginnen“ (Schmidt-Schweizer 2007: 361). Dieser nationale Akzent, vermischt mit historischer Nostalgie, zeigt sich als das Element, das auch die ehemaligen Jungen Liberalen und nun einfach die junge Regierung ebenso wie die anderen bisherigen ungarischen Politiker nicht nach vorne schauen lässt, sondern immer in der Vergangenheit zu wandern zwingt. Dabei muss erwähnt werden, „daß es der Regierung nicht um eine ausgewogene Aufarbeitung der Vergangenheit ging, sondern allein um rechte Geschichtspolitik“ (Schmidt-Schweizer 2007: 362). Nicht nur die Grundlagen der konservativ-nationalen Geschichtsbehandlung wurden gelegt, sondern auch der Anfang zum durch die Regierung als „loyaler Journalismus“ (Schmidt-Schweizer 2007: 363) bezeichnetes anti-liberales Mediensystem begann während der Amtszeit des Fidesz. Gegen Ende der dritten Legislaturperiode und durch die aktiven Profilierungsversuche des Fidesz innerhalb des rechten Lagers begann sich die, den Parteien mittlerweile charakteristisch gewordene, Konsensunfreudigkeit zu zeigen. Die FKgP erlebte aufgrund des Skandals mit dem Parteivorsitzenden József Tórgyan einen erheblichen Wählerverlust, so dass Fidesz schließlich im Jahr 2001 eine Minderheitsregierung führen musste. Diese stand allerdings unter keiner Gefahr, denn sie

„verfügte unter der unbestrittenen Autorität von Viktor Orbán über eine gefestigte Führungsriege, [...] konnte auf ein enges Zusammenspiel von Partei, Fraktion und Regierung sowie auf eine hochgradige Parteidisziplin und eine - zumindest in ihrem Wahlprogramm klar definierte - „bürgerliche“, d. h. national-konservative Werteordnung verweisen“ (Schmidt-Schweizer 2007: 373-374).

Jedoch treffen auch die Fidesz-Politik kritische Stimmen und aufgrund der Ereignisse mit der FKgP sowie den folgenden Überlegungen über Kooperationspartner für die nächsten Wahlen und 2001 auch in die Reihen des Fidesz aufkommenden Korruptionsskandalen, konnte sich die Partei nicht wie geplant durch den Wechsel des Parteivorsitzenden wieder etwas der Mitte annähern und ein Wahlbündnis mit der SZDSZ schließen. Stattdessen war die Partei jetzt auf die Kooperation und vor allem die parlamentarische Unterstützung der von István Csurka geleiteten rechtsradikalen Ungarischen Partei der Gerechtigkeit und des Lebens (MIÉP) angewiesen. Zwar haben die Parteien inoffiziell bereits vorher kollaboriert, allerdings erst zum Schluss der Legislaturperiode die Beziehung zu einer offiziellen werden lassen (Schmidt-Schweizer 2007: 378).

3.1.5 2002-2006

Die Wahlkampagne 2002 war durch das unprofessionelle Auftreten sowie persönliche Beleidigungen seitens der MIÉP in der Regierung und einige heftige Aussagen von Orbán in dem Parlament vorbelastet, so dass in diesen Wahlen viele persönliche Konflikte ausgetragen worden sind. Zusätzlich zu verbalen Ausrutschern während der Agitationsreden hat der Fidesz auch durch die Mobilisierung der Kirchen für sich bei der Wahl einige Wähler durch eine zu offensive Politik abgeschreckt (Vetter 2002: 188-189).

“So griffen seit März 2002 vor allem die katholische, aber auch die reformierte und die evangelische Kirche in einem bislang unbekanntem Ausmaß direkt in den Wahlkampf ein und brachten dabei unverkennbar ihre Sympathien für das national-konservative Wahlbündnis zum Ausdruck” (Schmidt-Schweizer 2007: 395).

Dies führte schließlich dazu, dass Fidesz beim ersten Wahlgang weniger Stimmen als erwartet, und fast gleich wenig mit dem MDF, erzielen konnte. Die Reihe der Warnhinweise zu den Konsequenzen der Unterbrechung der erfolgreichen Fidesz-Politik, persönlich von Orbán geführt, haben vor dem zweiten Wahlgang nicht mehr gegen Stimmenverlust helfen können. Mit insgesamt zehn Mandaten und wenigen Prozentpunkten mehr gewann die Opposition diesen, zum ersten Mal in diesem Ausmaß polarisierten, Wahlkampf. Trotz der eindeutigen Beliebtheit der Partei am Anfang ihrer Amtszeit schienen die Wähler ihr nicht jeden Kurs- und Stilwechsel zu gönnen und haben sich erneut für die gemäßigte Wahlkampagne und für einen Wechsel der Regierung entschieden. Der Fidesz schien das Ergebnis der Wahlen nicht akzeptieren zu können und hat “nach den Wahlen eine „totale Kampagne“ und die „Mobilisierung der Straße“ (Schmidt-Schweizer 2007: 403-404) angefangen. In diesem Rahmen sind nicht nur vermehrt populistische Inhalte verteidigt, die sich von dem professionell-pragmatischen Stil des Fidesz 1998 ganz entfernt haben, sondern auch die sogenannten Bürger-Zirkel gegründet worden.

“Diese Initiativen traten in den folgenden Monaten unter dem Motto „Vorwärts Ungarn!“ mit heftigen Vorwürfen über den angeblichen Wahlbetrug der Wahlsieger hervor, organisierten Demonstrationen zur „Wahrung der Pressefreiheit“, attackierten die Politiker der neuen Regierung scharf, kündigten eine Initiative zum Schutz des ungarischen Bodens vor ausländischen Käufern an und profilierten sich zudem oftmals mit skeptischen Stellungnahmen zum EU-Beitritt Ungarns. Zudem traten ihre Vertreter mit populistischen Parolen wie „die Heimat kann nicht in der Opposition sein“ hervor” (Schmidt-Schweizer 2007: 404).

Wenn 1994 Fidesz auf seine Beliebtheit gezählt und die Wahlen nicht gewonnen hat, war die Partei sehr enttäuscht. 2002 scheint sie sich von der Wahlniederlage ebenso nicht erholt zu haben und dadurch zu einer erneuten Umwandlung in diesmal “eine

christdemokratische Union bzw. moderne Sammelbewegung" (Schmidt-Schweizer 2007: 407) entschlossen.

Die neue sozialistisch-liberale Regierung des Staates hat sich von allen Geschehnissen im konservativen Lager distanziert, da diese ja auch außerhalb des Parlamentes stattfanden, und gleichzeitig den Schwerpunkt der neuen Legislaturperiode auf eine Kabinetregierung und zwischenparteiliche Kooperation gelegt. In den Jahren 2002 bis 2006 sollte Ungarn weg vom nationalen Kurs, sich eher in Richtung des europäischen Ungarn, entwickeln (Schmidt-Schweizer 2007: 406). Allgemein schien die Politik der Regierung die Entschärfung der Konflikte und Normalisierung, sowie eine erneute Demokratisierung zu beabsichtigen und somit Ungarn auch sicher in die EU zu bringen. Während sich Orbán den EU-Verhandlungen immer aus der nationalen Perspektive annäherte, wollte die neue Regierung diese Interessen ausgleichen, ebenso waren weitere Programme in der Sozialsphäre wie das Schulgeld oder Erhöhung des Einkommens für Lehrer geplant. Die Wirtschaftspolitik orientierte sich am Wachstum und Außen- und Sicherheitspolitik konzentrierten sich auf die EU und die Minderheiten im Ausland. So gesehen hat sich in den Inhalten der Politik nichts Radikales im Vergleich zu der Orbán-Regierung 1998-2002 getan, doch der Stil der Vermittlung von Politik zwischen dem Fidesz und der Regierung hat sich stark unterschieden, denn die Regierung hat eher den Eindruck des damals stabilen Fidesz des Jahres 1998 vermittelt.

Aufgrund der großzügigen Sozialpolitik des Fidesz und der neuen Regierung hat sich die Haushaltsbilanz nicht in eine positive Richtung entwickelt und somit stand Ungarn vor wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Zwar hat die sozialistisch-liberale Regierung einen eindeutigen Kurs auf Stabilisierung und Demokratisierung genommen, doch die Voraussetzung für einen Dauererfolg in Form von Stabilität und nachhaltiger Entwicklung war noch nicht gegeben. Der Umfang der wirtschaftlichen Ausgaben stammte aus der Hoffnung, dass sich ab 2004 alles mit den Förderungen der Europäischen Union begleichen lassen würde (Gelegs/Adrowitzer 2013: 19). Ebenso zerbricht die Illusion über eine mögliche Euro-Einführung zum Jahr 2008, denn bereits 2003 müssen nach den leeren Kassen der Orbán-Regierung und den neuen Schulden der Medgyessy-Regierung die ersten Sparmaßnahmen eingeführt werden.

"Hungary was an eager applicant and a well-performing candidate during the enlargement process. It was second to ratify the European Constitution, and first to ratify the Lisbon Treaty. Nonetheless, since accession its performance has severely worsened: by the middle of 2008

Hungary was rated as the worst performing member state in infringement procedures on the Commission's internal Market Scoreboard" (Uitz 2010: 45).

Der darauf folgende finanzielle Kollaps wird nach der kurzen EU-Beitritts-Ruhepause allgegenwärtig und bedeutet auch Umstrukturierung im Regierungskabinett. Im Rahmen von diesem Umbau wird Ferenc Gyurcsány, ein ehemaliger Investmentunternehmer, zum neuen Ministerpräsidenten und mit einem frischen Gesicht hofft die Regierung noch auf eine positive Wende (Gelegs/Adrowitzer 2013: 23-24). Dennoch ist die gesamte Amtszeit der sozialistisch-liberalen Regierung von der Dominanz des Finanzdefizits geprägt. Auch wenn die EU von ihrem neuen Mitglied wirksamere Maßnahmen zu unternehmen verlangt, werden diese weitestgehend ignoriert. Sparmaßnahmen akquirieren keine Wählerschaft und die Nähe der Parlamentswahlen zwingt die Regierung zur Umgehung von Skandalen und negativer Prognosen für den Wahlkampf.

3.1.6 2006-2010

In den Wahlkampf im Winter 2006 gehen sowohl die amtierenden Parteien, als auch deren Hauptkonkurrenz Fidesz, beide kämpfen um die 35% der unentschlossenen Wähler (Gelegs/Adrowitzer 2013: 25) und erhalten 164 Mandate (Dieringer 2006: 147). Es lässt sich einfach voraussehen, dass eins der Hauptthemen des Wahlkampfes die wirtschaftliche Lage des Landes und der Bevölkerung wurde. Bis zum Fernsehduell von Gyurcsányi und Orbán ist es noch nicht klar, dass der Fidesz nicht einmal bemüht ist, diese Wahl zu gewinnen. Die neue Regierungspartei müsste den Staat vor seinem Finanzkollaps retten und somit verliert Fidesz beide Wahlgänge und die Gyurcsányi-Regierung tritt ihre zweite Amtszeit an. Dieses politische Fiasko kostet Orbán zwar seinen guten Namen innerhalb eigener Partei und zum ersten Mal entstehen im Fidesz Diskussionen über einen möglichen neuen Parteivorsitzenden, doch bereits beim nächsten Fidesz-Parteitag wird er erneut zum Vorsitzenden gewählt (Gelegs/Adrowitzer 2013: 27).

Die neue Regierung ist gezwungen, ihre Legislaturperiode gleich mit umfassenden Reformen zu beginnen. Die finanzielle Situation verlangt Preis- und Steuererhöhungen sowie die Einführung von Gebühren in verschiedenen Lebensbereichen. Gleichzeitig werden massiv Stellen im öffentlichen Dienst durch Umstrukturierung abgebaut. All

diese Maßnahmen führen zum Verlust des Vertrauens in die Regierungsparteien. (Gelegs/Adrowitzer 2013: 30). Die richtigen politischen Reformen beginnen aber erst nach der Veröffentlichung der Aufnahme der Gyurcsány-Rede im Rundfunk. An die Öffentlichkeit gelangt eine Rede, die in der internen sozialistischen Parlamentsfraktion in Form von „Leviten-Lesen“ gehalten worden ist (Gelegs/Adrowitzer 2013: 31). In dieser Rede gibt Gyurcsány „offen“ die politische Unfähigkeit und Lügen seiner Regierung zu und diese bietet dem Fidesz eine perfekte Angriffsfläche für eine erneute aktive oppositionelle Tätigkeit an. Diese Rede und die Agitation des Fidesz verursachen Demonstrationen, die im Großen und Ganzen friedlich verlaufen. Allerdings bieten diese eine erneute Gelegenheit zur Parallelenziehung mit der 56-er Revolution. Je mehr Gewaltausbrüche zwischen der Polizei und den Demonstranten, meistens aus den rechtsradikalen Jobbik-Reihen, vorkommen, desto mehr „wird suggeriert, dass in Ungarn nach 1956 eine zweite Revolution im Gange ist, eine Revolution gegen eine stalinistische Diktatur mit Ferenc Gyurcsány als Diktator“ (Gelegs/Adrowitzer 2013: 34).

Diese Ereignisse führen zur Niederlage der Sozialisten und der Linksliberalen bei den Kommunalwahlen im Oktober 2006 und der Popularisierung der bereits bei den Wahlen propagierten etatistischen Wirtschaftspolitik des Fidesz (Palonen 2009: 322). Dies symbolisiert gleichzeitig den Anfang des Zweikampfes von Orbán und Gyurcsány und Massenmobilisation der Wähler. Am effizientesten wirkt Orbáns Initiative der Volksabstimmung am 9. März 2008, denn dort soll die Bevölkerung auf drei Fragen antworten und somit ihre politische Position kundgeben. „Erwartungsgemäß endet die Volksabstimmung mit einem großen Sieg für den Initiator des Referendums, für Viktor Orbán und seine Partei FIDESZ. Mehr als 80 Prozent stimmen für die Abschaffung aller drei Gebühren²²“ (Gelegs/Adrowitzer 2013: 45). Die Folgen dieser Kombination an wirtschaftlicher Schwachstellung, politischem *faux pas* und dem mobilisierten und vertrauenslosen Wähler bedeuten ein Ende für die Karriere von Gyurcsány, aber auch für die SZDSZ als Partei. Diese tritt 2008 aus der Regierung aus und wird auch die kommenden Wahlen nicht mehr meistern, bis sie 2013 endgültig aufgelöst wird.

„Noch im Oktober des Jahres 2008 bittet die Gyurcsány-Regierung den IWF, den Internationalen Währungsfonds, um Hilfe, weil niemand mehr bereit ist, Ungarn Geld zu

²² Gemeint sind die durch die Gyurcsány-Regierung eingeführte Gebühren: die Studiengebühren, die Spitalgebühren und die Solidaritätssteuer (Gelegs/Adrowitzer 2013: 30).

borgen, weder den Banken noch dem Staat“ (Gelegs/Adrowitzer 2013: 47). Nach einer Reihe von Sparmaßnahmen, Kündigungen, Unternehmer-Insolvenzen und einem unrealistischen Staatsbudget für das Jahr 2009 verlässt Gyurcsány sein Amt. Um vorgezogene Neuwahlen zu vermeiden, wird der parteilose Gordon Bajnai an seine Stelle gerufen. Unter den drastischen Sparmaßnahmen vergeht das Jahr vor den Wahlen, jedoch ermöglicht das eine leichte wirtschaftliche Verbesserung der Lage und Bajnai hält somit sein Versprechen, zwar den Ungarn weh zu tun, aber die Wirtschaft zu sanieren. Im Zuge des Wahlkampfes, der nur schwer als solches bezeichnet werden kann, denn der Sieg von Orbán ist fast sicher und „[e]r lehnt daher alle TV-Duelle mit seinen politischen Mitbewerbern ab“ und ebenso „verliert er kein Wort darüber, wie er als künftiger Ministerpräsident den Staatshaushalt sanieren möchte, welche Reformen er plant oder wie Ungarn zu verändern gedenkt“ (Gelegs/Adrowitzer 2013: 59), wird klar, dass Fidesz keinen Kampf führt. Die erste Wahlrunde zeigt ein gewöhnliches Stimmverteilungsmuster, in dem die Verlierer abgestraft werden, die Sieger gewinnen und eine neue, historisch unbelastete Partei ihre Chance bekommt. Somit erhält der Fidesz 57% der Stimmen und 263 Parlamentssitze, erreicht zum ersten Mal eine absolute, ja sogar die Zweidrittelmehrheit im Parlament. Die restlichen und für die Entscheidungen unwichtigen Positionen teilen sich die rechtsradikale Jobbik mit 47, die sozialistische MSZP mit 59 und die neue LMP mit 17 Abgeordneten (Gelegs/Adrowitzer 2013: 61). Aus diesen politischen Umständen erlangt Fidesz seine „Übermacht“ und gelangt in den aktuellen Zustand.

3.2 Estland und Eesti Liberaaldemokraatlik Erakond (ELDP) und Reformierakond

3.2.1 Das Musterkind der *Westenisierung* und seine Parteien

Die Ungarn haben ihren Weg zum eigenen Staat verhandelt und die Esten haben sich den Weg *ersungen*²³. „Die ‘singende Revolution’ war die erste basisdemokratische Alternative zur Perestroika, eine konsequente Reaktion auf den ruinösen Zentralismus des sowjetischen Einparteienstaates“ (Butenschön 1992: 14). Zusammen mit dem

²³ Der Demokratisierungsprozess wird auch die „Singende Revolution“ genannt aufgrund der Tradition der Sängerbände in Estland.

Singen der Volks- und Nationallieder aus der Zeit der ersten Republik haben die Teilnehmer der Sängerkonferenzen auch die Nationalflagge und das Nationalgefühl wiederentdeckt, denn die Melodie der verbotenen Hymne „blieb gewärtig dank des in Estland breit gehörten finnischen Fernsehens, das sie stets zum Sendeschluss sandte – sie ist zugleich die finnische Nationalhymne“ (von Lucius 2012: 152). Das finnische Fernsehen und das Reisen in das benachbarte Finnland waren durch die enge Verbindung der Staaten begründet und die offizielle Neutralitätspolitik Finnlands gegenüber der Sowjetunion für ihre Bürger nicht politisch problematisch. In der Umgebung der politisierten Ereignisse der *Perestroika*²⁴ und der Autonomiebestrebung in Estland entsteht die oppositionelle Volksfront (Rahvarinne), die sich erst für die wirtschaftliche Autonomie Estlands innerhalb der Sowjetunion einsetzt und später zur Hauptbewegung für die Unabhängigkeit wird. In den Reihen der Aktivisten kann unter anderen später prominent gewordenen politischen Persönlichkeiten auch der spätere Vorsitzende der Reformierakond Siim Kallas gefunden werden. Die Idee der wirtschaftlichen Autonomie ist der erste Schritt Estlands in Richtung der Marktwirtschaft und ist unter der Abkürzung IME (Isemajandav Eesti) – Das Selbstwirtschaftende Estland – bekannt. Für die Esten hat diese Abkürzung zusätzlich zur pragmatischen Dimension eines Zugangs zur Wohlfahrt und freierem Unternehmertum auch eine symbolische Ebene, denn die drei Buchstaben in der Abkürzung ergeben auf Estnisch das Wort 'Wunder'. Somit ist es das kleine Wunder, auf das die Gesellschaft im Rahmen der *perestroika*-Transformationen hofft.

Parallel zu den politischen Verhandlungen über die wirtschaftliche Autonomie entwickelt sich die umweltbasierte Volksbewegung gegen die Gewinnung der Phosphorite im Nordosten Estlands. Die Bevölkerung ist nicht nur durch die Auswirkungen auf die Umwelt, sondern auch über die Perspektive des Ausbaus eines großen Industriegebietes besorgt, da dies automatisch eine weitere Migrationswelle der russischsprachigen Bürger aus anderen Teilen der Sowjetunion nach Estland verursachen konnte. Somit reicht auch der mögliche Ursprung der Reformierakond eigentlich in die späten 80er Jahre, in die Periode, die vor allem mit der Wiederherstellung der Unabhängigkeit Estlands und damaligen bürgerlichen Aktionen verbunden werden kann, denn ihre Leitfigur und viele Mitglieder werden später die

²⁴ Perestroika (aus dem Russischen: перестройка) – bedeutet so viel wie Umbau und steht für die Modernisierungsprozesse der Gesellschaft, eingeführt von Gorbatschow in den 1980er Jahren.

Reformpartei gründen und Mitglied sein. Einige ihrer zentralen Aktivitäten waren der so genannte Krieg gegen den Bau der Phosphorminen im Osten Estlands – dies wird zu dem Schlüsselereignis der Geschichte der 1980er Jahre gezählt. Die Bewohner der Region hatten in erster Linie Umweltsorgen. Eine Erweiterung der Phosphorit-Minen bedeutete auch ein großes Bauprojekt und daher wuchs die Furcht vor der dadurch zunehmenden Arbeitermigration aus dem russischen Teil der Sowjetunion (Vogt 2005: 20). Diese Vorstellungen über die Zuwanderung sind mit der gerade erwachenden nationalen Idee des estnischen Volkes nur schwer vereinbar, wobei die russischsprachigen Arbeitsmigranten, die bereits in Estland wohnen, später bei den Streiks 1989 zahlreich mitmachen und auch bei der Volksabstimmung für die Unabhängigkeit Estlands stimmen werden (Gilly 2002: 343-344). Dieser Widerstand zählt zu den zentralen Katalysatoren der bürgerlichen und später politischen Aktivitäten und Gruppenbildungen. Bis unmittelbar vor dem Unterschreiben des Abkommens über die Autonomie und der Unabhängigkeit Estlands, waren die bürgerlichen Aktivitäten zwar in revolutionärem Modus, jedoch dem Namen der sogenannten 'Singenden Revolution' gerecht, durch Symbole geprägt. Es standen die Entwicklung von Traditionen wie der Sängerbund und die Wiederaufnahme von Zeitschriften sowie Diskussionen über den Molotow-Ribbentrop Pakt und andere ähnliche historisch bedeutende Ereignisse für Estland und die Sowjetunion im Vordergrund.

Auf Basis des Autonomiegedankens im eventuell eigenen Staat nahm die Popularität der oppositionellen Politiker und der Reformkommunisten immer mehr gegenüber dem noch herrschenden Regime zu. Später folgte die Erklärung der Baltischen Staaten zur „Bildung eines gemeinsamen baltischen Marktes sowie die Koordination der Politik in Richtung Unabhängigkeit[.] [...] Mit dieser Erklärung wurde unverkennbar klar, dass die baltischen Staaten den Weg in die Unabhängigkeit bereits eingeschlagen hatten“ (Gilly 2002: 337). Die kommende Emanzipation wurde durch das Sezessionsgesetz der Union erleichtert, denn nun brauchte der autonome Staat für das Verlassen der Union nur den Willen seines eigenen Volkes nachzuweisen – in Form eines Referendums. „Wenn mindestens zwei Drittel der „sowjetischen Bürger“ mit dem Wohnsitz in der betreffenden Republik für deren Austritt aus der Union stimmen, dann gilt dieser Beschluss für angenommen“ (Gilly 2002: 343).

Als Antriebsmotor des Unabhängigkeitsprozesses und auch der gesamten Transformationsphase von Estland bis ins Jahr 2011 und die Einführung des Euro, kann vor allem die Wirtschaft gezählt werden (Reetz 2008: 232-233). Diese Dominanz ist interessanterweise auch das Leitmotiv der Parteipolitik der estnischen Liberalen. Bei den Wirtschaftsaspekten des Unabhängigkeitsprozesses geht es nicht nur darum, aus ideologischen Überzeugungen die Plan- durch die Marktwirtschaft zu ersetzen. Dies alles bildet den Kontext der Zukunftsorientiertheit der Gesellschaft insgesamt und besonders der heranwachsenden jungen politischen Elite Estlands und deren Gedankengutes. Die Politiker haben deutlich verstanden, dass die erwünschte Wohlfahrt des eigenen, in dem Moment lediglich autonomen, aber eines Tages vielleicht auch souveränen Staates nur durch die Übernahme der Marktwirtschaft erfolgen kann. Gleichzeitig bietet die Marktwirtschaft eine größere Freiheit und Selbstverwirklichungsspanne jedes einzelnen Menschen, als das aktuell herrschende planwirtschaftliche Ökonomiemodell. Die Tür öffnete sich mit der Verabschiedung des Gesetzes über die wirtschaftliche Selbstständigkeit der baltischen Staaten am 27. November 1989 (Gilly 2002: 345). Danach folgten alle Ereignisse des Zerfalles der Sowjetunion und gleichzeitig der Wiedererlangung der Unabhängigkeit, der neue Staat war zwar da, jedoch mussten alle Institutionen, die zu einem Staat gehören, etabliert werden und das politische Leben musste die (post)kommunistischen und nationalistischen Probleme in neuem Kontext angehen.

3.2.2 1990 - 1995

Im Gegensatz zu Ungarn, wo es schon in den 1980er Jahren Parteien und verschiedene Gruppen, die ihre Interessen vertreten haben, gab, war Estland politisch nur zweigeteilt. „While some early signs of political cleavages had appeared prior to this, most political groups considered it premature to create formal political parties and compete for popular support until sovereignty was restored“ (Pettai/Kreuzer 1998: 152). Es gab nur zwei Positionen, die das Land bewegt haben: *pro* und *contra* Unabhängigkeit. Deswegen kam es zur „fragmentation of the Popular Front and other pro-independence movements and to the massive emergence of new parties and groupings“ (Mikkel 2006: 38). Die Schlusslinie der Zweiteilung kann erst mit den ersten Parlamentswahlen im

September 1992 gezogen werden (Vogt 2005: 28). Kurz vor den Wahlen fingen Parteien an, sich zu bilden und den facettenreichen gesellschaftlichen Problemen zu widmen.

Zum Zeitpunkt der ersten Parlamentswahlen am 20. September 1992 waren die Akteure aus der Volksfront immer noch die dominantesten im Kontext der Gründung neuer Parteien. Darüber hinaus existierte die Grüne Bewegung Estlands (Eesti Roheline Liikumine), die Gesellschaft für Denkmalpflege und die Nationale Unabhängigkeitspartei Estlands (Eesti Rahvusliku Sõltumatuse Partei). Doch die politischen Linien dieser Bewegungen waren unstrukturiert und dies nicht nur aus dem Grund des langjährigen Einparteiensystems, sondern auch der Umstände ihrer Entstehung – denn zu diesem Zeitpunkt waren deren Primärziele nicht auf die Erarbeitung des politischen Programms für die Umsetzung in einem demokratischen Staat mit Mehrparteiensystem ausgerichtet (Pettai 2012: 77). *De facto* sind die Parteien bereits gegründet und auch wenn deren Status und Form noch zwischen einer Partei und einem *social movement* (Pettai 2012: 77) schwankt, wird in der Analyse die Vorgängerin der Reformpartei die Estnische Liberaldemokratische Partei (ELDP), trotzdem als eine liberale Partei behandelt.

Die ELDP, die am 8-9 März 1990 gegründet worden ist, ist allgemein sehr stark mit dem Begriff des Liberalismus und dem daher gehenden Freiheitsbegriff verbunden und scheint sich weniger mit der Umsetzung des Liberalismus durch konkrete Politiken zu beschäftigen (Pettai 2012: 111). Die Liberalen rufen in ihrem Wahlprogramm daher explizit zum Liberalismus in den Köpfen auf und auch wenn sie keinen Schwerpunkt in der Wirtschaftspolitik haben, ist aus dem Umbruchkontext die eher intellektuelle und ideologische Ausrichtung der Liberalen sehr stark nachvollziehbar. Zusätzlich zum Umgang mit dem Liberalismus-Begriff verstärkt diesen Eindruck auch die Zusammensetzung der Partei –ein großer Teil der Parteimitglieder gehörte dem Bereich der Geisteswissenschaften, der bildenden Künste, Musik oder Literatur an. „The group was not consciously at being a liberal democratic party“ (Pettai 2012: 111). Dies sind Kreise, in denen auch in den späten 1980er Jahren zwar eine antikommunistische und daher eher national-romantische Stimmung herrschte, jedoch weniger konkrete wirtschaftspolitische, führungs- oder gar minderheitenbezogene Themen kursierten.

Zu den Parlamentswahlen im Januar 1992 hat sich die Partei, nach dem sie einige politischen Ziele in ihrem Wahlprogramm formuliert hat, als Teil des Wahlbündnisses Pro Patria aufgestellt und somit „some dozen candidates, two of whom were ranked in

the top ten slots. ELDP leaders like Rummo and Kabin gained easy election to the new *Riigikogu*“ (Pettai 2012: 112). Insgesamt erhielt die Wahlunion Pro Patria 22% der Stimmen (Pettai 1999: 133). Somit kamen die ELDP-Mitglieder zwar in das Parlament, aber die Assoziation mit der Politik der Pro Patria und ihres Ministerpräsidenten Laar, der im Rahmen des Misstrauensvotums im September 1994 abgesetzt worden ist, hat dazu geführt, dass die Partei bis zu den Wahlen 1995 ihr Image überarbeiten musste.

Die entsprechende inhaltliche Transformation der ELDP zur Reformierakond ergab sich aus der Zusammenarbeit mit Siim Kallas, dem ehemaligen Aktivisten der Volksfront und mittlerweile auch dem ehemaligen Präsidenten der Estnischen Nationalbank. Kallas selbst war eine „leading figure in the nationalist-minded Communist faction 'Free Estonia' in 1990, the architect of Estonia's break with the rouble zone and return to the kroon in June 1992“ (Arter 1996: 230). Das liberaldemokratische Profil, sein beruflicher Hintergrund aus der Nationalbank und die Persönlichkeit von Siim Kallas an der Spitze der neuen Partei Reformierakond, haben diese Partei mit Attraktivität besetzt und neben anderen neuen Mitgliedern auch viele parteilose Politiker zu einer Mitgliedschaft motiviert. Nach seiner erfolgreichen Währungsreform hatte der ehemalige Präsident der Estnischen Bank das beste Image für den Einstieg in die Politik. Die bestehende ELDP, mit ähnlicher Ausrichtung und der Notwendigkeit einer Image-Auffrischung, war einfach zu überzeugen und bot gleichzeitig ein existierendes Fundament an Mitgliedern und Organisationsstrukturen für die Etablierung der eigenen politischen Ideen. Die Initiativgruppe der neuen Partei beschloss mit der 1990 gegründeten, bisher unbedeutenden Partei der Estnischen Liberalen Demokraten, in einer Sitzung die Gründung einer neuen Partei. „Kallas would now spearhead the new Reform Party as the flag bearer of pro-market liberalism in Estonia“ (Pettai 2012: 113). Die mitgebrachte Kompetenz in Reformen floss auch in die symbolische Namensgebung der Partei – „‘Reformpartei’, die sich an Milton Friedmans ‘Capitalism and Freedom’ orientiert“ (Uibopuu/Urdze 1997: 10) – ein, damit war dem Wähler klar, dass der neue Kurs des Liberalismus sich weiterhin an den Reformen, durch die sich der Staat von seiner kommunistischen Vergangenheit entfernen wird, festhält. „This party drew its leaders from a number of existing parties and also from new economic elite circles“ (Grofman/Mikkel/Taagepera 2000: 343).

Auch wenn die Reformierakond erst später, im November 1994, gegründet wurde, ist auch sie, wie alle neuen demokratischen Parteien in Estland, ein Ergebnis des Transformationsprozesses nach der Auflösung der Sowjetunion - „[t]he specific process of transition produced a strong bottom-up element in the formation of new political groupings“ (Mikkel 2006: 37). Sie spiegelt von ihrer Gründung an den politischen Pragmatismus dieser Zeit in Estland wider – „the Estonian political process has been characterized by a high degree of pragmatism on the part of the main political actors“ (Mikkel 2006: 25). Die ersten Mitglieder der knapp ein Jahr vor den zweiten Parlamentswahlen gegründeten liberalen Partei schienen sich dem hohen Maß der neuen Ansätze, wie es sie bisher noch nicht gab, bewusst.

3.2.3 1995-1999

Kurz nach der Gründung kam auch schon die Parlamentswahl 1995, bei der die neue Partei 16,9% der Stimmen und dadurch 19 Sitze im Parlament erhalten hat und nicht nur den Posten des Vorsitzenden des Parlamentes mit eigenem Politiker besetzen, sondern auch im Herbst 1995 eine Regierungskoalition mit der Koalitionspartei (Koonderakond) bilden konnte. Dabei wurde Siim Kallas Außenminister von Estland. Außerdem konnte die Partei noch die Posten des Innen-, Wirtschafts-, Sozial- sowie Bildungsministers besetzen. Mit dem Auftritt der Reformierakond auf der politischen Bühne Estlands nach den Wahlen 1995 ging eine Periode los, in der die wirtschaftliche Liberalisierung und die Europa- sowie die NATO-Integration zu den wichtigsten Themen der Politik wurden. Auf diese Weise konnte die EU-Integration nicht nur als *bon ton* der politischen Ziele durch den Parteivorsitzenden, mit oberster Priorität der Politik der Partei, der Regierung und der sich aus dem ‚Osten‘ wegbewegenden Gesellschaft, geführt werden. Estland hat nicht nur eine eigene Währung, sondern auch den eigenen Weg der nach Europa führt, zielsicher eingenommen.

“EU accession has been one of the highest political priorities of the Estonian government since 1996. At first it was mainly as a foreign policy issue, but it soon came to be understood as having an all-encompassing nature and being central to internal reforms and the domestic political process as well” (Kasekamp 2003: 104).

Beim Parteitag im Sommer 1995 hat die Reformierakond das neue Programm „Eesti Kodu“ – „Estnisches Zuhause“ verabschiedet, und im darauf folgenden Jahr wurde aus der Partei ein vollständiges Mitglied der Liberalen Internationalen. Während der ersten

Regierungszeit wechselten die Abgeordneten der Partei 1996 in die Opposition, denn ihrer Ansicht nach konnten in der Koalition die Interessen des Wählers der Reformpartei nicht vertreten werden. Das Austreten aus der Regierung kann daher als eine symbolische Demonstration der Prioritäten gedeutet werden, denn in der Rolle der Opposition blieb die Partei aktiv bis zum Ende der Legislaturperiode und war somit nicht aus dem politischen Entscheidungsprozess ausgeschlossen, trug jedoch keine Verantwortung für die Politik der Regierung. 1996 wurde aus der Reformpartei ein vollständiges Mitglied der Liberalen Internationalen – der weltweiten Vereinigung der „Liberal and Progressive Democratic Political Parties“ – wie die Vereinigung sich selbst definiert. Zwei Jahre später wurde die Reformpartei auch noch Mitglied der European Liberal Democrats – der pan-europäischen liberalen Partei. Mit den Parteien der damaligen Parlamentsopposition wird für die Wahlen 1999 eine Koalitionsabsprache gemacht, die dann auch erfolgreich umgesetzt wird.

3.2.4 1999-2003

Bei den Parlamentswahlen 1999 blieb die Reformierakond bei einem Ergebnis von 18 Sitzen, die aber zum Unterschreiben des Koalitionsvertrags gereicht haben (Pettai 2002: 948). Die Partei erhielt erneut fünf Ministerposten in den für sie inhaltlich wesentlichen Bereichen des Wirtschafts-, Umwelt-, Justiz-, Kultus- und Kommunikationsressorts. In ihrer zweiten Legislaturperiode verfolgte Reformierakond weiterhin strikt die liberale Marktpolitik, verteidigte die Interessen der Unternehmen und bereitete Estland auf die volle Mitgliedschaft in der EU und NATO vor.

„[I]t is important to see how the pre-accession atmosphere contributed to the marginalization of socially oriented political choices. The focus of the Maastricht criteria on market liberalization had much stronger effects on domestic policy than the comparatively weak and patchy ‚social dimension‘ of the Copenhagen criteria. The high bureaucratic pressure supported technocratic elitism, and weakened even further the democratic mechanisms of social accountability“ (Lauristin/Vihalemm 2009: 12).

Estland schien in den 1990er Jahren auch intern auf dem sicheren Weg der Transformation und der demokratischen Konsolidierung zu sein, denn laut Norkus „[i]n particular, the preparations for implementation of the IME (self-managing Estonia) program in 1988–91 meant that Estonia had a more competent elite to reform the economy“ (2007: 23). Dies bedeutet nicht nur wirtschaftliche Stabilität, sondern eine ganze Reihe der Folgeerscheinungen: das Wählervertrauen in die Politik, dadurch auch

Stabilität der Parteien und weitere sichere Implementierung der Politiken. Zweitens führt Norkus den wirtschaftlichen Erfolg durch die frühe Ankunft der Auslandsinvestoren in Estland während der ersten Jahre der Privatisierung an, die stabilisierende Auswirkungen auf die Politik ausübt. "The constant presence of international monitoring agencies helped to keep Estonian policy on a stable track" (Lauristin/Vihalemm 2009: 11). "A left-right or class based cleavage does not appear to exist. [...]Practically, all parties are centrist or to the right of centre. The 'left' was ruined by association of the word with the Soviet regime" (Kasekamp 2003: 100).

Die Wahlen 1999 bezeichneten den Anfang vom Endspurt in Richtung der EU-Integration. Die Reformpartei hatte es erneut geschafft, in der Regierungskoalition zu sein und in dieser Legislaturperiode sowie im dazugehörigen Wahlprogramm kann gesehen werden, dass die andere Seite der EU-Verträge umgesetzt werden sollte. „Due to the preaccession logic defined by the ‚chapters‘ of the EU-agreement, several policies came out of the shadows, like agriculture, environment, social protection and minority policy (not only including the Russian minority, but also gender equality)“ (Lauristin/Vihalemm 2009: 13). Diese Bereiche der Gesellschaften der post-sozialistischen Staaten sind aus mehreren Gründen teilweise bis heute auf dem zweiten Plan geblieben. Erstens benötigt die Reform von Schul-, Gesundheits- oder Rentensystem sowie anderen sozialen Programmen große finanzielle Investitionen, die auch nicht aus dem ausländischen privaten Kapital zu bezahlen sind; zweitens benötigen diese auch einen politischen und konzeptionellen Einsatz, um die Gesellschaft auf einen wohlfahrtstaatlichen Niveau exponieren. Drittens, und dies ist wahrscheinlich der wesentliche Grund, sind die post-sozialistischen Staaten und vor allem deren Eliten, sehr erfolgsorientiert und Erfolge werden durch Marktliberalisierung schneller als durch eine soziale Reform gesehen. "Estonians, just as people in other post-Communist European countries, have had their own experience of living in the Soviet system, and are strongly motivated to overcome the material burden of transition for the sake of reunion with the Western world" (Lauristin 1997: 37).

Die Kombination aus Leistungsorientierung und dem Drang zur Westintegration ist durch viele sowohl inner- als auch außenstaatliche Kontextfaktoren bedingt. Nicht rein aus dem Unwillen oder der Unfähigkeit der Staaten und Parteien verursacht, sondern „[a]t the same time, the pre-accession situation supported tendencies towards the

bureaucratization and professionalization of politics, and raised the influence of professional managers and bureaucrats“ (Lauristin/Vihalemm 2009: 13). Somit lässt sich in Estland am Ende der 90er ein interessantes Phänomen zu beobachten bei dem einerseits die liberale Politik stark in ihren ganzen Ausprägungen unterstützt wird und gleichzeitig die Professionalisierung und Bereicherung der politischen Elite auf Kosten der zurückgebliebenen (zivil-) Gesellschaft liegt – und diese auch kritisiert wird. 2001 wird endlich eine Strategie für die Entwicklung der Zivilgesellschaft in Estland als eine der offiziellen Regierungspolitiken aufgenommen, jedoch „like many other good strategies, this one also remained unimplemented for years“ (Lauristin/Vihalemm 2009: 14). 2002 fusionierte die Reformpartei mit der Baltischen Russenpartei (Vene Balti Erakond). Auf diese Weise wurde versucht, parteipolitische Prioritäten und Mitgliedschaften aufgrund der Bevölkerungszusammensetzung aufzuheben.

Noch vor den bevorstehenden Wahlen gerät die aktuelle Regierung in Schwierigkeiten. Ihre Politik mit dem Entscheid, die Estnische Bahn sowie die Kraftwerke auf dem internationalen Markt privatisieren zu lassen, führte dazu, dass die Öffentlichkeit angefangen, immer stärker nationale Interessen zu verteidigen. „[T]he media published a memorandum signed by leading social scientists, blaming politicians for the marginalization of ordinary people and for neglecting urgent social problems“ (Lauristin/Vihalemm 2009: 14). Diese gesellschaftliche Krise verursachte nicht nur die Wahl eines Staatspräsidenten mit einer sozialistischen Vergangenheit, sondern auch die Gründung einer neuen Partei – Res Publica. „The leading core of this party was formed by a new generation of state bureaucrats, young lawyers and business people, who wanted to distance themselves from the image of compromises made in the early 1990s“ (Lauristin/Vihalemm 2009: 15). In den Wahlkampf ging die Reformierakond erneut mit dem Thema Steuersenkung (Pettai 2004: 830), womit sie ihre Wahl-Inhalte trotz der neuen Konkurrenz nicht sichtbar angepasst hat (Mölder 2012: 101).

3.2.5 2003-2007

Die Ergebnisse der Parlamentswahlen 2003 sichern der Partei erneut ihren Platz im Parlament durch 17,17% der Stimmen und 19 Sitze (Pettai 2003a: 831). Die neue Partei Res Publica, die ebenso Teil der Regierungskoalition wurde, erlebte schnell nach ihrem Wahlerfolg 2003 einen Skandal, der sie als populistische Partei enttarnte und den

Ministerpräsidentenposten an die Reformierakond abgeben ließ (Pettai 2006: 1094). „[T]he 2003 elections were characterized by the sudden return to the simple and somewhat empty populist rhetoric“ (Mikkel 2006: 32). Um diesem Fiasko nach der Unfähigkeit ihre Versprechen einzuhalten zu begegnen, musste sie sich schon für die nächsten Wahlen mit der konservativen Pro Patria, „whose politics [...] the leaders of Res Publica had earlier fiercely criticized“ (Lauristin/Vihalemm 2009: 15) zusammenschließen (Pettai 2007: 946). Dem politischen Scheitern des Res Publica folgte das Jahr 2004 und die gesamte Aufmerksamkeit widmete sich erneut der EU-Beitrittsdebatte. Der Ton der Beitrittsdebatte war positiv, denn die politische Elite war sich in der Richtigkeit des Beitrittes einig und „the accession process and the implementation of the EU Commission’s requirements were interpreted and sold to the people as inevitabilities“ (Laagerspetz/Vogt 2013: 54). Somit ist für diesen Zeitabschnitt einerseits die EU und NATO-Beitrittsprozedur, auf der anderen Seite die erneute Verschärfung in den Minderheitenfragen, aufgrund von Klärungsbedarf der Staatsbürgerschaft der Minderheiten, charakteristisch.

Gleichzeitig zum EU und NATO-Beitritt wird das aktive Sozialprogramm der Reformierakond – das Behalten des Einkommens in der Mutterzeit²⁵ – eingeführt. Somit gelingt es der Partei zum ersten Mal, ihre wirtschaftsorientierte Politik in eine soziale Richtung zu lenken und ein wenig auszubalancieren. Dieses Unterstützungsprogramm gewährleistet die Auszahlung des bisherigen Gehaltes an alle Frauen in der gesamten, maximal ein Jahr langen, Baby-Pause. Für die Reformpartei bleibt diese Politik bis heute eine ihrer prominentesten, vor allem im nicht direkt wirtschaftlichen Bereich. Zum Anderen, so wie die regierende Koalition, auch „Estonia’s policies in the EU were initially characterized by a great degree of pragmatism and the need to join all possible clubs, above all the Schengen Agreement [...] and the Monetary Union“ (Laagerspetz/Vogt 2013: 55).

Mit dem Beitritt zur Europäischen Union kamen neue Verantwortungen. Zwar haben sich die Parteien immer noch mehr um die Lokal- als die Europapolitik gekümmert (Sikk 2011b), die Perspektive der lokalen Probleme hat sich aber durch die Mitgliedschaft in der Union verändert. „Once accession had been achieved, suppressed social and ethnic controversies concerning the evaluation of the Estonian past, present and future began

²⁵ Siehe genauere Angaben im Kapitel 4, Wahlprogrammanalysen. Die vierten Wahlen.

to manifest themselves“ (Lauristin/Vihalemm 2009: 16). Durch die EU-Mitgliedschaft hatte Estland jetzt neue staatliche Ziele: die Einführung des Euro, Beitritt zum Schengen-Abkommen und die Beschäftigung mit der Minderheitenfrage, die erst durch den ständigen Druck von OSCE, der EU und dem Council of Europe thematisiert wurde (Pettai/Hallik 2002: 520-521). Die Integration der russischsprachigen Minderheit hatte in den Jahren der Westintegration unter der Ignoranz der Eliten gelitten und auch jetzt war es eher aufgrund des Druckes von außen, der zu dem Versuch führte, eine neue Integrationspolitik der eigenen Bürger umzusetzen und die Verluste, die infolge der Verschiebung des sowjetischen Militärdenkmal (Pettai 2007: 947) aus der Innenstadt Tallinns entstanden sind, wieder gutzumachen.

Die Liberalen hinter Ministerpräsident Ansip haben eine aktive und zentrale Rolle bei diesen Ereignissen gespielt (Solvak/Pettai 2008: 575) und dadurch gänzlich ihre russischsprachige Wählerschaft verloren. Das bedeutete aber keinen Rückschlag für die Partei, denn viele konservativ-nationalistische Wähler wurden andererseits, wie von einem Magneten, herangezogen (Pettai 2008: 965). Zwar hat die Reformpartei auf der kommunalen Ebene ihre Stimmen im Nordosten des Landes verloren, es schien sie aber politisch nicht zu kümmern.

3.2.6 2007-2011

Kurz vor den Wahlen kehrte die Reformierakond zu ihren Kernkompetenzen zurück – die Erfüllung der Ambitionen, den Euro pünktlich zum 1.1.2011 einzuführen, zum Schengen-Abkommen beizutreten und die nachhaltige Entwicklung Estlands zu ‘the five most prosperous countries in Europe’ (Pettai 2008: 965) voranzutreiben. „Estonia’s policies in the EU were initially characterized by a great degree of pragmatism and the need to join all possible clubs, above all the Schengen Agreement [...] and the Monetary Union“ (Laagerspetz/Vogt 2013: 55). Die Wahlen, die ebenso durch dieses Wahlversprechen geprägt waren, brachten der Partei 27,8% der Stimmen und 31 Sitze im Parlament (Solvak/Pettai 2008: 576) sowie die dominierende Position bei der Regierungsbildung.

Die Zeit nach den Wahlen gestaltet sich verhalten, denn auch Estland ist von der Wirtschaftskrise betroffen (Pettai 2009: 951). Gleichzeitig wird dem Versprechen der

wirtschaftlichen Entwicklung des Landes Rechnung getragen und die Vorbereitung zur Einführung des Euro fortgesetzt. Wie schon zuvor ist Estland auch jetzt bereit, strikte Sparmaßnahmen einzugehen und 2010 kehrt erstmals ein wenig wirtschaftliche Stabilität ein (Sikk 2011a: 960). Neben den ruhigen innenpolitischen Entwicklungen fängt die Reformierakond 2010 aktiv an, neue Mitglieder zu werben, ebenso wird das neue Imagekonzept Estlands über ein *nordisches* Land entwickelt, das nicht nur die geographisch-politische Präferenzen, sondern auch die kulturell-wirtschaftliche Orientierung der Partei und des Landes festlegt.

Die nächste Währungsreform, diesmal zum Euro, findet unter der persönlichen Anwesenheit von Siim Kallas und seiner Partei statt. Dies führt dazu, dass die Reformpartei bei den Wahlen 2011 ihren größten Wahlerfolg erlebt. Es gelingt der Partei 28,6% Stimmen und 33 Sitze im Parlament zu gewinnen (Sikk 2012: 90), sie darf sich zum sechsten Mal an der Regierungsbildung beteiligen und hoffnungsvoll in die Amtszeit blicken.

Hier dargestellten Parteienportraits erlauben es, die folgenden Wahlprogrammanalysen besser nachzuvollziehen und ihre Inhalte zu kontextualisieren.

4 ANALYSE DES INHALTLICHEN PARTEIENWANDELS DER LIBERALEN PARTEIEN AUF BASIS DER WAHLPROGRAMME

4.1 Inhaltsanalyse der Wahlprogramme der ELDP, der Reformierakond und des Fidesz in der Zeit von 1990 bis 2011

*„Die Partei ist keine soziale, keine ökonomische Einheit.
Ihre Grundlage ist das Programm.“
(Michels 1925: 363)*

Das vorliegende Kapitel widmet sich der Untersuchung der inhaltlichen Transformation der Parteien auf der Basis von Wahlprogrammen, Wahlergebnissen sowie begleitenden Umweltfaktoren. Die inhaltliche Transformation der liberalen Parteien Estlands und Ungarns wird im Zeitverlauf anhand der Wahlprogramme und Wahlergebnisse analysiert. Die zentralen Fragen und Ziele dieses Kapitels sind die Herausarbeitung der spezifischen Inhalte der Parteien anhand der qualitativen Inhaltsanalyse der Wahlprogramme. Aus jedem einzelnen Programm sollen, mit Hilfe der Herausarbeitung der Statements, Antworten auf eine Reihe von Fragen gefunden werden. Zum einen – wie stark sind die entscheidenden Veränderungen innerhalb der jeweiligen Parteien? In welchen Themen zeigen die Parteien Kontinuität und in welchen Transformation? Reagieren die Parteien inhaltlich auf Wahlerfolge oder Wahlverluste? Gibt es andere Umweltfaktoren die die inhaltliche Ausrichtung der Parteien beeinflussen? Was sind die Faktoren die die Parteien dazu zwingen ihre politische Richtung zu verändern? Zum anderen werden die zentralen Unterschiede und die Parallelen des Verhaltens und der Entwicklungen der Parteien gesucht. Mit Hilfe der quantitativen Analyse sollen die Transformation oder Kontinuität der vertretenen Inhalte der Parteien veranschaulicht und analysiert werden.

Wahlprogramme als Quelle für Inhalte und Positionen

Die inhaltliche Ausrichtung einer Partei ist das, was dem Wähler in erster Linie erlaubt, die Parteien voneinander zu unterscheiden, worin sich ein Wähler mit einer Partei identifizieren kann oder was als Orientierungshilfe für die Stimmenabgabe bei den Wahlen dienen kann. Durch die von den Parteien vertretenen Inhalte können auch die

Parteien besser miteinander umgehen – sie orientieren sich zum Beispiel bei der Koalitionsbildung daran (Budge et al. 2010: 791). Die Inhalte einer Partei bestimmen, neben den offiziellen Positionen und dem Namen, die politische Ausrichtung der Partei, anhand der Inhalte können Parteien in ideologische Familien gruppiert werden. Wahlprogramme der Parteien spiegeln nicht mehr und nicht weniger als die Identität und das Image der Parteien für die konkreten Wahlen wider. Dabei wird hier die Identität als innerparteiliche Auffassung der Partei und das Image als das Bild nach außen betrachtet. Somit sind die durch die Partei thematisierten Inhalte einige der wesentlichen Faktoren und Rahmen ihres Daseins, ihrer Wirkung und ihrer Perzeption. Der Zweck der mehrstufigen Inhaltsanalyse, die in diesem Kapitel vorgenommen wird, ist die Untersuchung der inhaltlichen Transformation der Beispielparteien. Die Mehrstufigkeit der Inhaltsanalyse erlaubt eine umfassende und ergänzende Betrachtung der Fragestellung zur Transformation und Kontinuität der Parteien. Aus dieser sollen sich die transformierten Inhalte, ihre Art, Richtung und Zeitpunkt sowie daran anschließend die Wirkungen auf die Partei ergeben.

Die Analyse wird mithilfe der Auswertung der Wahlprogramme und der Wahlergebnisse stattfinden. Die Wahlprogramme zu den Parlamentswahlen sind als Quelle der Analyse aus mehreren Gründen passend: erstens beinhalten diese in einer verbindlichen und vielleicht konzentriertesten Form Aussagen über die politische Positionierung einer Partei (Budge 2001: 219); zweitens sind sie nicht journalistisch initiiert entstanden, sondern durch die Partei im eigenen Interesse und für interne sowie externe Zwecke, ebenso wie die öffentliche Wahrnehmung der Partei verfasst. Diese Programme sind ein schriftliches Bildnis der Partei zum Zeitpunkt der Wahlen. Vor den Wahlen veröffentlichen Parteien bewusst Programme mit denjenigen Inhalten, mit denen sie später von den Wählern assoziiert werden wollen (Janda et al. 1995: 172). Obwohl an dieser Stelle sicherlich die Diskussion über die allgemeine Wertstellung der Wahlprogramme und daher auch ihre Rolle bei politischer Meinungsbildung sowie als Entscheidungsgrundlage begonnen werden könnte, wird das hier nicht getan und anstelle dessen sogar die Rolle der Wahlprogramme als einer schriftlichen und dadurch verbindlichen Quelle der politischen Inhalte einer Partei im Rahmen dieser Untersuchung festgelegt und betont. Daher wird davon ausgegangen, dass die Parteien sich in den Wahlprogrammen intensiv mit unterschiedlichen und dabei selbst gewählten politischen Themen auseinandersetzen, die aktuelle Regierungspolitik kommentieren

und zu vielen politischen Inhalten konkrete Standpunkte einnehmen. Zusätzlich ist das Parteiprogramm ein Text für politische Visionen – seien es die Darstellungen der eigenen Pläne und Erfolge oder die antagonistischen Aussagen zu den Opponenten (Budge 1994: 448). Das Parteiprogramm ist außerdem das einzige schriftliche Medium, mit dem sich der potentielle Wähler sowie die Repräsentanten der Medien ausführlich inhaltlich auseinandersetzen können und die Übereinstimmungen der Partei mit den eigenen Vorstellungen über die Parteipolitik ausführlich testen und messen können.

Wahlprogramme als Grundlage der Analyse

Für die Analyse werden Wahlprogramme aller seit der Unabhängigkeit der Fallbeispielstaaten stattgefundenen Wahlen herangezogen – nur so kann der Wandel der Parteien langfristig festgestellt werden. Es werden jeweils sechs Wahlprogramme aus sechs Parlamentswahlen für die estnische und die ungarische Partei untersucht. Dabei stammt das erste Wahlprogramm in Ungarn bereits aus dem Jahr 1990 und folgt bis 2010 im Vierjahrestakt (1990, 1994, 1998, 2002, 2006, 2010). In Estland fanden die ersten Wahlen 1992 und die letzten 2011 statt (1992, 1995, 1999, 2003, 2007, 2011). Eine Besonderheit, die im Fall Estland vorkommt, ist, dass an den ersten Wahlen eine liberale Partei namens Eesti Liberaaldemokraatlik Partei (Estnische Liberaldemokratische Partei - ELDP) teilgenommen hat. Diese ist 1994 mit den meisten Mitgliedern der Partei in die neugegründete Reformierakond integriert worden, womit die ELDP sich auch offiziell aufgelöst hat. Ab den Wahlen 1995 trat die Reformierakond als einzige liberale Partei in Estland zu den Parlamentswahlen an. Somit wird die Reformierakond hier und allgemein als die direkte Nachfolgepartei der ELDP behandelt (Fleck 2006: 230). Grund dafür ist der Zusammenschluss der Parteien und die Auflösung der ELDP.

Verglichen werden die Parteiprogramme aller Parlamentswahlen – von Beginn der Unabhängigkeit und der Gründung der Parteien in den frühen 1990ern bis zu den aktuellsten Wahlen jeweils in 2010 in Ungarn und 2011 in Estland. Da der Zeitrahmen der Analyse zurück bis in die 1990er Jahre reicht, ist es berechtigt, den Fidesz – damals noch Bund Junger Demokraten – in der Anfangsphase seines Parteiwesens als eine liberale Partei zu betrachten und seine spätere thematische Abweichung zu beobachten. Die Ursprünge und Motivationen, sowohl der ungarischen als auch der estnischen

Liberalen, sind aus dem gleichen Anlass – des Zusammenbruchs der Sowjetunion – entstanden und zielen auf die Etablierung einer liberalen, auf Freiheit basierenden Gesellschaft, in derndem Zusammenbruch der Sowjetunion kaum nachtrauernden Staaten.

Analysekonzept

Im ersten Teil der Analyse werden die Wahlprogramme beider Länder des gesamten Untersuchungsraumes mithilfe der klassischen qualitativen Inhaltsanalyse (Gläser/Laudel 2010: 197-198) ausgewertet und somit zuerst viele allgemeine inhaltliche Positionen, aber auch Beobachtungen über die Stilistik sowie weitere Besonderheiten aus diesen Programmen herausgearbeitet. Die Inhaltsanalyse orientiert sich somit hauptsächlich an den thematischen Schwerpunkten, den Zentralaussagen sowie den ideologischen Signalen der Wahlprogramme der Parteien. Durch die Vergleichsmethode, die sich an der Wahlsequenz orientiert, wird nicht die jeweilige Partei in ihrer eigenen Entwicklung untersucht und nachher mit der anderen verglichen, sondern vielmehr geht es um die Parallelität der Entwicklung der Parteien und um die Herausarbeitung der Unterschiede ihrer Entwicklungen und deren Inhalte in Bezug auf die Wahlen. So sind in einem Vergleichsschritt immer die jeweils ersten, zweiten, dritten und so weiter Parteiprogramme von Fidesz und ELDP/Reformierakond für die Parlamentswahlen der Beispielländer gegenübergestellt – 1990 und 1992, 1994 und 1995, 1998 und 1999 etc. Es ist gerade so möglich zu sehen, wie sich die liberalen Parteien der beiden Länder in den verschiedenen Wahlen darstellen, verhalten und verändern, wie die jeweiligen vorausgegangenen Wahlergebnisse ihre inhaltliche Richtung beeinflussen und welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede diese Parteien rein thematisch über die Zeit hinweg aufweisen.

In der chronologischen Aufarbeitung der Texte werden die Programme zugunsten einer besseren Lesbarkeit nach Hauptthemen strukturiert, so wie diese in den Wahlprogrammen dargestellt sind. Zusätzlich wird dabei auf die Besonderheiten der programmatischen Inhalte sowie der Struktur der Wahlprogramme, wie zum Beispiel der Hierarchie der Themen, geachtet. Das Analyseraster erlaubt somit eine überblicksartige Betrachtung aller in dem Untersuchungszeitraum vertretenen Inhalte der Wahlprogramme der Parteien und ihre inhaltlichen Tendenzen und Schwerpunkte.

In der inhaltsanalytischen Arbeit mit den Texten der Wahlprogramme liegt die grundlegende Erarbeitung der Inhalte, die später durch quantitative Methoden überprüft werden können und damit auch die Funktion des gegenseitigen Ergänzens erfüllen.

4.1.1 Die ersten Parlamentswahlen und das erste Wahlprogramm nach der Wiederherstellung der Unabhängigkeit: 1990 in Ungarn und 1992 in Estland

In Ungarn und in Estland fand die erste Runde der Wahlen nach der Wiederherstellung der Unabhängigkeit zeitnah statt und in beiden Fällen nahmen die liberalen Parteien an den Wahlen teil. Die ersten Wahlen haben in Ungarn am 25. März 1990 (Ilonszki/Kurtán 1992: 421) und in Estland zwei Jahre später, am 20. September 1992 (Fitzmaurice 1993: 168), stattgefunden. Trotz des zweijährigen Unterschiedes weisen die ersten Wahlen der Parteien viele strukturelle Gemeinsamkeiten auf. Es sind für beide Staaten die ersten demokratischen Wahlen mit mehreren, verschiedene politische Richtungen vertretenden Parteien und die Bürger haben zum ersten Mal die Gelegenheit, frei über die Zusammensetzung des Parlamentes zu bestimmen. Die Wahlprogramme der Parteien waren nicht nur für den Wähler neu, auch die Parteien mussten sich den Formalien anpassen und für die notwendigen Unterlagen sorgen. Die Liberalen in Ungarn haben zum Zeitpunkt der ersten Wahlen noch ein ziemlich allgemeines Wahlprogramm. Es ist mit der Überschrift „Summary of the Programme accepted on the second Congress of the League of Young Democrats (FIDESZ)“ versehen. Dieses Programm wird sowohl als Grundsatzprogramm der Partei, als auch Wahlprogramm verwendet, denn seit der Parteiründung ist zu wenig Zeit vergangen, als dass die Partei die Möglichkeit gehabt hätte, ein separates Programm zu erarbeiten. Außerdem hat Fidesz in den ersten Jahren nach seiner Formation das Wesen und eine mögliche Entwicklung zur Partei gänzlich abgelehnt und sich ausschließlich als eine sich für die Umweltthematik interessierende Jugendorganisation verstanden (Grotz 2000: 205). Diese Tatsache deutet darauf hin, dass das Programm eher eine formelle Rolle einnimmt. Ähnlich fing aber auch die politisch-alternative Bewegung in Estland an, wo sich erst nach der Gründung der Estnischen Republik die Aktivisten zu Parteien zusammengeschlossen haben. In Form einer Partei ist Fidesz dann trotzdem an der aktiven Partizipation und Gestaltung der Politik in Ungarn interessiert und so genügt

dieses Programm, um das Interesse des Wählers zu wecken und die eigenen Positionen für die Wahl zu artikulieren. Fidesz legt mit der Publikation des ersten Wahlprogramms ein Stück seines alternativen Wesens ab, da im unabhängigen Ungarn kein Bedarf nach Widerstand gegen die sozialistische Politik mehr besteht. Gleichzeitig wird aus der Jugend-Umweltaktivistengruppe eine starke Marktwirtschaft-Befürworter-Partei (Anhang 1: 23), was das protestbasierte Selbstverständnis (Schmidt-Schweizer 2001: 514) des Fidesz aufrechterhalten lässt. Die ELDP in Estland tritt zu ihrer ersten Wahl bereits mit einem separaten, speziell dafür geschriebenen Wahlprogramm an, denn die Wahlen finden erst zwei Jahre nach der Gründung der Partei statt, sodass die Partei die Möglichkeit hat, ihre politischen Positionen und Forderungen wahlgerecht in einem Programm zusammenzufassen.

4.1.1.1 Das erste Programm und der Begriff des Liberalismus

In beiden Fällen sind die ersten Programme noch äußerst kurz, knapp und allgemein gehalten und besitzen gleichzeitig teilweise die Ausstrahlung einer Chrestomathie, was grundsätzlich nicht negativ aufgefasst werden darf, jedoch den Programmen einen eindeutigen stilistischen Charakter verleiht. Ähnlich den Schulbüchern machen sie den Wähler mit ihren politischen Begriffen bekannt und vertraut. Die erste Gelegenheit, dem Wähler mehrere politische Richtungen zur Wahl zu präsentieren und diesen dabei gleich mit ausführlichen Informationen zu belasten, würde wahrscheinlich nicht zum Erfolg führen. Mehr, die Partei muss es schaffen, das Interesse des Wählers durch grundlegende Informationen und effiziente Darstellung der eigenen Ziele zu wecken und ihn dazu motivieren, an den Wahlen teilzunehmen und die Stimme im richtigen Kästchen zu platzieren. Dies scheint die Vorgehensweise der beiden Liberalen bei der Konzeption der ersten Programme gewesen zu sein: die wesentlichen Inhalte und Schwerpunkte zu umreißen und das Profil der Partei zu verdeutlichen.

Erwartungsgemäß wird in beiden Programmen zuerst eine Definition der liberalen Politik in der eigenen Interpretation, oder die (liberalen) Prinzipien auf die sich die Parteipolitik stützen vermag, gegeben. Aus der Perspektive der Gesellschaft, die viele Jahre politischen Pluralismus genießt, ist dies vielleicht überflüssig, wobei eine solche Definition von Fidesz bei jeder ihren Neukonzipierungen und besonders den Wahlen im Jahr 2006 äußerst erwünscht gewesen wäre, aber es bei den ersten demokratischen

Wahlen eine grundlegende Notwendigkeit. Die ELDP geht in ihrer Definition des Liberalismus von einer Politik aus, in der die Freiheit einer Person die oberste Priorität darstellt. Als Gegensatz zu den autoritären Regierungsformen verneint die ELDP alle Aspekte des Kollektiven – Selbstständigkeit und Selbstbestimmung sind zentral (Anhang 1: 3). Die ideale Gesellschaft aus Sicht der Partei sei durch Toleranz und Offenheit geprägt, daher wird auch keine besondere Gesellschaftsschicht bevorzugt. Ebenso gehe die liberale Politik von einem großen Selbstorganisationsvermögen der Individuen und Gruppen aus und beschränke somit den Staat in seiner Macht und seinen Kompetenzen (Anhang 1: 3). Der Bürger, nach der Definition des Liberalismus der ELDP, sei tolerant und verantwortungsvoll und schätze die ihm durch Freiheit gegebene Selbstständigkeit (Anhang 1: 3). Freiheit stehe nicht nur in Verbindung mit ihrer persönlichen Form, sondern solle eine Sicherheit für die Zukunft und soziale Sicherheit gewährleisten. Die estnischen Liberalen sehen ihre Politik im langfristigen Ansatz, was jedoch nicht mit planwirtschaftlichem Vorgehen verwechselt werden darf, denn es handelt sich lediglich um Perspektiven sowie Aspekte der Nachhaltigkeit und nicht um einen Plan im sozialistischen Verständnis. Der Liberalismus der ELDP kennt keinen Extremismus und ist skeptisch und rational gegenüber dem Geschehen der Gegenwart. Die ELDP sieht sich nicht als Volks- oder Massenpartei, im Wahlprogramm wird erwähnt, dass die obengenannten Eigenschaften die Partei und die liberale Politik allgemein unangenehm und unbeliebt machen können, jedoch behält die Partei die Hoffnung, dass sich diese Politik gegen die negativen Stereotypen und die sozialistisch dominierte bisherige Elite durchzusetzen vermag (Anhang 1: 3-4).

Der Fidesz gibt in seinem ersten Wahlprogramm 1990 ebenso eine definitionsähnliche Bestimmung darüber, was Liberalismus ist und welche Prinzipien dadurch in der Politik verfolgt werden. Ähnlich wie bei den estnischen Liberalen fängt das Programm des Fidesz mit der sogenannten Grundbestimmung der Partei und ihrer Politik an. Fidesz will künftig in einem liberalen, auf Freiheit basierenden politischen Milieu handeln und seine Parteipolitik darin verwirklichen (Anhang 1: 3, 5). Es sei in diesem Milieu nicht nur der persönliche und soziale Wohlstand der Bürger zu gewährleisten, sondern alle Privilegien und Monopole für den Staat und für bestimmte Bürger sollen bekämpft werden. Im Vergleich zur ELDP hält der Fidesz seine Definition des Liberalismus allgemein, auch das Vorwort der ELDP ist ebenso nicht allumfassend, doch im Vergleich zum Fidesz hat es mehr Facetten und erklärt die liberale Position der Partei in Bezug auf

mehrere Gesellschaftsbereiche. Die allgemeine Erwähnung des „liberalen Milieus“ seitens Fidesz dagegen kann der bereits erwähnten Kürze des gesamten Wahlprogramms, der nicht realisierten Notwendigkeit mehr Erklärungen zu bieten oder der Heterogenität der Partei und daher schwieriger Konsensfindung dieser Definition, geschuldet sein.

Thematisch nach Politikbereichen strukturiert sind die Parteien in ihren Wahlprogrammen einander ziemlich ähnlich. Diese Ähnlichkeit ist aber nicht durch inhaltliche Übereinstimmung bedingt, sondern durch die Strukturierung der Wahlprogramme nach Politikschwerpunkten und einer strategischen Positionierung der Wahlthemen bedingt. Somit steht nicht immer die Marktwirtschaft an der gleichen Stelle und mit dem gleichen Umfang in den jeweiligen Wahlprogrammen der Parteien, jedoch können die wichtigen und sehr ausführlich formulierten Schwerpunktthemen bei beiden Parteien und beiden Programmen am Anfang der Wahlprogramme gefunden werden.

4.1.1.2 Eröffnungsthema – Wirtschaftspolitik oder Freiheit

Fidesz eröffnet das Wahlprogramm mit einem ausführlichen wirtschaftlichen Block. Dies passt zum Image der marktorientierten jungen Partei. Die Wirtschaft solle künftig eine offene Marktwirtschaft sein, die auf Privateigentum basiere und in der jeder seinen Erfolg verwirklichen dürfe (Anhang 1: 20-22). Interessant ist, dass sich Fidesz 1990 eine strukturelle Kooperation zwischen dem privaten-, staatlichen und institutionellen Eigentum wünscht (Anhang 1: 20). Die Partei sieht diese Kooperationen durch Wettbewerb und Markteffizienz bestimmt und in keinem Fall an ideologische Überlegungen geknüpft. Diese gemischte Form des Eigentums sollte nicht im Sinne eines kollektiven Eigentums des sozialistischen Wirtschaftsmodells verstanden werden. Der Verweis darauf hat seine Wurzel im vorsichtigen Umgang mit staatlichem Eigentum durch die Kollektivierungserfahrung der sozialistischen Vergangenheit der Länder. Damit entsteht hier eher eine Parallelität zwischen den definitorischen Neigungen der jungen Parteien, denn auch bei der ELDP und der Reformierakond sind diese besonders in ihren frühen Phasen dafür da, um dem Wähler seine Ängste und Vorurteile vor der unbekanntem demokratischen Partei-Politik zu nehmen.

Die ersten Wahlen einer Partei allgemein, und besonders im Kontext einer Systemtransformation, setzen gewisse Erläuterungen ihrer politischen Absichten voraus. Die Parteien verkörpern eine für die Gesellschaft in dem jeweiligen Staat komplett neue Politikrichtung. Es ist nicht selbstverständlich, nach dem jahrelangen Praktizieren der nichteffizienten Planwirtschaft sofort sich auf ein anderes Modell umzustellen. Sehr radikal geht Fidesz mit der Nichteinmischung des Staates und der Politik in die Wirtschaft um: der Staat soll ein Konglomerat an effizienten und professionellen bürokratischen Einheiten sein, die jedoch nur im Rahmen ihrer Funktionen agieren und einen Raum des freien Handelns innerhalb des staatlichen Systems schaffen sollen (Anhang 1: 3). Die Privatisierung der Wirtschaft ist gleichzeitig die höchste Priorität der wirtschaftlichen Reformen von Fidesz (Anhang 1: 20). Darunter fallen auch die Reformen im Bereich der Agrarwirtschaft. Die kooperativen Eigentumsregelungen seien nicht gewinnbringend und müssten reformiert werden, dabei, wie in allen anderen Bereichen der Wirtschaft, soll jeder frei entscheiden können, wie er mit dem eigenen Kapital und Besitz umzugehen hat. Die Positionierung der Wirtschaftspolitik an erster Stelle zeigt die besondere Bedeutung und Priorisierung des Individuellen gegenüber dem Kollektiven: zwar für den Wohlstand der Gesellschaft, aber in erster Linie für den Wohlstand jedes Einzelnen von Einkommen bis Besitz. Die doch stark materielle Orientierung des Programms und der Politik der Partei spricht davon, dass die Gesellschaft vorerst um diese besorgt ist und an die politischen Inhalte und ihre Erfolge mittels ihres sich verbessernden materiellen Zustandes glauben kann.

Im Gegensatz zu Fidesz kommt Wirtschaft erst an dritter Stelle des Wahlprogramms der ELDP. Hier dominieren anstatt der Wirtschaft die Forderungen nach der Privatisierung von Wohnraum, Gewerbe und Landwirtschaft, ebenso wie Monopolbekämpfung und möglichst umfassende Steuersenkungsmaßnahmen (Anhang 1: 20-22). Der Wirtschaftsteil des Wahlprogramms der ELDP ist für eine liberale Partei sehr kurz und scheint nur grobe Richtungen angeben zu wollen und sich um die grundlegenden Probleme zu kümmern. Das Positionieren der Wirtschaftspolitik auf dem dritten Platz bedeutet, dass die Partei Raum für andere Themen neben der Wirtschaft braucht oder ihr Schwerpunkt in diesem Bereich noch nicht herausgearbeitet wurde. So beginnt die ELDP ihr Wahlprogramm mit zwei anderen Inhalten: Freiheiten des Individuums sowie Demokratie und Rechtsstaat. Diese Aufstellung deutet leicht auf ein vergleichsweise ausgeprägtes postmaterielles Wertebündel der Partei. Dies hat seinen Ursprung vor

allem in der personellen Zusammensetzung der Partei, denn die ELDP vereinigte, wie im Parteiporrait bereits skizziert, viele Schriftsteller und Journalisten, die sich in erster Linie für die gesellschaftliche Ordnung und eine vollkommene Liberalisierung der Menschen und ihrer Denkwelt interessierten und erst danach das Gleiche für die Wirtschaft anstrebten. Dieser Gedanke basiert auf der Erfahrung der Menschen selbst: die Parteimitglieder, die vor der Unabhängigkeit Estlands zu einem großen Teil zur Gruppe der Intellektuellen und Nicht-Mitglieder der Kommunistischen Partei gehörten, haben auch in ihrer Herangehensweise an die neue Politik einen Ansatz, der eher intellektuell sowie zwangsfrei zu sein scheint, bevorzugt. Im Vergleich dazu sind die Gründer und Aktivisten des Fidesz junge Absolventen der wirtschaftlichen und juristischen Fakultäten der Corvinus Universität Budapest, so dass ihre Überzeugungen eher durch das Wohlfahrtsprinzip und Erkenntnisse aus dem Studium geprägt sind und ihre Ziele in erster Linie durch die Verwirklichung dieser Politiken erreicht werden können.

Im ersten Inhaltspunkt, in dem es um persönliche Freiheiten geht, zählt die ELDP eine Reihe der Gefahren und der großen Verantwortungen für die Partei auf und verlangt doch eine Minimierung des staatlichen Einmischens in allen Lebenssphären: Wirtschaft, Wohn-, Sozial-, Gesundheits-, Bildungs- und Kulturpolitik. Der Bürger soll lernen, Verantwortung zu tragen und dabei nicht nach Diktat seine Handlung zu gestalten. Zusätzlich sollen schnellstens die Menschenrechtskonventionen der Vereinten Nationen und der Europäischen Gemeinschaft unterschrieben und die Freiheit des Individuums durch Verankerung im Grundgesetz in Schutz genommen werden (Anhang 1: 3). Demokratie und Rechtsstaat setzen ebenso aus der Sicht der ELDP ganz konkrete und fundamentale Prinzipien für die Gesellschaft voraus. In erster Linie bedarf es einer schnellen Reform des Rechtssystems, mehr Möglichkeiten für bürgerliche Initiativen und Referenden (Anhang 1: 3) außerdem muss die subsidiäre Dezentralisierung der Macht im Staat stattfinden (Anhang 1: 9). Die nächsten Schritte der demokratischen Entwicklung Estlands sind die Gewährleistung der Pressefreiheit und die Verankerung der Pluralität der Politik durch die teils staatliche Finanzierung der Parteien und das Klären der Staatsangehörigkeitsfrage unter der Bevölkerung Estlands (Anhang 1: 9).

Aus diesem Umriss an Themen kann gesehen werden, dass die ELDP einen gesellschaftlichen und staatlichen Rahmen der Bedingungen und Regeln herstellen will,

in denen später das Konzept des unabhängigen Staates verwirklicht werden kann. Fidesz fokussiert sich nach der Wirtschaftspolitik auf die Sozial-, Bildungs- und Umweltpolitik. Er ist im Vergleich zur ELDP in seinem Programm sehr realistisch und materialistisch orientiert, denn Fidesz akzentuiert nicht die ideelle, sondern eher die materielle Transformation der Gesellschaft mittels Politik. Die Partei expliziert kaum ideologisch-moralische Überlegungen, sondern beschäftigt sich stattdessen mit vorhandenen sozioökonomischen Problemen der Gesellschaft (Anhang 1: 23, 30, 33). Dabei rekurriert sie trotzdem immer wieder im Subtext auf die ideologisch-moralischen Überlegungen (Anhang 1: 40-41, 47, 49), die eindeutig die Funktion der Kritik an den vorherigen Regierungen und deren Handlungen ausüben sollen.

4.1.1.3 Sozialpolitik

In der Sozialpolitik legt Fidesz den Schwerpunkt auf das durchdachte Verteilen der Ressourcen, dabei ist jede Hilfeleistung aber nur auf die Ärmsten zu begrenzen (Anhang 1: 33). Hier teilt Fidesz dem Staat eine starke Rolle zu. Es wird vom Staat verlangt, Verantwortung und Einflusspflicht zu übernehmen, seine Aufgabe sei es die Segregation der Bürger zu vermeiden und Hilfe zu gewährleisten (Anhang 1: 33). Jedoch ist damit nicht eine Entwicklung zum Sozialstaat gemeint, vielmehr möchte Fidesz, dass der Staat nur einem engen Kreis der wirklich bedürftigen Menschen hilft. Das Gesundheitssystem bedarf ebenso Reformen und in erster Linie soll die Freiheit der Wahl des Arztes für den Patienten eingeführt werden, das heißt vor allem ein System der freiwilligen und kostenpflichtigen zusätzlichen medizinischen Dienstleistungen (Anhang 1: 36). Diese Politik steht im Kontrast zur stark liberalen Wirtschaftspolitik der Partei (Anhang 1: 23-24). Einerseits scheint dieser Verweis auf den Staat durch eine liberale Partei ein wenig schizophren, andererseits ist dies im Kontext der Transformation der Gesellschaft und des Systems nachvollziehbar. Bei aller Radikalität der Reformen, die die jungen Politiker von Fidesz durchsetzen wollen, können sie die Gesellschaft und ihre Bedürfnisse nicht gänzlich ignorieren. Gerade im sozialpolitischen Bereich haben viele Menschen durch die Umstrukturierung negative Folgen erfahren, daher wird hier mit Instrumenten der Sozialpolitik, wie Verantwortung und Hilfe, argumentiert. Das Problem bei dieser Kombination innerhalb eines Parteiprogramms bleibt jedoch bestehen, denn beide Pole verringern die Wirkung des jeweils anderen und somit kann die Partei für viele Bürger

unglaublich oder inkonsequent scheinen. Die Erklärung könnte in der Positionierung und der Reihenfolge der Themen liegen. Denn Marktwirtschaft ist ohne Zweifel das zentrale Thema des Wahlprogramms 1990. Dadurch sollte auch die Bedeutung und daraus vielleicht die Intensität der Umsetzung der vorgeschlagenen Sozialpolitik, auch wenn diese vom ersten Blick überhaupt nicht in die Farbpalette einer liberalen Partei passt, etwas relativiert gesehen werden. Zusätzlich spricht für die liberale Ausrichtung der Partei das Verständnis, dass Sozialpolitik nur langfristig geändert werden kann.

Die Sozialpolitik aus der Sicht der ELDP soll künftig auf einem in erster Linie flexiblem und anpassungsfähigem Sozialversicherungssystem, besonders für Bedürftige, basieren. Das würde ein freies und würdiges Leben im liberalen Verständnis der Partei ermöglichen (Anhang 1: 32). In den Bereichen der Kinderbetreuung und Gesundheit fördert die ELDP die Initiative der Gründung von privaten Einrichtungen wie Praxen und Kindertagesstätten (Anhang 1: 29, 35). Obwohl die ELDP nicht direkt wie Fidesz an dieser Stelle den Freiheitsaspekt der medizinischen Behandlung betont, ist die dahinterstehende Motivation die gleiche. Je mehr Wahl der Bürger hat, desto mehr Freiheiten kann er genießen. Die ELDP betont zusätzlich die Bedeutung der Gleichstellung von Männer und Frauen in allen Lebensbereichen (Anhang 1: 32). Die Arbeitslosenpolitik stellt sich die Partei mit einem Schwerpunkt auf Umschulungen vor. Auf diese Weise sollten die Menschen nachhaltig erneut in den Arbeitsmarkt integriert werden. Die Schwerpunkte der Sozialpolitik beider Parteien sind auf diese Weise mit vielen Rechten und Freiheiten der Bürger verbunden. Die ELDP ergänzt ihr Programm zur Sozialpolitik zusätzlich direkt durch die Erwähnung der Menschenrechtsprinzipien, die auf Häftlinge und psychisch kranke Menschen erweitert sein und angewendet werden müssen (Anhang 1: 32). Die Sozialpolitik beider Parteien im ersten Wahlprogramm konzentriert sich zwar an unterschiedlichen thematischen Schwerpunkten, orientiert sich aber an gleichen Prinzipien.

4.1.1.4 Föderalismus und effizientes Bildungssystem

Der nächste Programmpunkt des Wahlprogramms des Fidesz beschäftigt sich mit dem Föderalismusbegriff und der Notwendigkeit der Stärkung der regionalen Verwaltungseinheiten (Anhang 1: 10). Die zentrale Leitung des Staates soll sinnvoll und funktional aufgeteilt und verteilt werden. Die Kommunalebene der Verwaltung muss

klein und effizient sein (Anhang 1: 10). Das Bildungssystem ist im Programm von Fidesz durch das Prinzip der Freiheit der Wahl bestimmt. Den Bildungs-, aber auch den Forschungseinrichtungen soll Unabhängigkeit gewährleistet sein. Die Freiheit der Wahl soll dabei vor allem den direkt Betroffenen, wie Kindern und Eltern, gewährt werden (Anhang 1: 40-41). Das Bildungsgesetz soll umgehend so verändert werden, dass alle ideologischen Verweise daraus verschwinden und dass die direkt Betroffenen in den Bildungspolitikfragen mehr mitentscheiden können (Anhang 1: 40-41). Fidesz sieht nur in der Verstärkung der Intellektuellenkreise und einem internationalen Schüler-, Lehrer- und Studentenaustausch die Zukunft einer konkurrenzfähigen und niveaувollen Bildung (Anhang 1: 40-41). Die Bildungseinrichtungen müssen auch das Recht haben, selbst die Eignungsregeln und die Höhe der Studiengebühren festzulegen. Der Staat könne und solle den Schülern und Studenten lediglich durch Vergabe der Studienkredite für die Zeit des Studiums helfen (Anhang 1: 40-41).

Für die ELDP ist der Bildungsbegriff ebenso mit Freiheit verbunden, denn diese bedeutet für den Menschen vor allem die Freiheit der Wahl (Anhang 1: 38). Die Schulbildung soll nicht nur frei wählbar, sondern auch für alle Kinder kostenlos sein. Im Einklang mit Fidesz' Föderalismus-Prinzip finden auch die estnischen Liberalen, dass die Schulen nicht zentralisiert werden dürfen: in jedem Ort müssen Kinder eine Schule in Reichweite haben können (Anhang 1: 38). Das Bildungssystem bedarf neben einer strukturellen auch einer inhaltlichen Reform, denn die Bildung soll entpolitisiert werden (Anhang 1: 40-41), mehr Wahlfächer anbieten und an die Umstände und Bedingungen der Gegenwart angepasst sein (Anhang 1: 38). Die höhere Bildung muss bezahlbar sein und sich netzwerkartig über das ganze Land verteilen. Eine Konzentration der Bildungseinrichtungen in den größten Städten sollte vermieden werden.

4.1.1.5 Umweltpolitik

Das Thema Umweltschutz kann im ersten Programm nicht fehlen, denn die umweltschutzorientierten Aktivitäten der Bürgerbewegungen der beiden Länder, aus denen später die jeweiligen Parteien hervortraten, setzten das Weiterführen dieses Themas fast voraus. Fidesz entwickelt bereits an dieser Stelle seinen später oft vorkommenden Stil des Verspottens der vorherigen Machthaber, beziehungsweise die Schuldzuweisungen für fehlerhafte Vorgehensweisen. Stilistisch sieht das so aus, dass

die Partei immer eine kritisierende Ouvertüre vor ihrem eigenen Inhalte platziert. Im ersten Wahlprogramm schlägt der Fidesz vor, durch eine erneute Gewichtung der gesellschaftlichen sozialen Werte rücksichtsvoller mit Naturressourcen umzugehen (Anhang 1: 13). Aus der aktuellen Situation ergeben sich die Befürchtungen, dass eine hohe Umweltbelastung bereits vorhanden ist und deswegen wird die Notwendigkeit der Modernisierung alter Fabriken, der Müllproduktionsverringering und eines sparsamen Umgangs sowie breiten Einsatzes erneuerbarer Energien artikuliert (Anhang 1: 13).

Die ELDP geht davon aus, dass die staatliche Umweltpolitik dem menschlichen Handeln durch allgemeine Regeln einen Rahmen setzen könnte. Diese Regeln könnten von den Regenerationsprozessen der Natur abgeleitet werden. Nur so sind ein nachhaltiges Wirtschaften und Schutz der Artenvielfalt möglich. Die Bürger werden zu Gründungen von freiwilligen Naturschutzorganisationen und Vereinigungen aufgerufen. Da Umweltprobleme keine staatlichen Grenzen kennen, bekennt die ELDP sich zur Kooperationspolitik mit den Nachbarstaaten (Anhang 1: 12). In den estnischen Städten soll künftig mehr der öffentliche Nahverkehr genutzt werden (Anhang 1: 18).

In der Betrachtung der Umweltpolitik zeigen die Parteien sowohl inhaltliche, als auch stilistische Unterschiede. Zuerst fällt auf, dass der Fidesz sich viel stärker der Vergangenheit, als den eigenen Visionen der umweltpolitischen Entwicklungen widmet. Dadurch, dass er Messungen abwarten will, verschiebt er die erwarteten konkreten Vorschläge in die Zukunft. Die Liberalen in Estland schauen nicht zurück, für sie ist die Umweltpolitik ein breiteres und in die Zukunft reichendes Konzept, als nur der gegenwärtige Naturschutz. Umweltpolitik soll ein Teil des gesellschaftlichen Denkens und Handelns konstituieren und somit Einfluss auf alle Lebensbereiche haben.

4.1.1.6 Kulturpolitik und mehr

Die ELDP verbindet die Kulturpolitik mit Bildung und ihre programmatische Nationalpolitik wird durch den Zusatz „Minderheiten“ ergänzt. Der Fidesz fasst unter den Programmpunkten Nation, Minderheiten und nationale Politik auch die Kultur- und Sprachpolitik.

Der Umgang von Fidesz mit der Definition, wer oder was ein Ungar ist, ist äußerst widersprüchlich, denn jeder, der sich als Ungar fühlt, ist laut Fidesz ein Ungar, die

Staatsbürgerschaft wird dabei nicht als Kriterium genannt (Anhang 1: 47-48). Daher verlangt Fidesz vom Staat einen entsprechenden Umgang mit der Nationalitätenfrage, dieser hat nämlich keine Rechte, die Nationalität zu bestimmen und zu verlangen, denn dies sei eine rein kulturelle Angelegenheit und Frage (Anhang 1: 47-48). Allerdings widerspricht die Partei sich selbst, denn an der gleichen Stelle und ohne die Berücksichtigung, ob sich ein Mensch als Ungar bezeichnet, wird erwähnt, dass alle in Ungarn lebenden Minderheiten sowie die nicht in Ungarn residierenden Ungarn der ungarischen Nation zugehörig sind. Durch eine einfache Kategorisierung löst Fidesz auch das Problem der Minderheiten in Ungarn. Solange alle Menschen auf ungarischem Boden als Ungarn gezählt werden, kann die Partei die Frage über andere Nationalitäten vermeiden, obwohl sie eigentlich den Staat nicht in der Rolle sieht, den Menschen Nationalitäten aufzuerlegen. Das Ziel Ungarns in der Außenpolitik nach Auffassung von Fidesz ist die Unterstützung der ungarischen Minderheiten im Ausland. Diese müssen geschützt und ihnen sollten Mitentscheidungsrechte im Inland gewährleistet werden (Anhang 1: 54). Während Fidesz die Begriffe der Nation und der Minderheiten durcheinanderwirft, wird die Größe der Nation an der Anzahl der Zugehörigen gemessen und das Image eines, zwar Minderheiten aufweisenden, aber vom Gefühl her homogenen ungarischen Nationalstaats vermittelt.

In Estland soll die Nationalpolitik und die Minderheitenfrage vor allem durch das Bewahren der estnischen Sprache und die Integration auf Basis der Vermittlung von Sprachkenntnissen erreicht werden (Anhang 1: 47-48). Die Loyalität der Esten und der Menschen, die zwar in Estland leben, jedoch keine estnische Staatsangehörigkeit haben, gegenüber dem gemeinsamen Staat soll anstelle der gegenseitigen Ungleichbehandlung treten. Die ELDP plädiert in ihrem Wahlprogramm dafür, den Schutzreflex eines kleinen Volkes gegenüber den Minderheiten im eigenen Staat aufzugeben. Den Minderheiten soll die Möglichkeit gegeben werden, ihre Bereitschaft zur Integration zu entwickeln (Anhang 1: 48). Das Wissen um die Kultur und die Traditionen und deren Bewahren muss in Form von Wahlfächern an den Schulen, den Freizeitorganisationen und Vereinigungen gegeben werden (Anhang 1: 48). Die Asylpolitik muss schließlich liberalisiert und an die Prinzipien der Menschenrechte angepasst werden (Anhang 1: 48).

Die ELDP und die Fidesz kümmern sich somit in ihren ersten Wahlprogrammen einerseits um die Verständigung und andererseits um die Einheit der eigenen Nation. Die Nation ist für beide Parteien kein bedeutungsloser Begriff. Fidesz bangt um die Signifikanz der ungarischen Nation bei den durch den Vertrag von Trianon entstandenen ungarischen nationalen Minderheiten in den Nachbarstaaten und die ELDP sieht vor sich die Herausforderung des Umgangs mit einem Staat und seiner Gesellschaft bei heterogener Bevölkerungszusammensetzung.

4.1.1.7 Außenpolitik und Ausblick

Zum Schluss der ersten Wahlprogramme präsentieren beide Parteien ihre außenpolitischen Visionen. Das Ziel der Außenpolitik von Fidesz beschränkt sich auf eine kurze Umschreibung. Eine vollkommene Unabhängigkeit von der Sowjetunion, dem Warschauer Pakt (Anhang 1: 51, 54) und die anschließende Integration in Europa sowie die Partizipation bei der Gestaltung einer gewaltlosen EU auch mithilfe der unmittelbaren Nachbarschaft von Ungarn sind ihre Kernpunkte.

An dieser Stelle haben die estnischen Liberalen ein ausführlicheres Konzept. Die Rolle Estlands in der modernen Welt meint die Umschreibung zur Positionierung Estlands im internationalen Gefüge und seiner außenpolitischen Beziehungen. Die Grundprinzipien verankern sich in Begriffen wie aktive Neutralität, Offenheit und Kooperation (Anhang 1: 51, 52). Die Kooperationen sind dabei nicht in eine bestimmte geographische Richtung orientiert, sondern durch die geographische Lage Estlands in alle Himmelsrichtungen gedacht. Eine Priorität der Außenpolitik jedoch ist die Integration des Staates in die Europäische Union. Die Partei warnt gleichzeitig vor einer übermäßigen Westeuropa-Euphorie und befürwortet alternativ regionale Zusammenschlüsse in Osteuropa, die durch Estland initiiert werden könnten (Anhang 1: 52). Wichtig sind auch die Beziehungen zu Russland und anderen ehemaligen Sowjetunion-Staaten (Anhang 1: 52). Die Verbindungen zu den nördlichen Nachbarn sind zwar gut, dort sollte die Rolle Estlands jedoch nicht überschätzt werden. Anstelle dessen befürwortet die Partei eine enge regionale Zusammenarbeit zwischen den baltischen Staaten. Schließlich bekennt sich die ELDP als eine Befürworterin eines minimalen Militär- und Grenzschutzes, hauptsächlich zur Katastrophenbekämpfung und zu einer

professionellen Armee, denn die benachbarten Staaten sind keine Friedensgefahren (Anhang 1: 54).

Die offene Gesellschaft ist der Inbegriff des Gesellschaftskonzeptes der ELDP. Dieses beinhaltet in erster Linie Eigenschaften wie Toleranz und Liberalismus und erleichtert die Ablehnung der Idee einer nach Plan konstruierten und all- sowie besser wissend regierten kollektiv-Gesellschaft. Prinzipiell positioniert sich die Partei als Gegnerin einer totalitären Gesellschaftsordnung und lehnt auch nationale Geschlossenheit ab, denn eine liberale Gesellschaft funktioniert auch über staatliche Grenzen hinweg und zeichnet sich durch Pluralismus aus.

Mithilfe Ihrer ersten Wahlprogramme erlebten die Parteien bei den Wahlen unterschiedliche Erfolge. Beide Parteien begründen die liberale Tradition im jeweiligen Land und bieten dem Wähler eine der Optionen für die politische Zukunft. Sowohl die ELDP, als auch der Fidesz sind pragmatisch und betrachten besonders die wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsszenarien des Staates streng im Rahmen der gegebenen gesellschaftlichen Situation. Der größte Unterschied zwischen den beiden Wahlprogrammen der Parteien kann in der Nationalpolitik gefunden werden, da sich die Parteien dort unterschiedlich fokussieren. Fidesz ist es trotz den nur knapp neun Prozent der Wählerstimmen zwar gelungen, 21 Sitze im Parlament zu bekommen, konnte jedoch nicht die eigenen Regierungsambitionen verwirklichen. Die ELDP kommt ebenso nur in das Parlament, für die Regierungskoalition genügt das Ergebnis nicht. Trotzdem wird der Abgeordnete und Vorsitzende der ELDP, Paul-Eerik Rummo, in der Legislaturperiode zum Bildungs- und Kultusminister. Die ELDP hat dadurch mehr Optionen, die Landespolitik zu gestalten. Der Fidesz jedoch nimmt seine Rolle als Opposition im Parlament sehr ernst und wird zu einem aktiven Gegner der Regierungskoalition im Parlament, was die Beliebtheit der Partei stärkt und die Partei zu den nächsten Wahlen auf ein neues Selbstbewusstseinniveau hebt.

4.1.2 Die zweiten Wahlen: 1994 Fidesz und 1995 Reformierakond statt ELDP

Die zweiten Wahlen finden in Ungarn und in Estland nach dem Ablauf der ersten Legislaturperiode der ersten Regierung regelhaft statt. Beide Parteien haben inzwischen politische Erfahrungen gesammelt und stellen sich für die Wahlen auf. In den Reihen von

Fidesz gibt es im Vergleich zur ELDP, die jetzt durch die Reformierakond ersetzt ist, in den ersten vier Jahren keine erwähnenswerten Veränderungen. Fidesz ging 1994 als eindeutiger Favorit in den Wahlkampf, was durch seine aktive Rolle und bisherige Funktion des aktiven Regierungskritikers begründet war. Die Partei war sich über ihr Gelingen und ihren Erfolg noch sicherer als die Wähler, dies spiegelt auch das neue Wahlprogramm des Fidesz wieder. Die neue liberale Partei in Estland, die Reformierakond, verschiebt im Wahlprogramm einige Schwerpunkte und erlebt einen Erfolg bei ihren ersten Parlamentswahlen.

Bei ihren ersten Parlamentswahlen 1995 trat die Reformierakond, wie schon ihre Vorgängerin, mit einem eher kurzen Programm an. Die Kürze des Wahlprogramms ist durch zeitliche Knappheit verursacht, denn die Partei wurde am 13.11.1994 gegründet und die Parlamentswahlen fanden bereits am 5.3.1995 statt. Somit wurde das Wahlprogramm erst kurz vor den Wahlen beschlossen. Andererseits hilft ein kompaktes Programm dem Wähler, sich wirklich intensiv mit den dargelegten Inhalten auseinanderzusetzen. Die ELDP war eine liberale Partei mit zivilgesellschaftlichem Schwerpunkt und einem schwachen Wirtschaftsaspekt, die Reformierakond ist eine zur Wahl antretende Partei mit konkretem Handlungsplan und vielen wirtschaftlichen Themen (Anhang 1: 20-21, 22, 25). Unter konkretem Handlungsplan sind hier vor allem konkrete politische Strategien, wie zum Beispiel bürgerliche Mitbestimmung, aktive Rückprivatisierungspolitik, offener Markt oder überlegte Aufnahme von Krediten sowie Restrukturierung des Staates hin auf minimale Einmischung in die Wirtschaft zu verstehen. Das neue Wahlprogramm ist nicht mehr durch die idealistischen Überlegungen der ELDP darüber, dass Liberalismus und Freiheit in den Köpfen anfangen müssen, geprägt. In diesem ersten Programm der Reformierakond muss diese ihre Grundprinzipien und deren Anwendung auf verschiedene Politikbereiche des Landes artikulieren. So zum Beispiel wird ganz allgemein, aber ausnahmslos die Privatisierung von Land und Immobilien thematisiert (Anhang 1: 21). Diese werden zwar nicht konkretisiert oder ausführlich erörtert, denn es geht um die, für die liberale Ideologie, zentralen Eigentumsrechte und diese bekommen einen herausgehobenen Stellenwert im Wahlprogramm (Anhang 1: 4).

Das Programm des Fidesz im Jahr 1994 fängt mit einer ausführlichen Kritik der bestehenden Regierung an. Nicht nur die Handlungen der aktuellen

Volksrepräsentanten werden auseinandergenommen, ebenso wird selbstbewusst die vermeintliche Alternativlosigkeit gegenüber der liberalen Politik geschildert. Diese Politik könne selbstverständlich am besten durch den Fidesz verkörpert und verwirklicht werden. Wie schon erwähnt, ist es eine gute Tradition von Fidesz, in den Wahlprogrammen Kritik gegenüber anderen Parteien und politischen Ansichten zu üben. Als Erstes folgt eine Definition des Fidesz als Partei, denn 1994 nimmt sie sich bereits als eine moderate liberale Partei, die der ungarischen Nation verbunden ist, wahr. Aus dem Wahlprogramm folgt darauf keine Erläuterung, ob dies eine Veränderung sei, wie genau die Wortkombination moderat liberal wahrgenommen werden soll, oder sich in der Politik widerspiegeln wird. Im ersten Wahlprogramm hat Fidesz keine derartige Bestimmung seiner Politik gegeben. Die Erläuterung der Fidesz-Politik wird durch die direkt danach folgenden Ziele der Partei gegeben, wodurch das Wort moderat relativiert wird. Die wichtigsten Ziele des Programms sind laut Fidesz die Gewährleistung der Freiheit und der Sicherheit für den Bürger durch den Staat (Anhang 1: 5). Das wichtigste für Ungarn und seine Gesellschaft ist die Integration in die Europäische Gemeinschaft und eine perspektivische Teilnahme an allen wirtschafts-, sicherheits- und kulturellen Verbindungen in Europa (Anhang 1: 52). Für diesen Zweck soll der Beitritt Ungarns in die EG und die NATO (Anhang 1: 52, 56-57) so schnell wie möglich erfolgen. Fidesz warnt in seinem Programm vor extrem linken sowie rechten Positionen gegenüber der Europaintegration und erwähnt, dass die Integration im Interesse aller ist. Dies erinnert an die Ziele aus dem ELDP Programm des Jahres 1992 (Anhang 1: 51, 52, 54). Das zeigt gleichzeitig, dass der Fidesz sich nicht von Europa abschotten, sondern seine Politik im Rahmen der EU verwirklichen will.

Im zweiten inhaltlichen Punkt spricht der Fidesz die Sicherheit des Bürgers an, die durch Gesetze gewährleistet sein soll, denn nur so kann sich ein Bürger wirklich frei fühlen. Die soziale Sicherheit will Fidesz durch den Weg der ausgewogenen, verantwortungsvollen und moderaten liberalen Politik verwirklichen, dies ist die Minimalvoraussetzung, um sozialen Frieden zu etablieren und Kooperation unter den Bürgern und den Behörden zu fördern (Anhang 1: 33). Die soziale Sicherheit ist ein relativ facettenreiches Ziel, das sich nicht nur die finanzielle Unterstützung vom Staat, sondern beispielsweise auch eine stärkere polizeiliche Kontrolle umfasst (Anhang 1: 57). Dieses Thema ist eine weitere Fidesz-Politik, die durch die Behebung der bürgerlichen Unzufriedenheit versucht, im Wahlkampf zu punkten. Fidesz steht zwar

erst am Beginn seiner Entwicklung im ungarischen Parteiensystem, behält dieses Stilmittel jedoch für alle folgenden Wahlen: auf die brennenden Bedürfnisse der Bürger während des Wahlkampfes eingehen, egal ob diese etwas mit der eigenen politischen Richtung zu tun haben. Dies ist eine Form von Pragmatismus: gesellschaftliche Umstände werden mit ins Programm genommen, damit der Wähler die gehobene Bedeutung und Aufmerksamkeit für diese seitens der Partei erkennt. In diesem Sinne zeigt die Partei einerseits Potential zur Flexibilität und ein Mittel der Wählerakquirierung erkannt zu haben. Fidesz ist immer bemüht, sich den Menschen inhaltlich stark anzunähern, ihnen ein Leben an hohen Wohlstandsmaßstäben zu versprechen. Die Reformierakond besitzt ein etwas anderes Bild vom Staat, denn immer wieder werden die Funktionalität und die Rolle des Staates als Dienstleister für den Bürger betont.

4.1.2.1 An der ersten Stelle: Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik

Im Rahmen der Wirtschaftspolitik, des wichtigsten Themas des Wahlprogramms der Reformierakond, werden die Nichteinmischung des Staates und die Liberalisierung der Wirtschaftspolitik besonders stark betont (Anhang 1: 22). Dies ist wahrscheinlich die größte Erneuerung im Parteikonzept von der ELDP zur Reformierakond. Die Wirtschaftspolitik, im Vergleich zum ersten Wahlprogramm, ist nicht nur in ihrer Position nach vorne gerückt, sondern zieht sich auch in allen anderen Politiken der liberalen Partei als roter Faden durch das Programm (Anhang 1: 20, 30, 32). Die Förderung von Unternehmensgründungen und die Gewährleistung eines niedrigen Steuersatzes werden nicht nur als Schlüssel einer effizienten Wirtschafts-, sondern auch als eine solide Basis für sinnvolle Sozialpolitik gesehen.

Die Wirtschaftspolitik des Fidesz, die in diesem Programm erst nach dem ausführlichen Block der Sozial-, Familien- und Gesundheitspolitik kommt, geht von der Wohlfahrt der Gesellschaft aus, die durch das Privateigentum der einzelnen Individuen gewährleistet werden soll. Die größte Sorge des Fidesz ist die Bürde der Schulden und die Arbeitslosen, deren Anzahl nicht nur im kommunistische Fehlwirtschaften und der Systemtransformation begründet liegt, sondern zusätzlich von der aktuellen Regierung nicht verringert worden ist. Fidesz sieht den möglichen Ausgang aus der prekären wirtschaftlichen Lage durch Stimulation der Investitionen und der Abschaffung der

Unternehmenssteuer, um dadurch neue Arbeitsstellen zu schaffen, was zu einer allgemeinen Anhebung der Einkommen führen sollte (Anhang 1: 24, 27). Den Bürgern soll ihre soziale Sicherheit gewährleistet werden, nur in diesem Rahmen können die Menschen ihre Freiheit vollkommen entfalten und genießen (Anhang 1: 33). Da eine Gesellschaft nicht nur aufgrund von staatlichen Zuschüssen überlebt, bevorzugt die Partei die gezielte Vergabe der Sozialhilfe und -leistungen. Das bestehende Sozialsystem muss reformiert werden, indem die Empfänger der Hilfe auch Verpflichtungen eingehen müssen. Auch im Inhaltspunkt der Sicherung des würdigen Lebens im Alter bleibt das Wahlprogramm von Fidesz seiner Kritik treu, das Scheitern der vorherigen Regierung zeige sich besonders darin, dass eine zufriedenstellende Rentenreform nicht stattgefunden hat. Als eine Mischung aus Sorge um die Bürger, gemischt mit einem gewissen Anteil an Selbstverantwortung dieser, ist die moderat-liberale Politik von Fidesz gestaltet (Anhang 1: 33).

Die vier vergangenen Jahre Parlamentserfahrung haben Fidesz sehr geholfen, sein Wahlprogramm zu konkretisieren und obwohl es hauptsächlich nach dem Kontrapunktprinzip zu den Themen der aktuellen Regierung aufgebaut ist, besitzt es viele Vorschläge, für die sich die Wähler entscheiden werden. Zu den zweiten Wahlen entwickelt der Fidesz auch genuin seine Themen, die in der Schwerpunktform weiterhin in den Wahlprogrammen betrachtet werden. Dazu gehört definitiv die Familienpolitik, die sich sogar ähnlich der Wirtschaftspolitik bei der Reformierakond durch die Programmatik des Fidesz als roter Faden zieht. Familie bedeutet für die Partei nicht mehr und nicht weniger als die Zukunft des Landes, deswegen sollen die Umstände für eine der wichtigsten Einheiten der Gesellschaft, der Familie, in allen Bereichen verbessert werden – von Elternzeitregelungen bis zur Bildungspolitik (Anhang 1: 30-31). Ein weiterer Schritt der Hilfe für die Familie ist das Vereinfachen des Erwerbes eines Eigenheims (Anhang 1: 21). Dadurch sieht der Fidesz das Ende der Ära des staatlichen Wohnungsbaus, denn jeder könnte ein Zuhause nach seinen Wünschen erhalten oder sein altes sanieren. Die Tradition des staatlichen Besitzes nicht nur in der Wohnungspolitik, sondern auch von Unternehmen, soll nicht fortgesetzt werden (Anhang 1: 21). Auf der Basis eines offenen Wettbewerbs soll die Privatisierung dieser Bereiche durchgeführt werden. Somit balanciert Fidesz die Sozialpolitik mit einem klassischen Ansatz der liberalen Politik aus und verlangt vollkommene Privatisierung (Anhang 1: 21).

Gleich der Reformierakond unterstützt der Fidesz das Unternehmertum und fördert Unternehmensgründungen. Die Reformierakond geht in diesem Punkt einen Schritt weiter und will die Unternehmenssteuer erlassen, um die Gründung noch attraktiver zu machen (Anhang 1: 22). Fidesz konzentriert sich auf die Agrarwirtschaft, dort soll endlich derjenige mitbestimmen können, der im Agrarsektor tätig ist. Es sollen verschiedene Arten von Agrarunternehmen anerkannt und gefördert werden, von Großunternehmen bis zu kleinen Familienfarmen (Anhang 1: 16-17). Günstige Kredite sollen die Neugründungen ebenso fördern. Unter der Überschrift „Eine Möglichkeit für die gemeinsame Zukunft“ stellt Fidesz seine Konzepte der Bildungs-, Minderheiten-, Umwelt und Kulturpolitik vor. Das Bildungssystem soll sich den aktuellen Zeiten anpassen und die damit zusammenhängenden Transformationsprozesse und Ansprüche der Menschen verändern (Anhang 1: 41).

Zukunft bei Fidesz ist nicht Politik, sondern Zukunft ist das, worin die Bürger involviert sind – die Zukunft stützt sich somit eher auf die Schultern der Bürger, als auf die sicheren, funktions- und reproduktionsfähigen Gesellschafts- und politische Systeme. Im Vergleich dazu verstand Fidesz 1990 unter Zukunft die jugendorientierte Politik. Fidesz will aktuell keine umfangreichen Bildungspolitikreformen, es genüge, wenn die Qualität der Bildung auf einem entsprechenden Niveau gehalten und nach Bedarf verbessert wird (Anhang 1: 41). Dies ist ein anderer Zugang zum Begriff Zukunft als bei der Reformierakond, denn diese möchte die Zukunft mit Hilfe eines stabilen Wirtschaftssystems aufbauen und erst darauf basierend sollen alle weiteren gesellschaftlichen Bereiche weiterentwickelt werden. Eine starke Wirtschaft wird als Antrieb aller weiteren Lebensbereiche für Estland und die estnische Gesellschaft verstanden.

4.1.2.2 Regionale Entwicklung und sonstige Inhalte der Wahlprogramme

Ein weiterer Kritikpunkt von Fidesz am aktuellen Handeln der Regierung ist, dass die Regierung keine Proportionen zwischen Einnahmen und Ausgaben hat. Die Frage der Integration der verschiedenen einzelnen Regionen von Ungarn hängt von der Finanzierung ab. Die strukturell schwachen Regionen müssen finanzielle Unterstützung erhalten, damit sich der Lebensstandard überall im Staat auf einem Niveau halten könne (Anhang 1: 11). Dafür müssen die regionalen Behörden mehr Unabhängigkeit erhalten.

Fidesz ist gegen ein zentralistisch regiertes Ungarn (Anhang 1: 11). Um dies zu ermöglichen, braucht das Land stärkere Regionen und diese werden, im Vergleich zum ersten Programm und seinem einheitlichen Bild von Ungarn und der Nation, als strukturell schwache Regionen bezeichnet. Bei der estnischen Reformierakond zieht sich auch in dem Bereich der regionalen Entwicklung der wirtschaftliche Faden durch. Es geht hauptsächlich um die Platzierung von Technologieparks aufs Land und eine gerechte Verteilung der Arbeitsplätze in den Regionen sowie um mögliche Vermeidung der Transformation der Hauptstadt zur Arbeitsstadt (Anhang 1: 10).

Zum Schluss des Programms wird bei Fidesz über die Bedeutung von Kultur nicht nur als Industrie, sondern als Konglomerat des kollektiven Gedächtnisses und Gewissens gesprochen. Kultur soll deswegen nicht nur produziert, sondern auch konsumiert werden und jedem, egal wie seine finanzielle Lage ist, soll der Zugang zum kulturellen Angebot, sei es durch Ermäßigungen oder sonstiges, gewährleistet werden (Anhang 1: 45).

Das Wahlprogramm des Fidesz aus dem Jahr 1994 ist insofern interessant formuliert und aufgebaut, als dass es ein wenig wie ein Wahlprogramm für Kommunalwahlen wirkt. Es behandelt verstärkt Themen wie die Wohlfahrt der Familien, das Gesundheitswesen und die Bildung. Alle Themen werden zwar auf der Staatsebene relevant, jedoch vermittelt die Betrachtungsweise einen lebensnahen Eindruck oder kann als Bemühung gedeutet werden, den personifizierten Zugang zum Bürger durch eine Fidesz-Volkspartei zu ermöglichen. 1994 gibt es nicht mehr den Fidesz, der über die Nation der Ungarn und die internationale Politik redet. Die Europaintegration steht zwar ganz vorne im Programm, sie wird jedoch nur kurz erwähnt (Anhang 1: 52). Die Integration in die EU existiert nicht im Rahmen eines Programmabschnittes über die außenpolitischen Visionen des Fidesz oder Zukunftsperspektiven des Landes. Auch die Reformierakond liefert nur einen kurzen Inhaltspunkt zur Außenpolitik, dort werden sowohl die Integration in die Europäische Union, als auch freundschaftliche Nachbarschaftsbeziehungen erwähnt, dabei werden jedoch keine Kooperationspartner konkretisiert, sondern es wird sich auf die Art des außenpolitischen Handelns konzentriert (Anhang 1: 51, 53). In diesem Bereich ist die Nachfolgerin der ELDP, die noch über die Ausrichtungen der Außenpolitik und die Bedeutung der

Nachbarschaftsbeziehungen sprach, deutlich interessenärmer geworden und möchte in erster Linie eigenstaatliche Interessen in der Außenpolitik verfolgen.

4.1.2.3 Ausblick

Im Fall von beiden Parteien fällt auf, dass die zweiten Wahlprogramme teilweise lückenhaft sind: es fehlen allerlei Stellungnahmen, die in den ersten Wahlprogrammen bereits thematisiert worden sind. So zum Beispiel übernimmt die Reformierakond nicht mehr die Themen Individualismus, Zivilinitiative und Demokratie, die im Wahlprogramm der ELDP an prominenter Stelle standen. Die Reformierakond konzentriert sich tatsächlich nur auf die Wirtschaftspolitik, denn selbst Bereiche wie Energiepolitik und Infrastruktur bleiben unerwähnt. Zusätzlich nimmt die Partei überhaupt keine Stellung zu den Themen Minderheiten, Nation sowie Sprache. Es kann vermutet werden, dass es für die neue Partei einfacher ist, diese schwierigen gesellschaftlichen Problemfelder auszublenden, als konkrete Positionen einzunehmen. Die fehlenden Themenblöcke und der Erfolg der Partei bei den Wahlen lässt aber vermuten, dass die ökonomischen Aspekte der Politik für den Wähler eines sich in der Transformationsphase befindenden Staates in dem Moment eindeutig wichtiger sind und dass das nicht Artikulieren der polarisierenden Themen keine Nachteile für die Partei bedeutet. Nichtsdestotrotz vermitteln die fehlenden Themen im Wahlprogramm einen lückenhaften Eindruck.

Der Fidesz vernachlässigt gleichfalls eine Reihe der Themen aus dem ersten Wahlprogramm. Die Demokratie, die im ersten Programm eine ausführliche Definition seitens der Partei erfahren hat, bekam im zweiten Wahlprogramm keine äquivalente Aufmerksamkeit. Hier entstehen im Fall von beiden Parteien die Fragen, ob das Thema Demokratie innerhalb einer Legislaturperiode abgehakt ist oder ob die Parteien auf die schnell polemischen und demagogisch wirkenden Themen eher verzichten und deren Platz mit anderen Themen füllen. Die Energiepolitik ist interessanterweise bei der Reformierakond wie auch im Programm von Fidesz nicht zu finden. Da dies in beiden Fällen festgestellt werden kann, könnte die Vermutung aufgestellt werden, dass dies mit der Privatisierungspolitik zusammen hängt. Die Parteien tun sich schwer, für einen Bereich, den sie eigentlich von staatlichen Zuständigkeitsbereichen entfernen wollen, eine klare Politiklinie zu bestimmen. Bei Fidesz fehlt eine weitere interessante

Kombination an Themenblöcken: Minderheiten und Nachbarschaftspolitik. Diese Themen verweisen auf einen weiteren Tandemzusammenhang. Das Minderheiten-Thema ist nämlich eng mit den Beziehungen zu den Nachbarstaaten verbunden, da es in Ungarn nicht so viel um die im Land lebenden nichtungarischen, sondern die im Ausland lebenden ungarischen Minderheiten geht und das betrifft meistens die direkten Nachbarstaaten und die auf deren Territorium lebenden Ungarn. Daher konzentriert sich die Partei auf die EU-Integration und lässt das komplizierte Thema unerwähnt. Die Partei wendet sich eher der regionalen Entwicklung zu. Das erhöhte Interesse für die regionale Entwicklung zusammen mit der allgemeinen Orientierung der Fidesz-Partei sowie der Erweiterung des Profils der Partei von intellektuellen Hauptstädtern hin zu Volksparteipolitikern hängt mit der Entwicklung der Partei zusammen. Die Ambition der Partei, eine Volkspartei zu sein, kann ohne die Unterstützung jenseits der Hauptstadt nicht verwirklicht werden.

Neben den Auslassungen gibt es eine Reihe an Themen, die, wenn überhaupt, dann nur kurz erwähnt werden. Zum Beispiel fehlen im Programm der Reformierakond gesellschaftspolitische Visionen und die finanzielle Sicherung älterer Bürger sowie Kinder wird nicht erwähnt. Zwar ist die Partei bemüht, ein starkes Wirtschaftssystem zu etablieren, doch wirkt das Konzept noch nicht ausgereift (Anhang 1: 24). Der Eindruck des Wahlprogrammes des Fidesz als eines Programmes für Kommunalwahlen wird zum Beispiel durch das Fehlen der Sicherheitspolitik und der Energiepolitik der Partei verstärkt.

Die Reformierakond ist in ihrem Wahlprogramm im Vergleich zur Detailgenauigkeit des Fidesz-Programmes das genaue Gegenteil. Anstatt der umfangreichen Beschäftigung mit den obengenannten Themen führt die Partei eine ausführliche Definition des estnischen Staates, die als Präambel des Parteiprogramms verfasst ist, hinzu. Dies sieht aus der Perspektive des Jahres 1995 etwas seltsam aus, einerseits hat die Partei keinesfalls Kompetenzen, die Staatsdefinition vor den Wahlen zu beeinflussen und zweitens ist die Bedeutung einer solchen Präambel nicht ganz klar. Darin wird ein Staat definiert, der die Freiheiten der Person gewährleistet, auf der konstitutionellen Demokratie basiert und die Teilung der Legislativen, der Judikativen und der Exekutiven als Gewaltenteilungsprinzip anerkennt. Genauso wird die Gründung der Republik Estland auf 1918 datiert und die Gewährleistung der Freiheit und des Schutzes durch das in

1992 in Kraft getretene Grundgesetz für alle Bürger Estlands erwähnt. Vor dem Hintergrund der jüngsten Staats- und Parteigeschichte kann diese ausführliche Definitionsarbeit nur als eine Aufklärung und Versicherung des Festhaltens an demokratische Prinzipien seitens der neuen Partei verstanden werden, denn eigentlich ist eine ähnliche Definition bereits im Grundgesetz vorhanden. Insgesamt macht das Programm der Reformierakond für die Wahlen 1995 einen sehr allgemein formulierten Eindruck. Hauptsächlich werden Grundprinzipien ohne Konkretisierungen und Handlungsvorlagen sowie Umsetzungspläne erwähnt. Das Programm vermittelt den Eindruck, dass es für die Partei sehr bedeutend ist, für ihre Wähler bestimmte Begriffe zu definieren, um Vertrauen gegenüber der Partei als einem neuen politischen Akteur zu generieren. Die Reformierakond bekommt jedoch, auch mit dem Wahlprogramm, nicht nur genug Stimmen, um mit neunzehn Abgeordneten im Parlament einzuziehen und die zweitstärkste Partei im Parlament zu werden, sondern auch um einige Ministerposten zu besetzen. Die Partei scheint aus der Sicht des Wählers die richtige Aktualisierung der liberalen Politik gemacht zu haben, vielleicht nicht durch die Inhalte des ersten Wahlprogramms, sondern durch die Strategie der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage.

4.1.3 Die dritten Wahlen – 1998 Fidesz und 1999 Reformierakond

Das Programm für die Parlamentswahlen im Jahr 1999 ist das Wahlprogramm für die zweite Parlamentswahl der Reformierakond (insgesamt die dritte Wahl für die Liberalen in Estland) und wird gleichzeitig die Wiederwahl der Partei in das Parlament sein. Die ersten vier Jahre Berufserfahrung haben der Partei in ihrem Auftritt Seriosität und Kompetenz gegeben. Für Fidesz sind die Wahlen 1998 bereits der dritte Versuch, die Rolle der Oppositionspartei gegen die sehr begehrte Führungsrolle einzutauschen. Nach den letzten Wahlen und den unerfüllten Hoffnungen auf den Regierungsposten tritt 1998 eine neu konzeptualisierte Fidesz-Partei vor den Wähler. Fidesz verspricht in seinem dritten Wahlprogramm eine umfassende Kursänderung. Die Wahlen 1994 haben bewiesen, dass eine Partei auch trotz ihrer Beliebtheit nicht unbedingt automatisch die notwendigen Stimmen für die Regierungsmehrheit akquirieren kann.

4.1.3.1 Topthema in Estland und Ungarn – Wirtschaft

Allgemein wirkt das zweite Programm der Reformierakond konkreter. Es weist sorgfältig herausgearbeitete und klar gelegte Schwerpunkte der eigenen Politik, die die Partei später un, bis heute konstant in ihren Wahlprogrammen beibehalten wird, auf. Das Motto des Wahlprogramms lautet „Starke Wirtschaft – sichere Zukunft“, es prägt den gesamten Inhalt des Wahlprogramms. Die Reformierakond scheint von der Antriebskraft der Wirtschaftspolitik stark überzeugt zu sein. Es werden alle Aspekte der gesellschaftlichen sowie politischen Bestrebungen für die Erfüllung des gestellten, wohlgeformt wirtschaftlich geprägten, Mottos aufgelistet, die für eine sichere Zukunft als notwendig angesehen werden. Der Privatisierungsprozess ist längst abgeschlossen und Voraussetzungen für Wirtschaftswachstum und unternehmensfördernde Bedingungen werden geschaffen (Anhang 1: 22). Neben dem Wachstum und den Unternehmen wird ganz im Sinne einer liberalen Partei von der Nichterhöhung der Steuern und der Erhöhung des mittleren Einkommens gesprochen (Anhang 1: 22). Dies kombiniert mit der Abschaffung der Unternehmenssteuer soll im Sinne der Reformierakond gleichzeitig die Attraktivität der Schaffung von Arbeitsplätzen für Unternehmen erhöhen (Anhang 1: 22). Ein weiterer wirtschaftspolitischer Inhalt betrifft die eigene Währung. Die stabile Währung ist, sicherlich ein persönliches Anliegen und dadurch ein besonderer Inhaltspunkt des Parteivorsitzenden Kallas, für die Stabilisierung der Wirtschaft wesentlich. So versichert die Partei in den nächsten zehn Jahren die Estnische Krone beizubehalten und nicht zum Euro zu wechseln (Anhang 1: 22). Um Inflation zu vermeiden, wird über eine sichere und langfristige Planung der staatlichen Haushaltsausgaben gesprochen (Anhang 1: 22).

Das Programm des Fidesz aus dem Jahr 1998 befasst sich *in medias res* mit den Problemen, die durch die vorherige Regierung verursacht sind. Vor allem sind das die wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Aus diesem Grund steht die Wirtschaftspolitik an erster Stelle des Wahlprogramms. Die Partei bleibt dem Stil und dem Aufbau ihres Programms treu: zuerst gibt es eine kritisierende Einleitung und Auflistung der bisher vollbrachten Fehler Dritter und daran wird ein in Form vom eigenen Wahlprogramm konzipierter, politischer Verbesserungskatalog angeschlossen. Das wirtschaftspolitische Kapitel des Wahlprogrammes von Fidesz ist durch die Notwendigkeit der fairen Verteilung der Ressourcen dominiert, diesmal ist es nicht mehr ein Minimum des

sozialen Standards zur Sicherung der ärmsten Menschen (Anhang 1: 24, 33). Fidesz bekennt sich seit kurzer Zeit zur Bedeutung einer gerechten Teilhabe aller Bürger an den Ressourcen des Landes. Trotz der Kursänderung plädiert Fidesz für die Steuersenkung, denn dadurch würden die Einkommen der Armen nicht durch Steuern kleiner und den Reicheren diene dies als ein zusätzliches Anreiz und Belohnung für das Geleistete (Anhang 1: 24). Fidesz beschreibt seine Staatspolitik als eine die auf dem Prinzip des Vertrauens basierende: weniger Kontrolle, mehr Vertrauen (Anhang 1: 5-6). Der anschließende Inhaltspunkt des Programms wird mit einem besonderen Maß an Pragmatismus dargestellt, es geht um die Integration in die EU (Anhang 1: 52). Mit Absicht wird hier dieses Thema noch in den wirtschaftlichen Block eingeordnet. Ungarn hat laut Fidesz seinen sicheren Platz in Europa bereits seit Jahrhunderten, daher geht es der Partei bei dem Thema EU nicht um Diplomatie oder europäische Integration, sondern um die wirtschaftlichen Aspekte, darum die Wohlfahrt aller ungarischen Bürger, ganz im Stil der Volkspartei, zu sichern. Es werden keinerlei andere positive Seiten der Mitgliedschaft in der EU aufgezählt, Ungarn braucht die EU nur aus den wirtschaftlichen Aspekten, als Mittel zum Zweck, dem Zweck des Wohlergehens des ungarischen Bürgers und der Wählerstimmen für Fidesz.

Viel emotionaler wird ein anderer Bereich der Wirtschaftspolitik behandelt: die Problematik der Arbeitslosigkeit. Denn die Arbeitslosigkeit sei nicht nur eine finanzielle, sondern auch eine psychische Last für die Gesellschaft, so Fidesz (Anhang 1: 28). Besonderes Augenmerk der Arbeitslosenpolitik soll dabei bei den Jugendlichen liegen. Die Arbeitgeber sollten laut der Politik motiviert werden, junge, unerfahrene Arbeitnehmer einzustellen. Das Problem der Langzeitarbeitslosen soll in Teilen durch deren Involvierung in öffentliche Arbeiten wie Straßen- und Großobjektbau behoben werden. Darin sieht die Partei einerseits die Beschäftigung der arbeitslosen Menschen und andererseits das Voranbringen der Projekte (Anhang 1: 28). Ein weiterer Aspekt in der Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes ist die Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen. Diese sollen unter begünstigten bürokratischen und finanziellen Bedingungen, wie niedriger Steuer und günstigen Kredite, agieren können (Anhang 1: 24). Den Familienunternehmen soll weiterhin besondere Aufmerksamkeit, besonders im agrarwirtschaftlichen Bereich, gewidmet werden, denn die Förderung der Zivilgesellschaft funktioniert nach Vorstellungen des Fidesz mittels Verbindung der ökonomischen und familiären Bindungen. Fidesz kritisiert unter anderem die

rücksichtslose Privatisierung der staatlichen Unternehmen durch ausländisches Kapital, was jetzt für hohe Monopolpreise sorgt. Es wird die Notwendigkeit einer überlegten und im großen Teil an die lokalen Investoren ausgerichteten Privatisierungspolitik gesehen (Anhang 1: 21). Somit macht Fidesz einen Schritt in die Richtung seiner neuen Wirtschaftspolitik, die zwar noch marktwirtschaftlich orientiert ist, jedoch beginnt, die ersten Regulierungen zu entwickeln. Die Wirtschaftspolitik muss eben zugunsten der ungarischen Unternehmer und Bürger ausgerichtet sein, so Fidesz (Anhang 1: 21). Ein anderes Problem der ungarischen Wirtschaft verbirgt sich hinter den steigenden Preisen, der Inflation und der Instabilität des Forints (Anhang 1: 24).

Da Fidesz die Familie als den Kern der Gesellschaft in seinem Wahlprogramm definiert, soll auch die Steuerpolitik familienorientiert umstrukturiert werden, proportional der Größe der Familie müssen die Steuern niedriger werden (Anhang 1: 31). Der Umgang mit dem Steuerzahlergeld soll künftig rationaler sein und die finanzielle Unterstützung sinnloser Großprojekte, wie des Dammbaus in Nagymaros, solle vermieden werden. Zur Belebung der Wirtschaft müsse an der Infrastruktur gearbeitet werden, die kleineren Städte sollen durch ein gutes Straßennetz verbunden werden (Anhang 1: 19). Ganz neu im Programm des Fidesz ist der Kapitel zum Schutz des ungarischen Bodens gegen spekulativen Handel. Dafür plant Fidesz die Gründung einer staatlichen Landesbank, aus der sich die ungarischen Bürger das Land für die eigene Nutzung kaufen oder pachten können. Somit soll der Handel primär für die Ungarn und nicht die ausländischen Investoren gesichert werden (Anhang 1: 21).

4.1.3.2 Sozial- und Familienpolitik mit Zukunftsorientierung

In der Familienpolitik, die durch ihren Umfang im Wahlprogramm des Fidesz mit der Wirtschaftspolitik konkurriert, konzentriert sich die Partei auf das Problem der niedrigen Geburtenrate. Eine höhere Anzahl an Kindern darf aber für eine ungarische Familie nicht gleichzeitig ein niedrigeres ökonomisches Niveau bedeuten. Kinder müssen durch Kindergeld unterstützt werden, damit deren Erziehung und Bildung für die Familien finanziell tragbar wird (Anhang 1: 31). Besonders viel Aufmerksamkeit soll dabei den alleinerziehenden Eltern gelten. Damit die Familiengründung gefördert wird, muss jede Familie in der Lage sein, sich ein eigenes Zuhause zu bauen oder zu kaufen. Dies soll durch niedrigere Steuern für Baumaterialien und die Erstattung der Steuer

beim Kauf eines Hauses begünstigt werden (Anhang 1: 31). Um ein konkurrenzfähiges Ungarn mit Zukunftsaussichten zu sein, muss laut Fidesz die Bedeutung der Bildung und ihre rechtzeitige Anpassung an die gesellschaftliche Entwicklung sowie die Unterstützung der Familien eingeführt werden. Fidesz befürwortet die Weiterbildung in Form eines studiengebührenfreien ersten höheren Bildungsabschlusses. Bildung soll auch auf dieser Stufe nicht von finanziellen Mitteln der Eltern abhängig sein, denn dies ist die einzige Möglichkeit den jungen Leuten den Einstieg in das unabhängige und selbstständige Leben zu ermöglichen (Anhang 1: 41).

Die Sozialpolitik der Reformierakond des Wahlprogrammes von 1999 wird nicht lediglich durch die Wirtschaftspolitik geprägt. Die Partei macht auf die Notwendigkeit der gezielten Hilfeleistungen und auch das Ermitteln der Härtefälle, was in diesem Fall den regionalen Behörden zustehen soll, aufmerksam (Anhang 1: 32). Somit wird erkannt, dass eine regionale Verteilung und Ermittlung der Förderungsfälle effizienter helfen kann, ohne gleich ein für Estland finanziell schwieriges und für die Reformierakond undenkbares, staatliches Konzept umzusetzen. Die Grundeinstellung jedoch, dass eine gute Wirtschaftspolitik die beste Sozialpolitik ist, scheint sich innerhalb der Partei etwas transformiert zu haben. Ganz nach Fassung der liberalen Politik kämpft die Reformierakond gegen die Erhöhung der Steuern und möchte auch keine Sicherung der sozialen Leistungen, die durch Steuern finanziert werden könnten. Die einzige Hilfe, die den Familien zustehen müsste, ist das Kindergeld und die Sicherung der Kindergartenplätze (Anhang 1: 30). An einer der ersten Stellen der Familienpolitik steht auch der Inhaltspunkt, in dem es um die Sicherheit des Zuhauses von estnischen Bürgern geht: das Niveau der gesellschaftlichen Ordnung soll hoch sein und der Staat muss seinem Bürger die Sicherheit in seiner Privatsphäre gewährleisten, indem diese in allen Situationen unangetastet bleiben kann (Anhang 1: 3). Zuletzt fällt unter die Sozialpolitik der Plan, das Gesundheitssystem umzustrukturieren, denn künftig soll jeder Steuerzahler eine Krankenversicherung haben und medizinisch versorgt sein können (Anhang 1: 35).

4.1.3.3 Gesellschaftspolitische Konzepte von Fidesz und Gesellschaftspolitik der Reformierakond

Der dritte Großteil des Programms von Fidesz beschäftigt sich mit den zivilgesellschaftlichen Aspekten. Das Konzept der Partei in Bezug auf die Gesellschaft umfasst Themen wie Gleichstellung und Benachteiligung. Unter Gleichstellung versteht die Partei die Bedeutung der Etablierung der Gleichstellung und Gleichberechtigung der Frauen. Dies soll in der Zukunft durch die Anerkennung deren Hausarbeit und Kinderbetreuungsphase umgesetzt werden und einen direkten Einstieg in das Berufsleben gewährleisten (Anhang 1: 28). Genauso werden als besondere Bevölkerungsgruppen die Älteren und die Behinderten im Programm angesprochen (Anhang 1: 33). In erster Linie geht es hier um deren finanzielle Lage und die Aufrechterhaltung ihres sozialen Wertes in der Gesellschaft. Dies weist auf zwei Arten von Problemen hin: erstens eine große Einkommensdifferenz und zweitens eine allgemeine Benachteiligung der erwähnten Gruppen auf dem Arbeitsmarkt.

Ein weiterer Aspekt des Gesellschaftskonzeptes des Fidesz beschäftigt sich mit der Religionsfreiheit. Fidesz sieht in der Zukunft keine klassische Teilung des Staates und der Kirche, sondern eine Kooperation. Genauso wird die konkrete kirchliche Beteiligung an der Bildung befürwortet (Anhang 1: 5). Die Nation ist ein besonderes Objekt der Sorge des Fidesz, denn die Grenzen der ungarischen Nation überlappen, in der Vorstellung der Fidesz-Partei, nicht mit den administrativ-geographischen Grenzen des Staates (Anhang 1: 48). Die Partei will sich bemühen, allen Ungarn, innerhalb oder außerhalb von Ungarn lebend, die Teilhabe an den politischen Entscheidungsprozessen in Ungarn zu gewährleisten. Dies wird zwar nicht konkretisiert, zum Beispiel kann nicht nachvollzogen werden, ob nur die kommunale oder die staatliche Ebene gemeint wird, aber somit wird die Fideszsche Ambition, die Situation zu lösen und ihre Unzufriedenheit mit der Situation über die vielen im Ausland lebenden Ungarn kundgegeben. Ein anderer spannender inhaltlicher Punkt des Wahlprogramms ist der Feier des 1000-jährigen Jubiläums des ungarischen Staates gewidmet (Anhang 1: 48). Durch dieses Ereignis werden bestimmte Traditionen und kulturelle Inhalte sowie die Stärkung des nationalen Selbstbewusstseins in Erinnerung gerufen. Im Rahmen der Modernisierung der Gesellschaft wird über das Bedürfnis der allgemeinen Digitalisierung der Bevölkerung gesprochen, ohne Wissen zur Anwendung des Computers seien viele Bürger einfach von der Realität abgeschnitten (Anhang 1: 41). Im

Rahmen der Minderheitenpolitik für die Frage der Roma befürwortet Fidesz einen Integrationsansatz im Rahmen des gemeinsamen Zuhauses in Ungarn (Anhang 1: 50). Somit spricht der Fidesz nicht nur über ihre im Ausland lebende ungarische Minderheit, sondern auch die im Inland lebende Roma-Minderheit und im Prozess der Integration der Letzteren wird die Aufrechterhaltung ihrer Kultur und Identität betont (Anhang 1: 50). Der letzte inhaltliche Abschnitt des Programms ist dem bürgerorientierten Staat gewidmet, es umfasst sowohl Regelungen bezüglich der Größe und der Effizienz der Verwaltung, der Polizei und der Gerichte (Anhang 1: 5-6), als auch der Erhöhung der Sicherheitsmaßnahmen durch die Mitgliedschaft in der NATO (Anhang 1: 57). Somit bietet der neue Fidesz in seinem Wahlprogramm einen sehr ausführlichen Katalog von Vorstellungen, wie die Gesellschaft innerhalb des Staates funktionieren soll. Zum Thema Demokratie in diesem ganzen Beziehungsgefüge fehlt jeglicher Verweis und dabei bleibt unklar, ob sie aufgrund ihrer Selbstverständlichkeit oder im Hinblick auf eine Verfassungsreform (Anhang 1: 5-6) nicht erwähnenswert ist.

Neben den ausführlichen wirtschaftspolitischen Diskussionen der Reformierakond sind die gesellschaftlichen Aspekte wie Bildungs-, Kultur- sowie Sprachpolitik an prominenter Stellen des Wahlprogramms vertreten. Im ersten Programm der Partei wurden noch der Staat und die liberalen Prinzipien definiert, 1999 wird dagegen nur über die allgemeine Bedeutung einer stärkeren Demokratie und einer Zivilgesellschaft für Estland gesprochen (Anhang 1: 8). Es ist liegt somit keine Notwendigkeit mehr vor, dem Wähler abstrakte Konzepte des Staates und der Demokratie zu beschreiben, stattdessen wird der Staat auf seine Funktion als Diener der Bürger reduziert (Anhang 1: 4). Kultur und Sprache sind ebenso immer ein wesentlicher Teil der Gesellschaftspolitik in Estland gewesen. Dies nicht nur aus der besonderen Rolle der Sprache in Estland, sondern auch wegen der besonderen Rolle der Sprache in der gesellschaftlichen Zugehörigkeitsfrage. Die Integration funktioniert nur über die Sprach-Kenntnisse, diese sollen auch als Voraussetzung für die Staatsbürgerschaft beibehalten werden (Anhang 1: 58). In der Bildungspolitik hält sich die Partei sehr allgemein und wünscht sich mehr Selbstständigkeit und Mitentscheidungsrecht sowie Partizipation der Schüler und Studenten bei der Gestaltung des Bildungssystems (Anhang 1: 39). Zuletzt formuliert die Reformierakond eine allgemeine, ihre Teilpositionen einrahmende, Vision für die Gesellschaft in Estland: eine Zivilgesellschaft im Rahmen einer Demokratie, die auf einer starken Wirtschaft basiert und durch professionelle Armee geschützt wird. Dieser Satz

ist nicht überraschend, er dient eher als Zusammenfassung der einzelnen inhaltlichen Ansichten der Partei und ist der Ausgleich zum stark ökonomischen Profil der Liberalen (Anhang 1: 4, 8).

4.1.3.4 Außenpolitik

Im Bereich der Außenpolitik hat sich die Position der Reformierakond seit den letzten Wahlen nicht verändert. Die staatlichen Interessen haben immer noch Vorrang, jedoch wird hier das Volksreferendum als Entscheid für den Beitritt Estlands in die EU genannt. Also gibt die Partei eine *Entwarnung* zur öffentlichen Debatte über das anti-demokratische Unionisieren Estlands (Anhang 1: 51). Dies muss nicht zwangsläufig als Veränderung, sondern eher als Fortschritt im Prozess der Erfüllung der Beitrittsformalien zur EU aufgefasst werden. Die Nachbarschaftspolitik hat aufgrund des staatlichen Fokus in der Außenpolitik im Programm keinen Platz, da die Partei die eigenstaatlichen Interessen deutlich in den Vordergrund rückt, die es immer und überall zu vertreten gilt. Stattdessen, ganz im Sinne des erwähnten Schwerpunktes, wird hier über die Bedeutung der internationalen wirtschaftlichen Kooperationen für Estland gesprochen (Anhang 1: 53). Estland ist wirtschaftlich auf andere Länder angewiesen und soll die eigene Infrastruktur als Transportknotenpunkt am Rande der EU nutzen. Auch die Mitgliedschaft in der NATO, die im Tandem mit der EU-Mitgliedschaft kommen soll, wird bereits im sicherheitspolitischen Teil des Wahlprogramms erwähnt (Anhang 1: 55). Somit betont die Partei die Natürlichkeit und Selbstverständlichkeit der NATO-Mitgliedschaft für das Sicherheitskonzept Estlands.

Der Fidesz thematisiert hingegen im Programm von 1998 die Außenpolitik kaum. Es werden zwar hier und da die EU und die NATO erwähnt, jedoch scheint die Partei diesem Thema nicht zu viel Aufmerksamkeit widmen zu wollen. Die Nachbarstaaten kommen lediglich im Kontext der wirtschaftlichen Beziehungen und der ungarischen Minderheiten im Ausland vor (Anhang 1: 54). NATO und die EU werden in erster Linie für die internen wirtschaftlichen Zwecke genutzt und somit legt die Partei ihren Fokus einmal mehr auf die innere Politik Ungarns.

4.1.3.5 Ausblick aus den dritten Wahlen

Die dritten Wahlen sind in beiden Fällen signifikant für die spätere Erscheinungsform und Ausrichtung der beiden Beispielparteien. Die estnische Reformierakond steht vollkommen im Einklang mit ihrem Motto und am Programm kann auch die starke allgemeine ökonomische Ausrichtung deutlich erkannt werden. Neben der wirtschaftlichen Seite arbeitet die Partei in ihrer Programmatik auch an den sozialpolitischen Aspekten. Ohne zu viel Sozialstaat zu versprechen, hat sich die Partei zwei Inhalte gewählt: das Kindergeld und die finanzielle Unterstützung der Elternzeit. Das Programm zu den Wahlen 1999 scheint als eine Festigung und Manifestierung der später traditionell werdenden Inhalte für die Reformierakond zu sein. Außerdem werden 1999 zum ersten Mal die russischsprachigen Bürger angesprochen. Bis jetzt hat sich die Partei um diese Wähler nicht gekümmert, da die Wählerschaft der Reformierakond zum großen Teil aus estnisch-sprachigen Wählern besteht. Die Sprachpolitik des Programmes ist eindeutig auf das Entdecken der neuen potentiellen Wählergruppe ausgerichtet.

Im Vergleich zu den vorherigen Programmen bietet Fidesz keine Leitprinzipien des eigenen Handelns. Auffällig sind die unklare Kooperation zwischen Staat und Kirche, die neuen Regeln über den staatlichen Besitz des Landes und den Verkauf und die Verpachtung an Ungarn sowie das komplette Fehlen der Außenpolitik im Wahlprogramm des Fidesz. Andererseits hat Fidesz das bisher immer benutzte stilistische Mittel unterlassen, da das Wahlprogramm keine kritisierende Ouvertüre oder Definitionsblock hat. Für den Fidesz kann allgemein festgestellt werden, dass sich das Programm für die Wahlen 1998 sehr stark an Bürger und Familie richtet und gleichzeitig viel weniger an den wirtschaftlichen Themen orientiert ist. Die Namensergänzung des Fidesz zur Bürgerpartei wird somit auch wahlprogrammatisch gerechtfertigt. Die aufrufartigen Sätze am Ende des Programmes bieten dem Wähler die Wahl zwischen zwei Gesellschaften: einer, in der es nur wenigen gut gehen und einer anderen, in der es vielen oder sogar allen gut gehen wird. Die Partei wählt ab 1998 definitiv die zweite Variante. Fidesz möchte eine verstärkte Teilhabe der Bürger und der bürgernahen Organisationen in der Regierung und staatlichen Verwaltung sowie auch im Entscheidungsprozess allgemein.

Im Gegenteil zu dem pionierhaften Schlusswort des Fidesz ist die Reformierakond in ihrem Stil und Inhalt ziemlich konstant und zurückhaltend geblieben. Es werden zwar immer wieder losungsartige Überschriften für die einzelnen Politiken gewählt, jedoch folgen auf diese eher sachliche Schilderungen, die thematisch entsprechend ausgerichtet sind. So zum Beispiel lauten die Überschriften: „Für den Schutz der estnischen Sprache und Kultur“, „Sichere Krone“, „Demokratie und Rechtsstaat haben keine Alternative“. Diese sind höchstens auf der Ebene der Stilistik in der Ausdrucksform von symbolisch-plakativer Qualität. In ihrem ersten Programm hat die Partei für jede einzelne Politik noch die entsprechende Überschrift benutzt, jetzt scheint die Reformierakond für sich den Charme der losungsartigen und sehr einprägsamen Überschriften entdeckt zu haben. Diesen Stil wird die Partei über Jahre beibehalten.

4.1.4 Die vierten Wahlen: 2002 Fidesz und 2003 Reformierakond

Im Jahr 2003 trat die Reformierakond zu ihren dritten Parlamentswahlen mit dem Anspruch, Regierungspartei zu bleiben, an. Die Reformierakond konzentriert sich in ihrem Wahlprogramm kurz vor dem EU-Referendum jedoch nicht auf den potentiell bevorstehenden und ihrerseits deutlich befürworteten EU-Beitritt, sondern strukturiert ihr Wahlprogramm ähnlich des Letzten. Die liberale Partei beschäftigt sich diesmal sogar proportional gesehen weniger mit Wirtschaftspolitik und baut einige Aspekte des Alltagslebens der Gesellschaft ein: von Schulpolitik bis Minderheiten. Das Wahlprogramm für die vierten Wahlen der Fidesz im Jahr 2002 baut auf die Erfolge der letzten Legislaturperiode und eigene Errungenschaften im Rahmen dessen. Nach vierzehn Jahren der Unabhängigkeit Ungarns vermittelt die Partei dem Wähler das Gefühl, dass Ungarn unter der Leitung von Fidesz seine Probleme endlich bewältigt hat und hoffnungsvoll in die Zukunft blicken kann.

4.1.4.1 Thema Nr. 1: Familie bei der Reformierakond und Wirtschaft bei Fidesz

Der Fidesz liefert in seinem Wahlprogramm einen Blick in die Zukunft, nachdem vier erfolgreiche Jahre der Regierungserfahrung gesammelt sind. Für die nächste Legislaturperiode möchte die Partei weiterhin das ungarische Ökonomiemodell beibehalten, nämlich das zivile Ökonomiemodell, in dem alle fair und gleichzeitig

leistungsorientiert bezahlt und neue Arbeitsplätze geschaffen werden sollen (Anhang 1: 24-25, 28). Diese Vorgehensweise hat sich laut Fidesz während der letzten vier Jahre bewährt, da das Wirtschaftswachstum Ungarns signifikant gestiegen ist. Beim genaueren Lesen des Programmes fällt auf, dass das Programm eben den Errungenschaften entsprechend erneut eher allgemein formulierte Ziele wie Wohlfahrt und Wirtschaftsbelebung beinhaltet (Anhang 1: 24-25). Die rückblickenden Kritiken der Politik der anderen Parteien oder, wie hier, Lob der eigenen Politik, sind erneut im Wahlprogramm vorhanden und bereits zum Erkennungsmerkmal dieser geworden.

Das Programm der Reformierakond aus dem Jahr 2003 unterscheidet sich von den Vorherigen durch eine neue Hierarchie der Themen. Zum Eröffnungsthema wird diesmal untypischerweise die Familienpolitik, die sich um die wachsende Anzahl der Kinder kümmert und den Erhalt des Einkommens während des Mutterschutzes fordert (Anhang 1: 30). Die Reformierakond platziert zum ersten Mal in ihrem Programm ein nicht wirtschaftspolitisches Thema an die erste Stelle. Schon im letzten Programm hat die Partei ihre sozialpolitische Komponente entwickelt. Die Familienpolitik umfasst die Finanzierung des Mutterschutzes, die Gewährleistung eines Kindergartenplatzes und Begünstigungen für Familien mit Kindern beim Eigenheimbau und -kauf (Anhang 1: 30). Die Reformierakond spricht mehr über die praktische und nicht über die ideelle Seite der Familie. Es werden keine traditionellen Familienbilder konstruiert oder dekonstruiert, jedoch sind Kinder für eine Familie in den Augen der Reformierakond zentral. Im dritten Programm kann eine thematisch-stilistische Rückkehr zu einem wirtschaftsdurchzogenen Parteiprogramm gesehen werden. Wirtschaftspolitik steht zwar nicht auf dem symbolischen ersten Platz, bildet jedoch in allen Themen erneut den roten Faden. Anschließend an das Eröffnungsthema über Kindergeld und Mutterschutz werden bei der Reformierakond alle weiteren familiennahen Inhalte wie Wohnen und Bildung thematisiert, dabei sollte aus der Sicht der Partei einerseits der Weg zum eigenen Zuhause erleichtert (Anhang 1: 30) und das Niveau der Bildung auf allen Ausbildungsstufen gewährleistet werden (Anhang 1: 39). Bei der Verbesserung der Bildungsqualität und der Modernisierung der Bildungsmethoden sowie der Inhalte, wird die finanzielle Hilfe der EU erwünscht und es wird zu ihrer aktiven Nutzung in der Zukunft mit Nachdruck geraten (Anhang 1: 39).

Der wirtschaftspolitische Teil des Wahlprogrammes des Fidesz, der zum zweiten Mal an der ersten Stelle des Programmes steht, ist zu zweid Dritteln mit rückblickenden Zusammenfassungen über Inhalte aus der letzten Legislaturperiode gefüllt. In den 1990er Jahren hatte der Fidesz den wirtschaftspolitischen Teil vom ersten Platz im Wahlprogramm gerückt. Aus der aktuellen Position und dem Erfolg ist die Positionierung der Wirtschaftspolitik auf die erste Stelle des aktuellen Programms strategisch günstig, denn nicht nur ist dieses Thema das Zentrum der Reformpolitik des Fidesz, auch ist es von zentralem Interesse des Wählers. Für die Zukunft sind weitere Reduktionen der Steuern für Investitionen und für den privaten Sektor geplant (Anhang 1: 24-25). Fidesz hat in seiner Regierungszeit den Szécheny Plan für die Wirtschaftsentwicklung erarbeitet, dieser soll nach dem Anfangserfolg bis 2011 statt 2006 verlängert werden und somit eine umfangreiche regionale Entwicklung durch Bau der Technologieparks ermöglichen (Anhang 1: 24-25). Die Debatte über die rücksichtslose Privatisierungspolitik der Vergangenheit, gemeint sind hier die anderen Parteien und ihre ungünstigen Auswirkungen, wird am Beispiel der Privatisierung der Autobahnen erläutert. Diese und andere Spekulationen sollen künftig durch eine staatliche Grundstückbank vermieden werden (Anhang 1: 21). Fidesz möchte, dass die Autobahnen Schritt für Schritt von staatlichen Unternehmen übernommen und durch ein Autobahn-Vignetten-System finanziell gesichert werden.

4.1.4.2 Der Beitritt zur Europäischen Union

Beide Parlamentswahlen finden ziemlich kurz vor dem jeweiligen Referendum über den EU-Beitritt statt, aus diesem Grund äußern sich beide pro-EU-Parteien in ihren Wahlprogrammen deutlich dafür, und zählen ihre Argumente für die Entscheidung auf. Im Wahlprogramm der Reformierakond ist das Schildern der kulturellen, außenpolitischen und gesellschaftlichen Möglichkeiten, die durch den Beitritt zur EU nicht in der Landespolitik vernachlässigt sondern verstärkt werden sollen, ein zentraler Schwerpunkt ihrer proeuropäischen Argumentation. Die Partei zeigt aus ihrer Position alle Vorteile auf, die die Europäische Union dem Lebensstandard in Estland verleihen würde und versucht, gleichzeitig gegen die Vorurteile der Bürger für die Union zu arbeiten. Dabei wird in der ersten Linie über das Bewahren der eigenen Kultur, der Sprache und der Traditionen gesprochen (Anhang 1: 43-44). Diese Aspekte sind in der

EU-Beitrittsdebatte bedeutende Themen, denn in der Öffentlichkeit gibt es immer wieder Äußerungen über das vermeintliche Verwischen der „kulturellen Grenzen“ und des Verlustes der Identität. Als Befürworterin und eine der Hauptaktivisten für die EU-Mitgliedschaft zählt die Reformierakond die Visionen für die Rolle Estlands in der EU und der EU in Estland auf. In erster Linie verpflichtet die Reformierakond Estland zur aktiven Rolle in der EU. Der Integrationsprozess in die EU wird von der Partei wie folgt vorgestellt: transparente Integration, keine Machtzentralisierung in Brüssel und eine eingeschränkte Bürokratie, was einen hohen Anteil an regionaler Selbstständigkeit bedeuten soll (Anhang 1: 51). Die Reformierakond verwendet in ihrem Wahlprogramm 2003 erneut intensiv Begriffe wie Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Sprachpolitik, Staat sowie Bürger und erklärt dem Wähler deren Bedeutung (Anhang 1: 4, 9, 46; 49). Im Abschluss der Reihe der Definitionen folgt ein Aufruf zur Etablierung einer Zivilgesellschaft, in dieser sollen die Beziehungen zwischen Bürger und Staat in einer verbesserten Form möglich sein, da die Bürger eine aktivere Rolle bekämen (Anhang 1: 4), die Zivilinitiativen und mehr Bürgerpartizipation unterstützt würden und die zivilen Organisationen mehr Einfluss in die Gesetzgebung erhielten (Anhang 1: 9).

Für Fidesz ist die Frage des EU-Beitrittes unverändert zu den vorherigen Programmen keine Frage, sondern eine Selbstverständlichkeit. Fidesz beschreibt den Beitritt zur EU als den Wunsch des Volkes, gleichzeitig Ungarn und Europäern zu sein. An der Erfüllung dieses Wunsches die Partei fleißig seit 1998 arbeitet (Anhang 1: 52).

4.1.4.3 Wahlprogramm trotz der EU-Beitrittsdebatte

Für den Fidesz ist die Wiederwahl abhängig von der wirtschaftlichen Stabilität des Landes und für die Reformierakond bedeutet der Beitritt zur EU eine Eröffnung von neuen Möglichkeiten für Estland und sich daraus ergebend viel Potential für eine Stabilität. Trotz der Erwähnung der EU-Beitrittsdebatte im Wahlprogramm der estnischen Liberalen sind selbstverständlich auch grundlegende Themen wie Familie und Zivilgesellschaft im Zentrum der Aufmerksamkeit und nur relativ am Rande wird die Befürwortung des EU-Beitritts durch die Partei geäußert. Gleichzeitig geht die Reformierakond von einer aktiven Rolle Estlands in der EU aus und versucht sich im Abbau weiterer Vorurteile (Anhang 1: 51). Die Partei spricht über die Problematik der Arbeitslosigkeit und die Notwendigkeit der Schaffung neuer Arbeitsplätze (Anhang 1:

26). Gleichzeitig wird das Modell der Hilfe für Arbeitslose vorgestellt, durch Unterstützung bei der Jobsuche und nicht durch eine finanzielle Sicherung mit staatlichen Mitteln. Dies sind die Grenzen, die die Partei in ihrer Sozialpolitik als liberale Partei zieht, wenngleich die sozialpolitischen Themen in dem Wahlprogramm stark ausgebaut werden (Anhang 1: 30; 32, 35-36, 39).

Das Hauptmittel gegen das Dauerproblem im Leben der Bürger Ungarns ist die von Fidesz geplante Arbeitspolitik. Die 1998 eingeführten Maßnahmen zur Beschäftigung der Dauerarbeitslosen im Bau der öffentlichen Projekte soll weitergeführt werden. Somit akzentuiert Fidesz gleichzeitig zwei Sachen: erfüllte Pläne aus den letzten Wahlen und den Erfolg der eigenen Arbeitspolitik (Anhang 1: 28). Es wird nicht darüber diskutiert, wie lange die Beschäftigung bei solchen Projekten dauern soll und welche beruflichen Perspektiven es für diese Menschen in der Zukunft bedeutet. Ganz neu in diesem Wahlprogramm, jedoch nicht neu, wenn die unter Szécheny Plan stehenden Förderbereiche bekannt sind, ist ein ausführlicher Plan den Tourismus in Ungarn zu beleben. Dafür ist es wichtig, die einzelnen Kurorte gut zu vernetzen und durch Sanierung attraktiv zu machen (Anhang 1: 25). Die infrastrukturelle Vernetzung und Gepflegtheit der einzelnen Orte wird als Magnet nicht nur für Besucher, sondern auch Investoren, ebenso wie staatlicher Förderprogramme, gesehen. Im Wahlprogramm der Reformierakond gibt es zwar keinen dem Tourismus separat gewidmeten Inhaltspunkt, allerdings wird der sogenannte Import der Welt nach Estland und der Export Estlands in die Welt (Anhang 1: 44) angesprochen. Hinter dieser Aussage verbirgt sich ein Konzept der Kulturpolitik der Partei. Der Schwerpunkt liegt beim kulturellen Austausch und einer umfassenden Mitwirkung an internationalen kulturellen Projekten (Anhang 1: 43-44). Im Rahmen des Images eines kulturrainen und -aktiven Landes ist diese Politik besonders wichtig für Estland.

Neben dem Tourismus hat Fidesz noch einen ganz neuen Inhaltspunkt im Wahlprogramm: ein separater „Roma-Problematik-Inhaltspunkt“ (Anhang 1: 50). Im Zusammenhang mit der Roma-Integrationspolitik wird nicht mehr das Wort Minderheit verwendet. Fidesz konzentriert sich auf die Frage der fehlenden Unterstützung und der notwendigen Integration sowie der Förderung bei der Bildung der Kinder dieser Bevölkerungsgruppe. Fidesz bemüht sich sehr den Roma, die nicht als Minderheit bezeichnet werden, einen normalen Alltag zu ermöglichen. Die Minderheitenpolitik

sowie die Staatsbürgerschaftsfrage der Reformierakond werden erstmals separat voneinander betrachtet. Einerseits geht es um die bereits in Estland residierenden Minderheiten und es wird nach einem friedlichen Miteinander gesucht. Dabei soll die Motivation der Minderheiten gestärkt werden, die Estnische Sprache zu lernen, da dies einer der Hauptstolpersteine in der bisherigen Minderheitenpolitik ist (Anhang 1: 59). Zweitens wird die an die Minderheiten gerichtete Sprachpolitik in ihrer Auswirkung auf die Staatsbürgerschaftspolitik erläutert (Anhang 1: 59). Die Staatsbürgerschaftsproblematik in Estland, wie auch in anderen baltischen Ländern, hängt direkt mit den Sprachkenntnissen zusammen.

In der Landwirtschaftspolitik fokussiert sich der Fidesz auf die Finanzierung der ungarischen Bauern und Bekämpfung der Spekulationen mit Grundstücken (Anhang 1: 17). Hier zeigt Fidesz die bestehende Angst gegenüber einem dominierend ausländischen Landesbesitz innerhalb Ungarns und möchte seine kontrollierte Landesbesitzpolitik weiterführen (Anhang 1: 21-22). Im Gegensatz dazu hat die Reformierakond keinen separaten agrarwirtschaftlichen Themenpunkt in ihrem Wahlprogramm. Die Landwirtschaft wird als das ländliche Leben im Allgemeinen im Block über die regionale Entwicklung erwähnt. Die Reformierakond ist in der ersten Linie über die wirtschaftlichen Aspekte des Landwirtschaftssegmentes besorgt und möchte die Konkurrenzfähigkeit sowie eine Gleichstellung der estnischen Bauern auf dem gesamteuropäischen Markt sichern (Anhang 1: 16).

4.1.4.4 Gesellschaftsvision der Parteien

Die Familienpolitik der Reformierakond wurde bereits als Hauptthema des Wahlprogramms 2003 beleuchtet. In der Familienpolitik sowie Bildungs-, Renten-, Gesundheits- und Gleichstellungspolitik von Fidesz hat sich seit den letzten Wahlen nichts verändert. Gerade auf diesem Gebiet scheint die Partei ihre Vorstellungen endgültig herausgearbeitet zu haben und außerdem ist dieser Bereich ebenso von der gezielten Kontinuitätspolitik der zweiten Fidesz-Legislaturperiode betroffen. Für eine bürgernahe Partei wie Fidesz ist die Familie der Zukunftsträger des Staates (Anhang 1: 31). Weder die konkreten Inhalte zur Familienpolitik, noch der Stil ihrer Darstellung erleben Erneuerungen. So zum Beispiel ist das Familienbild des Fidesz auf die Konstellation Vater-Mutter-Kind beschränkt und soll sich nach Anzahl der Kinder für die

Familie auch entsprechend auszahlen. Die Partei plant eine steuerliche Entlastung der Familien, je nach Kinderzahl soll das Einkommen bis zu bestimmten Beträgen für beide Elternteile steuerfrei sein. Für die Familien sollen auch die Kredite für Bau und Kauf des eigenen Zuhauses unter begünstigten Bedingungen weitergeführt werden (Anhang 1: 31). Hier kann wohl die einzige Parallele in der Familienpolitik der beiden Parteien gezogen werden, da auch die Reformierakond den Weg zum eigenen Zuhause für Familien erleichtern will (Anhang 1: 30). Jedoch konkretisiert die Reformierakond bei dem Punkt Finanzierung die Quelle, so sollen Abkommen zwischen dem Baubeauftragten, der Kommune und dem Finanzgeber geschlossen werden, damit die Familien zu einem ermäßigten Preis ein Eigenheim bauen könnten.

Ein gesellschaftspolitisches Gesamtkonzept bietet Fidesz als Bürgerpartei, indem Modernisierungsprozesse der Gesellschaft durch landesweites Verbreiten des Internets vorangetrieben werden sollen (Anhang 1: 19). Außerdem soll die Bevölkerung dazu motiviert und in die Lage versetzt werden, mehr Informationen zu den Aufgaben des Staates über das Regierungsportal Ungarns zu erlangen (Anhang 1: 6-7).

Gesundheitspolitisch sieht die Reformierakond nicht nur die Bedeutung von Erreichbarkeit der ärztlichen Hilfe überall in Estland, sondern auch des Führens eines gesunden Lebensstils. In bereits bestehenden medizinischen Einrichtungen werden eine umfassende Sanierung und der Erwerb neuester Technik geplant sowie an einem Entwicklungsplan für die Betreuung der Pflege- und Langzeitkranken gearbeitet. Sport wird in diesem Programm in der ersten Linie als Lebensqualität behandelt und die Bedeutung des Alltagsports wird akzentuiert (Anhang 1: 35-36). Das Gesundheitswesen in Ungarn unter der Fidesz-Regierung soll weiterhin modernisiert werden und hier bietet die Fidesz-Partei erneut einen Verweis darauf, dass der Modernisierungsprozess sich bereits seit der letzten Legislaturperiode dank ihr gut entwickelt (Anhang 1: 37). Der Bürger soll künftig mehr Freiheit bei der Arzt- und Institutionswahl haben. Das Thema Sport wird ähnlich wie im Fall der Reformierakond als Maßnahme für Krankheitsprävention behandelt (Anhang 1: 37).

Mehr Aufmerksamkeit, als in vorherigen Wahlprogrammen widmet Fidesz der Umweltpolitik. Dabei variieren die inhaltlichen Schwerpunkte von Mülltrennung und Recycling bis zum Schutz der Nationalparks (Anhang 1: 14). Die Reformierakond spricht im umweltpolitischen Teil nicht nur über den Schutz der Umwelt, sondern auch über die

umweltfreundliche Entwicklung und Produktion. Ebenso muss eine strenge Kontrolle des Einhaltens der Umweltrichtlinien erfolgen (Anhang 1: 12).

Interessant und unerwartet ist die Entscheidung des Fidesz über die Neubewertung der Zusammenarbeit der Kirche und des Staates. 1998 warb Fidesz für eine engere Zusammenarbeit von Staat und Kirche (Anhang 1: 5) und betonte die bedeutende Rolle der Kirche im gesamten Bildungssystem. Künftig soll die Kirche lediglich bei der Bildung und im Gesundheitswesen eine Rolle spielen können (Anhang 1: 45). Weitere Differenzierung im Bereich der Religion betrifft die kirchliche gegenüber der bürgerlichen Heirat und religiöse die Betreuung im Krankenhaus (Anhang 1: 45). In beiden Fällen möchte die Partei die Wahl dem Bürger überlassen. Trotz der Entfernung des Staates von der Kirche wird nicht über die Möglichkeit eines multikonfessionellen Ungarns geredet. Die Reformierakond thematisiert Religion in ihrem Wahlprogramm nicht.

Der gesellschaftspolitische Exkurs der beiden Parteien wird mit dem Begriff der Zivilgesellschaft fortgesetzt. Diese soll laut Fidesz gestärkt werden, indem die zivilgesellschaftlichen Organisationen in einer Art Technologiepark ihren Sitz unter einem gemeinsamen Dach haben können und dadurch eine bessere Basis für Kommunikation und Kooperation gewährleistet wird. Dies würde nach der Ansicht von Fidesz die Effizienz und die Professionalität der NGOs stärken (Anhang 1: 25). Die Reformierakond versteht unter der Entwicklung der Zivilgesellschaft eher die Kooperation zwischen dem Staat und dem Bürger auf der Ebene der Zivilinitiativen und die Erweiterung der Beratungsfunktion der zivilen Organisationen in den entsprechenden Kompetenz- und Interessenbereichen (Anhang 1: 9).

Aus diesem Abschnitt entsteht die Beobachtung, wie unterschiedlich die gesellschaftspolitischen Auffassungen der beiden liberalen Parteien sind und in welchen Bereichen sie sich besonders weit entfernen.

4.1.4.5 Notiz zur Reformpolitik des Fidesz

Ein separater Abschnitt muss an dieser Stelle dem Abschlusskapitel des Wahlprogramms des Fidesz gewidmet werden. Die Partei hat bereits eine Tendenz, nach einem Wahlverlust ihre Inhalte zu revidieren und nach einem Wahlerfolg Kontinuität zu

wahren, gezeigt. Das Schlusskapitel des Programms, mit einer großen Reihe an Reformvorschlägen seitens der Partei, zeichnet die Reform-Vorstellungen der Partei für die kommende Legislaturperiode auf. Es ist ein Katalog von umfassenden Reformen, die im Vergleich zu allen anderen inhaltlichen Schwerpunkten um einiges konkreter, jedoch immer noch im typisch-pathetischen Fidesz-Ton, formuliert sind.

Zuerst äußert die Partei ihren Wunsch, die Arbeit des Parlamentes durch Reduktion der Abgeordnetenanzahl effizienter zu machen. Bis jetzt konnte die Partei mangels Unterstützung keinen Erfolg mit der Reform im Parlament erzielen. Der zweite Einsatzort für die Reformpolitik von Fidesz ist die Gesetzgebung des Landes. Ungarn muss ein auf rechtsstaatlichen Prinzipien basierendes Land sein. Eine Überarbeitung der Gesetze ist laut Fidesz nötig, um diese für den Bürger verständlicher und das gesamte Rechtssystem transparenter zu machen. Je einfacher das Recht sein wird, desto einfacher wird es sein dies anzuwenden. Nach Ansicht von Fidesz leidet das Rechtssystem unter erhöhter sowie anscheinend überflüssiger Komplexität. Weitere Reformpläne des Fidesz passen gut in das Rundum-Konzept ihrer Gesellschaftspolitik. Darunter fallen die Sicherheit und vor allem der polizeiliche Schutz, der nicht gegen, sondern für den Bürger da sein soll. Alle Reformen der Partei sind auf den Staat und das Regierungssystem des Staates gerichtet. In erster Linie sehen die Begriffe Effizienz und Transparenz in den Wahlprogrammen harmlos aus, eigentlich verkörpern diese aber das Staatskonzept der Partei. Somit sollen Schritt für Schritt die eigenen Strukturen etabliert werden und alte ersetzen.

4.1.4.6 Ausblick aus den vierten Wahlen

Für das Wahlprogramm der Reformierakond des Jahres 2003 kann zusammengefasst werden, dass dieses Programm stark auf die Kontinuität der Politik der erfolgreichen liberalen Partei aufbaut. 1999 hat die Partei über die Einführung des Elternzeitgehaltes gesprochen, in diesem Programm wurde auf die Kontinuität des Erfolges der Politik, wohlgermerkt nicht ohne Grund, gesetzt. Die bevorstehende EU-Beitrittsabstimmung scheint das ganze Programm darauf ausgerichtet zu haben, positive Argumente für die EU-Mitgliedschaft zu finden. In diesem Kontext erscheint auch die Akzentuierung der Kontinuität und Stabilität der eigenen Politiken sinnvoller. Im Programm 2003 versucht die Reformierakond eine Neudefinition der Politik aufgrund des möglichen EU-Beitrittes

zu vermeiden und den Eindruck einer Kontinuität und Stabilität zu verstärken. Im Rahmen der Beitrittsdebatte treten Ähnlichkeiten zum ersten Programm der Partei auf: erneutes Definieren der grundlegenden Begriffe, um dem Bürger die fundamentalen Prinzipien wieder nahe zu bringen. Der Hintergrund dieser umfassenden Erklärungen besteht darin, dass frühzeitig vor dem EU-Referendum in Estland eine große Diskussion über den Beitritt zu einer nächsten Union geführt wurde. Aus der Erfahrung der Sowjetunion gab es Bedenken, dass das Land nach weniger als fünfzehn Jahren der Unabhängigkeit erneut Teil einer Union wird. Die gesamte Diskussion ist durch die Redewendung des ersten estnischen Präsidenten Lennart Meri geleitet worden: „Wir wollen Europäer sein, aber Esten bleiben“ und in ihr finden sowohl die pro als auch contra-Positionen Inspiration.

Das Wahlprogramm des Fidesz hat die Struktur des vorherigen Wahlprogramms beibehalten und auch die Inhalte werden im Großen und Ganzen rekapituliert. Die Partei zeichnet eine mögliche Entwicklung, dabei scheint die Überzeugung über die eigenen Siegeschancen ähnlich hoch, wie im Jahr 1994 zu sein. Fidesz nimmt in seinem Wahlprogramm selbst keine direkte Stellung zu der EU-Beitrittsfrage und lässt die Botschaft über den EU-Beitritt als den Willen vom Volk, dem die Partei nachgeht, aussehen. Der Wille, den eigenen Kurs weiterzuführen, zeigt, dass keine drastischen inhaltlichen oder technischen Transformationen in der Parteiausrichtung in den letzten Jahren festzustellen sind. Spannend ist jedoch, dass beide Parteien kurz vor den EU-Beitrittsabstimmungen in ihren Wahlen, zwar auf eine sehr unterschiedliche Art und Weise und mit der einzigen Ausnahme von der Trennung von Kirche und Staat im Fall von Fidesz, auf die Stabilität und Kontinuität in ihrer Politik setzen, wobei die Fideszschen Reformen dieses Zeichen am Ende wieder in Frage stellen.

4.1.5 Die fünften und die ersten Wahlen innerhalb der EU: 2006 Fidesz und 2007 Reformierakond

2006 und 2007 treten beide Parteien erneut zu den Parlamentswahlen an und kennen mittlerweile nicht nur ihren Wähler, sondern auch die verschiedenen Konstellationen der Wahlergebnisse und Reaktionen auf ihre Wahlstrategien. Wenn im Jahr 2007 die Reformierakond sich eher um die Erhöhung ihrer Popularität und nicht um ihre Regierungsposition kümmern muss, versucht Fidesz 2006 erneut aus seiner Rolle der

Oppositionspartei herauszukommen. Fidesz ging als Verlierer aus den Wahlen 2002 hervor und in der Hoffnung, mit dem Wahlprogramm nach vier Jahren Opposition nun erfolgreich zu sein, hält sich die Partei in ihrem Wahlprogramm im Vergleich zu ihrer normalen Praxis vor allem mit Kritik an Anderen stark zurück. Fidesz hat schon in vorherigen Jahren die Fähigkeit gezeigt, programmatisch aus den Fehlern lernen zu können. Nach dem für die Partei unerwarteten Verlust der Wahlen 1994 fand im darauf folgenden Wahlprogramm und der gesamten inhaltlichen Ausrichtung der Partei ein erfolgreicher Kurswechsel statt. 2006 demonstrierte die Partei erneut ihre Lern- und Anpassungsfähigkeit. Stilistisch ist Fidesz zurückhaltender, doch im Vergleich zu dem üblichen Kritisieren wirken die nicht artikulierten Probleme der vorherigen Machthaber in der Kombination mit ihrer offensiven Problemlösungspolitik sogar verstärkt.

2007 vertritt die estnische Reformierakond in ihrem Wahlprogramm die Regierungspartei eines erfolgreichen, jungen EU-Mitgliedsstaates und neben den für die Partei traditionellen Themen werden Inhalte angesprochen, die das Erscheinungsbild Estlands in der EU verbessern sollen. Die Reformierakond war in ihrer EU-Überzeugungsarbeit effizient und möchte diesem Trend eine Langfristigkeit geben. Wenn es bei den vorangegangenen Wahlen darum ging, die Union bei der Bevölkerung beliebt zu machen, muss diesmal das positive Bild durch weitere Pläne und bereits stattgefundene Erfolge gefestigt werden. Die EU ist in der aktuellen Parteipolitik nahezu omnipräsent.

4.1.5.1 Wirtschaftspolitik

In der Anordnung der Themen hat sich bei beiden Parteien nichts verändert. Fidesz positioniert Wirtschaft wieder auf die erste Stelle und die Reformierakond stellt die Wirtschaft diesmal erneut auf den zweiten Platz nach der Familienpolitik. Fidesz fängt sein Programm mit der Beschreibung der wirtschaftlichen Situation im Land an und gibt überraschenderweise nur wenige indirekte Verweise auf das Missgeschick der ehemaligen Regierung. Stattdessen werden konkrete inhaltliche Schwerpunkte zur Entwicklung des Landes und besonders des Wiederbelebens der Wirtschaft vorgeschlagen (Anhang 1: 25). Trotz der Tatsache, dass Fidesz der Wirtschaft erneut sehr viel Aufmerksamkeit schenkt, steht diesmal an der zentralen Stelle ein anderes Thema: das Arbeitslosigkeitsproblem. Ungarn hat im Jahr 2006 fast eine halbe Million

Arbeitslose und Fidesz verlangt nach Schaffung von Arbeitsplätzen (Anhang 1: 28-29). Schließlich beschreibt die Partei auch ihre Vorstellung von einem funktionierenden Wirtschaftssystem, indem sie sagt, dass sie erneut mit den Szécheny-Plänen für die Wiederbelebung der Wirtschaftssituation arbeiten will. Somit kehrt sie zu ihrem 1998 entwickelten Modell einer geplanten Wirtschaft, die je nach Bedarf priorisiert und ausgeführt werden soll, zurück. Die Verwirklichung der Pläne soll die Infrastruktur beschleunigt entwickeln, die Arbeitgeber-Beiträge und Steuern senken, sowie durch die Stärkung der heimischen kleinen und mittleren Unternehmen mehr Arbeitsplätze schaffen. Der Staat soll einem Unternehmer durch Kredit und eine erleichterte bürokratische Prozedur helfen, das Unternehmen zu gründen, dafür unterstützt der Unternehmer das Wirtschaftssystem, indem er möglichst viele familienfreundliche Arbeitsplätze schafft. Die Arbeitslosigkeit soll unter anderem durch finanzielle Hilfe seitens der EU, durch das Einsetzen der Mittel in die direkte Arbeitsplatzschaffung, bekämpft werden (Anhang 1: 28-29). Ein weiteres Ziel des Fidesz im Rahmen der Wirtschaftspolitik ist die Einführung des Euro zum Jahr 2010 (Anhang 1: 25). Für dieses Ziel ist die Stärkung der einheimischen Unternehmen mittels finanzieller Unterstützung geplant. Sie sollen konkurrenzfähig gemacht werden, damit sie nicht durch den gesamteuropäischen Wettbewerb benachteiligt werden. Auf dem Markt sollen die Bedingungen eines fairen Handels geschaffen werden, damit die kleinen Unternehmen den großen Ketten und Monopolisten nicht ausgeliefert werden (Anhang 1: 25).

Die Reformierakond bleibt im Wirtschaftsteil des Wahlprogrammes bei einem Makro-Ansatz, den sie in der Wirtschaftspolitik seit den Anfängen pflegt. Das Ziel und die Ausrichtung der Wirtschaftspolitik der Partei für die nächste Wahlperiode fassen sich in dem Motto „Estland unter die fünf wohlhabendsten Staaten Europas“ zusammen. Darunter wird nicht nur der Anschluss an die europäische Währungsunion als ausschlaggebend, sondern auch eine Entwicklung des Konzepts eines stabilen Wirtschaftswachstums sowie konkurrenzfähiger Löhne gesehen (Anhang 1: 22-23). Gleich wie Fidesz, möchte auch die Reformierakond den Euro im Jahr 2010 einführen und benennt dies zum Leitziel der Wirtschaftspolitik. Im gesamten wirtschaftlichen Kapitel herrscht eine liberale Atmosphäre und erstmals wird konkret die Liberalisierung des Arbeitsmarktes thematisiert, auch diese ist nur dank der EU-Mitgliedschaft möglich (Anhang 1: 22-23).

4.1.5.2 Familienpolitik

Seit den Wahlen 2003 ist die Familienpolitik eins der zentralen Themen der Reformierakond und erneut ist das Elternzeitgeld das absolute Leitthema dieser Politik. Dabei geht es nicht um Vorstellungen über eine perfekte Familienkonstellation, auch wenn Solidarität angewendet wird, mehr es geht um das Wohlbefinden des Einzelnen innerhalb der Familie (Anhang 1: 30). Bei Fidesz findet der Leser die Familienpolitik etwas später und in einer anderen Konnotation: die Familienpolitik der Fidesz-Partei basiert zwar vor allem auf den finanziellen Vorteilen für die Mitglieder dieser Familie, diese sind jedoch in beiden Fällen unterschiedlich behandelt.

Die Familienpolitik der Reformierakond beinhaltet im Jahr 2007 einen neuen Begriff: die Aufnahme der Heimkinder in die Familien und die Sanierung der Kinderheime (Anhang 1: 30). Nachdem die Familie im letzten Wahlprogramm ihr Zuhause versprochen bekommen hat, widmet sich die Partei den zwar nicht heim-, aber elternlosen Kindern. Durch die Einführung der Begriffe der Heimkinder und Kinderheime erweitert sich der Familienbegriff der Partei. Wenn die Reformierakond früher allgemein über Kinder gesprochen hat, werden jetzt auch die benachteiligten Gruppen thematisiert. Ideal ist eine Adoption der Heimkinder in Familien, jedoch auch das sich kümmern um Kinderheime weisen auf eine solidaritätsbasierte Gesellschaft. Darüber hinaus wird die Wunsch-Familienkonstellation nach den Vorstellungen der Partei nicht beschrieben. Somit ist der Familienbegriff bei der Reformierakond allgemeiner und gleichzeitig offener gehalten als bei Fidesz.

Fidesz bleibt ebenso der familienzentrierten Politik treu auch wenn diese nicht an der ersten Stelle im Programm steht. Die Familie ist nicht nur die wichtigste Einheit der Gesellschaft, sondern auch die Basis der ungarischen Nation (Anhang 1: 31). Dieser nationszentrierte Aspekt ist neu für Familienpolitik. Auf der programmatischen Ebene bleibt in der Familienpolitik der ungarischen Partei alles konstant, Forderungen nach niedrigen Steuersätzen und Ermöglichen der Teilzeitarbeit für Eltern sowie finanzielle Unterstützung und Betreuung für die Kinder. Neben den Kindern sind auch die älteren Menschen eine Fokusgruppe der Familien- und Sozialpolitik des Wahlprogrammes der Fidesz. Es geht vor allem um eine würdige Rentenzeit, die nicht durch finanzielle Knappheit geprägt sein darf. Nebenbei soll auch das gesellschaftliche Miteinander und eine stärkere Solidarität unter verschiedenen Generationen und für behinderte

Menschen etabliert werden, damit Erfahrungen ausgetauscht und Wissen weitergegeben werden kann (Anhang 1: 34).

4.1.5.3 E-Estland und Verwaltungsungarn

Ein ganz neuer Inhaltspunkt im Wahlprogramm der Reformierakond ist das Konzept eines E-Estlands im Rahmen der Digitalisierungspolitik. Das Ziel dieses Konzeptes besteht darin, den Bürgern allgemein die Kommunikation mit dem Staat und seinen Behörden zu erleichtern: von elektronischen Rechnungen über Noteneinsicht an den Schulen bis zu digitalen Rezepten für Medikamentenkauf (Anhang 1: 4). Dieses Projekt will nicht nur die Dienstleistungen und andere verwaltungstechnischen Abläufe für den Bürger vereinfachen sondern auch Kultur, Bildung und Sprache auf eine neue Art an dieselben vermitteln (Anhang 1: 44). Dadurch soll der Lebensstandard des Bürgers deutlich angehoben und seine wertvolle Zeit gespart, sowie ein breites Angebot seitens des Staates gegeben werden. Parallel zum E-Estland spricht die Reformierakond über einen neuen Standard der Sicherheit. Estland soll in Wirklichkeit und virtuell eins der sichersten Länder in der EU werden, dafür sollen nicht nur das neue Zentrum für Bekämpfung der Cyber-Attacken in Estland platziert, sondern der Bürgerschutz durch die bereits vorhandenen Einheiten ebenso gewährleistet werden (Anhang 1: 55). Das Selbstbild des Staates für die Reformierakond ist der Staat als Bürgerstaat, das heißt, dass der Staat möglichst transparent in seinen Aktionen und Ausgaben gegenüber dem Bürger sein soll, seinen Apparat nicht vergrößern darf und den Ruf der Parteien als ernstzunehmender politischer Akteur sanieren muss (Anhang 1: 4). Erneut werden EU und NATO als ein vergrößerter Handlungsrahmen und günstige Grundlage für Einflussnahme eines so kleinen Staates wie Estland gesehen (Anhang 1: 51, 55). Im Rahmen dieser Organisationen hat Estland unter anderem die so wichtige Möglichkeit für Mitsprache und Mitgestaltungsrecht bei der Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Der Beitritt Estlands zur Währungsunion sowie das Einführen des Euro werden als weitere Integrationsschritte für selbstverständlich und notwendig gehalten (Anhang 1: 51).

Fidesz thematisiert das ähnlich gelegene Thema der Verwaltung und der staatlichen Dienstleistungen aus einer ganz anderen Perspektive. Der Verwaltungsaufwand, verursacht durch die komplizierte Struktur und Korruption der ungarischen

Verwaltungen, ist eins der größeren Hindernisse für Kleinunternehmer (Anhang 1: 25). Der Aufwand soll durch die Assistenz der Wirtschaftsverbände erleichtert und vor allem finanziell verringert werden. In der Politik über die Verwaltung des ungarischen Bodens beharrt Fidesz weiterhin auf staatlichem Besitz und Nutzen der ungarischen Grundstücke (Anhang 1: 22). Die Partei sieht in einem andersartigen Besitz eine weitere Quelle für direkte eine Benachteiligung der ungarischen Kleinbauern. Weiterhin soll den Kleinbauern durch lokalen verwaltungstechnischen Zusammenschluss in Genossenschaften sowie andere Maßnahmen geholfen werden, auf dem Markt konkurrenzfähig zu bleiben (Anhang 1: 17).

4.1.5.4 Kultur und Heimat

Ein umfangreicher Block im Parteiprogramm des Fidesz ist im weiteren Sinne dem Thema Heimat und Zuhause gewidmet. Zur Heimat zählt vor allem die Hauptstadt der Nation – Budapest und diese müsse durch Infrastruktur, Wohnungen und kulturelles Angebot ihre Position als das Zentrum und der Innbegriff des Zuhauses für einen Ungarn sein (Anhang 1: 20, 46). Hier wird nicht einfach die besondere kulturelle Rolle der Hauptstadt betont, sondern auch ein indirektes Signal zur Zentralisierung in mehreren und weiteren Bereichen der Politik und des Lebens in Ungarn gegeben. Durch die Bewerbung für die europäische Kulturhauptstadt soll die Ungarische Heimat, vor allem Budapest, europaweit bekanntgemacht werden (Anhang 1: 46). Im Jahr 2006 wirkt die Hauptstadt nicht mehr als Ort der Verwirklichung der großen Kommunalprojekte, sondern als ein Teil eines größeren Konzeptes. Darunter wird vorausgesetzt, dass die Stadt in eine hauptstadtwürdige Form gebracht wird und eine autonome Position innerhalb Ungarns erhält (Anhang 1: 11). Um die Dominanz der Hauptstadt zu relativieren, wird erwähnt, dass diese allerdings kein Nachteil für die übrigen Kommunen des Landes darstellen kann. Der Bürger einer Kleinstadt oder der Bauer in seinem Dorf dürfen auf keinen Fall vergessen werden und sich durch die ungarische Metropole bedroht und eingeengt fühlen (Anhang 1: 11).

In der Gesundheits-, Kultur- und Bildungspolitik als einer Fortsetzung des Heimat-Themas unterscheiden sich die Vorsätze von Fidesz nicht von denjenigen aus dem Programm von 2002. Erneut wird über Organisation kultureller Programme für Traditionsvermittlungen und kirchliche Beteiligung am öffentlichen Leben gesprochen

(Anhang 1: 46). Neue Konzepte entwickelt Fidesz im Bereich Bildung und Wissenschaft. Dort wird eine Koppelung von Wissen und Wirtschaft als sinnvoll für Ungarn angesehen, denn es gibt wenig qualifizierte Arbeitnehmer. Um dies zu beheben, möchte Fidesz ein Ausbildungsförderungsprogramm einführen und die Unternehmen dazu motivieren, junge Absolventen zu beschäftigen, um die jungen Leute dadurch von einer Auswanderung abzuhalten. Dafür sollten Programme der regionalen Zusammenarbeit von Universitäten und Unternehmen entwickelt werden (Anhang 1: 42). Wenn sich Fidesz in dem Wahlprogramm am meisten mit der Integration der Roma (Anhang 1: 50) und dem Heimatsbegriff beschäftigt, ist in Estland vor allem die Frage der Sprachbewahrung relevant.

Die Reformierakond fasst die Kultur-, Sprach- sowie Bildungspolitik in einen Block und verbindet diese mit einem überstehenden Thema, der estnischen Sprache (Anhang 1: 39-40, 44, 46-47). Die Sprache, und vor allem ihre sogenannte Weitergabe, soll künftig durch eine Präambel des Grundgesetzes gewährleistet werden (Anhang 1: 46) und dies verdeutlicht den Grad der Wichtigkeit der Sprache in der estnischen Identität für die Reformierakond. Somit stehen auch die Förderung und die Kontrolle der Sprachkenntnisse der Nicht-Muttersprachler im Fokus (Anhang 1: 49). Ebenso sei die Weitergabe der Sprache an die künftigen Generationen der Innbegriff der estnischen Kultur (Anhang 1: 49). Neben dem Plan der Einführung der estnischen Sprache als Unterrichtssprache in der Oberstufe auch der nicht estnisch-sprachigen Schulen, soll jedoch eine Möglichkeit des Unterrichtens in der Muttersprache an den Grundschulen bleiben (Anhang 1: 39-40). Trotz der starken Rolle der estnischen Sprache innerhalb der Kulturpolitik erwähnt die Reformierakond 2007 zum ersten Mal den Plan, ein Museum zur russischen Siedlungsgeschichte in Estland zu eröffnen (Anhang 1: 44).

4.1.5.5 Verschiedene Themen aus den Wahlprogrammen

Die umweltpolitischen Aspekte der Reformierakond im Wahlprogramm 2007 problematisieren im Vergleich zu früheren Jahren nicht nur das allgemeine Umweltbewusstsein der Bürger, sondern rufen zu einem generell nachhaltigen Umgang mit den Naturressourcen und der Energie sowie zur Förderung der Nutzung des Öffentlichen-Personen-Nachverkehrs besonders in den Städten auf (Anhang 1: 12-13, 14). Das umweltpolitische Thema ist insoweit spannend, als dass sich die

Reformierakond zwar zum Umweltbewusstsein und ÖPNV bekennt, jedoch sehr aktiv gegen das Projekt des kostenlosen Öffentlichen- und Nahverkehrs in der estnischen Hauptstadt Tallinn sowie für den Bau eines Atomkraftwerkes in Litauen ausspricht.

Fidesz ist im Bereich der Umweltpolitik ähnlich ausgerichtet. Ein allgemeines Umweltbewusstsein vom Alltag bis zu Treibhausemissionen soll etabliert werden und die EU-Fördermittel sollten helfen, die Kommunen in der Transformation zur Umweltfreundlichkeit zu unterstützen (Anhang 1: 14). Das Thema Infrastruktur erlebt im Vergleich zum letzten Programm eine Verschiebung des Schwerpunktes der Parteipolitik des Fidesz von dem Autobahnbau zur schnellen Modernisierung und Erweiterung des Angebotes der öffentlichen Verkehrsmittel und der Einführung des Programmes „das Familienauto“: Ziel ist es erschwingliche Transportmittel für alle anzubieten und somit die Mobilität der Menschen zu steigern (Anhang 1: 20).

Plakativ unter einem weiteren Stichwort „keine Angst“ fasst Fidesz die soziale und finanzielle Sicherheit der Bürger in einem Programmpunkt zusammen. Dabei geht es um Polizeischutz weitere sicherheitsschaffende Behörden, die laut der Partei notwendigerweise in ihrer Kapazität ausgebaut werden sollen (Anhang 1: 57).

4.1.5.6 Die fünften Wahlen zusammengefasst

Die Programme für die fünften Wahlen werden zu einem Zeitpunkt verfasst, als die einst jungen Demokratien mittlerweile aktive Mitglieder in der Europäischen Union sind und die Demokratie als Regierungsform institutionalisiert ist. Im Zeitmaß der Politik war der Prozess der EU-Integration der osteuropäischen Staaten sehr schnell und effizient. Während der Mitgliedschaft und den damit verbundenen Veränderungen in den Staaten transformierten sich auch die beiden Beispielparteien.

Die Reformierakond vermittelt in dem Wahlprogramm immer noch ihre starke pro-europäische Position und blickt sehr sicher in die Zukunft des Landes. Dafür spricht auch, dass die Partei zum zweiten Mal die Familienpolitik auf der ersten Stelle platziert. Die seit zwei Wahlen erweiterte sozialpolitische Dimension der Partei begrenzt sich aber nur auf familienzentrierte Thesen und finanziellen Programme. In der Wirtschaftspolitik herrscht das Motto: Estland ist unter den fünf wohlhabendsten Ländern Europas. Trotz vieler Losungen bleibt inhaltlich alles im gewöhnlichen

wirtschaftspolitischen Rahmen der Partei. Liberalisierungspolitik scheint das Stichwort in manchen Politikbereichen der Partei für die Wahlen 2007 zu sein. Stilistisch scheint die Partei mit diesen Wahlen ihre Mitte gefunden zu haben, denn die Gestaltung der Programme mit losungsartigen Überschriften, aber konkreten Inhalten sind eine bekannte Handschrift. Auch im sozialpolitischen Profil ist die Partei mutiger als in ihrer Anfangsphase geworden und neben den klaren Finanzierungsfällen wird auch deutlich eine Linie gezogen, wo der Sozialstaat aufhört. Erneut wird durch die Partei auf die positiven Seiten und die unmittelbaren Effekte der EU-Mitgliedschaft für Estland verwiesen. Aus dem Programm wird klar, dass die Partei eine bewusst positive wirtschaftliche Abhängigkeit Estlands von der EU sieht und die EU in diesem Fall ein sowohl finanzieller als auch handlungsoptimierter Rahmen für die Entwicklung des Lebensstandards und Entfaltung des Wirtschaftssystems ist. Die Reformierakond bietet dafür gar keine Überraschungen, denn eigentlich ist auch der diesmalige Wirtschaftsblock sehr im Sinn der Partei gestaltet. Durch die klaren und deutlich formulierten Inhalte, wie sie allgemein von europäischen liberalen Parteien geteilt werden, wie zum Beispiel die beliebte Steuersenkungspolitik, Investitionen, Erhöhung der Unternehmensgründungen sowie weitere Privatisierung des staatlichen Eigentums und so weiter, bietet die Partei in ihrem rationalen Stil dargestellten Inhalte, die jedem Wähler klar und verständlich sind. Dies alles scheint dem Wähler sehr entgegenzukommen und 27,8% der Wählerstimmen zu erhalten, ist bis jetzt das beste Ergebnis der Partei.

Fidesz erlebt in den Wahlen 2006 seinen zweiten Versuch, in die Regierungsposition zurückzukommen und obwohl die Partei ihr Ergebnis verbessert und 42,03% der Stimmen erhält, gelingt es ihr nicht, das gewünschte Ziel zu erreichen. Im Fall von Fidesz ergibt sich der Eindruck, dass die Partei nicht mehr auf der Suche nach Inhalten und Veränderungen ist, nur im Vergleich zu der Reformierakond hat sie nicht so viel Umsetzungsmöglichkeiten durch ständige Rolle als Oppositionspartei. Die wesentlichen Zeichen hat Fidesz für ihre beabsichtigten Veränderungen bereits mit dem Wahlprogramm 2006 gesetzt. Die Fideszsche Wirtschaftspolitik ist weit weg von der Politik der Jungen Liberalen der Jahre 1990-1994 und im sozialpolitischen Bereich gibt es keine Trennschärfen, da wohlfahrtsstaatliche Aspekte immer öfter und an prominenter Positionen vorkommen. Teilweise sind die Maßnahmen für Wohlfahrt des Volkes der eindeutigen Volkspartei Fidesz wie aus der ghassten sozialistischen

Vergangenheit geliehen (z.B. Essensgutscheine) oder konzipiert in langfristigen geplanten Wirtschaftskonzepten (z.B. Uj Szecheny Terv – Neuer Szecheny Plan). Es herrscht gleichzeitig eine Mischung von einerseits geplanter Arbeitspolitik, andererseits geförderter Unternehmensgründerpolitik und eines semi-offenen Marktes. Auf den ersten Blick können diese Konzepte widersprüchlich wirken, jedoch seien diese auf die „wahren“ Probleme und Bedürfnisse der Bevölkerung zugeschnitten. Fidesz kümmere sich um die akuten Probleme und nimmt jeden Bürger, durch die eine oder andere seiner Politiken, in Schutz. Jedoch zeigt das Wahlprogramm abermals, dass Fidesz nicht mit einer Oppositionsrolle rechnet und dennoch wird die Partei nach diesen Wahlen in die Opposition gehen.

4.1.6 Die sechsten Wahlen: Fidesz 2010 und Reformierakond 2011 – immer noch liberal?

Die sechsten Wahlen, 2010 für Fidesz und 2011 für Reformierakond, sind die letzten in diesem Vergleich zur Analyse gestellten Wahlen. Diese sind stabil erfolgreich für die estnischen Liberalen und mit einem großen Erfolg der Fidesz-Partei verbunden. Das Programm für die Wahlen 2010 ist bekannter Weise das Erfolgsprogramm, mit dem Fidesz seine Zweidrittelmehrheit im Parlament erzielen konnte. In beiden Fällen können jedoch kleinere oder größere Veränderungen in den Wahlprogrammen gesehen werden.

Die estnische Reformierakond benutzt erneut ihren alten Stil. Am Anfang des Programmes sind die parteieigenen Werte aufgelistet: das Programm basiert laut der Partei auf den Prinzipien der liberalen Demokratie, geht von der individuellen Freiheit aus und baut auf der Wirtschaftsentwicklung, die durch Selbstverwirklichung, Unternehmerschaft und Privateigentumsschutz erreicht werden kann. Diese Weise, ihre Werte zu präsentieren, war in den Anfangsjahren der Partei für die Wahlprogramme typisch. Damals war dies aus definitorischen Absichten notwendig, im Jahr 2011 kann es ein Zeichen einer konstanten auf den liberalen Prinzipien basierenden Parteipolitik sein.

Im Fall von Fidesz handelt es sich 2010 auf den ersten Blick um ein gewöhnliches Fidesz-Wahlprogramm, jedoch fallen schnell einige wesentlichen Unterschiede auf. Mit konkreten Politikbereichen werden konkrete Politiker verbunden, so zum Beispiel ist Viktor Orbán die Personifizierung der Politik der nationalen Interessen. Auf diese Weise werden gleich Zuständigkeiten und Gesichter mit Inhalten verknüpft und assoziiert. Das

Programm ist nach Inhalten gruppiert und jeder der Abschnitte ist mit einem persönlichen Vorwort eines der Fidesz-Politiker versehen. Dies ist eindeutig eine Innovation, in der Fidesz dem Wähler einen zuständigen Menschen zu dem Verantwortungsfeld gibt.

4.1.6.1 Reformierakond – liberale Partei eines nördlichen Landes

Die größte Veränderung in den Wahlprogrammen der beiden Parteien ist die teilweise Neukonzeption des staatlichen Bildes und seiner Aufgaben aus der Sicht der Parteien. Interessant ist, dass dieses Phänomen bei beiden Parteien gleichzeitig vorkommt, wobei die Parteien sich zu dem Zeitpunkt inhaltlich schon um einiges voneinander entfernt haben. Die vorgeschlagenen Veränderungen sind im Fall von beiden Parteien auch sehr unterschiedlich und wenn es bei der Reformierakond um eine zusätzliche Image-Nuance geht, deuten die Vorschläge von Fidesz auf weitreichende strukturelle und inhaltliche Reformen in mehreren Bereichen hin.

Im Wahlprogramm von 2011 der Reformierakond wird Estland mehrmals als „nördliches Land“ (in Anspielung auf Skandinavien) umschrieben, besonders bei den Themen wie Wirtschaft, Infrastruktur und Umwelt (Anhang 1: 23, 18, 15). Die EU bleibt weiterhin ein fester Bestandteil des Wahlprogramms sowie allgemein der Politik der Partei. Neben dem allgemeinen Vorbild der nördlichen Staaten strebt Estland besonders in der Wirtschaftspolitik den Standard der nördlichen Nachbarländer an. Die wirtschaftliche Entwicklung Estlands soll daher laut der Reformierakond nach dem Vorbild und mit dem Ziel des gleichen Erfolges der nördlichen Nachbarstaaten ausgeführt werden (Anhang 1: 23). Die Verwirklichung des Konzeptes soll durch das Angleichen der Einkommen und der Werteschätzung und Konkurrenzfähigkeit der estnischen Arbeitskraft geschehen (Anhang 1: 27). Durch das Einhalten und den Ausbau der Rechtsstaatlichkeit (Anhang 1: 8), des Schutzes der Privateigentumsrechte und Grundfreiheiten der Bürger und Gewährleistung ihrer Sicherheit vom Schulhof bis in das Internet (Anhang 1: 3, 55-56) würde sich Estland als eine Festung für seine Bürger verhalten, so die Reformierakond.

4.1.6.2 Fidesz – eine Partei in einem vertrauensvollen, ordnungsbasierten sowie demokratischem Staat

Fidesz kündigt in seinem Programm die Notwendigkeit einer Neudefinition von Ungarn an. Ungarn soll sich künftig nur als ein Land, das auf dem westeuropäischen Lebensstandard lebt, sich eine Energie-Unabhängigkeit von anderen Staaten leisten kann und die lokalen Gegebenheiten sowie die geographische Lage als Knotenpunkt des Ost-West Transportkorridors in ihrem ganzen Ausmaß nutzen kann, verstehen und verstanden werden. In diesem Kontext sieht Fidesz eine regionale Zusammenarbeit mit den EU-Mitglieds- als auch Nicht-Mitgliedsstaaten vor (Anhang 1: 54). Eine starke Erneuerung im Rahmen der Veränderungen von Fidesz ist der Wunsch nach der Etablierung der Obrigkeit des Gesetzes (Anhang 1: 8). Die Reformen von Fidesz sollen den Gesetzgebungsprozess offener machen, indem die von dem künftigen Gesetz am meisten Betroffenen mehr Anteil an der Gestaltung dieses Gesetzes haben können (Anhang 1: 7). Die Partei versteht unter der sogenannten „Obrigkeit des Gesetzes“ die gleiche Behandlung aller und plädiert für eine Abschaffung jeglicher Immunitäten für Politiker und Beamte. Dies ist für die Rückgewinnung des Vertrauens in den Staat notwendig (Anhang 1: 7). Es scheint sogar, dass diese Prozesse komplementär für Fidesz sind. Vor dem Gesetz und dem Staat sollen alle gleich sein. Zusätzlich stellt Fidesz einen Mangel an Vertrauen in das Gesetz und die fehlende Verantwortung seitens der vorherigen Regierungen fest. Daher müssen staatliche Daten, Verträge und Informationen für den Bürger öffentlich gemacht werden (Anhang 1: 7). Fidesz will auch die im Amt befindliche Regierung nicht ohne sie zur Rede gestellt zu haben aus dem Amt gehen lassen und diesmal ist es nicht eine schriftliche Kritikäußerung von Fidesz, sondern eine schriftliche Einladung dazu.

Nach der Verwandlung der Partei in die Volkspartei folgen die entsprechenden Maßnahmen auch für den Staat: die staatliche Transparenz dient vor allem der Sicherung dessen, dass die Abgeordneten und die Polizei dem Volke dienen und nicht über es herrschen könnten. Für den Missbrauch des Amtes sollen konkrete Sanktionsmechanismen eingeführt werden und auch das Strafgesetzbuch soll direkt mit entsprechenden Korrekturen versehen werden (Anhang 1: 7). Gleichzeitig und einerseits gerade dank der strengen Regeln soll besonders die Polizei aus ihrer moralischen und finanziellen Krise gerettet werden: durch attraktive Löhne und Wiederherstellung des Rufs (Anhang 1: 57). Der Ruf soll auf einem effizienten Weg,

mittels eines neuen Gesetzes für Polizeibeamte verbessert und verbindlich gemacht werden und dadurch soll auch die Ansicht und Ernsthaftigkeit des staatlichen Schutzes wiederhergestellt werden. Fidesz nimmt das Ziel der Wiederherstellung des Rufes und eines auf Ordnung basierenden Staates ernst, denn jede Maßnahme soll juristisch verbindlich geregelt sein.

Die Funktion des Staates als Schützer des Bürgers, die nach Fidesz' Meinung besonders durch die aktuelle Regierung verloren gegangen ist, soll aufgebaut werden. Somit ist es unter anderem die Aufgabe der Polizei in allen Regionen Ungarns präsent zu sein (Anhang 1: 57). Diese Präsenz würde helfen, den Schwerpunkt der polizeilichen Arbeit vom Täter zum Opfer zu verschieben. Fidesz sieht seine Aufgabe als die Aufgabe einer potentiellen Regierungspartei, darin alle Prozesse im ungarischen Staat berechenbar zu machen.

Die geplanten Reformen des Fidesz greifen unter anderem auch in das Gesundheitssystem, denn auch dieses soll künftig mehr vom Staat beeinflusst werden. Fidesz plant mit der Reduktion der Krankbetten und Schließung der Krankenhäuser zu bekämpfen und das Notdienstnetz zu erweitern, sodass jeder abgelegene Ort in Ungarn für Ärzte erreichbar ist. Für die Umsetzung all dieser Vorschläge muss in erster Linie die Finanzierung des Gesundheitswesens allgemein erhöht werden. Die Krankenversicherung muss dafür für einen finanziellen Ausgleich auf dem Solidaritätsprinzip basierend reformiert, Schließungen der kleinen Apotheken vorgebeugt, Auswanderung der Ärzte sowie des anderen medizinischen Personals verhindert und ein nationales Gesundheitsprogramm für Gesundheits- und Krankheitsprävention aufgebaut werden (Anhang 1: 37-38). Zum Schluss des Programms folgt erstmals bei Fidesz ein ausführlicher Inhaltspunkt zur Demokratie. Seit seiner Gründung 1988 steht Fidesz aufrecht zur Demokratie als der besten Staatsform und ist durch die Praktiken der vergangenen Jahre und die politischen Prozesse enttäuscht, deswegen sieht die Partei es als ihre größte Aufgabe, dem Volk das Vertrauen in die Demokratie und das Gesetz sowie den Respekt vor dem Staat zurückzugeben. Erneut fallen die Stichworte Berechenbarkeit und Haftung. Fidesz sieht seine Politik der letzten 20 Jahre als eine konsequente Politik für Solidarität, Freiheit, Bürgerrechte und Achtung der Menschenwürde sowie der Rechtssicherheit (Anhang 1: 8). Signifikant ist, dass beim Konzeptualisieren von Ungarn weder die EU noch das

Militär eine Rolle spielen. Im Gegenteil, Fidesz ist sehr stark mit primären Angelegenheiten wie Vertrauen, Ordnung und Berechenbarkeit beschäftigt.

4.1.6.3 Wirtschaftspolitik

Für die Reformierakond gehört die Wirtschaftspolitik zu dem Bereich, der an die nördlichen Nachbarn angeglichen werden soll. Dies ist wie immer nur mit Hilfe von der Europäischen Union möglich. Da gerade in diesem Bereich eine inhaltliche Veränderung stattfinden soll, steht die Wirtschaftspolitik samt des Konzeptes vom „nördlichen Land“ an erster Stelle im Programm (Anhang 1: 8). Daraus lässt sich ableiten, dass die Reformierakond immer ihr Schwerpunkt- und Innovationsthema auf die erste Stelle des Programms platziert, in der Vergangenheit war das zum Beispiel die Familienpolitik. Innerhalb des wirtschaftlichen Blocks finden sich eher weniger Veränderungen, da die Schwerpunkte immer noch bei niedrigen Steuern für Unternehmer sowie Arbeitnehmer, weitere Entwicklung der bürokratischen Systeme für eine hürdenlose Unternehmensgründung sowie Export- und Investitionswachstum auf der staatlichen Ebene sind (Anhang 1: 8). Dabei wird im Programm erwähnt, dass alle Veränderungen in der Wirtschaftspolitik immer auf dem Prinzip der Rechtsstaatlichkeit basieren und entsprechende Interessengruppen involviert werden müssen.

Die Arbeitspolitik, die Fidesz diesmal an die erste Stelle platziert, ist ein akutes gesellschaftliches Problem und vor allem ein Problem, das direkt Wähler anspricht. Die Konzentration auf den Wähler ist der Partei wichtiger als die Darstellung der eigenen Reformen (Anhang 1: 29). Seitdem Fidesz das Wort „Bürger“ in seinem Parteinamen trägt, steht auch die ihn betreffende Politik immer an der symbolisch ersten Stelle im Programm. Außerdem spielt die Platzierung und die Gliederung der Themen eine immer größere Rolle in den Wahlprogrammen, da diese mit jeder Wahl länger werden. In der auf die erste Stelle platzierten Arbeitspolitik artikuliert Fidesz die Notwendigkeit eines Langzeitplans zur Arbeitsplatzschaffung – das Ziel ist es, in zehn Jahren eine Million Arbeitsplätze zu schaffen (Anhang 1: 29). Die aktuelle Arbeitslosenquote, die in Ungarn bei 10% liegt, macht Fidesz Sorgen und traditionell wird die Schuld, diesmal zwar indirekt, der vorherigen Regierung gegeben. Wenn Fidesz sich in diesem Programm mit der Kritik der Regierung auch zurückhält, ist das Arbeitslosigkeitsthema jedoch akut und kann wertvolle Wählerstimmen bedeuten.

Durch die aktive Zusammenarbeit in den Bau- und Tourismus- sowie Landwirtschaftssektoren könne die Arbeitsplatzlücke in Ungarn geschlossen werden unter anderem durch die Schaffung von Teilzeit- und nicht traditioneller Arbeitsplätze. In das Arbeitsplatzkreierungsprogramm gliedert Fidesz auch die sogenannte öffentliche Arbeit ein (Anhang 1: 29). Diese ist bereits aus den vorherigen Wahlprogrammen der Partei bekannt, damals ging es konkret um Bauaufträge in der Hauptstadt. Beschäftigung in der sogenannten öffentlichen Arbeit soll laut der Partei den Langzeitarbeitslosen oder den Ausbildungslosen eine Arbeit und Kenntnisse sowie Erfahrung im Bereich der Bau- und Landwirtschaft geben und künftig zu einer dauerhaften Beschäftigung in diesen Bereichen führen.

Weiter im Programm führt Fidesz die fast schon klassischen Punkte der Wirtschaftspolitik auf. Damit die Unternehmen an der Schaffung der neuen Arbeitsplätze interessiert wären, muss deren Verwaltungsaufwand und die zu zahlenden Steuern verringert werden (Anhang 1: 26). Somit nimmt sich Fidesz, im Rahmen seiner allgemeinen Reformpolitik, vor, ein einfaches Steuersystem, als auch bürokratische Effizienz und Transparenz zu schaffen. Ganz speziell möchte sich die künftige Regierung, wie es schon aus den Leitlinien der Arbeitspolitik zu lesen war, auf den bauwirtschaftlichen Sektor fokussieren. Darunter versteht Fidesz sowohl die Unterstützung der kleineren Unternehmen als auch Großbauprojekte wie Gebäudesanierung in ganz Ungarn sowie nachhaltigen und energieeffizienten Umbau der bestehenden öffentlichen Bauten (Anhang 1: 26). Ebenso müssen alle Bedingungen dafür geschaffen werden, dass die ungarischen Bauern in adäquaten Wettbewerbsumständen auf dem Europäischen Markt stehen. Andere strukturschwache Unternehmen sollen mehr Unterstützung durch die Finanzierung seitens der EU erhalten und dort muss eine faire Verteilung zwischen den ausländischen und einheimischen Unternehmen innerhalb Ungarns erfolgen. Aktuell stellt die Partei eine ungleichmäßige Verteilung der Ressourcen zugunsten der ausländischen Firmen auf ungarischem Boden fest. Die Strategie der fairen Ressourcenverteilung würde den heimischen Markt, durch die Wettbewerbsüberwachung, in Schutz nehmen. Besonders würden davon die kleineren Unternehmen profitieren, da diese gegenüber den großen Ketten und Billiglieferranten aus den nicht EU-Ländern nicht mehr benachteiligt wären. Es bedarf nach Meinung des Fidesz auch anderer regulierender Mechanismen, die eine

faire Bezahlung und Behandlung von Kleinproduzenten durch die Großmärkte und Massenhändler zulassen würde.

4.1.6.4 Gesellschaftspolitik

Bei Themen wie Familie, Gesundheit und Sport hat die Reformierakond eine stetige Meinung, die sich nur im geringen Maße Jahr für Jahr verändert oder eher sich in dem einen oder anderen Aspekt erweitert. Diesmal wird passend zur Einleitung des Programms und den dort aufgeführten Prinzipien der Partei auf die Werte eingegangen und zwar auf familienzentrierte Werte und deren Bedeutung sowie Förderung in der Gesellschaft. Im Programm der Reformierakond steht das Thema Familienpolitik direkt nach der Wirtschaftspolitik und ist somit nicht aus dem Fokus der Parteipolitik verschwunden. Die Partei spricht zum ersten Mal über die kinderlosen Paare (Anhang 1: 30). Dabei werden keine geschlechtlichen Bestimmungen festgeschrieben, sondern lediglich über medizinisch bedingte Aspekte des Problems geredet. Den betroffenen Paaren, die immer noch ein Kinderwunsch haben, soll künftig geholfen werden. In diesem Fall müsse die Adoptionsalternative angeboten sowie die Prozedere beschleunigt werden. Wenn die Partei über Adoption spricht, genauso wie allgemein bei ihrem Familienbild, werden keine geschlechtsbasierten Begrenzungen gemacht, aber auch keine Stereotype gebrochen.

Die Kulturpolitik der Partei widmet ihre Aufmerksamkeit den Konzepten der Erreichbarkeit und Verbreitung der estnischen Kultur. Nicht nur bedarf es weiterhin einer hohen Menge an Kulturveranstaltungen, sondern soll die Kultur künftig in einem größeren Umfang an die Allgemeinbildung gekoppelt werden (Anhang 1: 44). Eine intensivere Nutzung der EU-Finanzierung vor allem für den Kulturexport und das Bekanntmachen Estlands als Kulturlandes wird nahegelegt (Anhang 1: 44). Bei dem Thema Sport werden nicht nur allgemeine Gesundheitsaspekte und Ausbau der Sportplätze, sondern auch die Förderung des professionellen Sports verlangt. In der Bildungspolitik der Reformierakond geht es in erster Linie um die Konkurrenzfähigkeit des estnischen Bildungssystems in Europa, sowohl in Bezug auf die Höhe der Lehrergehälter als auch der Anhebung der Standards durch wissenschaftliche Kooperationen mit anderen Ländern (Anhang 1: 40). Dies kann unter anderem durch eine vollkommene und umfassende Onlinepräsenz von Estland begünstigt werden. Es

sollen nicht nur Dienstleistungen auf elektronischem Wege schneller und einfacher erreichbar sein, sondern auch die Kultur, Sprache und Literatur mithilfe der Onlinewelt bewahrt und für alle Interessenten einfach zugänglich werden (Anhang 1: 47).

Im abschließenden inhaltlichen Block geht es in dem Parteiprogramm fast schon traditionell um Estland mit Blick über den Tellerrand: seine Sicherheit, Militär und den Ausbau von Zivilgesellschaft. In den internationalen Beziehungen könne Estland mehr als nur ein Kleinstaat durch seine aktive Position in den internationalen Organisationen und einem positiven Vorbild in Sachen *Good Governance*, Menschenrechte und Nachbarschaftspolitik und der besonderen Zusammenarbeit und Beziehungen zu den skandinavischen und baltischen Staaten, den USA und Russland sein (Anhang 1: 53). Zum Konzept eines sicheren Estlands gehört für die Partei nicht nur das professionelle Militär, sondern auch eine gesellschaftliche Integrität, die nur durch die Inklusion der Jugendlichen, die den Minderheiten Estlands angehören, und die Verleihung der estnischen Staatsangehörigkeit an sie (Anhang 1: 55-56) erreicht werden kann. Auch dies ist eine Voraussetzung für eine verstärkte Zivilgesellschaft, in der die Partei eine vereinfachte Form von Kommunikation zwischen dem Bürger und dem Staat fordert. Dabei möchte sie mehr Partizipationsrechte an kommunale Behörden und den Privatsektor vergeben und den Beamten ihren besonderen rechtlichen Status aberkennen.

Fidesz eröffnet seinen gesellschaftspolitischen Wahlprogrammblock mit dem Bereich der Sozialpolitik und betont die traditionelle Notwendigkeit für eine etablierte soziale Sicherheit der Gesellschaft (Anhang 1: 34-35). Dies würde die Ausgrenzung von Bevölkerungsschichten vermeiden und jedem, der Hilfe braucht diese, in der einen oder anderen Weise, bieten. Durch staatliches Engagement, aber auch in Kooperation mit Kirchen und zivilen Organisationen sowie ehrenamtlichen Helfern sollen die Familien gestärkt, die Lage der Älteren verbessert und sozialer Schutz von Kindern und Jugendlichen gesichert werden. Integration der Roma, die allgemeine Bekämpfung der Armut und Aufbau der Zukunft durch Sport und Jugend stehen ebenso auf der Agenda (Anhang 1: 34-35). Im Vergleich zur aktuellen Regierung will Fidesz nicht nur durch Arbeitsschaffungsmaßnahmen, sondern auch durch staatliche Finanzierung die Armen unterstützen. Die Wohlhabenden dagegen werden von Fidesz dazu aufgerufen, den

Ärmeren durch Spenden zu helfen und ihre eigene soziale Verantwortung dadurch zu stärken. In der Familienpolitik konzentriert sich Fidesz auf das traditionelle Familienbild bestehend aus Mann, Frau und (mehreren) Kinder. Es wird nicht erwähnt, ob andere Arten von Familie akzeptiert oder nicht akzeptiert werden, jedoch ist immer die Rede von Vater, Mutter, Kind. Bei der Thematisierung der Probleme der älteren Bevölkerung und Roma-Minderheit greift Fidesz zu unverdeckter Kritik an der aktuellen Regierung, so werden alle deren Fehler aufgelistet und es wird ihnen sogar vorgeworfen, Hetze gegen Roma betrieben zu haben. Die Subventionen und die allgemeine Inklusion der Behinderten in das normale Leben durch Bildung sollen verstärkt werden (Anhang 1: 43). Genauso sollen auch bedürftige Kinder und Jugendliche künftig nicht nur höhere Sätze der finanziellen, sondern auch spirituellen Unterstützung erhalten, damit sie nicht automatisch durch ihr Umfeld in Problemkreise gelangen. Einer Erneuerung bedarf es laut Fidesz auch im Ausbildungssektor. Der Mangel an gut qualifizierten Arbeitskräften ist durch die fehlende Praxis während des Studiums und das Auswandern der besten Fachkräfte verursacht. Deswegen müssen praktische Elemente im Sinne eines Dualen Studiums eingebaut werden, um mehr qualifizierte und vom Arbeitsmarkt gesuchte Fachkräfte auszubilden (Anhang 1: 43). Bildungseinrichtungen müssen von früh an mehr an der Erziehung der Kinder teilnehmen, damit Begabungen und Entwicklungsdefizite festgestellt und das Leben der Kinder angepasst werden kann.

4.1.6.4 Die sechsten Wahlen zusammengefasst

Der Vergleich der letzten Wahlen ist nicht nur der Ist-Wert des Entwicklungsweges der Parteien, sondern auch der Ausgangswert für die Reflektion ihrer bisherigen Transformation. Im Fall von Fidesz lassen sich verschiedene Beobachtungen machen: wenn in der Vergangenheit im Programm immer der politische Gegner kritisiert worden ist, versucht Fidesz jetzt, ein selbstständiges Entlarven der aktuellen Regierung durch lediglich einige Hinweise auf die besonderen Aspekte der Politik zu vollbringen. Auf den ersten Blick handelt es sich bei dem Programm von 2010 um ein gewöhnliches Fidesz-Wahlprogramm, jedoch fallen schnell einige wesentlichen Unterschiede auf. Mit konkreten Politikbereichen werden konkrete Politiker verbunden, so zum Beispiel ist Viktor Orbán die Personifizierung der Politik der nationalen Interessen. Auf diese Weise

werden gleich Zuständigkeiten und Gesichter mit Inhalt verknüpft und assoziiert. Das Programm ist nach Inhalten gruppiert und jedes der Abschnitte ist mit persönlichem Vorwort eines der Fidesz-Politiker versehen. Dies ist eindeutig eine Innovation, in der Fidesz dem Wähler einen zuständigen Menschen zu dem Verantwortungsfeld gibt. Auch ist es über die Jahre mehr Inhalt geworden, denn wenn 1990 die Partei nur ein knapp zwanzigseitiges Programm vorgelegt hatte, sind es 2010 bereits über achtzig Seiten Wahlprogrammatik.

Die Estnische Reformierakond arbeitet 2011 in ihrem Wahlprogramm am Image und der Konzeption des ganzen Landes und umschreibt Estland als das nördliche Land. Die Affinität zu den nördlichen Nachbarn ist politisch und kulturell in Estland schon zum *bon ton* geworden. Seinerzeit entstand es aus dem Widerstand gegenüber der Sowjetisierung, später in den Jahren der Unabhängigkeit als ein Symbol der Modernität und Losgelöstheit vom Ostblock-Stigma, vor allem in der Politik. In der Phase der intensiven EU-Beitrittsdebatten wurde dieses Image ein wenig in den Hintergrund gerückt, denn es könnten konkurrierende Images sein, jedoch wurde es nach dem Erreichen aller Ziele, EU-Beitritt und Einführung des Euro, wieder ausgepackt. Dies kann nicht als eine negative Erscheinung und euroskeptische Tendenz wahrgenommen werden. Es ist vielmehr eine allumfassende Darstellung der Politik für die Partei, denn mit dem Image der skandinavischen Nachbarn wird die Superlative der Wohlfahrt und Demokratie verbunden. Spannend ist jedoch, dass trotz des nördlichen Vorbildes die in den skandinavischen Ländern eine so dominante Rolle spielende soziale und solidarische Komponente der Wirtschafts- und Sozialpolitik bei der Reformierakond unerwähnt bleibt. Allgemein ist das Programm der estnischen Liberalen darauf ausgerichtet, dem Bürger sehr viele Sicherheiten zu bieten: die physische, die gesetzliche, die finanzielle und die Datensicherheit. Es sind jedoch alles Garantien und Optimierungsvorschläge für die staatlichen Leistungen gegenüber dem Bürger – denn die Partei ist trotz ihres Namens nicht reform- sondern eher verbesserungsaffin.

Zusätzlich zur Personifizierung hat der Fidesz auch das Reformieren der Politik im Wahlprogramm angekündigt. Fidesz' Politikakzent liegt an der Schaffung einer Gleichheit der Bürger und der Transparenz des Staates. Die Gleichheit der Behandlung der Bürger ist der einzige Weg, nicht nur zur Wiederherstellung des Rufes der Politik, sondern auch des Staates und seiner Funktionen. Fidesz konzipiert in seinem

Wahlprogramm einen Staat für Bürger. Vergleichend kann festgestellt werden, dass sich die Vorstellungen über einen bürgerfreundlichen Staat der beiden Parteien signifikant unterscheiden. Wenn die Reformierakond von dem Staat als einem Dienstleister spricht, sind für Fidesz der Ruf und die Autorität des Staates sowie die Wiederherstellung des Vertrauens in die Demokratie an der ersten Stelle. Die Aussage zur Demokratie liest sich im Programm einer Partei eines EU-Mitgliedsstaates etwas ungewöhnlich. Das Programm der Reformierakond ist sehr parteitypisch, vor allem in der Wirtschaftspolitik, gestaltet. Das Wahlprogramm des Fidesz beschäftigt sich intensiv mit der Arbeitspolitik im wirtschaftspolitischen Wahlprogramm-Block, was durch das neue Wort „Bürger“ in der Abbeviatur der Fidesz-Partei bedingt und verursacht ist.

Weiterhin vermittelt der Fidesz eine zunehmende Verteidigung der Interessen des Einheimischen vor dem Ausländischen, was zwar keine Diskriminierungsschwelle überschreitet, jedoch eine prominente Stelle im Wahlprogramm besitzt. Hier kann zum Beispiel eine eindeutige Favorisierung der einheimischen Produzenten und Verkäufer, und zwar nicht in der Form der gleichen und offenen Marktbedingungen oder als Benachteiligungsbekämpfung, sondern als konkreten Protektionismus gesehen werden. Fidesz setzt die Inhalte der Gesellschaftspolitik aus dem Jahr 2006 weiter und in den diesen Aspekten kann die Partei am weitesten von dem Ideal einer liberalen Partei platziert werden. Dies ist nicht nur durch die aktive Involvierung der Kirche in das öffentliche Leben des Staates und der Bürger, sondern auch den Ausbau des Sozialstaates, verursacht. Somit sind die Parteien in aktueller Wahlprogramm- und Wahlergebnissen nicht nur zwei Regierungsparteien, und dies ist wahrscheinlich das einzig Gemeinsame, sondern auch zwei Parteien die nach zwanzig Jahren Berufserfahrung aus einem ähnlichen Ausgangspunkt ganz unterschiedliche inhaltlichen Entwicklungen gemacht haben.

4.2 Ergänzende quantitative Analyse der Wahlprogramme mit *Comparative Manifestos Project*

In der quantitativen Analyse der Wahlprogramme wird, ähnlich wie in der qualitativen Analyse, der inhaltliche Wandel der liberalen Parteien in Estland und Ungarn

untersucht. Dies wird in dem folgenden Kapitel mit Hilfe der Wahlprogrammdata des *Comparative Manifestos Projects* (CMP) gemacht. Aus der zentralen Position des Parteienwandels als Forschungsgegenstand, soll vor allem die qualitative Inhaltsanalyse der Wahlprogramme durch die quantitativen Methoden, die bereits oben erläutert sind, ergänzt werden.

Zuerst werden die Links-Rechts-Werte für die Beispielparteien ermittelt. Sie basieren auf den, im CMP-Datensatz enthaltenen, Salienz-Werte und aufgrund dieser Daten auf der Links-Rechts-Skala positioniert. Zusätzlich zu den allgemeinen L-R-Werten, werden anhand der 12-Schritte-Methode von Franzmann/Kaiser (2006: 167) separat die L-R-Werte für gesellschaftspolitische und die ökonomische Dimension gerechnet. Die Policyformulierung erfolgt in den Wahlprogrammen der Parteien meistens politikfeldspezifisch. Daher kann sich die Verteilung der Links-Rechts-Werte in den gesellschaftspolitischen sowie ökonomischen Politikbereichen von den allgemeinen L-R-Werten der Wahlprogramme unterscheiden (Pappi Nr. 76, 2004: 10; Klingemann et al. 2006: 119) und werden daher separat untersucht.

Ein weiterer Schritt in der quantitativen Analyse der Wahlprogramme ist die länderspezifische Aufschlüsselung der Struktur von Positionen der politischen Landschaft in linke, rechte und nicht-konfrontative (Valenz) Positionen (Franzmann 2010: 81). Diese Aufschlüsselung dient dem besseren Verständnis der allgemein im jeweiligen Staat herrschenden politisch-ideologischen Landschaft. Die Klassifizierung der Positionen des CMP-Datensatzes erlaubt es, die jeweilige Partei in der Relation zur politischen Landschaft zu betrachten und diese entsprechend in den politischen Kontext einzuordnen. Gleiches gilt für die weitere Untersuchung der drei Beispieldimensionen aus dem CMP-Datensatz, die hier separat analysiert werden: Es wird im Detail geschaut, wie Parteien mit bestimmten politischen Themen und darin enthaltenen Issues umgehen und welche Auswirkung diese Politiken auf die gesamtideologische Positionierung der liberalen Partei auf der L-R-Skala hat. Zusätzlich werden die Wahlprogramme auf ihre Übereinstimmung untereinander überprüft. Dabei werden alle Programme im Laufe der Zeit berücksichtigt. Schließlich wird diese Überprüfung durch die Ermittlung des Übereinstimmungsindex (Ü) (Franzmann 2008: 82) umgesetzt. Die so ermittelten Indizes werden daraufhin den entsprechenden Wahlergebnissen gegenübergestellt. Mit der Verbindung einer etwaigen Abweichung des

Wahlprogrammes auf der einen Seite und der Wahlperformanz auf der anderen Seite wird eine verlorene Wahl als ein zentraler Grund für Parteienwandel fokussiert (Janda et al. 1995: 173).

Ein Exkurs zum Begriffspaar „Links-Rechts“

Die Begriffe Links-Rechts werden verwendet, um ideologische Positionen auf eine solche Art und Weise zu unterscheiden, dass Gegenstände vergleichbar werden. Dieses Begriffspaar kann verschiedene Gegensätze in sich beinhalten, je nach der konkreten Anwendung und Definition. Die Links-Rechts Dichotomie bildet sich aus verschiedenen Aussagen oder ideologischen Positionen, die eher zu einer *linken* oder *rechten* Weltanschauung passen können. Eine einheitliche Konzeption des Links-Rechts hilft, die Vergleichbarkeit der Positionierung auf der Links-Rechts-Skala zu erhöhen. Da in hiesiger Analyse das L-R Begriffspaar eine bedeutende Rolle spielt, wird hier erklärt, wie Links-Rechts im Rahmen der vorliegenden Arbeit zu verstehen ist.

Das Begriffspaar Links-Rechts kann unterschiedlich konzeptualisiert werden. Häufig wird in der Literatur der rationale Ansatz von Downs zur Erläuterung des Links-Rechts verwendet. Im Verständnis von Downs geht es vor allem um die rationale Positionierung der Parteien durch den Wähler in dem eindimensionalen Links-Rechts-Wettbewerbsraum (Downs 1957: 142). Die Unterscheidung der Begriffe Links-Rechts nach Downs basiert auf der Einmischung der Regierung und des Staates in die Wirtschaft (Downs 1957: 116). Somit markiert das äußere linke Ende der Links-Rechts-Skala eine Position in der der Staat vollkommene Kontrolle über die Wirtschaft hat und das rechte Ende bezeichnet die Dominanz der freien Marktwirtschaft. Da die Downsche Definition sehr stark auf dem marktwirtschaftlichen Aspekt basiert, wird dieses Konzept im Folgenden definatorisch geöffnet.

Seit der Entwicklung des CMP-Codeschemas für die Comparative Manifestos Studie von Budge et al. 1979 für den Vergleich der Parteiprogrammentwicklungen im Nachkrieges Westeuropa, ist die darin beinhaltene Links-Rechts-Skala wohl eine der umfassendsten und universell anwendbar. Das Links-Rechts basierte Codeschema von CMP wurde 2006 von Klingemann et al. an den Kontext der südostmitteleuropäischen und anderen post-sowjetischen Staaten angepasst. Es handelt sich aber nicht um eine Neukategorisierung

der Links-Rechts Dichotomie, sondern um zusätzliche Variablen im Codebuch (2006: 159-163). Dank ihrem Werkzeugcharakter hat die L-R-Skala von Budge sowie Klingemann et al. einen umfassenden Ansatz bezüglich der Gegensatzpaare von Links-Rechts, sodass auch die regionalen Besonderheiten der verschiedenen Politikbereiche abgedeckt werden können. Da die empirische Analyse der vorliegenden Arbeit auf dem Datensatz des CMP aufgebaut ist, dient diese L-R-Konzeption als Grundlage der Analyse.

„At a minimum, the left-right division appears to offer both sense and shape to an otherwise complex political reality“ (Mair 2007: 208). Die Konstruktion der politischen Realität, um die es Mair geht, liegt hier der Definition des Links-Rechts Begriffes zugrunde. Links und rechts sind zeit- und ortsabhängig und müssen nicht für die politische Landschaft der USA und jener in den osteuropäischen Staaten gleich sein. Da die Beispielparteien dieser Arbeit in Ostmitteleuropa liegen, wird bei der Festlegung von Links-Rechts auch darauf Rücksicht genommen. Daher wird hier die Perspektive von Bobbio für die Betrachtung von Links-Rechts übernommen. Diese Definition hat nämlich eine allgemeinere und auf alle Politik- sowie Gesellschaftsbereiche übertragbare theoretische und nicht wirtschaftlich-ideologische Konzeptionierung des Links-Rechts. Für Bobbio kann Links-Rechts analog mit dem Gegensatzpaar Gleichheit-Hierarchie (Bobbio 1994: 66) verstanden werden. Dies geschieht, weil Bobbio eine kontextuell anpassungsfähige Anwendung der Begriffe Links-Rechts für die Untersuchung der Beispielparteien anbietet. Das heißt, dass seine Links-Rechts-Skala nicht entweder ökonomisch oder gesellschaftspolitisch verstanden werden muss, sondern zu allen Dimensionen passen kann. Bobbio behandelt das Begriffspaar L-R mit einer angemessenen Distanz angesichts der Ambivalenz von ihrer Deutung und Anwendung. Links-Rechts verweist nicht nur auf vermeintliche Ideologien, sondern Gegensätze von Ideen, Interessen und Wertungen, die in einer Gesellschaft etabliert sind, so Bobbio (1994: 13-14, 76-80).

Ein zusätzlicher Grund für die Wahl dieser Definition des Links-Rechts als Grundlage für die Untersuchung der liberalen Parteien Ostmitteleuropas ist die kommunistisch-sozialistische Vergangenheit der Beispielländer, in denen die liberalen Parteien der vorliegenden Arbeit lokalisiert sind. Daraus resultiert nicht nur ein historisch geprägtes Konfliktliniengefüge in den jeweiligen Staaten, sondern auch eine besondere Stellung zum „Links“. Das „Links“ wird stark in den politischen aber auch wissenschaftlichen

Diskursen mit der Konfliktlinie „kommunistisch-antikommunistisch“ beziehungsweise „sozialistisch-antisozialistisch“ (Dieringer/Õispuu 2008: 64) assoziiert. Dies beeinflusst die Konnotation der Werte und der Positionen, die eine eher linke Tendenz besitzen, denn die Tradition der linken Ideen und Werte ist lange und stark durch die kommunistischen und sozialistischen Interpretationen geprägt worden. Gleichzeitig wird Links aber auch aufgrund der politischen Geschichte der Länder eher negativ assoziiert. Schließlich gibt es weder in Ungarn, noch in Estland ausgeprägte sozialdemokratische Tradition und daher erhält Links eine kommunistisch/sozialistische und negative Konnotation. Auch die Definition von rechts gestaltet sich nicht nur allgemein, sondern in den Fällen von Estland und Ungarn, auch kompliziert. Das „Rechts“ bewegt sich ein einem Feld, in dem die eine Seite Gleichheit vor allem im Sinne der kommunistischen und sozialistischen Traditionen zu reduzieren sucht und andererseits mit „Rechts“ die Entstehung rechts-populistischer Parteien gemeint sein kann. Gleichzeitig sind beide Seiten sehr zentral für die postsozialistischen Staaten Ostmitteleuropas. Somit ist das Rechts einerseits wirtschaftspolitisch und andererseits ideologisch bestimmt. Die Art, Links-Rechts nach Bobbio zu definieren, bietet daher hierfür eine akzeptable Menge an Wertneutralität in Bezug auf den Kontext und die Analyse der ideologischen Positionen der liberalen Parteien in Estland und Ungarn.

4.2.1 Links-Rechts Werte und Comparative Manifestos Studie

Auf Basis der CMP-Codebuchpositionen und der für diese ermittelten Salienz-Werte werden die L_R-Werte der Wahlprogramme für die empirische Untersuchung berechnet (Klingemann et al. 2006: 154-159). Die Links-Rechts-Skala von CMP gruppiert verschiedene ideologisch oppositionelle Positionen aus verschiedenen Kategorien zu Links- und Rechts-Positionen, d.h. zu oppositionellen Codes (Klingemann et al. 2006: 5). Diese Codes dienen der Analyse der Wahlprogramme möglichst vieler Parteien bei mehreren Wahlen, um ihre Bewegung auf der Links-Rechts-Skala verorten zu können (Klingemann et al. 2006: 3). Im Datensatz des CMP sind die Salienzen für die Positionen der Wahlprogramme der meisten Parteien Europas vorhanden. Aus diesem Grund eignet sich der CMP-Datensatz optimal für eine vergleichende Analyse und ist die einzige derartig umfassende Datenbank für die Positionswerte der Parteien.

Die Ermittlung der L-R-Werte des Wahlprogramms beginnt beim Kodieren der Wahlprogramme und dem Ausrechnen der entsprechenden Salienz-Werte einzelner Issues aus den Wahlprogrammen. Als Grundlage für die L-R-Werte dient die Salienztheorie, die davon ausgeht, dass die Parteien in ihren Wahlprogrammen ihre eigenen Issues betonen werden. Demnach kann anhand der im Wahlprogramm vorkommenden Issues ein Positions-Bild der Partei und ihrer Inhalte gebildet werden. Die L-R-Werte für die Parteien werden schließlich mathematisch durch das Dividieren der Summen der Positionswerte, aus der Differenz der Summe der rechten und linken Positionswerte, mit der Summe aller Positionswerte kalkuliert. Die auf diese Weise gewonnenen L-R-Werte der Wahlprogramme der Parteien können anschließend auf der Links-Rechts-Skala positioniert werden (Klingemann et al. 2006: 5; Franzmann/Kaiser 2006: 164). Die Positionierung der Partei mit Hilfe der L-R-Werte erfolgt dabei nach einem einfachen Prinzip: je mehr linke oder rechte Positionen eine Partei in ihrem Wahlprogramm hat, desto mehr links oder rechts wird die Partei entsprechend auf der Skala platziert, entsprechend ihrem L-R-Wert von 0 bis 10, mit 0 =“maximal Links“ und 10 =“maximal Rechts“. Die Positionierung auf der Links-Rechts-Skala entspricht nicht zwingend dem Namen oder der ideologischen Selbstwahrnehmung, sondern bestimmt die Position der Partei im Wettbewerbsraum und auf der Links-Rechts-Skala anhand ihrer Issues. Je nachdem, wie der L-R-Wert ausfällt, wird die ideologische Positionierung der Partei mit ihren in den Wahlprogrammen kommunizierten politischen Positionen gebildet. Sollten die linken und rechten Positionen die gleiche Anzahl haben und sich somit gegenseitig neutralisieren, können die Inhalte der Partei nur schwer ideologisch eingestuft werden. Hat eine Partei, die sich als links wahrnimmt, jedoch keinen hohen L-R-Wert, dann würde dies ihrer ideologischen Ausrichtung widersprechen. Die L-R-Werte der Wahlprogramme ermöglichen also die Veränderungen in den Wahlprogrammen direkt anhand der Verschiebungen der Parteipositionen auf der Links-Rechts-Skala zu veranschaulichen, und bringen die einzelnen Beobachtungen aus der qualitativen inhaltlichen Analyse auf eine einheitliche und vergleichbare Einheit.

Links-Rechts allgemein, gesellschaftspolitisch und ökonomisch – alles gleich?

So wie es verschiedene theoretische Deutungen von Links-Rechts gibt, ist auch das Verständnis von dem Begriffspaar in dem Feld des politischen Wettbewerbes

unterschiedlich. Die Links-Rechts Schemata sind in verschiedenen Ländern nicht immer gleich (Franzmann 2008: 81; Mair 2007: 212; Franzmann/Kaiser 2006: 165). Deutlich wird das anhand der Ergänzungen im Codebuch von CMP, die speziell für die Analyse der ostmitteleuropäischen Staaten oder anderen OECD Mitgliedsstaaten benutzt werden (Klingemann et al. 2006: 159-161). Da die L-R Issues konfrontative Issues sind, d.h. den politischen Wettbewerbsraum polarisieren, sollte eine länderspezifische separate Aufstellung der Links-Rechts-Valenz Issues sowie eine separate Untersuchung der L-R-Werte für verschiedene Politikdimensionen durchgeführt werden.

Um die Positionen einer Partei genauer beobachten zu können, muss ihr Kontext berücksichtigt werden. Dafür wird die Wettbewerbsstruktur des jeweiligen Landes kategorisiert. Auf diese Weise können die L-R-Positionen der liberalen Parteien in Relation zur Wettbewerbsstruktur betrachtet werden. Konkret werden die jeweiligen Issues (nach den Codes von CMP) in Links-, Rechts- und Valenz-Positionen eingeteilt. Dies zeigt, welche Relevanz die ideologische Positionierung und Strukturierung der einzelnen Issues in Estland und Ungarn haben. Es wird davon ausgegangen, dass die Länder nicht komplett identische Issue-Strukturen besitzen. In der folgenden Analyse werden also Issue-Strukturen für Estland und Ungarn separat und selbstständig gebildet sowie betrachtet.

Zusätzliche Erkenntnisse über die inhaltliche Ausrichtung der Parteien werden daraus geschöpft, dass die L-R-Werte sowohl für alle Issues insgesamt erfasst werden, als auch für die Issues jeweils der gesellschaftspolitischen und ökonomischen Dimension erhoben werden. Somit werden in der folgenden Analyse die Links-Rechts-Werte für einzelne Politikdimensionen separat berechnet. Das ist notwendig, weil es mögliche Dichotomien in der Programmatik und dem inhaltlichen Wandel erkennbar macht. Damit ist gemeint, dass die allgemeinen L-R-Werte der Partei größere Sprünge innerhalb einzelner Politikbereiche nicht so deutlich demonstrieren, wie das separate Betrachten der Positionen zu einem konkreten Politikbereich (Franzmann/Kaiser 2006: 167; Franzmann 2008: 89-91). Zum Beispiel kann in dem L-R-Wert der ökonomischen Dimension die ideologische Verschiebung, die durch eine Verstaatlichungspolitik verursacht werden kann, erkannt werden. Somit werden die L-R-Werte der gesamten Wahlprogramme zusätzlich durch die L-R-Werte der gesellschaftspolitischen und ökonomischen Dimensionen ergänzt. Die gesellschaftspolitische und ökonomische

Dimension wird mit Hilfe der 12-Schritte-Methode von Franzmann und Kaiser (2006: 167) ermittelt, die auch ursprünglich die getrennte Analyse der Links-Rechts-Werte vorschlägt. Nach deren Vorgehen werden für die jeweiligen Länder, in denen sich die Parteien befinden, die Kategorien des CMP in Positions- (L-R), Valenz- und Irrelevante-Issues eingeteilt. Dies wird auch für Estland und Ungarn durchgeführt. Aus den einzelnen Positionen werden Salienz-Werte gebildet indem die ökonomischen-, gesellschaftspolitischen- sowie valenz-Positionen gruppenweise summiert werden. Die 56 Kategorien des CMP können in wirtschaftspolitische, sozial- oder gesellschaftspolitische und sonstige Issues gegliedert werden. (Linhart/Shikano 2007: 2-4) Hier werden die Positionen in ökonomische und gesellschaftspolitische Dimension, wie bei Franzmann/Kaiser (2006), gegliedert. Es ergeben sich somit aus den gesellschaftspolitischen Issues der L-R-Wert für die gesellschaftspolitische Dimension, aus den ökonomischen Issues der L-R-Wert für die ökonomische Dimension und der allgemeine L-R-Wert aus der Summe aller Positionen. Diese drei Kategorien helfen, den politischen Wettbewerb der Parteien zu strukturieren und sie präzise auf der Links-Rechts-Skala zu positionieren (Franzmann/Kaiser 2006: 167). Die Abbildung 4 zeigt die Links-Rechts Dimensionen und zu ihnen gehörende Codes des Codebuches des CMP, unterteilt in gesellschaftspolitische sowie ökonomische Dimensionen und nach Links- und Rechts-Positionen gruppiert. In dem Codeschema des CMP werden die linken und rechten Positionen durch konkrete *Issues* gefasst. Für das spätere Verständnis der Analyseergebnisse hier in Kürze die einzelnen Positionen dargestellt werden.

Wie in Abbildung 4 deutlich wird, sind die Links-Rechts-Positionen in Ungarn und Estland unterschiedlich aufgeteilt, auch wenn beide zu der Gruppe der ostmitteleuropäischen Staaten gehören. Auf den ersten Blick fällt auf, dass die Überlappungen der Links-Rechts-Positionen in den einzelnen Dimensionen der Staaten allgemein sehr gering sind. Ebenso fällt auf, dass Estland insgesamt weniger Links-Rechts Positions-Issues hat als Ungarn. Im Einzelnen betrachtet wird deutlich, dass sich zum Beispiel in der ökonomischen Dimension Estland und Ungarn nur vier Codes (per405, per415, per416, per504) teilen, die ideologisch gesehen als linke Positionen des Wettbewerbsraumes definiert werden. Ähnliches kann auch für die Rechts-Positionen beobachtet werden, denn dort gibt es lediglich drei Codes (per303, per407, per414) die in beiden Staaten als „Rechts“ für den politischen Wettbewerbsraum definiert werden.

Abbildung 4: Links-Rechts Positionen nach Dimensionen in Ungarn und Estland

	LINKS	RECHTS
Ökonomische Dimension	403 Market Regulation: + (EE) 404 Economic Planning: + (EE) 405 Corporatism: + 410 Productivity: +(HU) 412 Controlled Economy: + (EE) 413 Nationalization: + (EE) 415 Marxist Analysis: + 416 Anti-Growth Economy: + 503 Social Justice: + (HU) 504 Welfare State Expansion: + 701 Labour Groups: + (HU) 704 Middle Class and Professional Groups: + (HU)	303 Governmental and Administrative Efficiency: + 401 Free Enterprise: + (HU) 402 Incentives: + (HU) 403 Market Regulation: +(HU) 404 Economic Planning: + (HU) 406 Protectionism: +(HU) 407 Protectionism: - 408 Economic Goals (EE) 409 Keynesian Demand Management: + (HU) 413 Nationalization: + (HU) 414 Economic Orthodoxy: + 505 Welfare State Limitation: + (HU) 703 Farmers: + (HU)
Gesellschaftspolitische Dimension	101 Foreign Special Relationships: + (HU) 105 Military: - 106 Peace: + 107 Internationalism: + 108 European Integration: + (HU) 201 Freedom and Human Rights: + 202 Democracy: + 203 Constitutionalism: + (HU) 305 Political Authority: + (HU) 501 Environmental Protection: + 506 Education Expansion: + 602 National Way of Life: - (EE) 604 Traditional Morality: - (HU) 606 Social Harmony: + (HU) 607 Multiculturalism: + 705 Underprivileged Minority Groups: + (EE)	103 Anti-Imperialism: Anti-Colonialism (HU) 104 Military: + 109 Internationalism: - (HU) 110 European Integration: - (HU) 204 Constitutionalism: - (HU) 304 Political Corruption: - (HU) 502 Culture: + (HU) 507 Education Limitation: + (HU) 601 National Way of Life: + 603 Traditional Morality: + 605 Law and Order: + 705 Underprivileged Minority Groups: + (HU) 706 Non-economic Demographic Groups: + (HU)

In der Abbildung 4 sind einzelne Positionen entsprechend der Dimensionen aufgeführt. Wenn Positionen nur für jeweilig ein Land zutreffen, sind diese entsprechend durch (HU) für Ungarn oder (EE) für Estland markiert. „+“ steht dabei für Positiv und „-“ für Negativ. Quelle: eigene Darstellung.

Neben den verschiedenen länderspezifischen Positionen im ökonomischen Bereich sind besonders jene Positionen spannend, welche die gleiche Position für den einen Staat „Links“ und für den anderen „Rechts“ bedeuten. So ist der Code *Economic Planning: Positive* (per404) für Ungarn eine Rechts- und für Estland eine Links-Position. Dieser Code ist fast ein Paradebeispiel für die Konnotation einer Position. Der Code *Economic Planning: Positive* (per404) wird in Estland direkt mit der sozialistischen Planwirtschaft in Verbindung gebracht und dadurch auf die *linke* Seite des politischen Wettbewerbsraumes geschoben. Gleiches gilt auch für den Code *Nationalization: Positive* (per413), der erneut aus der Perspektive von Ungarn eine rechte Position verkörpert

und für Estland eine linke. Hier wirkt die Politik der Privatisierung, die in Estland Anfang 1990 prioritär war, so dass eine Verstaatlichung nur noch mit der Vergangenheit des kommunistischen Regimes in Verbindung gebracht werden kann und daher nur Links wahrgenommen wird.

Interessant ist, dass die beiden Codes per404 und per413 in Ungarn eher auf die rechte Seite des Wettbewerbsraumes gehören. Dies kann mit Hilfe der Nostalgie nach einem Ungarn, dessen Produktionslandschaft von nationalen Herstellern geprägt ist, erklärt werden. Denn in den 1990er Jahren wurden im gesamten ostmitteleuropäischen Raum die meisten Fabriken von westlichen Investoren aufgekauft. Dagegen betrachtet Ungarn die Verstaatlichungspolitik als Rückkehr des Besitzes von Fabriken und Land *nach Hause*. In Estland andererseits sind solche planwirtschaftsähnliche Konzepte und Verstaatlichungstendenzen kein Teil des politischen Wettbewerbs bei den Wahlen. In Ungarn bleiben gerade diese beiden Themen dominant, besonders für den Fidesz.²⁶

Die gesellschaftspolitische Dimension beinhaltet ebenso eine länderspezifische Aufteilung der Positionen in Estland und Ungarn. Sie ist allerdings im Vergleich zur Ökonomischen einheitlicher. Allgemein kann festgestellt werden, dass Ungarn einen ausgeprägten Katalog der gesellschaftspolitischen Links-Rechts-Issues hat, die die Wettbewerbsstruktur beeinflussen. Der einzige Code, der in dieser Dimension in den Ländern auf den gegenüberliegenden Seiten der Wettbewerbsstruktur liegt ist Underprivileged Minority Groups: Positive (per705). Bei diesem Code lässt sich die Einordnung nach rechts in Ungarn durch die Favorisierung der sozial-schwachen Bürger in der Sozialpolitik begründen. Die Linke Positionierung des gleichen Issues in Estland ist dadurch bedingt, dass es im Vergleich zu Ungarn keine stark ausdifferenzierte Unterscheidung und Abstufung der verschiedenen Niveaus der Sozialleistungen gibt. Somit ist die Position im Fall von Estland näher zum Begriff Gleichheit und im Fall von Ungarn zur Hierarchie.

²⁶ Wirtschaftspolitik und die Szécheny-Pläne; Verstaatlichung des Landes durch den Ungarischen Staat sowie kontrollierter Verkauf und Verpachtung. Siehe Synopsis - Anhang 1: 3.) Umwelt c.) Landwirtschaft: FIDESZ 1994, 1998:16-18; 4.) Wirtschaft: FIDESZ 2002, 2006: 20-29.

4.2.2 Die einzelnen Positionen der Parteien und der Parteiensysteme

Um einen vollständigen Eindruck über die Positions-Issue-Landschaft der Länder zu geben, werden im Folgenden die Issues in Links, Rechts, Valenz und Irrelevant unterteilt. Für die genauere Betrachtung der einzelnen Issues und deren Bezug zu den untersuchten Parteien, sind in der Abbildung 5 die einzelnen Codes des CMP und deren Positionen für die Parteiensysteme in Ungarn und Estland dargestellt. Dabei ist die Einstufung vom Kontextwissen ausgehend erfolgt. Auf diese Weise soll die allgemeine Verteilung der Issues in der politischen Landschaft charakterisiert werden und es ermöglichen, die Positionen der einzelnen Parteien besser zu kontextualisieren.

Allgemein kann anhand der dargestellten Tabelle der Abbildung 5 festgestellt werden, dass die Issues im ungarischen Parteiensystem viel stärker polarisiert sind als in Estland, da der Anteil von Links-Rechts-Issues viel höher ist als der Valenz- oder Irrelevanten Issues. In Estland dagegen herrscht eine deutliche Dominanz der Valenz-Issues über die Links-Rechts-Positionen. In Ungarn sind die linken und rechten Positionen von ihrer Anzahl fast im Gleichgewicht und die Valenz-Issues befinden sich in einer eindeutigen Minderheit. Gleiches gilt für die irrelevanten Positionen. Diese Zuordnung der Issues in überwiegend Positions-Issues denn als Valenz-Issues ist ein Hinweis darauf, dass die ungarischen Parteien eher weniger auf den zwischenparteilichen Konsens ausgerichtet sind und den Wähler vor die polarisierende *Entweder-oder* Wahl stellen. Hinzu kommt die Beobachtung, dass Kategorien wie die Unterstützung des Föderalismus (per301), des Anti-Protektionismus (per407), der ökonomischen Ziele (per408), sowie die Stellungnahme zur Technologie und Infrastruktur (per411) in den verschiedenen Politikbereichen, und zur Unterstützung der regulierten Wirtschaft (per412), in Ungarn als Valenz-Issues eingestuft werden können.

Wie anhand der gezeigten Beispiele für Ungarn gesehen werden kann, sind es die Valenz-Issues, über die die meisten Parteien im Konsens sein werden. Die meisten Positionen der Wirtschaftspolitik (per401, per402, per403, per404, per406, per409, per413, per414), der Nationalpolitik (per601, per603, per605, per608), das Definieren und Thematisieren der besonderen Bevölkerungsgruppen (per703, per705, per706), sowie die Konzeption eines konstitutionsgestützten und militärgesicherten, anti-

imperialen, effizient geregelten Staates (per103, per103, per109, per110) konzentrieren sich im rechten Flügel der politischen Landschaft.

Abbildung 5: Positionsstrukturen der Parteien in Estland und Ungarn.

	Links	Rechts	Valenz	Irrelevant
Estland	per105 per201 per202 per403 per404 per405 per412 per413 per415 per504 per506 per602 per607 per705 per106(2003-2011) per107(2003-2011) per416(2003-2011) per501(2003-2011)	per104 per303 per407 per408 per414 per601 per603 per605	per101 per409 per102 per410 per103 per411 per108 per502 per110 per503 per203 per507 per204 per606 per301 per608 per305 per701 per401 per702 per402 per703 per406 per704 per706 per106(1992-2003) per107(1992-2003) per416(1992-2003) per501(1992-2003)	per109 per302 per304 per505 per604
Ungarn	per101 per105 per106 per107 per108 per201 per202 per203 per305 per405 per410 per415 per416 per501 per503 per504 per506 per604 per606 per607 per701 per704	per103 per104 per109 per110 per204 per303 per304 per401 per402 per403 per404 per406 per409 per413 per414 per502 per507 per601 per603 per605 per608 per703 per705 per706 (2010)	per301 per407 per408 per411 per412	per102 per302 per505 per602 per702

Die Jahreszahlen hinter den Code-Nummern markieren den Zeitraum in dem die konkrete Position als eine Links-, Rechts-, Valenz- oder Irrelevante Position definiert werden konnte, falls sich etwas in dem Untersuchungszeitraum verändert hat. Quelle: Eigene Einstufung und Darstellung.

Anhand der Struktur der Positionen kann für Ungarn keine eindeutige Links- oder Rechts-Tendenz des Parteiensystems festgestellt werden. Da die Links-Rechts-Verteilung die meisten *Issues* umfasst, kann aber festgestellt werden, dass das Parteiensystem inhaltlich stark polarisiert ist. Anders als in Ungarn, herrscht in Estland eine klare Dominanz der Valenz-Issues. Das kennzeichnet auch den Hauptunterschied des Parteiensystems im Vergleich zu Ungarn: Die estnische politische Wettbewerbslandschaft ist viel stärker konsensbasiert als die Ungarische. Den Valenz-Issues folgen die Positions-Issues mit Links- und lediglich acht Rechts-Issues. Anhand der rechten Issues des Befürwortens des Militärs (per104), der staatlichen und administrativen Effizienz (per303), der negativen Einstellung zum Protektionismus (per407), der wirtschaftlichen Ziele (per408), der wirtschaftlichen Orthodoxie (per414), der positiven Einstellung gegenüber nationalen Lebensweisen (per601), der traditionellen Moral (per603) und der Befürwortung von Recht und Ordnung (per 605) lässt sich erstens eine große Übereinstimmung mit der Rechts-Skala von Klingemann et al. (2006: 5) und gleichzeitig allgemein eine niedrige Anzahl an rechten Positionen feststellen. Die stärker ausgeprägten linken Positionen umfassen vor allem die Bereiche des Friedens, der Demokratie, der Menschenrechte und der internationalen Kooperationen (per105, per106, per107, per201, per202). Eine Reihe von wirtschaftspolitischen Aspekten (per403, per404, per405, per412, per413, per415, per416) strukturiert ebenso den linken Bereich der politischen Landschaft in Estland. Die allgemein geringe Anzahl der Rechts-Issues ist aber erster Linie dadurch bedingt, dass es in Estland keine signifikanten Parteien gibt, die wettbewerbsrelevante Positionen des politischen „Rechts“ vertreten würden. Gleichzeitig zeigt die Konsensorientierung der Issues in Estland auch den allgemeinen Trend der Parteien zur politischen Mitte bezüglich der speziellen Links-Rechts Struktur des jeweiligen Parteiensystems.

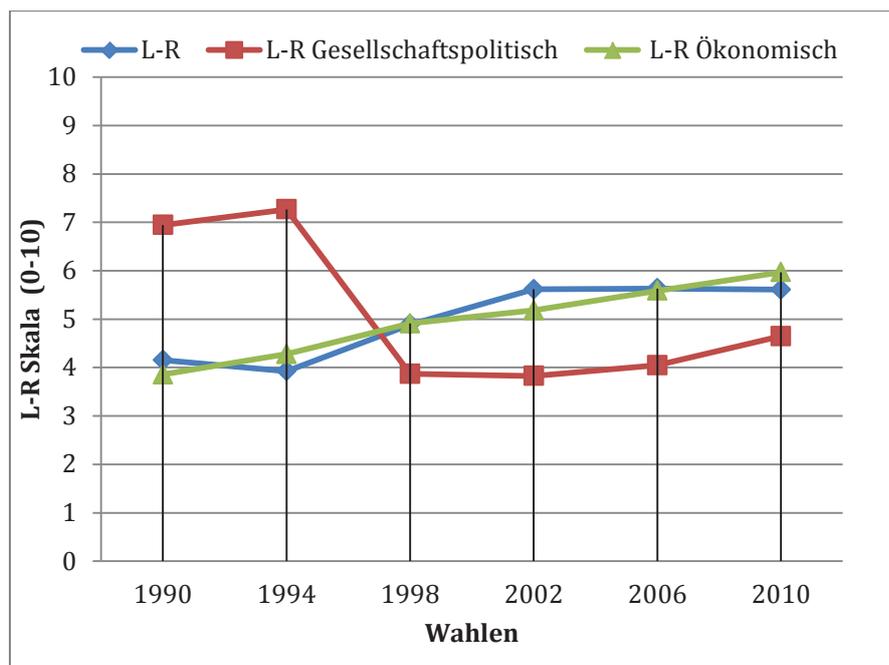
4.2.3 Ideologische Positionierung auf der Links-Rechts-Skala: Estland und Ungarn

Die Links-Rechts-Werte der ungarischen sowie estnischen liberalen Parteien zeigen im Detail mehrere größere Unterschiede, was allerdings schon in der qualitativen inhaltlichen Wahlprogrammanalyse festgestellt werden konnte. Wichtig ist, dass die drei L-R-Graphen des Fidesz auf den ersten Blick deutlich machen, dass die allgemeinen L-R-

Werte nicht sämtliche Details der ideologischen Positionierung der Parteien abbilden können. Was sich für beide Parteien und deren L-R-Graphen gemeinsam feststellen lässt, sind große Umbrüche innerhalb der L-R-Werte bis zu den dritten Wahlen und eine anschließende Homogenisierung. Zum Schluss des Untersuchungszeitraumes bewegen sich die L-R-Werte der Liberalen in Estland und Ungarn sogar in die gleichen Wertebereiche. Da es aber bekannt ist, dass die Parteien über den Untersuchungszeitraum unterschiedliche ideologische Profile entwickeln, müssen ihre L-R-Positionen näher betrachtet werden.

Die Abbildung 6 zur Entwicklung der L-R-Werte des Fidesz zeigt eine Verschiebung auf der L-R-Skala. Das entspricht einer sprunghaften Transformation inhaltlicher Positionen.

Abbildung 6: Entwicklung der L-R-Werte des Fidesz



Quelle: Eigene Darstellung.

Im Fall von Fidesz kann besonders zwischen den zweiten und den dritten Wahlen ein großer Umbruch beobachtet werden. Gerade die Veränderung des L-R-Werts der gesellschaftspolitischen Dimension zeigt das Ausmaß der inhaltlichen Transformation der Wahlprogramme der Partei zwischen der zweiten und dritten Wahl. Durch die separate Betrachtung der Links-Rechts-Werte der gesellschaftspolitischen Dimension wird klar, dass nach den zweiten Wahlen für Fidesz ein aus der ideologischen Perspektive heraus betrachtet neuer Abschnitt beginnt. Das Gleiche konnte schon in der

qualitativen Analyse der Wahlprogramme festgestellt werden. Aus der Grafik der Entwicklung wird ebenso deutlich, dass der allgemeine Links-Rechts Wert die inhaltliche Transformation der Partei nicht in dem vollen Maße widerspiegelt, wie es die separaten Graphen der gesellschaftspolitischen und der ökonomischen Dimensionen abbilden.

Abbildung 7: Links-Rechts Werte des Fidesz, 1990-2010.

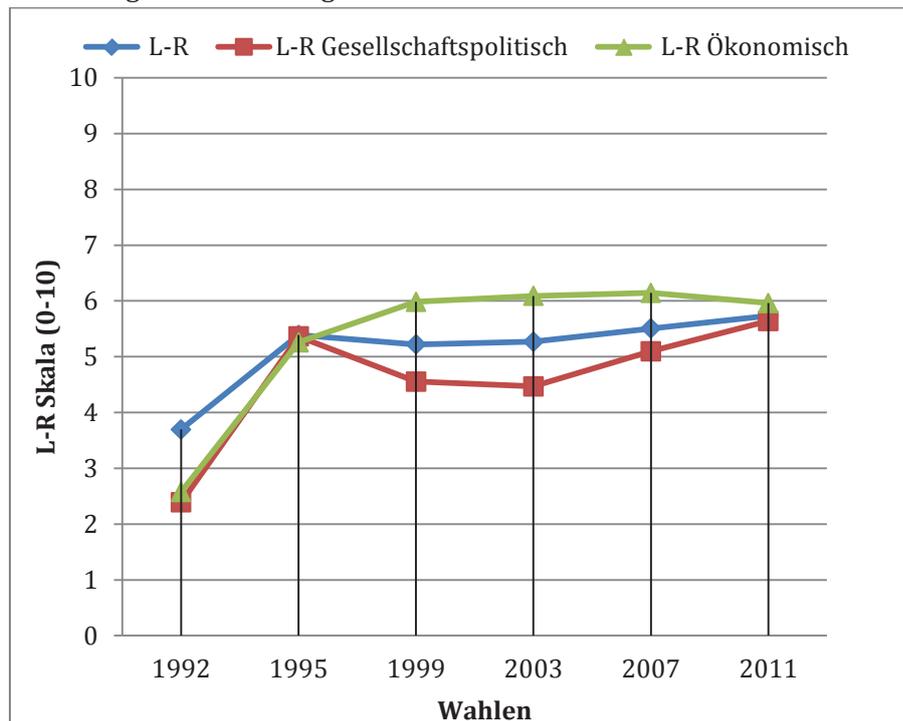
Wahlprogramm	L-R	L-R Gesellschaftspolitisch	L-R Ökonomisch
1990	4,15	6,94	3,86
1994	3,92	7,27	4,28
1998	4,89	3,87	4,91
2002	5,62	3,83	5,18
2006	5,63	4,05	5,59
2010	5,61	4,65	5,97

Quelle: Eigene Darstellung auf Basis des CMP-Datensatzes.

Bei näherer Betrachtung der einzelnen Dimensionen sind entgegengesetzte Trends zu beobachten. Die L-R-Werte der ökonomischen Dimension des Fidesz bewegen sich mit einem permanenten Trend in den ideologischen Rechts-Bereich der L-R-Skala. Der Tabelle in der Abbildung 7 kann entnommen werden, dass die inhaltliche Positionierung der Partei in der ökonomischen Dimension sich von dem Wert 3,86 im Jahr 1990 bis zu 5,97 in 2011 entwickelt hat. Für eine liberale Partei mit einer lediglich 25-jährigen Geschichte ist das eine signifikante ideologische Transformation. Die Werte der gesellschaftspolitischen Dimension demonstrieren einen komplett entgegengesetzten Trend. Zu den gesellschaftspolitischen Issues entwickelt die Partei von ihrer Ausgangsposition 6,94 auf der L-R-Skala im Jahr 1990 eine 4,65 Position im Jahr 2010, in dem der Untersuchungszeitraum endet. Dabei zeigen die allgemeinen Links-Rechts-Werte eine viel geringere Veränderung, nämlich vom Ausgangswert 4,15 auf 5,61 im Jahr 2010. Diese numerische Entwicklung des allgemeinen L-R-Wertes wird in keinem Fall dem Maß und Umfang der inhaltlichen Transformation des Fidesz gerecht, und durch die separate Berechnung der L-R-Werte für die separaten Politikdimensionen wird erst klar, wie stark sich die Partei in ihren Wahlprogrammen ideologisch wandelt. Die quantitative Analyse der Positionen der Parteiprogramme des Fidesz bestätigt somit die Befunde aus der qualitativen Analyse ihrer Wahlprogramme. Eine besondere Bedeutung kommt dabei der Betrachtung von gesellschaftlicher und ökonomischer Dimension zu. Einerseits kann bei der Wirtschaftspolitik ein Trend zur stärkeren Verstaatlichung und somit die Entfernung von der liberalen Marktwirtschaftspolitik

gesehen werden. Gleichzeitig bestätigt die Entwicklung der gesellschaftspolitischen und der ökonomischen Dimensionen der Links-Rechts-Werte die Widersprüchlichkeit der Fidesz-Politik. Wenn die Partei allgemein in die Mitte der L-R-Skala platziert werden kann, zeigen der Links-Trend der gesellschaftspolitischen und der Rechts-Trend der ökonomischen Dimension den Kern des inhaltlichen Widerspruchs von Fidesz. Diese ungewöhnliche Kombination macht es schwer, die Partei nicht nur aktuell, sondern auch im Laufe ihrer Geschichte einheitlich bestimmten ideologischen Richtungen zuzuordnen.

Abbildung 8: Entwicklung der L-R-Werte der ELDP und Reformierakond



Quelle: Eigene Darstellung.

Die quantitative Analyse der Wahlprogramme und der Links-Rechts-Werte der estnischen liberalen Partei zeigt ebenso eine Ähnlichkeit zu den Ergebnissen der qualitativen Inhaltsanalyse der Wahlprogramme. Wie in der Abbildung 8 gesehen werden kann, ist die jeweilige inhaltliche Entwicklung der ELDP und Reformierakond im Verlauf ziemlich homogen. Entsprechend gilt dies auch für die einzelnen L-R-Werte der gesellschaftspolitischen und ökonomischen Dimensionen sowie des allgemeinen L-R-Wertes. Der einzige größere Sprung in der Grafik findet nach den ersten Wahlen statt. Das fällt zeitlich, kurz vor den Wahlen 1995, mit der Entstehung der Reformierakond und dem daraus folgenden Zusammenschluss der ELDP mit der Reformierakond zusammen. Die Links-Rechts Werte widerspiegeln einen inhaltlichen Neuanfang deutlich durch, eine in der ganzen Existenzgeschichte der Partei, größte Veränderung

der allgemeinen L-R- sowie der ökonomischen und gesellschaftspolitischen teildimensionalen L-R-Werte.

So hat die liberale Partei in Estland 1992 eine Ausgangsposition auf der L-R-Skala mit dem Wert von 3,69 der sich 1995 in 5,39 verändert und danach aber bis 2011 relativ stabil bleibt. Es können auf dem Graphen zwar leichte Veränderungen gesehen werden. Sie bewegen sich aber innerhalb von einer Werteposition auf der L-R-Skala, so dass von keiner großen Veränderung gesprochen werden kann. Der Verlauf der Graphen für die Werte L-R- Ökonomisch und L-R-Gesellschaftspolitisch ist ähnlich, das heißt ohne große Schwankungen wie bei der separaten Betrachtung der Dimensionen von Fidesz. Somit gibt es im Fall der Liberalen in Estland keine herausragenden Unterschiede der einzelnen L-R-Werte im Vergleich zu den allgemeinen L-R-Werten. Anhand der Abbildung 9, welche die einzelnen L-R-Werte der jeweiligen Wahlprogramme abbildet, kann im Detail gesehen werden, wie sich die einzelnen Werte entwickeln und dass die Entwicklungstrends der separaten L-R Dimensionen mit L-R-Allgemein übereinstimmen.

Abbildung 9: Entwicklung der Links-Rechts-Werte für die ELDP und Reformierakond.

Wahlprogramm	L-R	L-R Gesellschaftspolitisch	L-R Ökonomisch
1992	3,69	2,39	2,57
1995	5,39	5,36	5,26
1999	5,22	4,55	5,98
2003	5,27	4,47	6,09
2007	5,51	5,10	6,14
2011	5,73	5,64	5,96

Quelle: Eigene Darstellung auf Basis des CMP-Datensatzes und eigener Erhebung²⁷.

Aus dem Graph und der Tabelle entsteht bei näherer Betrachtung das gleiche Portrait der Partei wie in der qualitativen Wahlprogrammanalyse. Die L-R-Werte belegen den inhaltlichen Wandel der liberalen Partei bei dem Zusammenschluss zweier Parteien. Dort kann nicht nur eine Namensänderung sondern auch eine Einführung von neuen *Issues* durch eine *de facto* neue Partei (Tavits 2008: 51) gesehen werden. Die L-R-Position der Partei verändert sich um zwei Positionspunkte und anschließend kann für den gesamten weiteren Zeitraum von 1995 bis 2011 eine homogene Entwicklung der ideologischen Position der Liberalen beobachtet werden. Beispielsweise sind die geringen Schwankungen in der gesellschaftspolitischen Dimension durch die Einführung

²⁷ Mit der eigenen Erweiterung der Daten für die ELDP-Wahlprogramm für das Jahr 1992.

des Elternzeitgeldes²⁸ erklärbar. Wie bereits in der qualitativen Analyse der Wahlprogramme sichtbar wurde, hatte die ELDP eine stärker ausgeprägte liberale gesellschaftspolitisch-idealistische Ideologie und eine passive ökonomische Position. Die einzige Meinung, die alle Parteien 1992 gleichermaßen vertraten war die Unterstützung der Privatisierung in der Wirtschaft (Fitzmaurice 1993: 172). Mit dem Zusammenschluss der liberalen Partei 1995, kam eine stark materielle, pragmatische und somit eine viel konkretere wirtschaftliche Ausrichtung zur Geltung. Daraus ist auch der Sprung in den Positionswerten der ökonomischen Dimension zwischen 1992 und 1995 zu erklären. Nur bei dem Zeitpunkt des Übergangs von der Estnischen Liberaldemokratischen Partei zur Reformierakond gibt es einen signifikanten Sprung auf der Links-Rechts-Skala. Die ELDP kann zwar als Vorgängerpartei der Reformierakond betrachtet werden, jedoch zeigt ihre programmatische Ausrichtung in ihrem ideellen Schwerpunkt sowie der Herkunft der meisten Mitglieder, dass es eher eine „Lobbygruppe der Kulturmenschen“²⁹ als eine Partei war. Die Liberalen in Estland haben daher anhand des Graphen und der Tabelle eine insgesamt mittige Position auf der Links-Rechts-Skala, aber mit einer leichten Rechts-Tendenz. Diese Tendenz wird vor allem durch die L-R-Werte der ökonomischen Dimension verursacht, denn die Reformierakond befürwortet eine freie Wirtschaft (Tavits/Letki 2009: 565; Toomla 2011: 39, 1999: 168). Im Laufe der Entwicklung der Reformierakond kann von einer Harmonisierung ihrer Politik gesprochen werden. Damit ist gemeint, dass sich die Werte der gesellschaftspolitischen und der ökonomischen Dimensionen annähern und allgemein zur Mitte neigen. Diese Tendenz zur Mitte bestätigt die Befunde aus den Wahlprogrammen, denn auch dort wurde klar, dass die Reformierakond mit der Zeit eine stärker ausgeprägte Sozialpolitik entwickelt.

4.2.4 Detailanalyse ausgewählter Politikdimensionen

Da die empirische Analyse der Links-Rechts-Werte ambivalente Ergebnisse gezeigt hat, sind weitere Untersuchungsschritte nötig. Um die Auswirkung des politischen Systems auf die die Links-Rechts-Positionen der Parteien ausführlich erklären zu können, werden im Folgenden einzelne ausgewählte Politiken der Parteien separat betrachtet.

28 Siehe Synopsis – Anhang 1: 5.)Sozialpolitik a.)Familie: REFORMIERAKOND 2003, 2007: 32-33.

29 Aussage aus einem der Experteninterviews, vergleiche Kapitel 6.

Wie bereits im methodischen Vorhaben beschrieben wurde, dient dieser Analyse-Schritt der genaueren Betrachtung einiger Themen, die für liberale Ideologie wichtig sind. Letztlich werden auch die Parteipositionen mit jenen der Parteifamilie verglichen. Hierfür sind drei Kategorien ausgewählt worden: die Recht-Ordnung Dimension der Politik, die Positionierung gegenüber der Nato und der EU sowie der Umgang mit der Nachbarschaft (gemeint sind die Beziehungen zu den Nachbarstaaten).

Abbildung 10: Politikdimensionen und dazugehörige Codes des CMP-Datensatzes

Politikdimension	„linke“ Position	„rechte“ Position
Recht & Ordnung	per201 Freedom and Human Rights per604 Traditional Morality: -	per603 Traditional Morality: + per605 Law and Order +
EU & NATO	per103 Anti-Imperialism per105 Military:- per108 European Union: +	per110 European Union: - per104 Military: +
Nachbarschaft	per101 Foreign Special Relationships: + per107 Internationalism: +	per102 Foreign Special Relationships: - per109 Internationalism: -

Quelle: Eigene Darstellung. Das Zeichen „-“ steht dabei für negativ und „+“ für positiv.

Diese drei Dimensionen der Parteipolitik sind nicht nur aus der Sicht der liberalen Parteifamilie, sondern auch aus Sicht der geopolitischen Lage der beiden Länder interessant. Mithilfe der wenigen Kategorien, ihren Salienz-Werten, auf Basis der CMP Codes und des CMP-Datensatzes, wird versucht, im Detail zu zeigen, wie die Wahlprogramme transformiert wurden und welche Auswirkung dies auf die Parteien und ihre inhaltliche Ausrichtung hatte. Dabei werden nicht nur die einzelnen Salienz-Werte analysiert sondern auch der Zusammenhang der *Issue*-Positionen und der gesamten Wahlprogramme der Parteien dargestellt. Die Salienz-Werte der einzelnen Codes zeigen dabei die Häufigkeit, der Erwähnung eines Issues in einem Wahlprogramm in Prozent. Der Prozentsatz spiegelt das Verhältnis der einzelnen Quasi-Sätze für die konkreten Codes zur Gesamtanzahl der Quasi-Sätze im Wahlprogramm wider. In dem Kodierungsprozess werden einzelne Codes den jeweiligen Quasi-Sätzen zugeordnet. Die Salienzen der Codes werden dadurch ermittelt, dass die Anzahl der kodierten Quasi-Sätze durch die Gesamtzahl der Quasi-Sätze eines Wahlprogrammes dividiert wird.

Schließlich werden die Werte in Prozente umgewandelt. Somit gibt der Saliens-Wert an, wie oft eine konkrete Position in dem Wahlprogramm der Partei erwähnt wird.

Für die Konzeption der Politikdimensionen wurden Codes aus dem Codebuch des CMP zugeordnet. Damit die jeweilige ideologische Position der Parteien für die Politikdimension ermittelt werden kann, sind sowohl die Links- als auch Rechts-Positionen in die Dimensionen aufgenommen. Die Zuordnung der Codes zu den Politikdimensionen ist auf Basis der thematischen Referenz des jeweiligen Codes zu einer jeweiligen Politikdimension erfolgt. Die eigene Zuordnung der Links- und Rechts-Positionen zu den einzelnen Politikdimensionen ist auf Basis der konfrontativen Positionen des CMP nach (Klingemann et al. 2006: 5) vorgenommen. Somit besteht die Politikdimension „Rechte & Ordnung“ aus den einzelnen Codes, die bei der Rolle des Staates einer liberalen Partei von Bedeutung sind. Dabei wird besonders auf die Stellung des Individuums in seiner Beziehung zum Staat, die Stärke des Rechtssprechungssystems und den zugelassenen Lebensformen in der Gesellschaft eingegangen. Die Dimension „EU & NATO“ umfasst die inhaltlichen Positionen bezüglich der Mitgliedschaft und der allgemeinen Stellung der Partei zur NATO und/oder zur EU. Diese Kategorie besteht aus denjenigen Codes, die direkt nach der Einstellung zur Mitgliedschaft in der EU, sowie einem Code zur Einstellung zum Militär und zum Einfluss von internationalen Gemeinschaften fragen. Die Politikdimension der „Nachbarschaft“ geht auf die Einstellung zu den besonderen Außen- und internationalen zwischenstaatlichen Beziehungen, ein. All diese einzelnen Elemente dienen dazu, die zentralen liberalen Themen wie Freiheit, Selbstbestimmung, Beschränkung politischer Macht und Ähnliches zu thematisieren und die Positionen der Parteien bezüglich dieser zu erheben. Im Folgenden werden diese Politikdimensionen für beide Beispielparteien separat untersucht.

4.2.4.1 Die Politik des Fidesz

In diesem Abschnitt werden die einzelnen Issues aus der Sicht des Fidesz chronologisch und im Detail betrachtet. Berücksichtigt werden auch mögliche kontextuelle Faktoren und deren direkter oder indirekter Einfluss.

Abbildung 11: Salienz-Werte der Codes für Themenanalyse: Fidesz.

Dimension	Codes	1990	1994	1998	2002	2006	2010
Recht & Ordnung	Per201	0	0	0	0	0	0,95
	Per604	0	0	0	0	0	0
	Per603	0	0	5,55	1,72	4,9	2,81
	Per605	0,39	2,36	4,91	0,68	4,37	12,71
EU & NATO	Per103	1,56	0	2,71	0	0	0
	Per105	1,95	0,24	0	0	0	0
	Per108	0,78	0,08	2,22	1,67	0,69	0,48
	Per110	0	0	0	0	0	0
	Per104	0	0,95	0	2,12	0	0
Nachbarschaft	Per101	0,39	0	0	0,3	0	0
	Per107	0,78	3,55	0,74	0,15	0	1,07
	Per102	0,39	0	0	0	0	0
	Per109	0	0	0	0	0	0

Die abgebildeten Werte sind Prozentangaben. Diese beziehen sich auf die Häufigkeit des Vorkommens der Positionen (Codes) in den Wahlprogrammen. Quelle: Eigene Darstellung auf Basis des CMP-Datensatzes.

EU und NATO

Als eine junge und liberale Partei Anfang der 1990er Jahre verkündet der Fidesz in seinem Wahlprogramm den Austritt aus dem Warschauer Pakt³⁰, nach den Wahlen in den folgenden Jahren entwickeln die Visegrád-Staaten die Initiative über „die Errichtung eines neuen Militärblocks zwischen Ost und West, [...] – ein gemeinsames Sicherheitsarrangement mit der NATO“ (Schmidt-Schweizer 2008: 234) und die Integration bis zur Mitgliedschaft in der NATO. Somit wird die NATO-Mitgliedschaft bereits während der ersten Legislaturperiode der Regierung des Unabhängigen Ungarns als Primärziel der Sicherheitspolitik gesetzt. Daraus erklärt sich, weshalb in dem ersten Wahlprogramm zwar einige Aussagen gegen das Militär *per se* gefunden werden können

³⁰ Siehe Synopsis - Anhang 1: 7.) Internationale Beziehungen und Sicherheit: c.) Sicherheitspolitik: FIDESZ 1990: 61.

(per 105) und gleichzeitig im Zuge der Befürwortung der NATO-Mitgliedschaft keine pro-Militär-Stellungnahmen vorhanden sind (per104). Nachdem Ungarn aus dem Warschauer Pakt ausgetreten war und gleichzeitig die russischen Truppen Ungarn 1995 verließen, gab es auch keine weitere Notwendigkeit sich gegenüber dem Militär negativ zu äußern. Positive Aussagen zu Militär, NATO und ähnlichen Sicherheitsthemen können aufgrund des Abzugs der russischen Truppen und dem Angebot der NATO-Mitgliedschaft geringfügig im zweiten und dann erneut vor dem EU-Beitritt, im vierten Wahlprogramm des Fidesz gefunden werden.

Die Europäische Union findet im ersten Wahlprogramm der Partei keinerlei negative Aussagen, die positiven Aussagen beschränken sich jedoch auf lediglich 0,78% der Gesamtaussagen. Doch der EU-Beitritt ist immer eine der obersten Prioritäten der ehemaligen Ostblock-Staaten gewesen³¹. Weder wurde der EU-Beitritt explizit abgelehnt, noch wurde sich gegen das Assoziierungsabkommens von 1992 positioniert. Darüber hinaus gab es eine allgemeine pro-westliche Orientierung der damaligen Fidesz-Partei. Ablehnende Positionen gegenüber der Europäischen Union waren somit nicht möglich, Auch in den weiteren Wahlprogrammen des Fidesz bleiben negative Aussagen gegenüber der EU gänzlich aus. Später beschränkt sich das positive Erwähnen der EU aber meistens auf die finanzielle Unterstützung der EU und ökonomisches Handeln im Rahmen der EU³². Insgesamt besitzt die politische Dimension zu EU und NATO eine relativ geringe Bedeutung in den Wahlprogrammen der Partei, allerdings können auch keine direkten Anzeichen (weder Salienz-Wert, noch konkrete Aussagen) für eine explizit illiberale Positionierung des Fidesz gefunden werden.

Nachbarschaft

Die Dimension: Nachbarschaft mit den Nachbarschaftsverhältnissen und der Positionierung zu internationalen Beziehungen verschiedener Art sehen im Detail positiv für den Fidesz aus. Die Partei äußert keine Wünsche nach selbstständigem und unabhängigem Agieren des Staates, damit ist vor allem gemeint, dass der Fidesz viele wirtschaftliche und kulturelle Kooperationen und gute zwischenstaatliche Beziehungen für Ungarn sieht und wünscht. Der Internationalismus wird deswegen so betont und

31 Siehe Synopsis -Anhang 1: 7.) Internationale Beziehungen und Sicherheit a.) EU: 55-57.

32 Siehe Synopsis -Anhang 1: 7.) Internationale Beziehungen und Sicherheit a.) EU: 57.

breit definiert, da es viele Auslands-Ungarn gibt und Fidesz nicht nur den besonderen Status für diese Bevölkerungsgruppe (Staatsbürgerschaft und Wahlrecht) vertritt, sondern dort ein Wählerpotential sieht. Gleichsam hat die Minderheitenfrage, aufgrund der in den Nachbarstaaten lebenden Ungarn, eine der tragenden Rollen in der komplizierten Nachbarschaftspolitik. Denn Fidesz definiert und betont künftig in seinem Wahlprogramm diese Minderheiteninteressen stärker und sucht diese entsprechend umzusetzen. Die durch die erste Regierung geschlossenen Minderheitenverträge zugunsten der magyrischen Minderheiten in den Nachbarstaaten Ukraine, Kroatien und Slowenien haben für die spätere aktive Minderheitenpolitik der Auslandsungarn des Fidesz eine Basis schaffen. (Schmidt-Schweizer 2008: 238).

Recht & Ordnung

Die Analyse der Dimension Recht & Ordnung gestaltet sich nicht so einfach wie die vorherigen, da sich dort die kontroversen L-R-Positionen der ökonomischen und gesellschaftspolitischen Dimensionen wiederfinden. Zum Thema Recht und Ordnung gibt es vergleichsweise viele Aussagen in den Wahlprogrammen des Fidesz. Zu dieser Dimension kann ein steigender Trend gesehen werden, im Wahlprogramm von 2010 umfasst diese Dimension sogar ganze 12,71 % der Aussagen. Die zunehmende Bedeutung des Staates und der Rechtsprechung in der Programmatik von Fidesz führt zur Verschiebung des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft. Eine starke staatliche Position wird gegenüber gesellschaftlicher Autonomie bedeutender. Ein anderer Indikator dafür, dass sich der Fidesz von zentralen liberalen Ideen entfernt, sind die kaum vorhandenen Äußerungen zu den Menschenrechten und zur Freiheit (per201). Gleichzeitig kann beobachtet werden, wie ab dem dritten Wahlprogramm die traditionellen moralischen Werte des Lebens der Gesellschaft Bestandteil des Wahlprogrammes der Partei werden und mit signifikanter Häufigkeit präsent bleiben.

4.2.4.2 Die Politik der ELDP/Reformierakond

Die Salienz-Werte der ELDP und Reformierakond zeigen im Einzelnen eine Ähnlichkeit mit sowohl der qualitativen Wahlprogrammanalyse als auch mit den Trends der L-R-Werte jener Parteien aus den empirischen Untersuchungen.

Abbildung 12: Salienz-Werte der Codes für Themenanalyse: ELDP und Reformierakond.

Dimension	Codes	1992	1995	1999	2003	2007	2011
Recht & Ordnung	Per201	9,7	0,6	6,3	2,0	0,9	1,5
	Per604	0	0	0	0	0	0
	Per603	0	0	3,1	0	0	0,6
	Per605	0	13,1	2,2	0	6,5	7,4
EU & NATO	Per103	2,1	0	0	0	0	0
	Per105	0	0	0	0	0	0
	Per108	1,3	1,8	0,8	3,3	2,9	0,4
	Per110	0	0	0	0	0,4	0
	Per104	0,4	2,4	4,7	3,1	3,9	4,9
Nachbarschaft	Per101	3,0	0,1	0	0,8	0,4	0
	Per107	1,3	1,1	3,1	1,2	2,8	2,0
	Per102	0,8	0	0	0	0	0
	Per109	0	0	0	0	0	0

Die abgebildeten Werte sind Prozentangaben, aufgerundet bis einer Kommastelle. Diese beziehen sich auf die Häufigkeit des Vorkommens der Positionen (Codes) in den Wahlprogrammen. Quelle: Eigene Darstellung auf Basis des CMP-Datensatzes.

Das allgemeine Bild der Salienz-Werte in der oben dargestellten Tabelle vermittelt das gleiche Image der Partei wie das nach dem Berechnen der L-R-Werte.

EU und NATO

So sind die inhaltlichen Positionen innerhalb der politischen Dimension EU und NATO klar pro-europäisch und pro-sicherheitspolitisch ausgerichtet. Der Salienz-Wert zu Anti-Imperialismus (per103) in der Spalte zu den ersten Wahlen verweist auf die dominante Souveränität-Diskussion und jegliche Opposition gegenüber imperialistischer Politiken *à la* Sowjetunion. Ab den zweiten Wahlen und dem ersten Wahlprogramm der Reformierakond findet dieser Code keine Anwendung mehr. Die positiven, aber relativ geringfügigen, Aussagen gegenüber der EU sind in den Wahlprogrammen der Partei konstant vorhanden und erreichen ihre höchste Salienz in der Hochsaison der Beitrittsdebatte (2003) und vor der Euro-Einführung (2007). In beiden Fällen war die Reformierakond in der Rolle der Regierungspartei und konnte ihre Position über mehr als die Wahlprogramme kanalisieren, daraus erklärt sich auch der für so ein zentrales Thema immerhin zurückhaltende Salienz-Wert.

Nachbarschaft

Die Nachbarschafts-Dimension zeigt ebenso durchgehend eine Links-Tendenz, da die Rechts-Positionen (per102, per109) nicht in den Wahlprogrammen vorkommen. Zwar sind die unmittelbaren Nachbarschaftsbeziehungen mit Russland im Fall von Estland nicht ohne Komplikationen. Dennoch sind sie für die Wahlprogramme insignifikant. Unklarheiten bei Grenzabkommen, die russischsprachige Minderheit in Estland oder andere offene Fragen sind die Ursache. Sie finden aber keinen schriftlichen Niederschlag in den konkreten Wahlprogrammen der Liberalen. Dem Code über die besonderen Nachbarschaftsbeziehungen (per101) können allerdings meistens Quasi-Sätze mit der Darstellung des vorhandenen oder gewünschten engen Verhältnisses zu den skandinavischen Staaten³³, im Gegensatz zum Ostnachbarn zugeordnet werden.

Recht & Ordnung

In der Dimension Recht und Ordnung fallen vor allem die relativ hohen Salienz-Werte des Codes über die Menschenrechte und Freiheit (per201) auf. Diese bilden im Wahlprogramm des ELDP mit fast 10% der Gesamtaussagen den Brennpunkt. Dies verdeutlicht den Charakter der ELDP als einer von liberal denkenden Menschen gegründeten Partei. Während der Beitrittsdebatte zur EU erlebt dieser Code sein zweites Maximum mit 6,25%. Dies erklärt sich aus der Diskussion über den Beitritt zur EU als *schon wieder einer Union* (mit dem Verweis auf die Sowjetunion). Aus der Zeit stammt auch der berühmte Satz von Lennart Meri „lasst uns Europäer werden aber Esten bleiben“³⁴. In diesem Sinn nahm der Schutz der persönlichen Freiheiten einen signifikanten Anteil in der Wahlprogrammatur der Reformierakond ein.

4.2.5 Wahlperformanz und Wandel der Wahlprogramme

Im folgenden Abschnitt wird in mehreren Analyseschritten die Abhängigkeit der Veränderungen in den Wahlprogrammen von den Wahlergebnissen untersucht. Janda et al. haben einen Zusammenhang zwischen einer schlechten Wahlperformanz und den programmatischen Identitätsveränderungen der Parteien in Deutschland, den USA und

³³ Siehe Synopsis, Anhang 1: 20.

³⁴ Zitat aus einer Rede von Lennart Meri, Staatspräsidenten von Estland 1992-2001.

England belegt (1995: 189). Diese Annahme wird von der vorliegenden Arbeit übernommen. Daher werden die Wahlprogramme der estnischen und ungarischen Liberalen auch auf den Wahlergebnis-bedingten Wandel untersucht.

Als erster Schritt der Analyse für die Wahlprogramme der Beispielparteien wird der Übereinstimmungsindex ermittelt. Er quantifiziert die inhaltlichen Wandel der Wahlprogramme. Die Datenbasis dieser Analyse bleibt der CMP-Datensatz (Klingemann et al. 2006). Der Übereinstimmungsindex (Ü) von Franzmann (2008: 82) zeigt dabei die Abweichung der Wahlprogramme einer Partei voneinander im Lauf der Zeit. Er wird aufgrund der Menge von Inhalten ermittelt, die von Programm zu Programm übereinstimmen. Diese Übereinstimmung wird anhand von den in den Wahlprogrammen enthaltenen Positionscodes berechnet. Deswegen dient er vor allem dazu, die Programme der Parteien auf Ähnlichkeit, „jenseits von ideologischen Links-Rechts-Überlegungen“ (Franzmann 2008: 80) zu untersuchen. Mit dieser Methode können Wahlprogramme einer oder mehrerer Parteien oder ganzer Parteienfamilien auf ihre inhaltliche Konvergenz untersucht werden. In diesem Kapitel werden die Wahlprogramme der Parteien vor allem mit ihren eigenen Programmen im Zeitverlauf verglichen. Auf diese Weise wird der Längsschnitt-Aspekt der Untersuchung nochmals unterstrichen, und die Wahlprogramme der Parteien können so in ihrer inhaltlichen Entwicklung und vor allem dem inhaltlichen Wandel untersucht werden. Janda et al. benutzen in ihrer Studie für den Vergleich der Wahlprogramme die Korrelation (1995: 179-180), hier wird der Übereinstimmungsindex bevorzugt. Im Vergleich zur Korrelation von Janda et al. (1995), werden in den hiesigen Auswertungen mithilfe des Übereinstimmungsindex die Veränderungen der Programme in den Bereichen gesehen, welche die Korrelationswerte nicht abzeichnen. Daher wird hier, bei der Untersuchung des Zusammenhanges der Transformation der Wahlprogramme und der Wahlergebnisse, das Korrelationsmodell zugunsten des Übereinstimmungsindex nicht verwendet.

Im zweiten Schritt werden die Übereinstimmungsindizes der Wahlprogramm-Paare mit den jeweiligen Wahlergebnissen aus dem gleichen Jahr verglichen. So können Kausalbeziehung zwischen der Veränderung der Wahlprogramminhalte und dem Erfolg bei den Wahlen ermittelt werden, Der Übereinstimmungsindex wird immer für zwei Wahlprogramme gebildet. Somit wird eine Veränderung sichtbar und kann auf ihre

Ursache zurückgeführt werden. Die Verbindung der Wahlperformanz mit dem Wandel der Wahlprogramme und die entsprechende empirische Untersuchung sollen das schlechte Wahlergebnis als einen der bedeutendsten Wandelfaktoren der Wahlprogrammatisierung belegen oder widerlegen.

Für diese Untersuchung werden die Wahlergebnisse nach dem Schema von Janda et al. (1995: 182-183) kategorisiert. Die verschiedenen Kategorien beziehen sich dabei auf die Bewertung der Wahlperformanz der Partei. Die Kategorien kombinieren in sich einerseits die Anzahl der gewonnenen/verlorenen Mandate der Partei, sowie andererseits den wahrgenommenen Erfolg der Wahl-Performanz der Partei selbst. Das Letzte bezieht sich vor allem auf die Erwartungshaltung der Partei zum Wahltag aus der Perspektive ihrer momentanen Beliebtheit oder entsprechend den Umfragewerten. Die fünf Kategorien sind: *triumphal*, *gratifying*, *tolerable*, *disappointing* und *calamitous* (Janda et al. 1995: 183). Dabei verstehen die Autoren unter *triumphal* eine eindeutige Bestätigung der erfolgreichen Performanz der Partei bei den Wahlen, die durch eine hohe Stimmen- oder große Mandaten-Zahl belegt ist. *Gratifying* verweist auf die Bestätigung der Position der Partei, durch einen moderaten Gewinn an Stimmen oder Mandaten, den Eintritt in die regierende Koalition oder unerwarteten Erfolg bei den Wahlen. Mit *tolerable* ist eine Performanz der Partei gemeint, die entsprechend den Erwartungen verläuft und lediglich von kleinem Stimmenzuwachs oder geringem Verlust begleitet ist. Schließlich bedeutet *disappointing* und *calamitous* weniger Erfolg bei den Wahlen, mit einem mäßigen Stimmen- beziehungsweise Mandatsverlust und der Führungsposition in der Regierungskoalition oder schließlich mit einer erheblichen Verringerung der Wähler-Unterstützung, die sich in geringen Stimmen für die Partei oder in starker Unterstützung einer anderen Parteien äußern kann. Die Zuordnung der oben genannten Kategorien ist für hiesige Parteien durch die jeweiligen Länder-Experten für Estland und Ungarn durchgeführt worden. Diese haben jedem Wahljahr eine entsprechende Charakteristik des Wahlergebnisses der Partei zugeordnet. Die Experten sind sich meistens in ihrer Einschätzung einig gewesen, in Streitfällen wurden die Charakteristika nach dem einfachen Mehrheitsprinzip verallgemeinert.

Der Übereinstimmungsindex trägt in erster Linie dazu bei, die im Detail nicht nur inhaltliche Überlappung sondern auch die Kausalbeziehung der Wahlperformanz der liberalen Partei und den Inhalten der darauffolgenden Wahlprogramme zu erläutern.

Dieser Index misst die Abweichung eines Programmes zum anderen und „[m]athematisch wird sie einfach mit der Summe des absoluten Betrages der Differenz in jeder Variable ermittelt. Zur Bestimmung der Übereinstimmung \bar{U} zieht man diesen Wert von 100 ab“ (Franzmann 2008: 82)³⁵. Der Übereinstimmungsindex zeigt den Prozentwert der inhaltlichen Übereinstimmung zwischen den Wahlprogrammen der Parteien, oder wie in diesem Fall einer Partei bei zwei Wahlen, an.

4.2.5.1 Wandel der Wahlprogramme des Fidesz und der ELDP/Reformierakond

Der Fidesz zeigt eine insgesamt relativ hohe Übereinstimmung seiner Wahlprogramme und entsprechend hohe Prozentwerte der Indizes – wie es der Abbildung 13 entnommen werden kann. Die höchste Übereinstimmung im gesamten Zeitraum kann zwischen den Wahlprogrammen in den Jahren 1998 und 2002 gefunden werden. In den darauffolgenden Jahren (2002 und 2006; 2006 und 2010) nimmt die Übereinstimmung wieder leicht ab, bleibt jedoch auf einem ziemlich hohen Übereinstimmungs-Niveau. Die niedrigste Übereinstimmung zeigen die Wahlprogramme von 1990 und 1994 mit 42,8%. Die Programme 1994 und 1998 stimmen im Umfang von 50,6% in ihren Inhalten überein. In dem gesamten Untersuchungszeitraum kann erst ein ansteigender Trend der inhaltlichen Übereinstimmung der Wahlprogramme bis 2002 beobachtet werden, der danach bis 2010 wieder abfällt. Die estnischen Liberalen zeigen Alles in Allem eine ähnlich hohe inhaltliche Übereinstimmung wie der Fidesz.

Abbildung 13: Übereinstimmungsindex der Wahlprogramme des Fidesz

Wahlprogramme	Übereinstimmungsindex (%)	Innovationsanteil (%)
1990 und 1994	42,8	57,2
1994 und 1998	50,6	49,4
1998 und 2002	70,2	29,8
2002 und 2006	63,4	36,6
2006 und 2010	58,7	41,3

Quelle: Eigene Darstellung, eigene Erhebung. Werte sind bis auf eine Kommastelle aufgerundet.

Es gibt aber einen zentralen Unterschied zwischen den Parteien und deren Wahlprogrammen: die Inhalte der Wahlprogramme der estnischen Partei stabilisieren sich im Zeitverlauf – das zeigt der stetig steigende Wert des Übereinstimmungsindexes.

³⁵ Die Formel für den Ähnlichkeits- bzw. Übereinstimmungsindex \bar{U} lautet $\bar{U} = 100 - \frac{1}{2} \sum |P_a - P_b|$, P_a und P_b sind die gleichen Salienz-Werte zweier zu vergleichenden Einheiten (Franzmann 2008: 82).

Abbildung 14: Übereinstimmungsindex der Wahlprogramme der ELDP/ Reformierakond.

Wahlprogramme	Übereinstimmungsindex (%)	Innovationsanteil (%)
1992 und 1995	31,2	68,8
1995 und 1999	51,0	49,0
1999 und 2003	58,0	42,0
2003 und 2007	65,8	34,2
2007 und 2011	79,0	21,0

Quelle: Eigene Darstellung, eigene Erhebung.

Aus dem Trend der Werte des Übereinstimmungsindex von ELDP, aber vor allem der Reformierakond, kann eine graduelle Konsolidierung der Wahlprogramminhalte abgeleitet werden. Die Wahlprogramme 1995 und 1999 hatten 50% Übereinstimmung und zwischen den Wahlprogrammen 2007 und 2011 stieg diese auf 79%. Der größte Unterschied zwischen den Wahlprogrammen der estnischen liberalen Parteien besteht, nach wie vor im Übergang von der ELDP zu der Reformierakond. Das Wahlprogramm 1992 von der ELDP beinhaltet nur 30% ähnlicher Aussagen im Vergleich zum ersten Wahlprogramm der Reformierakond aus dem Jahr 1995.

Diese Aufstellung der Ähnlichkeitswerte beider Parteien belegt den allgemeinen Trend ihres inhaltlichen Wandels. Hier geht es aber in erster Linie um die Ermittlung des Zusammenhangs vom Wandel und seinen Ursachen, dafür sollen im nächsten Schritt die Wahlergebnisse mit den Übereinstimmungsindizes verglichen werden. So können auch die Übereinstimmungsindizes entsprechend der Entwicklung der Partei analysiert und interpretiert werden.

4.2.6 Übereinstimmungsindex und Wandel der Wahlprogramme

In diesem Analyse-Schritt wird anhand der Methode von Janda et al. (1995) der Zusammenhang zwischen der Wahlperformanz und den inhaltlichen Transformationen der Wahlprogramme der Parteien gesucht. Dafür werden die Wahlprogramme der jeweiligen Wahlen, deren Wahlergebnisse und die Werte der Übereinstimmungsindizes der Wahlprogramme verglichen. Es werden die Wahlergebnisse der Parteien nach dem vorher beschriebenen Schema eingestuft. In der Originalmethode von Janda et al. werden die Ergebnisse der Wahlprogramme mit den Charakteristiken der Wahlperformanz korreliert. In der vorliegenden Arbeit wird dieser Vorgang etwas modifiziert. Zwar werden hier ebenso Wahlergebnisse mit der Wahlperformanz der Parteien auf ihren Zusammenhang untersucht, jedoch nicht mittels einer Korrelation sondern eben des Übereinstimmungsindex, wie bereits oben erläutert. Diese von

Franzmann entwickelte Methode der Analyse der Wahlprogramme mit Hilfe des Übereinstimmungsindex dient dem Zweck der vorliegenden Arbeit besser, da es genauere Angaben zum Wandel dieser Programme zeigen kann. Ebenso ist der Übereinstimmungsindex für den vergleichenden Ansatz günstiger, da aus seinen Werten sofort abgeleitet werden kann, welche Wahlprogramme welcher Jahre oder welcher Parteien sich in welchem Umfang ähnlich sind.

4.2.6.1 Wahlperformanz und inhaltliche Transformation: Fidesz

Aus der Tabelle 15 der Wahleigenschaften des Fidesz lassen sich schnell zwei verschiedene Trends ablesen.

Abbildung 15: Wahleigenschaften und Übereinstimmungsindex des Fidesz

Wahlen	Ergebnis	Mandate	Regierung/Opposition	Wahlperformanz	Ü (%)
1990	8,9 %	21	Opposition	Gratifying	-
1994	7,0 %	20	Opposition	Calamitous	42,8
1998	28,4 %	148	Regierung	Triumphal	50,6
2002	41,1 %	188	Opposition	Disappointing	70,2
2006	42,0 %	164	Opposition	Disappointing	63,4
2010	52,7 %	263	Regierung	Triumphal	58,7

Quelle: eigene Darstellung, Wahlinformationen stammen von dem Staatlichen Wahlbüro <http://valasztas.hu/hu/ovi/index.html> (21.03.2014) und den Wahlberichten des European Journal of Political Research.

Zum einen ist es die stets steigende Stimmen- und Mandatenanzahl der Partei im ganzen Analysezeitraum und zum anderen ist es der Zusammenhang von der Regierungsposition und den durch die Experten zugeordneten Wahleigenschaften. Die ersten Wahlen im Jahr 1990 endeten für Fidesz mit einem guten Wahlergebnis: 8,9% der Stimmen, 21 Plätze im Parlament jedoch keine Möglichkeit einer Regierungsbildung. Dieses Wahlergebnis wird, angesichts der politischen Premiere, durch die Experten als *gratifying* eingestuft. Aus der aktiven Rolle einer Oppositionspartei hat Fidesz seine Ambition für die Rolle einer regierenden Partei über die gesamte erste Legislaturperiode aufrechterhalten und sogar vergrößert, so dass das neue Wahlprogramm 1994 nur 42,83% der Inhalte des ursprünglichen Programmes enthält, da Fidesz in seinen Inhalten viel konkreter wird. Hier muss daran erinnert werden, dass die ersten Wahlprogramme der Parteien, wie in der Wahlprogrammanalyse

beschrieben, nicht nur durch die Kürze, sondern auch in ihrer inhaltlichen Aufstellung ein hohes Maß an allgemeinen Aussagen beinhalteten. Dadurch sind die niedrigen Übereinstimmungswerte zwischen den ersten und zweiten Wahlprogrammen verständlich, da das Innovationspotential gegenüber der Ausgangsversion hoch war.

Die zweiten Wahlen sind in bereits bekannter Weise für den Fidesz überraschend erfolglos ausgefallen. Daher hat die Partei entgegen ihren Erwartungen weder Stimmen- und Mandatsanzahl vergrößern, noch die angestrebte Regierungsrolle erlangen können. Die Wahlen 1994 werden verständlicherweise mit der einstimmig verteilten³⁶ Eigenschaft *calamitous* kategorisiert. Allerdings ist bei diesen Wahlen nicht die schlechte Performanz der Partei an sich, sondern ihre direkte Auswirkung auf die Entwicklung des Fidesz von Bedeutung. Zwischen 1994 und 1998 macht der Fidesz eine inhaltliche Transformation durch, dies ist bereits bekannt. Die inhaltliche Transformation des Fidesz lässt sich durch den Zusammenhang der schlechten Wahlperformanz und der darauffolgenden Veränderungen in dem Wahlprogramm belegen. Das Wahlprogramm 1998 hat 50,63% gleicher Inhalte wie das Wahlprogramm 1994. Angesichts der gesamten Entwicklungskurve des Übereinstimmungsindex der Partei sind 50% sehr wenig. Daher kann hier eine direkte Auswirkung der schlechten Wahlperformanz auf das darauffolgende Wahlprogramm, und besonders seine Veränderung um 50%, abgeleitet werden, und zwar in Form eines inhaltlichen Wandels.

Die dritten Wahlen 1998 bewiesen dem Fidesz, dass die Transformation sich gelohnt hat, denn die Partei triumphiert in allen Bereichen: Stimmen, Mandate und Regierungsbeteiligung. Entsprechend dem guten Ergebnis der Wahlen, sind auch 2002 wenige inhaltliche Erneuerungen oder Veränderungen in dem Wahlprogramm zu sehen. Fidesz zeigt die höchste Übereinstimmung zweier Wahlprogramme mit 70% für die Jahre 1998 und 2002. Die vierten Wahlen im Jahr 2002 verlaufen aber erneut nicht so, wie die Partei gehofft hat und auch wenn die Wählerunterstützung abermals zunimmt, kann Fidesz ihr eigentliches Ziel der Wahlen – die weitere Regierungsbeteiligung – nicht erreichen und geht enttäuscht als Oppositionspartei in die vierte Legislaturperiode.

Für die darauffolgenden Wahlen 2006 behält Fidesz 63% der Wahlprogramminhalte aus dem Jahr 2002 und markiert somit den Anfang einer zweiten inhaltlichen Transformation, denn auch in den darauffolgenden Wahlen 2010 sinkt der

³⁶ Von allen Experten einstimmig als *calamitous* bezeichnet.

Übereinstimmungsindex nochmals, und zwar auf 58%. Beide Indizes sind von den jeweils enttäuschenden Wahlergebnissen beeinflusst. Doch weil die Stimmen- und Mandatsanzahl im hohen Bereich bleibt, scheint Fidesz am meisten davon beeinträchtigt worden zu sein, dass sie die Rolle einer Regierungspartei erneut nicht erlangt haben. 2010 ist das triumphale Wahljahr, in dem Fidesz nicht nur die zwei-drittel Mehrheit im Parlament erreicht sondern auch zahlreich das Regierungskabinett und den Posten des Regierungschefs besetzt. Hier tritt die Partei mit einem erneut veränderten Wahlprogramm an. Das Erfolgsszenario einer signifikanten Veränderung der Inhalte beweist sich zum zweiten Mal in der Geschichte der Partei und scheint nach dem gleichen Prinzip, wie im Jahr 1998, zu funktionieren.

Aus dieser Analyse kann ein Verhaltensschema der Partei abgeleitet werden. Es ist somit zu erwarten, dass nach einer erfolgreichen Wahl – und im Fall von Fidesz scheint sich der Erfolg in erster Linie anhand der Oppositions- oder Regierungsfunktion der Partei zu bestimmen – keine große Veränderung im Wahlprogramm vorgenommen werden. Dagegen scheint der Fidesz im Fall eines negativen Wahlergebnisses bereit, sein Wahlprogramm zu transformieren.

4.2.6.2 Wahlperformanz und inhaltliche Transformation: ELDP/Reformierakond

Im Vergleich zu Fidesz kann in der Tabelle 16 zu den Parteien ELDP/Reformierakond ein grundsätzlich anderes Muster der Wahlergebnisse und der Wahlprogrammveränderungen entdeckt werden. Im Bereich der Wahlergebnisse ist sowohl eine konstante Entwicklung ohne Sprünge als auch ein stabiler Mandatszuwachs zu sehen. Gleichzeitig unterscheidet sich die Tabelle der estnischen Liberalen durch eine stetige Beteiligung der Partei in der Regierungskoalition seit 1997. Die Einstufung der Experten zu der Wahlperformanz der Partei fällt genauso homogen aus wie zu anderen Entwicklungstendenzen.

Abbildung 16: Wahleigenschaften der ELDP und Reformierakond.

Wahlen	Ergebnis	Mandate	Regierung/Opposition	Wahlperformanz	Ü (%)
1992	22 % ³⁷	29 ³⁸	Opposition	Tolerable	-
1995	16,2 %	19	Regierung (bis 1997)	Tolerable	31,2
1999	15,9 %	18	Regierung	Tolerable	51,0
2003	17,7 %	19	Regierung (bis Ende 2003)	Tolerable	58,0
2007	27,8 %	31	Regierung	Triumphal	65,8
2011	28,6 %	33	Regierung	Gratifying	79,0

Quelle: eigene Darstellung, Wahlinformationen stammen vom Landeswahlbüro <http://www.vvk.ee/arhiiv/> (20.03.2014) und den Wahlberichten des European Journal of Political Research, Electoral Studies und Toomla 1999b.

Die ersten Wahlen und der erste politische Schritt der ELDP 1992 innerhalb des Wahlbündnisses brachte der Partei einige wenige Mandate im Parlament und einen Ministerialposten für den Vorsitzenden der Partei³⁹. Das Ergebnis ist zwar nicht herausragend, jedoch ist es für die Partei von großer Bedeutung. Schon vor den zweiten Wahlen 1995 vereinigen sich die neugegründete liberale Reformierakond und die ELDP zu einer Partei. Daraus erklärt sich auch der besonders geringe Übereinstimmungsindex der Wahlprogramme 1992 und 1995 mit nur 31%. Wie aus der inhaltlichen Analyse der Wahlprogramme bereits deutlich geworden ist, war die ELDP eine sehr freiheits- und kulturorientierte Partei. Daraus kann auch der Unterschied zum Wahlprogramm der neugegründeten Partei gesehen werden, die alle wesentlichen Gesellschaftsbereiche von Marktwirtschaft bis Familie ansprechenden. Wie auch zwischen dem ersten und dem zweiten Wahlprogramm des Fidesz, bestand auch hier ein sehr hohes Innovationspotential. Das Wahlergebnis der Wahlen 1995 bringt die neugegründete Partei direkt in die Regierungskoalition, aber angesichts der Popularität ihres Vorsitzenden wird diese Wahlperformanz erneut als nur *tolerable* seitens der Experten eingestuft. Die Erwartungshaltung an die Person des Vorsitzenden war etwas höher.

Ab den folgenden Wahlen 1999 fängt eindeutig die programmatische Konsolidierung der Partei an. Der Übereinstimmungsindex der Wahlprogramme steigt Schritt für Schritt indem die Partei zwar neue Politikbereiche für sich erschließt, jedoch diese kontinuierlich beibehält und nicht wieder tauscht. Auch anhand der

³⁷ Ergebnis ist nicht der Partei direkt, sondern dem 5-Parteien-Wahlbündnis „Vaterland“ („Isamaa“), das als solches zu den Wahlen antrat. 1992 gab es fast nur Wahlbündnisse. <https://www.riigiteataja.ee/akt/13082441>, (stand 20.03.2014).

³⁸ Die Anzahl der Mandate bezieht sich ebenso auf das 5-Parteien-Wahlbündnis. Separate zahlen sind nicht bekannt.

³⁹ Paul-Eerik Rummo wurde Kultusminister.

Wählerunterstützung kann ein konstantes Wachstum aus der Tabelle abgelesen werden. 1999 behält die Partei 50% des Wahlinhaltes und kann mit ihrem neuen Wahlprogramm, dank dem Wahlergebnis, erneut das Regierungskabinett konstituieren.

Die vierten Wahlen im Jahr 2003 bedeuten für die Partei eine minimale Verbesserung im Bereich der Stimmen und der Mandate. Die Partei verliert erneut ihre Regierungsposition nicht. Allerdings wird ihr Wahlprogramm, das zu 58% mit dem aus dem Jahr 1999 übereinstimmt, der neugegründeten *Res Publica* verlieren. Zwischendurch wird Estland Mitglied der EU und die Wahlen 2007 werden zu einer langersehnten Belohnung der pro-europäisch handelnden Reformierakond. In diesem Wahlprogramm bleiben 65,83% der Inhalte der vorherigen Wahlen erhalten und das Wahlergebnis zeigt eine eindeutige Zuwendung seitens der Wähler. Die Reformierakond bekommt einen triumphalen Wahlperformanz-Status durch 12 zusätzliche Parlamentsmandate und den Vorsitz im Regierungskabinett. Die darauffolgenden und in diesem Untersuchungszeitraum letzten Wahlen, zeichnen sich erneut als erfolgreich aus. Neben den Mandats- und Stimmenzahlen, die ein wenig höher werden, scheint die Partei ihr Wahlprogramm, aus der inhaltlichen Perspektive konsolidiert zu haben, denn dieses stimmt mit dem vorherigen im Umfang von 78,98% der inhaltlichen Aussagen überein.

Die estnische liberale Partei zeigt allgemein viel mehr Stabilität in ihrer Performanz, als der Fidesz. Darauf gibt es mehrere Hinweise. Erstens deuten die Übereinstimmungsindizes, die durchschnittlich nicht signifikant höher sind als die von Fidesz, darauf hin, dass die Veränderungen, die durch die Partei vorgenommen werden, im Einklang mit ihrem Grundsatzprogramm stehen müssen. Diese Behauptung lässt sich durch die Wählerunterstützung sowie die konstante Regierungsbeteiligung belegen. Das heißt, im Vergleich zum Entwicklungs-Schema des Fidesz, wo ein niedriger Wahlerfolg und vor allem die fehlende Möglichkeit herrscht, an der Regierungsverantwortung zu partizipieren, kann bei der Reformierakond eine konstante Weiterentwicklung ihrer Wahlprogramme beobachtet werden. Mit konstanter Weiterentwicklung ist hier eben die anfangs erwähnte inhaltliche Konsolidierung der Wahlprogramme gemeint.

4.2.6.3 Ergebnisse der empirischen Analyse der Wahlprogramme

Aus dem Kapitel der empirischen Untersuchung der Wahlprogramme der liberalen Parteien in Estland und Ungarn kann, ähnlich wie schon in der qualitativen Wahlprogrammanalyse, der Befund über die unterschiedliche ideologisch-inhaltliche Entwicklung der Parteien belegt werden. Die beiden Parteien, die in ihrer Ausgangssituation ähnliche Bedingungen und Vorstellungen von liberaler Ideologie und Inhalten besaßen, sind aktuell nicht nur inhaltlich verschieden ausgerichtet, sondern besitzen verschiedene Issue-Strukturen, L-R-Werte, ihre Wahlprogramme entwickeln sich unterschiedlich und schließlich sind diese sich in verschiedenen ideologischen Parteienfamilien. Damit soll gesagt werden, dass nicht nur die Entwicklung der L-R-Werte der Wahlprogramme und die entsprechende Positionierung auf der L-R-Skala für die Partei und ihre inhaltliche Ausrichtung zentral sind, sondern auch in dem Kapitel aufgeschlüsselte Positionsstrukturen und Wahlergebnisse für die Transformationen der Wahlprogramme verantwortlich sein können.

Es konnte einerseits festgestellt werden, dass das ungarische Issue-System stärker polarisiert ist als das estnische, denn in Ungarn verteilen sich deutlich mehr Positionen in die Links-Rechts Positionen während in Estland die meisten zu den Valenz-Positionen gehören. Die Verteilung der Issues sollte aber nicht als die Ursache der ideologischen Ausrichtung von Fidesz gedeutet werden, im Gegenteil können die Positionen der Parteien mit Hilfe der polarisierten Issues leichter ermittelt werden. Dies geschieht aufgrund des Rechengvorganges der L-R-Werte, wo die Differenz aus den Links- und Rechts-Positionen errechnet wird. Die Issue-Struktur des Fidesz, die durch die Positions- und nicht die Valenz-Issues geprägt ist, zeigt aber, dass das Wahlprogramm eher stärkeren Veränderungen in den L-R-Werten ausgesetzt ist als zum Beispiel die estnische Partei, die eine deutliche Dominanz der Valenz-Issues in ihrem Wahlprogramm offenbart. Da die empirischen Ergebnisse dieses Teilkapitels mit den qualitativen Analyseergebnissen der Wahlprogramme konform sind, stellt der obere Kommentar die Ergebnisse nicht in Frage.

Die Analyse der Verläufe der L-R-Werte der Parteien über die gesamte Untersuchungszeit hat ebenso die Befunde aus der qualitativen inhaltlichen Analyse der Wahlprogramme bestätigt. Der Fidesz zeigt im *numerischen* Bereich der L-R-Werte eine sprunghafte Entwicklung auf der L-R-Skala, vor allem in den gesellschaftspolitischen

und ökonomischen Dimensionen, mit oft wechselnden Positionen. Somit kann ein inhaltlicher Wandel der Partei mehrfach bestätigt werden, aber signifikant in der Zeit zwischen den zweiten und dritten (1994-1998) Wahlen, sowie den fünften und sechsten (2006-2010).

Für die estnische liberale Partei lassen sich die Befunde der Inhaltsanalyse der Wahlprogramme ebenso belegen. Einerseits kann die graduelle Homogenisierung der L-R-Werte für die gesamten Wahlprogramme, als auch die separaten L-R-Dimensionen beobachtet werden. Ein weiterer wichtiger Befund dieser empirischen Analyse liegt darin, dass die separate Betrachtung der gesellschaftspolitischen und ökonomischen L-R-Werte für den estnischen Fall keinen signifikanten Unterschied in den Verläufen der L-R-Graphen der separaten Dimensionen oder der allgemeinen L-R-Werte zeigen, wie bei Fidesz. Am Anfang der Arbeit ist behauptet worden, dass die estnische und ungarische liberalen Parteien in einer strukturell ähnlichen Situation entstanden sind. Die Gruppen, aus denen sich der Kern der liberalen Parteien gebildet hat, waren in ihrer Denkweise und ihren ideologischen Vorstellungen ähnlich. Eine Annäherung in den L-R-Werten kann überraschenderweise auch am Schluss des Untersuchungszeitraumes gefunden werden. Die Links-Rechts-Werte liegen tatsächlich sehr nahe bei einander: mit 5,6 für Fidesz und 5,7 für die Reformierakond. Dies mag vor allem auf der Basis der unterschiedlichen Entwicklung, die in der qualitativen Wahlprogrammanalyse festgestellt wurde, verwundern. Besonders in den einzelnen Politik-Dimensionen (ökonomische und gesellschaftspolitische) scheinen sich die Parteien am Ende nicht nahe zu stehen und nicht einmal mehr einer Parteifamilie angehörig zu sein. Eine Erklärung dafür kann aus der separaten Analyse der ökonomischen und der gesellschaftspolitischen Dimensionen abgeleitet werden. Die gesellschaftspolitischen und ökonomischen Dimensionen zeigen einen Trend der Annäherung zur Mitte im Fall der Reformierakond und einen Rechts-Trend im Fall des Fidez. Die Differenzen in den Verläufen der L-R-Graphen der Parteien relativieren die überraschende Ähnlichkeit der allgemeinen L-R-Werte und zeigen, dass die Parteien insgesamt eine ganz unterschiedliche inhaltliche Positionsstruktur in ihren Wahlprogrammen haben. Die Reformierakond, die sich anstelle der ELDP mit ihrem Schwerpunkt auf die wirtschaftliche/ökonomische und in allen weiteren Bereichen pragmatische Politik etabliert hat, behält im Laufe der Zeit in der ökonomischen Dimension einen Rechts-Trend. Die gesellschaftspolitische Dimension, die anfangs – im Fall der Reformierakond

– zurückhaltend war und daher einen hohen Links-Rechts-Wert besaß, nähert sich mit der Zeit der Mitte der Skala an. Dagegen kann bei dem Fidesz eine ganz andere Entwicklung beobachtet werden, die zwar numerisch zu einem ähnlichen L-R-Wert führt, aber im Einzelfall verdeutlicht, wie wichtig es ist die L-R-Werte der gesellschaftspolitischen und ökonomischen Dimensionen einzeln zu betrachten. Gerade dort kann das Ausmaß der inhaltlichen Transformation des Fidesz gesehen werden. Das ähnliche Ergebnis der Parteien in ihren allgemeinen L-R-Werten beweist nur, dass diese Ermittlung nicht präzise genug ist und für die genauere Positionierung auf der L-R-Skala definitiv die dimensionalen L-R-Werte ausgerechnet werden müssen.

Die Analyse der Salienz-Werte der separaten Politikdimensionen zeigt, dass Fidesz zwar eine positive Einstellung zu EU und NATO hat, diesen beiden Themenbereichen jedoch nur den nötigsten Raum in ihren Wahlprogrammen widmet. Der Schwerpunkt der Nachbarschaftspolitik liegt ebenso im Bereich und Umfang der Relevanz der Interessen der Partei, nämlich in wirtschaftlichen Beziehungen und der Minderheitenpolitik für die Auslandsungarn. Die Analyse der Dimension Recht & Ordnung verdeutlicht und belegt den inhaltlichen Wandel der Partei. Anhand von den Salienzen der Codes des CMP wird klar, dass die Signifikanz der traditionellen Moral und zunehmende Betonung der Bedeutung von staatlich umgesetzten Recht und Ordnung sowie die Verringerung der gesellschaftlichen und persönlichen Unabhängigkeit den Fidesz weg von den Werten der liberalen Ideologie leitet. Die estnische liberale Partei bleibt in gesamten Untersuchungszeitraum auch auf der Analyse-Ebene mit den vorherigen Befunden über ihre inhaltliche Ausrichtung konform. Die eindeutig pro-europäische und europäisch-orientierte sicherheitspolitische Position der Partei spiegeln sich nicht nur in der Programmatik sondern auch entsprechenden Salienz-Werten der Positionen wider. Die Themen Recht und Ordnung sowie Nachbarschaft verhalten sich in der Einzelanalyse ebenso erwartungsgemäß. Interessant ist auch das allgemeine Muster der in der separaten Analyse untersuchten Positionen, denn diese zeigen im Fall von der estnischen Liberalen einen eindeutigen Links-Trend, zumal etliche Rechts-Positionen zu den ausgewählten Themenbereichen keine Erwähnung in den Wahlprogrammen der Partei finden.

Schließlich hat die Analyse des Wandels der Wahlprogramme, anhand der Übereinstimmungsindizes und der Wahlergebnisse sowie der Wahlperformanz der Parteien gezeigt, dass ein Wandel in den Wahlprogrammen beider Parteien vorhanden

ist, sich jedoch in den Fällen von Estland und Ungarn stark in seiner Erscheinungsart unterscheidet. Die schlechte Wahlperformanz motiviert den Fidesz sein Wahlprogramm ständig zu verändern und nur beim Erfolg sich auf die Wiederholung zu stützen. Dies wird nicht nur durch die wechselnde Wahlperformanz der Partei, sondern auch durch die verschiedenen Mengen der Übereinstimmung der Wahlprogramme klar. Die estnischen Liberalen überarbeiten ihre Wahlprogramme nachhaltig, über den ganzen Untersuchungszeitraum, und erhöhen von Wahl zu Wahl die Übereinstimmung der Inhalte dieser. Es können keine direkten Zusammenhänge zwischen schlechter Wahlperformanz und signifikanten Wahlprogrammveränderungen für die Esten gefunden werden, allerdings kann es auch daran liegen, dass die Performanz der estnischen Liberalen insgesamt höhere Stabilität und Erfolg bei den Wahlen zeigt.

5 ORGANISATORISCHER WANDEL DER LIBERALEN PARTEIEN

Organisationsfragen sind Machtfragen (Detterbeck 2011: 85)
Realistic practitioners recognize that intra-party democracy is not a panacea (Scarrow 2005: 3)

Die Organisation der Partei ist, neben ihrer Programmatik, die zweite Domäne in welcher Parteienwandel angesiedelt sein kann. Sie wird durch die Besonderheiten ihres Aufbaus oder der Funktionsweise ihrer Gremien geprägt. Im folgenden Kapitel stehen die Analyse der Parteistatuten, die Ermittlung des Grades ihrer internen Demokratisierung und die Dynamik des Führungswechsels im Fokus. Diese drei Elemente helfen nicht nur einen parteirechtlichen Rahmen der Parteiorganisation zu erstellen, sondern diesen durch den Grad seiner Demokratisierung und die Kontinuität der Parteiführung, im Laufe der Zeit mit dem Fokus auf ihren Wandel kritisch zu betrachten.

„Politische Parteien sind relativ komplexe Organisationen“ (Saalfeld 2007: 124). Die Komplexität hängt immer von ihrer konkreten Struktur und Größe ab, jedoch sind Parteien Organisationen und sollten daher auch als solche, wie es Panebianco (1988: 3) formuliert, unbedingt analysiert werden. Die Organisationsform der Parteien wird in ihrem Statut geregelt und kann, genauso wie ihre inhaltliche Ausrichtung, verschieden sein. Es wurde schon an mehreren Stellen der Arbeit thematisiert, dass die

ostmitteleuropäischen Parteien eher nicht in die gängigen, auf der Entwicklungsgeschichte der westeuropäischen Parteien entwickelten Parteien-Modelle passen. Die evolutionstypische Entwicklung der jungen ostmitteleuropäischen Parteien mit einer Geschichte über nur eine Dekade ist eher unwahrscheinlich. Für den Wandel der Parteien ist in diesem Fall die politische Entwicklung, die in den ostmitteleuropäischen Staaten dominant ist, zuständig (Panebianco 1998: 240). Die Organisationsstruktur der postsozialistischen Parteien ist bei ihrer Entstehung schwach (Tavits 2013: 154-155; Pettai/Kreuzer 2001: 107). Dies ist dadurch bedingt, dass die Parteien nicht nur mit den organisatorischen Seiten des Parteiwesens beschäftigt waren und durch eine große allgemeine Parteiskepis begleitet waren (2013: 9).

Andererseits ist ebenso mehrfach gesagt worden, dass die liberalen Parteien Ostmitteleuropas in enger Kooperation und auf Vorbild der westeuropäischen Liberalen entstanden sind. Daher ist die Organisationsstruktur der ostmitteleuropäischen liberalen Parteien zwar schwach, aber formell, ebenso wie, zumindest anfänglich, ihre Inhalte vorbildorientiert entstanden (Kopecký 1995: 520). Die liberalen Parteien besitzen traditionell keine herausragenden Organisationsformen, wie zum Beispiel die Grünen in ihrer Entstehungszeit (Poguntke 1993: 137-139). Daher kann vermutet werden, dass auch die ostmitteleuropäischen liberalen Parteien keine abweichenden Formen der Parteienorganisation besitzen. Daraus abgeleitet sollten ihre Gremien keine Probleme für den Vergleich, bedingt aus der stark verschiedenen Struktur liefern (Poguntke 1998: 164-165). Relevant für den vorliegenden Forschungsansatz ist es, eine funktionale Untersuchung der Parteien und ihrer Organisationsstruktur zu machen – das heißt, ihre Statuten vor allem aus der funktionsbedingten Perspektive, *wer was darf* und nicht *wen gibt es*, betrachten. Ware beschreibt Fidesz über drei zentrale Aktivitäten: *preparing for and assisting in the running of election campaigns; sustaining the party organization, membership, and other resources; devising new public policies and strategies for the party's elected representatives in public office* (1996: 111). Dabei ist mit der funktionalen Untersuchung der Parteiorganisation eine umfassende, nicht nur deskriptive, sondern auch die Funktionen der einzelnen Gremien abfragende Analyse der Parteiorganisation auf Basis der Statuten gemeint. Aus den Funktionen der Gremien, dem allgemeinen Grad der Demokratisierung des parteiinneren Lebens und der Rolle sowie Kontinuität der Parteivorsitzenden, können organisationsbedingte Gründe des Wandels abgeleitet werden.

„Es sind diese Gelegenheitsstrukturen (*structures of opportunity*), die es zu analysieren gilt, wenn man verstehen will, wie eine Partei „tickt““ (Poguntke 1997: 257-258). Aus der gleichen Perspektive argumentiert auch Panebianco, der die Parteien durch ihre Funktionen, Aktivitäten und Machtkämpfe ihrer Akteure zu analysieren bevorzugt (1988: xii). Die Organisationsstruktur der Partei besteht nicht nur aus Gremien, sondern eben ihren Funktionen. Damit ist gemeint, dass die Organisationsweise der Parteien und vor allem darin enthaltene Rechte, Pflichten und Kompetenzbereiche, großen Einfluss auf die Partei haben (Tavits 2013: 426). Die Organisationsform, die durch die Statuten geregelt ist und darüber hinaus aus informellen Praktiken von Parteien besteht, definiert den Rahmen, innerhalb dessen interne Prozesse ablaufen. Dabei geben die Statuten oft nicht das ganze Bild über die Organisationsweise der Parteien wider und werden in ihrer Wirkung überschätzt (Bukow 2013: 284). Die überschätzte Wirkung der Statuten soll gleichzeitig nicht deren Bedeutung für die Parteiorganisation minimieren, aber zu einer tiefergehenden Erforschung vor allem der Handlungspraxis mit Hilfe der Experten später erweitert werden. Vorerst muss zur Grundlage dieses nächsten Schrittes, die formelle Seite der Parteiorganisation, erörtert werden. Auf der zentralen Bedeutung der Prozesse innerhalb einer Organisation basierend, begründen sich auch der Analysevorgang und -ansatz der Statuten der Parteien. Die Organisationsstrukturen, die mit Hilfe der Statutenanalyse gemacht, aber insgesamt auch durch Expertengespräche vervollständigt werden, sollen den Wandel dieser Parteien erklären.

Abhängig vom Aufbau der Partei und der Funktionen ihrer einzelnen Gremien können Prozesse zentral oder autonom gesteuert und verändert werden.

„Durch die Zuweisung formaler Macht an bestimmte Parteigremien, durch die Festlegung bestimmter Entscheidungsregeln für diese Gremien sowie durch spezifische Repräsentationsrechte und Inkompatibilitätsregeln wird – um nur die wichtigsten Aspekte zu nennen – der Rahmen vorgegeben, innerhalb dessen sich innerparteiliche Entscheidungsprozesse abspielen“ (Poguntke 2001: 1).

Damit ist vor allem die Handlungsfähigkeit bestimmter Parteigremien, wie dem Parteitag, oder Veto- und Bestimmungsrechte des Parteivorsitzenden gemeint. Definitiv ist die Organisation der Partei ein Rahmen, der nicht nur das Innenleben, sondern auch den Willensbildungsprozess und die Machtzuständigkeiten dieser Organisation regelt, die Rekrutierung und den Nachwuchs organisiert sowie für die Bindung der gesellschaftlichen Kräfte sorgt (Schmid/Zolleis 2005: 9). Im Rahmen der Parteiorganisation aggregieren sich alle einzelnen Teile einer Partei zu einem

funktionalen Körper. Da diese Partei eine Organisation ist, die auf langfristige Ziele setzt, ist diese am Fortbestehen ihrer Organisation interessiert (Bernauer 2009: 247). Vor allem der organisatorische Wandel der Partei entsteht aus ihrem Interesse zu überleben und daher der Bereitschaft sich zu wandeln (Panebianco 1988: 242). Da eine Partei aus mehreren Akteuren, die alle ihre Funktionen innerhalb dieser haben und sich im Einzelnen wandeln können, besteht, müssen alle Dimensionen des Parteaufbaus betrachtet werden. „Even if the party is the major unit of analysis, the analysis is incomplete unless it probes how the subunits enter – and alter – the party“ (Sartori 2005: 63).

Die Organisationsstruktur einer Partei hat mehrere Ebenen – die nationale und die subnationale – und ist in ihrem Aufbau je nach dem Typ und den Bedingungen mehr oder minder kompliziert. Dies ist vor allem durch die Orientierung der Aufbaustruktur an den gesellschaftlichen Strukturbedingungen, der Anpassung ans politische System und die politische Konkurrenz bedingt (Poguntke 2001: 2). Da die vorliegende Analyse aus der Funktionalitätsperspektive der Parteienorganisation argumentiert, werden im Folgenden angelehnt an das Analyseraster von Berge et al. (2013: 7) die einzelnen Funktionen und Gegebenheiten der Organisationsstrukturen der ostmitteleuropäischen liberalen Parteien und deren Gemeinsamkeiten und Unterschiede untersucht. Dabei wird der Schwerpunkt der Analyse, angelehnt an Berge et al. (2013: 2), auf der innerparteilichen Demokratie als dem Träger der demokratischen Kultur (Scarrow 2005: 3) und dem Strukturmerkmal einer Partei (Blank 2009, c 2009: 254) liegen.

Es wird daher versucht, auf der Basis der Parteigremien und deren Funktionen die Organisationsstruktur der Parteien zu erfassen, zu charakterisieren und ihren Wandel nachzuvollziehen. „Letztlich definieren die formalen Regeln den Handlungsrahmen der innerparteilichen Demokratie“ (Bukow/Poguntke 2013: 180). Dafür wird sich am Konzept der innerparteilichen Demokratie (IPD) orientiert, welche die Partei aus einem partizipatorischen Aspekt betrachtet (Blank 2009, c 2009: 285-286, Scarrow 2005: 3), der Index oder Wert der innerparteilichen Demokratie (IPD-Wert) für beide Parteien ermittelt und somit der Charakter ihrer Organisationsstruktur beschrieben. Deswegen werden als Grundlage der Analyse die Statuten der Parteien genommen. Im Folgenden soll das konkrete Vorgehen der Analyse der Parteiorganisation beschrieben werden.

Parteistatut - der Schlüssel zu Partei und ihrer Organisation?

Die Organisationsstruktur, die in den Statuten festgehalten ist, umrahmt und regelt alle Bereiche der Partei, von Rechten, Pflichten und Formalien bis zu ihrem Aufbau und Funktionen einzelner Gremien. Sobald jemand ein Mitglied der Partei ist, werden seine Aktivitäten, in und für die Partei, durch das Statut geregelt. So wie die Wahlprogramme viele Inhalte enthalten, können dem Parteistatut Details des Aufbaus und Funktionsweisen seiner Strukturen, entnommen werden, daher werden hier die Statuten als Grundlage der Organisationsanalyse genutzt.

Zentral für dieses Kapitel ist die Auseinandersetzung mit den einzelnen Funktionen und Rechten der Gremien und der innerparteilichen Demokratie sowie der Führungswechselformen, denn diese können, nach vorliegender Auffassung, den organisatorischen sowie inhaltlichen Wandel der Partei bewirken. Panebianco sagt, dass der Wandel der Parteistrukturen, der durch äußere Faktoren verursacht wird, dort stattfindet, wo es „internal preconditions of this transformation“ gibt (1988: 242). Diese internen Voraussetzungen, die für die Ermittlung des möglichen Parteienwandels zentral sind, können aus den Ergebnissen der qualitativen und quantitativen Analyse der Statuten abgeleitet werden. Dadurch, dass bestimmte Gremien keine Rechte besitzen oder andere zu viele Rechte haben können, kann das Gleichgewicht der Machtstruktur und damit die innerparteiliche Demokratie der Partei gestört werden. Langfristig wird die Organisationsstruktur der Partei stark modifiziert. Vor allem geht es darum, dass demokratische Parteien demokratische Strukturprinzipien in der innerparteilichen Demokratie sowie inneren Ordnung verfolgen sollten. Dies ist in den Statuten zwar geregelt, allerdings nicht verbindlich (Rossner 2014: 60-61). Also kann der Parteienwandel nur dann entstehen, wenn interne organisatorischen Voraussetzungen und externe Faktoren gegeben sind, denn, „[w]hen neither environmental challenges nor internal preconditions are present, organizational change cannot take place“ (Panebianco 1988: 242).

5.1 Parteistatutenanalyse mit Hilfe des *Internal Party Democracy Measurements* und der Führungswechseldynamik

Bevor dieses Kapitel sich der detaillierten Analyse der Parteistatuten und der Diskussion der Ergebnisse widmet, ist es wichtig, zunächst die Struktur des Analyserasters und des Vorgehens zu skizzieren.

Die qualitative sowie quantitative Analysen der Parteistatuten basieren in dieser Arbeit, wie bereits in dem Methodenkapitel dargestellt, auf dem Codeschema der IPD nach Berge et al. (2013: 17-23). Die drei wesentlichen Kategorien in dem Codeschema der IPD sind dabei die Rechte der Mitglieder, die Organisationsstruktur und die Entscheidungsfindung der Parteien. Jeder der genannten Kategorien ordnen die Autoren eine Reihe von Unterkategorien und Frageblöcke zu, somit wird ein Frage-Set zu allen wichtigen strukturellen Einheiten und deren Funktionen entwickelt. Diese Fragen dienen als Grundlage zur Koordinierung der Statuten. In den Statuten werden demnach *Antworten* auf die Fragen des Codeschemas gesucht. Im Kodier-Prozess, der nach dem Frage-Antwort Prinzip aufgebaut ist, ist es möglich die gestellten Fragen mit *yes*, *no* oder *not specified* zu beantworten. Die vorgegebenen Antwortmöglichkeiten beziehen sich nicht nur auf die Ausprägung, sondern auch auf das Vorhandensein der Informationen in den Statuten.

Für die qualitative Analyse werden hier direkt die Fragen und Antworten untersucht und für die Ermittlung des IPD-Wertes werden die einzelnen Antworten nach dem vorgegebenen Schema quantifiziert (Berge et al. 2013: 45-60). Diese Herangehensweise ermöglicht nicht nur den allgemeinen Grad der internen Demokratisierung der einzelnen Parteien anhand ihrer Statuten zu ermitteln und miteinander zu vergleichen, sondern auch ein detailliertes organisatorisches Portrait der jeweiligen Partei zu bilden und eventuell die Diskrepanz der IPD-Werte durch konkrete Beispiele zu ergänzen. Dadurch können schließlich, dank der gleichen Analysebasis, die einzelnen Teilergebnisse verbunden und zwischen den Parteien verglichen werden.

Der Führungswechsel, der hier durch die Dynamik des Wechsels des Parteivorsitzenden untersucht wird und der direkt mit einem Potential zum Parteiwandel verbunden wird, wird hier anhand der Personenkonstellation im Amt des Parteivorsitzenden der jeweiligen Parteien in dem Forschungszeitraum untersucht. Das

Hauptziel ist die Tendenz zu erarbeiten, wie die Personen im Amt wechseln oder für wie lange im Amt bleiben. Schließlich werden diese Konstellationen mit den Trends des IPD-Wertes gegenübergestellt.

Die qualitative Analyse der Statuten wird in diesem Kapitel nicht länderspezifisch, sondern nach Inhalten des Codeschemas strukturiert. Da es im Vergleich zu den Wahlprogrammen keine vergleichbare geregelte Sequenz der Veröffentlichung und Modernisierung der Statuten gibt, liegt für die jeweiligen Länder eine unterschiedliche Anzahl von Statuten vor. So obliegen der Analyse für den Fall Estland sieben Statuten aus den Jahren 1990, 1995, 1997, 2001, 2005, 2007 und 2012, wobei das Statut von 1990 noch ein Statut der ELDP ist und erst ab 1995 die Statuten der Reformierakond folgen. Für die Partei Fidesz, unter ihren verschiedenen Namen, gibt es insgesamt zehn Statuten aus den Jahren 1988, 1989, 1991, 1993, 1999, 2001, 2002, 2003, 2005 und 2006⁴⁰.

5.1.1 Quantitative Analyse der Statuten – Messung des Indexes der Internal Party Democracy

Zur Entwicklung der parteiinternen Demokratie in Estland kann ein eindeutiger Trend der Entwicklung der IPD, wie in Abbildung 17 zu sehen ist, entnommen werden. Zwischen dem ersten und dem zweiten Statut kann ein deutlicher Anstieg der IPD von 0,125 auf 0,309 gesehen werden.

Abbildung 17: Internal Party Democracy Index, ELDP/ Reformierakond.

Statutenjahr	IPD
1990	0,125
1995	0,309
1997	0,309
2001	0,309
2005	0,309
2007	0,309
2012	0,309

Quelle: Eigene Erhebung, eigene Darstellung.

⁴⁰ Das Statut von 2006 gilt in der vorliegenden Arbeit als das neueste, da im Bearbeitungszeitraum der Dissertationsschrift keine weiteren erschienen sind.

Der Wechsel im IPD-Wert passiert, wie auch in den anderen signifikanten Veränderungen, im Übergang von der einen Partei zu der anderen. Danach bleibt der Wert der IPD konstant. Die Reformpartei scheint anhand von diesem Index in ihren Statuten nichts Grundlegendes über die Jahre verändert zu haben. Um diese Erkenntnis nicht unbegründet im Raum stehen lassen, werden die einzelnen Kategorien qualitativ untersucht. Die für die 10 Statuten des Fidesz gebildeten IPD-Werte zeigen eine höhere Varianz als im Fall von Estland. Es kann auch im Fall von Fidesz kein Trend in der Entwicklung der IPD-Werte der Abbildung 18 entnommen werden. Interessant ist dennoch, dass der niedrigste Wert der Partei dem Statut des Jahres 1988 entspricht, als der Bund Junger Demokraten sich eigentlich noch gar nicht als Partei gesehen hat. Den höchsten Wert der IPD erreicht Fidesz zwei Mal – im Jahr 1993 und 2003.

Über die Entwicklungen der IPD-Werte der beiden Parteien kann allgemein beobachtet werden, dass beide aktuell ein, wenn auch in beiden Fällen minimal, höheres Niveau der innerparteilichen Demokratie besitzen. Dies ist in Hinblick auf die demokratische Konsolidierung der Parteien positiv. Weiterhin bedarf es aber einer separaten qualitativen Analyse der Statuten anhand der Kategorien der IPD, damit die konkreten Veränderungen die Schwankungen in den IPD-Werten erläutern und diese schließlich im Kontext des Parteienwandels betrachtet werden können.

Abbildung 18: Internal Party Democracy Index, Fidesz.

Statutenjahr	IPD
1988	0,310
1989	0,282
1991	0,253
1993	0,401
1999	0,345
2001	0,345
2002	0,345
2003	0,410
2005	0,382
2006	0,378

Quelle: eigene Darstellung.

5.1.2 Qualitative Analyse der Statuten

5.1.2.1 Hauptkategorie 1 - Rechte der Mitglieder

In dieser Rubrik werden die Kategorien, angelehnt an Berge et al. (2013: 7), einzeln analysiert. Es werden jeweils die Hauptkategorien mit ihren Unterkategorien gruppiert.

Abbildung 19: Haupt- und Unterkategorien 1 – Rechte der Mitglieder.

Hauptkategorie	Rechte der Mitglieder	
Subkategorien	Allgemeine Mitgliederrechte	Minderheitenrechte

Quelle: Eigene Darstellung nach Berge et al. 2013:7.

Die Hauptkategorie *Rechte der Mitglieder* thematisiert den Status des Mitgliedes einer Partei und fokussiert sich dabei auf zwei Themenschwerpunkte, die gleichzeitig auch ihre Unterkategorien bilden: die allgemeinen Mitgliederrechte und die Minderheitenrechte. Diese Schwerpunkte, wie in der Abbildung 19 abzulesen ist, bilden gleichzeitig auch die Subkategorien. Mit den Rechten der Mitglieder werden Inhalte zur Mitgliedschaft, die Aktivitäten der Mitglieder sowie ihre Rechten und Pflichten in den Statuten kodiert. Die dort vermerkten Mitgliederrechte dienen der Regelung des Binnenlebens der Partei und fassen die wesentlichen Aspekte der individuellen demokratischen Freiheit sowie der Inklusion des Mitgliedes (Berge et al. 2013: 10) zusammen. Die Rechte der Mitglieder bestimmen nicht nur im positiven Sinne was ein Mitglied darf, sondern markieren dort auch eine Grenze, die ein Mitglied nicht überqueren kann.

5.1.2.1.1 Subkategorie: Allgemeine Rechte der Parteimitglieder

Die Kategorie über die *allgemeinen Rechte* der Mitglieder beinhaltet insgesamt sechs Fragen zu den Prinzipien⁴¹ der parteiinternen Demokratie, zu den Rechten der Mitglieder⁴², den Rechten über das Erhalten der Informationen⁴³, zur Vertretung

⁴¹ Are the principles of intra-party democracy mentioned in the statute? (Berge et al. 2013: 19)

⁴² Are party members' rights directly mentioned in the statute? (Berge et al. 2013: 19)

⁴³ According to the statute do, the party members have following rights: to be informed about party activities? (Berge et al. 2013: 19)

anderer Meinungen innerhalb der Partei⁴⁴ sowie zur Teilnahme an der Entscheidungsfindung⁴⁵ und Fraktionsbildung innerhalb der Partei⁴⁶.

Die erste Frage nach dem Erwähnen der Prinzipien der internen Parteiendemokratie lässt sich für beide Länder gleichermaßen beantworten. Sowohl im Fall der estnischen als auch der ungarischen Liberalen werden entsprechende Aussagen nur in den jeweils ersten Statuten gefunden. Alle weiteren beinhalten keine direkte Referenz zur parteiinternen Demokratie. Dies ist ein interessantes Signal, spricht aber nicht automatisch für eine negative Veränderung. Die Aussagen, die besonders in den ersten Dokumenten der Parteien noch betont werden (wie zum Beispiel der Freiheitsbegriff in den ersten Wahlprogrammen), fallen später einfach weg, aber nicht, weil diese unwichtig geworden sind. Einige Begriffe werden mit der Zeit selbstverständlich und benötigen keine gesonderte Erwähnung mehr. Allerdings kann diesem Argument weder im Fall von Fidesz, noch im Fall der Reformpartei, Recht gegeben werden. Beide Parteien besitzen erstens einen ziemlich niedrigen Wert der IPD. Zweitens lassen sich beide Parteien durch keine besondere direktdemokratische Methode in ihrer Organisationsform unterscheiden, wodurch die innerparteiliche Demokratie nicht gewährleistet ist.

Die zweite allgemeine Frage der ersten Subkategorie ist die nach den Rechten der Mitglieder der Partei. Diese Rechte können in allen Statuten beider Parteien gefunden werden. Ohne die Mitglieder ist eine Partei nicht denkbar und oberste Aufgabe des Statutes ist das Normieren und Regeln des Innenlebens einer Partei. Daher müssen solche wesentliche Elemente thematisiert werden. Anders und unterschiedlich handhaben die estnischen und ungarischen Parteien die Erwähnung einiger konkreter Rechte ihrer Mitglieder. So beinhalten beispielsweise sowohl die Statuten der ELPD, als auch der Reformpartei das Recht der Mitglieder auf das Erhalten von Informationen über Parteiaktivitäten, auf die Äußerung einer abweichenden Meinung innerhalb der Partei sowie der Öffentlichkeit als auch die Teilnahme bei der Entscheidungsfindung. Zur Formierung der Fraktionen gibt es eine explizite Erlaubnis im Statut der ELDP aber keine Erwähnung dieses Rechts in den Statuten der Reformpartei. Das Fehlen der Fraktionsregelung in der Reformpartei könnte sich insoweit erklären lassen, dass die Reformpartei entweder (noch) nicht mit der Notwendigkeit einer solchen Regelung

⁴⁴ To express a divergent opinion within the party and/or public? (Berge et al. 2013: 19)

⁴⁵ To participate in the party decision-making? (Berge et al. 2013: 19)

⁴⁶ To build factions within the party? (Berge et al. 2013: 19)

konfrontiert war oder zweitens, dass ihre verschiedenen Schwerpunkt-Clubs⁴⁷ bereits alle Fraktionsbildungswünsche der Mitglieder bedienen.

Die Mitgliederrechte können für die Statuten des Fidesz vielfältiger beantwortet werden. So kann auf die Frage, ob sich die Mitglieder über die Parteiaktivitäten informieren dürfen, durchgängig eine negative Antwort gegeben werden. Das allgemeine Fehlen dieses Rechtes ist nicht ganz nachvollziehbar, kann aber vielseitige Gründe haben. Einerseits kann es seitens der Partei als lästige Arbeitsbelastung aufgefasst und nicht als Grundrecht eines Organisationsmitglieds wahrgenommen werden. Andererseits kann hinter so einer Negation eine abweisende Haltung und klare Trennung zwischen den Partei-Angelegenheiten und dem „Normal“-Mitglied beinhalten. Die fehlende interne Transparenz der Parteiangelegenheiten und womöglich der Entscheidungsprozesse ist definitiv ein Defizit für die parteiinterne Demokratie.

Zur parteiinternen Meinungsäußerung werden den Fidesz-Mitgliedern mehr Rechte eingeräumt - seit 1989 ist die Äußerung alternativer Meinungen innerhalb der Partei durchgängig erlaubt. Im ersten Statut von 1988 wurde ein solches Recht nicht erwähnt. Da die Partei 1988 sowieso im Vergleich zu anderen Parteien als sehr kritisch und protestgerichtet galt, war die alternative Meinung eher ein Credo, als Recht für die Mitglieder der Partei. Das Recht der Mitglieder an der Teilnahme bei der Entscheidungsfindung wird den Mitgliedern in den ersten beiden Statuten von 1988 und 1989 sowie dem Statut von 2006 zugesprochen. In der kompletten Zwischenzeit hatten die Mitglieder anscheinend keinen Anspruch auf dieses Recht. In der Frage nach Fraktionsbildung zeigt sich ein ähnliches Antwortmuster bei den Esten: Mit dem zweiten Statut verschwindet das Thema Fraktionsbildung aus dem Dokument. In den ersten beiden Statuten konnten die Mitglieder noch auf dieses Recht zurückgreifen. Eine direkte Erklärung lässt sich auf so eine Regelung nicht gleich finden, jedoch scheint es im Allgemeinen eine mögliche Praxis beider Staaten zu sein, bestimmte Rechte und Praktiken aus den Statuten immer aufgrund von fehlender Nachfrage abzuschaffen.

⁴⁷ Reformierakond hat drei verschiedene Clubs, die als thematische Fraktionen aufgefasst werden können: einen Frauenclub (NaiRe), einen Seniorenclub (Seenioride Klubi) und einen Unternehmerclub (Ettevõtlu klubi).

5.1.2.1.2 Subkategorie: Minderheitenrechte

Die Kategorie Minderheitenrechte besteht im Kodierschema aus mehreren Fragen, die allgemein nach der Erwähnung der Minderheiten im Statut⁴⁸, nach bestimmten Minderheitenquoten⁴⁹, über die bestimmten Platzierungen von Minderheiten in Parteiorganen und Wahllisten⁵⁰ oder zur automatischen Zugehörigkeit bestimmter Repräsentanten der Minderheitengruppen in der Exekutive der Partei⁵¹ fragen.

Im Fall der estnischen Parteien gibt es zum gesamten Block der Minderheitenfragen nur eine einheitliche Antwort. Es gibt keinerlei Aussagen über Minderheiten in den Statuten der Liberalen. Da die Gesellschaft Estlands eine eher integrative und assimilierende Position und Perspektive gegenüber ihren, vor allem russischsprachigen, Minderheiten eingenommen hat, sieht die Partei keine Notwendigkeit diese als *Minderheit* in ihrem Statut zu definieren. In der ELDP sowie in der Reformpartei gab und gibt es immer Mitglieder und Kandidaten mit verschiedener Herkunft.

Der Fidesz ist bereits durch ihre Wahlprogramme für das Thematisieren der Minderheiten bekannt, dabei sind mit Minderheiten vor allem die im Ausland lebenden Ungarn und manchmal auch die in Ungarn lebenden Roma gemeint. Die Statuten der Partei bleiben ebenfalls nicht ohne Erwähnung der Minderheiten und deren Rechte. So kommen diese in allen Statuten mit der Ausnahme von 1999, 2001 und 2003 vor. Allerdings werden durch die Statuten Minderheitenquoten weder für die Wahllisten noch die Parteiorgane vorgesehen. Zur Frage, ob bestimmte Repräsentanten der Minderheitengruppen automatisch zu der Parteiexekutive gehören, gibt es daher ebenfalls keine einheitliche Antwort. Bis 1993 gab es für den Fidesz keine Regelung. Danach wurde diese zwischen 1993 und 1999 eingeführt, um dann im darauffolgenden Statut 1999 wieder bis 2003 gestrichen und ab 2003 erneut aufgenommen zu werden. Interessant ist, dass die Zugehörigkeit der Minderheiten zur Parteiexekutiven das Muster der IPD-Werte wiederholt. 1993 und 2003 erreicht die Partei, pünktlich zur Einführung dieser Regeln, ihren höchsten IPD-Wert.

⁴⁸ Is there an explicit reference to minorities in the statute? (Berge et al. 2013: 20)

⁴⁹ Are there any quotas explicitly mentioned in the statute with respect to minorities? Is it explicitly mentioned, that the quotas are binding? (Berge et al. 2013: 20)

⁵⁰ Does the statute explicitly mention minority quotas in the party organs? Does the statute explicitly mention minority quotas in the party lists for public office? (Berge et al. 2013: 20)

⁵¹ Do certain members (i.e. presidents or other representatives) of the minority groups automatically become members of the party executive? (Berge et al. 2013: 20)

5.1.2.2 Hauptkategorie 2 – Organisationsstruktur

Der Großteil des Kodierschemas von Berge et al. (2013) ist der direkten Analyse der Struktur der Organisation gewidmet. Die Hauptkategorie zur Organisationsstruktur ist in separate Subkategorien wie Parteitag, Schiedsgericht, Parteivorstand, Parteipräsidium, Parteivorsitzender sowie Verhältnis zwischen den Parteigremien auf den nationalen und subnationalen Ebenen unterteilt.

Abbildung 20: Haupt- und Unterkategorien 2 – Organisationsstruktur.

Hauptkategorie	Organisationsstruktur					
Subkategorien	Parteitag	Schiedsgericht	Parteivorstand	Parteipräsidium	Parteivorsitzender	Nationale und subnationale Ebenen

Quelle: Eigene Darstellung nach Berge et al. 2013:7.

5.1.2.2.1 Subkategorie: Parteitag

Der Parteitag ist das zentrale Gremium und der oberste Souverän (Berge et al. 2013; Poguntke 1998: 165, 2001: 10) einer Partei. Der Parteitag hat eine zentrale Rolle für die Teilnahme der Mitglieder bei Entscheidungsprozessen und Abstimmungen oder Wahlen der Parteiführung.

In den Statuten der estnischen Parteien, der ELDP und der Reformpartei, ist ein Parteitag⁵² nicht nur durchgehend vorhanden, sondern auch als Gremium, das über den Parteistatut, allerdings ohne Präzisierung ob dies allein möglich ist⁵³, entscheidet⁵⁴ und mindestens einmal alle drei Jahre⁵⁵ tagen muss, gekennzeichnet. Der Parteitag hat in den Statuten, mit Ausnahme des ersten, die höchste Obrigkeit⁵⁶ unter den Parteigremien.

⁵² Is the existence of a party congress or equivalent mentioned in the statute? (Berge et al. 2013: 20)

⁵³ Is the party congress the sole organ responsible for elaborating/ amending the statute?(Berge et al. 2013: 20)

⁵⁴ Does the party congress play a role in defining the party statute? (Berge et al. 2013: 20)

⁵⁵ Does the statute mention that the party congress should meet at least once every three years? (Berge et al. 2013: 20)

⁵⁶ Does the statute explicitly mention that the party congress has the highest authority within the party? (Berge et al. 2013: 20)

Das Fehlen des Parteitages im Statut der ELDP ist der negativen Wahrnehmung der Funktion geschuldet. Die Differenzierung eines *demokratischen* Parteitages von dem Bild der Parteitage der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, entwickelte sich graduell. Dies könnte erklären, wieso dieses zentrale Gremium in dem Statut nicht erwähnt wird, da es von den Parteimitgliedern missinterpretiert werden konnte.

Im Statut des Fidesz finden sich fast gleiche Regeln. Der Parteitag muss ebenso mindestens alle drei Jahre tagen und ist ein zentrales Gremium der Partei. Der einzige, jedoch sehr prägende Unterschied, der sich in der Organisationsstruktur des Fidesz im Vergleich zur estnischen Liberalen beobachten lässt, hängt mit der Frage des Rechtes zu Veränderungsabstimmungen des Parteistatutes zusammen. In den ersten drei Statuten des Fidesz, damals noch unter dem Namen Bund Junger Liberalen bekannt, hatte der Parteitag dieses Recht. Seit dem dritten, mit April 1993 datierten Statut der Partei bleibt diese Funktion bis heute nicht mehr alleine dem Parteitag überlassen.

5.1.2.2.2 Subkategorie: Schiedsgericht

Das Schiedsgericht ist diejenige parteiinterne Organisation, die innerparteiliche Dispute lösen, Mitglieder aus der Partei ausschließen oder Sanktionen verschiedener Art verordnen kann (Berge et al. 2013: 11).

Ein Schiedsgericht oder ein anderes ähnliche Funktionen tragendes Parteigremium, kommt im Statut der ELDP nicht vor. Bei der Reformpartei gibt es ein *Ehrengericht*. So finden sich nicht nur eine Erwähnung der Mechanismen der parteiinternen Konfliktlösung⁵⁷, sondern auch ein unabhängiges Parteiorgan, das Disziplinarmaßnahmen⁵⁸ bestimmen kann. Allerdings gibt das Statut der Reformpartei keine Informationen darüber, ob die Entscheidungen des Schiedsgerichtes für alle

⁵⁷ Are any conflict-solving agencies/mechanisms within the party mentioned in the statute? (Berge et al. 2013: 20)

⁵⁸ Is the existence of an independent party organ (e.g. party court) mentioned, which decides of disciplinary measures? (Berge et al. 2013: 20)

verbindlich⁵⁹ sind und ob diese sich auf den Parteivorstand und den Vorsitzenden beschränken⁶⁰.

Die Statuten des Fidesz zeigen bei den Fragen zum Schiedsgericht ähnliche Ergebnisse. Dieses erwähnt ebenfalls durchgängig einen Mechanismus der Konfliktlösung innerhalb der Partei. Seit 1991 verfügt die Partei auch über ein unabhängiges Gremium, ein Schiedsgericht, das diese Konflikte löst. Über die Verbindlichkeiten der Entscheidungen dieses Gerichtes bieten die ungarischen Statuten jedoch keine Informationen.

5.1.2.2.3 Subkategorie: Parteivorstand

Der Parteivorstand ist die Führungsebene der Parteien und gliedert sich in den Parteivorstand und das Parteipräsidium (Berge et al. 2013: 12). Dabei hat das Parteipräsidium eher die organisatorischen Aufgaben und der Parteivorstand beschäftigt sich mit fundamentalen und parteistrategischen Fragen (ebd.).

Der Parteivorstand der estnischen Liberalen scheint in seiner Tätigkeit ziemlich unabhängig zu sein, denn aus den Statuten können zwar die Verantwortlichkeiten des Vorstandes⁶¹ abgelesen werden aber die Rechenschaftspflicht⁶² gegenüber dem Parteitag oder den Parteimitgliedern wird nicht erläutert, sowie keine Organe oder Mechanismen zur Kontrolle⁶³ des Parteivorstandes genannt werden.

Fidesz erwähnt erst ab 1993 die Aufgaben und Verantwortlichkeiten des Vorstandes in seinen Statuten. Im Vergleich zu den Statuten der Reformpartei und der ELDP sind bei Fidesz ebenso erst ab 1993 auch die Rechenschaftspflicht des Vorstandes gegenüber dem Parteitag und den Mitgliedern sowie Kontrollmechanismen des Vorstandes in dem Text der Parteistatuten vorhanden. Dies ist wieder mit der umstrittenen Positionierung des Fidesz gegenüber seiner Form als *eine Partei* zu verbinden.

⁵⁹ Is it explicitly mentioned that the party court's decisions are equally binding for everybody, including the party executive? (Berge et al. 2013: 20)

⁶⁰ Is it explicitly mentioned that the party court's jurisdiction includes the party executive and the party president? (Berge et al. 2013: 20)

⁶¹ Does the statute mention the responsibilities and accountabilities of the national executive? (Berge et al. 2013: 20)

⁶² Does the statute mention that the national executive is accountable to the party members or to the party congress? (Berge et al. 2013: 20)

⁶³ Is there any party body/mechanism explicitly mentioned, which is specifically entitled to control the national executive? (Berge et al. 2013: 20)

5.1.2.2.4 Subkategorie: Parteipräsidium

Das Parteipräsidium zeigt ein identisches Muster an Informationen wie der Parteivorstand. Die ELDP benennt kein Präsidium als solches und die Reformpartei bestätigt das Vorhandensein des Parteipräsidiums in dem es die Verantwortlichkeiten⁶⁴ des Präsidiums festlegt. Wie bei dem Vorstand werden auch für das Präsidium keine Rechenschaftspflichten⁶⁵ gegenüber dem Parteitag oder den Mitgliedern und keine Kontrolleinheiten und -mechanismen⁶⁶ genannt.

Im Gegenteil zu den estnischen Parteien ist das Präsidium bei Fidesz von Anfang an durchgehend sowohl durch seine Verantwortlichkeiten, wie Rechenschaftspflichten, als auch durch Kontrollmechanismen innerhalb der Partei definiert.

5.1.2.2.5 Subkategorie: Parteivorsitzender

Der Parteivorsitzende spielt in allen Parteien eine wesentliche Rolle, egal ob seine Position sich tatsächlich durch Macht auszeichnet oder nur symbolisch ist. In einer demokratischen Partei muss der Vorsitzende jedoch in seiner Macht begrenzt werden, sonst könnte er der alleinige Leiter der Partei sein (Berge et al. 2013: 12-13). Diese Frage muss später in der separaten Analyse der Dynamik des Führungswechsels untersucht werden.

Der Vorsitzende der liberalen Partei in Estland, das gilt sowohl für die ELDP als auch für die Reformpartei, kann laut den Statuten in seinem Amt nicht herausgefordert⁶⁷ werden. Allerdings zeigt sich der eher repräsentative Charakter des Parteivorsitzenden in der Analyse seiner Rechte und Pflichten. Somit besitzt der Vorsitzende der Liberalen in Estland kein Recht Entscheidungen und Handlungen m des Parteivorstands und des

⁶⁴ Does the statute mention the responsibilities and accountabilities of the executive committee? (Berge et al. 2013: 20)

⁶⁵ Does the statute mention that the executive committee is accountable to the party members or the party congress? (Berge et al. 2013: 20)

⁶⁶ Is there any party body/ mechanism explicitly mentioned, which is specifically entitled to control the executive committee? (Berge et al. 2013: 20)

⁶⁷ Does the statute mention that the party president can be challenged in his position? (Berge et al. 2013: 21)

Präsidiums zu verhindern⁶⁸, ein Parteimitglied aus der Partei auszuschließen⁶⁹, ein Mitglied des Parteivorstandes oder Präsidiums zu kündigen⁷⁰, sich in Ausnahmefällen nicht an die Vorschriften des Statuts zu halten⁷¹ sowie subnationale Organisationen der Partei zu formen oder aufzulösen⁷².

Für die Funktionen und Rechte des Vorsitzenden des Fidesz kann die gleiche Antwort auf alle Rechte gegeben werden. Der einzige Punkt, in dem sich die Statuten der ungarischen Parteien unterscheiden, betrifft die Herausforderung des Amtes des Parteivorsitzenden. So geben die Statuten des Fidesz lediglich bis 2003 keine Möglichkeit, den Vorsitzenden in seinem Amt herauszufordern.

5.1.2.2.6 Subkategorie: Subnationale Ebene der Partei – die lokalen Organisationen

Eine weitere Frage für die Messung des Index‘ der parteiinternen Demokratie ist die Frage nach den subnationalen beziehungsweise den lokalen oder auch den regionalen Organisationen der Partei. Das Vorhandensein der lokalen Organisationen hängt nicht viel mehr von den Parteien selbst, als vom föderalen Aufbau der Staaten ab. So zum Beispiel hat die Reformpartei in Estland 16 regionale Organisationen. Der Fidesz hat seine regionalen Organisationen der Partei in den Komitaten und den Städten mit einem Komitatsrecht.

In dieser Analyseebene wird vor allem nach dem Vorhandensein⁷³ der subnationalen Organisationen gefragt, was in beiden Fällen positiv beantwortet werden kann. Ebenso sind in allen Statuten auch die Rechte⁷⁴ der lokalen Organisationen der Parteien

⁶⁸ Does the statute mention following rights (obligations) of the party president: To block the execution of decisions and other acts of the executive? (Berge et al. 2013: 21)

⁶⁹ Does the statute mention following rights (obligations) of the party president: To exclude a party member? (Berge et al. 2013: 21)

⁷⁰ Does the statute mention following rights (obligations) of the party president: To dismiss a member of the party executive? (Berge et al. 2013: 21)

⁷¹ Does the statute mention following rights (obligations) of the party president: To act against the general provisions of the statute in certain cases? (Berge et al. 2013: 21)

⁷² Does the statute mention following rights (obligations) of the party president: To form or to close subnational party units? (Berge et al. 2013: 21)

⁷³ Does the statute mention subnational party units? (Berge et al. 2013: 21)

⁷⁴ Does the statute mention any rights of subnational parties? (Berge et al. 2013: 21)

thematisiert. Die lokalen Organisationen werden immer als autonome Einheiten⁷⁵ die, die nationale Ebene der Organisationen der Partei beeinflussen⁷⁶ können, erwähnt.

5.1.2.3 Hauptkategorie 3 – Entscheidungsfindung

Die dritte Hauptkategorie der IPD beschäftigt sich mit dem Thema der Entscheidungsfindung. In diesem Analyseraster wird die Entscheidungsfindungsebene in zwei große Subkategorien gegliedert: die Rekrutierung und die programmatischen Angelegenheiten. Dabei ist die Kategorie zur Programmatik nicht weiter gegliedert und konzentriert sich lediglich auf die Frage, welche Parteiorgane wie über die programmatischen Inhalte entscheiden dürfen.

Abbildung 21: Haupt- und Unterkategorien 3 – Entscheidungsfindung.

Hauptkategorie	Entscheidungsfindung	
Subkategorien	Kandidatenselektion	Programmatische Sachverhalte

Quelle: Eigene Darstellung nach Berge et al. 2013:7.

Die zweite Unterkategorie – die Rekrutierung – wird in drei weitere Subkategorien aufgeteilt. Eigenständige Subkategorien sind die Rekrutierung auf der nationalen Ebene für die öffentlichen Ämter, die Rekrutierung in die Parteizentrale sowie die Subkategorie, die sich mit dem Prozedere beschäftigt und nach den Abstimmungsprinzipien und Rollen der einzelnen Suborganisationen fragt.

⁷⁵ Is it explicitly mentioned, that subnational units have autonomy? (Berge et al. 2013: 21)

⁷⁶ Does the statute mention that subnational units influence entities at higher levels? (Berge et al. 2013: 21)

Abbildung 22: Aufteilung der Unterkategorie – Kandidatenselektion.

Subkategorie 1. Ebene	Kandidatenselektion									
Subkategorie 2. Ebene	Öffentliche Ämter				Parteiinterne Ämter			Parteiinterne Verfahren		
Subkategorie 3. Ebene	Kandidatennominierung	Kandidatenselektion: Parlament	Kandidatenselektion: Präsident	Rolle der subnationalen Ebenen	Parteivorstand	Parteipräsidium	Parteivorsitzender	Abstimmungsverfahren	Rolle der subnationalen Ebene (öffentliche Ämter)	Rolle der subnationalen Ebene (parteiinterne Ämter)

Quelle: Eigene Darstellung nach Berge et al. 2013:7.

5.1.2.3.1 Subkategorie: Kandidatenselektion

Kandidatenselektion: Öffentliche Ämter

Die öffentlichen Ämter umfassen Ämter, für die Kandidaten der Parteien bei Regional-, Landes- oder andere Wahlen kandidieren können. Dabei bezieht sich die Frage nicht darauf, wie wer gewählt wird, sondern welche Voraussetzungen jemand erfüllen muss, um für ein Amt zu kandidieren zu können. Diese Subkategorie wird in vier weitere Unterkategorien geteilt, die nach der Kandidatenselektion auf der nationalen Ebene, der Kandidatenselektion fürs Parlament oder das Amt des Präsidenten sowie die Rolle der subnationalen Parteieinheiten bei der Kandidatennominierung fragen.

Kandidatennominierung

Die Kandidatennominierung für öffentliche Ämter ist eine der zentralen Fragen für die Besetzung der Ämter aus den Mitgliedern der Parteien. Mit diesen Regeln geht jede Partei individuell um, was sich am Beispiel der estnischen und ungarischen Parteien verdeutlichen lässt. Die Statuten der estnischen Parteien beinhalten zu keinen Zeitpunkt Informationen darüber, wer die Kandidaten für die öffentlichen Ämter vorschlägt oder

nominiert⁷⁷. Dabei wird die Frage, ob die Kandidatenselektion durch das Parteipräsidium, den Parteivorstand, durch das Präsidium oder durch den durch Parteivorstand ernanntes Wahlkomitee^{78 79} erfolgt, für alle Statuten der Reformpartei positiv beantwortet. Lediglich für die ELDP können keine Informationen zu dieser und anderen Fragen der Kandidatenselektion gefunden werden. Der Parteitag hat im Fall der Reformpartei immer das Recht Kandidaten vorzuschlagen, jedoch ist nicht erläutert, ob auch individuelle Mitglieder der Partei Vorschläge⁸⁰ für Kandidaten machen können. Die Statuten der estnischen Liberalen geben keine Information darüber, ob die Parteimitglieder sich selbst⁸¹ für Ämter vorschlagen dürfen. Die Vorschläge für die Besetzung der öffentlichen Ämter durch die subnationalen Parteieinheiten⁸² sind weder bei der ELDP noch bei der Reformpartei möglich.

Beim Fidesz ist die Kandidatenselektion anders aufgebaut. Seit 1991 dürfen die subnationalen Parteiorganisationen Kandidaten für die öffentlichen Ämter vorschlagen. Dadurch ist klar, dass auch allgemeine Regeln für die Kandidatennominierung im Statut erwähnt werden - ebenfalls seit 1991. Davor gibt es keine Regeln zur Kandidatenselektion. Eine *Nicht*-Partei, wie sich Fidesz damals gesehen hat, hat diese Regeln nicht gebraucht. Seit 2006 sind die Regeln zur Kandidatennominierung erweitert. Sowohl der Parteivorstand, das Parteipräsidium als auch die Wahlkomitees dürfen Kandidaten für öffentliche Ämter nominieren. Allein der Parteitag und die Kandidaten selbst bleiben ohne solche Rechte für die öffentlichen Ämter.

Kandidatenselektion: Parlament

Die Kandidatenselektion fürs Parlament⁸³ entscheidet darüber, wer von den Parteimitgliedern auf die Wahlliste für die Parlamentswahlen gesetzt werden darf. Die Position auf dieser Wahlliste besitzt ein hohes Maß an Attraktivität, denn von dieser

⁷⁷ Does the statute mention the rights to suggest/nominate candidates for public office? (Berge et al. 2013: 21)

⁷⁸ Do nominations for candidates come from the executive committee or a nomination committee chosen by the executive committee? (Berge et al. 2013: 21)

⁷⁹ Do nominations for candidates come from the national executive or a nomination committee chosen by the national executive? (Berge et al. 2013: 21)

⁸⁰ Do nominations for candidates come from the party congress (or individual members)? (Berge et al. 2013: 21)

⁸¹ May each candidate suggest him- or herself for at least some public offices? (Berge et al. 2013: 21)

⁸² Do nominations for candidates come from subnational units? (Berge et al. 2013: 21)

⁸³ Does the statute mention who has the right to select candidates for parliament? (Berge et al. 2013: 21)

Liste werden die Politiker von der Wählerschaft gewählt. Die Liste verkörpert die potentielle Regierungskonstellation der konkreten Partei (Berge et al. 2013: 14).

Die Kandidatennominierung für die Parlamentswahlen ist in den Statuten der estnischen Liberalen seit 1995 und bei den ungarischen Liberalen seit 1991 geregelt. Die Parteien in Estland und Ungarn haben zu keiner Zeiten geschlossene Vorwahlen⁸⁴ zur Kandidatenselektion durchgeführt. Ob die Parteien Delegierte für die Kandidatenselektion⁸⁵ nutzen, ist in den Statuten nicht spezifiziert und bleibt somit in beiden Fällen unklar. In den Statuten der ELDP und der Reformpartei gibt es auch keine Aussagen darüber, ob das Parteipräsidium⁸⁶, der Parteivorstand, der Parteivorsitzende⁸⁷ oder ein durch sie initiiertes Wahlkomitee sich mit der Selektion der Kandidaten für das Parlament beschäftigt. Bei Fidesz wählt seit 2003 entweder das Parteipräsidium, der Parteivorstand, der Parteivorsitzende oder ein durch sie zusammengerufenes Gremium die Kandidaten für das Parlament. Im Statut bis 2003 gibt es ebenfalls keine Angaben zum diesbezüglichen Verfahren.

Kandidatenselektion: Präsident

Der Kandidat für das Amt des Staatspräsidenten ist das zentrale Gesicht der Partei zur Wahl (Berge et al. 2013: 14-15). Die Kandidatenauswahl für das Amt des Präsidenten⁸⁸ des Landes ist bei der estnischen Partei seit dem dritten Statut (1997) geregelt. Der Vorsitzende der Partei kann sich selbst nicht als Kandidat⁸⁹ aufstellen. Es gibt bei den Esten keine geheimen Vorwahlen⁹⁰ für die Mitglieder der Partei, keine Wahlen für Delegierte⁹¹ und keine Angaben dazu, ob der Parteivorstand oder ein Wahlkomitee⁹² eine Auswahl zur Kandidatenbestimmung für das Amt des Präsidenten trifft. Seit 1997 gibt es allerdings im Statut der Reformpartei die Regelung darüber, dass der Präsidentschaftskandidat vom Parteipräsidium oder einem von ihm organisierten

⁸⁴ Do registered party members select candidates by election („closed primary“)?(Berge et al. 2013: 21)

⁸⁵ Do delegates select candidates by election? (Berge et al. 2013: 21)

⁸⁶ Does the national executive or a committee chosen by it select candidates? (Berge et al. 2013: 21)

⁸⁷ Does the executive committee, president or a committee designed by them select candidates? (Berge et al. 2013: 21)

⁸⁸ Does the statute mention who has the right to select candidates for president? (Berge et al. 2013: 21)

⁸⁹ Can the party president select him-/herself as a presidential candidate? (Berge et al. 2013: 21)

⁹⁰ Do registered party members select a candidate by election („closed primary“)?(Berge et al. 2013: 21)

⁹¹ Do delegates select a candidate by election? (Berge et al. 2013: 21)

⁹² Does the national executive or a committee designed by them select a candidate? (Berge et al. 2013: 21)

Komitee⁹³ gewählt wird. In den Statuten des Fidesz können im gesamten Zeitraum keinerlei Angaben zum Prozedere der Kandidatenselektion für das Amt des Präsidenten gefunden werden.

Kandidatenselektion: Rolle der subnationalen Ebene

In dieser Analysekategorie geht es darum, die Kompetenzverhältnisse im Bereich der Kandidatenauswahl zwischen der nationalen und der subnationalen Ebene der Parteiorganisation deutlich zu machen und klarzustellen, ob die Parteiorganisation eher zentralisiert oder dezentralisiert ist (Berge et al. 2013: 15).

Dieser Frageblock befasst sich mit den Kontrollbefugnissen der Kandidatenauswahl innerhalb der Partei⁹⁴. Diese Kompetenz liegt zumindest im Fall der estnischen Liberalen nicht ausschließlich in Hand der nationalen Ebene der Parteigremien, allerdings wird in keinem der Statuten klar erwähnt, ob die subnationalen Parteigremien nur Kandidaten vorschlagen dürfen und die nationale Ebene dann die Entscheidung trifft⁹⁵ oder die regionalen Büros darüber hinaus einen Einfluss auf die Kandidatenselektion haben. Weder die Reformpartei, noch die ELDP überlässt das Zusammenstellen der finalen Liste der Kandidaten den subnationalen Parteibüros⁹⁶. Ebenso verfügen die subnationalen Parteiorganisationen in Estland über kein suspensives Veto-Recht⁹⁷ und besitzen keine Kontrolle, etwa die letzte Entscheidungsmacht⁹⁸, über die Parteikandidaten für öffentliche Ämter.

Im Fall des Fidesz können seit 1993 die subnationalen Parteibüros Kandidaten für bestimmte Ämter vorschlagen, die nationale Ebene hat aber das Recht der finalen Selektion für Wahllisten und Kandidaten. Somit haben die regionalen Büros des Fidesz weder das Recht Kandidaten aus Listen auszuwählen, noch ein aufschiebendes Veto-Recht bezüglich der Kandidaten für öffentliche Ämter.

⁹³ Does the executive committee or a committee designed by them select a candidate? (Berge et al. 2013: 22)

⁹⁴ Do national party units completely control the selection of candidates? (Berge et al. 2013: 22)

⁹⁵ Do subnational party units propose candidates, but the national party organs make the final decision? (Berge et al. 2013: 22)

⁹⁶ Do national party units provide a list of names from which the subnational party organs can select the final list? (Berge et al. 2013: 22)

⁹⁷ Do subnational party units have suspensive veto rights regarding candidate selection for public office? (Berge et al. 2013: 22)

⁹⁸ Do subnational party units completely control the process and make the final decision about public office candidates? (Berge et al. 2013: 22)

5.1.2.3.2 Subkategorie: Rekrutierung der Kandidaten für parteiinterne Ämter

Die Rekrutierung der parteiinternen Führung meint die Ämter des Parteivorstandes und -präsidiums. Dabei können entweder verschiedene Gremien Rechte zur Stimmabgabe oder der Parteivorsitzende ein exklusives Bestimmungsrecht erhalten (Berge et al. 2013: 15). In der Analyse werden die Führungsebene in Parteivorstand und Parteipräsidium aufgeteilt, um etwaige Rechte nicht zu pauschalisieren oder unbemerkt zu lassen. Der Parteivorsitzende besitzt eine hohe symbolische und machtpolitische Bedeutung für die Partei, daher wird dieser als separater Frageblock konzipiert (Berge et al. 2013: 16).

Wahl des Parteivorstandes

Die Statuten der estnischen Liberalen beschreiben von Anfang an ein konkretes Prozedere der Wahlen ihres Parteivorstandes⁹⁹ und bestätigen das Recht zur Teilnahme der einzelnen Parteimitglieder¹⁰⁰ an diesen internen Wahlen. Angaben fehlen jedoch zum Beispiel zur Frage nach der Beteiligung der Gesandten des Parteitages oder eines zentralen Wahlkomitees bei der Wahl des Parteivorstandes¹⁰¹. Identisch verhält es sich mit den Statuten der ELDP und Reformierakond, die beide keine Bestätigung über die Teilnahme des Parteipräsidiums¹⁰² und des Parteivorsitzenden¹⁰³ bei der Wahl des Parteivorstandes enthalten.

Seit 1993 regeln die Statuten des Fidesz das Prozedere der Wahl des Parteivorstandes. Die Teilnahme der individuellen Parteimitglieder an den Wahlen des Parteivorstandes ist in keiner der Fidesz-Statuten erwähnt. Gleichzeitig haben weder Delegierte des Parteitags noch das Parteipräsidium oder der Parteivorsitzende das Recht sich an den Wahlen für den Parteivorstand zu beteiligen.

⁹⁹ Are there any rules regarding the election of the national executive explicitly mentioned in the statute? (Berge et al. 2013: 22)

¹⁰⁰ Are individual party members directly involved in electing the national executive? (Berge et al. 2013: 22)

¹⁰¹ Are delegates in the party congress or a central committee directly elected by the congress directly involved in electing the national executive? (Berge et al. 2013: 22)

¹⁰² Is the executive committee directly involved in the election of the national executive? (Berge et al. 2013: 22)

¹⁰³ Is the party president directly involved in electing the party executive? (Berge et al. 2013: 22)

Wahl des Parteipräsidiums

Ähnlich wie im Fall der Regeln zur Wahl des Parteivorstandes beschreiben alle Statuten der estnischen Liberalen diese auch für die Wahlen des Parteipräsidiums¹⁰⁴. Somit kann den Statuten der ELDP und der Reformpartei folgendes zu den Wahlregeln entnommen werden: Das Parteipräsidium wird nicht von einzelnen Parteimitgliedern¹⁰⁵ gewählt, es wird nicht erläutert, ob Delegierte des Parteitags, eines Wahlkomitee¹⁰⁶ oder des Parteivorstands¹⁰⁷ an den Wahlen teilnehmen. Seit 1995 ist allerdings die Teilnahme des Parteivorsitzenden¹⁰⁸ bei der Wahl des Parteipräsidiums im Statut geregelt.

Bei Fidesz sind die Zuständigkeiten anders verteilt und bleiben in allen Statuten konstant. So nehmen an den Wahlen für das Präsidium die Delegierten des Parteitages oder eines zentralen Komitees, das direkt vom Parteitag gewählt ist, teil. Ein einzelnes Mitglied der Partei kann ebenso wie im estnischen Fall nicht an den Wahlen des Parteipräsidiums teilnehmen. Die Partizipation des Parteivorstands und des Parteivorsitzenden bei Wahlen gibt es keine Erläuterungen in den Statuten.

Wahl des Parteivorsitzenden

Die Wahlen des Parteivorsitzenden sind im Statut der ELDP und allen Statuten der Reformpartei folgendermaßen geregelt¹⁰⁹: die einzelnen Parteimitglieder¹¹⁰ können sich daran nicht beteiligen. Seit 1995 gibt es auch keine Regelung zur Teilnahme der Delegierten vom Parteitag¹¹¹ an den Wahlen des Parteivorsitzenden. Die Reformpartei übergab das Recht der Wahl im Jahr 1995 komplett an den Parteivorstand¹¹². Das

¹⁰⁴ Are there any rules regarding the election of the executive committee explicitly mentioned in the statute? (Berge et al. 2013: 22)

¹⁰⁵ Are individual party members directly involved in electing the executive committee? (Berge et al. 2013: 22)

¹⁰⁶ Are delegates in the party congress or a central committee directly elected by the congress involved in electing the executive committee? (Berge et al. 2013: 22)

¹⁰⁷ Is the national executive directly involved in the election of the executive committee? (Berge et al. 2013: 22)

¹⁰⁸ Is the party president directly involved in electing the executive committee? (Berge et al. 2013: 22)

¹⁰⁹ Are there any rules to the election of party president mentioned in the statute? (Berge et al. 2013: 22)

¹¹⁰ Are all party members directly involved in electing the party president? (Berge et al. 2013: 22)

¹¹¹ Are delegates of the party congress directly involved in electing the party president? (Berge et al. 2013: 22)

¹¹² Is the national executive directly involved in electing the party president? (Berge et al. 2013: 22)

Parteipräsidium¹¹³ der estnischen Liberalen ist zu keiner Zeit an der Wahl des Parteivorsitzenden beteiligt.

Fidesz regelt die Wahl des Parteivorsitzenden in den Statuten seit 1993 und überlässt das Recht der Wahl des Parteivorsitzenden ebenso wie im Fall des Parteipräsidiums den Delegierten des Parteitages.

5.1.2.3.3 Subkategorie: Parteiinterne Verfahren

Mit der Kategorie der parteiinternen Verfahren sind vor allem die allgemeinen Abstimmungsverfahren der Partei gemeint. Hier geht es in erster Linie um die Einhaltung der demokratischen Standards bei den Wahlen aber auch um die Beziehungen der nationalen und der subnationalen Ebenen der Parteiorganisationen im Rahmen dieser Verfahren (Berge et al. 2013: 16). Diese Subkategorie ist in drei Frageblöcke unterteilt: die Abstimmungsverfahren, die Rolle der subnationalen Ebene bei den öffentlichen Ämtern und die Rolle der subnationalen Parteiebene bei den parteiinternen Ämtern. Die subnationale Ebene der Partei, mit der sich alle einzelnen Regionalbüros in einer Bezeichnung zusammenfassen lassen, sind zwar eigenständige Parteibüros, jedoch in ihren Aktionen nicht immer nur durch Parteiprogrammkonformität beschränkt, sondern gerade bei Abstimmungen von der Parteizentrale abhängig. In den Frageblöcken zu den subnationalen Ebenen geht es um die Kooperation und die Abhängigkeiten der verschiedenen Parteibüros bei der Besetzung der Ämter.

Abstimmungsverfahren

Alle Statuten der estnischen und der ungarischen Liberalen beinhalten Informationen über die Verfahren¹¹⁴ zu den Abstimmungen zur Besetzung der parteiinternen oder öffentlichen Ämter. Das gleiche kann auch über die Art der Abstimmungen, die die Parteien in ihren Abstimmungsverfahren nutzen, gesagt werden. Dies gilt für alle Parteien und alle Statuten, mit der einzigen Ausnahme des Statutes von Fidesz von 1991,

¹¹³ Is the executive committee directly involved in electing the party president? (Berge et al. 2013: 22)

¹¹⁴ Do the statutes contain any information about the manner of voting for intraparty or public positions? (Berge et al. 2013: 23)

in der diese Regel kurz aufgehoben und durch eine geheime Wahl ersetzt wurde¹¹⁵. Die estnischen Liberalen erläutern in ihren Statuten nicht, ob für beide – die internen und die öffentlichen Ämter – immer die geheime Abstimmungsmethode¹¹⁶ genutzt wird. Die Abstimmung beim Fidesz wird dagegen seit 1993 für beide Ämter geheim durchgeführt. Keine der Statuten der estnischen und ungarischen Parteien erwähnen den Umgang mit der Veröffentlichung der Abstimmungsergebnisse¹¹⁷.

Rolle der Subnationalen Ebene (öffentliche Ämter)

Die Statuten der Reformpartei beinhalten allgemein wenig Information über die genauen Abläufe in ihren subnationalen Parteibüros. So können zum Beispiel in keinem Statut Informationen zur Wahl der Kandidaten für die öffentlichen Ämter¹¹⁸ der subnationalen Parteienbüros gefunden werden. Ebenso enthalten die Dokumente keine Information darüber, ob die subnationalen Parteienbüros bei der Wahl der Kandidaten für die öffentlichen Ämter autonom¹¹⁹ handeln, mit der nationalen Ebene der Partei kooperieren¹²⁰ oder ob letztere die Wahl der Kandidaten sogar vollkommen kontrollieren¹²¹. Der Fidesz regelt in seinen Statuten seit 1991 die Partizipation der subnationalen Ebenen bei der Besetzung der öffentlichen Ämter. Nämlich sind die subnationalen Parteienbüros, so in allen Statuten der Partei, in der Wahl ihrer Kandidaten für die öffentlichen Ämter zwar nicht vollkommen autonom, aber auch nie komplett von der nationalen Ebene kontrolliert. Seit 1993 gibt es eine Anmerkung über die Kooperation, zwischen der nationalen und der subnationalen Ebene der Parteienbüros, bei der Wahl der Kandidaten für die öffentlichen Ämter.

¹¹⁵ Is a secret method used when electing candidates for either intra-party or public positions? (Berge et al. 2013: 23)

¹¹⁶ Is a secret method always used when electing candidates for both intra-party and public office? (Berge et al. 2013: 23)

¹¹⁷ Is it explicitly mentioned that the voting results are presented to all party members within the party to justify and legitimize the candidacy? (Berge et al. 2013: 23)

¹¹⁸ Is it specified how subnational units elect their public office candidates? (Berge et al. 2013: 23)

¹¹⁹ Do subnational units enjoy regional autonomy when electing their public office candidates? (Berge et al. 2013: 23)

¹²⁰ Is it explicitly mentioned that the subnational units cooperate with national branches when electing their public office candidates? (Berge et al. 2013: 23)

¹²¹ Do the national units completely control the election of the subnational public office candidates? (Berge et al. 2013: 23)

Rolle der subnationalen Ebene (parteiinterne Ämter)

Die Statuten der estnischen Parteien regeln stets, wie die Führungspositionen der subnationalen Parteibüros¹²² besetzt werden. Im Vorgang der Wahl der Führung sind die subnationalen Parteibüros in ihrer Region autonom¹²³, müssen nicht einmal mit der nationalen Ebene der Partei in dieser Frage kooperieren¹²⁴. Daher kann die nationale Ebene auch nicht komplett die Wahl der subnationalen Führung¹²⁵ kontrollieren.

Der Fidesz erwähnt die Wahl der Führung der subnationalen Parteibüros in all seinen Statuten und räumt den subnationalen Ebenen dabei bis 2006 vollkommene Autonomie ein. Gleichzeitig wird 2003 eine Kooperationsklausel mit der nationalen Ebene der Parteibüros für die Wahl der Führung eingeführt, die anscheinend eine Vorstufe für die Begrenzung der Autonomie 2006 ist.

5.1.2.3.4 Subkategorie: Programmatische Sachverhalte

Diese Kategorie dient im Analyseschema dazu, die direkten programmatischen Zuständigkeiten innerhalb der Parteien zu klären (Berge et al. 2013: 17). Dabei wird allgemein nach dem Thematisieren der Zuständigkeit für programmatische Angelegenheiten¹²⁶ in den Statuten der jeweiligen Parteien gefragt.

Diese Frage kann für alle Statuten aller Parteien positiv beantwortet werden. Das bedeutet, dass in Estland das alleinige Recht über die Inhalte des Parteiprogrammes abzustimmen beim Parteitag¹²⁷ liegt und nicht separat bei einem einzelnen Mitglied¹²⁸, dem Parteivorsitzenden¹²⁹, dem Parteivorstand¹³⁰ oder bei den subnationalen Parteibüros¹³¹. Fidesz verteilt seine Abstimmrechte des Parteiprogrammes anders: Das alleinige Recht, über das Parteiprogramm abzustimmen, besitzt generell zwar der

¹²² Is it explicitly specified how subnational units elect their leadership? (Berge et al. 2013: 23)

¹²³ Do subnational units enjoy regional autonomy when electing their leadership? (Berge et al. 2013: 23)

¹²⁴ Do subnational units cooperate with national branches when electing their leadership? (Berge et al. 2013: 23)

¹²⁵ Do the national units completely control the election of the subnational party leadership? (Berge et al. 2013: 23)

¹²⁶ Does the statute explicitly specify who is in charge of the manifesto? (Berge et al. 2013: 23)

¹²⁷ May the congress vote upon the manifesto? (Berge et al. 2013: 23)

¹²⁸ May individual party members vote upon the manifesto? (Berge et al. 2013: 23)

¹²⁹ May the party president vote upon the manifesto? (Berge et al. 2013: 23)

¹³⁰ May the party executive vote upon the manifesto? (Berge et al. 2013: 23)

¹³¹ May subnational party units have a separate vote on a manifesto? (Berge et al. 2013: 23)

Parteitag, allerdings darf seit 2005 auch der Parteivorstand ergänzend zum Parteitag über das Parteiprogramm abstimmen. Sowohl das individuelle Mitglied, der Parteivorsitzende als auch die subnationalen Parteibüros besitzen keine Rechte, sich bei der Abstimmung über das Programm zu beteiligen.

5.2 Dynamik des Führungswechsels Fidesz und ELDP/Reformierakond im Vergleich

Die Betrachtung der Führungsebene der liberalen Parteien in Estland und Ungarn beschränkt sich auf die Person und Funktion des Parteivorsitzenden. Hier wird an die Behauptung, dass die ostmitteleuropäischen Parteien in ihrer Organisationsstruktur führungsorientiert und -abhängig sind, angeknüpft. Dabei wird nicht darüber diskutiert, ob die Partei sich in der Wahrnehmung der Öffentlichkeit in der Person des Parteivorsitzenden konzentriert. Dies ist nicht Gegenstand der Analyse, sondern die Absetzung der Person und Funktion des Parteivorsitzenden in Bezug auf den Aufbau der Partei insgesamt. Dabei ist die besondere Rolle des Parteivorsitzenden als Gründervater der Liberalen in Estland und Ungarn gemeint und der daraus entstammende mögliche Einfluss sowohl auf die inhaltliche Ausrichtung, als auch auf den organisatorischen Aufbau. Unter dem Einfluss auf die inhaltliche Ausrichtung wird dabei die Durchsetzung der eigenen ideologischen Positionen, unabhängig vom Profil der Partei verstanden. Somit soll in der hiesigen Analyse der Zusammenhang zwischen dem Führungswechsel oder seiner Kontinuität und dem inhaltlichen sowie vor allem organisatorischen Wandel untersucht werden. Die separate Betrachtung der Führungspersönlichkeiten der liberalen Parteien ist auch dadurch bedingt, dass die Funktionen des Parteivorsitzenden in den führungsorientierten Parteien über ihre in den Statuten definierte Rechte und Funktionen hinausreichen können. Die Führungszentriertheit ist nicht zwingend mit der Personenorientierung der Politik gleichzusetzen, denn hier wird die Beziehung zwischen der Partei und ihrer Führung und nicht der Wahrnehmung der Partei durch den Wähler oder sonstige Öffentlichkeit untersucht. Beim letzteren wäre der Analyseansatz anders. Hier geht es in der ersten Linie um die Auswirkung möglicher Faktoren auf den Parteienwandel.

Folgend werden für die beiden Beispielländer die Parteivorsitzenden seit der Gründung aufgezählt und danach vergleichend untersucht. Dabei werden die Ergebnisse der quantitativen und qualitativen Parteienorganisationsanalyse miteinbezogen und der Zusammenhang auf organisatorische Veränderungen untersucht. Auch auf der Oberfläche liegende Zusammenhänge und Einflüsse auf die programmatische/inhaltliche Ebene werden thematisiert.

Abbildung 23: Parteivorsitzende, Fidesz.

Zeit	Name
1993-2000	Viktor Orbán
2000-2003	János Áder
2003-aktuell	Viktor Orbán

Quelle: Eigene Darstellung.

Die Abbildung 23 zu den Parteivorsitzenden von Fidesz beschränkt sich in der ganzen Zeit der Existenz der Partei auf lediglich zwei Namen. Ohne diese Liste über zu interpretieren, muss erwähnt werden, dass der Parteivorsitzende Áder von 2000-2003 nur deswegen diese Funktion ausübte, weil Orbán in diesen Jahren Ministerpräsident war und auf seine Funktion des Parteivorsitzenden verzichten musste (Köröseny 2002: 373). 2003 ist Orbán in sein Amt des Parteivorsitzenden zurückgewählt worden und bekleidet dieses bis heute.

Was sagt diese Tabelle über die Gesamtbilanz der Partei und der Führungspersönlichkeiten aus? De facto beschränkt sich diese auf zwei Personen, wobei die dreijährige Amtspause von Orbán nicht bedeutet, dass er seine starke Stellung in der Partei in dieser Zeit verloren hat (Köröseny 2002: 373). Das heißt, die Partei Fidesz, die nun wie aus den vorherigen Analysekapiteln deutlich geworden ist, diverse Veränderungen durchgemacht hat, hatte stets den gleichen Parteivorsitzenden. Da es im Fall von Fidesz nur zwei Wechselzeitpunkte gibt – 2000 und 2003 – werden die IPD-Werte dazu analysiert. Von 1999 bis 2003 ist der IPD-Wert der Partei konstant bei 0,345 und steigt für das Statut 2003. Daraus ergibt sich kein deutlicher Zusammenhang zwischen dem Wechsel der Person des Parteivorsitzenden von Orbán zu Áder. Mit der Rückkehr von Orbán im Jahr 2003 erhält das Statut von Fidesz interessanterweise zum zweiten Mal den Höchstwert der IPD von 0,401. Der Anstieg ist durch die Veränderungen in den Rechten und Zuständigkeitsbereichen der subnationalen Büros

bedingt. Seit dem Statut im Jahr 2003 erhielten diese mehr Autonomie beiden Wahlen der parteiinternen Ämter auf der subnationalen Ebene und somit Unabhängigkeit von der nationalen Ebene der Partei.

Die kurze Gegenüberstellung der Personen des Amtes des Parteivorsitzenden und den Veränderungen in der Parteiorganisation hat gezeigt, dass es erstaunlich ist, dass es nur zwei Namen des Parteivorsitzenden über die ganzen Jahre gegeben hat. Zweitens konnten keine signifikanten Veränderungen in der Organisationsstruktur, die direkt mit dem Wechsel des Parteivorsitzenden verbunden werden können, ermittelt werden. Die langjährige Amtszeit von Orbán in dieser Position und die Schwankung des IPD-Wertes für die Statuten der Partei zeigen, dass auch bei der gleichen Person in der Funktion des Parteivorsitzenden Veränderungen organisatorischer und inhaltlicher Natur stattfinden können.

Abbildung 24: Parteivorsitzende, ELDP/ Reformierakond.

Zeit	Name
1990-1994	Paul-Eerik Rummo
1994-2004	Siim Kallas
2004-2008	Andrus Ansip
2008-2009	Jürgen Ligi
2009-2014	Andrus Ansip
2014-aktuell	Taavi Rõivas

Quelle: Eigene Darstellung.

Die Abbildung 24 zu den Parteivorsitzenden der estnischen Liberalen zeigt im Vergleich zu Fidesz eine ganz andere Personenkonstellation in Bezug auf den Parteivorsitzenden. Die Liberalen in Estland wechseln insgesamt zwischen fünf verschiedenen Parteivorsitzenden. Die Amtszeiten der Parteivorsitzenden variieren von einem Jahr bis zu zehn Jahren. Beim Zusammenfügen der IPD-Werte und der Parteivorsitzenden für die estnischen Liberalen fällt sofort ein spiegelbildartiges Ergebnis zum Fidesz auf. Hier gibt es über die Jahre (viele) verschiedene Parteivorsitzende und dabei einen extrem konstanten IPD-Wert: seit 1995 liegt der bei 0,309. Im Fall von Fidesz schwankte zwar der IPD-Wert, es gab aber (viel) weniger Wechsel im Parteivorstand. Was bedeutet das für die Organisationsstruktur der estnischen Liberalen? Erstens kann eindeutig gesehen werden, dass keine signifikanten, die parteiinterne Demokratie bewirkenden, Veränderungen in der Organisation der Partei stattfinden. Dies ist ein Indiz dafür, dass

nicht mit jedem neuen Parteivorsitzenden die Organisation der Partei umgebaut wird. Andererseits ist die absolute Stabilität des IPD-Wertes herausragend und weist darauf hin, dass es nicht für notwendig gehalten wird, die Organisation zu verändern oder zu optimieren. Eine solche Einstellung kann nur dazu führen, dass entweder die eigentlichen Fragen an den Statuten *vorbei* entschieden werden oder aber die Parteiorganisation in ihrem Aufbau allen Zwecken entspricht und keine Veränderungen notwendig sind.

5.2.1 Ausblick zur Parteiorganisation der liberalen Parteien in Estland

Wird eine Bilanz der Organisationsstruktur, der parteiinternen Demokratisierung und der Führungswechseldynamik der ELDP/Reformpartei benötigt, so sollen die Teilbereiche der Analyse der Parteienorganisation separat und, hier bereits im Hinblick auf seine Auswirkungen auf den Wandel der Partei, betrachtet werden.

So ergeben sich aus der quantitativen und qualitativen Analyse der Parteistatuten nach dem Analyseschema zur Ermittlung des Grades der parteiinternen Demokratie folgende Ergebnisse: Es lässt sich für den Fall der estnischen Liberalen eine unerwartete Stabilität der IPD-Werte feststellen. Der IPD-Wert zeigt seit dem zweiten Statut der Partei einen konstanten Wert von 0,309. Auch die qualitative Analyse der Parteienorganisation, mit dem Schwerpunkt auf ihre Funktionsweise, lässt keine Widersprüche zu dem Ergebnis finden. Es finden tatsächlich sehr wenige Veränderungen in den Schlüsselbereichen der Parteiorganisation und den Funktionen der einzelnen Gremien statt, sodass der stabile IPD-Wert schließlich nachvollziehbar wird.

Betrachtet man die einzelnen Analyseebenen der parteiinternen Demokratie kann festgestellt werden, dass die Mitgliederrechte der Partei allgemein sehr offen formuliert und eine ziemlich hohe Transparenz der parteiinternen Angelegenheiten gegenüber dem Parteimitglied bieten. Somit kann das Mitglied der Reformierakond nicht nur parteiinterne Informationen erhalten, allgemein an den Entscheidungsfindungsprozessen der Partei partizipieren als auch alternative Meinung vertreten. Minderheitenrechte kommen in dem Statut nicht vor, da diese Partei entsprechend der

allgemeinen gesellschaftspolitischen Position kein differenziertes Behandeln der Minderheiten praktiziert.

Die Analysedimension zur Organisationsstruktur der Partei umfasst nicht nur die wesentlichen Parteiorgane und stellt somit nicht nur deren Existenz dar, sondern erläutert auch deren Funktionen. Der Parteitag ergibt sich als das zentrale Gremium der Partei das auch regelmäßig tagt. Weitere wichtige Parteigremien sind das Schiedsgericht, das zur Konfliktlösung der parteiinternen Angelegenheiten beiträgt, und der Parteivorstand, der zwar geregelte Verpflichtungen aber keine Rechenschaftspflicht und Kontrolle durch Dritte erhält. Das Parteipräsidium und der Parteivorsitzende sind ebenso vorhanden, obliegen aber den gleichen Mustern der Bestimmungen wie schon im Fall des Parteivorstandes. Angemerkt soll jedoch die besondere Stellung des Parteivorsitzenden sein, der in seinem Amt nicht herausgefordert werden darf. Allerdings weist der Statut dem Parteivorsitzenden auch keine Rechte zur Kontrolle zu mit den der *statutenwidriges* Handeln im Ausnahmefall sanktionieren könnte.

Die Prozesse der parteiinternen Entscheidungsfindung gestalten sich im Fall der ELDP/Reformpartei vielfältig. Die programmatischen Sachverhalte können nur durch den Parteitag entschieden werden. Die Kandidatennominierung für die öffentlichen Ämter erfolgt durch ein Wahlkomitee oder den Parteivorstand, wobei für die Wahllisten des Parlaments konkrete Angaben fehlen und die subnationale Ebene der Partei nur einen minimalen Einfluss auf die Kandidatenselektion hat. Die parteiinternen Ämter werden nach genauen Vorschriften vollzogen und konkretisieren die einzelnen Parteimitglieder als Wähler des Parteivorstandes und des Parteipräsidiums. Lediglich der Parteivorsitzende wird durch den Parteivorstand gewählt.

Die parteiinternen Verfahren sind durch die Statuten der ELDP/Reformpartei folgendermaßen geregelt: die Abstimmungen müssen nicht zwingend geheim sein, weder für öffentliche noch parteiinterne Ämter. Die subnationale Parteiebene wird in ihrer Rolle beim Besetzen der öffentlichen Ämter durch die Mitglieder der Partei nicht erwähnt. Diese haben für die Besetzung der parteiinternen Ämter auf ihrer Ebene vollkommene Handlungsautonomie.

Die Dynamik des Führungswechsels zeigt im Fall von Estland einen normalen Personenwechsel. In Relation mit dem Grad der parteiinternen Demokratisierung lassen sich auch keine Zusammenhänge ableiten, im Gegenteil: der IPD-Wert bleibt für die

meisten Parteistatuten konstant, unabhängig von der Dauer oder der Frequenz des Wechsels des Parteivorsitzenden.

Charakteristisch für die Statuten der ELDP/Reformierakond ist die Erwähnung der minimal notwendigen Rechte und Pflichten der einzelnen Gremien. Während der Statutenanalyse fällt ebenso ein nicht seltenes Vorkommen von fehlenden Angaben zu bestimmten Themenbereichen auf. Das ist an sich nicht gleich problematisch, es lässt manche Handlungsbereiche aber offen oder eben situationsbedingtes Handeln vermuten. So fehlt zum Beispiel jegliche Differenzierung von Minderheitenrechten, Angaben über die alleinige Entscheidungsbefugnis des Parteitages über die Inhalte und Veränderungen des Parteistatutes, Bestätigung der Verbindlichkeit der Schiedsgerichtsentscheide für die Partei und vor allem ihren Vorstand und den Vorsitzenden. Einzeln wirken diese Lücken nicht gravierend, in der Summe wird die Verbindlichkeit und Wirkung des Statutes für eine Partei und ihrer Organisationsweise relativiert.

5.2.2 Ausblick zur Parteiorganisation der liberalen Partei in Ungarn

Durch die Analyse der Statuten des Fidesz nach dem gleichen Analyseschema wie für die ELDP/Reformierakond lassen sich ganz andere Ergebnisse feststellen.

Die Werte der IPD sind im Fall von Fidesz weniger stabil und verändern sich fast für jedes Statut. Dabei liegen die Ober- und Untergrenze der Werte, mit 0,410 und 0,282, nicht weit auseinander, was auf geringe Veränderungen der Statuten und dort geregelten Funktionen der Gremien hinweist.

Die detaillierte Analyse der Statuten verdeutlicht die Bereiche, in denen diese einzelnen Veränderungen stattfinden. Die Mitglieder- und Minderheitenrechte schränken die Tätigkeit der Mitglieder in der Partei insoweit ein, dass die Parteimitglieder von 1989 bis 2006 kein Recht auf Teilnahme an Entscheidungsfindungs-Prozessen haben und fast durchgängig kein Recht auf das Erhalten der Auskunft über die Partei besitzen. Über die Repräsentation der Minderheiten in der Exekutive der Partei, worauf sich die Rechte der Minderheiten in den Statuten auch schon beschränken, scheint es keine einheitliche Meinung zu geben. So werden diese von 1993 bis 1999 im Statut erwähnt, dann bis 2003 herausgenommen, um anschließend wieder eingeführt zu werden.

Die Organisationsstruktur und ihre Funktionsweise bestätigen einen traditionellen Aufbau der Partei, mit allen wesentlichen Gremien. Der Parteitag ist auch bei Fidesz das zentrale Gremium, das mindestens alle drei Jahre tagen muss. Der Parteitag kann aber seit 1993 nicht alleine über die Veränderungen im Statut entscheiden. Es bleibt unklar, wer dieses Recht mit dem Parteitag teilen darf. Das Schiedsgericht des Fidesz ist ein unabhängiges Gremium, dessen Entscheide jedoch nicht verbindlich sind. Der Parteivorstand ist hat bei Fidesz eine Rechenschaftspflicht gegenüber dem Parteitag und den Mitgliedern der Partei. Hier entsteht eine interessante Konstellation zwischen den Rechten und Pflichten der Organisation der Partei. Der Parteivorstand hat zwar eine Rechenschaftspflicht vor den Mitgliedern, die Mitglieder dürfen aber auf eigene Initiative nicht nach Auskünften fragen. Das bedeutet jedoch in der Praxis, dass der Parteivorstand theoretisch selektiv Informationen preisgeben kann. Ebenso wie der Parteivorstand ist auch die Tätigkeit des Parteipräsidiums durch eine Rechenschaftspflicht reguliert. Der Parteivorsitzende hat laut den Statuten ebenso wie in Estland einen symbolischen Charakter in seiner Funktion. Seit 2003 ist die Amtsposition des Parteivorsitzenden durch die Aufhebung des Rechts, ihn während seiner Amtszeit herausfordern zu dürfen, gesichert. Diese Veränderung im Statut ist insoweit interessant, als diese in der Kombination der Rückkehr von Orbán in dieses Amt erst seinen Sinn erhält. Somit kann der sowieso langjährige Parteivorsitzende sich in seiner Position unanfechtbar fühlen. Die subnationalen Organisationen des Fidesz erhalten innerhalb der Organisationsstruktur eine autonome Position für ihr Agieren.

Die Kandidatenselektion ist in den Statuten des Fidesz detailliert beschrieben. Somit dürfen die Kandidaten für öffentliche Ämter nicht nur durch die nationale aber auch die subnationale Parteiebene vorgeschlagen werden. Seit 2006 können Kandidaten für öffentliche Ämter durch alle Parteigremien und Wahlkomitees, mit der Beschränkung auf den Parteitag und eine Selbstnominierung, aufgestellt werden. Die Kandidatenlisten für die Parlamentswahl wird nicht mit Hilfe von Vorwahlen erstellt, es wird aber auch nicht erläutert, wer Vorschläge für diese Liste machen kann und vor allem wer diese schließlich bestätigt¹³². Die Angaben für die Nominierung in das Amt des Staatspräsidenten können in keinem Statut des Fidesz gefunden werden. Im Prozess der Kandidatenselektion kann die subnationale Ebene der Partei zwar Kandidaten

¹³² Einer der Experten im Interview hat daraufhin gedeutet, dass in der Praxis alle Wahllisten von dem Parteivorsitzenden durchgesehen und bei Bedarf korrigiert werden, vgl. dazu Kapitel 6.

vorschlagen, die endgültige Entscheidung wird allerdings auf der nationalen Ebene getroffen.

Die Rekrutierung in die parteiinternen Ämter erfolgt nach dem gleichen Schema, allgemein haben Delegierte eines Wahlkomitees die Rechte auf Kandidatennominierung für die parteiinternen Wahlen in die Ämter des Parteipräsidiums, des Parteivorstandes und des Parteivorsitzenden.

Die Abstimmungsverfahren für öffentliche und parteiinterne Ämter der Partei sind folgendermaßen geregelt: Alle Abstimmungen sind beim Fidesz seit 1993 in Form einer geheimen Abstimmung zu halten. Die subnationale Ebene der Partei arbeitet bei den Wahlen für die öffentlichen sowie parteiinternen Ämter mit der nationalen Ebene zusammen. Die Abstimmung über die Inhalte des Parteiprogrammes ist bis 2005 gänzlich Angelegenheit des Parteitages, danach wurde dieses Recht auf den Parteivorstand erweitert.

Ähnlich wie im Fall von Estland gibt es auch in den Statuten des Fidesz Lücken. So wird zum Beispiel das Fraktionsbildungsrecht der Parteimitglieder ab dem dritten Statut nicht thematisiert, gleiches gilt für die Teilnahme des Parteivorsitzenden oder des Parteivorstandes bei den Kandidatennominierungen ins Amt des Parteipräsidiums. Es wird nicht erwähnt, ob die Entscheide des Schiedsgerichtes für die Gremien verbindlich sind, bis 2003 sind die Angaben zum Recht der Kandidatennominierung für die Wahlliste der Parlamentswahlen nicht vorhanden und gleichzeitig wird gar nicht geregelt, wie die Kandidatenaufstellung für das Amt des Staatspräsidenten und für das Parteipräsidium sowie den Parteivorstand erfolgt. Insgesamt umfassen diese Lücken aber zwei Bereiche: die Zuständigkeiten der Kandidatenaufstellung in den parteiinternen Ämtern und die Verbindlichkeit der Schiedsgerichte.

Die Dynamik des Führungswechsels des Fidesz liefert erstaunliche Ergebnisse, denn dort gibt es lediglich zwei Namen in der gesamten Parteigeschichte. Die Kontinuität von Orbán im Amt des Parteilvorsitzenden verweist darauf, dass er in der Partei als unangefochtener Leiter gesehen wird. Enyedi schreibt, dass es zwischen 1994 bis 2005 insgesamt nur einen anderen Kandidaten in diesen Amt gab (2006: 1111). Wie schon vorher angedeutet wurde, geben die Expertengespräche genau zu diesem Thema wertvolle Hinweise und diese werden im folgenden Kapitel ausführlich thematisiert. Der Zusammenhang zwischen dem IPD-Wert und dem Führungswechsel erschließt sich

nicht auf den ersten Blick. Jedoch zeigt der mit einer konstanten Führung und wechselndem IPD-Wert ein umgekehrtes Bild im Vergleich zu Estland. Bevor eine endgültige Analyse der Zusammenhänge der Organisationsstruktur und der Rolle des Parteivorsitzenden diskutiert werden, müssen zusätzliche Informationen über die Funktionsweise der Parteienorganisation, die während der Expertengespräche deutlich geworden sind, beleuchtet werden.

6 EXPERTENINTERVIEWS

Das folgende Kapitel basiert ganz auf den geführten Expertengesprächen und dient vor allem der Wiedergabe der dort erworbenen Informationen, damit diese später in der Gesamtanalyse des Wandels der liberalen Parteien berücksichtigt werden können. Die Inhalte und Aussagen in diesem Kapitel stammen aus den Expertengesprächen mit den Experten aus Estland und Ungarn. Sie wurden nach dem für diese Arbeit entwickelten Interviewleitfaden befragt. Die Interviews sind überwiegend in einem persönlichen Gespräch oder in Ausnahmefällen per Email entstanden. Sie sind entweder handschriftlich protokolliert oder auf Tonspur aufgezeichnet und anschließend inhaltlich ausgewertet wurden.

Die Gespräche haben zur Funktion, Informationen zu geben und Ergebnisse zu validieren. Diese Funktionen ergeben sich aus dem Forschungsstand und deswegen ist die gemischte Technik der Durchführung und Aufzeichnung der Experteninterviews nicht problematisch, da diese Technik keine Auswirkung auf die Qualität der Aussagen hat (Gläser/Laudel 2010: 163). Die verschiedenen Arten der Aufzeichnung und Protokollierung kommen zustande, weil es den Experten überlassen war, zu entscheiden, ob die Aufzeichnung des Gespräches erwünscht ist oder ob eine schriftliche Antwort vorgezogen wird. Die Experteninterviews sind in drei Sprachen¹³³ entstanden – je nach Wunsch oder Kenntnis der Experten. Diese Wahl hatten die Experten, damit die Gesprächssituation möglichst natürlich und von äußeren Faktoren unbeeinflusst bleibt (Gläser/Laudel 2010: 157). Alle Aussagen der Experten sind anonymisiert und daher

¹³³ Je nach Wunsch konnten die Gespräche in Deutsch, Englisch oder Estnisch geführt oder schriftliche Antworten eingereicht werden.

werden in dem Kapitel keine Verweise auf konkrete Personen im Zusammenhang mit den getätigten Aussagen vorkommen. Die Anonymisierung ist aufgrund der Wünsche einiger Gesprächspartner erfolgt und wurde entsprechend auf alle Interviewpartner angewendet. Eine vollständige Liste der Interviewpartner befindet sich im Anhang 3. Der Schutz von Anonymität ist deswegen zugesichert worden, um möglichst unbefangene Antworten und Informationen zu bekommen. Daher und aufgrund der verschiedenen Sprachen wurde auch auf eine Transkription des sehr spezifischen Wissens verzichtet. Die Wahlmöglichkeiten sind insoweit bedeutend, da unter freiwillig gewählten Bedingungen ein intensiveres Gespräch und ein natürlicherer Austausch von Informationen stattfinden können. Es wurde dadurch versucht, erwartungsbasierte Antworten zu vermeiden und den Gesprächspartner zu animieren, kritischen und heiklen Fragen nicht auszuweichen. Allgemein kann gesagt werden, dass diese Optionen im konkreten Fall geholfen haben, wichtige Interviews zu führen. Einige prägnante Aussagen aus den Mitschriften oder den Tonspuren der Gespräche sollen jedoch nicht vorenthalten werden und sind deswegen folgend im Kapitel wiedergegeben und kursiv markiert, ohne den genauen Urheber zu nennen. Der Wortlaut dieser Aussagen ist entweder in Originalform und -sprache belassen oder durch die Verfasserin übersetzt. Die Expertengespräche dienen zur Validierung der bisherigen Analyse und einer ergänzenden Erklärung der Befunde, da der Forschungsstand zu diesen Parteien sehr eingeschränkt ist. Der Verzicht einer wortgemäßen Transkription und das Anonymisieren der Aussagen werden aber nicht erkenntnishemmend gesehen. Insgesamt sind neun Experteninterviews geführt worden, dabei fünf mit Estland-Experten und vier mit Ungarn-Experten.

Die Interviews werden anschließend in der ersten Linie zusammenfassend dargestellt. Die wichtigsten Informationen werden in diesen Darstellungen wiedergegeben. Das betrifft besonders jene Kenntnisse, die die vorherige Analyse vervollständigen, bestätigen oder widerlegenden. Die Gespräche haben allgemein einen explorativen Charakter und werden deswegen in der Auswertung nur anhand der Wandelebenen der Parteien gruppiert. Die Darstellung der Interviews ist angelehnt an die Analysestruktur der Arbeit, die sich am inhaltlichen und organisatorischen Wandel orientiert. Entsprechend sind die Interviews hier in zwei Themenblöcke zusammengefasst. Die Aufteilung in die inhaltlichen und organisatorischen Aspekte dient nicht nur der allgemeinen Strukturierung der Expertenaussagen, sondern deren direkter Zuordnung

in die einzelnen Kategorien, damit die Aussagen schließlich einfacher in der Analyse anwendbar sind. Die Wiedergabe komplett transkribierter Gespräche würde auch der erwünschten Anonymität der Interviewpartner widersprechen, deswegen sind die Inhalte der Interviews für die jeweiligen Parteien zusammengefasst dargestellt. Insgesamt beinhaltet das vorliegende Kapitels ausschließlich Informationen des Interviewmaterials. Ergänzend muss noch erwähnt werden, dass in den einzelnen Unterkapiteln die ELDP und Reformpartei nicht separat abgebildet werden, da die ELDP im Untersuchungszeitraum nur sehr kurz existierte, bevor sie in der Reformpartei aufging.

6.1 Experten über Fidesz

Allgemein lässt sich für die Gespräche mit den Ungarn-Experten feststellen, dass niemand den bisherigen Analyseergebnissen widerspricht und alle sich im Entwicklungsablauf der Partei einig sind. Da es keine kontroversen Aussagen gibt, kann sich der vorliegende Absatz vor allem auf die ergänzenden Informationen konzentrieren, die die bisherigen Erkenntnisse über den Wandel der Partei in allen seinen Aspekten und dazugehörenden Gründen untermauern.

6.1.1 Transformation inhaltlicher Schwerpunkte der Partei

In den Gesprächen mit den Experten hat niemand für die aktuelle Fidesz-Partei den Ausdruck *liberale Partei* verwendet. Alle haben jedoch davon gesprochen, dass diese Partei in der Gründungszeit definitiv eine liberale Partei war. Aus der aktuellen Position¹³⁴ betrachtet, ordnen die Experten die inhaltlichen Aussagen des Fidesz teilweise rechtspopulistischen, nationalistischen und sozial-populistischen Parteien zu. Abgesehen von den unterschiedlichen inhaltlichen Ausrichtungen zu verschiedenen Zeiten sind sich alle Experten darüber einig, dass der Fidesz verschiedene Entwicklungsetappen von einer liberalen Partei zur heutigen Partei durchlaufen hat. Teilweise haben die Experten auch auf die inhaltlichen Widersprüche der Partei, wie die

¹³⁴ Alle Interviews sind im ersten Quartal 2014 geführt worden.

Kombination aus *nationalistischen und staatskapitalistisch-wirtschaftsdirigistischen*, [...] mit *vereinzelt antisemitischen, rechtsradikalen, ausländer- und minderheitenfeindlichen Tendenzen*, hingewiesen. Diese Elemente konnten bereits während der quantitativen Analyse der Wahlprogramme erarbeitet werden und finden hier somit ihre Bestätigung.

Zur liberalen Partei zählen alle Experten den Fidesz der frühen 1990er Jahre. Danach folgen Konzeptionen von seinen inhaltlichen Entwicklungsphasen. *Fidesz road is a bumpy road*, darin sind sich die Experten einig. Über den gesamten Zeitraum betrachtet, seien für die Partei mindestens drei verschiedene ideologische Ausrichtungs-Etappen bedeutend. Die inhaltliche Ausrichtung der Gründungsphase des Fidesz sei eindeutig liberal. Diese Phase dauerte vom Gründungstag¹³⁵ bis kurz nach den zweiten Wahlen. Die thematischen Schwerpunkte der Partei für diese Periode wurden von den Experten folgendermaßen subsumiert: Orientierung an westeuropäischen Werten, liberale gesellschaftliche und wirtschaftliche Positionen sowie Trennung von Staat und Kirche. Zusätzlich läge der Schwerpunkt auf der Liberalisierung der Gesellschaft und des Wirtschaftssystems sowie der Vertretung der radikal anti-kommunistischen politischen Position.

Der Anfang der ersten inhaltlichen Wende und somit der zweiten Entwicklungs-Periode des Fidesz könne nach den zweiten Wahlen fixiert werden. Ab 1994 sehen die Experten die ersten Transformationen der Partei, die sich vor allem in Form der Verschiebung der inhaltlichen Positionen äußere. Alle Experten sind sich darin einig, dass die Partei nicht nur wegen der verlorenen Wahlen zur Transformation quasi gezwungen wurden sei, sondern dass diese Transformation zusätzlich durch eine starke Überschätzung der eigenen Popularität verstärkt worden sei. Denn diese Selbstwahrnehmung sei im Zusammenhang mit dem niedrigen Wahlergebnis nicht bestätigt worden. Als Folge der Wahlergebnisse habe der Fidesz seine Inhalte angepasst, um 1998 bei den Wahlen endlich bei einer Regierungskoalition in Frage zu kommen. Somit seien für den Zeitraum von 1994 bis 1998 inhaltliche Veränderungen und neue Themensetzungen beobachtbar. Die ungarischen Minderheiten in den Nachbarstaaten, die Entdeckung der christlich-konservativen Werte und die dabei immer noch teilweise liberale Politik mit sich stärkenden nationalen Elementen seien in diesen Jahren miteinander verbunden wurden.

¹³⁵ Auch wenn Fidesz ganz am Anfang den Parteistatus noch abgelehnt hat.

Von 1998 bis 2002 habe Fidesz schließlich, entsprechend der eigenen Erwartungen und der Popularität der neuen Fidesz-Politik, einen politischen Erfolg erlebt. Mitten in der Regierungszeit markieren die Experten jedoch eine nächste Stufe der inhaltlichen Transformation der Partei. Ab 2000 habe Fidesz den Schwerpunkt in der Wirtschaftspolitik von einer relativ freien Marktwirtschaft zu einer eher etatistischen Sichtweise verändert. Wahlrechtsfragen und die ungarischen Auslandsminderheiten seien mehr in den Fokus der politischen Auseinandersetzung gerückt und die Partei habe auch von einem allgemein-pragmatischen zu einem euroskeptischen Ton hinsichtlich der Europäischen Union gewechselt. Bis 2010 bleibt die Partei in der Opposition und in dieser Periode könne, vor allem unmittelbar nach den Wahlen 2006, eine inhaltlich-strategische Vorbereitung auf die nächsten Wahlen beobachtet werden. Die Partei schien nicht nur durch den Wahlverlust erneut Bereitschaft zur Transformation zu haben, sondern habe in ihrer Rhetorik auch noch die Wirtschaftskrise und weitere tagesaktuelle Themen zur verstärkten emotionalen Mobilisierung des Wählers aufgegriffen. Seit den Wahlen 2010 werde eine neue Ära des Fidesz deutlich. Erstens sei es der Partei erneut durch eine inhaltliche Transformation gelungen, sich den Wahlerfolg zu sichern. Zweitens schien Fidesz endlich sehr viele Wähler mit seinen Inhalten anzusprechen, da die Partei die Zweidrittelmehrheit im Parlament erlangte. Drittens sei es der Partei 2010 endlich gelungen, die gesellschaftliche Unterstützung zu erhalten, aus der sie ihre totale Verankerung in der Elite auf weitere Bevölkerungsteile im Staat und in der Gesellschaft auszudehnen. Seit 2010 mache der Fidesz in seiner Politik immer mehr Gebrauch von *populistisch-sozialdemagogischen Themen (Ausbeutung durch internationales Großkapital, Unterdrückung durch Brüssel), Außen- und wirtschaftspolitische Annäherung an Russland (russischer Ausbau des Atomkraftwerks Paks, Unterstützung der Putinschen Außenpolitik), Regiekosten¹³⁶-Verringerung und „Schuldnerrettung“ (durch wirtschaftsdirigistische Maßnahmen), geschichtspolitische Maßnahme zur Rehabilitierung des autoritären Horthy-Regimes*. Fidesz tausche somit in seiner Politik die Makroperspektive gegen die Mikroperspektive und stelle den einzelnen Wähler und die direkte Verbindung seiner fürsorgenden Regierung zum einzelnen Wähler an die erste Stelle vieler seiner Politiken. Damit sei vor allem gemeint, dass die Partei an kleinen, fühlbaren und sichtbaren Veränderungen für die Bürger arbeite, wie die Verringerung der Nebenkosten, dabei

¹³⁶ Nebenkosten.

aber die Nachhaltigkeit dieser Maßnahmen außer Acht ließe. Allerdings erreiche die Partei mit ihrer persönlichen Ansprache des Wählers und der zielgerichteten Behandlung der bestimmten Wählergruppen nicht nur eine ständige Präsenz im alltäglichen Leben des Wählers sondern auch ihren eigenen Erfolg bei folgenden Wahlen 2010 und 2014.

Abgesehen davon unterstreichen die Experten die Widersprüchlichkeit der Politik von Fidesz, aufgrund von Kombination aus einerseits konservativen Ansichten und der Mobilisierung der nationalen Gefühle, einer sozialistisch orientierten und staats-interventionistischen Wirtschaftspolitik und populistischen Stilelementen ihrer Politik, wie das Betonen einer Dichotomie zwischen dem *wir*-Gefühl und den Fremden. Dabei spräche die Partei in der Rhetorik den Wähler weiterhin direkt an, sowie die Politik der Symbole ebenfalls darauf ausgerichtet sei, ein *wir*-Gefühl zu schaffen, denn *Fidesz is a mainstream party with many interests and no permanent policies*.

6.1.2 Organisationsweise von Fidesz, eine praktische Betrachtung

Zum Aufbau der Partei geben die Experten einen wertvollen Einblick in die Praxis der Organisations- und Funktionsweise der Parteien. Somit können einige der Informationslücken in den Statuten gefüllt werden. Im Vergleich zu den Inhalten können die Experten die Organisationsweise der Partei nicht in klar voneinander unterscheidbare Entwicklungsphasen einteilen. Es sei eher eine Tendenz zum graduellen Abbau der ursprünglichen Basisdemokratie, auf die die Experten verweisen. *Fidesz is not a party, it's an effectively organized company with legalized mechanisms that are in real those of a mafia*.

Die Partei habe sich von einer eher basisdemokratisch organisierten Gruppe hin zu einer zentralistisch-autoritären Organisation entwickelt. *Im Grunde handelt es sich um eine Führerpartei, in der der Parteiführer keine eigenständigen „Geister“ neben sich duldet*. Dieser Satz beschreibt die Zentralität der Figur von Orbán für den Fidesz zu allen Zeiten und in allen Organisationsformen. Besonders hervorzuheben seien allerdings solche Eigenschaften des Parteaufbaus, wie Disziplin und Effizienz sowie die zentrale Rolle des Parteivorsitzenden und einiger seiner informellen Funktionen. De facto entscheide der Parteivorsitzende über die Endfassung aller Wahllisten der Partei und habe somit

informell eine vollkommene Kontrolle über die Personalpolitik und Amtsbesetzung der Partei. Disziplin als Eigenschaft des Parteaufbaus zeige sich vor allem durch die ausbleibende offene Debatte und die fehlende Meinungsverschiedenheit zwischen der Parteizentrale und der Parteibasis. Dabei erklären die Experten die fehlende Meinungsverschiedenheit erstens durch die sorgfältige Kaderauswahl und zweitens durch das Eliminieren der Andersdenkenden. Auf Ebene der Parteiführung und insbesondere des Parteivorsitzenden sei in der Gesamtgeschichte der Partei sehr wenig Personal gewechselt worden. Die Parteibasis sei aufgrund des zentralistischen Aufbaus sehr schwach und spiele eine *Statistenrolle*, dadurch seien auch die regionalen Parteibüros keine Ausgangspunkte für Debatten oder thematische Innovationen. Dies ginge darauf zurück, dass diese Lokalbüros von der Parteizentrale zwar nicht formell abhingen, jedoch durch die Amtsbesetzungspolitik in den Kreis der Gleichgesinnten gehörten und somit an keinen Innovationen interessiert seien.

6.1.3 Eine Zwischenbilanz zu Fidesz

Fidesz müsse eindeutig als eine sich in ihrer Existenzzeit stark gewandelte Partei behandelt werden. Die Experten sehen allgemein mehr Wandel auf der inhaltlich-programmatischen, als der organisatorischen Seite der Partei.

Der inhaltliche Wandel, so wird es aus den Gesprächen deutlich, sei ein insgesamt gradueller Prozess und hänge mit dem Einfluss von externen Faktoren zusammen. So könnten zwei Mal schlechte Wahlergebnisse und die Handlungen der anderen Parteien als Auslöser des Wandels betrachtet werden. Es könne zwar nicht behauptet werden, dass die Partei sich unfreiwillig von der liberalen Ideologie entfernt habe, aber die Richtung ihres inhaltlichen Wandels wäre zumindest 1994 von externen Faktoren beeinflusst gewesen. Durch die links-liberale MSZP-SZDSZ-Koalition sei auf der rechten Seite des politischen Spektrums ein Vakuum entstanden, das von Fidesz nicht nur erkannt sondern auch gefüllt worden sei. Die Partei habe festgestellt, dass sie im rechten Flügel weniger Konkurrenz habe – zumindest im Vergleich zu damaligen ideologischen Position. Somit sei der erste Wandel zwar aufgrund des Wahlergebnisses der Partei bei den zweiten Wahlen entstanden, als ausschlaggebend für die Richtung des inhaltlichen Wandels könne aber die links-liberale Regierungskoalition der Konkurrenzparteien gesehen werden. Der Wandel von Fidesz sei komplex. Ob die liberale Ideologie zu

Gründungszeiten von der Partei ernst genommen worden sei, wenn diese sich verhältnismäßig einfach davon lossprechen konnte, könne nicht vollständig beantwortet werden.

Die Experten bestätigen, dass Liberalismus ein Teil des damaligen Zeitgeistes gewesen sei. Auf Basis des Systemumbruchs und der allgemeinen Demokratisierungswelle sowie der Freiheitsdebatte sei der Liberalismus gemeinsam mit der Privatisierung eines der zentralen Themen der damaligen Jahre gewesen. Der zweite größere Schnitt in der inhaltlichen Ausrichtung der Partei habe erneut nach missglückten Wahlen im Jahr 2002 stattgefunden. Daraufhin habe Fidesz das gesellschaftliche Verlangen erst für die übernächsten Wahlen anpassen können. Allerdings sei erneut ein ähnliches Wandel-Schema abgelaufen, denn die Partei habe in ihrer Parteiprogrammatik all die Bereiche, die im aktuellen Zeitgeist vorhanden gewesen seien, operationalisiert. Seit 2004 seien es die bereits erwähnten euroskeptischen Töne und die ungarisch-national-traditionelle Debatte sowie später die durch die Wirtschaftskrise bedingten ökonomischen Maßnahmen.

Zur organisatorischen Transformation des Fidesz könne in den 25 Jahren seiner Existenz die Entfaltung der zentralen Parteifigur und somit eine Verankerung des zentralistisch-autoritären Aufbaus beobachtet werden. Zentral seien nicht nur die Person und die Kontinuität dieser Person im Amt des Parteivorsitzenden, sondern auch die in seinem Amt liegenden inoffiziellen Machtbefugnisse einer letzten Kontrollinstanz. Der organisatorische Wandel sei eben durch einen fehlenden Wandel und die mit der Zeit wachsende inoffizielle Machkonzentration im Amt des Parteivorsitzenden besonders.

Zusammenfassend betrachtet seien alle Gründe und Elemente des Wandels beim Fidesz auf den Erfolg der Partei ausgerichtet gewesen. Dabei habe die Partei zum jeweiligen Zeitpunkt des Wandels opportunistisch und nutzenorientiert gehandelt und Gelegenheitsstrukturen genutzt. Die Partei sei daher weder vor inhaltlichen noch vor organisatorischen Transformationen zurück geschreckt und sei bereit, Chancen für das Erreichen ihrer Ziele zu nutzen.

6.2 Experten zu ELDP/Reformierakond

Im Vergleich zum Fidesz, der nicht mehr zu den liberalen Parteien seines Landes gezählt wird, ist die Situation um die Reformierakond anders. Diese Partei wird von allen Experten durchgehend als eine liberale Partei beschrieben, mit der Bemerkung, dass es sich im Fall von der Reformierakond um eine vor allem wirtschaftsliberale Partei handle. Die wirtschaftsliberale Orientierung sei der größte Unterschied und Wandel, der bei dem Übergang der ELDP zur Reformpartei stattfand, denn die ELDP sei eher libertär, das heißt *eine Gruppe der Kulturmenschen*, die Liberalismus in nicht wirtschaftlichem Verständnis für zentral gehalten habe, gewesen.

6.2.1 Inhaltliche Charakteristik

Trotz der ideologischen Stabilität, die einstimmig für die estnische Liberale bestätigt werde, gliedern die Experten die inhaltliche Entwicklung der Partei in Phasen. Die Anfangs- und Gründungsphase, die sich bis zum Jahr 1995 – der Gründung der Reformpartei – ziehe, sei einerseits durch den starken Einfluss von westlichen Parteien und andererseits durch die stetige Akzentuierung der Sicherheits- und Wirtschaftspolitik geprägt. Gerade anhand der inhaltlichen Schwerpunkte in der Wirtschaftspolitik der Partei teilen die Experten die Parteipolitik in verschiedene inhaltliche Phasen auf: von der allgemeinen Liberalisierungsdebatte bei der ELDP über die Privatisierungspolitik der Reformierakond, anschließend die Politik der niedrigen Steuern, der Abweichung in die soziale Wirtschaftspolitik mit finanzieller Unterstützung von Eltern in der Elternzeit und schließlich erneute Konzentration auf der Währungs- und Steuerpolitik im Rahmen der Einführung des Euro. Die Wirtschaftspolitik der Partei charakterisieren die Experten mit Eigenschaften wie Pragmatismus und Rationalität. Diese würden vor allem durch das Vermeiden von Krediten und keine Überstrapazierung des finanziellen Budgets des Staates umgesetzt. Die Sozialpolitik der Partei sei schwach ausgeprägt, jedoch auf die Familie ausgerichtet. Besondere politische Passivität zeige die Reformpartei in den Bereichen der Minderheitenpolitik. Passivität meine, dass die Partei nicht agiere, aber zumindest zurückhaltend bei unbequemen Themen in Erscheinung treten würde. Schließlich werde somit die *Passivität* zu einer weiteren Charakteristik der Parteipolitik in bestimmten Bereichen. Minderheitenpolitik

und Einkommensgleichheit seien hier besonders prägnant. Allgemein beträfe es natürlich alle konfliktgeladenen Themenbereiche, die ein potentes Einbüßen der Wählerstimmen bedeuten würden. Aufgrund dieser Zurückhaltung werde aber die allgemeine thematische Stabilität erhöht. Besonders wichtig sei diese Erläuterung auch deswegen, weil die inhaltliche Stabilität mittlerweile zum Alleinstellungsmerkmal der Partei geworden sei. Diese wahrgenommene programmatische Stabilität käme durch die Konstanz des Leitmotivs und die minimale Veränderung bei Nebenthemen. Diese kleinen Veränderungen würden aber eher als Weiterentwicklung statt Transformation der Inhalte wahrgenommen. Die Experten charakterisieren die inhaltliche Seite der estnischen Liberalen als stark stabilitäts- und konsolidierungsorientiert. Besonders die Reformpartei handele aus dem Verständnis heraus, dass *jede Veränderung sehr teuer* sein könne. So bliebe die Option, sich auf zentrale Themen zu konzentrieren und diese nicht nur als wichtige, sondern eher sogar als *alternativlose* Politiken darzustellen.

6.2.2 Aufbau der estnischen Liberalen

Zum Aufbau der Partei liefern die Experten, ebenso wie im Fall der ungarischen Partei, ein paar wesentliche Ergänzungen, die nicht aus der Statutenanalyse ersichtlich sind. Allgemein gibt es aber in der Organisationsweise der ELDP/Reformpartei keine Befunde, die der vorherigen Organisationsstrukturanalyse widersprechen.

Die Experten betonen alle die Rolle der Parteiführung für die Reformpartei. Im Vergleich zum Fidesz, bei dem die Rolle des Parteivorsitzenden ebenso signifikant gewesen sei, sei die Rolle des estnischen Parteivorsitzenden, gerade um die Gründungszeit, vor allem als eine Art Identifikationsfaktor für Wähler und Parteianhänger zu verstehen und nicht in der Form der Machtzentralisierungsfunktion zu betrachten. Das bedeute aber, dass der Parteivorsitz für den Bürger die Partei oft insgesamt verkörpere. Das hieße auch, dass bestimmte Inhalte und Politiken eher mit Personen, als mit Inhalten der Partei verbunden würden. Trotz der zentralen Stellung der Parteispitze, seien die Parteibasis und alle regionalen Parteibüros gemäß den Statuten und auch in der Praxis in ihrem Handeln unabhängig und besonders für die Regional- und Lokalpolitik bedeutend. Auf der Landesebene habe dagegen die Parteizentrale die alleinige Kompetenz und ließe sich nicht von den regionalen Büros beraten. Die gleiche Konstellation spiegele sich auch in den Strukturen der Meinungsverschiedenheiten wider, denn auf der staatlichen

Ebene interessiert sich die Parteizentrale einfach nicht für die alternativ existierende Meinung der regionalen Parteibüros, wenngleich auf der regionalen Ebene oder in den parteiinternen Angelegenheiten diese Meinungen willkommen seien sowie ausdiskutiert werden würden. *The party base is a different story from the party leaders - party leaders are managers and they do not let them teach what they have to do or think. Party base is important on the local level – outside of Tallinn.* Die interne Debatte der Reformpartei sei jedoch durch einen weiteren Faktor beeinträchtigt. Wie auch im Fall vom Fidesz, verbinde die Reformierakond Menschen mit sehr ähnlichen politischen Ansichten. Im Fall der Reformierakond seien die wirtschaftsliberal orientierten Parteimitglieder selbst, oder ihre unmittelbare Umgebung von der aktuellen Parteipolitik bereits am meisten im Vorteil, zumindest im Vergleich zu den vorhandenen oder denkbaren politischen Alternativen.

Die Parteizentrale sei darüber hinaus, laut den interviewten Experten, eine Gruppe von sehr *effizient und gut organisierten Parteimanagern*, die vor allem dafür sorgen würden, dass die Partei-Politik implementiert werde und die Reformierakond ihre starke Position einer stabilen Regierungspartei behalten könne. Daraus stamme auch die teilweise vorhandene, und in der Statutenanalyse festgestellte, Intransparenz der Organisation. Ein weiteres Zeichen für die effiziente Organisationsweise der Partei sei die überdurchschnittlich kleine Anzahl der internen sowie externen Parteiskandale. Die Experten nennen dies den direkten Beweis für eine starke Organisation der Partei, auch was die Verteilung der innerparteilichen und öffentlichen Ämter sowie das Agenda-Setting der Partei angehe. Die Partei sei im Grunde auf eine derartige Art und Weise organisiert und besäße eine solche personelle Konstellation, die interne Konflikte vermeide.

6.2.3 Zwischenbilanz für ELDP/Reformierakond

Die ELDP/Reformierakond sind fast ein Gegenbeispiel zur ungarischen ehemaligen Liberalen. Die Reformierakond sei laut Experten eine inhaltlich und organisatorisch stabile Partei, so dass kein signifikanter Wandel weder für den einen, noch den anderen Bereich von den Experten festgestellt wurde.

Die Liberalen Estlands würden eine sowohl inhaltliche als auch organisatorische Beständigkeit zeigen. Die Experten sprechen nicht nur über eine thematische Stabilität der Wahlprogramme und somit fast institutionalisierte Inhalte, sondern auch feste organisatorischen Strukturen der Partei. So sei die Partei besonders in ihrer inhaltlichen Ausrichtung, wohlgemerkt nach dem Zusammenschluss zwischen der ELDP und der Reformierakond, eine wahlprogrammatisch, aber auch wahlperformativ stabile Partei. Die zentralen Themen der Partei veränderten sich nicht und blieben immer im Bereich der Wirtschafts- Währungs- und der Politik der niedrigen Steuern. Gleich unveränderlich sei auch die starke pro europäische und pro NATO sicherheitspolitische Position der Partei geblieben. Diese Themen formten nicht nur ein konkretes und ausdifferenziertes Profil der Partei, sondern hätten der Partei auch noch ein Image der erhöhten Stabilität eingebracht. Zusätzlich sei die Partei, genau so, wie sie stabil sei, in allen Bereichen konfliktfrei und bezüglich heikler Themen neutral. Konfliktgeladene Themen wie etwa Minderheitenpolitik würden äußerst selten angesprochen und daraus resultiere eine zusätzliche Quelle des äußerst harmonischen Erscheinungsbildes. Die einzige inhaltliche Innovation, die in der Programmatik der Partei stattfände, sei die Einführung der familienzentrierten Sozialpolitik in das Wahlprogramm 2003. Dies sei insoweit bedeutend, da 2003 zu den Wahlen eine neue Partei, Res Publica, in Estland angetreten ist und diese programmatische Ergänzung der Reformierakond damit verbunden werden könne. Da die Res Publica keine langfristige Konkurrenz für die Reformierakond habe werden können, seien die Liberale beruhigt zu ihrem wirtschaftlichen Schwerpunkt zurück gekehrt und haben die Sozialpolitik ruhen lassen. Es kann im großen Maßstab bei Fidesz und im kleinen im Fall der Reformierakond gesehen werden, dass die konkurrierenden Parteien einen direkten Einfluss auf die Inhalte haben.

In ihrem organisatorischen Aufbau sei die estnische Liberale funktional zwischen ihrer Parteizentrale und der Parteibasis in den Aufgaben und Zuständigkeitsbereichen effizient aufgeteilt. Die eher im Management-Stil geführte Reformierakond mit aufgeteilten Kompetenzbereichen und erfolgsorientierter Führungsebene sei eine wirtschaftsliberale Partei mit stabilen Inhalten. Die Stabilität der Inhalte, Werte und Orientierungen, die seit der Gründung die Substanz der Partei geprägt hätten, spiegelten sich auch im Aufbau der Partei wider. Egal, wer gerade der Parteivorsitzende sei, auch wenn dieser die Eigenschaft habe, die tragende Figur der Politik für seine Amtszeit zu

werden, werde der rote Faden der Politik der Reformierakond immer weitergeführt. Daraus folge auch die Erkenntnis der Experten, dass der Wechsel eines Vorsitzenden kein Wechsel der Politik für die Partei bedeute, weil die Partei ein *wirtschaftsliberales perpetuum mobile* sei. Also ließe sich für die Reformierakond insgesamt festhalten, dass diese Partei darauf ausgerichtet sei, ihre politischen Inhalte fortzutragen und nachhaltig in der regierenden Position zu bleiben. Diesen Zielen sei auch die gesamte Funktionsweise der Partei untergeordnet und angepasst. Die allgemeine Stabilität des Parteiensystems trüge ebenso dazu bei, dass die Reformierakond sich stabil weiterentwickeln könne, denn Anzeichen dazu, dass sie sich im Fall des konkurrenzbedingten Wandels auch selbst anpassen würde, seien gegeben.

7 ANALYSE

Die liberalen Parteien und ihre Mitglieder haben einen signifikanten Beitrag zur Transformation der ehemals sozialistischen oder kommunistischen Gesellschaften und Staaten beigetragen. In dem Ausgangszeitpunkt der vorliegenden Untersuchung waren entsprechende Gesellschaften durch Begriffe wie Demokratie, Freiheit, Marktwirtschaft und Selbstständigkeit geprägt – daraus wurde auch die Affinität zu dem liberalen Gedankengut und dem politischen Liberalismus abgeleitet. Die souveränen Staaten und die liberaldemokratischen Gesellschaften, mittlerweile EU-Mitgliedsstaaten, von Estland und Ungarn weisen aus ihrem heutigen Entwicklungsstand mehr Gemeinsamkeiten auf als die, einst liberalen, Parteien dieser beiden Länder. Die in der vorliegenden Arbeit ausführlich untersuchten ELDP/Reformierakond und Fidesz erwiesen sich nicht nur als Parteien mit diametral verschiedenen Entwicklungspfaden, sondern auch komplexen Exemplaren des Parteienwandels. Eins bleibt den Parteien gemeinsam: trotz des Wandels auf der inhaltlichen oder organisatorischen Ebene, der Namensänderungen oder –ergänzungen, sind die Parteien bis heute aktive Teile des politischen Systems beider Länder und aktuell beide in den Regierungskoalitionen und reflektieren somit einen Teil der gesamtpolitischen Entwicklung der politischen Systeme der untersuchten Staaten.

Die Genese der liberalen Parteien und ihre Zugehörigkeit zu einer der populärsten und bedeutendsten politischen Gruppen im Rahmen des Demokratisierungsprozesses der ostmitteleuropäischen Staaten und eine unübersehbare Forschungslücke in dem Bereich der vergleichenden Parteienforschung gaben genügend Anlass, diese beiden Parteien im Rahmen der vorliegenden Forschungsfrage zu analysieren. Die Zugehörigkeit zur gleichen Parteienfamilie, zumindest in der Ausgangsphase, und vor allem die symbolische Bedeutung der Profile ihrer Gründer im Rahmen der Kernereignisse des Demokratisierungsprozesses und die ähnlichen politischen Ambitionen lassen ursprünglich eine gemeinsame Trajektorie für die Entwicklung der Parteien vermuten. Da aus heutigem Stand bereits bekannt ist, dass die Realität anders aussieht, bieten die Parteien reichliche Ansätze für die Untersuchung und Analyse ihres Wandels. Die fallstudienbasierte Konzeption der vorliegenden Arbeit zeigt, dass die Parteien sich nicht nur in verschiedene Richtungen, sondern auch noch auf verschiedene Art und Weise, durch viele Faktoren bedingt, entwickelt haben. Genau die Ermittlung und Erklärung der Wandel-Faktoren der Parteien ist der zentrale Bestandteil und das Ziel der vorliegenden Analyse. Folgend werden zentrale Aspekte der gesamten Untersuchung der Fallbeispiele und deren Wandels zusammengetragen und im Spiegel der Fragestellung diskutiert.

Am Ausgangspunkt des Untersuchungszeitraumes gab es zwei liberale Parteien, die aus einer ähnlicher Startposition heraus auf ganz unterschiedliche Weise ihre Strecke absolviert haben. Da dieser Weg zeitlich und strukturell gleich gestaltet war – regelmäßige Teilnahme an Wahlen, Parteienstatus, keine weiteren Systemerschütterungen, ähnliche Umweltbedingungen – ist entschieden worden, mehr als einen Lebenslauf für die Parteien zu schreiben und nach den Gründen ihres Wandels zu suchen. Der Wandel der Parteien, weil dieser in unterschiedlicher Form vorkommen kann, wurde für die hier betrachteten Fälle auf zwei komplementäre Kernbereiche festgelegt: die Untersuchung des inhaltlichen sowie organisatorischen Wandels der Parteien. Da die Partei sich unter anderem auch über ihre Inhalte und Mitglieder definierende Organisation ist, konnten auch die theoretischen Annahmen der Arbeit über die Zusammenhänge der Wandelformen und der Ursachen des Parteienwandels darauf gebaut werden. Diese sollen zusammen mit den Ergebnissen ebenso folgend analysiert werden.

Die Forschungsfrage suchte nach den Erklärungsfaktoren des Wandels der Parteien und mit Hilfe von Wahlprogrammen und Parteienstatuten sowie zusätzlich dem Kontext der Parteien, ihrer Wahlperformanz, der Dynamik des Führungswechsels und parteiinternen Demokratie, sollten die verschiedenen Zusammenhänge der Quelle und des Wandels geprüft werden.

7.1 Wandelprofile der Parteien

Die Parteiportraits am Anfang der Arbeit platzieren beide Parteien in die gleiche Gruppe, die durch ähnliche Sozialisierung, Ausgangsbedingungen und sogar Einflüsse die gleiche ideologische Richtung im jeweiligen Untersuchungsland vertreten wollte. Nach der Betrachtung der beiden Parteienportraits in aller Komplexität ihrer Entwicklung und ihres Wandels über das Vierteljahrhundert, können ihre Portraits nicht mehr stillschweigend nebeneinander platziert werden.

Im Laufe der gesamten Untersuchung konnten verschiedene Aspekte und Belege des Parteienwandels sowohl für den Fidesz als auch die ELDP/Reformierakond erarbeitet werden. Was zuerst als Grund für das Interesse gegenüber dem Gegenstand der liberalen Parteien in Ostmitteleuropa gedient hat, stellte sich nach der empirischen Untersuchung als komplexer und umfassender Wandel der Partei aus. Da das Ziel der vorliegenden Arbeit nicht nur die Ermittlung der Wandelfaktoren, sondern auch der auf der Längsschnittanalyse basierenden,Parteienwandelprofile war, werden diese nun für den gesamten Analysezeitraum und alle Zusammenhänge beachtend diskutiert.

7.1.1 Fidesz

Der Fidesz entspricht definitiv nicht mehr seinem Profil der Anfang der 1990er gegründeten jungen, basisdemokratischen und teilweise Parteiorganisationsprinzipien gänzlich ablehnenden liberalen Partei, weder aus inhaltlichen noch organisatorischen Perspektiven. Zum Schluss des Betrachtungszeitraumes hat sich die Partei inhaltlich nach einigen Zwischenetappen in eine national-konservative Partei mit der Mitgliedschaft in der European People's Party und einer zentralen Rolle des Parteivorsitzenden gewandelt. Inhaltlich vertritt der Fidesz aktuell die Position einer

Partei, die die Etablierung eines starken, ordnungsbasierten Staates mit protektionistischer Wirtschaftspolitik, inklusivem Sozialsystem und einer Gesellschaft, die Träger der traditionellen und teilweise stark nationalen Werte ist. Von seiner organisatorischen Seite ist Fidesz aktuell zwar formell eine demokratisch aufgebaute Partei, die aber Indizien einer Zentralisierung und vor allem der Dominanz des Parteivorsitzenden Orbán aufweist (Oltay 1999: 755). Am Anfang der Arbeit wurde in dem Portrait die Partei vor dem Wandel skizziert und es ist sichtbar, dass sich in der Zwischenzeit einiges getan hat. Wird die Analyse des Parteienwandels nun aus der Sicht der Wandelfaktoren betrachtet, so können verschiedene Gründe dem jeweiligen Wandel zugeordnet werden.

Der erste Schritt des inhaltlichen Wandels der Partei findet 1994, im Anschluss an ihre zweiten Parlamentswahlen statt. Bis dahin verkörpert der Fidesz organisatorisch und inhaltlich eine wirtschaftsliberale junge Partei, die akribisch alle ihre politischen Begriffe in ihrem Wahlprogramm erläutert und Nichteinmischung des Staates in das Leben des Einzelnen verlangt sowie Individualität der Bürger fördert und fordert. Das Wahlprogramm 1990 ist deckungsgleich mit dem Grundsatzprogramm der Partei. Der frühe Fidesz entspricht in der Tat dem Bild einer klassischen wirtschaftsliberalen Partei, was insbesondere durch die Platzierung des Wirtschaftsthemas auf Platz eins im Wahlprogramm bestätigt wird und die allgemeine Dominanz der Wirtschaft im politischen Programm nachweist. Die ersten Wahlen 1990 verlaufen mäßig erfolgreich für eine junge Partei. Die aus ihrer aktiven Oppositionsrolle resultierende steigende Popularität und klare Ambitionen, bei den nächsten Wahlen in die Regierungskoalition zu kommen, führen zu einige Anpassungen. So wird das Statut der Partei 1993 hin zu einer effizienten Organisationsweise überarbeitet. Dort wird unter anderem die kollektive Parteiführung gegen Orbán als Parteivorsitzenden eingetauscht (Oltay 2014: 183). Bereits hinter dieser Veränderung verbirgt sich der Anfang der zentralistischen Tendenzen des Parteaufbaus, denn es findet eine leichte Verschiebung in Richtung des Parteivorstandes und des –vorsitzenden (Machos 2003: 54) statt. Gleichzeitig veranstaltet sich der Versuch, mithilfe der stärkeren Organisationsstruktur, bessere Wahlergebnisse zu erreichen (Tavits 2012: 426).

Bestens für die Wahlen, sowohl organisatorisch, programmatisch, als auch durch die Wählerunterstützung vorbereitet, wartet auf die Partei 1994 eine Überraschung. Dort

erlebt Fidesz ein unerwartetes Fiasko und kann nicht, wie geplant, Teil der Regierungskoalition werden. Laut Harmel et al. wäre dies bereits Grund genug, um einen Wandel der Partei auszulösen (1995: 173). Zu der konkreten inhaltlichen Veränderung kam es aber im Fall von Fidesz dadurch, dass die gleichen Wahlen nicht nur eine Niederlage der Partei bedeuteten, sondern zum Zerfall des rechten Flügels im Parteiensystem führten und somit zur Entstehung einer anderen, ohne Fidesz zustande kommenden links-liberalen Regierungskoalition geführt haben. Beide Ursachen – sowohl die Wahlniederlage als auch die Transformation des Parteiensystems – haben dazu gedient, dass nicht nur die Inhalte des Fidesz einem Wandel ausgesetzt waren, sondern auch, dass es eine umfassende und schließlich die gesamte politische Richtung ändernde Transformation der Partei war.

Somit kann mit der Veröffentlichung des dritten Wahlprogrammes, kurz vor den Wahlen 1998, eine neue Fideszsche Politik identifiziert werden. Diese erlebt in Folge des inhaltlichen Wandels, aufgrund ihrer Wahlniederlage und der Veränderungen im Parteiensystem, vor allem Überarbeitungen im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Mit den neuen inhaltlichen Schwerpunkten erfindet Fidesz sich auch seine Art, die Wahlprogramme stilistisch zu gestalten: Bevor die eigene Programmatik präsentiert wird, wird Kritik an der aktuellen Regierung und ihrer Politik ausgeübt. Danach folgt der Verbesserungskatalog der Partei selbst. Dies ist ein klarer stilistisches Mittel zur Verstärkung der Wirkung ihrer eigenen Politik. Was die konkreten Inhalte angeht, da entdeckt Fidesz seinen Pragmatismus und betrachtet dadurch die EU als eine ökonomisch-pragmatische Perspektive. Außerdem wird ein ganzer Katalog der Problem- und Schwachstellen der Gesellschaft und des Staates wie Arbeitslosigkeit und Benachteiligung der Familien in der Steuerpolitik thematisiert. Der erste inhaltliche Wandel des Fidesz beinhaltet somit viele stilistische Mittel und versucht den Wähler mit aktuellen Problemen zu erreichen. Die Wähler werden allerdings mit verstärkt konservativen Parolen und von den liberalen Positionen zunehmend entfernten Inhalten angesprochen. Wenn die *public opinion* sich mit der Lösungsfindung bestimmter Themen beschäftigt und der Fidesz diese thematisiert, also die Erwartungshaltung der Wähler somit erfüllt (Tavits 2008: 67), kann er sich so Stimmen sichern (Somer-Topcu 2009: 240). Die Anpassung der Politik an die Gesellschaft ist auch einer der Gründe für einige inhaltliche oder gar ideologische Widersprüche der Partei und ihrer Programmatik. So zum Beispiel, kann eine Verschiebung nach links im

gesellschaftspolitischen Bereich beobachtet werden, wenn die gesamten inhaltlichen Positionen der Partei nach rechts rücken, dies belegt auch die Entwicklung der Links-Rechts Werte der Partei. Die Bereitschaft zu dieser Angleichung und gleichzeitig dem Wandel entsteht aus den vorher erwähnten Zielen der Partei – dem Mitgestalten der Regierungskoalition. Für beide hier untersuchte Fälle wurde am Anfang der Arbeit die Regierungsbeteiligung als wichtigstes Ziel gesetzt.

Zwischen den zweiten und den dritten Wahlen findet die größte Veränderung des Fidesz statt. Durch die Analyse der Positionen der Wahlprogramme ergab sich, dass in der gesellschaftspolitischen Dimension sich der L-R-Wert von 7,27 auf 3,87 verändert. Dies bedeutet, dass Fidesz komplett von der liberalen Sozialpolitik-Position abkehrt. Dies ist der erste Schritt in die Richtung des neuen Gesamtkonzeptes der Fidesz-Politik, die keine Scheu vor dem Opportunismus zum Zweck eine Regierungsposition zu erreichen, hat. Somit sind im Wahlprogramm des Fidesz seine inhaltlich schon konservativen Neigungen benachbart mit einer linken Sozialpolitik. Diese Widersprüchlichkeiten der Konzeptualisierung scheinen in der ungarischen Politik Anfang 1990er Jahre ein Normalzustand, sowohl bei den Wählern als auch unter den Politikern, gewesen zu sein (Körösey 1999a: 115), denn in der Zeit wenn der nationale Fidesz gewählt wurde, ist vor allem seine immer mehr staatliche und anti-privatisierungs-Wirtschaftspolitik sowie großzügige Sozialpolitik unterstützt worden (Oltay 2014: 181).

Der durch die Wahlniederlage und Parteisystemtransformation verursachte, inhaltliche Wandel des Fidesz führt die Partei zu erwünschten Ergebnissen bei den Wahlen 1998. Fidesz, nun Fidesz – Ungarische Bürgerliche Partei (Fidesz – Magyar Polgári Párt) – genannt, wird eine Regierungspartei und kann in den kommenden vier Jahren seine Politik aktiv umsetzen. Seine neuen Positionen spiegeln sich aufgrund des Erfolges auch in der Programmatik der Wahlen 2002 wider – die Inhalte der Wahlprogramme ähneln zu 70% denen des Wahlprogrammes von 1998. Die stilistischen Mittel bleiben und werden in Form eines in der Einleitung niedergeschriebenen Lob-Briefes an die eigene Politik umgesetzt. Die unverändert bestehenden inhaltlichen Schwerpunkte werden lediglich weiterentwickelt. Weitere vier Jahre sollen für Verbesserung der Wirtschaft, Modernisierung der Gesellschaft und des Staates sorgen und die Schaffung der Arbeitsplätze mittels der effizienten Regierungspolitik von Fidesz sowie Vertiefung des Konzeptes der Rechtsstaatlichkeit garantieren. Die programmatische Ausrichtung, die

sich an Belangen der Bürger orientiert, wird durch den Inhaltspunkt bezüglich der Mitgliedschaft in der EU deutlich. Die Partei diskutiert nicht mehr über die Notwendigkeit oder die Aspekte der EU-Mitgliedschaft an sich, sondern stellt diese als den Wunsch und das Folgen dem *vox populi* dar. Die Wahlen 2002 gehen, dank der volatilen Wählerschaft, erneut nicht zu Gunsten des Fidesz aus. Einmal mehr muss sich die Partei auf die Oppositionsbank zurückziehen und die Beobachterrolle einnehmen.

Die abgewählte Regierungspartei Fidesz nutzt die vier Jahre in der Oppositionsrolle zur Vorbereitung der kommenden Wahlen nicht nur inhaltlich, sondern auch organisatorisch. 2003 kehrt Orbán in das Amt des Parteivorsitzenden zurück und fängt mit dem Ausbau der Landesbüros der Partei und dadurch der Sicherung der Wählerstimmen in den Kommunen an (Enyedi 2006a: 1111). Auch auf der inhaltlichen Seite der Partei können erneut aufgrund der negativen Wahlergebnisse und ausbleibenden Regierungsbeteiligung Indizien des Wandels gesehen werden. Folgend, sei es als Lerneffekt, oder Wandel aufgefasst, verwendet die Partei in ihrem fünften Wahlprogramm 2006 keine der ehemaligen kritisierenden oder lobenden stilistischen Elemente, weder gegenüber der Regierungs- noch der eigenen Politik. Hinter der stilistischen Erneuerung bleibt der Kern der alten Inhalte der Parteipolitik des Fidesz bestehen. Die wirtschaftspolitischen Inhalte bewegen sich dank der partiellen Verstaatlichungsambitionen immer mehr in die etatistische Richtung, durch die steigende Betonung von Recht und Ordnung, die sich in den Salienzwerten der *Issues* widerspiegelt. Zusätzlich versucht die Partei jeder gesellschaftlichen Gruppe eine passende Gesellschaftspolitik, eine selektive, aber großzügige Sozial- und auch Wirtschaftspolitik zu bieten und gleichzeitig die Minderheiten im Inland zu definieren als auch im Ausland unter den gemeinsamen Begriff der ungarischen Nation zu integrieren. Der Bürger, wie in dem Namen der Partei vermerkt, ist eben mittlerweile der zentrale Teil des Wahlprogrammes geworden. Problematisch für den Fidesz ist allerdings, dass es viele Bürger und genauso viele Interessen gibt, was eine sehr umfassende, breit angelegte und teils widersprüchliche Programmatik verursacht. Einerseits beweist es seinen zunehmenden Charakter einer Volkspartei, andererseits sind die wahlprogrammatischen Widersprüche auch für dieses programmatische Profil zu stark. In der Folge ergibt sich eine Mischung aus konservativ-traditionellen gesellschaftlichen Ansichten in der Bildungs- und Kulturpolitik, der inkludierenden Minderheitenpolitik und der kommunistisch gesinnten Arbeits- und Sozialpolitik mit

Großbauprojekten und Jahresplänen sind einige der zentralen Bausteine der eklektischen Programmatik der Partei. Partiiell kann der Fidesz so die maximale Anzahl der Bevölkerung erreichen, sollte ein Wahlprogramm insgesamt betrachtet werden, fällt sofort seine widersprüchliche oder auch hybride (Oltay 2014: 180) Art auf.

Die Partei beweist schließlich bei den Wahlen 2006, dass sie lern- und wandelfähig ist, denn sie lässt sie sich nicht von ihrer Beliebtheit vor den Wahlen einnehmen und gibt schon vorher den Wahlkampf auf (Gelegs/Adrowitzer 2013: 59). Diesmal wandelt sich auch die Strategieführung der Partei, denn als diese erkennt, was für eine gesellschaftlich-wirtschaftliche Situation der künftigen Regierung zum Aufarbeiten da bleibt, lässt sie andere diese Aufgabe übernehmen. Der Plan geht für Fidesz auf, denn an dieser Aufgabe scheitert nicht nur die gesamte Regierung und die ungarische liberale Partei hört auf zu existieren, sondern kann der Fidesz diesen Moment zu eigenen Gunsten zur Verwirklichung der eigenen Ambitionen nutzen. Das Resultat der Wahlen 2010 (und sogar 2014) beweisen die Richtigkeit aller und jeden Wandels der Partei als Mittel zum Zweck der Verwirklichung ihrer politischen Ambitionen. Schließlich verwirklicht die Partei in den vier Jahren Oppositionszeit nicht nur ihre Aufgabe als solche, sondern etabliert sich die beste gesellschaftliche Basis für die Zweidrittelmehrheit im Parlament, die sie bekannterweise nach den Wahlen 2010 erreicht. Nach der Anführung der Bürgerproteste gegen die ehemalige Regierung und auf Basis des Skandals mit Finanzminister Gyurcsany verleiht Fidesz in seinem Wahlprogramm jedem Inhalt ein – verlässliches und vertrauensvolles – Gesicht eines Fidesz-Politikers. Fidesz verändert sein Wahlprogramm nicht nur durch stilistische Mittel, auch Inhalte werden entsprechend der Situation abgewandelt. Der Staat als zentrales Organ der Sicherheit und Ordnung rückt in die Mitte des Parteiprogrammes. Da hinter jeder Politik ein Politiker steht, ist somit auch die Partei selbst die Verkörperung von dem neuen Staatskonzept: gerecht, sicher, vertrauensvoll und durchtränkt mit Ordnung. Vor allem soll die Ordnung und das Vertrauen in das Gesetz die Willkür der bisherigen Parteien und deren Politiken beenden können. Fidesz vollzieht den endgültigen Wandel zur Volkspartei, indem das Volk als oberste Priorität des staatlichen Schutzes genannt wird. Aus welchem Grund die Sicherheit so wesentlich ist, wird zwar nicht erklärt, aber es ist deutlich, wer wen schützen wird. Somit breitet sich das Schützer-Konzept des Staates nicht nur auf die allgemeine Rechtmäßigkeit

sondern, auch auf die Arbeitslosigkeit, den Missbrauch im Amt und die justitiare Verfolgung aus.

Dadurch wird klar, dass der einstige Fidesz, der ein zentrales Interesse an der Souveränität und der staatlichen Nichteinmischung in das Privatleben hatte, sich zu einer Partei entwickelt, die im Staat die Verankerung der Sicherheit sieht und dadurch ihm alle Rechte, für Interventionen in allen Lebensbereichen, anbietet. Gleiches findet auch in der Wirtschaftspolitik der Partei statt, denn die Politik der Privatisierung hat spätestens nach den Wahlen 1998 angefangen, ihren Platz zugunsten der national-fairen Vergabe des ungarischen Bodens zu rücken. Die Gesellschaft entwickelt sich von einer selbstbestimmenden und partizipativen zu einer, immer noch, aber bereits zwanghaft und ausnahmslos partizipativen Gesellschaft. Als Gegenleistung werden dem Bürger Ordnung und Sicherheit sowie Möglichkeiten für Sanktionen von einem devianten Benehmen geboten. So ein gesellschaftliches und politisches Modell setzt wenig liberale Grundprinzipien und mehr willkürlich bindender Definitionen und Aktionen voraus – der einseitige liberale Fidesz sieht „that the cause of all problems in Hungary is evil, foreign, and degenerate liberalism“ (Korkut 2012: 38). Um diesem Zitat gerecht zu werden, folgen die Gesamtwandelprofile der Parteien.

7.1.2 ELDP/Reformierakond

Die estnischen Liberalen, ähnlich wie die Ungarischen, fingen als eine neue Partei an und versuchten sich auf Basis der Freiheitsgedanken und mit Hilfe, sowie Vorbilder anderer erfolgreichen Parteien aus dem Westen, zu etablieren. Am Anfang des Analysezeitraumes der Entwicklung der Parteien gab es die ELDP, eine liberale Partei, die jedoch bereits vor den zweiten Wahlen durch eine neugegründete wirtschaftsliberale und bis heute erfolgreiche Partei, die Reformierakond, ersetzt wird.

Die Ursprünge der ELDP gehen zurück in die Bürgerbewegungen und somit nehmen auch ihre Mitglieder die staatliche Souveränität und die kommenden Wahlen 1992 als Anlass eine Partei zu formieren. Ihr erstes und einziges Wahlprogramm ist nicht mehr, als ein dünnes Heft mit Grundsätzen einer liberalen Partei und vielen Diskussionen über liberale Gesellschaftsgrundlagen wie Freiheit und Selbstbestimmung. Der politische Liberalismus begrenzt sich im Wahlprogramm der ELDP auf die wirtschaftliche

Liberalisierung, die Privatisierung und ein umfassendes gesellschaftliches Freiheitsverständnis. Zu den ersten Wahlen treten die meisten estnischen Parteien in Wahlbündnissen an, deswegen ist es schwer, die Wahlergebnisse der Partei als Erfolg oder als eine Niederlage einzuschätzen und ihre baldige Fusion mit der Reformierakond auf konkrete Ursachen zurückzuführen. Eins steht jedoch fest, die Partei bekommt keine Regierungserfahrung und auch programmatisch sowie organisatorisch ist sie gegenüber dem national-konservativen Lager nicht stark genug, sodass, als es kurz vor den Wahlen 1995 zur Gründung einer neuen politischen Partei kommt, diese als Mitglieder- und Organisationsbasis genutzt und absorbiert wird. Die ELDP hatte erstens keine breite Mitgliedsbasis, noch ist es ihr gelungen, sich gesellschaftlich zu verankern. Auf die Gründung der neuen Partei folgen sehr bald Parlamentswahlen 1995, die für die Reformierakond und ihr wirtschaftsliberales Programm erfolgreich verlaufen. Trotz der unreifen und kurzen Wahlprogrammatik gelingt es der Partei dank dem mitgebrachten Erfolgsimage des Gründervaters Kallas, sofort die Gelegenheit zu erhalten, ihre Politik in der Rolle einer Regierungspartei umzusetzen. Kallas bestimmt nicht nur die Inhalte der Partei, er wird sofort auch zum Parteivorsitzenden gewählt. Die größte inhaltliche Transformation gegenüber der ELDP findet im Bereich der Wirtschaftspolitik statt und diese wird vom Wähler nicht nur honoriert, sondern auch zum tragenden Inhalt der Partei im gesamten Untersuchungszeitraum.

Die Analyse der Wahlprogramme und ihrer Positionen verdeutlichen den programmatischen Wandel. Beim Übergang von der einen Partei zur anderen passiert in den L-R Werten der ökonomischen Dimension ein Sprung von 2,57 auf 5,26 auf der zehnstufigen Links-Rechts Achse. Aus der Analyse ist bereits bekannt, dass die estnischen Liberalen sich, im Vergleich zu dem Fidesz, nicht so oft und auch nicht annähernd so umfassend, weder im organisatorischen noch inhaltlichen Bereich, wandeln. Somit ist dieser Übergang eine signifikante Transformation des Wahlprogrammes. Dafür weist die Reformierakond überdurchschnittliche Stabilität auf: die Regelungen über die Mitgliederrechte und die zentralen Eigenschaften der Parteiorganisation werden seit dem ersten Statut der Reformierakond nicht mehr verändert. Die Partei inkorporiert alle wesentlichen organisatorischen Eigenschaften einer demokratischen Organisation in ihrem Statut, an manchen Stellen bleibt diese jedoch lückenhaft.

In ihrer ersten Regierungsamtszeit verlässt die Partei das Kabinett zwar schon vor dem Ende der Amtsdauer, aber weil dies aus einem noblen Grund passiert –die Parteileitung stellt fest, dass die Politiken der Koalitionsparteien inkompatibel mit den Wahlversprechen der liberalen sind – erhalten sie in der Folge mehr Unterstützung vom Wähler. Zu ihren zweiten Parlamentswahlen 1999 tritt die Partei mit unveränderter inhaltlicher Auffassung, lediglich mit erweitertem Themenspektrum, an. Erneut werden die Bedeutung von der EU- und NATO-Integration sowie die Stärkung der Wirtschaft und die Aufrechterhaltung der estnischen Kultur bei möglicher Integration der russischsprachigen Minderheit betont. Gerade die Wirtschaftspolitik formiert sich im zweiten Wahlprogramm nun zum eindeutigen Schwerpunkt der Partei und wird durch klassische wirtschaftsliberale Attribute wie Steuersenkung erweitert. Nach den zweiten Wahlen kann auch die Fortsetzung der Erfolgskurve der Partei gesehen werden. Die Zielstrebigkeit zur Mitgliedschaft in der EU und NATO übereinstimmen mit der Eigenwahrnehmung und Wunschmitgliedschaft des Großteiles der estnischen Bevölkerung überein. Im Sinne von Fleck (2006: 232) verkörpert der Wähler der Reformierakond somit alle Eigenschaften des liberalen Profils einer osteuropäischen Partei. Mit ihren Wählern, die sich ebenso wie die Partei für das Erhalten der eigenen Kultur interessieren und eine an die Sprachkenntnisse gebundene Minderheitenintegration unterstützen, ist die Partei im vollen Einklang. Dies scheint unter anderem der Grund der Stabilität, nicht nur der Partei, sondern auch ihrer Inhalte und Wahlerfolges, zu sein.

In Folge der Ereignisse des Jahres 2001 kann wohl die einzige signifikante Ursache-Folge-Beziehung bezüglich des Wandels der Inhalte der Reformierakond festgestellt werden. Der Wandel findet als eine neue, mit ähnlichen thematischen Schwerpunkten werbende, Partei das Parteiensystem betritt. Die L-R Werte der gesellschaftspolitischen Dimension der Reformierakond rücken ein Stück nach links, von dem Wert 4,55 auf 4,47. Somit kann folgend in dem Wahlprogramm 2003, das sich zwar erwartungsgemäß der teilweise vorstehenden EU-Mitgliedschaftsabstimmung und der künftigen Mitgliedschaft widmet, ein anderer sehr dominanter Inhaltspunkt verfolgt werden. Im Zentrum der Wahlen stehen plötzlich die Familie und ihre finanzielle Unterstützung. Verursacht durch die inhaltliche Ähnlichkeit zur Res Publica, wandelt die Reformierakond ihren inhaltlichen Fokus von der Wirtschaftspolitik auf die Wirtschaftspolitik der Familie. Auf der organisatorischen Seite bleibt dennoch alles

gleich, denn in den Statuten der Partei können keine, innerparteiliche Demokratie beeinträchtigende, Transformationen gesehen werden. Die Werte des IPD-Indexes beweisen diese Stabilität: seit der Gründung der Reformierakond bis zu ihrem aktuellsten Statut bleiben diese auf der Höhe von 0,309. Diese programmatische Innovation, die wahrscheinlich als Unterscheidungsmerkmal im Wahlrennen dienen soll, sichert der Partei zwar den Platz in der Regierungskoalition, auch wenn die neue Partei mehr Unterstützung erhält. Der anschließende Widerstand der zwei Parteien wird durch den Beitritt zur EU neutralisiert. Als die Res Publica, die den politischen Orbit so schnell, wie sie diesen gestürmt hat, auch verlässt, verankert sich der Status der Reformierakond in der Gesellschaft. Bei den nächsten Wahlen 2007, kann die Partei sich nicht nur als Sieger präsentieren, sondern auch als diejenige, die stets die richtigen Inhalte vertreten und Entscheidungen getroffen hat.

2007 fängt der Wahlkampf mit sicheren Ansprüchen auf die Regierungsposition an. Der langjährige Parteivorsitzende Kallas verlässt sein Amt und wird Abgeordneter des Europaparlaments. Bereits 2004 wird Ansip zur neuen Galionsfigur der erfolgreichen Partei. Inhaltlich widmet sich das Wahlprogramm der Stärkung des Images von Estland innerhalb der EU. Der ambitionierte Vorsatz, den Staat unter die erfolgreichen fünf in der EU zu bringen, wird zur persönlichen Message des neuen Parteivorsitzenden Ansip. Langfristige Pläne der Euro-Einführung und Arbeitsmarktliberalisierung werden ebenso angesprochen und die Familienpolitik behält dabei ihre erste Position im Wahlprogramm. Eine weitere Innovation im programmatischen Bereich betrifft das Konzept des E-Estlands und den graduellen Übergang auf papierlose Verwaltung und die online-Wahlen. Mit diesem Programm erreicht Reformierakond ihre bisher größte Unterstützung seitens der Wähler mit 27,8% der Wählerstimmen und 31 Plätzen im Parlament. Kurz nach den Wahlen passiert die sogenannte „Pronksiöö“ (Bronzene Nacht), in der das sowjetische Militärdenkmal aus der Innenstadt Tallinns verschoben wird. Da es darauf zu angespannten Beziehungen mit den Minderheiten im Land und einer starken Kritik an dem Parteivorsitzenden Ansip kommt, wird für die Jahre 2008-2009 Ligi als neues Gesicht der Partei gewählt. Bis zu den nächsten Wahlen, nach den ersten Zeichen der wirtschaftlichen Stabilisierung Estlands von der Weltwirtschaftskrise, wird Ansip 2009 erneut zum Parteivorsitzenden zurückgewählt.

In den letzten in diesem Untersuchungszeitraum analysierten Wahlen und Wahlprogramm der Partei stellt nichts die Beliebtheit infrage oder verursacht ihren Wandel. Bei den Wahlen 2011 kommt die Partei zu ihrem bisher besten Ergebnis mit 28,6% und 33 Plätzen im Parlament – was über ein Drittel der Gesamtparlamentssitze sind. Spannend ist, dass beide Parteien in den jeweilig letzten Wahlen ihre besten Ergebnisse erreichen – auch wenn der Weg dahin sich stark unterscheidet. Die Reformierakond scheint sich in ihren Inhalten und Arbeitsweisen endgültig konsolidiert zu haben, denn das Programm 2011 zeigt 79% Ähnlichkeit zum vorherigen. Die Partei konzentriert sich weiterhin auf den Ausbau der Wirtschaftsstärke, das Image eines nördlichen Landes, das Konzept vom Staat als ultimativem Dienstleister seiner Bürger. Die finanzielle Unterstützung der Elternzeit im vollen Umfang, wie 2003 eingeführt, ist zwar mittlerweile abgeschafft, nicht klar wird, ob dies durch die Finanzkrise oder den fehlenden Konkurrenzkampf mit der Res Publica bedingt ist. Die Partei rückt in den Mittelpunkt des Familienthemas die Bedeutung der Familie als gesellschaftliche Institution. Somit lässt sich nicht nur durch die gesamten Wahlprogramme ein roter Faden verfolgen, nämlich der Ausrichtung auf Wirtschaftsstabilität, die die Kultur und die Sprache auch manchmal auf Kosten der eigenen Minderheiten aufrechterhält und schließlich am Ziel der Zugehörigkeit Estlands zu den nordeuropäischen Staaten. Die Minderheiten haben nicht nur in der Politik der Partei immer eine sekundäre Position gehabt, sondern auch in ihrem Statut. Die Partei räumt ihnen weder besondere Rechte ein, noch setzt sie sich nach der Bronzenen Nacht für die verlorenen russischsprachigen-Parteianhänger ein.

All das sind nicht nur die Ziele der Parteipolitik der Reformierakond, die es der Partei immer ziemlich konstant zu agieren erlauben, sondern auch ihre Entwicklung weniger als eine Wandel- und mehr als eine Konsolidierungsgeschichte aussehen lassen. Fakt ist, dass die Partei aktuell eine sehr starke Position in dem Parteiensystem Estlands besitzt und durch ein klares wirtschaftsliberales Profil charakterisiert werden kann. Somit ist es der Partei gelungen, ein stabiles Image, sowohl was die inhaltliche als auch die organisatorische Seite der Partei angeht, zu etablieren und zu ihrem Alleinstellungsmerkmal zu machen. Die Reformierakond ist eine rational funktionierende Partei, für die der Parteivorsitzende zwar zentral ist und von dem alle Rechte und Pflichten nicht klar durch den Statut geregelt sind, die allerdings hohe

Unabhängigkeit auf der subnationalen Ebene bietet. Somit wird die Partei, vor allem auf der Landesebene, hin zu ihren inhaltlich gestellten Erfolgszielen *gemanaged*.

7.2 *Party Change* und die Gründe des Parteienwandels

Aus den oben skizzierten Wandelprofilen der Parteien wird nicht nur klar, dass sich die Parteien wandeln, sondern auch wie. Um dem vorliegenden Forschungsansatz gerecht zu werden, sollen folgend die konkreten Fallbeispiele mit den Hypothesen über die Faktoren des Wandels der Parteien verknüpft werden. Die Theoriedebatte im Kapitel 1 hat in erster Linie gezeigt, dass die *party change* Theorie am besten für die Erklärung des Parteienwandels der Parteien auch aus den ostmitteleuropäischen Ländern geeignet ist. Allerdings wurden verschiedene Analysemodelle wie der evolutionstheoretische Ansatz und die Lebensspanne (Harmel 2002: 119) ausgeschlossen, da diese von einer gänzlich anderen Genese-Form der (westeuropäischen)Parteien ausgehen und die hiesigen Fallbeispiele nicht genügend erklären würden. Ebenso stellte es sich heraus, dass für eine umfassende Analyse die Verbindung von Wandelformen des inhaltlichen und organisatorischen Wandels, wie diese Harmel (2002: 128) vorschlägt, Sinn ergeben. Darüber hinaus war das Ziel der Analyse des Wandels der liberalen Parteien in Estland und Ungarn weitere, für die Partei zentrale Eigenschaften, wie die zentralen Ziele, das Parteiensystem und ihre Entstehungsumstände, zu beachten, um mögliche Faktoren zur Erklärung des Parteienwandels zu ermitteln. Dabei sollte gerade die Form der Fallstudie diese detaillierte Betrachtung ermöglichen. Somit basierte die hiesige Annahme über den Ursprung des Parteienwandels auf mehreren Aspekten.

7.2.1 Der inhaltliche Wandel und seine Faktoren

Der inhaltliche Wandel wurde in der vorliegenden Arbeit als einer der wesentlichen Bestandteile zur Identifikation eines Parteienwandels bestimmt, weil er sowohl die identifikations- als auch Wettbewerbsebene der Parteien beeinflusst. Somit werden im Folgenden, angelehnt an die Hypothesen des vorliegenden Forschungsansatzes, die einzelnen Faktoren in Bezug auf den inhaltlichen Wandel der Parteien reflektiert.

7.2.1.1 Transformation des Parteiensystems

Der erste Grund zum inhaltlichen Wandel der Parteien wurde als Folge der Transformation des Parteiensystems vermutet. Aus der Betrachtung der konkreten Fälle kann festgestellt werden, dass diese Aussage definitiv eine, aber keine *omni*-gültige Erklärung für die inhaltliche Transformation der Parteien bieten kann.

So kann für den Fall Fidesz seine Transformation im Jahr 1994 partiell zwar mit der Verschiebung des ideologischen Schwerpunktes in dem ungarischen Parteiensystem erklärt werden, allerdings kann diese nicht als eine eigenständige und alleinige Ursache der Transformation der Partei in dem konkreten Zeitpunkt betrachtet werden. Aus der Besonderheit des Konstruktes der Parteiensysteme in Ostmitteleuropa, die einerseits um die elitengebildete Konfliktlinien und andererseits die bestehenden Parteien konstituiert sind, ergibt sich auch ihre Wirkung auf den Parteienwandel. Aus den untersuchten Fällen können für beide Parteien Zusammenhänge mit dem Wandel gefunden werden. Im ungarischen Fall ist es das Entstehen des Vakuums auf der rechten Seite des Parteiensystems 1994 und die anschließende Veränderung im Wahlprogramm. Im estnischen Fall ist es eine neue Partei, die das Parteiensystem 2001 betritt und leichte Transformation im Wahlprogramm auslöst. Diese Faktoren haben beide eine Auswirkung auf die untersuchten Parteien und diese weisen eindeutig, wenn auch in verschiedenem Maß, inhaltlichen Wandel nach. Aus der Transformation der Parteiensysteme ergibt sich in beiden Fällen eine ganz spezifische Folgewirkung.

Im inhaltlichen Profil der Wahlprogramme und dadurch dem Schwerpunkt von Fidesz, passiert eine Verschiebung nach *rechts*, nicht nur Aufgrund des Wahlverlustes in dem gleichen Jahr, der separat als Ursache diskutiert wird, sondern wegen des Vakuums im rechten Spektrum des Parteiensystems. Seit sich der Fidesz nach 1994 bewusst (Mitte) rechts positioniert hat, steigt auch die ideologische Distanz zwischen den beiden Großparteien, was zu einer Verschärfung der Polarisierungstendenzen führt (Pállinger 2008: 217). Somit kann nicht nur eine eindeutige Verbindung zwischen den Veränderungen in dem Parteiensystem und dem inhaltlichen Wandel der Partei gefunden werden, sondern darüber hinaus auch die Richtung des Wandels ermittelt werden. Damit möchte hier gesagt werden, dass der *Ort* des Vakuums in dem ungarischen Parteiensystem nach den Wahlen 1994 nicht nur für den Wandel wesentlich ist, sondern auch die Richtung der inhaltlichen Transformation mitbestimmt

(Bayer 2003: 17). So kann hier beobachtet werden, wie der Fidesz seine inhaltlichen Positionen insgesamt von 3,92 Punkten zu 4,98 Punkten auf der Links-Rechts Skala wandelt und ein Stück näher an die rechte Seite des Parteiensystems rückt. Dadurch, dass die Parteien allgemein auseinanderrücken, kann auch von einer zunehmenden Polarisierung des Parteiensystems in Ungarn gesprochen werden. Dabei findet eine Verschiebung in dem gesamten ideologischen Profil der Partei zugunsten der rechten, national-konservativen Position statt. Im Widerspruch dazu steht jedoch der Wandel der gesellschaftspolitischen Aspekte der Partei, die weiter unten separat thematisiert werden. Diese inhaltliche Konstellation ist eher mit der Fidesz'schen Art ihre Politik zu gestalten zu verbinden, als auf die Transformationsursache zurückzuführen, denn durch die linksliberale Regierungskoalition gelangt Fidesz nicht nur in die Opposition im Parlament, sondern später auch aus der inhaltlichen Perspektive in dem Parteiensystem. Fidesz ist gezwungen eine Massenpartei zu werden: „This is a must since the party has no coalition partner to help into government“ (Oltay 2003: 250).

Parteiensystemtransformation hat auch im estnischen Fall in der Entwicklung der Liberalen Platz und findet im Zeitraum 2001 bis zu den Wahlen 2003 statt. Der Eintritt einer neuen Partei – Res Publica – in das estnische Parteiensystem verursacht inhaltlichen Wandel in der Programmatik der Reformierakond. Im Gegenteil zum Fidesz, der *peau à peau* sein gesamtes inhaltliches Profil transformiert, kann bei der Reformierakond eine Verschiebung lediglich im Bereich der Gesellschaftspolitik empirisch nachgewiesen werden. Dort ergibt sich ein Unterschied zwischen 4,55 Punkten der L-R-Werte im Wahlprogramm 1999 zu 4,47 Punkten auf der Links-Rechts Skala im Jahr 2003. Zwar wirkt im Vergleich zu Fidesz diese Verschiebung minimal, doch im Gesamtbild der inhaltlich stabilen Reformierakond ist das bereits eine signifikante Transformation. Auf die Reformierakond kann ebenso der Zusammenhang zur Richtung des Wandels übertragen werden, da die sich Partei in die der Parteiensystemtransformation entgegengesetzte Richtung wandelt. Reformierakond verschiebt ihre ideologische Position demnach etwas in die linke Richtung aufgrund von Ähnlichkeiten zur Positionen von Res Publica. Die programmatische Innovation der Partei, die durch das Einführen der verstärkten Sozialpolitik dient der Abgrenzung beider Parteien. Die Sozialpolitik in Form von der finanziellen Unterstützung der Elternzeit wurde nicht nur die Innovation in dem Programm, sondern auch Zentralthema, neben dem EU-Beitritt, des Wahlkampfes.

Der inhaltliche Wandel kann also für beide Fälle auf die Veränderung in dem Parteiensystem zurückgeführt werden. Erstens findet der entsprechende inhaltliche Parteienwandel zeitnah nach diesen Ereignissen statt und zweitens kann eine Verbindung zwischen der Richtung des inhaltlichen Wandels und der Transformation des Parteiensystems gesehen werden. Er ist stets in die gegenseitige Richtung bezüglich der mehrfach vertretenen Position gerichtet. Somit lässt sich die Hypothese zum Parteienwandel in Bezug auf den nachlassenden Parteipluralismus und die zunehmende Polarisierung des Parteiensystems zwar nur partiell bestätigen, aber es ergibt sich ein anderer Zusammenhang. Für den Fall von Fidesz kann aufgrund eines umfassenden inhaltlichen Wandels eine Polarisierung des Parteiensystems beobachtet werden. Auch der Ursprung des Fideszschen Wandels lag im Zerfall des rechten Lagers, ergo des abnehmenden Parteipluralismus. Der Wandel der Reformierakond ereignet sich im Gegenteil dazu als Folge des zunehmenden Parteipluralismus. Somit kann auch von keiner zunehmenden Polarisierung des Parteiensystems gesprochen werden, da die Parteien sich in ihren Profilen zu stark ähneln, da sie alle eine gemeinsame Abneigung der linken Politik gegenüber besitzen (Laagerspetz/Vogt 1998: 72).

7.2.1.2 Ausbleibende Regierungsbeteiligung

Eine weitere Ursache für den inhaltlichen Wandel der Partei wurde aus der ausbleibenden Regierungserfahrung einer Partei abgeleitet. Auf die Zielsetzung der ostmitteleuropäischen liberalen Parteien stützend wurde vermutet, dass wenn dieses Ziel nicht erfolgreich erfüllt werden kann und somit die Regierungserfahrung ausfällt, es zu einer inhaltlichen Transformation der Partei führt. Diese Hypothese lässt sich erneut, aus unterschiedlichen Entwicklungsszenarien der Parteien, für beide Fälle bestätigen.

Im Fall von Fidesz kann sicherlich ein Zusammenhang zwischen dem inhaltlichen Parteienwandel und der ausbleibenden Regierungsposition gesehen werden können. Daraufhin deuten zwei Merkmale. Erstens führt Fidesz massive inhaltliche Transformationen, jeweils nach einer hoch erwarteten aber schließlich ausgebliebenen Regierungsbeteiligung, durch. Dies passiert sowohl 1994 nach dem die Umfragewerte den Erfolg hervorgesagt haben und 2006, als die Partei mehr oder minder selbst den Wahlkampf aufgegeben hat. Für die Wahlen 1998, verändert die Partei 49,4% der Inhalte ihres Wahlprogrammes im Vergleich zu dem vorherigen und 2010 liegt der

Anteil der wahlprogrammatischen Innovation bei 41,3%. In beiden Fällen folgte eine inhaltliche Transformation, sei es der allgemeine Trend nach rechts oder der verfassungs- und medienpolitikreformerische und verstärkt etatistische inhaltliche Wandel der Partei. Zweitens spricht für diesen Zusammenhang das Beispiel der umgekehrten Kausalität im Fall der ungarischen Partei. Denn immer, wenn sie die Regierungsposition nach den Wahlen erlangt, findet ein signifikant geringerer inhaltlicher Wandel statt. Im letzten Fall demonstriert die erfolgreiche Wahl 1998, dass der Anteil der inhaltlichen Innovationen gegenüber dem nächsten Wahlprogramm deutlich geringer ist, wie zwischen den Jahren 1998 und 2002, wo nur 29,8% der Inhalte verändert sind. Somit stimmen 70,2% der Wahlprogramminhalte der Partei im Jahr 2002 mit den Inhalten des Wahlprogramms 1998 überein.

Die Analyseergebnisse der estnischen liberalen Partei liefern wenig Evidenz zum Zusammenhang der ausbleibenden Regierungserfahrung und dem inhaltlichen Parteiwandel. Lediglich für den Fall der ELDP kann festgestellt werden, dass sich diese Partei durch die ausbleibende Regierungserfahrung gewandelt hat. Allerdings, den Umständen entsprechend, scheint das ein wenig überambitioniert, denn faktisch passiert ja keine Transformation der ursprünglichen Partei, sondern sie wird durch eine neue ersetzt. Es kann sicherlich spekuliert werden, dass solch ein Übergang von einer Partei zur anderen nicht passiert wäre, wenn die Partei in der Regierung gewesen wäre, doch diese Aussage kann nicht belegt werden. Seit der Gründung der Reformierakond und im Laufe der Analyse ihrer Entwicklung, kann gesehen werden, dass die Regierungserfahrung, wenn diese nicht ausbleibt, ein Stabilitätsfaktor für die Partei und ihre inhaltliche Ausrichtung sein kann. Dies ist zwar eine indirekte Kausalität in Bezug auf die Hypothese, allerdings bedarf auch diese Erkenntnis näherer Betrachtung. Die Reformierakond zeigt durch die ständige Präsenz in den Regierungskoalitionen, dass die Partei, sich zusätzlich dadurch hervorheben lässt, dass sie sich nicht inhaltlich wandelt. Die Übereinstimmungsindizes der Wahlprogramme der Partei bestätigen diesen Zusammenhang: diese befinden sich im allgemein hohen und stets wachsenden Bereich. Somit fangen die Werte 1999 bei 51% an und erreichen 2011 79% der Übereinstimmung der Inhalte der Wahlprogramme, bezogen auf das vorherige Wahlprogramm. Bemerkenswert ist auch, dass der Wert eine allgemein steigende Tendenz hat und genau aus diesem Anlass wurde eher von einer Konsolidierung der

Reformierakond gesprochen. Allerdings muss zugegeben werden, dass solch eine Konstanz im Regierungskabinett eher ungewöhnlich ist.

Besonders spannend lässt sich diese Hypothese aber aus dem Vergleich der beiden Fälle interpretieren. So werden zwei Parteien mit jeweils reziproken Verhältnissen zu ihrem Verhalten in Bezug auf die Regierungserfahrung untersucht. Die eine, in dem Fall der Fidesz, wandelt sich jedes Mal, wenn sie nicht in der Regierungskoalition ist und die andere, die Reformierakond, wandelt sich dank der steten Position in der Regierungskoalition nicht. Die Hypothese wird hier somit als Faktor für den inhaltlichen Wandel der Parteien als gültig wahrgenommen, da diese nicht nur genügend belegt werden konnte, sondern sogar in die umgekehrte Richtung zu funktionieren scheint. Damit ist gemeint, dass für Parteien nicht nur ein inhaltlicher Wandel im Fall der ausbleibenden Regierungserfahrung angenommen werden kann, sondern auch die inhaltliche Stabilität im Fall der Partizipation in der Regierungskoalition vorausgesetzt werden kann.

7.2.1.3 Inhaltlicher Wandel aufgrund von Wahlniederlagen

Die inhaltliche Transformation der liberalen Parteien wurde natürlich bezogen auf die Wahlniederlagen als Wandelfaktor und als Mutter aller Parteiwandels analysiert.

Im Fall der Reformierakond ist es schwer, über Wahlniederlagen zu sprechen, denn diese Partei zeigt im gesamten Untersuchungszeitraum positive Ergebnisse bei den Wahlen. Wie bereits festgestellt werden konnte, war die Partei auch immer an der Konstitution der Regierungskoalition beteiligt, was das Finden des Zusammenhanges zwischen einer Wahlniederlage und anschließendem Wandel erschwert. Was ihre Vorgängerin, die ELDP, betrifft, kann auch nicht behauptet werden, dass diese Partei eine richtige Wahlniederlage mit einer Anschlusstransformation erleben konnte. Auch für diese Partei kann, aufgrund ihres nach den ersten Wahlen folgenden schnellen Zusammenschlusses mit der Reformierakond, kein direkter Zusammenhang im Sinn dieser Hypothese ermittelt werden.

Fidesz dagegen liefert reichlich Grundlage für die Untersuchung dieses Zusammenhanges. Die Wahlniederlagen von Fidesz sind immer durch anschließenden, mehr oder minder stark ausgeprägten, inhaltlichen Wandel gefolgt. Werden die

Wahlergebnisse chronologisch betrachtet, kann nach den zweiten Wahlen direkt im Anschluss ein inhaltlicher Wandel der Partei beobachtet werden. Ein weiteres prägnantes Beispiel stammt aus den vierten und fünften Wahlen, ebenso in Form des inhaltlichen Wandels. Hier kann die Rolle der Wahlniederlage als *Mutter jeden Wandels* in der Tat nicht übersehen werden. Erneut wird diese Kausalbeziehung durch den fehlenden inhaltlichen Wandel im Fall der positiven Wahlergebnisse bestätigt. Die 70,1% wahlprogrammatischer Übereinstimmung zwischen den Programmen von 1998 und 2002 liefern erneut Beleg für den Zusammenhang zwischen dem Faktor der den Wandel auslöst und dem anschließenden inhaltlichen Parteienwandel.

Bei diesem Faktor bietet die Reformierakond zwar wenig Grundlage für die Überprüfung der Hypothese, aber es kann erneut die umgekehrte Wirkung der Aussage beobachtet werden. Die Partei weist den umgekehrten Zusammenhang zwischen der Wahlperformanz und dem inhaltlichen Wandel nach. Im Fall der Reformierakond könnte eine folgende Aussage gelten: konstanter Wahlerfolg sorgt für die inhaltliche Stabilität der Partei. Auch dieser Zusammenhang müsste auf einer breiteren Fallbeispiel-Basis analysiert und belegt werden. Allerdings ist es ein durchaus denkbarer Zusammenhang.

7.2.1.4 Führungswechsel und inhaltlicher Wandel

Der Zusammenhang zwischen der Personenkonstellation der Parteiführung und des inhaltlichen Wandels der Parteien kann für die ostmitteleuropäischen Parteien nicht unbedeutend sein, da die Entstehungsumstände der Parteien von keiner breiten verankerten gesellschaftlichen Basis ausgehen ließen und die ostmitteleuropäischen Parteien bekannter Weise geneigt sind, personenzentriert zu sein. Daraufhin ergibt sich aus der Analyse der Parteien und dem Zusammenhang zwischen dem Führungswechsel und dem inhaltlichen Wandel eine begrenzte Bestätigung der Hypothese für die beiden Parteien, da die vorliegende Analyse nur den Bereich des inhaltlichen Wandels der Partei im Fall des Führungswechsel anspricht.

Der ungarische Fidesz, der sich oft inhaltlich transformiert, hat dabei ein extrem stabiles Profil der Führungspersönlichkeiten. Diese Liste kann sogar für den gesamten Untersuchungszeitraum auf genau zwei Personen beschränkt werden. Auf der anderen

Seite der Fallstudien steht die estnische liberale Partei, die im Gegenteil zum Fidesz immer wieder einen neuen Parteivorsitzenden wählt, sich aber dabei nicht signifikant inhaltlich transformiert. Somit kann in diesem Zusammenhang herausgestellt werden, dass zumindest für die Fälle der liberalen Parteien in Estland und Ungarn nicht der Wechsel des Parteivorsitzenden, sondern eher die Kontinuität der gleichen Person in dem Amt ausschlaggebend für die inhaltlichen Veränderungen ist. Fidesz und seine zwei Parteivorsitzenden demonstrieren, dass in den Jahren des Vorsitzes von Orbán, eher als zum Wechsel von ihm und Áder inhaltlicher Wandel stattfindet. Der inhaltliche Wandel kann zusätzlich deswegen beschränkt auf den Wechsel der Führungspersönlichkeit zurückgeführt werden, da der Wechsel der Parteivorsitzenden nach einem Erfolg und Misserfolg bei den Wahlen passiert. Andererseits fällt der erste Wechsel des Parteivorsitzenden genau in die inhaltlich stabile Phase der Partei und wird deswegen eher als Folge einer Wandelursache interpretiert. Für den Zusammenhang und selbstständige Wirkung als Wandelfaktor fehlen dem Führungswechsel zusätzliche Vergleichseinheiten.

Im Fall der Reformierakond, auch wenn die Personen im Amt der Parteivorsitzenden sich oft wechseln, kann ebenso keine direkte Verbindung zwischen dem Wandel der Inhalte und dem Führungswechsel gemacht werden. Dies ist vor allem durch das sowieso stabile und wandelresistente inhaltlichen Profil der Partei verursacht begründet werden. Andererseits können auch bei dem Wechsel der diversen Führungspersonen keine anschließenden inhaltlichen Transformationen beobachtet werden.

Bevor diese Hypothese für richtig erklärt werden sollte, dürfen alternative Erklärungen gesucht werden. Nämlich scheint der Austausch der Person im Amt auf Basis der vorliegenden Analyse der beiden Fälle eher das Bestehen und die Fortführung der parteilichen ideologischen und inhaltlichen Prinzipien zu unterstützen, als zu verringern. Die zentrale Bedeutung vom *charismatischen* Parteivorsitzenden und der zentralen Bedeutung einer Person für die Inhalte der Partei, besonders der ostmitteleuropäischen Demokratien, bleibt somit allgemein erhalten. Allerdings scheint diese Beziehung nicht in der Form von der aufgestellten Hypothese zu funktionieren. Anhand der beiden Fälle kann eher eine umgekehrte Beziehung vermutet werden. Somit ergibt sich, dass eine Person, indem sie eine lange Zeit im Vorsitz der Partei positioniert

ist, den Wandel, oder im extremen Fall sogar Willkür der Inhalte der Partei begünstigt während abwechselnde Parteiführungen eher stabilisierend wirken. Der zehnjährige Amtsabschnitt von Kallas scheint hierbei aber, aufgrund der allgemeinen inhaltlichen Stabilität der Partei, keinen Wandel auszulösen. Da es im Vergleich zum Fidesz mehr Vorsitzende der Partei gibt, wird die Partei hier insgesamt als eine Partei mit wechselnden Führungspersönlichkeiten aufgefasst. Somit kann am Beispiel von der Reformierakond, ohne an dieser Stelle noch eine Wertung zu geben, festgestellt werden, dass bei einem wechselnden Parteivorsitzenden der inhaltliche rote Faden der Partei eher vorhanden ist. Der Fidesz, dessen Parteivorsitzende die meiste Zeit konstant bleibt, weist nach, dass die Tendenz zu inhaltlichen Alterationen in der Programmatik in diesem Fall eher vorliegt. Diese Aussage kann allerdings nicht über die hier betrachteten Fälle hinaus generalisiert und müsste für eine größere Zahl Parteien erforscht werden.

7.2.2 Der organisatorische Wandel und seine Faktoren

Die zweite wesentliche Komponente für die Gesamtuntersuchung des Parteienwandels definierte sich in der vorliegenden Arbeit über den organisatorischen Wandel. Die Analyse der beiden Fallbeispiele im Zusammenhang mit den Hypothesen ergibt für die Abhängigkeit des nun organisatorischen Wandels der Partei von dem Führungswechsel eher zurückhaltende Resultate. Mit Blick auf die Statuten und den Index der innerparteilichen Demokratie, der hier für beide Parteien berechnet worden ist, kann festgestellt werden, dass die Parteien sich nicht nur in den Werten dieses Indexes ähneln, aber auch durch relativ wenig organisatorischen Wandel gekennzeichnet werden können. Reformierakond, bei der der Index in der gesamten Zeit auf dem gleichen Niveau bleibt, ist eher eine Ausnahme. Der Fidesz zeigt auch nicht viel Varianz, jedoch lassen sich dort schon eher Zusammenhänge mit Personen- und Organisationswandel ermitteln und erläutern.

Im Detail lässt sich der organisatorische Wandel von Fidesz wie folgt beschreiben: in den Jahren 1993 und 2003, als Orbán Parteivorsitzender wird, gibt es einen Anstieg des IPD-Wertes. Mit dem einzigen Wechsel von Orbán zu Áder in den Jahren 2000-2003 kann keine Veränderung in der Organisationsweise der Partei gesehen werden, denn dort bleibt der IPD-Wert stets auf dem Niveau von 1999 bis zur Rückkehr von Orbán. 2003 kann eine signifikante Erhöhung des IPD-Wertes von 0,345 auf 0,410 beobachtet

werden, gleichzeitig ist das auch der höchste Wert der gesamten elf Statuten. Aus der qualitativen Statutenanalyse lässt sich der Anstieg durch die Einführung der Minderheitenquote in der Parteieuxekutive, das Recht auf Herausforderung des Parteivorsitzenden in seinem Amt und die Kooperationsvereinbarung der subnationalen Parteibüros mit der Parteizentrale erläutern. Aus diesen Evidenzen kann zusammengefasst werden, dass für den Fall Fidesz eine Abhängigkeit nicht nur des inhaltlichen, sondern auch des organisatorischen Wandels von der Parteiführung existiert. Wenn die Inhalte eher durch die konstante Parteiführung beeinflusst waren, scheint es bei den organisatorischen Aspekten eher eine Abhängigkeit von personenbezogenem Organisationswandel zu geben (Panebianco 1988: 242). Gleichzeitig muss aber erwähnt werden, dass der Index der parteiinternen Demokratie sich auch während des Orbán-Vorsitzes ändert, jedoch nicht in einem vergleichbaren Maß, wie bei dem Wechsel der Person im Amt, daher wird hier, auch wenn eine Kausalbeziehung da wäre, lediglich von zurückhaltenden Resultaten gesprochen.

Zu der estnischen liberalen Partei genügt das erneute Erwähnen der absoluten Stabilität des IPD-Indexes und der minimalen Transformationen der Statuten. Die sich fast durchgehend ändernde personelle Konstellation des Parteivorstandes zeigt, dass im Fall der estnischen Liberalen keine direkte Beziehung zwischen dem Führungswechsel und dem organisatorischen Wandel besteht.

Insgesamt lässt sich für die Beziehung zwischen der Parteiführung und der Organisation der Parteien kein einheitliches Ergebnis beobachten. Der Fall von Fidesz demonstriert am Beispiel der wenigen Änderungen in der personellen Besetzung des Amtes, dass die Werte der innerparteilichen Demokratie generell unabhängig von dem Führungswechsel verhalten, aber im Fall des tatsächlichen Parteiführungswechsels einen über dem Durchschnitt liegenden Wandel nachweisen. Daher kann zumindest für den Fall des Fidesz eine leichte Abhängigkeit festgestellt werden. Im Fall der estnischen Liberalen gibt es einen regelmäßig stattfindenden Führungswechsel bei einem absolut konstanten Wert der innerparteilichen Demokratie und daher kann kein direkter Zusammenhang zwischen dem Führungswechsel und dem organisatorischen Wandel ermittelt werden.

Die Analyse der Parteienstatuten hat gezeigt, dass die personelle Kontinuität der Parteienführung nicht verhindert, dass der Grad der innerparteilichen Demokratie sich,

wenn auch nicht herausragend, wandelt. Das Beispiel der estnischen Liberalen demonstriert gleichzeitig, dass die innerparteiliche Demokratie auch bei sich wechselnder Parteiführung gleich bleiben kann.

Laut den Experten ist gerade die Parteienorganisation und, im Fall des Fidesz besonders ihre Führungsebene, diejenige, die in der Praxis eindeutig von den Regelungen und den Vorschriften der Statuten abweicht. Auch zu Reformierakond wurde angedeutet, dass diese Partei eine sehr klare inhaltliche Konzeption besitzt und von der Parteiführung lediglich gemanagt wird (Toomla 1999a: 256). Dies bedeutet, dass sich beide Parteien an ihrem Statut lediglich orientieren und nach Bedarf von diesem in der Praxis abweichen, wenn auch in unterschiedlicher Art und Weise. Dazu passt auch die aus der Statutenanalyse hervorgehende Feststellung, dass die Angaben oft lückenhaft sind und besonders auf Details bestimmter Prozedere und Zuständigkeiten gar nicht eingehen. Dies kann folgend illustriert werden: im Fall von der Reformierakond wird nicht geregelt, wie die Kandidatenaufstellung für das Amt des Staatspräsidenten und des Parteipräsidiums sowie den Parteivorstand erfolgt. Insgesamt umfassen diese Lücken aber zwei Hauptbereiche bei beiden Parteien: die Zuständigkeiten der Kandidatenaufstellung in den parteiinternen Ämtern und die Verbindlichkeit der Schiedsgerichte. Die Kandidatenselektion für die Wahlliste des Parlamentes und die Kompetenz für Wahl der Parteiführung ist beim Fidesz erst seit 2003 mit entsprechenden Regeln versetzt. Aus der Kombination der Unverbindlichkeit der Statuten und den Kommentaren von Experten muss die Analyse der innerparteilichen Demokratie und der Zusammenhänge der Wandelursachen und Folgen mit Vorsicht behandelt werden, denn diese spiegelt nicht immer die Praxis wider. Dafür bietet dieser Bereich umso mehr Grundlage für weitere Fragestellungen und empirische Analysen der Organisationsweise der Parteien.

7.2.2.1 Wahlniederlage, Führungswechsel und organisatorischer Wandel

Die Wahlniederlage, als bereits erklärter und nachgewiesener Grund für die inhaltliche Transformation der Parteien, wurde auch als verantwortlich für den organisatorischen Wandel vermutet (Harmel et al. 1995: 173). Die Analyse der Beziehung zwischen den Wahlniederlagen und den darauffolgenden organisatorischen Transformationen der Parteien lässt sich aber nicht ganz einfach beantworten. Erstens erschwert die Bildung

einer direkten Ursache-Folge-Beziehung der Fakt, dass die Statuten nicht genau nach den Wahlen aktualisiert werden, was den Wandel als Auswirkung der Wahlkonsequenzen nicht ohne weiteres annehmen lässt. Zweitens können im Fall der konstanten Werte der innerparteilichen Demokratie der estnischen Liberalen wenige Zusammenhänge erschlossen werden. Das zusätzliche Betrachten der Führungswandeldynamik hilft im estnischen Fall nicht, da diese ebenso keine direkte Verbindung zu den Wahlergebnissen aufweisen. Zentral ist allerdings in der Beziehung erneut, dass die estnischen Liberalen an sich keine großen Wahlniederlagen in ihrer Geschichte erlebt haben. Auch wenn einige der Wahlergebnisse subjektiv wahrgenommen nicht so erfolgreich waren, haben diese nicht genug Grund für eine organisatorische Umstrukturierung der Partei geboten.

Der Fall des Fidesz in diesem Zusammenhang liefert erwartungsgemäß etwas andere Verknüpfungen. Einerseits wurde bereits festgestellt, dass sich bei Fidesz die Parteiführung kaum wandelt, andererseits sind die Schwankungen in den Werten des innerparteilichen Demokratieindex als auch in den Wahlerfolgen der Partei bekannt und abwechslungsreich. Wird das Zusammenfügen dieser einzelnen Einheiten versucht, kann kein *plakativer* Zusammenhang entdeckt werden. So zeigt sich nach den ersten Wahlen 1990 in dem darauffolgenden Statut von 1991 eine leichte Abnahme der innerparteilichen Demokratie. Diese lässt sich auf die Feststellung der Notwendigkeit einer effizienten Parteiorganisation und die entsprechenden Veränderungen zurückführen. Für die folgenden, für den Wandel des Fidesz schicksalhaften, Wahlen 1994 kann leider keine direkte Veränderung des Statuts nachgewiesen werden, aus dem einfachen Grund, dass es zwischen 1993 und 1999 gar keine Überarbeitung oder Aktualisierung der Statuten gab. Die erfolglose Performanz bei den Wahlen 2002 und der folgende leichte Anstieg in dem Wert des IPD-Indexes in dem darauffolgenden Statut von 2003 können vor allem durch den Führungswechsel verursacht gewesen sein. Wird eine Prozess-Kette der Ereignisse aufgestellt, so kann eine folgende Kausalität abgeleitet werden: Wahlniederlage (2002) → Abdankung von Orbán in der Rolle des Ministerpräsidenten (2003) → Rückkehr Orbáns in den Amt des Parteivorsitzenden (2003) → Veränderungen in dem Statut (2003). Trotz der Bedeutung der Wahlniederlage als Auslöser des Wandels darf auch der Einfluss des Parteiführungswechsels nicht relativiert werden. Nach der Wahlniederlage bei den Wahlen 2006 kann leider keine Ursache-Folge-Beziehung für die Organisationsweise der

Partei abgeleitet werden, denn Fidesz benutzt immer noch sein Statut von 2006 und hat seitdem keine Aktualisierung durchgeführt. Im Vergleich zum vorherigen, aus dem Jahr 2005 stammenden Statut, unterscheiden sich diese zwei kaum, sodass keine validen Aussagen getätigt werden können.

Somit ergibt sich aus der vorliegenden Hypothese im Fall von Estland wenn überhaupt, dann eine mal mehr eher eine umgekehrte Beziehung der Zusammenhänge. So ergibt sich keine Abhängigkeit von den Wahlniederlagen und dem organisatorischen Wandel, aus dem einfachen Grund, dass es keine Wahlniederlagen gab – sogar die Experten verleihen der niedrigsten Stufe der Wahlperformanz der Reformierakond die Eigenschaft *tolerable*. Dadurch, dass das Bild der Entwicklung der estnischen Liberalen theoretisch die gleiche, aber positiv ausgelegte Hypothese belegt – nämlich, dass der organisatorische Wandel aufgrund von fehlenden Wahlniederlagen ausbleibt – sollte dieser Zusammenhang ebenso als Gegenstand für die künftige Forschung wahrgenommen werden. Aus der Causa Fidesz kann, nicht für alle seine Wahlniederlagen, ein Zusammenhang zwischen der Wahlniederlage und dem Wandel der Organisation der Partei, allgemein jedoch belegt werden.

7.2.3 Inhaltlicher und organisatorischer Wandel gleichzeitig möglich?

Eine für die Ermittlung der Wandelfaktoren letzte Hypothese vermutete, dass der Wandel der Parteien auch als Kombination der oben aufgezählten, inhaltlichen und organisatorischen Wandelformen auftreten und daher in einer verstärkten Form vorkommen kann. Der Parteienwandel tritt nicht immer in einer oder anderen bestimmten Form auf und verursacht manchmal eine Kette an Veränderungen, die verschiedene Bereiche der Partei angreifen oder den Ausmaß des Wandels in einem Bereich der Partei verstärken. Parteienwandel kann verschiedene Ursachen und Ausprägungen haben, und wie oben gesehen werden konnte, verteilen sich die Ursachen oder Wandelfaktoren nicht nach der Regel: ein Faktor pro Wandel. Die Betrachtung der Fälle und deren konkreten Entwicklungen über die letzten 25 Jahre lässt in der Tat mehrmals kombiniertes Auftreten der Wandelarten feststellen.

Im Fall des Fidesz liefern die für den Wandel der Partei zentralen Wahlen 1994 eine entsprechende Grundlage. Die Wahlergebnisse lösen eine ganze Kausalkette an

Veränderungen, die die Partei unmittelbar betreffen, aus. Einerseits wird die Partei mit ihrer knappen Niederlage konfrontiert und gleichzeitig entsteht durch die Verschiebung der politischen Kräfte in dem Parteiensystem ein Vakuum auf der rechten Seite, das Fidesz unmittelbar dazu animiert dieses zu füllen. Somit wird durch die Wahlergebnisse nicht nur die Regierungserfahrung des Fidesz ausbleiben, sondern es findet auch eine Parteiensystemtransformation statt. Diese verursacht ihrerseits den inhaltlichen Wandel, der aus der Analyse der Wahlprogramme mehr als deutlich wird. Aus dem Umfang der inhaltlichen Transformation des Fidesz zwischen 1994 und 1998 kann die Hypothese belegt werden. Die Partei führt nicht nur Themen ein oder wandelt diese ab, aus der Überarbeitung des inhaltlichen Profils und der anschließenden Umbenennung entsteht eine inhaltlich gänzlich neu konzeptionierte Partei, die sich im Anschluss nicht mehr liberal kategorisiert und kategorisieren lässt. Wenn sich die Partei in Folge der Wahlen 1994 *nur* inhaltlich gewandelt hat, kann aus der Kombination der Wandel-Faktoren im Zeitraum zwischen 2002 und 2006 eine umfassende und beide Arten des, sowohl inhaltlichen, als auch des organisatorischen Wandels, abdeckende Faktorenkette gebildet werden. Dort folgt nach dem Wahlverlust 2002 nicht nur eine organisatorische, sondern auch eine inhaltliche Transformation, die aus dem national-konservativen Fidesz zusätzlich eine zentralistisch organisierte und stark etatistisch ausgerichtete Partei macht. Somit konnte an zwei Beispielen belegt werden, dass der Fidesz unter der Wirkung von verschiedenen Faktoren einem umfassenden Wandel ausgesetzt war und infolgedessen heute in der gegebenen inhaltlichen und organisatorischen Form vorhanden ist.

Für den Fall der ELDP/Reformierakond scheint es, aufgrund des allgemein harmonischeren Entwicklungsbildes, einen, nach der vorliegenden Auffassung betrachtet, verstärkten Wandel nicht gegeben zu haben. Der einzige größere Bruch in der sonst graduell und konsolidierungsorientiert verlaufenden Entwicklung der liberalen Partei kann zu den Zeiten der Gründung der Reformierakond anstelle von der ELDP gefunden werden. Dort passiert aber im Grunde eine Neukonstitution einer Partei und daraus leitet sich auch der umfassende Wandel der Partei ab. In diesem Zusammenhang scheint es fehl am Platz zu sein, nach weiteren Gründen und Faktoren für den Wandel 1994 zu suchen. Die daran anschließende Entwicklung der Reformierakond weist zwar einzelne inhaltliche und organisatorische Veränderungen nach, jedoch kann nur schwer im Sinn eines umfassenden Wandels und noch weniger

von einem durch mehrere Faktoren verursachten, verstärkten Wandel gesprochen werden. Zwar gibt es hier und da kleinere Innovationen oder Anpassungen, sowohl in der Programmatik als auch der Organisationsweise der Partei, aber diese ganzen Phänomene können genauso gut als Entwicklung und nicht unbedingt als Wandel aufgefasst werden – denn die ideologische Ausrichtung der Partei, als auch ihre Organisationsweise bleiben, zumindest offiziell, stetig und eine richtige *Wende* kann beim estnischen Fall nicht beobachtet werden.

7.3 Zentrale Faktoren des Wandels

Werden nun die beiden Fälle im gesamten Ausmaß der Unterschiede ihrer Entwicklung betrachtet, fallen zentrale Unterschiede, aber auch einige Gemeinsamkeiten auf:

- Erstens kann die These über „defeat ist the mother of party change“ (Harmel et al. 1995: 173) im vollen Umfang auch für die hier untersuchten Fälle bestätigt werden. Die Analyse der beiden Parteien zeigt nicht nur durch Wahlniederlage ausgelösten inhaltlichen, sondern auch organisatorischen Wandel. Für den Fall Fidesz stimmt diese Aussage absolut, bei der Reformierakond gibt es keine kleine Ausnahme, so kann im estnischen Fall nur erschwert von Wahlniederlagen gesprochen werden, da aber eine positive Abhängigkeit vorhanden ist, sollte diese Aussage nicht verworfen werden.
- Zweitens scheint das Ausbleiben der möglichen Regierungsbeteiligung ebenso von zentraler Bedeutung zu sein. Für den Fall Fidesz kann wiederum eine direkte Abhängigkeit des inhaltlichen Wandels von diesem Faktor nachgewiesen werden. Der Fall Reformierakond, und teilweise auch Fidesz, bietet durch seine Entwicklung und stetige Partizipation an der Regierungskoalition eine Möglichkeit diesen Zusammenhang in eine positive Abhängigkeit zu formulieren. Hier wird aber vermutet, dass die Regierungsbeteiligung der Partei eine stabilisierende Wirkung auf die inhaltliche Ausrichtung der Partei hat und sie somit vom Wandel abhält.
- Drittens hat die Parteiführung, wie vermutet, eine zentrale Bedeutung für die ostmitteleuropäischen liberalen Parteien, allerdings ergeben sich andere Beziehungskonstellationen, als in der entsprechenden Hypothese vermutet. Die

ELDP/Reformierakond scheint gerade durch einen Wechsel der Führungspersonlichkeiten ihre inhaltliche sowie organisatorische Kontinuität zu ermöglichen und somit eine extrem stabile organisatorische Struktur zu erhalten. Der Fidesz sticht durch eine Stabilität einer Person im Amt heraus und diese beeinflusst sowohl im inhaltlichen als auch organisatorischen Bereich der Partei den Wandel. Dabei werden folgende Zusammenhänge gesehen, die gleiche Person ist teilweise für den inhaltlichen Wandel und gleichzeitig, wenn auch in geringerem Maße, auch für den Wandel der organisatorischen Struktur mit Tendenz zur Oligarchie verantwortlich. Allerdings muss erwähnt werden, dass anhand der Analyse der offiziellen Dokumente keine so deutliche Abhängigkeit ermittelt werden konnte, wie sie sich durch die Expertengespräche herausgestellt hat.

- Die vorliegenden Faktoren, die ursprünglich den Wandel erklären sollten, liefern nicht nur Erklärungsansätze für die verschiedenen Aspekte des Wandels der Parteien, sondern lassen gleichzeitig teilweise auch die Stabilität der Parteien mithilfe derselben Faktoren erläutern.

- Schließlich muss eine Anmerkung zum gesellschaftlichen Kontext der beiden Parteien gemacht werden. Die Analyse hat gezeigt, dass gerade die Ausgangssituation der beiden Parteien sowohl staatlich als auch gesellschaftlich ähnliche Konstellation hatte. Allerdings konnte ein ganz feiner Unterschied zwischen den beiden Fällen, der hier jedoch als Mitverantwortlicher für die allgemeine Entwicklung des Liberalismus und der liberalen Parteien gezählt wird. Die Ursprungsbedingungen des liberalen Gedankengutes haben eine Bedeutung: in Ungarn gab es erst das Mehrparteiensystem und dann die Demokratie und in Estland wollte sich zuerst die Gesellschaft liberalisieren (Bennich-Björkman 2007: 340) und dann Parteien gründen. Da die Konfliktlinien in den ostmitteleuropäischen Gesellschaften nicht zentral sind (Enyedi 2008: 299), wurden andere Gründe überlegt. Die estnische Gesellschaft ist allgemein zukunfts- und die ungarische vergangenheitsorientiert. Sei es so, liefert diese Einschätzung eine partielle Erklärung für die Schwäche des Liberalismus, nämlich die der fehlenden Sicherheit und Ordnung (Kochanowicz 1997: 143), nach der sich die ungarische Gesellschaft zu sehnen scheint. Dies bedeutet in Kürze, dass die Akzeptanz der liberalen Werte in der Gesellschaft für die beiden Wandelgeschichten der Parteien mitverantwortlich ist. Wenn die estnische Gesellschaft gerade in dem materiellen Bereich, der für die ungarische

Gesellschaft so zentral ist, für ihr identitätstragendes Begriff der „Freiheit“ bereit ist, Abstriche zu machen und diese mit Liberalismus als einziger Alternative der gesellschaftlichen Ordnung zu akzeptieren, dann neigt die ungarische Gesellschaft dazu, in der Vergangenheit nach Erklärungen der Fehlentwicklungen zu suchen sowie diese in die Zukunft mitzunehmen und ihre Zukunft staatsabhängig (Müller 2013: 15), das heißt von einem starken Staatsbild ausgehend, zu gestalten und auszurichten. Daraus bildet sich die unterschiedliche Haltung und Deutung der Rolle des Staates (Schöpflin 1991: 189), dessen Einmischung und Mitgestaltung des Privatlebens und in Ungarn vor allem der Sicherung des sozialen Status (Oltay 2014: 181, 196) mehr oder minder toleriert wird. In Estland aber deutet sowohl die Zentralität des Begriffs der *Freiheit* als auch die Interpretation des Staates als Dienstleister der Gesellschaft eine gänzlich andere Auffassung und Grundlage für die Entfaltung des Liberalismus und den Erfolg einer liberalen Partei. Somit stehen Ungarn und Estland strukturell vor diametral unterschiedlichen Definitionen und Bereitschaft zum Liberalismus und Konservativismus. Diese werden aufgrund von Wechselwirkung der ideologischen Aspekte des Angebots und der Nachfrage zwischen den Parteien und der Gesellschaft (Bielasiak 1997: 41), durch die Parteien und deren Profilen widerspiegelt.

ZUSAMMENFASSUNG UND AUSBLICK

Ziel der vorliegenden Arbeit war eine detaillierte Untersuchung des Wandels der liberalen Parteien in Ostmitteleuropa basierend auf der vergleichenden Längsschnitt-Analyse der Fallbeispiele aus Estland und Ungarn. Die Arbeit verglich die Entwicklung von zwei aktuell existierenden Parteien aus zwei ostmitteleuropäischen Staaten, die sich kontextuell ähneln und somit ähnliche Rahmenbedingungen für die Entstehung und Bestehen der liberalen Parteien boten. Die Analyse betrachtete den Wandel der entsprechenden Parteien im Zeitraum seit ihrer Gründung um das Jahr 1989 herum bis zu den Parlamentswahlen 2010 in Ungarn und 2011 in Estland. Die Untersuchung des Wandels berücksichtigte nicht nur den inhaltlichen und organisatorischen Wandel, sondern versuchte die Parteien immer in ihrem gesellschaftlichen Kontext zu betrachten. Die Forschungsarbeit wollte somit der Frage über die Wandelfaktoren der

liberalen Parteien in Ostmitteleuropa, die sich aus der Forschungslücke ergab, durch systematische vergleichende Analyse nachgehen und einige Antworten auf diese geben. Der Parteienwandel, der den zentralen Aspekt der Fragestellung und Arbeit gebildet hat, konnte im Rahmen der Analyse der hiesiger Fallbeispiele in seinen verschiedensten Ausprägungsformen durch die Kombination unterschiedlicher Analysemethoden festgestellt werden und Erklärungsansätze liefern.

Für das Zustandekommen dieser Wandelanalysen mussten nicht nur zwölf Wahlprogramme der Liberalen aufgespürt, qualitativ analysiert und in einer einheitlichen Synopse übersetzt sowie zusammengefasst werden. Die Wahlprogramme wurden auf Basis des eigenhändig erweiterten CMP-Datensatzes quantitativ analysiert um die Positionsprofile der Parteien zu erstellen. Die Statuten der Parteien sind ebenso teilweise selbstständig kodiert worden, um die innerparteiliche Demokratie und den dazugehörigen Index zu ermitteln, aber auch die allgemeine Aufbaustruktur der Parteien zu fassen. Im Zuge der Expertenbefragung sind viele nützliche, teilweise aus der Literatur nicht hervorgehende Ergebnisse und spezifische Zusammenhänge sichtbar geworden, die einige empirischen Befunde relativiert haben, aber auch wertvolle Einblicke in die Praxis liefern konnten und das Kontextualisieren der Zusammenhänge und Entwicklungen erleichtert haben.

Der Ausgangspunkt der Untersuchung war die Feststellung, dass der Wandel der ostmitteleuropäischen liberalen Parteien nicht nur aus der Perspektive der Theorie des Parteienwandels, sondern auch der Forschungslücke zur Analyse der ostmitteleuropäischen liberalen Parteien als Repräsentanten ihrer Parteienfamilie ein äußerst spannender, wenn auch spezifischer Forschungsgegenstand ist. Die Parteienwandelforschung, insbesondere für den Bereich Ostmitteleuropas, bietet nach wie vor eine große Breite an Fallbeispielen, Untersuchungsgegenständen und Fragestellungen. Für die Arbeit wurden somit zwei Parteien einer Parteienfamilie aus zwei sich kontextuell ähnelnden Ländern genommen. Die vorliegende Arbeit hat versucht, durch eine methodisch ambivalente Herangehensweise den Wandel der liberalen Parteien möglichst umfassend zu erklären. Dabei waren die verschiedenen Entwicklungsszenarien der zur Analyse ausgewählten Parteien die Grundlage des Interesses. Die vorliegende Arbeit ging davon aus, dass sich der Wandel der ostmitteleuropäischen Parteien mithilfe der abgewandelten und kombinierten

theoretischen Ansätze, die bisher meistens für den Wandel der westeuropäischen und angloamerikanischen Parteien genutzt wurden und der Theorien des Parteienwandels erklären lässt und dass die jungen Parteien nicht immer als Fälle *sui generis* betrachtet werden sollen. Dabei ist in der theoretischen Konzeption zentral gewesen, die Gründe des Wandels der Parteien greifen und erklären zu können.

Mit Hilfe der Hypothesen, die sich auf die Analyse des inhaltlichen und organisatorischen Parteienwandels konzentriert haben, sind die zentralen Faktoren für den Wandel der inhaltlichen oder organisatorischen oder beider Bereiche der Partei konstruiert worden. Zusätzlich zu der qualitativen und quantitativen Daten- und Dokumentanalyse wurden die Ergebnisse der Expertengespräche zusammengefasst, im Kontext der empirischen Ergebnisse betrachtet und Portraits der Parteien (Kapitel 3), für die Ein- und Zuordnung der Prozesse und Ereignisse angefertigt worden. Aufgrund des Forschungsdesigns sind zur Analyse des inhaltlichen Wandels die Wahlprogramme der Parteien verwendet worden. Diese wurden qualitativ und quantitativ vergleichend analysiert (Kapitel 4). In der qualitativen Analyse sind die Texte der Wahlprogramme der Parlamentswahlen der Parteien gegenübergestellt worden und es ging darum, den Wandel programmatisch und zeitlich zu lokalisieren. In der quantitativen Analyse sind mit Hilfe des um das Wahlprogramm der ELDP ergänzte *Comparative Manifestos* Datasets nicht nur die allgemeinen Links-Rechts Positionen der Parteien ermittelt worden. Separat sind die gesellschaftspolitischen und ökonomischen Dimensionen der Links-Rechts Positionen betrachtet worden. Um die sich gegenseitig bestätigenden Befunde der quantitativen und qualitativen Wahlprogrammanalyse darüber, dass der Fidesz sich in mehrere inhaltlich-ideologische Abschnitte einteilen lässt und dass die ELDP/Reformierakond eine sich inhaltlich konsolidierende Entwicklung vorweisen. Diese Befunde konnten mit Hilfe der Ermittlung der Übereinstimmungsindexe der einzelnen Wahlprogramme belegt und präzisiert werden.

Als Grundlage des organisatorischen Wandels (Kapitel 5) beider Fallbeispiele dienten die Statuten der Parteien, die ebenso qualitativ sowie quantitativ analysiert wurden. Dabei konnten nicht nur allgemeine Strukturelemente des Aufbaus der Parteien, sondern auch deren Änderungen festgestellt werden. Die beiden Analysen sind mit dem Schwerpunkt der innerparteilichen Demokratie analysiert worden. Diese führten nicht nur zu der Erkenntnis, dass die Parteien in ihren Statuten Lücken haben und nicht alle Prozedere erwähnen, sondern auch, dass die Änderungen der Statuten eine Auswirkung

auf das Gesamtprofil der Organisation der Parteien haben und zwar in der Form, dass eine Partei eine äußerst stabile und die andere eine sich wandelnde organisatorische Struktur besitzt. Die Profile der Stabilität und des Wandels bezüglich der beiden Parteien überlappen sich und passten zu den Befunden der qualitativen Analyse. Überraschend war die Analyse des Führungswechsels (Kapitel 5.2), denn hier zeigte sich ein im Fall des Fidesz stabiles Personengefüge gegenüber dem sich sonst sowohl dem inhaltlichen als auch organisatorischen Wandel ausgesetzten Parteienprofil zu erkennen. Dagegen vervollständigte sich das Profil der estnischen Liberalen als ein inhaltlich ziemlich stabiles und organisatorisch extrem stabiles Parteienprofil mit einer fast durchgängigen Personenfluktuation in der Führungsebene der Partei.

Die Expertengespräche (Kapitel 6), als validierendes und vervollständigendes Instrument, lieferten Einblicke in die Praxis der Parteien Funktions- und Organisationsweise. Somit konnten vor allem die Lücken in den Statuten auf die in der Praxis übliche Organisationskompetenzen zurückgeführt werden und die Profile der Parteien von den theoretischen sowie empirischen Befunden auf den Ist-Wert der Realität angeglichen werden.

Die ostmitteleuropäischen Parteien sind, in Folge der vorliegenden Analyse, nicht notwendigerweise als Fälle *sui generis* zu betrachten, auch wenn diese in ihrer Entstehung und teilweise auch Entwicklung sich sicherlich von den westeuropäischen Fällen, die die Parteienforschung schon länger beschäftigen, unterscheiden. Die Theorie des Parteienwandels kann zwar nicht in identischer Form auf die gewählten Fälle angewendet werden, jedoch zeigte die Analyse (Kapitel 7), dass bei einer Regruppierung der Faktoren und der Ableitung der Hypothesen unter Rücksicht auf die Besonderheiten der regionalen Entwicklung und Kontextes, die *normalen* Zusammenhänge und Abhängigkeitsbeziehungen auch für Analyse des Wandels der ostmitteleuropäischen liberalen Parteien angewandt werden können. Diese Analyseschritte ließen schließlich nicht nur bestätigen, dass die Parteien sich seit ihrer Gründung gewandelt haben, sondern auch, wie und was die Wandelfaktoren ihrer Transformation aus dem inhaltlichen oder organisatorischen Bereich waren.

Somit konnte für den Fall der ELDP/Reformierakond eine kleinere Anzahl der inhaltlichen Indizien des Parteienwandels zugeordnet werden. Allgemein zeigt die

estnische Liberale, dass ihr größter Wandel beim Übergang von einer zur anderen Partei stattfand und danach demonstriert diese ein stabiles themen- und Positionenkonglomerat im Laufe aller Wahlprogramme. Aus der Perspektive des organisatorischen Wandels zeigt die Partei einerseits konstante Werte der innerparteilichen Demokratie und andererseits stechen die Statuten mit einigen Lücken ins Auge, die es versäumen, Details über Kompetenzen und Prozedere einiger Bereiche der Parteienorganisation zu erläutern. Bei der Analyse der Führungswechseldynamik zeigt sich eine ziemlich regelmäßig wechselnde Personenkonstellation. Schließlich lässt sich aus all den analysierten und der Einbettung der Entwicklungen in den gesellschaftlichen Kontext ein Profil des Wandels der estnischen liberalen mit folgenden Eigenschaften erstellen.

Erstens reagiert die Partei, wie wahrscheinlich jede andere, auf Impulse aus ihrer Umwelt und vor allem auf die Veränderungen des Parteiensystems. Ein Zusammenhang zwischen der Transformation des Parteiensystems und der Inhalte der liberalen Partei konnten ermittelt werden. Dagegen ergab sich aus der Analyse der Wahlniederlage und der ausbleibenden Regierungserfahrung kein direkter Zusammenhang, da die Reformierakond erstens keine Misserfolge bei den Wahlen erlebt und dadurch auch keine ausbleibenden Regierungserfahrungen hat und zweitens, da das zurückführen der Transformation der ELDP auf diese Faktoren als Auslöser des Wandels überdimensioniert zu sein scheinen. Daraus ergibt sich, dass auch andere Analysefaktoren den Wandel nicht ausreichend erklären. Der Führungswechsel kann im Fall der estnischen liberalen zwar in der Kombination der Übergangstransformation der ELDP zur Reformierakond betrachtet werden, jedoch aufgrund von weiteren fehlenden Wandel, der durch den gleichen Grund verursacht ist, sollte der nicht als alleiniger Auslöser betrachtet werden. Ebenso scheint der Führungswechsel auch wenig bis keine Wirkung auf die Organisationsweise der Partei zu haben, zumindest der Index der parteiinternen Demokratie bleibt im gesamten Betrachtungsraum gleich. So gesehen erklären fast keine der Faktoren den Wandel der estnischen liberalen Partei, dies passiert aber nicht aus dem Grund, dass die Faktoren ungeeignet sind, sondern da es fast keinen Wandel bei dieser Partei gibt. Die ELDP/Reformierakond zeigt sich im Vergleich zu den Entwicklungen von Fidesz stabil und hat eine, zumindest was ihre Programmatik angeht, sich konsolidierende Tendenz. Aus dem Beispiel der Partei lassen sich die positiven Zusammenhänge der Hypothesen ableiten, wie der Beitrag eines Wahlerfolges

zur inhaltlichen Stabilität. Bei dem fehlenden Wandel sollte schließlich auch der gesellschaftliche Rahmen beachtet werden, der für die Kontinuität der liberalen Partei nicht unbedeutend ist.

Der Fidesz, der ursprünglich als eine liberale Partei in diesen Vergleich aufgenommen wurde, ist aktuell eine konservative und *right-wing* Partei. Sein Wandel konnte durch die vorliegende Analyse nicht nur festgestellt, sondern auch mit Hilfe mehrerer Faktoren erläutert werden. Einer der wichtigsten Zusammenhänge in der Ursache-Wirkungs-Beziehung des inhaltlichen, aber auch organisatorischen Wandels ergibt sich aus der Wahlniederlage und der ausbleibenden Regierungserfahrung. Jedes Mal nach erfolglosen Wahlen zeigt der Fidesz die Bereitschaft, seine Inhalte und Aufbau zu verändern, um bei den nächsten Wahlen diese Ergebnisse nicht zu wiederholen. Auch der gesellschaftliche Rahmen und der Wandel des Parteiensystems beweist seine Auswirkungen auf den Parteienwandel des Fidesz. Nicht nur ist der Wandel des Parteiensystems mitverantwortlich für die inhaltliche Transformation, sondern scheint auch noch die Richtung des Wandels zu bestimmen. Der Führungswechsel weist einen mäßigen Einfluss auf die Veränderungen in der Organisationsstruktur der Partei nach und keinen auf die Inhalte der Wahlprogramme. Da die Führungsebene des Fidesz durch eine extreme personelle Kontinuität gekennzeichnet werden kann, zeigt sich, dass inhaltlicher Wandel auch beim fehlenden Wechsel der Führung vollzogen werden kann. Schließlich kann festgestellt werden, dass die Partei in ihrem ideologischen Wandel tatsächlich dem *vox populi* folgt und dass sich Ungarn aktuell gesellschaftlich wenig nach einem politischen Liberalismus sehnt, was eine begünstigende Bedingung für den Wandel des Fidesz darstellt.

Die vorliegende Arbeit fing bei einer Forschungslücke an und wollte Zusammenhänge erschließen, die bisher teilweise außer Acht geblieben sind. Am Ende der vorliegenden Untersuchung tritt, auch wenn einige Teilaspekte sicherlich einige Antworten erhalten haben, definitiv das Bedürfnis nach der Untersuchung weiterer Zusammenhänge, Fallbeispiele und Fragestellungen auf.

Erstens bleibt natürlich nach einer Fallstudienanalyse die Frage danach, ob sich die Befunde auch auf andere ostmitteleuropäische liberale Parteien übertragen lassen können? Sollen diese Faktoren des Wandels nur für die Liberalen in den ostmitteleuropäischen Ländern oder auch Parteien anderer Familien möglich sein?

Nicht nur die Übertragbarkeit der Wandelfaktoren auf andere Parteien, sondern auch die Übertragbarkeit der *positiven* Zusammenhänge - aus den sich die Stabilität der Parteien, ihrer Inhalte und ihrer Organisationsstrukturen ergeben haben - müssten weiterhin überprüft werden. Hier wurden zwei Parteien mit unterschiedlichen Entwicklungen betrachtet und künftig könnten weitere Parteien mit ähnlicher Entwicklung untersucht werden, um festzustellen, ob die Faktoren sich ähnlich verhalten.

Zweitens wurde in dem vorliegenden Forschungskonzept der Wähler der Partei nicht betrachtet, jedoch sollte aus seiner Funktion hervorgehend die Untersuchung seiner Rolle künftig vollzogen werden. Der Wähler ist ein weiterer tragender Teil der Partei Umwelt und hat nicht nur beim Wandel, sondern auch für die Stabilität der Parteien eine signifikante Rolle.

Schließlich soll eine Analyse des Parteienwandels, aus vorliegenden Befunden hervorgehend, künftig prüfen, ob es Gemeinsamkeiten in der Entwicklung oder dem Wandel der liberalen Parteilfamilie Ostmitteleuropas gibt. Die Parteien, auch wenn sie gleichzeitig und aus ähnlichen Bedingungen entstanden sind und am Anfang ihres Wegs einer Parteilfamilie angehörten, haben ambivalente Entwicklungs- und Wandelwege eingeschlagen, sodass es nach einer umfassenden Analyse vielleicht obsolet wird, von *den* ostmitteleuropäischen Parteien zu sprechen.

Durch die vorliegende Analyse sind nicht nur Fragen entstanden, sondern auch ein kleiner Einblick in die Parteilandschaft der ostmitteleuropäischen Parteien und deren nun 25 jährigen Geschichte. Es bleibt zu hoffen, dass die Parteilforschung künftig noch mehr aus diesem geographischen Raum schöpfen kann.

LITERATURVERZEICHNIS

- Adams, James; Clarck, Michael; Erzow, Lawrence; Glasgow, Garrett (2004):
Understanding Change and Stability in Party Ideologies: Do Parties Respond to
Public Opinion or to Past Election Results? In: *British Journal of Political Science*
34, S. 589–610.
- Adrowitzer, Roland; Gelegs, Ernst (2013): *Schöne Grüße aus dem Orban-Land. Die
rechte Revolution in Ungarn.* Graz: Styria.
- Arter, David (1996): *Parties and democracy in the post-Soviet republics. The case of
Estonia.* Aldershot, Hants, England, Brookfield, Vt., USA: Dartmouth.
- Balázs, Magdolna; Enyedi, Zsolt (1996): *Hungarian Case Studies: The Alliance of Free
Democrats and the Alliance of Young Democrats.* In: Paul G. Lewis (Hg.): *Party
structure and organization in East-Central Europe.* Cheltenham, UK, Brookfield,
US: E. Elgar, S. 43–66.
- Batt, Judy (2007): *Defining Central and Eastern Europe.* In: Stephen White, Judy Batt und
Paul G. Lewis (Hg.): *Developments in Central and East European politics 4.*
Durham: Duke University Press, S. 1–20.
- Bayer, József (2003): *Zur Entwicklung der politischen Kultur in Ungarn.* In: Gábor
Erdődy (Hg.): *Transformationserfahrungen. Zur Entwicklung der politischen
Kultur in den EU-Kandidatenländern.* 1. Aufl. Baden-Baden [Germany]: Nomos
(32), S. 13–31.
- Bennich-Björkman, Li (2007): *The Cultural Roots of Estonia's Successful Transition:
How Historical Legacies Shaped the 1990s.* In: *East European Politics and
Societies* 21, S. 316–347.
- Berge, Benjamin von dem; Poguntke, Thomas (2013): *The influence of Europarties on
central and Eastern European partner parties: a theoretical and analytical model.*
In: *European Political Science Review* 5 (2), S. 311–334.
- Berge, Benjamin von dem; Poguntke, Thomas; Obert, Peter und Tipei, Diana (2013):
Measuring Intra-Party Democracy: A Guide for the Content Analysis of Party

- Statutes with Examples from Hungary, Slovakia and Romania. Heidelberg: Springer [SpringerBriefs].
- Berglund, Sten; Ekman Joakim; Deegan-Krause, Kevin; Knutsen, Terje (Hg.) (2013): The handbook of political change in Eastern Europe. 3. Aufl. Cheltenham, UK, Northampton, MA: Edward Elgar.
- Bernauer, Thomas (Hg.) (2009): Einführung in die Politikwissenschaft. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos.
- Beyme, Klaus von (2007): Party Leadership and Change in Party Systems. In: *Government and Opposition* 31 (2), S. 135–159.
- Beyme, Klaus von (2000): Parteien im Wandel. Von den Volksparteien zu den professionalisierten Wählerparteien. 1. Aufl. Wiesbaden: Westdt.-Verl.
- Beyme, Klaus von (1994): Systemwechsel in Osteuropa. 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp (1130).
- Beyme, Klaus von (1985): Political Parties in Western Democracies. Gowrath: Aldershot.
- Bielasiak, Jack (1997): Substance and Process in the Development of Party Systems in East Central Europe. In: *Communist and Past-Communist Studies* 30 (1), S. 23–44.
- Biezen, Ingrid van (2005): On the theory and practice of party formation and adaptation in new democracies. In: *European Journal of Political Research* 44 (1), S. 147–174.
- Biezen, Ingrid van (2003): Political parties in new democracies. Party organization in Southern and East-Central Europe. Basingstoke, New York: Palgrave Macmillan.
- Bille, Lars (1997): Leadership Change and Party Change. The Case of the Danish Social Democratic Party, 1960-95. In: *Party Politics* 3 (3), S. 379–390.
- Blank, Florian (2009): Innerparteiliche Demokratie. In: Uwe Andersen (Hg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. 6. Aufl. Wiesbaden: VS, Verl. für Sozialwiss., S. 285–288.
- Blondel, Jean (Hg.) (2010): Political leadership, parties and citizens. The personalisation of leadership. London, New York: Routledge (30).
- Bobbio, Norberto (1994): Rechts und Links. Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung. Berlin: Wagenbach (311).

- Bos, Ellen (Hg.) (2009): *Parlamentarismus in Osteuropa Entwicklungstendenzen zwei Jahrzehnte nach dem Systemwechsel*. [S.l.]: Budrich.
- Bos, Ellen; Segert, Dieter (Hg.) (2008): *Osteuropäische Demokratien als Trendsetter? Parteien und Parteiensysteme nach dem Ende des Übergangsjahrzehnts*. Opladen: Barbara Budrich.
- Bozóki, András (2011): *Autoritäre Versuchung. Die Krise der ungarischen Demokratie*. In: *Osteuropa* 61 (12), S. 65–89.
- Bozóki, András; Körösenyi, András; Schöpflin, George (Hg.) (1992): *Post-communist transition. Emerging pluralism in Hungary*. London, New York: Pinter Publishers; St. Martin's Press.
- Bozóki, András; Simon, Eszter (2008): *Formal Institutions and Informal Politics in Hungary*. In: Gerd Meyer (Hg.): *Formal institutions and informal politics in Central and Eastern Europe. Hungary, Poland, Russia and Ukraine*. 2nd rev. and updated ed. Opladen, Germany, Farmington Hills, MI: Barbara Budrich Publishers, S. 143–181.
- Budge, Ian (2001): *Validating Party Policy Placements*. In: *British Journal of Political Science* 31 (1), S. 210–223, zuletzt geprüft am 06.11.2013.
- Budge, Ian (1994): *A New Spatial Theory of Party Competition: Uncertainty, Ideology and Policy Equilibria Viewed Comparatively and Temporally*. In: *British Journal of Political Science* 24 (4), S. 443–467.
- Budge, Ian; Ezrow, Lawrence; McDonald, Michael (2010): *Ideology, Party Factionalism and Policy Change: An integrated dynamic theory*. In: *British Journal of Political Science* 40 (4), S. 781–804.
- Budge, Ian; Klingemann, Hans-Dieter (Hg.) (2001): *Mapping policy preferences*. Oxford [u.a.]: Oxford Univ. Press.
- Budge, Ian; Robertson, David; Hearl, Derek (Hg.) (2008): *Ideology, strategy and party change. Spatial analyses of post-war election programmes in 19 democracies*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Bugajski, Janusz (2002): *Political parties of Eastern Europe. A guide to politics in the post-Communist era*. Armonk, N.Y.: M.E. Sharpe.

- Bukow, Sebastian (2013): Die professionalisierte Mitgliederpartei. Politische Parteien zwischen institutionellen Erwartungen und organisationaler Wirklichkeit. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden; Imprint: Springer VS.
- Bukow, Sebastian; Poguntke, Thomas (2013): Innerparteiliche Organisation und Willensbildung. In: Oskar Niedermayer (Hg.): Handbuch Parteienforschung. Wiesbaden: Springer VS, S. 179–209.
- Butenschön, Marianna (1992): Estland, Lettland, Litauen. Das Baltikum auf dem langen Weg in die Freiheit. Originalausg. München: Piper.
- Cabada, Ladislav; Hloušek, Vít; Jurek, Petr (2014): Party systems in East Central Europe: Lexington Books.
- Chavance, Bernhard; Magnin, Eric (2000): National Trajectories of Post-Socialist Transformation: Is There a Convergence Towards Western Capitalisms? In: Michel Dobry (Hg.): Democratic and capitalist transitions in Eastern Europe. Lessons for the social sciences. Dordrecht, Boston: Kluwer Academic Publishers (55), S. 221–233.
- Daalder, Hans; Mair, Peter (Hg.) (1983): Western European Party Systems. Continuity and change. London: Sage.
- Dalos, György (1986): Archipel Gulasch. D. Entstehung d. demokrat. Opposition in Ungarn ; mit e. Dokumentenanh. Bremen: Ed. Temmen.
- Detterbeck, Klaus (2002): Der Wandel politischer Parteien in Westeuropa. Eine vergleichende Untersuchung von Organisationsstrukturen, politischer Rolle und Wettbewerbsverhalten von Grossparteien in Dänemark, Deutschland, Grossbritannien und der Schweiz, 1960-1999. Opladen: Leske + Budrich.
- Detterbeck, Klaus (2011): Parteien und Parteiensystem. Konstanz: UVK.
- Diamond, Larry Jay; Gunther, Richard (2001): Political parties and democracy. Baltimore, MD: Johns Hopkins University Press.
- Dieringer, Jürgen (2009): Das politische System der Republik Ungarn. Entstehung, Entwicklung, Europäisierung. Opladen: Barbara Budrich.
- Dieringer, Jürgen (2006): Die ungarischen Parlamentswahlen vom 9./23. April 2006. In: *Südosteuropa* 54 (2), S. 147–163.

- Dieringer, Jürgen; Öispuu, Jane (2008): Parteiensystementwicklung und Europäische Integration. In: Ellen Bos und Dieter Segert (Hg.): Osteuropäische Demokratien als Trendsetter? Parteien und Parteiensysteme nach dem Ende des Übergangsjahrzehnts. Opladen: Barbara Budrich, S. 55–74.
- Dieringer, Jürgen; Köröseny, András; Fodor, Gábor G. (2002): Das politische System Ungarns. In: Wolfgang Ismayr (Hg.): Die politischen Systeme Osteuropas. Das Politische System Ungarns. Opladen, S. 357–417.
- Downs, Anthony (1957): An Economic Theory of Political Action in a Democracy. In: *Journal of Political Economy* 65 (2), S. 135–150.
- Enyedi, Zsolt (2008): The Social and Attitudinal Basis of Political Parties: Cleavage Politics Revisited. In: *European Review* 16 (3), S. 287–304.
- Enyedi, Zsolt (2007): Stability in the Shadow of Chaos. The Hungarian Party System in 2006. In: Vít Hloušek und Roman Chytilék (Hg.): Parliamentary elections and party landscape in the Visegrád Group countries. 1st ed. Brno: CDK Democracy and Culture Studies Centre (v. no. 7), S. 116–135.
- Enyedi, Zsolt (2006a): Accounting for Organisation and Financing. A Comparison of Four Hungarian Parties. In: *Europe-Asia Studies* 58 (7), S. 1101–1117.
- Enyedi, Zsolt (2006b): The Survival of the Fittest: Party System Concentration in Hungary. In: Susanne Jungerstam-Mulders (Hg.): Post-communist EU member states. Parties and party systems. Aldershot, Burlington, VT: Ashgate.
- Enyedi, Zsolt; Linek, Lukás (2008): Searching for the right organization. Ideology and Party Structure in East-Central Europe. In: *Party Politics* 14 (4), S. 455–477.
- Enyedi Zsolt; Tóka, Gábor (2007): The Only Game in Town: Party Politics in Hungary. In: Paul Webb und Stephen White (Hg.): Party politics in new democracies. Oxford, New York: Oxford University Press, S. 147–179.
- Epstein, Leon D. (1972): Political parties in Western democracies. New York: Praeger.
- Esposito, Elena (2004): Die Verbindlichkeit des Vorübergehenden. Paradoxien der Mode. 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Evans, Geoffrey (2006): The Social Bases of Political Divisions in Post-Communist Eastern Europe. In: *Annual Review of Sociology* 32, S. 245–270.

- Evans, Geoffrey; Whitefield, Stephen (1995): Social and Ideological Cleavage Formation in Post-Communist Hungary. In: *Europe-Asia Studies* 47 (7), S. 1177–1204. Online verfügbar unter <http://www.jstor.org/stable/152592>, zuletzt geprüft am 14.04.2014.
- Fitzmaurice, John (2001): The parliamentary election in Estonia, March 1999. In: *Electoral Studies* 20, S. 141–146.
- Fitzmaurice, John (1993): The Estonian Elections of 1992. In: *Electoral Studies* 12 (2), S. 164–173.
- Fleck, Hans-Georg (2006): In Search of a Liberal Identity - Transition to democracy, Liberal Heritage, and Liberal Parties in Eastern Europe. In: *Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung/ Im Auftr. der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit*, S. 203–238.
- Frankland, E. Gene; Lucardie, Paul; Rihoux, Benoît (Hg.) (2008): Green parties in transition. The end of grass-roots democracy? Farnham, England, Burlington, VT: Ashgate.
- Franzmann, Simon (2012): Die liberale Parteifamilie. In: Uwe Jun (Hg.): Parteienfamilien - Identitätsbestimmend oder nur noch Etikett? Opladen: Barbara Budrich, S. 155–184.
- Franzmann, Simon (2010): Der Wandel der Ideologien: Die Transformation des Links-Rechts Gegensatzes in einen themenbasierten Parteienwettbewerb. Eine Analyse von Parteiensystemen auf der Basis von Wahlprogrammdateien. Köln: KUPS. Online verfügbar unter <http://kups.ub.uni-koeln.de/3033/>, zuletzt geprüft am 14.04.2014.
- Franzmann, Simon (2008): Programmatische Konvergenz innerhalb der westeuropäischen Parteifamilien? Ein Vergleich von christ- und sozialdemokratischen Parteien in Europa. In: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 37 (1), S. 79–98.
- Franzmann, Simon; Kaiser, André (2006): Locating Political Parties in Policy Space. A Reanalysis of Party Manifesto Data. In: *Party Politics* 12 (2), S. 163–188.

- Fricz, Tamás (1999): Hungary. In: Elizabeth Teague und Julie Smith (Hg.): Democracy in the new Europe. The politics of post-communism. London: Greycoat Press, S. 77–97.
- Gilly, Seraina (2002): Der Nationalstaat im Wandel. Estland im 20. Jahrhundert. Bern, New York: Lang.
- Gläser, Jochen; Laudel, Grit (2010): Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse. Als Instrumente rekonstruierender Untersuchungen. 4. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwiss.
- Grofman, Bernard; Mikkel, Evald; Taagepera, Rein (2000): Fission and Fusion of Parties in Estonia; 1987-1999. In: *Journal of Baltic Studies* 31 (4), S. 329–357.
- Grotz, Florian (2000): Politische Institutionen und post-sozialistische Parteiensysteme in Ostmitteleuropa. Polen, Ungarn, Tschechien und die Slowakei im Vergleich. Opladen: Leske + Budrich (Bd. 5).
- Gunther, Richard; Diamond, Larry Jay (2003): Species of Political Parties. A New Typology. In: *Party Politics* 9 (2), S. 167–199.
- Harmel, Robert (2002): Party Organizational Change: Competing Explanations? In: Kurt Richard Luther und Ferdinand Müller-Rommel (Hg.): Political parties in the new Europe. Political and analytical challenges. Oxford, UK, New York: Oxford University Press, S. 119–143.
- Harmel, Robert; Heo, Uk; Tan, Alexander; Janda, Kenneth (1995): Performance, Leadership, Factions and Party Change: An Empirical Analysis. In: *West European Politics* 18 (1), S. 1–33.
- Harmel, Robert; Janda, Kenneth (1994): An Integrated Theory of Party Goals and Party Change. In: *Journal of Theoretical Politics* 6 (3), S. 259–287.
- Harmel, Robert; Svåsand, Lars (1993): Party Leadership and Party Institutionalization. In: *West European Politics* 16 (2), S. 67–89.
- Harmel, Robert; Tan, Alexander C. (2003): Party Actors and party change: Does factional dominance matter? In: *European Journal of Political Research* 42, S. 409–424.

- Harmel, Robert; Tan, Alexander C.; Janda, Kenneth; Smith, Jason Matthew (1995, Chicago): Substance vs. Packaging: An Empirical Analysis of Parties' Issue Profiles. Annual Meeting of the American Political Science Association.
- Hatschikjan, Magarditsch A.; Weilemann, Peter (1994): Parteienlandschaften in Osteuropa. Politik, Parteien und Transformation in Ungarn, Polen, der Tschechoslowakei und Bulgarien, 1989-1992. Paderborn: F. Schöningh.
- Heffernan, Richard (2000): New Labour and Thatcherism. Political change in Britain. Basingstoke [etc.], New York, NY: Macmillan; St. Martin's.
- Henningsen, Bernd; Veen, Hans-Joachim (1994): Schweden, Norwegen, Finnland, Dänemark. Bernd Henningsen. Paderborn [u.a.]: Schöningh.
- Hilzinger, Marcel; Niederegger, Viviane (2000): Ungarn- zwischen Erwartung und Realität. In: Carsten Goehrke und Seraina Gilly (Hg.): Transformation und historisches Erbe in den Staaten des europäischen Ostens. Bern, New York: P. Lang (93), S. 123–173.
- Hloušek, Vít; Chytilík, Roman (Hg.) (2007): Parliamentary elections and party landscape in the Visegrád Group countries. 1st ed. Brno: CDK Democracy and Culture Studies Centre (v. no. 7).
- Hloušek, Vít; Kopeček, Lubomír (Hg.) (2010): Origin, ideology and transformation of political parties. East-Central and Western Europe compared. Burlington, VT: Ashgate.
- Holländer, Michael (2003): Konfliktlinien und Konfiguration der Parteiensysteme in Ostmitteleuropa 1988-2002. Norderstedt: Books on Demand.
- Ilonszki, Gabriella (1996): Parties and Parliamentary Parties in the Making: Hungary 1989-1996. Hg. v. Hungarian Center for Democracy Studies Foundation. Department on Political Science, Budapest University of Economics. Budapest (Budapest Papers on Democratic Transition).
- Ilonszki, Gabriella; Kurtán, Sándor (2010): Hungary. In: *European Journal of Political Research* 49, S. 1001–1008.
- Ilonszki, Gabriella; Kurtán, Sándor (2009): Hungary. In: *European Journal of Political Research* 48, S. 973–979.

- Ilonszki, Gabriella; Kurtán, Sándor (2008): Hungary. In: *European Journal of Political Research* 47, S. 998–1004.
- Ilonszki, Gabriella; Kurtán, Sándor (2007): Hungary. In: *European Journal of Political Research* 46, S. 966–973.
- Ilonszki, Gabriella; Kurtán, Sándor (2006): Hungary. In: *European Journal of Political Research* 45, S. 1120–1127.
- Ilonszki, Gabriella; Kurtán, Sándor (2005): Hungary. In: *European Journal of Political Research* 44, S. 1033–1040.
- Ilonszki, Gabriella; Kurtán, Sándor (2004): Hungary. In: *European Journal of Political Research* 43, S. 1018–1023.
- Ilonszki, Gabriella; Kurtán, Sándor (2003): Hungary. In: *European Journal of Political Research* 42, S. 967–974.
- Ilonszki, Gabriella; Kurtán, Sándor (2002): Hungary. In: *European Journal of Political Research* 41, S. 968–974.
- Ilonszki, Gabriella; Kurtán, Sándor (2000): Hungary. In: *European Journal of Political Research* 38, S. 402–407.
- Ilonszki, Gabriella; Kurtán, Sándor (1999): Hungary. In: *European Journal of Political Research* 36, S. 409–418.
- Ilonszki, Gabriella; Kurtán, Sándor (1998): Hungary. In: *European Journal of Political Research* 34, S. 413–422.
- Ilonszki, Gabriella; Kurtán, Sándor (1997): Hungary. In: *European Journal of Political Research* 32, S. 383–390.
- Ilonszki, Gabriella; Kurtán, Sándor (1996): Hungary. In: *European Journal of Political Research* 30, S. 359–365.
- Ilonszki, Gabriella; Kurtán, Sándor (1995): Hungary. In: *European Journal of Political Research* 28, S. 359–368.
- Ilonszki, Gabriella; Kurtán, Sándor (1994): Hungary. In: *European Journal of Political Research* 26, S. 319–325.

- Ilonszki, Gabriella; Kurtán, Sándor (1993): Hungary. In: *European Journal of Political Research* 24, S. 445.
- Ilonszki, Gabriella; Kurtán, Sándor (1992): Hungary. In: *European Journal of Political Research* 22, S. 421–427.
- Ismayr, Wolfgang (Hg.) (2010): *Die politischen Systeme Osteuropas*. 3., aktualisierte und erw. Aufl. Wiesbaden: VS, Verl. für Sozialwiss.
- Ismayr, Wolfgang (Hg.) (2002): *Die politischen Systeme Osteuropas. Das Politische System Ungarns*. Opladen.
- Janda, Kenneth (1980): *Political parties. A cross-national survey*. New York, London: Free Press; Collier Macmillan.
- Janda, Kenneth; Harmel, Robert; Edens, Christine; Goff, Patricia (1995): Changes in Party Identity. Evidence from Party Manifestos. In: *Party Politics* 1 (2), S. 171–196, zuletzt geprüft am 01.11.2013.
- Jörs, Inka (2006): *Postsozialistische Parteien. Polnische SLD und ostdeutsche PDS im Vergleich*. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Karasimeonov, Georgi M. (2005): *Organizational structures and internal party democracy in South Eastern Europe*. Sofia: Gorex-Press.
- Kasekamp, Andres (2003): Transformation of Estonian Political Culture. In: Gábor Erdődy (Hg.): *Transformationserfahrungen. Zur Entwicklung der politischen Kultur in den EU-Kandidatenländern*. 1. Aufl. Baden-Baden [Germany]: Nomos (32), S. 97–109.
- Katz, Richard S.; Mair, Peter (1995): Changing Models of Party Organization and Party Democracy. The Emergence of the Cartel Party. In: *Party Politics* 1 (1), S. 5–28.
- Katz, Richard S.; Mair, Peter (Hg.) (1994): *How parties organize. Change and adaptation in party organizations in west democracies*. London, Thousand Oaks, New Delhi: Sage.
- Kéri, László; Levendel, Ádám (1995): The First Three Years of a Multy-party System in Hungary. In: Gordon Wightman (Hg.): *Party formation in East-Central Europe // Party formation in East--Central Europe. Post-communist politics in Czechoslovakia, Hungary, Poland and Bulgaria: Conference Papers // Post-*

- communist politics in Czechoslovakia, Hungary, Poland, and Bulgaria. Aldershot: Elgar; Brookfield, Vt., USA; E. Elgar, S. 134–154.
- Kirchheimer, Otto (1965): Der Wandel des westdeutschen Parteiensystems. In: *Politische Vierteljahresschrift* 6, S. 20–41.
- Kirchner, Emil Joseph (1988): Liberal Parties in Western Europe. Cambridge [England], New York: Cambridge University Press.
- Kiszelly, Zoltán (2011): Laboratorium der Politik – Ungarns Parteien und ihre Wähler. In: *Osteuropa* 61 (12), S. 167–177, zuletzt geprüft am 17.04.2012.
- Kitschelt, Herbert (1999): Post-communist party systems. Competition, representation, and inter-party cooperation. Cambridge, New York: Cambridge University Press.
- Kitschelt, Herbert (1994): The transformation of European social democracy. Cambridge, New York: Cambridge University Press.
- Klimó, Árpád von (2006): Ungarn seit 1945. [mit 16 Tabellen]. Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht; Vandenhoeck & Ruprecht (2 // 2855).
- Klingemann, Hans-Dieter; Volkens, Andrea; Bara, Judith; Budge, Ian; McDonald, Michael (Hg.) (2006): Mapping policy preferences. 1. publ. Oxford [u.a.]: Oxford Univ. Press (; 2).
- Kochanowicz, Jacek (1997): Frustration of the Liberals. In: *East European Politics and Societies* 12, S. 132–144.
- Kopecký, Petr (1995): Developing Party Organizations in East-Central Europe. In: *Party Politics* 1 (4), S. 515–534, zuletzt geprüft am 10.12.2013.
- Korkut, Umut (2012): Liberalization Challenges in Hungary. Elitism, Progressivism, and Populism: Palgrave Macmillan.
- Körösényi, András (1999a): Government and politics in Hungary. Budapest, Hungary, New York, [Budapest]: CEU Press; Osiris.
- Körösényi, András (1999b): Government and Politics in Hungary. Budapest: Osiris.
- Körösényi, András (1999c): The Mainstream of Hungarian Political Thinking 1989-1995. In: Zsolt Spéder und Rudolf Andorka (Hg.): Hungary in flux. Society, politics and transformation. Hamburg: Krämer, S. 151–183.

- Körösény, Andras (1990): Hungary. In: *Electoral Studies* 9 (4), S. 337–345.
- Körösény, Andras; Fodor, Gábor G.; Dieringer, Jürgen (2010): Das politische System Ungarns. In: Wolfgang Ismayr (Hg.): *Die politischen Systeme Osteuropas*. 3., aktualisierte und erw. Aufl. Wiesbaden: VS, Verl. für Sozialwiss, S. 357–417.
- Körösény, András; Tóth, Csaba; Török, Gábor; Sándor, Péter (Hg.) (2009): *The Hungarian political system*. 1. ed. Budapest: Hungarian Center for Democracy Studies Foundation (1).
- Kreuzer, Marcus; Pettai, Vello (1998): Party Politics in the Baltic States: Social Base and Institutional Context. In: *East European Politics and Societies* 13, S. 148–189.
Online verfügbar unter <http://eep.sagepub.com/content/13/1/148.full.pdf+html>, zuletzt geprüft am 31.08.2012.
- Krouwel, André (2012): *Party transformations in European democracies*. Albany: State University of New York Press.
- Kulik, Anatoly; Pshizova, Susanna (Hg.) (2005): *Political parties in post-Soviet space. Russia, Belarus, Ukraine, Moldova, and the Baltics*. Westport, Conn: Praeger.
- Laagerspetz, Mikko; Maier, Konrad (2010): Das politische System Estlands. In: Wolfgang Ismayr (Hg.): *Die politischen Systeme Osteuropas*. 3., aktualisierte und erw. Aufl. Wiesbaden: VS, Verl. für Sozialwiss, S. 79–99.
- Laagerspetz, Mikko; Vogt, Henri (2013): Estonia. In: Sten Berglund, Ekman Joakim, Kevin Deegan-Krause und Terje Knutsen (Hg.): *The handbook of political change in Eastern Europe*. 3. Aufl. Cheltenham. UK, Northampton, MA: Edward Elgar, S. 51–85.
- Laagerspetz, Mikko; Vogt, Henri (1998): Estonia. In: Sten Berglund, Tomas Hellén und Frank H. Aarebrot (Hg.): *The Handbook of political change in Eastern Europe // The handbook of political change in Eastern Europe*. Cheltenham, Northampton, MA: Cheltenham; E. Elgar, S. 55–89.
- Ladner, Andreas (©2004): *Stabilität und Wandel von Parteien und Parteiensystemen. Eine vergleichende Analyse von Konfliktlinien, Parteien und Parteiensystemen in den Schweizer Kantonen*. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Ladner, Andreas; Brändle, Michael (2001): Die Schweizer Parteien im Wandel. Von Mitgliederparteien zu professionalisierten Wählerorganisationen? Zürich: Seismo.
- Lánczi, Tamás (2005): Why Fidesz Lost: A Successful Government and Unsuccessful Party. In: Peter Ucen und Jan Erik Surochak (Hg.): Why We Lost. Bratislava, S. 31–50.
- Landshut, Siegfried (Hg.) Maurice Duverger (1959): Die politischen Parteien. Hamburg: J.C.B. Mohr (P. Siebeck).
- Lauristin, Marju (1997): Contexts of Transition. In: Karl Erik Rosengren, Marju Lauristin und Peeter Vihalemm (Hg.): Return to the Western world. Cultural and political perspectives on the Estonian post-Communist transition. Tartu, Estonia: Tartu University Press, S. 25–40.
- Lauristin, Marju; Vihalemm, Peeter (2009): The Political Agenda During Different Periods of Estonian Transformation: External and Internal Factors. In: *Baltic Studies* 40 (1), S. 1–28.
- Laver, Michael (1989): Party Competition and Party System Change. The Interaction of Coalition Bargaining and Electoral Competition. In: *Journal of Theoretical Politics* 1 (3), S. 301–324.
- Lewis, Paul G. (2006): The EU and Party Politics in Central and Eastern Europe: Questions and Issues. In: Paul G. Lewis und Zdenka Mansfeldová (Hg.): The European Union and party politics in Central and Eastern Europe. Basingstoke [England], New York: Palgrave Macmillan, S. 1–20.
- Lewis, Paul G.; Mansfeldová, Zdenka (Hg.) (2006): The European Union and party politics in Central and Eastern Europe. Basingstoke [England], New York: Palgrave Macmillan.
- Linhart, Eric; Shikano, Susumu (2007): Die Generierung von Parteipositionen aus vorverschlüsselten Wahlprogrammen für die Bundesrepublik Deutschland (1949-2002). In: *Arbeitspapiere - Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung* (98).

- Lipset, Seymour Martin; Rokkan, Stein (1990): Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments. In: Peter Mair (Hg.): The West European party system. Oxford [England], New York: Oxford University Press, S. 91–138.
- Lucius, Robert von (2011): Drei baltische Wege. Litauen, Lettland, Estland - zerrieben und auferstanden. 1. Aufl. Halle (Saale): Mitteldeutscher Verlag.
- Luther, Kurt Richard; Müller-Rommel, Ferdinand (Hg.) (2002): Political parties in the new Europe. Political and analytical challenges. Oxford, UK, New York: Oxford University Press.
- Machos, Csilla (2003): Parteien in Ungarn. Organisationsstrukturen und Funktionsverständnis. Berlin: Berliner Debatte.
- Madarriaga, Aldo (2013): Mechanisms of Institutional Continuity in Neoliberal "Success Stories": Developmental Regimes in Chile and Estonia. MPIfG Discussion Paper 13/10, Köln. Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln.
- Mair, Peter (2007): Left-Right Orientations. In: Russell J. Dalton und Hans-Dieter Klingemann (Hg.): Oxford handbook of political behavior. Oxford, New York: Oxford University Press, S. 206–222.
- Mair, Peter (2000): The Limited Impact of Europe in National Party Systems. In: *West European Politics* 23, S. 27–51.
- Mair, Peter (1997): Party system change. Approaches and interpretations. Oxford, New York: Clarendon Press; Oxford University Press.
- Mair, Peter (Hg.) (1990): The West European party system. Oxford [England], New York: Oxford University Press.
- Mair, Peter (1989): Continuity, Change and the Vulnerability of Party. In: *West European Politics* 12 (4), S. 169–186.
- Mayring, Philipp (2010): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. 11., aktual., überarb. Aufl. Weinheim: Beltz.
- Merkel, Wolfgang (2010): Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. 2. Aufl. Wiesbaden: VS, Verl. für Sozialwiss.

- Merz, Nicolas; Regel, Sven (2013): Die Programmatik der Parteien. In: Oskar Niedermayer (Hg.): Handbuch Parteienforschung. Wiesbaden: Springer VS.
- Meuser, Michael; Nagel, Ulrike (2009): Das Experteninterview - konzeptionelle Grundlagen und methodische Anlage. In: Hans-Joachim Lauth, Gert Pickel und Susanne Pickel (Hg.): Methoden der vergleichenden Politik- und Sozialwissenschaft. Neue Entwicklungen und Anwendungen. 1 // 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 465–477.
- Michels, Robert (1970): Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie : Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens. Neudr. d. 2. Aufl. Stuttgart: Kröner.
- Michels, Robert (1925): Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens. 2. Auflage. Stuttgart: Alfred Kröner Verlag.
- Mikkel, Evald (2006): Patterns of Party Formation in Estonia: Consolidation Unaccomplished. In: Susanne Jungerstam-Mulders (Hg.): Post-communist EU member states. Parties and party systems. Aldershot, Burlington, VT: Ashgate, S. 23–51.
- Mölder, Martin (2012): Eesti Erakondade valimisprogrammide iseloomustus 1999-2011. In: Rein Toomla (Hg.): Riigikogu valimised 2011. Tartu: Tartu Ülikooli Kirjastus, S. 74–114.
- Müller, Jan-Werner (2013): Wo Europa endet. Ungarn, Brüssel und der Schutz der Demokratie. 1. Aufl. Berlin: Suhrkamp.
- Müller-Rommel, Ferdinand; Poguntke, Thomas (Hg.) (2002): Green parties in national governments. London, Portland, OR: F. Cass.
- Niedermayer, Oskar; Stöss, Richard (1993): Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Nitschke, Peter (2012): Einführung in die Politikwissenschaft. 1. Aufl. Darmstadt: WBG.
- Norgaard, Ole; Hindsgaul, Dan (1996): The Baltic states after independence // The Baltic states after independence. 2. Aufl. Cheltenham, UK, Northampton, MA: Edward Elgar Pub.; Elgar.

- Norkus, Zenonas (2007): Why did Estonia Perform the Best? The North-South Gap in the Post-Socialist Economic Transition of the Baltic States. In: *Journal of Baltic Studies* 38 (1), S. 21–42.
- Norris, P. (2006): Recruitment. In: Richard S. Katz und William J. Crotty (Hg.): *Handbook of party politics*. London, Thousand Oaks, Calif: Sage, S. 89–108.
- Õispuu, Jane (2006): Die Europäischen Parteien: Zwischen Erweiterung und Selbstbehauptung. In: *Integration* 29 (1), S. 69–74.
- Oltay, Edith (2014): Der Weg des Fidesz zur größten ungarischen Mitte-Rechts-Partei. In: Ellen Bos (Hg.): *Konservativismus im 21. Jahrhundert. Liebe zu alten Lastern oder Angst vor neuen Fehlern?* 1 // 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos (Andrássy-Studien zur Europaforschung, 11 // Bd. 11), S. 179–203.
- Oltay, Edith (2003): Hungary's Largest Right-Wing Party Transforms into an Alliance. In: *Südosteuropa* 52 (4-6), S. 229–251.
- Oltay, Edith (1995): Government and Parties in Hungary (1990-1994). In: *Südosteuropa* 44 (11-12), S. 746–761.
- Oschlies, Johannes Nikolaus (2013): In welcher Art Demokratie wollen wir leben? Normative Einstellungen von Bürgern und politischen Eliten in Estland und Ostdeutschland. Berlin, Münster: Lit (Gesellschaftliche Transformationen, 19).
- Pállinger, Zoltán Tibor (2008): Zwischen Polarisierung und Professionalisierung: Entwicklungslinien der politischen Elite Ungarns. In: *Südosteuropa* 56 (2), S. 200–221.
- Palonen, Emilia (2009): Political Polarisation and Populism in Contemporary Hungary. In: *Parliamentary Affairs* 62 (2), S. 318–334.
- Panebianco, Angelo (1988): *Political parties. Organization and power*. Cambridge, [England], New York: Cambridge University Press.
- Pappi, Franz Urban und Shikano Susumu (Nr. 76, 2004): *Ideologische Signale in den Wahlprogrammen der deutschen Bundestagsparteien 1980 bis 2002*. Arbeitspapiere - Working Papers, Mannheim. Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung, zuletzt geprüft am 09.09.2013.

- Pedersen Mogens N. (1982): Towards a new Typology of Party Lifespans and Minor Parties. In: *Scandinavian Political Studies* (1), S. 1–16.
- Pennings, Paul; Keman, Hans; Kleinnijenhuis, Jan (Hg.) (2006): Doing research in political science. 2. Aufl. London: Sage.
- Pettai, Vello (2012): Elections in Estonia, 1990-1992: Transitional and Founding. Edition Sigma.
- Pettai, Vello (2010): Estonia. In: *European Journal of Political Research* 49, S. 955–963.
- Pettai, Vello (2009): Estonia. In: *European Journal of Political Research* 48, S. 951–955.
- Pettai, Vello (2008): Estonia. In: *European Journal of Political Research* 47, S. 962–968.
- Pettai, Vello (2007): Estonia. In: *European Journal of Political Research* 46, S. 943–948.
- Pettai, Vello (2006): Estonia. In: *European Journal of Political Research* 45, S. 1094–1100.
- Pettai, Vello (2005): Estonia. In: *European Journal of Political Research* 44, S. 1002–1007.
- Pettai, Vello (2004a): The parliamentary elections in Estonia, March 2003. In: *Electoral Studies* 23, S. 828–834.
- Pettai, Vello (2004b): Estonia. In: *European Journal of Political Research* 43, S. 993–999.
- Pettai, Vello (2003a): Estonia. In: *European Journal of Political Research* 42, S. 935–939.
- Pettai, Vello (Hg.) (2003b): Lithuania, Estonia and Latvia. Manchester [u.a.]: Manchester Univ. Press [u.a.].
- Pettai, Vello (2002): Estonia. In: *European Journal of Political Research* 41, S. 947–951.
- Pettai, Vello (1999): The Baltic States. In: Elizabeth Teague und Julie Smith (Hg.): Democracy in the new Europe. The politics of post-communism. London: Greycoat Press, S. 123–154.
- Pettai, Vello; Hallik, Klara (2002): Understanding processes of ethnic control: segmentation, dependency and co-option in post-communist Estonia. In: *Nations and Nationalism* 8 (4), S. 505–529.
- Pettai, Vello; Kreuzer, Marcus (2001): Institutions and Party Development in the Baltic States. In: Paul G. Lewis (Hg.): Party development and democratic change in post-Communist Europe. The first decade. London, Portland, OR: Frank Cass, S. 107–126.

- Pickel, Gert; Pickel, Susanne (2009): Qualitative Interviews als verfahren des Ländervergleichs. In: Hans-Joachim Lauth, Gert Pickel und Susanne Pickel (Hg.): Methoden der vergleichenden Politik- und Sozialwissenschaft. Neue Entwicklungen und Anwendungen. 1 // 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 441–646.
- Poguntke, Thomas (2002): Party Organizational Linkage: Parties without Firm Social Roots? In: Kurt Richard Luther und Ferdinand Müller-Rommel (Hg.): Political parties in the new Europe. Political and analytical challenges. Oxford, UK, New York: Oxford University Press.
- Poguntke, Thomas (2001): Parteiorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland: Einheit in der Vielfalt? Keele European Parties Research Unit (KEPRU) Working Paper 3. Online verfügbar unter <http://www.keele.ac.uk/media/keeleuniversity/group/kepru/KEPRU%20WP%203.pdf>, zuletzt geprüft am 20.10.2014.
- Poguntke, Thomas (2000): Parteiorganisation im Wandel. Gesellschaftliche Verankerung und organisatorische Anpassung im europäischen Vergleich. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Poguntke, Thomas (1998): Party Organisations. In: Jan W. van Deth (Hg.): Comparative politics. The problem of equivalence. London, New York: Routledge (6), S. 156–180.
- Poguntke, Thomas (1997): Parteiorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland: Einheit in der Vielfalt? In: Gabriel, Oscar W. Gabriel, Oskar Niedermayer und Richard Stöss (Hg.): Parteiendemokratie in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 257–276.
- Poguntke, Thomas (1993): Alternative Politics. The German Green Party. Edinburgh: Edinburgh University Press.
- Przeworski, Adam; Teune, Henry (1970): The logic of comparative social inquiry. New York: Wiley-Interscience.
- Racz, Barnabas; Kukorelli, Istvan (1995): The 'second-generation' post-communist elections in Hungary in 1994. In: *Europe-Asia Studies* 47 (2), S. 251–280.

- Rathbun, Brian C. (2008): Interviewing and Qualitative Field Methods: Pragmatism and Practicalities. In: Janet M. Box-Steffensmeier (Hg.): The Oxford handbook of political methodology. 1. publ. Oxford u.a: Oxford University Press, S. 685–701.
- Reetz, Axel (2008): Baltische Staaten: Politiker als Fixpunkte und verschiedene Varianten von parteipolitischer Fluidität. In: Ellen Bos und Dieter Segert (Hg.): Osteuropäische Demokratien als Trendsetter? Parteien und Parteiensysteme nach dem Ende des Übergangsjahrzehnts. Opladen: Barbara Budrich, S. 229–253.
- Reetz, Axel (2004): Die Entwicklung der Parteiensysteme in den baltischen Staaten. Von Beginn des Mehrparteiensystems 1988 bis zu den dritten Wahlen. Wittenbach/SG: Verlag Wilhelm Surbir.
- Rohlfing, Ingo (2009): Vergleichende Fallanalysen. In: Hans-Joachim Lauth, Gert Pickel und Susanne Pickel (Hg.): Methoden der vergleichenden Politik- und Sozialwissenschaft. Neue Entwicklungen und Anwendungen. 1 // 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 133–153.
- Rossner, Sebastian (2014): Parteiausschluss, Parteiordnungsmassnahmen und innerparteiliche Demokratie. Zu Voraussetzungen, Verfahren, Grenzen und Rechtsschutz. 1. Aufl (Band 45).
- Saalfeld, Thomas (2007): Parteien und Wahlen. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos.
- Sartori, Giovanni (2005): Parties and party systems. A framework for analysis. Cambridge [England], New York: Cambridge University Press; ECPR.
- Scarrow, Susan (2005): Political parties and democracy in theoretical and practical perspectives. Implementing intra-party democracy. National Democratic Institute for International Affairs. Online verfügbar unter https://www.ndi.org/files/1951_polpart_scarrow_110105.pdf, zuletzt geprüft am 10.10.2014.
- Scarrow, Susan (2003): Political Parties and Democracy in Theoretical and Practical Perspective. Implementing Intra-Party Democracy. Online verfügbar unter https://www.ndi.org/files/1951_polpart_scarrow_110105.pdf, zuletzt geprüft am 20.10.2014.
- Schmid, Josef; Zolleis, Udo (Hg.) (2005): Zwischen Anarchie und Strategie. Der Erfolg von Parteiorganisationen. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Schmidt-Schweizer, Andreas (2007): Politische Geschichte Ungarns von 1985 bis 2002. Von der liberalisierten Einparteienherrschaft zur Demokratie in der Konsolidierungsphase. München: R. Oldenbourg.
- Schmidt-Schweizer, Andreas (2001): Ungarns Parteien und die Parlamentswahlen vom April 2002. In: *Südosteuropa* 50 (10-12), S. 510–536.
- Schönherr-Mann, Hans-Martin (2000): Politischer Liberalismus in der Postmoderne. Zivilgesellschaft, Individualisierung, Popkultur. München: Fink.
- Schöpflin, George (1991): Obstacles to Liberalism in Post-Communist Polities. In: *East European Politics and Societies* 5 (1), S. 189–194.
- Schumacher, Gijs; De Vris, Catherine E.; Vis, Barbara (2013): Why Do Parties Change Position? Party Organization and Environmental Incentives. In: *The Journal of Politics* 75 (2), S. 464–477.
- Segert, Dieter (2008): Parteien und Transformation in Europa nach dem Ende des Übergangsjahrhunderts. In: Ellen Bos und Dieter Segert (Hg.): Osteuropäische Demokratien als Trendsetter? Parteien und Parteiensysteme nach dem Ende des Übergangsjahrzehnts. Opladen: Barbara Budrich, S. 11–33.
- Segert, Dieter (Hg.) (1996): Spätsozialismus und Parteienbildung in Osteuropa nach 1989. 1. Aufl. Berlin: Berliner Debatte Wissenschaftsverlag.
- Segert, Dieter; Machos, Csilla (1995): Parteien in Osteuropa. Kontext und Akteure. Opladen: Westdt. Verl.
- Segert, Dieter; Stöss, Richard; Niedermayer, Oskar (Hg.) (op. 1997): Parteiensystem in postkommunistischen Gesellschaften Osteuropas. Opladen: Westdeutscher Verl.
- Sikk, Allan (2012): Estonia. In: *European Journal of Political Research* 51, S. 90–95.
- Sikk, Allan (2011a): Estonia. In: *European Journal of Political Research* 50, S. 960–964.
- Sikk, Allan (2011b): Force Mineure? The Effects of the EU on Party Politics in a Small Country: The Case of Estonia. In: Timothy Haughton (Hg.): Party politics in Central and Eastern Europe. Does EU membership matter? London: Routledge, S. 56–79.

- Sikk, Allan (2006): From private organizations to democratic infrastructure: Political parties and the state in Estonia. In: *Journal of Communist Studies and Transition Politics* 22 (3), S. 341–361.
- Solvak, Mihkel; Pettai, Vello (2008): The parliamentary elections in Estonia, March 2007. In: *Electoral Studies* 27, S. 547–577.
- Somer-Topcu, Zeynep (2009): Timely Decisions: The Effects of Past National Elections on Party Policy Change. In: *The Journal of Politics* Vol. 71 (1), S. 238–248.
- Strom, Kaare (1990): A Behavioral Theory of Competitive Political Parties. In: *American Journal of Political Science* 34 (2), S. 565–598.
- Szabó, Ferenc A. (1998): Parlamentswahlen in Ungarn 1998. Parteien, Eliten und Gesellschaft im Spiegel der Wahlergebnisse. Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln. Köln.
- Szczerbiak, Aleks; Taggart, Paul A. (Hg.) (2008): *Opposing Europe? The comparative party politics of euroscepticism*. Oxford, New York: Oxford University Press.
- Taagepera, Rein: *Estonian Parliamentary Elections, March 1995*.
- Taagepera, Rein (1990): The Baltic States. In: *Electoral Studies* 9 (4), S. 303–311.
- Tavits, Margit (2013): *Post-communist democracies and party organization*: Cambridge University Press.
- Tavits, Margit (2012): Party organizational strength and party unity in post-communist Europe. In: *European Political Science Review* 4 (3), S. 409–431.
- Tavits, Margit (2008): Policy Positions, Issue Importance, and Party Competition in New Democracies. In: *Comparative Political Studies* 41 (48), S. 48–72.
- Tavits, Margit; Letki, Natalia (2009): When Left Is Right: Party Ideology and Policy in Post-Communist Europe. In: *Annual Political Science Review* 103, S. 555–569.
- Taylor, Charles Lewis (1992): *Parties in Search of Cleavage Elite-mass Linkages in Hungary*. Hg. v. Department on Political Science, Budapest University of Economics. Hungarian Center for Democracy Studies Foundation. Budapest (Budapest Papers on Democratic Transition).
- Tökés, Rudolf L. (1997): Party politics and political participation in postcommunist Hungary. In: Karen Dawisha und Bruce Parrott (Hg.): *Democratization and*

- authoritarianism in postcommunist societies. Cambridge, U.K, New York, NY, USA: Cambridge University Press, S. 109–150.
- Toomla, Rein (2011): Eesti Erakonnad 2000-2010. Tartu: Tartu Ülikooli Kirjastus.
- Toomla, Rein (2005): Political Parties in Estonia. In: Anatoly Kulik und Susanna Pshizova (Hg.): Political parties in post-Soviet space. Russia, Belarus, Ukraine, Moldova, and the Baltics. Westport, Conn: Praeger, S. 137–161.
- Toomla, Rein (1999a): Eesti erakonnad. Tallinn: Eesti Entsüklopeediakirjastus.
- Toomla, Rein (Hg.) (1999b): Riigikogu valimised 1999. Tartu: Tartu Ülikooli Kirjastus (2).
- Uibopuu, Henn-Jüri; Urdze, Andrejs (1997 (Berichte / BIOst 46-1997)): Die Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit in Estland und Lettland - Dealing with the communist past in Estonia and Latvia. In: *Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien* (46).
- Uitz, Renata (2010): Hungary. High hopes revisited. In: Leonardo Morlino und Wojciech Sadurski (Hg.): Democratization and the European Union. Comparing Central and Eastern European post-Communist countries. London, New York: Routledge (33), S. 45–69.
- Várnagy, Réka (2011): Hungary. In: *European Journal of Political Research* 50, S. 991–998.
- Veen, Hans-Joachim; Henningsen, Bernd; Eysell, Maria (Hg.) (op. 1994): Christlich-demokratische und konservative Parteien in Westeuropa. Paderborn: Schöningh.
- Veen, H-J (Hg.) (1983): Christlich-demokratische und konservative Parteien in Westeuropa 1. Paderborn: Ferdinand Schöningh.
- Vetter, Reinhold (2002): Der Trend zum Sieger - Die Mehrheit der ungarischen Wähler setzt für vier Jahre auf sozialliberale Politik. In: *Südosteuropa* 51 (4-6), S. 183–199.
- Vogt, Henri (2005): Between Utopia and disillusionment. A narrative of the political transformation in Eastern Europe. New York: Berghahn Books.
- Volgens, Andrea; Klingemann, Hans-Dieter (2002): Parties, Ideologies, and Issues. Stability and Change in Fifteen European Party Systems 1945-1998. In: Kurt

Richard Luther und Ferdinand Müller-Rommel (Hg.): Political parties in the new Europe. Political and analytical challenges. Oxford, UK, New York: Oxford University Press.

Ware, Alan (1996): Political parties and party systems. Oxford,, New York: Oxford University Press.

Wehling, Hans-Georg; Schultze, Rainer-Olaf (1983): Westeuropas Parteiensysteme im Wandel. Stuttgart: W. Kohlhammer.

Wiesendahl, Elmar (2010): Der Organisationswandel politischer Parteien. Organisations- und wandlungstheoretische Grundlagen. In: Uwe Jun (Hg.): Parteien als fragmentierte Organisationen. Erfolgsbedingungen und Veränderungsprozesse. Opladen [u.a.]: Budrich, Barbara, S. 35–65.

INTERNETQUELLEN

Codebuch des Manifestos Project: https://manifestoproject.wzb.eu/coding_schemes/1 (zuletzt aufgerufen am 18.3.2015).

Fidesz: www.fidesz.hu (letzter Zugriff am 19.02.2014).

Kodierte Wahlprogramme der Parteien Reformierakond und Fidesz: <https://manifestoproject.wzb.eu> (Letzter Zugriff am 19.02. 2014).

Reformierakond: www.reform.ee (letzter Zugriff am 19.02.2014).

Wahlprogramme der Reformierakond: https://web.archive.org/web/*/reform.ee (letzter Zugiff am 03.02.2014).

INHALTSVREZEICHNIS

ANHANG 1: SYNOPSIS DER WAHLPROGRAMME

1.) INDIVIDUALISMUS	3
a.) Die Rolle des Individuums	3
2.) STAAT UND DEMOKRATIE	3
a.) Rolle des Staates	3
b.) Demokratie	8
c.) Zivilinitiativen	9
d.) Zentralisierung vs. Dezentralisierung	9
3.) UMWELT	12
a.) Umweltschutz	12
b.) Energie	14
c.) Landwirtschaft	16
d.) Verkehr und Infrastruktur	18
4.) WIRTSCHAFT	20
a.) Mitbestimmung	20
b.) Privateigentum	20
c.) Marktwirtschaft	22
d.) Arbeitsverhältnisse	26
5.) SOZIALPOLITIK	29
a.) Familie	29
b.) Sozialsystem	32
c.) Gesundheitswesen	35
d.) Bildung	38
6.) KULTUR UND NATION	43
a.) Kultur	43
b.) Sprache	46
c.) Nation	47
d.) Minderheiten	48
7.) INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN UND SICHERHEIT	51
a.) Europäische Union	51
b.) Nachbarschaftspolitik	53
c.) Sicherheitspolitik	54
ANHANG 2: LEITFADEN DER EXPERTENINTERVIEWS	58
ANHANG 3: LISTE DER GEFÜHRTEN INTERVIEWS	61

ANHANG 1: Synopsis der Wahlprogramme

LISTE DER PARTEIEN UND IHRER WAHLPROGRAMME

Eesti Liberaaldemokraatlik Partei (ELDP):

1992: Vabastame Eesti nõukogude korra jäänustest meis enestes ja meie ümber

Reformierakond (REFORM):

1995: Extended Electoral Platform

1999: Tugev majandus, kindel tulevik

2003: Eesti Reformierakonna platvorm Riigikogu valimisteks 2003. aastal

2007: Parem Eesti kõigile

2011: Võid kidel olla

Fiatal Demokraták Szövetsége (Fidesz):

1990: Summary of the programme accepted on the second congress of the League of Young Democrats (FIDESZ)

1994: Electoral Programme

1998: Van más választás: Polgári Magyarország

2002: A jövő elkezdődött – Választási program 2002

2006: Hajrá, Magyarország! A Cselekvő Nemzet Programja

2010: Nemzeti Ügyek Politikája

1.) INDIVIDUALISMUS

a.) die Rolle des Individuums

ELDP 1992:

*Individuum ist frei und trägt Verantwortung (Inimese vabadused, S.2); *die Rechte von dem Individuum müssen im Grundgesetz verankert werden (Inimese vabadused, S.3), *Grundrechte für Individuum: Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, etc. (Demokraatia. Õigusriik, S.4).

REFORM 1999:

*Unantastbarkeit des Privatlebens (Kaistud ja turvaline kodu, S.2).

REFORM 2011:

*Transparenz und Verständlichkeit des Rechtssystems für den Bürger (Minu Eesti on minu kindlus, S.41); *Schutz der Grundrechte und der Privatsphäre des Individuums (Minu Eesti on minu kindlus, S.41) *Schutz der persönlichen Daten bei der Benutzung der E-Dienstleistungen des Staates(E-Riigist I-Riigiks, S.64-65).

FIDESZ 1990:

*Aufgabe des Bürgers ist es die Gesetze des Staates zu respektieren (Nation, Minorities, National Policy, S.13)

FIDESZ 1994:

*Aufgabe des Staates ist es Freiheit des Individuums im Rahmen der Sicherheit zu gewährleisten (I, Freedom and Security, S.4); *Individuen in Ungarn sollen überall gleiche Chancen besitzen und nach Fähigkeiten behandelt werden (Security for the Citizen, S.6); *Ungarn legt Wert auf Bürger die bereit sind Verantwortung für ihre eigene Zukunft zu tragen (Property for the free People, S.9).

2.) STAAT UND DEMOKRATIE

a.) Rolle des Staates:

ELDP 1992:

*Staat muss ein Garant menschlicher Freiheiten sein (Inimese vabadused, S.3); *Keine staatliche Einmischung in das Leben des Bürgers (ebd.); *Rechtsstaat (Demokraatia.

Õigusriik, S.3), *Staat muss Parteien finanzieren (Demokraatia. Õigusriik, S.4); *offene Gesellschaft (Avatud ühiskond, S.17).

REFORM 1995:

*Staat mit konstitutioneller Demokratie und Gewaltenteilung kann persönliche Freiheiten garantieren (Estonian State, S.1); *Umstrukturierung der staatlichen Institutionen nach Funktionalität (Reform in the Governing System of the State, S.3); *minimale staatliche Einmischung in das Wirtschaftssystem (Economy, S.4).

REFORM 1999:

*Staat für Bürger (Kodanike Riik, S.5).

REFORM 2003:

*Bürgerstaat mit minimaler staatlicher Einmischung – Ausnahme: Sicherheit und Kultur (Eesti Reformierakonna Platvorm Riigikogu valimisteks 2003, S.1); *Staat als Dienstleister der Bürger (Riik ja kodanik, S.7); *Staat fördert Entwicklung des freien Bürgertums (Riik ja kodanik, S.7), *Rechtsstaat und Demokratie als alternativlose Staatskomponente (Demokraatia ja õigusriigile pole alternatiivi, S.7); *Ordnen der Beziehungen zwischen Bürger und Staat – Etablieren einer Zivilgesellschaft (Liigume kodanikeühiskonna poole, S.8).

REFORM 2007:

*E-Estland für Transparenz des Staates (Infoühiskonna edendamise poliitika – E-Eesti, S.9); *jeder Bürger muss öffentlichen Internetzugang haben, unabhängig vom Ort (Infoühiskonna edendamise poliitika – E-Eesti, S.10); *E-Staat: Vereinfachen der Bürokratie und Komfort für den Bürger durch Zentralisierung der Unterlagen (Infoühiskonna edendamise poliitika – E-Eesti, S.11); *E-Rechnung: Pflichtübergang von Papier in die elektronische Version (Infoühiskonna edendamise poliitika – E-Eesti, S.11); *Staat als Bürgerstaat (Riiklus ja kodanikeühiskond - Kodanike riik, S.20); *keine staatliche Patronage (Riiklus ja kodanikeühiskond - Kodanike riik, S.20).

REFORM 2011:

*Bekämpfen der Monopolpreise der staatlichen Unternehmen (Taristu, S.9); *Jährliche strukturelle Restbeträge im staatlichen Haushaltsplan (Taristu, S.10); *Erhöhung der staatlichen finanziellen Reserven (Tarsitu, S.10); *staatliche Ressourcenbenutzungszulassungen längerfristig (Taristu, S.10); *Sichern der

wirtschaftlichen und sozialen Sicherheiten für den Bürger (Minu Eesti on minu kindlus, S.40); *Schutz der individuellen Freiheiten und Grundrechte (Minu Eesti on minu kindlus, S.40); *Modernisierung des Strafgesetzes durch einführen Strafalternativen (Minu Eesti on minu kindlus, S.40); *Polizei ausschließlich zum Schutz der Bürger (Minu Eesti on minu kindlus, S.40); *Datenschutzinspektionen (Minu Eesti on minu kindlus, S.40); *Schnelles und effizientes Gerichtssystem (Minu Eesti on minu kindlus, S.42); *Korruptionsbekämpfung und Prävention (Minu Eesti on minu Kindlus, S.43); *Entwickeln des staatlichen Internetportales eesti.ee für eine bessere Kommunikation zwischen dem Bürger und dem Staat und leichte Erreichbarkeit der staatlichen Dienstleistungen (E-Riigist I-Riigiks, S.63-64); *Standardaufbau der Homepages der Ministerien (E-Riigist I-Riigiks, S.64); *Estland ist Vorantreiber der Entwicklung der persönlichen Rechte und Freiheit der Informationen im Internationalen Recht (E-Riigist I-Riigiks, S.64-65); *Entwicklung des Netzes der Außenvertretungen von Estland für den Schutz estnischer Bürger im Ausland, u.a. in Kasachstan, Australien, Shanghai, Indien, China und Brasilien (Piiridest suurem Eesti, S.70); *Erneuern des Beamtengesetzes und Aufhebung des besonderen Status der Beamten (Tõhus ja moodne kodanike riik, S.80); *Effizienz und Einfachheit der staatlichen Verwaltung (Tõhus ja moodne kodanike riik, S.81).

FIDESZ 1990:

*Es besteht die Notwendigkeit der Gründung eines Nationalen Ministeriums und Institutes um politische Entscheidungen die die Minderheiten betreffen auf einem wissenschaftlichen Niveau treffen zu können (Nation, Minorities, Nationality Policy, S.15).

FIDESZ 1994:

*Autorität des Gesetzes steht an der ersten Stelle (Security fort he Citizen, S.5); *Alle staatlichen Einrichtungen müssen zugunsten des Bürgers arbeiten (Security fort he Citizen, S.5); *Bessere finanzielle Unterstützung zur Kriminalitätsbekämpfung (Security fort he Citizen, S.5); *Reform des Kooperativen Rechts (Privatization that creates viable companies, S.14); *Keine staatliche Verschwendung der öffentlichen Mittel (The Government of a poor country should not show off, S.15); *Staatlicher Apparat muss seine Ausgaben besser verwalten (The Government of a poor country should not show off, S.15).

FIDESZ 1998:

*Staat und Kirche sollen in den Bereichen Bildung, Kultur und dem Sozialsystem miteinander kooperieren (A HIT A LEGSZEMÉLYESEBB KÖZÜGY, S.13); *Kirche muss eine Alternative neben dem Staat für diejenigen sein, die Hilfe suchen (A HIT A LEGSZEMÉLYESEBB KÖZÜGY, S.13); *Staat muss von dem Willen der Bürger geleitet sein (CSELEKVŐKÉPES ÉS OLCSÓ ÁLLAM, S.16-17); *Der Staat muss den Rahmen für das freie Handeln der Bürger geben (CSELEKVŐKÉPES ÉS OLCSÓ ÁLLAM, S.16-17); *Der Staat muss seine Bürger schützen (CSELEKVŐKÉPES ÉS OLCSÓ ÁLLAM, S.16-17); *Verbesserung des Rufs der Polizei für ihre effiziente Arbeit (RENDŐRSÉG A POLGÁROKÉRT, S.17-18); *Effizientes und strengeres Justizsystem für Ungarn (HATÉKONY IGAZSÁGSZOLGÁLTATÁS, S.18); *Effiziente und schnelle Bürokratie (BÍRSÁGGAL SÚJTJUK A BÜROKRÁCIÁT, S.21); *Transparente und erreichbare Dokumentation der staatlichen Archive (NYILVÁNOS NYILVÁNTARTÁSOK, S.21); *Geringere Abgeordnetenanzahl im Parlament (KISEBB ORSZÁGGYŰLÉS, S.14); *Reform und Vereinfachung der Konstitution (A JOG EREJÉVEL, S.15); *Errichtung des Nationalen Rechtshilfezentrums für die Bürger (A JOG EREJÉVEL, S.15); *Zu oft Gesetzesänderungen (A JOG EREJÉVEL, S.15); *Harmonisierung der Gesetze mit dem EU-Recht (A JOG EREJÉVEL, S.15); *Erneuerung des Zivilkodex und des Strafrechtes (A JOG EREJÉVEL, S.15); *Effizienz und Schnelligkeit der Justiz (HATÉKONY IGAZSÁGSZOLGÁLTATÁS, S.15); *Korruptionsbekämpfung (TISZTA VIZET A POHÁRBA, S.16); *Beschießen des Lobby-Gesetzes im Jahr 2003 (TISZTA VIZET A POHÁRBA, S.16); *Transparente Darlegung aller staatlichen Einnahmen und Ausgaben (NYILVÁNOS NYILVÁNTARTÁSOK, S.17); *Modernisierung der Personalausweise und anderer Personendokumentation (NYILVÁNOS NYILVÁNTARTÁSOK, S.17); *Minimieren der Bürokratie bei Registrierung eines Unternehmens (NYILVÁNOS NYILVÁNTARTÁSOK, S.17); *Gleiches Steuerrecht für alle und Sanktionen für die Nichtzahler (EGYENLŐ MÉRCÉVEL MÉRVE, S.17) *Fidesz möchte eine Verhältnismäßigkeit der Abgeordnetenanzahl im Parlament erreichen (KISEBB ORSZÁGGYŰLÉS - EREDMÉNYESEBB KORMÁNYZÁS, S.17); *Bekämpfung und Sanktionierung der Korruption in allen öffentlichen Diensten (TISZTA VIZET A POHÁRBA S.19); *Vereinfachung der Ungarischen Gesetzgebung (RENDBE TETT JOGSZABÁLYOK, S.19-20); *Das Gesetz darf sich nicht in die Privatleben der Bürger einmischen (RENDBE

TETT JOGSZABÁLYOK, S.19-20); *Effizienz und Schnelligkeit der Justiz zur Verteidigung der Bürger und Vermeiden der Selbstjustiz (HATÉKONY BÍRÓSÁGOK, S.20).

FIDESZ 2002:

*Modernisierung des Regierungsportals und gradueller Übergang auf Online Verfügbarkeit der Regierungsdienste (SZÁZADUNK KIHÍVÁSA, S.9); *Einführen der E-Steuererklärung (SZÁZADUNK KIHÍVÁSA, S.9).

FIDESZ 2006:

*Effizienzsteigerung in der Verwaltung der Unternehmen und deren Kooperation mit dem Staat (Állítsuk saját lábára a magyar gazdaságot!, S.6-7); *Staat muss die Verwaltungskosten der Unternehmen minimieren (Állítsuk saját lábára a magyar gazdaságot! S.8); *Sicherung der Funktionsfähigkeit des Justizsystems und Rechtsprechung zum Schutz der Bürger (Félelem nélküli élet, S.19); *Kein Ausbau des Staatskaders (Közelebb egymáshoz, S.31).

FIDESZ 2010:

*Effizienz staatlicher Bürokratie und Weiterleitung der Zahlungen für funktionsfähige Unternehmen (A fizetési fegyelem helyreállítása, a fizetési határidők rövidítése, S.31-32); *Wiederherstellen des Vertrauens in die Regierung (Elszámoltatás, S.51); *Offenlegung der staatlichen Ausgaben sowie der Daten, Informationen und Verträge (Elszámoltatás, S.51); *Beseitigung politischer Privilegien (Törvény előtti egyenlőség, S.52); *Strenges Einhalten der Gesetze und erhöhen der Strafen bei Gesetzesverbrechen (Erős, tiszteletre méltó törvények, S.53); *Gewährleisten des Rechts und Ordnung durch den Staat (Az állam kizárólagos joga és lehetősége a rend helyreállítására, S.54); *Effizientes Justizsystem (Gyors bírósági eljárások, S.59); *Sicherung der Rechtsstaatlichkeit (Kitartunk a demokrácia és a jogállamiság eszméje mellett, S.92; Hiteles, őszinte, a választópolgárok bizalmára épülő kormányzás, S.95); *Wiederherstellung des Vertrauens in die Institutionen (Hiteles, őszinte, a választópolgárok bizalmára épülő kormányzás, S. 93); *Keine Zerstörung der staatlichen Autorität (Hiteles, őszinte, a választópolgárok bizalmára épülő kormányzás, S.94); *Die Regierung ist jederzeit Rechenschaftspflichtig gegenüber den Bürgern (Hiteles, őszinte, a választópolgárok bizalmára épülő kormányzás, S.94); *Regierung muss vertrauenswürdig und transparent sein (Hiteles, őszinte, a választópolgárok bizalmára

épülő kormányzás, S.94); *Freiheit und Wohlfahrt basieren auf Ordnung (Hiteles, őszinte, a választópolgárok bizalmára épülő kormányzás, S.94).

b.) Demokratie:

ELDP 1992:

*parlamentarische Demokratie (Demokraatia. Õigusriik, S.3); liberale Gesellschaft als Gegenteil von Totalitarismus (Avatud ühiskond, S.17).

REFORM 1999:

*mehr politische Verantwortung der Regierung vom Volk (Tugeva demokraatia poole, S.4); *gesetzliche Sicherung der Auskunftsrechte der Bürger über staatliche Tätigkeiten (Tugeva demokraatia poole, S.4); *Direktwahlen für den Präsidenten (Demokraatiale ja õigusriigile pole alternatiivi, S.7).

REFORM 2007:

*keine Umstrukturierung des aktuellen Staatsystems (Riiklus ja kodanikeühiskond - Kodanike riik, S.20); *Transparenz der staatlichen Affären (Riiklus ja kodanikeühiskond - Kodanike riik, S.20).

REFORM 2011:

*Förderung eines offenen und toleranten Staates (Tööturg, S.7); *Sicherung der Rechtsstaatsprinzipien (Minu Eesti on minu kindlus, S.41); *Zusammenarbeit zwischen Staat und Bürger (Minu Eesti on minu kindlus, S.41); *Entwickeln der E-Demokratie und Online-Wahlen mit MobiilID ab 2013 und mit Smartphone ab 2013 (E-Riigist I-Riigiks, S.65); *Online-Veröffentlichung der staatlichen Immobiliendateien (E-Riigist I-Riigiks, S.65); *Vereinfachte Kommunikation der Bürger mit dem Staat durch Onlinelösungen (Tõhus ja moodne kodanike riik, S.80).

FIDESZ 1990:

*Professionell regierte staatliche zentrale und regionale Verwaltungen (Economy, S.2); *Stärkere Kontrolle der Bürokratie (Economy, S.2); *Direkte Wahlen in die kommunalen Selbstverwaltungen und Gleichstellung aller Selbstverwaltungen (Local society – self-government, S.7-8).

FIDESZ 2010:

*Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz (Törvény előtti egyenlőség, S.52); *Recht auf

Schutz und Sicherheit für alle (A védelem joga mindenkinek, S.57); *Fidesz steht für Demokratie und Rechtsstaat (Kitartunk a demokrácia és a jogállamiság eszméje mellett, S.92); *Politik der Solidarität, Freiheit, Bürgerrechte, Rechtssicherheit und Menschenwürde (Kitartunk a demokrácia és a jogállamiság eszméje mellett, S.92)

c.) Zivilinitiativen:

ELDP 1992:

*Mehr Möglichkeit für Zivilinitiativen und Partizipation bei Gesetzgebung (Demokraatia. Õigusriik, S.4); *Bürgerpartizipation bei wichtigen Entscheidungen (Demokraatiale ja õigusriigile pole alternatiivi, S.7).

REFORM 2003:

*Konsultationsfunktion für Bürger bei Gesetzgebung (Liigume kodanikeühiskonna poole, S.8).

REFORM 2007:

*Bürger stehen mittels Bürgerorganisationen selbst für ihre Interessen (Riiklus ja kodanikeühiskond - Kodanike riik, S.20); *Open Society (Riiklus ja kodanikeühiskond - Kodanike riik, S.20); Verbesserung des Rufs der Parteien (Riiklus ja kodanikeühiskond - Kodanike riik, S.20).

REFORM 2011:

*Zivilpolizei und Nachbarschaftsschutz als zivile Programme für Sicherheit der Bürger (Minu Eesti on minu kindlus, S.41); *Eltern- und Schülerverbindungen für Mobbingprävention an Schulen (Minu Eesti on minu kindlus, S.42-43); *Einbeziehen der Bürgerverbindungen, des Privatsektors und der Gemeinden in die verschiedenen Lebensbereiche des Staates und nach Möglichkeit Übergabe der staatlichen Kompetenzen (Tõhus ja moodne kodanike riik, S.81).

FIDESZ 1998:

*Fidesz Fördert die zivilen Organisationen und deren Zusammenarbeit mit Munizipalitäten (A POLGÁRI KÖZÖSSÉGEK EREJE, S.16).

d.) Zentralisierung vs. Dezentralisierung:

ELDP 1992:

*weniger Staat, mehr regionale Verwaltung (Demokraatia. Õigusriik, S.4).

REFORM 1995:

*langfristige Finanzierung der Regionen (Regional Policy, S.3); *Weitergabe der staatlichen Steuerannahmen an regionale Behörden (Economy, S.5).

REFORM 1999:

*finanzielle Unterstützung der ländlichen Region (Maaelu uuenemine, S.3);
*Entwicklung der Zivilgesellschaft (Kodanike riik, S.5).

REFORM 2003:

*Legislaturperiode der Gemeinden von 3 auf 4 Jahre (Demokraatiale ja õigusriigile pole alternatiivi, S.7); *mehr finanzielle Kompetenzen an Gemeinden (Piirkondlik areng ühtlasemaks, S.9).

REFORM 2007:

*Unternehmensgründung in den Regionen (Maaelupoliitika – Uued hästitasustatud töökohad maale, S.7); *Kooperationen zwischen den Gemeinden für regionale Tourismusförderung (Maaelupoliitika – Uued hästitasustatud töökohad maale, S.7).

REFORM 2011:

*Besseres Regieren der Regionalpolitik durch Zusammenschluss der Strukturen (Eesti Idüll, S.38); *Verbesserung der Zusammenarbeit der regionalen Verwaltungen mit dem Innenministerium und Polizei sowie Grenzkontrolle (Minu Eesti on minu kindlus, S.44);
*Zentralisierte Datenbank der Immobilien und Bündelung der einzelnen staatlichen Verwaltungseinheiten (Tõhus ja moodne kodanike riik, S.81); *Gemeinden sind selbstständige örtliche Regierungen (Tõhus ja moodne kodanike riik, S.81); *Estland hat die Europäische Charta der kommunalen Selbstverwaltung unterzeichnet (Tõhus ja moodne kodanike riik, S.81); *Ausgeglichenheit der Zentralmacht durch kommunale und Selbstverwaltung ist eins der Werte auf deren die Unabhängigkeit estnischen Staates basieren (Tõhus ja moodne kodanike riik, S.81); *Mehr finanzielle Selbstständigkeit für kommunale Selbstverwaltungen (Tõhus ja moodne kodanike riik, S.82).

FIDESZ 1990:

*Netzwerk der kommunalen Selbstverwaltungen (Local society – self-government, S.7);
*Dezentalisierungsreform (Local society – self-government, S.7); *Kommunale Selbstverwaltungseinheiten müssen ihre Finanzen selbstständig verwalten können

(Local society – self-government, S.7); *Keine Überlegenheit der Bezirksverwaltungen über den kommunalen Selbstverwaltungen (Local society – self-government, S.8).

FIDESZ 1994:

*Mehr Selbstständigkeit und finanzielle Eigenverwaltung an die regionalen Verwaltungen (Greater Independence for local Governments, S.18); *Steuerreform zugunsten der Regionen, sodass diese eine direkte Verfügung über ihre Steuereinnahmen haben (Greater Independence for local Governments, S.18).

FIDESZ 2002:

*Zivilhäuser in den Regionen die Nichtregierungsorganisationen bündeln sollen (A POLGÁRI KÖZÖSSÉGEK EREJE, S.12); *Finanzielle Unterstützungen der regionalen Munizipalitäten (A HELYI ÖSSZEFOGÁS EREJE, S.16-17); *Vorbereiten der regionalen Verwaltungen für den EU-Beitritt (A HELYI ÖSSZEFOGÁS EREJE, S.16-17); *Förderung der Kooperation der regionalen Verwaltungseinheiten (A HELYI ÖSSZEFOGÁS EREJE, S.16-17); *Unterstützung der Regionen durch Ausbildung der Freiwilligen Feuerwehr, Zivilgarde, etc. (A HELYI ÖSSZEFOGÁS EREJE, S.16-17); *Modernisierung und Vereinheitlichung der Bürokratie in allen regionalen Verwaltungen (NYILVÁNOS NYILVÁNTARTÁSOK, S.17).

FIDESZ 2006:

*Transformation von Budapest zu einer würdigen Hauptstadt (A magyar siker a magyar városok és a magyar vidék sikere, S.16); *Budapest und andere Städte sollen mehr Autonomie erhalten (A magyar siker a magyar városok és a magyar vidék sikere, S.16-17); *Entwicklung der ländlichen Regionen soll mit den Städten mithalten (A magyar siker a magyar városok és a magyar vidék sikere, S.17); *Lebensqualitätssicherung in kleinen und peripheren Orten Ungarns (Közelebb egymáshoz, S.31).

FIDESZ 2010:

*Regionale Regierung als Motor der lokalen Entwicklung (Állami és önkormányzati beruházások, S.41); *Sub-regionale Zusammenarbeit von Munizipalitäten (Állami és önkormányzati beruházások, S.42); *Kooperation der Kommunen mit Unternehmen (Állami és önkormányzati beruházások, S.42); *Mehr selbstständiges Wirtschaften und Vermögensverwalten der Gemeinden (Állami és önkormányzati beruházások, S.42); *Nutzung der EU-Finanzierung auf der regionalen Ebene (Állami és önkormányzati beruházások, S.43); *Teilnahme der lokalen Regierungen am Energieeffizient-Programm

und Bürokratie-Ersatz-Systementwicklung (Állami és önkormányzati beruházások, S.43).

3.) UMWELT

a.) Umweltschutz:

ELDP 1992:

*staatliche Umweltpolitik als Handlungsrahmen für Menschen (Keskond, S.13);
*Förderung der Benutzung der umweltfreundlichen Technologien und Stoffen (Keskond, S.13); *Umweltschutz basiert auf Demokratie und freiwilligen Organisationen sowie einem Umweltbewusstsein (Keskond; S.13); *Umweltschutz und Artenvielfaltschutz (Keskond, S.13); *Gewässerschutz (Keskond, S.13); *sparsamer Umgang und Sauberhalten der Wälder (Keskond; S.14); *Einführung der Mülltrennung (Keskond, S.14).

REFORM 1995:

*Entwicklung des umweltfreundlichen Lebensstils (Sparing Development, S.3).

REFORM 2003:

*Grüne Denkweise (Loodushoid ja puhas keskkond, S.9); *Kontrolle des Einhaltens der Umweltregeln (Loodushoid ja puhas keskkond, S.9); *Umweltfreundliche Produktion (Loodushoid ja puhas keskkond, S.9); *Bau der Umweltinformationszentren (Loodushoid ja puhas keskkond, S.9).

REFORM 2007:

*Nahhaltiges Benutzen von Bodenschätzen (Roheline ja reaalne, S.5); *Verbreiten von Containern für gefährliche Abfälle (Roheline ja reaalne, S.5); *Umweltkontrolle und Sanktionen (Roheline ja reaalne, S.5); *Stadtluft muss sauberer werden (Roheline ja reaalne, S.5); *Keine Steuer auf Biokraftstoff (Roheline ja reaalne, S.5); *Bau von Kläranlagen (Roheline ja reaalne, S.5); *Rückbau von verlassenen Sowjetbauten (Roheline ja reaalne, S.6); *Verbreiten von Bio-Lebensmittel (Roheline ja reaalne, S.6); *Waldschutz und nachhaltige Abholzungspläne (Roheline ja reaalne, S.6); *Gewässerschutz für öffentlich zugängliche Gewässer (Roheline ja reaalne, S.6); *Entwicklung von Umweltbewusstsein im Unterricht und umfassende

Informationsmöglichkeit (Roheline ja reaalne, S.6); *Umweltschutzrichtlinien ins Gesetz und Standardisierung Europaweit (Roheline ja reaalne, S.6); *Umweltkatastrophen- und Schutz Kooperationen mit Nachbarstaaten (Roheline ja reaalne, S.6).

REFORM 2011:

*Erneuerung der Wasserkläranlagen bis 2013 (Eesti Idüll, S.38); *Saubere Lebensumwelt für Bürger Estlands (Ilus ja puhas Põhjamaa, S.46); *Aufrechterhalten der Vielfalt der Natur (Ilus ja puhas Põhjamaa, S.46); *Umweltschutz als moralisches Lebensprinzip (Ilus ja puhas Põhjamaa, S.47); *Nachhaltiger Umgang mit estnischen Bodenschätzen und Umweltressourcen (Ilus ja puhas Põhjamaa, S.47-48); *Bessere Bedingungen für Waldverwaltung im Privatbesitz durch Steuerreform (Ilus ja puhas Põhjamaa, S.48); *Nachhaltige Regelungen für Jagd und Fischerei (Ilus ja puhas Põhjamaa, S.48); *Bis 2020 Erreichen des Zustandes „GUT“ nach den Kriterien der EU für die Ostsee (Ilus ja puhas Põhjamaa, S.48-49); *Erhöhen des umweltbewussten Umganges mit der Natur und Sichern des öffentlichen Zugangs zu Wäldern und Stränden für Bürger (Ilus ja puhas Põhjamaa, S.49).

FIDESZ 1990:

*Nachhaltiger Umgang mit der Natur (Environment Protection, S.10); *Entwicklung des Umweltbewusstseins der Bevölkerung und Erreichbarkeit der Information über Nachhaltigkeit für jeden (Environment Protection, S.11); *Schutz der Gewässer und Versorgung mit sauberem Wasser (Environment Protection, S.11); *Programme für Verbesserung der Luftqualität (Environment Protection, S.11); *Umweltschutzmaßnahmen seitens der Industrie (Environment Protection, S.11); *Wiederverarbeitung von Müll (Environmental Protection, S.12); *Strikter Umgang und Begrenzung der Produktion des radioaktiven Mülls (Environmental Protection, S.12); *Vergünstigte Bedingungen der Finanzierung für umweltfreundliche und Sanktionen für andere Unternehmen (Environmental Protection, S.13).

FIDESZ 1994:

*Nachhaltiger Umgang mit der Umwelt bedeutet eine sichere Zukunft (Environment protection and management, S.18).

FIDESZ 1998:

*Umweltschutz und Bestrafen der Umweltverschmutzter (A KÖRNYEZET EGÉSZSÉGE,

S.12-13); *Erreichen der Europäischen Standards in der Umwelt (A KÖRNYEZET EGÉSZSÉGE, S.12-13).

FIDESZ 2002:

*Sicherung der Sauberkeit des Wassers in den Seen mithilfe der EU-Mittel (VENDÉGVÁRÓ MAGYARORSZÁG, S.5); *Umweltschutz wichtig für nachhaltige und gesunde Rahmen für die Zukunft (A KÖRNYEZET EGÉSZSÉGE, S.11); *Mülltrennung (A KÖRNYEZET EGÉSZSÉGE, S.11); *Luftqualitätsverbesserung in Großstädten (A KÖRNYEZET EGÉSZSÉGE, S.11); *Ausbau der Nationalparks mit Bildungseinrichtungen (A KÖRNYEZET EGÉSZSÉGE, S.11); *Sicherung der Qualität des Wassers in größeren Binnengewässern (A KÖRNYEZET EGÉSZSÉGE, S.11); *Wasserkläranlagenbau mit finanzieller Hilfe der EU (A KÖRNYEZET EGÉSZSÉGE, S.11).

FIDESZ 2006:

*Umweltbewusstes Handeln im Alltag (Környezetvédelem - amit kaptunk, őrizzuk meg, S.21); *Sanktionen gegen die Umweltverschmutzung (Környezetvédelem - amit kaptunk, őrizzuk meg, S.21); *Schutz des Naturerbes (Környezetvédelem - amit kaptunk, őrizzuk meg, S.21); *Entwicklung der Umweltfreundlichen Abfallwirtschaft in allen Kommunen mit Hilfe der EU Fördermittel (Környezetvédelem - amit kaptunk, őrizzuk meg, S.21); *Weniger Treibhausgasemissionen (Környezetvédelem - amit kaptunk, őrizzuk meg, S.21); *Umweltbewusstsein in der Wirtschaft (Környezetvédelem - amit kaptunk, őrizzuk meg, S.21); *Sauberes Wasser (Környezetvédelem - amit kaptunk, őrizzuk meg, S.21).

b.) Energie:

ELDP 1992:

*dezentralisierte Produktion der Elektroenergie (Keskond, S.14); *Übergang auf Alternativenenergien (Keskond, S.14); *sparsamer Umgang mit Energie (Keskond, S.14).

REFORM 2007:

*Unterstützung des Baus des Atomkraftwerkes in Litauen und diesbezügliche Zusammenarbeit mit Finnland (Roheline ja reaalne, S.5); *Sparsame Energiepolitik (Roheline ja reaalne, S.5); *Übergang von Braunkohle auf andere Energiequellen (Roheline ja reaalne, S.5).

REFORM 2011:

*Vorbereitung für Atomkraftwerkbau (Taristu, S.8); *Versorgung der Unternehmen mit unterschiedlichen Energiequellen (Taristu, S.8); *Motivieren der Unternehmen zur Benutzung der erneuerbaren Energie (Taristu, S.8); *Bekämpfen der Monopolpreise auf dem Energiemarkt und Abhängigkeit von dem russischen Gas (Taristu, S.10); *Verringerung der finanziellen Unterstützung für die erneuerbare Energie (Taristu, S.10); *Sicherung möglichst niedriger Energiepreise (Energiajulgeolek, S.55); *Energetische Unabhängigkeit Estlands und eigenes Atomkraftwerk zum Jahr 2030 (Energiajulgeolek, S.55); *Internationale Kooperation mit europäischen Nachbarn und Unabhängigkeit von Ressourcen Russlands (Energiajulgeolek, S.56); *Sparsamer Umgang mit Energie durch Bau sparsamer und Erhöhen der Energiestandards in bestehenden Gebäude (Energiajulgeolek, S.56); *Benutzen der erneuerbaren lokalen Energiequellen ohne großen Preisunterschied (Energiajulgeolek, S.57); *Verbreiten der Elektroautos (Energiajulgeolek, S.57); *Entwicklung der Ölschieferindustrie im Rahmen eines staatliche Entwicklungsprogrammes 2008-2015 (Energiajulgeolek, S.58); *Öffnen des Energiemarktes und Behebung der Interessenkonflikte durch aufgeteilte Interessenvertretung des staatlichen Anteiles am Eesti Energia durch unterschiedliche Ministerien (Energiajulgeolek, S.58); *Entwicklung des intelligenten und effizienten Energienetzwerks (SMART GRID) (Energiajulgeolek, S.58).

FIDESZ 1990:

*Rationaler Umgang mit Energie (Environment Protection, S.11); *Konzeption und Erschließung der alternativen Energiequellen (Environment Protection, S.12); *Spezielle Verwaltungseinheit für Kontrolle der Produktion der Nuklearenergie (Environment Protection, S.12); *Verwendung ausschließlich ökologischer Dünger und Energiequellen in der Landwirtschaft (Environmental Protection, S.12); *Gradueller Umstieg auf umweltfreundliche Fahrzeuge (Environmental Protection, S.12).

FIDESZ 1998:

*Fidesz ist gegen den Bau von Atomkraftwerken (A KÖRNYEZET EGÉSZSÉGE, S.12-13).

FIDESZ 2006:

*Unterstützung und Erhöhung der Verwendung der erneuerbaren Energiequellen (Környezetvédelem - amit kaptunk, őrizzuk meg, S.21); *Bekämpfen der Monopolpreise

im Energiebereich: Strom, Wärme, Gas (Szolidaritás és szabadság: letörjük az árakat, S.26).

FIDESZ 2010:

*Einsatz alternativen Energiequellen wie Sonnen- und Bioenergie sowie Erdwärme (Saját, meglévő erőforrásaink kiaknázása, S.45); *Energie-Unabhängigkeit Ungarns (Saját, meglévő erőforrásaink kiaknázása, S.45).

c.) Landwirtschaft:

ELDP 1992:

*Familienbauernhöfe und Bauernverbände (Majandus, S.7), privates Landbesitz in der Landwirtschaft (Majandus, S.7).

REFORM 1995:

*weniger Produktion mit höherer Qualität als Grundprinzip der Landwirtschaft (Economy, S.4).

REFORM 2003:

*günstige Bedingungen und Konkurrenzfähigkeit der Landwirtschaft (Piirkondlik areng ühtlasemaks; S.9); *Gleichstellung auf den europäischen Markt (Piirkondlik areng ühtlasemaks, S.9).

REFORM 2007:

*Gut bezahlte Arbeitsplätze auf dem Land (Maaelupoliitika, S.7).

REFORM 2011:

*Konkurrenzfähige Bedingungen für estnische Bauern (Eesti idüll, S.36); *Vielfältigkeit im landwirtschaftlichen Bereich (Eesti idüll, S.36); *Regionale Kooperationen im landwirtschaftlichen Bereich (Eesti Idüll, S.36).

FIDESZ 1990:

*Auflösen der Kooperative und Übergang auf Unternehmensbasiertes System in der Landwirtschaft (Economy, S.5).

FIDESZ 1994:

*Landwirtschaft muss interessenorientiert und nicht ideologisch bestimmt sein (Stable relations in agriculture, S.13); *Selbstständige Bestimmung der Tätigkeitsarten in der

Landwirtschaft (Privatization that creates viable companies, S.14); *Unterstützung des Etablierens der traditionellen Familienunternehmen (Privatization that creates viable companies, S.14); *Vorrang für Landes- und Immobilienbesitz für Ungarn (Privatization that creates viable companies, S.14); *Finanzierung großer Agrarprojekte (Privatization that creates viable companies, S.15); *Finanzielle Unterstützung für Unternehmer im landwirtschaftlichen Bereich (Privatization that creates viable companies, S.15); *Landsteuer für Bauern muss aufgehoben werden (Privatization that creates viable companies, S.15).

FIDESZ 1998:

*Bei dem EU-Beitrittsprozess müssen vor allem die Interessen der Betroffenen (Vertreter der Landwirtschaft) berücksichtigt werden (EURÓPA POLGÁRAI VAGYUNK, S.4); *Ungarische Landwirtschaft soll mehr EU-Beitrittsmittel erhalten (EURÓPA POLGÁRAI VAGYUNK, S.4); *Förderung und Stärkung der Familienunternehmen gegen Großunternehmen in der Landwirtschaft (TERET A CSALÁDI AGRÁR GAZDASÁGOKNAK, S.7); *Kooperatives Landeigentum für kleinere Landwirtschaftsunternehmen (NEMZETI FÖLDTULAJDON, S.7).

FIDESZ 2002:

*Neues günstiges Kredite-System zum Kauf von Technik, Land oder Saatgut für Familien- und Kleinbauern (TERET A CSALÁDI GAZDASÁGOKNAK, S.6); *Modernisierung der Weinbaugebiete (TERET A CSALÁDI GAZDASÁGOKNAK, S.6); *Forstkultivierung (TERET A CSALÁDI GAZDASÁGOKNAK, S.6).

FIDESZ 2006:

*Subventionierte Kredite für die Landwirtschaft (Magyar gazda - magyar föld, S.9); *Mehrebenen Hilfssystem für Bauern nach dem diese eine verbesserte staatliche Finanzierung erhalten (Magyar gazda - magyar föld, S.10); *Freiwillige Bündelung der Organisation und des Vertriebs der Bauern (Magyar gazda - magyar föld, S.10); *Fördern des Bio-Anbaus in der Landwirtschaft (Magyar gazda - magyar föld, S.10); *Programm für Erhöhung der Lebensmittelsicherheit durch vorwiegend Produkte aus dem Erzeugnis der regionalen Landwirtschaft (Magyar gazda - magyar föld, S.10).

FIDESZ 2010:

*Förderung der Landwirtschaft (A magyar mezőgazdaság megújítása, S.33-34); *Sicherung der Lebensmittelqualität (A magyar mezőgazdaság megújítása, S.34);

*Dezentralisierung der Landwirtschaft und viele kleine regionale Standorte (A magyar mezőgazdaság megújítása, S.34).

d.) Verkehr und Infrastruktur:

ELDP 1992:

*Einführung umweltfreundlicher Fahrzeuge und Kraftstoffe (Keskkond, S.14).

REFORM 1999:

*Verbesserung der ländlichen Infrastruktur (Maaelu uuendamise, S.3).

REFORM 2003:

*Verbesserung und Ausbau der Landstraßen (Piirkondlik areng ühtlasemaks, S.9).

REFORM 2007:

*Größere Investitionen in Entwicklung und Bau der Infrastruktur (Viime Eesti viie Euroopa jõukaima riigi hulka, S.2); *Unterstützung des Ausbaus der ÖPNV-Netze (Roheline ja reaalne, S.5); *Ausbau und Sanieren der Landstraßen (Maaelupoliitika – Hästi tasustatud töökohad maale, S.7); *Bessere Verbindung zu den Kleininseln (Maaelupoliitika – Uued hästitasustatud töökohad maale, S.7).

REFORM 2011:

*Flugverbindung in die Europäischen Metropolen (Taristu, S.9; Ühendatud Eesti, S.61); *Ausbau der Infrastruktur vor allem in ländlichen Regionen (Eesti Idüll, S.37); *Hubschrauberverbindung und Hafen an jeder Insel (Eesti Idüll, S.38); *Ausbau und Sanierung des Straßennetzes auf dem Niveau der nördlichen Nachbarn (Ühendatud Eesti, S.59); *Einheitliches Online-Tickets Verkauf für alle Transportmittel (Ühendatud Eesti, S.59-60); *Keine PKW-Steuer (Ühendatud Eesti, S.59); *Entwicklung der Netze des ÖPNV und künftige Stadtplanung auf das Minimieren des Benutzens der PKW gerichtet (Ühendatud Eesti, S.60); *Höhere Sicherheit durch moderne Technologien im Verkehr (Ühendatud Eesti, S.60-61); *Handelsnetzwerkausbau auf dem Wasser, auf der Straße und in der Luft (Ühendatud Eesti, S.61); *Kooperation mit Nachbarstaaten für Ausbau eines Bahnnetzes von Berlin nach St. Petersburg (Ühendatud Eesti, S.62); *Ausbau der Innenhäfen und Fährpreisnachlass für Inselbewohner (Ühendatud Eesti, S.62); *Schnelles Internet in jedes Zuhause und jedes Unternehmen (E-Riigist I-Riigiks, S.63).

FIDESZ 1990:

*Investitionen in Infrastruktur im Rahmen Regionen-Rehabilitationsprogrammes (Social System, S.7); *Bau der Autobahnumfahrten um Budapest herum (Environmental Protection, S.12).

FIDESZ 1994:

*Programme für Ausbau staatlicher Infrastruktur und örtlicher Freiwilligenarbeit (A Half-Turn in the direction of Growth, S.11); *Keine Aufteilung in zentrales entwickeltes und regionales unterentwickeltes Ungarn (There cannot be two Hungaries, S.17); *Programme für regionale Entwicklung besonders der strukturschwachen Regionen (There cannot be two Hungaries, S.17); *Versorgen aller Regionen mit Infrastruktur (There cannot be two Hungaries, S.17).

FIDESZ 1998:

*Ausbau der Infrastruktur in Ungarn mit finanzieller Hilfe der EU (SOROMPÓK NÉLKÜL, S.6-7); *Einführung der Vignette auf der Autobahn (SOROMPÓK NÉLKÜL, S.6-7).

FIDESZ 2002:

*Infrastrukturausbau mit Autobahnen, Landstraßen, Flughäfen, Logistikzentren (ÖSZTÖNZŐ BEFEKTETÉSEK, S.3); *Starke Finanzierung des Baus der Technologieparks, akquirieren der EU-Mittel (SZÉCHENYI TERV, S.3); *Ausbau eines 250 Technologiepark-Netzwerkes in ganz Ungarn (SZÉCHENYI TERV, S.3); *Keine weitere Privatisierung von Autobahnen und Vignetteneinführung (SOROMPÓK NÉLKÜL, S.4); *Ausbau der Autobahnen in den Osten des Landes (SOROMPÓK NÉLKÜL, S.4); *Sanieren und Aufbau der Donaubrücken (A JÖVŐBE HIDAK ÉS UTAK VEZETNEK, S.4); *Bau der zusätzlichen Umleitungsstraßen zur Entlastung der Siedlungen und Städte (A JÖVŐBE HIDAK ÉS UTAK VEZETNEK, S.4); *Ausbau der öffentlichen Personenzugverkehrs in die Vororte von Budapest (A JÖVŐBE HIDAK ÉS UTAK VEZETNEK, S.4); *Staudammbau in den gefährdeten Regionen (FÉLELEM NÉLKÜL, S.4-5); *Moderne Telekommunikationsmittel und Internetanschluss in allen öffentlichen Einrichtungen (SZÁZADUNK KIHÍVÁSA, S.9); *Landesweite Verfügbarkeit des Internetanschlusses (SZÁZADUNK KIHÍVÁSA, S.9); *Barrierefreies Freizeit- und Sporteinrichtungen in Ungarn (ESÉLY A FOGYATÉKOSOKNAK, S.10); *Ausbau der Freizeitanlagen Ungarnweit (A MOZGÁS ÖRÖMÉÉRT, S.11); *Einheitliches Ticketsystem für Budapest und Umland (BUDAPEST, S.13).

FIDESZ 2006:

*Beschleunigte Entwicklung der Infrastruktur mit Hilfe der EU-Mittel (Új Széchenyi Terv, S.4); *Modernisierung des Eisenbahnschienennetzes und der Züge sowie Erneuerung der Binnenwassertflotte (Gyors és biztonságos közlekedés - megfizethető áron, S.11); *Projekt „Familienauto“ für ein ökonomisches Auto der Pendlerfamilien (Gyors és biztonságos közlekedés - megfizethető áron, S.11); *Erneuerung des Busparks (Gyors és biztonságos közlekedés - megfizethető áron, S.11); *Sanieren und Ausbau des ÖPNV-Netzes in Budapest (A magyar siker a magyar városok és a magyar vidék sikere, S.16-17); *Reduktion der Autobahngebühren für Familien (Szolidaritás és szabadság: letörjük az árakat, S.27); *Barrierefreiheit erschaffen (Közelebb egymáshoz, S.33).

4.) WIRTSCHAFT

a.) Mitbestimmung:

REFORM 1995:

*Bürgerliche Mitbestimmung bei staatlichen Wirtschaftsentscheidungen (Economy, S. 6).

REFORM 2011:

*Zustimmung der örtlichen Gemeinde bei neuen Bergbauprojekten (Ilus ja puhas Põhjamaa, S. 48).

FIDESZ 2010:

*Teilnahmemöglichkeit der Unternehmen am Gesetzgebungsprozess in den betreffenden Bereichen (Egyszerűbb és teljesíthetőbb feltételek a vállalkozások számára, S.30); *Mehr Mitbestimmung für die Wirtschaft in der Gestaltung des Wirtschaftssystems (Közbeszerzési fordulat végrehajtása, S.35-36).

b.) Privateigentum:

ELDP 1992:

*mehr Privateigentümer (Majandus, S.5), *Privatisierungspolitik (Majandus, S.6), *Landwirtschaft im Privatbesitz (Majandus, S.5).

REFORM 1995:

*Reform des Land- und Immobilienbesitzes (Property and Land Reform, S.6); *Rückgabe des Privateigentums und weitere Privatisierungspolitik (Property and Land Reform, S.6).

REFORM 2007:

*öffentlicher Verkauf und Privatisierung des staatlichen Eigentums (Viime Eesti viie Euroopa Jõukaima riigi hulka, S.2).

REFORM 2011:

*Zwei offizielle Wohnsitze je nach Familie, Arbeit oder Privateigentum (Tõhus ja moodne kodanike riik, S.82).

FIDESZ 1990:

*Kooperation zwischen privatem, institutionellem und staatlichem Eigentum (Economy, S.1).

FIDESZ 1994:

*Privateigentum ist Basis der persönlichen Freiheit der Menschen (Property for the People, S.9); *Steuerrückzahlung bei Eigenfinanzierung und Eigenbau des Eigenheims (A Half-Turn in the direction of Growth, S.11); *Steigerung der Attraktivität für den Übergang zum Privateigentum von Mietverhältnissen (Homes for the People, S.12-13); *Fortsetzen des Privatisierens des staatlichen Eigentums (Privatization that creates viable companies, S.13); *Privateigentum soll den Unternehmen helfen effizient zu arbeiten (Privatization that creates viable companies, S.13).

FIDESZ 1998:

*Faire Privatisierungspolitik zur besseren Beteiligung der ungarischen vor den Ausländischen Unternehmen an den Investitionen (ÖSZTÖNZŐ BEFEKTETÉSEK, S.6); *Neue Lösung für die Privatisierung der Straßen und Autobahnen (SOROMPÓK NÉLKÜL, S.6-7); *Vorbeugung der Spekulation mit dem Landbesitz (NEMZETI FÖLDTULAJDON, S.7); *Kreieren eines nationalen Bodenfonds für kontrollierten Verkauf des Landes bevorzugt an ungarische Eigentümer (NEMZETI FÖLDTULAJDON, S.7).

FIDESZ 2002:

*Um Spekulationen zu vermeiden hat der Staat eine Grundstückbank errichtet aus der

die ungarischen Bürger künftig Land zum Arbeiten Kaufen, Pachten und Mieten können (A MAGYAR TERMŐFÖLD, S.5-6).

FIDESZ 2006:

*Bodenrecht, dass den Spekulativen Verkauf des Bodens an Ausländer verhindert (Magyar gazda - magyar föld, S.9).

c.) Marktwirtschaft:

ELDP 1992:

*Wirtschaftswachstum als Basis für Wohlfahrt (Majandus, S.5), *Marktwirtschaft als Wirtschaftsform (Majandus, S.5), *Monopolbekämpfung (Majandus, S.6), *geringere Steuern (Majandus, S.6).

REFORM 1995:

*stabile Währung als Grundlage des Wirtschaftssystems (Economy, S.4); *Vorsichtiger Umgang mit Auslandskrediten (Economy, S.4); *Geöffneter Markt sichert die Konkurrenzfähigkeit (Economy, S.5); *Sicherung des fairen Wettbewerbes auf dem Markt (Economy, S.5); *Niedrige Steuersätze (Economy, S.5).

REFORM 1999:

*Keine Erhöhung der Steuer des Arbeitnehmers (Sissetulekud peavad tõusma, S.1); *regionale Verteilung der Einkommen (Sissetulekud peavad Tõusma, S.1); *sichere Währung (Kindel Kroon, S.2); *keine Erhöhung der Steuern (Maksukoormus ei tõuse, S.2), *Keine Unternehmenssteuer (Kindlustame majanduskasvu, S.2); *Wirtschaftswachstum über 5% (Kindlustame majanduskasvu, S.2); *Erhalt des unabhängigen Wirtschaftssystems als EU-Mitglied (Rahvuslike huvide eest, S.5); *Mehr Exportmöglichkeiten für Estland (Rahvuslike huvide eest, S.5).

REFORM 2003:

*radikal liberales Wirtschaftssystem (Eesti majanduspoliitika on end tõestanud, S.3); *geringere Steuern (Tulumaksu alandamisega üks kuupalk lisaks, S.4); *Ausbalanciertes staatliches Budget (Tulumaksu alandamisega üks kuupalk lisaks, S.4) *Verteidigung der estnischen Wirtschaftsinteressen auf ausländischen Märkten (Väikeriik vajab koostööd, S.9).

REFORM 2007:

*Senkung der Einkommenssteuer (Viime Eesti viie jõukaima Euroopa riigi hulka, S.2);
*Keine Gewinnsteuer für Unternehmen (Viime Eesti viie jõukaima Euroopa riigi hulka, S.2); *Unternehmensgründung in 2 Stunden (Viime Eesti viie Euroopa Jõukaima riigi hulka, S.2); *Bekämpfen der Monopole und Kartellabkommen; Fairer Marktwettbewerb (Viime Eesti viie Jõukaima Euroopa riigi hulka, S.3); *staatliche Förderung für studentische Unternehmen (Viime Eesti viie jõukaima Euroopa riigi hulka, S.3); Estland als Vorreiter des liberalen demokratischen Wirtschaftsmodells in Europa (Välispoliitika – Teeme Eesti suuremaks, S.18).

REFORM 2011:

*konkurrenzfähiges Wirtschaftssystem und stabiler Wirtschaftswachstum (Põhjamaade parim majanduskeskkond, S.5); *Einkommenswachstum (Põhjamaade parim majanduskeskkond, S.5); *stabiles und niedriges Steuersystem (Põhjamaade parim majanduskeskkond, S.5); *keine Unternehmensgewinnsteuer (Põhjamaade parim majanduskeskkond, S.6); *Erhöhen des Steuerfreien Satzes (Põhjamaade parim majanduskeskkond, S.6); *Steuerfreie Einzahlungen in die Riesterreute (Põhjamaade parim majanduskeskkond, S.6); *Kartell- und Monopolbekämpfung auf dem Markt (Ettevõtlikkuse edendamise, S.8); *Geringere Menge an Bürokratie (Ettevõtlikkuse edendamise, S.8); *Vereinfachte Unternehmensgründungs- und beendigungsregeln (Ettevõtlikkuse edendamise, S.8); *Förderung und Respekt gegenüber dem Unternehmertum (Ettevõtlikkuse edendamise, S.8); *Motivation der Jungunternehmer (Ettevõtlikkuse edendamise, S.8); *Online Verzeichnis und Registrierung der Unternehmen (Taristu, S.9); *Abkommen mit Ländern über Vermeiden der doppelten Besteuerung und Schutz der Investitionen im Kulturellen- und Außendienstbereich (Piiridest suurem Eesti, S.68); *Aufteilung der Steuern der Privatperson nach familien-, arbeits- oder privateigentumsbedingten Gründen (Tõhus ja moodne kodanike riik, S.82).

FIDESZ 1990:

*Auf Privateigentum basierendes Marktwirtschaftssystem (Economy, S.1); *Reduktion der staatlichen Kompetenzen in der Wirtschaft (Economy, S.2); *Liquidierung der im staatlichen Besitz stehenden Unternehmen (Economy, S.3); *Übergang auf Privatisierung, Liberalisierung, Deregulierung und Konkurrenzbasierendes Wirtschaftssystem (Economy, S.3); *Handhabung der staatlichen Schulden (Economy,

S.4); *Strikte Privatisierungspolitik für Reduktion der Dominanz der staatlichen Monopole (Economy, S.4); *Staatliche Unterstützung der Privatisierung des Wohnungsmarktes (Social System, S.6).

FIDESZ 1994:

*Reiche Nation ist nur mithilfe reicher Individuen zu erreichen (Property for the People, S.9); *Bremsen der Inflation (A Half-Turn in the direction of Growth, S.10); *Wirtschaftspriorität muss auf dem Akquirieren der Investitionen liegen (A Half-Turn in the direction of Growth, S.10); *Begrenzen der staatlichen Ausgaben aber nicht zu Lasten der Gesellschaft (A Half-Turn in the direction of Growth, S.11); *Minimieren der Steuern (A Half-Turn in the direction of Growth, S.11); *Steuernachlässe für Unternehmen um Arbeitsplatzschaffung zu ermöglichen (Growth Creates Jobs, S.11-12).

FIDESZ 1998:

*Sicherung des Wirtschaftswachstums durch Kursänderung in der Politik (AZ ORSZÁG JÖVŐJE A POLGÁROK JÖVŐJE, S.3); *Geringere Steuern für Arbeitnehmer und -geber (ADÓCSÖKKENTÉSRE VAN SZÜKSÉG, S.3); *Verringerung und Transparenz der steuerlichen Abgaben (ADÓCSÖKKENTÉSRE VAN SZÜKSÉG, S.3); *Stärkung der kleinen und mittleren Unternehmen gegen das Monopol der großen Unternehmen in Ungarn (ÉLETERŐS KIS- ÉS KÖZÉPVÁLLALKOZÁSOK, S.5); *Einfaches und transparentes Steuersystem für Belebung der Wirtschaft und Unternehmertums (ÉLETERŐS KIS- ÉS KÖZÉPVÁLLALKOZÁSOK, S.5); *Förderung der Tradition der Familienunternehmen (GYARAPODÓ CSALÁDI VÁLLALKOZÁSOK, S.5); *Neue Investitionen in die Ungarische Wirtschaft (ÖSZTÖNZŐ BEFEKTETÉSEK, S.6); *Reform des Steuersystems zugunsten der Familien (MEGFÉKEZETT ÁRAK, S.6); *Gleiche Steuerbedingungen für alle und bessere Kontrolle von Einkommensquellen (EGYENLŐ MÉRCÉVEL MÉRVE, S.20); *Staat muss freien Wettbewerb auf dem Markt sichern und staatliche Monopole aufheben (ALACSONYABB KÖZÜZEMI DÍJAK, S.20-21); *Verbesserung des Verbraucherschutzes (ALACSONYABB KÖZÜZEMI DÍJAK, S.20-21).

FIDESZ 2002:

*Wohlfahrt von dem Staat kann nur auf der Wohlfahrt von dem Volk basieren (AZ ORSZÁG JÖVŐJE A POLGÁROK JÖVŐJE, S.1); *Fidesz ist für ein Modell der Zivilwirtschaft in der die ehrliche Arbeit sich lohnt (POLGÁRI GAZDASÁGPOLITIKA - A MAGYAR MODELL, S.1-2); *Ziel ist es die wirtschaftlichen Bedingungen der Eurozonländer zu

erreichen (A NEMZET GAZDASÁGA, S.2); *Weitere Steuerreduktionen sollen stattfinden um die Ungarische Wirtschaft zu beleben (AZ ADÓ- ÉS JÁRULÉKCSÖKKENTÉS, S.2-3); *Mehr Investitionen in das Land (ÖSZTÖNZŐ BEFEKTETÉSEK, S.3); *Starke kleine und mittlere Unternehmen sind gute Kooperationspartner für ausländische Firmen (ÖSZTÖNZŐ BEFEKTETÉSEK, S.3); *Erhöhen des Investitionskapitals nach Ungarn von 1,5 auf 2,5 Milliarden Euro (ÖSZTÖNZŐ BEFEKTETÉSEK, S.3); *Beleben der Wirtschaft mithilfe des Széchenyi Plans und Investitionen (SZÉCHENYI TERV, S.3); *Steuer- und Beitragserlass sichern Kapitalinvestitionen in die Wirtschaft (SZÉCHENYI TERV, S.3); *Wirtschaftswachstumssicherung sind Innovation, Logistik und Technologieparks (SZÉCHENYI TERV, S.3); *Konzentration der kleinen und mittleren Unternehmen in Technologieparks für bessere Erreichbarkeit (SZÉCHENYI TERV, S.3); *Pauschalsteuer und Kredit im unter 10% Interesse für kleine Unternehmen (ÉLETERŐS KIS- ÉS KÖZÉPVÁLLALKOZÁSOK, S.3-4); *Tourismus als dominierender Wirtschaftssektor in Ungarn (VENDÉGVÁRÓ MAGYARORSZÁG, S.5); *Wirtschaftswachstum könnte Ungarn bis 2015 auf den Standard der EU-Mitglieder bringen (MAGYARORSZÁG EURÓPA SZÍVÉBEN, S.13).

FIDESZ 2006:

*Wirtschaftspolitik mit Arbeitsplatzschaffungsschwerpunkt (Munka, S.4); *Senkung der Steuern für die Unternehmen (Új Széchenyi Terv, S.4); *Förderung der Tätigkeit der kleineren und mittleren Unternehmen (Új Széchenyi Terv, S.4); *Entwicklungspolitik und neue Arbeitsplätze statt Sparpolitik (Új Széchenyi Terv, S.4-5); *Reduktion des Arbeitgebersozialbeitrages für den Ausbau der Arbeitsplätze (Négy év alatt ötszázézer új munkahely, S.5); *Beitritt zur Europäischen Währungsunion im Jahr 2010 (Négy év alatt ötszázézer új munkahely, S.6); *Solidaritätsbasierte Wirtschaftspolitik in Ungarn (Állítsuk saját lábára a magyar gazdaságot!, S.6-7); *Unterstützung des fairen Handels und Alternativenbildung für die großen Einkaufszentren (Állítsuk saját lábára a magyar gazdaságot! S.8); *Unterstützung der inländischen Lieferanten (Állítsuk saját lábára a magyar gazdaságot!, S.8); *Förderung der Entwicklung des Tourismussektors und besonders der kleinen und mittleren Unternehmen für eine stärkere Wirtschaft (Turizmus - vendéglátás és önmagunk megismerése, S.12-13); *Bekämpfung der staatlichen Monopole (Szolidaritás és szabadság: letörjük az árakat, S.26); *Festlegen der Preis-Wachstumsobergrenze, strenger Verbraucherschutz (Szolidaritás és

szabadság: letörjük az árakat, S.27); *Kartellbekämpfung (Szolidaritás és szabadság: letörjük az árakat, S.27).

FIDESZ 2010:

*Vereinfachung der Verwaltung für effizientes Funktionieren der Unternehmen in Ungarn (Egyszerűbb és teljesíthetőbb feltételek a vállalkozások számára, S.28-29); *Einfaches Steuersystem für die Unternehmen (Egyszerűbb és teljesíthetőbb feltételek a vállalkozások számára, S.29); *Niedrigere Kreditzinsen für die Unternehmen (A fizetési fegyelem helyreállítása, a fizetési határidők rövidítése, S.30); *Beseitigen der Kartelle und Monopole für freien Wettbewerb auf dem Markt (A fizetési fegyelem helyreállítása, a fizetési határidők rövidítése, S.32); *Förderung der Unternehmen im Bausektor und deren Zusammenarbeit mit heimischen Herstellern (A magyar építőipar beindítása, S.32-33); *Marktexpansion auf dem ungarischen Inlandsmarkt (A magyar termékek, áruk, termelők, fogyasztók védelme, S.36-37); *Fördern der Hochwertigen ungarischen Produkte auf dem Markt (A magyar termékek, áruk, termelők, fogyasztók védelme, S.37); *Einführung der Qualitätsmerkmale auf ungarischen Produkten (A magyar termékek, áruk, termelők, fogyasztók védelme, S.37-38); *Keine Marktzugangsbeschränkungen aber ordnungspolitische Instrumente zum Schutz der kleineren und mittleren Produzenten und deren Konkurrenzfähigkeit auf dem Markt (A magyar termékek, áruk, termelők, fogyasztók védelme, S.38); *Wirtschaftsbeziehungen mit Nachbarländern (Az ország gazdasági kapcsolatainak megújítása, szélesítése, S.46); *Integration Ungarns in die großen Verkehrskorridore (Az ország gazdasági kapcsolatainak megújítása, szélesítése, S.46-47).

d.) Arbeitsverhältnisse:

REFORM1995:

*Verbesserung der Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst (Reform in the Governing System of the State, S.3).

REFORM 1999:

*Erhöhung des Durchschnittseinkommens (Sissetulekud peavad tõusma, S.1); jährliche Schaffung neuer Arbeitsplätze (Sissetulekud peavad tõusma, S.1).

REFORM 2003:

*weniger Arbeitslosigkeit und Schaffung neuer Arbeitsplätze (Uued töökohad ja palgatõus, S.4).

REFORM 2007:

*Strenge Kontrolle der Arbeitssicherheitsmaßnahmen (Saagem meid palju ja elagem kava, S.2); *Liberalisieren des Arbeitsmarktes und der Arbeitsverträge (Viime Eesti viie jõukaima Euroopa riigi hulka, S.3); *Sprachkurse und Sprachverbesserungskurse für den öffentlichen Dienst (Ilus eesti keel kõlaga uhkelt igal pool, S.3); Gesundheitliche Kontrolle bei der Arbeit (Tervisepoliitika; S.14); *Verringern der Arbeitsunfälle (Tervisepoliitika, S.14).

REFORM 2011:

*Mehr Arbeitgeber und -nehmer Mitsprache bei Gestaltung des Arbeitsmarktes (Tööturg, S.7); *Streikregulierende Regeln (Tööturg, S.7); *Arbeitsmarktsfreundlichkeit gegenüber erfahrener, älterer Menschen (Tööturg, S.7); *Arbeitgeber und Unternehmerpartizipation im Life-Long-Learning Programm (Tööturg, S.7); *kein Zufluss geringqualifizierter Arbeitskräfte aus dem Ausland (Tööturg, S.7); *Arbeitsmarktsattraktivität für ausländische Studenten und Spezialisten (Tööturg, S.7); *Infrastruktur- und Kommunikationsausbau für Verbesserung und Verbreitung der Home-Office-Arbeit (Eesti Idüll, S.37); *Verbesserte und gleiche Behandlung der Angestellten im öffentlichen Dienst (Minu Eesti on minu kindlus, S.44); *Programm für gesellschaftliche Reintegration der in den Auslandsmissionen teilgenommenen Soldaten (Turvaline ja julgeolekut loov Eesti, S.75); *Verbesserung der Konkurrenzbedingungen auf dem Arbeitsmarkt für Jugendliche mit Migrationshintergrund (Sinu turvaline kodu, sinu kodumaa, S.76); *Konkurrenzbasierte Arbeitsplatzvergabe im Öffentlichen Dienst (Tõhus ja moodne kodanike riik, S.80).

FIDESZ 1994:

*Verbesserte und bürokratisch vereinfachte Arbeitsbedingungen für die Polizei (Security for the Citizen, S.5); *Auf Investitionen basierte Schaffung neuer Arbeitsplätze zur Entlastung der Arbeitenden (What will the new government inherit?, S.10); *Arbeitnehmerfreundliche Arbeitgeber – Arbeitgeber müssen ihre Arbeitnehmer als Partner behandeln (A Half-Turn in the direction of Growth, S.11); *Übernahme des Sozialbeitrages seitens des Staates für Einstellen der Arbeitslosen am Anfang deren

Karriere (Growth Creates Jobs, S.12); *Umschulungsangebote in Kooperation mit konkreten Stellenaussichten für Arbeitslose (Growth Creates Jobs, S.12).

FIDESZ 1998:

*Arbeitslosigkeit ist eine materielle und mentale Belastung, daher sollen in den nächsten 5 Jahren 200 000 neue Arbeitsstellen geschaffen werden (ESÉLY A MUNKÁHOZ, S.4); *Bekämpfung der Arbeitslosigkeit unter jungen Leuten und Arbeitsmarkteinsteigern (TETTREKÉSZ FIATALOK, S.4-5); *Beschäftigung der Langzeitarbeitslosen in öffentlichen Bauprojekten und Städtesanierungen (A KÖZMUNKA ÉRTÉKE, S.7-8); *Gleichstellung der Frauen auf dem Arbeitsmarkt (ESÉLYEGYENLŐSÉGET A NŐKNEK, S.10); *Förderung der Schaffung der Halbtagesarbeitsstellen für Mütter (ESÉLYEGYENLŐSÉGET A NŐKNEK, S.10); *Bekämpfen der Schwarzarbeit (TISZTA VIZET A POHÁRBA, S.19).

FIDESZ 2002:

*Jeder, der arbeiten möchte, soll arbeiten können (A MUNKA BECSÜLETE, S.2); *Staat soll für die fehlenden Arbeitsstellen schaffen (A MUNKA BECSÜLETE, S.2); * Beschäftigung der Arbeitslosen, Roma und anderen schwer vermittelbaren Gruppen in Projekten der öffentlichen Arbeit (A KÖZMUNKA ÉRTÉKE, S.5); *Karriereförderungsprogramme für Angestellte im öffentlichen Dienst (ÉLETPÁLYAPROGRAMOK, S.9); *Erhöhen des Einkommens der Angestellten im Bildungs- und Gesundheitssystem (ÉLETPÁLYAPROGRAMOK, S.9); *Programm für den Progress des professionellen Lohns abhängig von Aufgaben, Erfahrung und Arbeitsbedingungen muss eingeführt werden (ÉLETPÁLYAPROGRAMOK, S.9); *Gleichstellungsprogramme für Behinderte auf dem Arbeitsmarkt (ESÉLY A FOGYATÉKOSOKNAK, S.10); *Ausstattung der Berufssoldaten mit Wohnungen (BIZTONSÁG ÉS VÉDELEM: NATO, S.14); *Bessere Anerkennung der Arbeit der Polizei (RENDŐRSÉG A POLGÁROKÉRT, S.15).

FIDESZ 2006:

*Dringende Notwendigkeit der Schaffung von neuen Arbeitsplätzen besonders in kleinen und mittleren Unternehmen (Négy év alatt ötszázezer új munkahely, S.5); *Mehr Toleranz zur Teilzeit- und Homeoffice Arbeit (Négy év alatt ötszázezer új munkahely, S.5); *Bekämpfen der Schwarzarbeit durch Sozialbeitragsreduktion (Négy év alatt ötszázezer új munkahely, S.5); *Vollbeschäftigung in Ungarn bis 2010 (Négy év alatt

ötszázézer új munkahely, S.6); *Staatliche Übernahme des Arbeitgeber-Sozialversicherungsbeitrages bei Einstellung von jungen Hochschulabsolventen in Unternehmen (Tudás - képzés - gazdaság, S.12); *Schaffen der zusätzlichen Arbeitsplätze durch Stärkung des Tourismussektors (Turizmus - vendéglátás és önmagunk megismerése, S.13); *Steigerung des Arbeitsprestige und Einkommen von Militär und Polizei (Honvédelem, hogy a haza is biztonságban legyen, S.20); *Familienfreundliche Beschäftigungs- und Karrieremodelle auf dem Arbeitsmarkt (Család, S.23); *Reintegration der Frauen auf den Arbeitsmarkt nach Elternzeit (Család, S.23); *Lohnerhöhung für Angestellte des öffentlichen Dienstes (Közelebb egymáshoz, S.31).

FIDESZ 2010:

*In den nächsten 10 Jahren Schaffung von 1000000 neuer Arbeitsplätze (Tíz év alatt egymillió új munkahely, S.26); *Bekämpfen der Arbeitslosigkeit, des Hauptgrundes der Armut in Ungarn (Tíz év alatt egymillió új munkahely, S.26); *Arbeitsmarktssituation, die Ermöglicht eine Wiedereinstellung nach längerer Arbeitslosigkeit (Tíz év alatt egymillió új munkahely, S.26); *Entwicklung und der Bau- und Landwirtschaft sowie Tourismus und Unternehmen als potentielle Bereiche mit wachsendem Arbeitsstellenanzahl (Tíz év alatt egymillió új munkahely, S.27); *Arbeitsstellen Anpassung an den Arbeitnehmermarkt (Tíz év alatt egymillió új munkahely, S.28); *Unternehmen müssen Arbeitsplätze schaffen (Átképzés, S.40-41); *Ausbildung und Umschulung als Option der beruflichen Rehabilitation (Átképzés, S.41); *Arbeitnehmerschutz und Gleichstellung Behinderter auf dem Arbeitsmarkt (Átképzés, S.41); *Programm der Öffentlichen Arbeit zur Beschäftigung von ungelerten Arbeitern und Roma (Közmunka, S.44); *Arbeitsmarktoffenheit für teilzeitarbeitende Mütter (A családok erősítése, a gyermekvállalás támogatása, S.75).

5.) SOZIALPOLITIK

a.) Familie:

ELDP 1992:

*Kindergeld (Sotsiaapoliitika, S.8), *Sicheres und bequemes Zuhause für jede Familie

(Sotsiaapoliitika, S.9); *Soziale Wohnungen (Sotsiaapoliitika, S.9); Wohnungen im Privateigentum (Sotsiaapoliitika, S.9).

REFORM 1995:

*staatliche Kredite für junge Familien (Population Policy, S.7); *Erhöhtes Kindergeld für das zweite und dritte Kind (Population Policy, S.7).

REFORM 1999:

*finanzielle Unterstützung für die Elternzeit (Toeks lastega perele, S.3); *KiTa Unterstützung direkt an die Eltern (Toeks lastega perele, S.3).

REFORM 2003:

*langfristiges Planen der Familienpolitik (Kindlustunne Lapsevanematele, S.1); *Entwicklung der Kinderfreundlichen Gesellschaft und Umstände für Eltern (Kindlustunne Lapsevanematele, S.1); *mehr Unterstützung für Mütter um Kinder und Job zu verbinden (Kindlustunne Lapsevanematele, S.1); *Erhöhung des Geburtengeldes (Kindlustunne Lapsevanematele, S.2); *Unterstützung für Eigenheimfinanzierung (Kindlustunne Lapsevanematele, S.2).

REFORM 2007:

*Elterngeld (Mutter oder Vater) bis zum 1,5 Lebensjahr des Kindes (Saagu meid palju ja elagem kava, S.1); *erhöhtes Elterngeld ab dem 3. Kind (Saagu meid palju ja elagem kava, S.1); *Ausbau der Kita Plätze (Saagu meid palju ja elagem kava, S.1); *KiTa Platzkompensation, wenn Kind keinen Platz hat (Saagu meid palju ja elagem kava, S.1); *staatliche finanzielle Unterstützung für Freizeitaktivitäten der Kinder (Saagu meid palju ja elagem kava, S.2); *Unterstützung der Kinderheime und Familien mit adoptierten Kindern (Saagu meid palju ja elagem kava, S.2); *Unterstützung der Alleinerziehenden (Saagu meid palju ja elagem kava, S.2); *Sport für Mütter und Kinder (Spordipoliitika – Sportlik eluviis läbi kogu elu! S.16); *Hobbygeld für Kinder (Spordipoliitika – Sportlik eluviis läbi kogu elu! S.16).

REFORM 2011:

*Estland als Familienzentriertes Land (Tööturg, S.7); *Erhöhen des Bewusstseins bei Eltern über Schutz ihrer Kinder bei Internetbenutzung (E-Riigist I-Riigiks, S.65); *Kindertagesstätte Platz für jedes Kind (Peresöbralik Riik, S.14); *Elternzeitfinanzierung

(Peresöbralik Riik, S.14); *Hobbygeld für Kinder (Peresöbralik Riik, S.15);
*Unterstützung für kinderlosen Paare (Peresöbralik Riik, S.15).

FIDESZ 1990:

*Option der gemeinsamen Steuern für Eheleute (Social System; S.7).

FIDESZ 1994:

*Familie ist der Grundbaustein der Gesellschaft (Security for the families, S.8); *Für die Erziehung der Kinder müssen Familien eine finanzielle Unterstützung erhalten (Security for the families, S.8); *Familie und Arbeit müssen besser vereinbar sein (Security for the families, S.8).

FIDESZ 1998:

*Mehr Kinder in die Familien (A JÖVŐ NEMZEDÉKE, S.8); *Mehr Unterstützung für alleinstehende Eltern (EGYEDÜL A GYERMEKKEL, S.8); *Unterstützung der jungen Familien durch Erlass der Mehrwertsteuer beim Bau des Eigenheimes, Kredite mit niedrigen Zinsen beim Kauf sowie Reduzierte Baumaterialien für Bau oder Renovierung des Eigenheimes (TISZTES CSALÁDI OTTHON, S.9).

FIDESZ 2002:

*Fidesz konzentriert sich in seiner Politik auf der Familie (A JÖVŐ NEMZEDÉKE, S.6); *Familie ist die Sicherstellung von sicheren und gesunden Präsenz sowie Zukunft (KÖZÉPPONTBAN A CSALÁD, S.6-7); *Unterstützung der Familien, besonders mit mehreren Kindern, durch Steuererlass, Mutterzeit, Bildungsgeld und zusätzliche finanzielle Hilfe (A CSALÁDI ADÓKEDVEZMÉNY, S.7); *Schwerpunkt auf Finanzierung der Eigenheime für Familien und Übergang von Mietverhältnissen auf Eigentum (OTTHONT A CSALÁDNAK, S.7); *Bau der Sozialhäuser für ärmere Familien (OTTHONT A CSALÁDNAK, S.7).

FIDESZ 2006:

*Weiterführen und erweitern der Finanzierungsmodelle des Eigenheimprogrammes für die ungarischen Familien (Otthon, S.15-16); *Familie als Grundlage einer gesunder und starken Nation (Család, S.22); *Familienfreundliche Steuern (Család, S.23); *Freiheit der Wahl bei Kinderbetreuungsmodell (Család, S.23); *Abschaffen der Erbschaftssteuer innerhalb des familiären Erbes (Család, S.24).

FIDESZ 2010:

*Das Familienstärkungsprogramm umfasst familienfreundliche Arbeitsstellen, Kinderbetreuung, psychosoziale Dienste, eine familienfreundliche Umwelt sowie Wohnungsmarkt (A családok erősítése, a gyermekvállalás támogatása, S.74-75);

*Dienstleistungseinrichtungen zur Freizeitbetreuung der Kinder (A családok erősítése, a gyermekvállalás támogatása, S.75).

b.) Sozialsystem:

ELDP 1992:

*Soziale Sicherung für die Schwächsten (Sotsiaapoliitika, S.7), *liberale Sozialpolitik mit verschiedenen Hilfsmodellen (Sotsiaapoliitika, S.8), *flexibles und anpassungsfähiges Sozialsystem (Sotsiaapoliitika, S.8); *genügende Rente (Sotsiaapoliitika, S.8); *Behindertengleichstellung (Sotsiaapoliitika, S.8); *Gleichstellungspolitik (Sotsiaapoliitika, S.10); *Mehr Erziehungsrechte an alleinstehende Väter (Sotsiaapoliitika, S.10); *Elternzeit für Männer (Sotsiaapoliitika, S.10); *liberales Sozialsystem (Sotsiaapoliitika, S.10); *würdige Lebensbedingungen für Häftlinge (Sotsiaapoliitika, S.10).

REFORM 1995:

*gute Wirtschaftspolitik ist das beste Sozialsystem (Social Policy and Health Care, S.8); *regionale Verwaltung der Sozialpolitik (Social Policy and Health Care, S.8); *persönlicher Zugang für Hilfeleistungen (Social Policy and Health Care, S.8); *Unterstützung der Privatvorsorgeoptionen (Social Policy and Health Care, S.8); *Familienzentrierte Sozialpolitik (Social Policy and Health Care, S.8); *Sozialbeitrag Aufgeteilt zwischen Arbeitnehmer und -geber (Social Policy and Health Care, S.8); *Staatliche Rente setzt sich zusammen aus den abgegebenen Sozialbeiträgen (Social Policy and Health Care, S.8-9).

REFORM 1999:

*keine Erhöhung der Sozialbeiträge (Kõigi toimetulek, S.4); *Sozialpolitik in regionalen Verwaltungen (Kõigi toimetulek, S.4).

REFORM 2003:

*Hilfe an die Arbeitslosen durch Arbeit statt Geld (Uued töökohad ja palgatõus, S.4); *Durchdachte Wirtschaftspolitik ist gute Sozialpolitik (Tuleb toetada nõrgemaid, S.8);

*Gezielte Verteilung der Sozialhilfe (Tuleb toetada nõrgemaid, S.8); *Beste Hilfe an Erwerbsfähige Menschen ist Arbeit (Tuleb toetada nõrgemaid, S.8).

REFORM 2007:

*staatliche Finanzierung der Profisportler (Spordipoliitika – Sportlik eluviis läbi kogu elu! S.16); *Sportmöglichkeiten für Behinderte (Spordipoliitika – Sportlik eluviis läbi kogu elu! S.16).

FIDESZ 1990:

*Staatliche Hilfe zum Vermeiden der gesellschaftlichen Segregation (Social System, S.6); *Staatliche Unterstützung nur für die Ärmsten (Social System, S.6).

FIDESZ 1994:

*Das Sozialsystem muss die Grundsicherung abdecken; der besondere Augenmerk soll auf Härtefälle gerichtet sein (Security for the Citizen, S.6); *Sozialsystem ist auf die Reintegration der besonders Bedürftigen in die Gesellschaft gerichtet und nicht für Faule und Schwarzarbeiter (Security for the Citizen, S.6-7); *Strenges Sozialsystem mit Arbeitsvermittlungszielen funktioniert am besten für die Reintegration der Menschen in die Gesellschaft (Security for the Citizen, S.7); *Reform des Rentensystems zur Drei-Säulen-Rente mit einer staatlicher Grundsicherung, einer Arbeitgeberbeteiligung und freiwilligen Eigenversicherung (Security for the Citizen, S.7-8); *Das Gesundheitssystem muss effizienter werden indem die Patienten freie Wahl der Ärzte haben (An efficient Healt Service, S.9); *Gesundheitswesen muss auf Prävention ausgerichtet sein (An efficient Healt Service, S.9); *Es muss ein Recht jedes einzelnen sein im Fall einer Krankheit behandelt zu werden (An efficient Healt Service, S.9).

FIDESZ 1998:

*Reform des Kindergeldsystems und längere Laufzeit der Auszahlung (GYERMEK A CSALÁDBAN, S.8); *Künftiges Benutzen der Steuergelder zugunsten der armen Familien und anderen Sozialprojekten (GÁTAT A GÁTNAK!, S.9); *Sicherung eines würdigen Lebensstandards für Ältere (AZ IDŐSKOR MÉLTÓSÁGA, S.11); *Keine Exklusion der Behinderten aus der Gesellschaft (ESÉLY A FOGYATÉKOSOKNAK, S.11); *Staatliche Programme zur Förderung der sportlichen Aktivität der Bürger sowie Bau und Sanieren der Anlagen (KIÉ ITT A TÉR?, S.12).

FIDESZ 2002:

*Das Rentensystem soll den Älteren ein Gefühl der Sicherheit und eines angenehmen Alterns vermitteln (AZ IDŐSKOR MÉLTÓSÁGA, S.7); *Die Anzahl der Rentner die unter der Armutsgrenze leben soll weiter sinken (AZ IDŐSKOR MÉLTÓSÁGA, S.7-8); *Besondere Konditionen für Witwen und erziehende Großeltern (AZ IDŐSKOR MÉLTÓSÁGA, S.7); *Reform der Rentensystems, sodass jeder entscheiden kann wann die Rentenzeit anfangen soll (AZ IDŐSKOR MÉLTÓSÁGA, S.7-8); *Die Kaufkraft der Rentner soll steigen (AZ IDŐSKOR MÉLTÓSÁGA, S.7-8); *Integration der Behinderten in Alltagsleben (ESÉLY A FOGYATÉKOSOKNAK, S.10).

FIDESZ 2006:

*Monatliche Essensgutscheine für ältere Menschen und Familien mit mehreren Kindern (Család, S.24); *14 Rentenauszahlungen im Jahr (Generációk szövetsége: több megbecsülés a nyugdíjasoknak, S.25); *Voller Rentensatz nach 40 Jahren Erwerbstätigkeit (Generációk szövetsége: több megbecsülés a nyugdíjasoknak, S.25); *Mehr staatliche Dienstleistungen an ältere Menschen (Generációk szövetsége: több megbecsülés a nyugdíjasoknak, S.25); *Einheitliche soziale Ermäßigungskarten für Junge und Ältere Menschen (Generációk szövetsége: több megbecsülés a nyugdíjasoknak; Most segítsük a fiatalokat - így lesz biztos a jövő! S.25); *Mehr Solidarität für Behinderte auf der persönlichen Ebene (Közelebb egymáshoz, S.33); *Soziale Integration der Menschen mit Behinderungen (Közelebb egymáshoz, S.33).

FIDESZ 2010:

*Das Sozialsystem muss mit langfristig geplanten Sicherheitssystemen ausgestattet werden (A szociális biztonság politikát új alapokra kell helyezni, S.73); *Stärkung der Familien und Unterstützung der Eltern (A szociális biztonság politikát új alapokra kell helyezni, S.74); *Barrierefreiheit in der Gesellschaft (A szociális biztonság politikát új alapokra kell helyezni, S.74); *Sozialer Schutz für Kinder und Jugendliche (A szociális biztonság politikát új alapokra kell helyezni, S.74); *Allgemeine Armutsbekämpfung (A szociális biztonság politikát új alapokra kell helyezni, S.74); *Jugendsport (A szociális biztonság politikát új alapokra kell helyezni, S.74); *Soziale Integration der Roma (A szociális biztonság politikát új alapokra kell helyezni, S.74); *Kooperation der Regierung, Kirchen, der zivilen Organisationen sowie Ehrenamtlichen im Bereich des Sozialsystems (A szociális biztonság politikát új alapokra kell helyezni, S.74); *Soziale Sicherheit im

Ruhestand (Az idősek tisztelete, megbecsülése, biztonsága, S.76); *Einbindung der älteren Menschen in das aktive soziale Leben (Az idősek tisztelete, megbecsülése, biztonsága, S.76); *Gewährleisten der Gesundheits- und sozialen Dienste als Norm für Ruhestand (Az idősek tisztelete, megbecsülése, biztonsága, S.77); *Soziale Sicherung der Behinderten (A fogyatékosokkal élők helyzete, S.77); *Förderung des Dialogs und der Solidarität gegenüber Menschen mit Behinderungen (A fogyatékosokkal élők helyzete, S.78); *Erhöhung der Effizienz des Sozialsystems und der Vergabe der Sozialhilfe (Szociális, gyermekvédelmi-gyermekjóléti szolgáltatások, S.79); *Besseres Subventionieren der bedürftigen Kinder (Szociális, gyermekvédelmi-gyermekjóléti szolgáltatások, S.80); *Schutz der Kinder vor Kriminalisierung und Drogenkonsum (Szociális, gyermekvédelmi-gyermekjóléti szolgáltatások, S.80); *Vermittlung der Werte an Kinder und Jugendliche (Szociális, gyermekvédelmi-gyermekjóléti szolgáltatások, S.80); *Senken der Suizidrate unter Jugendlichen (Szociális, gyermekvédelmi-gyermekjóléti szolgáltatások, S.80); *Bekämpfen der Überlastung der Kinderheime (Szociális, gyermekvédelmi-gyermekjóléti szolgáltatások, S.81); *Direkter Zugang zur Hilfe für Bedürftige Kinder (Szociális, gyermekvédelmi-gyermekjóléti szolgáltatások, S.81); *Armutsbekämpfung durch solidarische Teilhabe am Unglück der Anderen und Spendenbereitschaft (A nyomort enyhíteni, S.82-84); *Kinderförderung (A jövő építése: gyermekek, ifjúság és sport, S.84); *Permanente Kinderbetreuung und frühzeitiges Erkennen der Risikofälle (A jövő építése: gyermekek, ifjúság és sport, S.84-85); *Jugendsportförderung und Zugänglichkeit für alle Kinder (A jövő építése: gyermekek, ifjúság és sport, S.85).

c.) Gesundheitswesen

ELDP 1992:

*staatliche Krankenversicherung (Sotsiaapoliitika, S.8), *freie Wahl zwischen staatlichen Krankenhäusern und privaten Praxen (Sotsiaapoliitika, S.8); *Hausärzte (Sotsiaapoliitika, S.8); *würdige Lebensbedingungen für psychisch Kranke in den Heimen (Sotsiaapoliitika, S.10); *medizinisches Behandeln Alkoholsüchtiger Menschen (Sotsiaapoliitika, S.11).

REFORM 1995:

*staatliche Krankenversicherung (Social Policy and Health Care, S.9); regionale

Organisation der elementaren medizinischen Leistungen (Social Policy and Health Care, S.9); *freiwillige zusätzliche Krankenversicherung (Social Policy and Health Care, S.9).

REFORM 1999:

*Krankenversicherung für Steuerzahler (Hoolitsus tervise eest, S.4); *Einheitliches Krankenversicherungssystem (Hoolitsus tervise eest, S.4).

REFORM 2003:

*Bau von Gesundheitszentren (Kultuur kõigile, S.5); *Finanzielle Unterstützung an ländliche Sportzentren (Sport muudab inimese teotahteliseks, S.5); *Bekämpfung von Drogen- und HIV-Verbreitung (Inimestel peab olema turavtunne, S.6); *Akzent auf Krankheitsprävention und gesunden Lebensstil (Tervis on väärtus, S.8); *Erreichbarkeit der ärztlichen Hilfe (Tervis on väärtus, S.8); *Sanieren und Modernisieren der Krankenhäuser (Tervis on väärtus, S.8).

REFORM 2007:

*staatliche Finanzierung der Unfruchtbarkeitsbehandlung (Saagu meid palju ja elagem kaua, S.2); *Präventive Medizin und Suchtbekämpfung (Saagem meid palju ja elagem kaua, S.2); Logopäden Hilfe an Schulen (Ilus Eesti keel kõlgu uhkelt igal pool, S.3); *Gesunde Lebensweise (Tervisepoliitika, S.14); *Aufklärungsarbeit mit Jugendlichen (Tervisepoliitika, S.14); *kostenlose jährliche Gesundheitskontrolle (Tervisepoliitika, S.14); *Finanzierung des Gesundheitssystems (Tervisepoliitika, S.14); *Digitalisierung der Krankenakten und Übergang auf Digiretsepte (Tervisepoliitika, S.14); *Mehr Medikamente zu dotierten Preisen (Tervisepoliitika, S.15); *HIV-Präventionsarbeit und AIDS-Diagnose kostenlos (Tervisepoliitika, S.15).

REFORM 2011:

*Propaganda für gesunde Lebensweise (Terve Eesti, S.20); *Angleichen der medizinischen Versorgung an europäische Standards (Terve Eesti, S.20); *Freie Wahl des Ortes für medizinische Versorgung Europaweit (Terve Eesti, S.21); *Erweitern der Medikamentenauswahl auf dem Est. Markt und Öffnung des Marktes für Online-Apotheken (Terve Eesti, S.21); *Zusätzliche private Krankenversicherung (Terve Eesti, S.21); *Staatliche Strategie für Herz- und Krebskranke (Terve Eesti, S.21); *Gründung des Zentrums für psychisch Kranke Kinder (Terve Eesti, S.21); *Bevorzugte Finanzierung der medizinischen Leistungen für ältere Menschen (Terve Eesti, S.22); *Detaillierte Kostendarstellung für die Patienten (Terve Eesti, S.22); * Programme für

medizinische und gesundheitliche Aufklärung der Bevölkerung (Terve Eesti, S.22); *Ausbildung der Infrastruktur für ärztliche Hilfe (Terve Eesti, S.22); *Investitionen in Entwicklung der medizinischen Technologien (Terve Eesti, S.22).

FIDESZ 1990:

*Freie medizinische Versorgung mit der Option private Leistungen dazu nehmen zu können (Social System, S.7); *Freie Krankenhauswahl (Social System, S.7); *Kein staatliches Monopol in der Medizin (Social System, S.7).

FIDESZ 1998:

*Günstige Medikamente für Kinder (GYERMEK A CSALÁDBAN, S.8); *Bessere und günstigere Gesundheitspflege für Ältere (AZ IDŐSKOR MÉLTÓSÁGA, S.10); *Versorgung körperlich beeinträchtigter Menschen mit notwendigen medizinischen Vorrichtungen (ESÉLY A FOGYATÉKOSOKNAK, S.11); *Allgemeine Verbesserung und Restrukturierung des Gesundheitssystems in Ungarn (EGÉSZSÉGES EGÉSZSÉGÜGY, S.11-12); *Bessere Finanzierung des Gesundheitswesens und Bekämpfung der Korruption (EGÉSZSÉGES EGÉSZSÉGÜGY, S.11-12); *Einführung präventiver und gesundheitsfördernder Maßnahmen (EGÉSZSÉGES EGÉSZSÉGÜGY, S.11-12); *Drogenfreies Ungarn durch umfassende Eliminierung der Drogen und des Drogenkonsums aus der Gesellschaft (KÁBÍTÁS NÉLKÜL, S.18).

FIDESZ 2002:

*Stabile Medikamentenpreise (AZ ÉLET MINŐSÉGE, S.10); *Förderung der Privatpraxen und finanzielle Unterstützung für Geräteanschaffung (AZ ÉLET MINŐSÉGE, S.10); *Finanzielle Fördermittel für Sanierung des gesamten Gesundheitssystems (AZ ÉLET MINŐSÉGE, S.10); *Schwerpunkt auf präventive Medizin und Verbesserung der Gesundheit der Bürger (AZ ÉLET MINŐSÉGE, S.10); *Sport als Teil von staatlichen Gesundheitsprogramm (A MOZGÁS ÖRÖMÉÉRT, S.11); *Förderung des Jugendsports (A MOZGÁS ÖRÖMÉÉRT, S.11); *Drogenfreies Ungarn (KÁBÍTÁS NÉLKÜL, S.16); *Intensive Drogenpräventionsprogramme an den Schulen (KÁBÍTÁS NÉLKÜL, S.16).

FIDESZ 2006:

*Kostenlose Medikamente für Menschen im Alter über 60 Jahren (Család, S.24); *Kostenlose Versorgung mit bestimmten Medikamenten der Kinder unter drei Jahren (Család, S.24); *Bekämpfen von ständigem Anstieg der Medikamentenpreise (Szolidaritás és szabadság: letörjük az árakat, S.27); *Bessere Finanzierung des

Gesundheitssystem (Népegészség: kevesebb beteg, könnyebb gyógyulás, S.28); *Staatliche Garantie der Funktion des Gesundheitssystems und keine grenzenlose Privatisierung des Gesundheitssystems (Népegészség: kevesebb beteg, könnyebb gyógyulás, S.28); *Staatlicher Besitz der Apotheken (Népegészség: kevesebb beteg, könnyebb gyógyulás, S.28).

FIDESZ 2010:

*Sicherung der Qualität der Gesundheitsversorgung und der Behandlungen in Krankenhäusern (Az egészségügyi ellátás struktúrája, S.62-63); *Transparenz des Gesundheitssystems und keine Privatisierung der Krankenhäuser (Az egészségügyi ellátás struktúrája, S.63-64); *Verbesserung der Notfallmedizin (Az egészségügyi ellátás struktúrája, S.65); *Langfristige Finanzierung des Gesundheitssystems (Finanszírozás, S.65); *Einheitliches System der Krankenversicherung (Finanszírozás, S.66); *Medikamentenpreise Kontrolle (Finanszírozás, S.66); *Förderung des landesweiten Netzes unabhängiger Apothekenbetreiber (Finanszírozás, S.66); *Errichten einer Kontrollorganisation für Koordination und Qualitätssicherung des Gesundheitswesens (Az ÁNTSZ, S.67); *Verbesserung des Gesundheitszustands der Bevölkerung durch präventive Gesundheitsprogramme (Az ÁNTSZ, S.67-68); *Verhindern der Auswanderung des medizinischen Personals sowie Verbessern deren Einkommen und Anerkennung (Az ÁNTSZ, S.68); *Förderung der Gesundheitsforschung und Aquirierung der Investitionen (Az ÁNTSZ, S.69).

d.) Bildung

ELDP 1992:

*Umschulungssystem für Arbeitslose (Sotsiaapoliitika, S.8); *Bildung erreichbar für alle (Haridus ja Kultuur, S.11); *allgemeine Bildungsstandards durch staatliche Bildungspolitik (Haridus ja Kultuur, S.11); *freie Wahl der Schulform (Haridus ja Kultuur, S.11); kostenlose Grundschulbildung unabhängig von der Schulform (Haridus ja Kultuur, S.11); *Dezentralisierung der Schulen (Haridus ja Kultuur, S.11); *mehr Fächerwahl in der Oberstufe der Schulausbildung (Haridus ja Kultuur, S.11); *Entpolitisierte Bildung (Haridus ja Kultuur, S.12); *freiwilliger Religionsunterricht (Haridus ja Kultuur, S.12); *Netzwerk der Universitäten und deren Niederlassungen in kleineren Städten (Haridus ja Kultuur, S.12); *finanzierbare Hochschulbildung (Haridus ja Kultuur, S.12); *Volkshochschulen (Haridus ja Kultuur, S.12).

REFORM 1995:

*Etablierung des staatlichen und privaten Bildungssystems (Education and Culture, S.6);
Grundschule und Mittlere Reife staatlich finanziert (Education and Culture, S.7);
staatliche Politik für Weiterbildung und Umschulung (Education and Culture, S.7);
*staatliche Studienkredite für Universitätsstudium (Education and Culture, S.7);
*staatliche Finanzierung der Wissenschaft (Education and Culture, S.7).

REFORM 1999:

*Restrukturierung des Ausbildungssystems (Tõstame konkurentsivõimet, S.3);
*Förderung der Wissenschaft (Tõstame konkurentsivõimet, S.3); *Schülereinfluss auf
Bildungssystem (Haridus nõuab reformi, S.3); *staatliche Stipendien an Studenten
(Haridus nõuab reformi, S.3); *Erhöhung der Summe des Bildungskredites (Haridus
nõuab reformi, S.3).

REFORM 2003:

*staatlich finanzierte Mittelreife als Pflicht, nach Wunsch auch Oberstufe (Haritud
Eestlane, teadmisi väärtustav Eesti, S.2); *Entwicklung der Lernpläne (Kool koduseks,
S.2); *Modernisierung der Ausbildungsstruktur in Zusammenarbeit mit Unternehmen
und regionalen Verwaltungen (Kutseõppe ajakohastamine, S.2); *mehr private
Fördermittel für Hochschulen (Kõrgharidus kvaliteetseks, S.3); *Ausbau und Sanieren
der Hochschulen (Kõrgharidus kvaliteetseks, S.3); *Staatliche Bildungskredite und
Stipendien (Kõrgharidus kvaliteetseks, S.3); *staatliche Finanzierung der Wissenschaft
und Forschung (Kaasaegse teaduse saavutustele orienteeritud majandusareng, S.3);
*staatliche Programme für Finanzierung der estnischen Volkskunde (Kaasaegse teaduse
saavutustele orienteeritud majandusareng, S.3); Förderung des Unterrichtens,
Verbreitens und Erforschen der estnischer Volkskunde (Rahvuslik mälu, S.5).

REFORM 2007:

*Kostenloser Estnisch-Unterricht für Lehrer an russischsprachigen Schulen (Ilus eesti
keel kõlaga uhkelt igal pool, S.3); *Grundlegende Kenntnisse des Internets für jeden
durch Schulungen (Infoühiskonna edendamise poliitika – E-Eesti, S.10); *Online-Zugang
zum Lehrmaterial (Infoühiskonna edendamise poliitika – E-Eesti, S.10); *Grundlegende
IT-Kenntnisse an den Schulen und Umgang mit Internet (Infoühiskonna edendamise
poliitika – E-Eesti, S.10); *Schulsanierung (Haridus- ja teaduspoliitika: Hea haridus,
parem elu! S. 12); *Bildungskredite und leistungsorientierte Stipendien (Haridus- ja

teaduspoliitika: Hea haridus, parem elu! S. 12); *Hochschulbildung aufs europäische Niveau (Haridus- ja teaduspoliitika: Hea haridus, parem elu! S. 12); *Mehr Finanzierung (Haridus- ja teaduspoliitika: Hea haridus, parem elu! S. 12); *Finanzieren des Schulsports (Spordipoliitika – Sportlik eluviis läbi kogu elu! S.16); *Bessere Ausbildung für Sportpädagogen (Spordipoliitika – Sportlik eluviis läbi kogu elu! S.16); *Bildungsreform an russischsprachigen Schulen (Rahvusvähemuste poliitika – võrdsed võimalused, S.17); *Sprache als Basis für Staatsangehörigkeit (Rahvusvähemuste poliitika – võrdsed võimalused, S.17); *Abiturprüfung in Estnisch gleich dem Einbürgerungstest (Rahvusvähemuste poliitika – võrdsed võimalused, S.17).

REFORM 2011:

*Bildungssystem auf dem Niveau der nördlichen Nachbarstaaten (Tööturg; S.7); *Qualitätsbasierendes Bildungssystem (Konkurentsivõimelise haridusega Eesti, S.51); *Die ersten neun Jahre der Schulbildung gesetzlich Pflicht für Kinder (Konkurentsivõimelise haridusega Eesti, S.51); *Vielfältigkeit und Freiheit in Schulgründung und gleiche formunabhängige Finanzierung von staatlicher Seite für Bildungseinrichtungen (Konkurentsivõimelise haridusega Eesti, S.51-52); *Fortbildung und höheres Gehalt für Lehrer (Konkurentsivõimelise haridusega Eesti, S.52); *Angewandte und gestalterisch flexible Schulbildungsinhalte (Konkurentsivõimelise haridusega Eesti, S.52); *Steuererlass für Eltern die einen Bildungsfond für ihre Kinder oder sich selbst anlegen (Konkurentsivõimelise haridusega Eesti, S.52); *Mehr Freiheit für die personifizierte Gestaltung der Studien und Befreiung von Wehrpflicht für den Dauer des Studiums (Konkurentsivõimelise haridusega Eesti, S.53); *Bildungsfinanzierung erfolgt in Abhängigkeit von der Leistung (Konkurentsivõimelise haridusega Eesti, S.53-54); *Internationale Kooperationen im Wissenschaftsbereich und Leistungsorientierte Finanzierung (Konkurentsivõimelise haridusega Eesti, S.54); *Qualitätssicherung in den russischsprachigen Schulen und intensive Unterrichtung der estnischen Sprache (Konkurentsivõimelise haridusega Eesti, S.54); *E-Schule für aktive Beteiligung der Eltern und Erleichtern des Rucksacks der Schüler (E-Riigist I-Riigiks, S.65); *IT-Bildung als staatliche Priorität (E-Riigist I-Riigiks, S.65-66); *Ausbau des Studiums und Forschung im Sicherheitsbereich (Turvaline ja julgeolekut loov Eesti, S.74-75); *Anreize für Nicht-Esten für ein Hochschulstudium in Estland (Sinu turvaline kodu, sinu kodumaa, S.76-77).

FIDESZ 1990:

*Entwicklung des Schulsystems (Social System S.7); *Flexibles und anpassungsfähiges Bildungssystem (Education, S.9); *Das allgemeine Recht ab Volljährigkeit private Bildungseinrichtungen zu eröffnen (Education, S.9); *Teilnahme aller Interessenparteien bei Bildungsfragen: Schüler, Eltern, Lehrer, Geldgeber (Education, S.9); *Einführung der Altersbezogenen Pflichtprüfungen zur Schulbildung (Education, S.9); *Umverteilung der Bildungsfinanzierung (Education, S.9); *Ermöglichen der zusätzlichen privaten Finanzierung der Bildungseinrichtungen (Education, S.9); *Modernisierung des Bildungsgesetzes (Education, S.9); *Entpolitisieren des Bildungssystems (Education, S.9); *Mehr Schüler und Studierende in den Bildungseinrichtungen Ungarns (Education, S.10); *Internationalisierung und internationaler Austausch an den Schulen sowie Universitäten (Education, S.10); *Staatliche Unabhängigkeit der Wissenschaft (Education, S.10); *Organisatorische und finanzielle Unabhängigkeit der Universitäten vom Staat, jedoch finanzielle Unterstützung von der Seite des Staates (Education, S.10); *Die Schulen müssen Ungarische Geschichte, Kultur, Sprachen und Minderheiten im Unterricht behandeln (Nation, Minorities, Nationality Policy, S.14).

FIDESZ 1994:

*Verbesserung der Bildungsqualität in den Schulen (A Chance of the youth – open, efficient public education, S.16); *Gesamtschulen - keine frühes Separieren der Schüler nach Fähigkeiten (A Chance of the youth – open, efficient public education, S.16); *Mehr berufsbezogene Inhalte in der Oberstufe (A Chance of the youth – open, efficient public education, S.16); *Mehr Schulabsolventen an die Universitäten vermitteln. Schulabschlussprüfung als Aufnahmeprüfung an die Universität gestalten (A Chance of the youth – open, efficient public education, S.16-17); *Erhöhen des Prestige der Investitionsplatzierung in die Bildung und Universitäten (A Chance of the youth – open, efficient public education, S.17).

FIDESZ 1998:

*Staatliche Unterstützung der Bildungseinrichtungen (TETTREKÉSZ FIATALOK, S.4-5); *Jeder muss ein Beruf lernen können (TETTREKÉSZ FIATALOK, S.4-5); *Einführung der Schulpflicht bis 18 Jahren (A TUDÁS HATALMA, S.9-10); *Staatliche Finanzierung der Schulbücher und Mahlzeiten (A TUDÁS HATALMA, S.9-10); * Grundlagen der Arbeit mit dem Computer und zwei Fremdsprachen als Pflichtteil des Bildungsprogrammes (A

TUDÁS HATALMA, S.9-10); *Erstes Hochschulabschluss für alle Studiengebührenfrei (TANDÍJMENTES ELSŐ DIPLOMA, S.10); *Staat muss die Wissenschaft mehr fördern (A TUDÁS DICSŐSÉGE, S.15); *Stipendien zur Rückgewinnung der emigrierten Wissenschaftler aus dem Ausland (A TUDÁS DICSŐSÉGE, S.15); *Garantie der internationalen Vernetzung der ungarischen Wissenschaft (A TUDÁS DICSŐSÉGE, S.15); *Vermittlung der Basiskenntnisse der Benutzung des Computers für alle Bürger (A JÖVŐ SZÁZAD KIHÍVÁSA, S.15); *Schulbildung für Roma-Kinder (A ROMA KISEBBSÉG BEILLESZKEDÉSE, S.16).

FIDESZ 2002:

*Jeder, unabhängig vom Geburtsort oder sozialen Status soll gleiche Chancen auf Bildung haben (EGYENLŐ ESÉLYEK, S.8); *Das Niveau der Schulbildung muss gehoben werden (EGYENLŐ ESÉLYEK, S.8); *Schule bedeutet Zukunft, deswegen müssen Schulschließungen vermieden werden (EGYENLŐ ESÉLYEK, S.8); *Die zweite Berufsausbildung soll bis 23 Jahren kostenfrei sein (EGYENLŐ ESÉLYEK, S.8); *Bis 2006 die Abiturprüfungen werden an die Aufnahmeprüfungen der Universitäten angeglichen (EGYENLŐ ESÉLYEK, S.8); *Alle Bildungseinrichtungen müssen ans Internet angeschlossen werden (EGYENLŐ ESÉLYEK, S.8); *Staatliche Finanzierung der Schulbücher (EGYENLŐ ESÉLYEK, S.8); *Bau der 10000 zusätzlichen Wohnheimplätze (EGYENLŐ ESÉLYEK, S.8); * Arany János Talentförderprogramm für Bildungsförderung der benachteiligten Kinder (EGYENLŐ ESÉLYEK, S.8); *Weiterführende Studiengänge kostenlos für junge Eltern (A TUDÁS ÉRTÉK, S.8); *Anzahl der Studierenden muss an den europäischen Durchschnitt reichen (A TUDÁS ÉRTÉK, S.8); *Übergang der Ungarischen Hochschulen auf ECTS-Punktsystem für bessere Anerkennung der Studienleistungen an anderen Hochschulen (A TUDÁS ÉRTÉK, S.8); *Mehr Förderung der Wissenschaft und Forschung (A TUDÁS DICSŐSÉGE, S.9); *Förderung und Ausbau des Schulsports und dafür notwendigen Anlagen (A MOZGÁS ÖRÖMÉÉRT, S.11).

FIDESZ 2006:

*Mehr Berufsorientierung in der Bildung (Négy év alatt ötszáz ezer új munkahely, S.6); *Mehr Wissensvermittlung und Ressourcenerhöhen für die Forschung (Tudás - képzés - gazdaság, S.12); *Mehr staatliche Studienunterstützung und niedrigere Zinsen auf Studienkredite (Tudás - képzés - gazdaság, S.12); *Förderung des Auslandsaustausches während des weiterführenden Studiums (Tudás - képzés - gazdaság, S.12); *Errichtung

eines Wissensnetzwerkes im Karpatenbecken für Ungarische Minderheiten im Ausland (Tudás - képzés - gazdaság, S.13); *Ausbauprogramm für Kindergärten (Tanulás - lehetőség és munka gyermekeknek, S.29); *Schule als wichtiger Wissensvermittler für jedes Kind (Tanulás - lehetőség és munka gyermekeknek, S.29); *Mehr Schul- und Hochschulsport (Tanulás - lehetőség és munka gyermekeknek, S.29); *Mehr berufsbezogene Ausbildung insbesondere an Fachschulen (Tanulás - lehetőség és munka gyermekeknek, S.29-30); *Stipendienprogramme für begabte Schüler und Studenten (Tanulás - lehetőség és munka gyermekeknek, S.30); *Bessere Bildungsfinanzierung durch günstige Kredite (Tanulás - lehetőség és munka gyermekeknek, S.30); *Stipendienprogramme für Forscher (Tanulás - lehetőség és munka gyermekeknek, S.30); *Beteiligung der Studierenden und Eltern an bildungsbezogenen Fragestellungen (Tanulás - lehetőség és munka gyermekeknek, S.30).

FIDESZ 2010:

*Behebung des Mangels der gut ausgebildeten Fachkräften (A felsőoktatás és a szakképzés célszerűsítése, S.39); *Berufsausbildung mit dualem System (A felsőoktatás és a szakképzés célszerűsítése, S.39-40); *Einführen der Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre in das Schulprogramm (A felsőoktatás és a szakképzés célszerűsítése, S.40); *Förderung der Ausbildung der Ingenieure (A felsőoktatás és a szakképzés célszerűsítése, S.40); *Berücksichtigen der Behinderten im Bildungssystem (A fogyatékkal élők helyzete, S.78).

6.) KULTUR UND NATION

a.) Kultur

ELDP 1992:

*Unterstützung der Kultur durch Spenden und regionale Regierungen (Haridus ja Kultuur, S.12); *staatliche Kulturpolitikrichtlinien (Haridus ja Kultuur, S.12); *Dezentralisierung und Privatisierung der Medien (Haridus ja Kultuur, S.13).

REFORM 1995:

*staatliche Finanzierung der Kulturforschung (Education and Culture, S.7).

REFORM 2003:

*staatliche Bestellung und Finanzierung der volkstümlichen Forschung (Kaasaegse teaduse saavutustele orienteeritud majandusareng, S.3); *Digitalisieren und Veröffentlichung der Kulturerbe Unterlagen (Rahvuslik mälu, S.5); *Publikation von estnischen Musik- und Literaturwerken (Rahvuslik mälu, S.5); Denkmalschutz (Rahvuslik mälu, S.5); *Verbinden von Funk und Fernsehen und gesetzliche Definition von deren Aufgaben (Rahvuslik mälu, S.5); *Sanieren der Kulturzentren (Kultuur kõigile, S.5); *Bessere Buchversorgung der Bibliotheken (Kultuur kõigile, S.5); *Vergünstigte Eintritte für Kinder und Landbewohner in Kulturveranstaltungen (Kultuur kõigile, S.5); *Bekanntmachen der estnischen Kultur im Ausland (Eesti maailma, maailm Eestisse, S.5).

REFORM 2007:

*Übersetzen und Digitalisieren der estnischen Literatur in Welt Sprachen (Ilus Eesti keel kõlaga uhkelt igal pool, S.3); *Fernseh- und Funksendungen über die estnische Kultur in den russischsprachigen Sendern (Ilus eesti keel kõlaga uhkelt igal pool, S.3); * finanzielle Unterstützung der traditionellen Kulturevents (Kultuuripoliitika – Loovus on rikkus, S.15); *Transparente Finanzierung für Funk, Fernsehen und Theater (Kultuuripoliitika – Loovus on rikkus, S.15); *Förderung der Bibliotheken (Kultuuripoliitika – Loovus on rikkus, S.15); *Bekanntmachen estnischer Kultur im Ausland (Kultuuripoliitika – Loovus on rikkus, S.15); *Digitale Erreichbarkeit von Fernsehen und Funk (Kultuuripoliitika – Loovus on rikkus, S.16); *Sanieren und Bau von Museen (Kultuuripoliitika – Loovus on rikkus, S.16); *Fond für Kultur- und Design (Kultuuripoliitika – Loovus on rikkus, S.16); *Schutz des Kulturerbes und Denkmalschutz (Kultuuripoliitika – Loovus on rikkus, S.16); *Unterstützung der Eröffnung des staatlichen Russischen Museums (Rahvusvähemuste poliitika – võrdsed võimalused, S.17).

REFORM 2011:

*Staatliche Förderung an professionelle Kulturprojekte (Eestimaa, Kultuurimaa, S.27); *Mehr Kulturförderung durch die Europäische Union (Eestimaa, Kultuurimaa, S.28); *Gründung kulturbezogener Gemeinschaften und Vereinigungen (Eestimaa, Kultuurimaa, S.28); *Erreichbarkeit der Kultur für Bürger durch breite finanzielle Unterstützung aller Kulturzweige (Eestimaa, Kultuurimaa, S.28); *Bau des Musikgymnasiums, des Estnischen Volksmuseums, neues Gebäude der Staatsoper,

Sanieren der Nationalbibliothek und des Ugala Theaters (Eestimaa, Kultuurimaa, S.28-9); *Bekanntmachen estnischer Kultur im Ausland (Eestimaa, Kultuurimaa, S.29); *Mehr kulturelle Anteile in der gesamtschulischen Bildung (Eestimaa, Kultuurimaa, S.29); *Unterstützung der regionalen Museen (Eestimaa, Kultuurimaa, S.30); *Denkmalschutz und Denkmalpflege (Eestimaa, Kultuurimaa, S.30); *Schutz des Intellektuellen Eigentums und Autorenrechte (Eestimaa, Kultuurimaa, S.30); * Kulturwirtschaft als Teil von Wirtschaft (Eestimaa, Kultuurimaa, S.30); * Transfer der Kultur auch in die Online-Welt (E-Riigist I-Riigiks, S.64); *Schätzen der kulturellen Beiträge von Juden, Baltendeutschen, Altgläubigern, Estlandschweden und Finnougren und Aufrechterhalten deren Kultur in Estland (Sinu turvaline kodu, sinu kodumaa, S.77-78).

FIDESZ 1994:

*Notwendigkeit der Entwicklung einer freien, für alle zugänglichen langfristigen Kulturpolitik (The arts for consumers – consumers fort he arts, S.19); *Kultur soll Ideologiefrei sein (The arts for consumers – consumers fort he arts, S.19); *Kultur muss auch in der schwierigen wirtschaftlichen Lage gefördert werden, in der Zukunft müssen mehr private Sponsoren gefunden werden (The arts for consumers – consumers fort he arts, S.19); *Kultur soll von allen konsumiert werden und dafür müssen eine Reihe Ermäßigungen eingeführt werden (The arts for consumers – consumers fort he arts, S.19-20).

FIDESZ 1998:

*Kultur ist die Basis für nationale Gemeinschaft (A KULTÚRA VILÁGA, S.13); *Staat muss sowohl die Kultur Aufrechterhalten sowie ihren Konsum fördern (A KULTÚRA VILÁGA, S.13); *Stärkere Unterstützung der Museen, Bibliotheken, Theater, Kulturzentren und Kinos (A KULTÚRA VILÁGA, S.13); *Ermäßigungen für Besuch der kulturellen Einrichtungen (A KULTÚRA VILÁGA, S.13).

FIDESZ 2002:

*Errichten der ungarischen Kultur-Onlinedatenbank (SZÁZADUNK KIHÍVÁSA, S.9); *Kultur ist die Basis für die Aufrechterhaltung der nationalen Gemeinschaft (A KULTÚRA VILÁGA, S.11-12); *Sanieren und Erweitern der Ausstellungen der Museen (A KULTÚRA VILÁGA, S.11-12); *Digitalisieren der Bibliotheksbestände und Kataloge (A KULTÚRA VILÁGA, S.11-12); *Bau eines Millennium-Kulturkomplexes in Budapest (A KULTÚRA VILÁGA, S.11-12); *Beibehalten der Gleichstellung des Staates und der Kirche in der

Bildung und Gesundheit (A HIT A LEGSZEMÉLYESEBB KÖZÜGY, S.12); *Abkommen nach den die historischen Kirchen unabhängig von dem Staat funktionieren, jedoch mit Ausnahme der religiösen Organisationen die ihre Unabhängigkeit für den wirtschaftlichen Profit nutzen (A HIT A LEGSZEMÉLYESEBB KÖZÜGY, S.12); *Gleichstellung der Kirchlichen zu der standesamtlichen Trauung (A HIT A LEGSZEMÉLYESEBB KÖZÜGY, S.12); *Ungarn als Ort des Durchführens der Olympischen Spiele 2012 (OLIMPIA, S.13).

FIDESZ 2006:

*Budapest als Kulturzentrum Ungarns und Teilnahme im Kulturhauptstadt Wettbewerb (A magyar siker a magyar városok és a magyar vidék sikere, S.18); *Pflege der kulturellen Traditionen und Aufwertung der kulturellen Institutionen (Közelebb egymáshoz, S.31); *Errichten des Modern Art Museums als Zentrums der zeitgenössischen Kunst in Ungarn (Közelebb egymáshoz, S.32); *Förderung des Theaters und Durchführung der Theaterfestivals (Közelebb egymáshoz, S.32); *Sanieren der historischen Gebäude im Rahmen des Nationalen Kulturerbe Programms (Közelebb egymáshoz, S.32); *Mehr sportliche Aktivitäten für die Bürger (Közelebb egymáshoz, S.34); *Kirche als Ort der Vermittlung der nationalen Identität, Spiritualität und Kultur (Közelebb egymáshoz, S.34); *Aktive Beteiligung der Kirchen am öffentlichen Leben (Közelebb egymáshoz, S.34); *Durchführen der kulturellen Veranstaltungen die die nationalen Traditionen vermitteln (Közelebb egymáshoz, S.34); *Vermittlung eines realistischen und nicht stigmatisierten Kulturbildes der Roma durch Kulturveranstaltungen (Közelebb egymáshoz, S.36).

b.) Sprache:

ELDP 1992:

*care for the development of the Estonian language (National Policy, S. 6).

REFORM 2003:

*Verstärktes Unterrichten der estnischen Sprache und Kultur (Eesti maailma, maailm Eestisse, S.5); *Sprachkenntnisse als Voraussetzung für Staatsbürgerschaft (Riik ja kodanik, S.6).

REFORM 2007:

*Sprachaufbewahrungsklausel im GG (Ilus Eesti keel kõlgu uhkelt igal pool, S.3);

*Online-Möglichkeit zum Sprachlernen; Digitalisieren der Wörterbücher der estnischen Sprache (Ilus Eesti keel kõlagu uhkelt igal pool, S.4); *Software-Übersetzung in die estnische Sprache (Ilus Eesti keel kõlagu uhkelt igal pool, S.4); *Förderung des Studiums der Estnischen Sprache (Ilus Eesti keel kõlagu uhkelt igal pool, S.4); *Sprachunterricht an Estnischen Schulen Im Ausland (Ilus eesti keel kõlagu uhkelt igal pool, S.4), *finanzielle Förderung der Sprachinspektion für Kontrolle der Sprachbeherrschung (Ilus Eesti keel kõlagu uhkelt igal pool, S.4).

REFORM 2011:

*Sprache bedeutend sowohl für den Staat als Nation (Elus ja ilus Eesti keel, S.24); *Staatliches Programm für Sprachentwicklung (Elus ja ilus Eesti keel, S.24); *Sprache bedeutsam bei jeder Berufsausbildung (Elus ja ilus Eesti keel, S.25); *Entwicklung der alltagsunterstützenden sprachlichen Technologien (Elus ja ilus Eesti keel, S.25); *Förderung der Nichtmuttersprachler beim Lernen von Estnisch (Elus ja ilus Eesti keel, S.25-6); *Förderung für Erhalt der estnischen Dialekte (Elus ja ilus Eesti keel, S.26); * Förderung der Sprachkenntnisse der Auslandsesten und deren Kinder (Elus ja ilus Eesti keel, S.26); *Förderung des weltweiten wissenschaftlichen Studiums von Estnisch (Elus ja ilus Eesti keel, S.26); *Ausführung des Sprachrechtes und Kontrolle der Ausführung (Elus ja ilus Eesti keel, S.26); *Digitalisieren der Wörterbücher in Zusammenarbeit mit Google (E-Riigist I-Riigiks, S.64); *Intensives Unterrichten der estnischen Sprache für Jugendliche mit Migrationshintergrund als Voraussetzung für deren Zurechtkommen in der Gesellschaft (Sinu turvaline kodu, sinu kodumaa, S.76); *Bedürfnisbezogener Sprachunterricht für Erwachsene, Rentner und behinderte Menschen (Sinu turvaline kodu, sinu kodumaa, S.77).

FIDESZ 1998:

*Gesetzlicher Schutz der ungarischen Sprache und Kultur (NYELVÉBEN ÉL A NEMZET, S.14); *Kultivieren des Ungarisch und anderer sprachen der Minderheiten (NYELVÉBEN ÉL A NEMZET, S.14).

c.) Nation:

ELDP 1992:

* Aufrechterhalten der estnischen Nation (Rahvuspoliitika. Vähemused, S. 14).

REFORM 2007:

*Programm für Rückkehr im Ausland lebenden Esten; Unterstützung durch Stipendium für Studium oder soziale Sicherung (Ilus eesti keel kõlaga uhkelt igal pool, S.3); Kultur als Kontinuum des Volkes und des Staates (Kultuuripoliitika – Loovus on rikkus, S.15); *Bau des Estnischen Volksmuseums (Kultuuripoliitika – Loovus on rikkus, S.16).

FIDESZ 1990:

*Zugehörigkeit zu einer Nation ist ein Menschenrecht, daher ist jeder der sich zum Ungarn erklärt auch Ungar (Nation, Minorities, Nationality Policy, S.13); *Nation ist ein kulturelles Phänomen und der Staat hat kein Recht sich nach der Nationalität der Bürger zu erkundigen (Nation, Minorities, Nationality Policy, S.13); *FIDESZ zählt alle in Ungarn vorhandenen kulturellen Traditionen zu einer Nation (Nation, Minorities, Nationality Policy, S.13); *Nation kann nicht den freien Willen der Individuen und der Gemeinschaft begrenzen (Nation, Minorities, Nationality Policy, S.13).

FIDESZ 1998:

*Die Staatsgrenzen von Ungarn überlappen nicht mit den Grenzen der Ungarischen Nation (FELELŐSSÉG A MAGYAR NEMZETÉRT, S.14); *Etablieren eines regulären Dialoges mit Vertretern ungarischer Nation Außerhalb des Staates (FELELŐSSÉG A MAGYAR NEMZETÉRT, S.14); *Feiern der 1000 Jahre des Ungarischen Staates als verstärkendes Symbol für die Nation und ziviles Selbstbewusstsein (AZ EZER ÉVES MAGYAR ÁLLAM, S.14).

FIDESZ 2002:

*Vereinigung der Ungarn über Staatsgrenzen (FELELŐSSÉG A MAGYAR NEMZETÉRT, S.14); *Vergabe der ungarischen Staatsbürgerschaft an die ungarische Minderheit in Rumänien (FELELŐSSÉG A MAGYAR NEMZETÉRT, S.14); *Integration durch Statusgesetz der Ungarn im Ausland (FELELŐSSÉG A MAGYAR NEMZETÉRT, S.14).

d.) Minderheiten:

ELDP 1992:

*loyaler Umgang mit nationalen Minderheiten (Rahvuspoliitika. Vähemused, S. 15); *Förderung und Forderung der Estnisch-Kenntnisse der Minderheiten (Rahvuspoliitika. Vähemused, S. 15); *Entwicklung der Möglichkeiten der Vermittlung und

Aufrechterhaltung der eigenen Kultur der Minderheiten (Rahvuspoliitika. Vähemused, S. 15); *Einführung der liberaler Flüchtlingspolitik (Rahvuspoliitika. Vähemused, S. 15).

REFORM 1999:

*Sprachkenntnissen basiertes Staatsangehörigkeitsrecht (Eesti keele ja kultuuri kaitsel, S.4); *Ehrenvolles Behandeln in den Ausländerbehörden (Eesti keele ja kultuuri kaitsel, S.4).

REFORM 2003:

*Motivation für Estnisch lernen für Minderheiten (Terviklik Eesti, S.6); *Förderung der Kulturen der Minderheiten in Estland (Terviklik Eesti, S.6); *Sprachkenntnisbasierte Staatsangehörigkeitsvergabe (Riik ja kodanik, S.6).

REFORM 2007:

*Verbesserung der Sprachkenntnisse der Minderheiten durch Kindersprachkurse, kostenlose Beamtensprachkurse und Integration in estnischsprachige Arbeitsumgebung (Ilus eesti keel kõlaga uhkelt igal pool, S.3); *Recht der Minderheiten auf muttersprachliche Grundschule (Haridus- ja teaduspoliitika: Hea haridus, parem elu! S. 12); *Bau des Kulturzentrums für Minderheiten (Rahvusvähemuste poliitika – võrdsed võimalused, S.17); * Entwicklung der durch Minderheiten dominierten strukturschwachen Regionen (Rahvusvähemuste poliitika – võrdsed võimalused, S.17); *Informationsvermittlung in Russisch und anderen Minderheitensprachen (Rahvusvähemuste poliitika – võrdsed võimalused, S.17).

REFORM 2011:

*Verbesserung der Kommunikation zwischen den ethnischen Gruppen sowie Entwicklung der diesbezüglichen Projekte je nach Finanzierungsmöglichkeiten (Sinu turvaline kodu, sinu kodumaa, S.77); *Aufrechterhalten der mehrsprachigen Medien, unter anderem auch im Funk und Social Media Bereich (Sinu turvaline kodu, sinu kodumaa, S.77); Aufrechterhalten der Kulturen und deren Identitäten der Minderheiten in Estland (Sinu turvaline kodu, sinu kodumaa, S.78); *Integration den Minderheiten durch Vergabe der Staatsangehörigkeit an die unter-15 jährigen Kinder (Sinu turvaline kodu, sinu kodumaa, S.78).

FIDESZ 1990:

*Frage über die nationalen Minderheiten ist in Ungarn ungelöst (Nation, Minorities,

Nationality Policy, S.13); *Im Ausland lebende ungarische Minderheiten sind ein Teil der ungarischen Nation (Nation, Minorities, Nationality Policy, S.14); *Der Ungarische Staat ist sowohl für die im Ausland lebenden ungarischen als auch im Staat lebenden anderen Minderheiten verantwortlich (Nation, Minorities, Nationality Policy, S.14); *Minderheiten müssen neben Menschenrechten auch kollektive Minderheitenrechte besitzen (Nation, Minorities, Nationality Policy, S.14); *Verschiedene politische Organisationen müssen sich für den Schutz der Minderheiten zusammenschließen (Nation, Minorities, Nationality Policy, S.14); *FIDESZ Aufgabe ist es im Kontakt und als Informationsvermittler der Auslandsungarn zu fungieren (Nation, Minorities, Nationality Policy, S.14); *Ungarn mit Flüchtlingsstatus sollen schnellstmöglich die ungarische Staatsangehörigkeit erhalten (Foreign Policy, S.16).

FIDESZ 1998:

*Minderheiten in Ungarn Bereichern die Kultur (A KULTÚRA VILÁGA, S.13); *Fidesz unterstützt das Aufrechterhalten der Identitäten der Minderheiten (A KULTÚRA VILÁGA, S.13); *Förderung der Anerkennung der kollektiven Rechte der ungarischer Minderheiten (FELELŐSSÉG A MAGYAR NEMZETÉRT, S.14); *Integration und Lebensbedingungenverbesserung für 500 000 ungarisch-stämmiger Roma (A ROMA KISEBBSÉG BEILLESZKEDÉSE, S.16); *Roma sollten trotz Integration ihre Kultur aufbewahren (A ROMA KISEBBSÉG BEILLESZKEDÉSE, S.16).

FIDESZ 2002:

*Lösen des Problems der Roma Integration nicht nur durch Subsidien (A CIGÁNYSÁG FELEMELKEDÉSE, S.8); *Bildungsstipendien für junge Roma (A CIGÁNYSÁG FELEMELKEDÉSE, S.8); *Schaffen eines Roma Integrationsbüros für Bildungsförderung, Kulturschutz und Jobvermittlung (A CIGÁNYSÁG FELEMELKEDÉSE, S.8).

FIDESZ 2006:

*Stärken der Identität der nationalen Minderheiten (Közelebb egymáshoz, S.34); *Vollkommene Integration der Roma in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt (Közelebb egymáshoz, S.35); *Förderprogramme und Vermittlung der Schlüsselkompetenzen an Roma (Közelebb egymáshoz, S.36); *Schulbildung und intensive Betreuung der leistungsschwachen Roma-Schüler (Közelebb egymáshoz, S.36); *Förderung Hochschulstudiums bei Roma (Közelebb egymáshoz, S.36); *Allgemeine Steigerung der Lebensbedingungen der Roma in Ungarn (Közelebb egymáshoz, S.36).

FIDESZ 2010:

*Soziale Integration und Armutsbekämpfung der Roma (A cigánység körülményei, társadalmi beilleszkedése, S.81); *Entstigmatisierte Behandlung der Roma (A cigánység körülményei, társadalmi beilleszkedése, S.81); *Sanierungsmaßnahmen für Roma im Bildungs- und Berufsbereich (A cigánység körülményei, társadalmi beilleszkedése, S.82).

7.) INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN UND SICHERHEIT

a.) Europäische Union:

ELDP 1992:

*Aktive Teilnahme am Integrationsprozess (Eesti uuenevas maailmas, S. 16).

REFORM 1995:

*Schnelle Integration in die EU (The Security of the State, S.1).

REFORM 1999:

*EU-Beitritt (Rahvuslike huvide eest, S.5); * EU-Beitritt wird mit einem Referendum entschieden (Rahvuslike huvide eest, S.4-5).

REFORM 2003:

*Befürworten der transparenten EU-Integration (Euroopa Liiduga ühinemise toetamine, S.10); *Keine Machtzentralisierung in der EU (Euroopa Liiduga ühinemise toetamine, S.10); *Beschränken der Eurobürokratie (Euroopa Liiduga ühinemise toetamine, S.10); *Estland als aktives Mitglied der EU (Euroopa Liiduga ühinemise toetamine, S.10).

REFORM 2007:

*EU als Zukunft Estlands (Välispoliitika – Teeme Eesti suuremaks, S.18); Estland für aktive Rolle in der EU (Välispoliitika – Teeme Eesti suuremaks, S.18); *gemeinsame Energiepolitik auf der EU-Ebene (Välispoliitika – Teeme Eesti suuremaks, S.18); *Unterstützung der Westbalkan Länder für Mitgliedschaften der EU (Välispoliitika – Teeme Eesti suuremaks, S.18).

REFORM 2011:

*Langfristiges Vorbereiten auf den estnischen Vorsitz in der EU in 2018 (Piiridest suurem Eesti, S.67); *Beitritt zum UNO-Menschenrechtsaufsichtsrat in 2012 und

Sicherheitsrat 2020 (Piiridest suurem Eesti, S.67); *Estland als Unterstützer der EU-Erweiterungspolitik mit West-Balkan Staaten, Island, Türkei und Osteuropa Staaten (Piiridest suurem Eesti, S.68); *Gründen des Lennart Meri Nachbarschaftspartnerschaftszentrums der EU in Estland(Piiridest suurem Eesti, S.68).

FIDESZ 1990:

*Fidesz Außenpolitik ist auf die Europäische Integration gerichtet (Foreign Policy, S.15);

*Fidesz möchte eine internationale Kooperation für die Entwicklung eines nicht bewaffneten Europas (Foreign Policy, S.16).

FIDESZ 1994:

*Reintegration in die Europäische Gemeinschaft und allgemeine Europäisch-Atlantische Orientierung des Staates (Security for the Country, S.4); * Eins der wichtigsten Ziele ist die Integration Ungarns in die Europäische Union (Security for the Country, S.4).

FIDESZ 1998:

*Im EU-Beitrittsprozess muss Ungarn die Vorteile für die Entwicklung des Landes sehen und die Alternative der Peripherie kennen (EURÓPA POLGÁRAI VAGYUNK, S.4); *In dem Beitrittsprozess müssen nationale Interessen vertreten werden (EURÓPA POLGÁRAI VAGYUNK, S.4); *Die EU-Mitgliedschaft ist für Ungarn eine ökonomische und keine diplomatische Notwendigkeit (EURÓPA POLGÁRAI VAGYUNK, S.4); *EU-Beitritt bedeutet nicht nur Integration sondern auch Erreichen des gleichen wirtschaftlichen Standards (EURÓPA POLGÁRAI VAGYUNK, S.4).

FIDESZ 2002:

EU-Beitritt im Jahr 2004 (MAGYARORSZÁG EURÓPA SZÍVÉBEN, S.13); EU-Beitritt als Wunsch des Volkes Europäer und Ungarn zu sein (MAGYARORSZÁG EURÓPA SZÍVÉBEN, S.13); *Volksreferendum für die Endgültige Entscheidung über den Beitritt zur EU (MAGYARORSZÁG EURÓPA SZÍVÉBEN, S.13); *Währungsunionbeitritt bleibt bis 2006 offen (MAGYARORSZÁG EURÓPA SZÍVÉBEN, S.13); *Beitritt zu Europol (RENDŐRSÉG A POLGÁROKÉRT, S.15).

FIDESZ 2006:

*Handeln im persönlichen Interesse und Nutzen innerhalb von der EU (Külpolitika: a nemzetpolitika fontos ága, S.37); *Chancengleichheit in den neuen Mitgliedsstaaten und stärkere finanzielle Unterstützung der neuen Mitglieder (Külpolitika: a nemzetpolitika

fontos ága, S.37-38); *Vorbereitung der Ratspräsidentschaft im Winter 2011 (Külpolitika: a nemzetpolitika fontos ága, S.38).

b.) Nachbarschaftspolitik:

ELDP 1992:

*Nachbarschaftspolitische Offenheit in alle Richtungen (Eesti uuenevas maailmas, S.16);

*wirtschaftspolitische Beziehungen mit Russland und anderen ehem. Sowjetunion-Staaten (Eesti uuenevas maailmas, S. 17); *besondere Beziehungen und gemeinsamer Arbeits- und Wirtschaftsraum für Baltikum (Eesti uuenevas maailmas, S. 17).

REFORM 1995:

*Integration in die EU statt zurück zu Russland (The Security of the State, S.1);

*Unabhängigkeit und EU-Integration (Foreign Policy, S.9); Besondere Beziehungen mit Nachbarstaaten (Foreign Policy, S.9); *Außenpolitik durch nationale Interessen geprägt (Foreign Policy, S.10).

REFORM 1999:

*Export in die Nachbarstaaten (Rahvuslike huvide eest, S.5).

REFORM 2003:

*kulturelle und wirtschaftlichen Kooperation mit nördlichen Nachbarn (Väikeriik vajab koostööd, S.9); *Entwicklung der Exportbeziehungen (Väikeriik vajab koostööd, S.10).

REFORM 2007:

*Nachbarschaftspolitik im Rahmen der EU-Nachbarschaftspolitik (Välispoliitika – Teeme Eesti suuremaks, S.18); *Unterstützung neuer Demokratien (Välispoliitika – Teeme Eesti suuremaks, S.18); *Besonderer Stellenwert der Estland-Finnland Beziehungen (Välispoliitika – Teeme Eesti suuremaks, S.19); *wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Staaten der Ostsee (Välispoliitika – Teeme Eesti suuremaks, S.19); *gute Beziehungen zu den USA und Visafreiheit (Välispoliitika – Teeme Eesti suuremaks, S.19); *Mitwirkung in UNO-Projekten (Välispoliitika – Teeme Eesti suuremaks, S.18).

REFORM 2011:

*Unterstützung neuer Demokratien in Europa und rechtliche Lösung zu territorialen Fragen Georgiens, Moldaus und Transnistriens (Piiridest suurem Eesti, S.68-69); *Enge Nachbarschaftsbeziehungen mit allen Nachbarn in der Ostseeregion, Nordeuropäischen-

und Baltischen Staaten sowie Russland (Piiridest suurem Eesti, S. 69); *Aktive Position Estlands im OECD(Piiridest suurem Eesti, S.69); * Werben für die Menschenrechte und das Good Governance (Piiridest suurem Eesti, S.69); * Unterstützung bei der Entwicklung der Beziehungen zwischen EU und NATO, EU und den USA und Estland und den USA (Piiridest suurem Eesti, S.69); *Visumsfreiheit für Bürger Estlands in die USA, in die Türkei, nach Kanada, in die Ukraine, nach Georgien, nach Moldova, West-Balkan Staaten, nach Thailand und Brasilien (Piiridest suurem Eesti, S.69-70).

FIDESZ 1990:

*Die Außenbeziehungen von Ungarn müssen sich an Menschenrechten orientieren (Foreign Policy, S.15); *Außenpolitik muss von dem Friedensgedanken bestimmt sein (Foreign Policy, S.15); *Schutz der im Ausland lebenden Ungarn muss gewährleistet werden (Foreign Policy, S.15); *Verbessern der Beziehungen mit osteuropäischen Nachbarstaaten mit gleicher Geschichte (Foreign Policy, S.15).

FIDESZ 1998:

*Förderung der wirtschaftlichen Beziehungen mit den Nachbarstaaten (*Förderung der Anerkennung der kollektiven Rechte der ungarischer Minderheiten (FELELŐSSÉG A MAGYAR NEMZETÉRT, S.14).

FIDESZ 2006:

*Intensive Zusammenarbeit mit Nachbarstaaten im Interesse der Ungarischen Minderheiten (Külpolitika: a nemzetpolitika fontos ága, S.37); *Grenzüberschreitende Vereinigung der Ungarn (Külpolitika: a nemzetpolitika fontos ága, S.37).

FIDESZ 2010:

*Wirtschaftliche und infrastrukturelle Kooperation mit Nachbarländern (Az ország gazdasági kapcsolatainak megújítása, szélesítése, S.47); *

c.) Sicherheitspolitik:

ELDP 1992:

*kleingehaltene Armee (Eesti uuenevas maailmas, S. 17); *auf Schutz ausgerichtete Sicherheitspolitik (Eesti uuenevas maailmas, S. 17); *freiwilligenbasiertes Militärreserve (Eesti uuenevas maailmas, S. 17).

REFORM 1995:

*Integration in die EU (The Security of the State, S. 1); *Wiederherstellung des Sicherheitsgefühls der Bürger (Citizen's Security, S.1); *Kooperation zwischen örtlichen Organisationen und Polizei (Citizen's Security, S.2); *Effizienz der Gerichte (Citizen's Security, S.2); *Schutz des Privateigentums (Citizen's Security, S.2); *Verbesserung des Selbstschutzes der Bürger (Citizen's Security, S.2); *NATO-Mitgliedschaft (National Defence, S.9); *Berufsarmee und Grenzschutz (National Defence, S.9); *Freiwilligenorganisationen zum Schutz des Vaterlands (National Defence, S.9).

REFORM 1999:

*Sicherheit der Bürger als höchste Priorität der Sicherheitspolitik des Staates (Kaitstud ja turvaline kodu, S.2); *Erhöhung des Anteils der Berufssoldaten bei der Armee (Riigikaitse professionaalseks, S.5); *NATO-Mitgliedschaft (Riigikaitse professionaalseks, S.5).

REFORM 2003:

*Kriminalitätspräventionspolitik (Inimestel peab olema turvatunne, S.6); *internationale polizeiliche Zusammenarbeit (Inimestel peab olema turvatunne, S.6); *Sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit NATO (Riigikaitse professionaalseks, S.10); *Größerer Anteil der Berufssoldaten in der Armee (Riigikaitse professionaalseks, S.10).

REFORM 2007:

*Entwicklung der Strategie der inneren Sicherheit und Regelung in entsprechenden Gesetzgebung (Sisejulgeoleku- ja turvalisuspoliitika, S.8); *Estland als sicheres Land (Sisejulgeoleku- ja turvalisuspoliitika, S.8); *Moderne Technologien zur Unterstützung der inneren Sicherheit (Sisejulgeoleku- ja turvalisuspoliitika, S.8); *höhere Gehälter an und besser ausgebildete Angestellte (Sisejulgeoleku- ja turvalisuspoliitika, S.9); *Internationale Sicherheitspolitische Kooperation mit Nachbarländern, der EU und den USA (Sisejulgeoleku- ja turvalisuspoliitika, S.9); *Haftungsstätten Reform (Sisejulgeoleku- ja turvalisuspoliitika, S.9); *Gemeinsame Sicherheitspolitik der EU (Välispoliitika – Teeme Eesti suuremaks, S.18); *Mitgliedschaft in NATO als Synonym für Sicherheit (Välispoliitika – Teeme Eesti suuremaks, S.18); *estnische Sicherheitspolitik als Teil der europäischen Sicherheitspolitik (Kaitsepoliitika – Koostöö ja professionaalsus, S.19); *Konkurrenzfähiges Einkommen für das Aufrechterhalten und Professionalität der Armee (Kaitsepoliitika – Koostöö ja professionaalsus, S.19);

*Berufsarmee mit freiwilliger Dienstoption für junge Menschen (Kaitsepoliitika – Koostöö ja professionaalsus, S.19); *Gewässerschutz (Kaitsepoliitika – Koostöö ja professionaalsus, S.20); *Schutzunion als Freiwilligen Organisation für Schutz des Vaterlandes (Kaitsepoliitika – Koostöö ja professionaalsus, S.20).

REFORM 2011:

Cyber-Sicherheit der Bürger (Minu Eesti on minu kindlus, S.43); *Modernisierung und langfristiges Planen der staatlichen Sicherheitsstrategie (Minu Eesti on minu kindlus, S.43); *Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich (Minu Eesti on minu kindlus, S.44); *Staatliche Sicherheit durch möglichst billige und umweltfreundliche Energiereserven (Energiajulgeolek, S.57); Sicherheit auf dem Ostsee (Ühendatud Eesti, S.62); *Estland als sicherer Partner im NATO vor allem bei Auslandsmilitäreinsatz, Cyber-Sicherheit und Energiesicherheit sowie Terrorismusbekämpfung (Piiridest suurem Eesti, S.67-68; Turvaline ja julgeolekut loov Eesti, S.71); *Afghanistan-Mission ist eine der wichtigsten Missionen von NATO für die Gestaltung einer sicheren Zukunft und Bekämpfung der Ausbreitung der Drogen (Piiridest suurem Eesti, S.68); *Erweiterung des Kreises der NATO-Mitgliedsstaaten auf dem Balkan in Süd-Kaukasus, Ost- sowie Nordeuropa (Piiridest suurem Eesti, S.68); *Aktive Rolle und Teilnahme an der NATO Gemeinschaftspolitik in zivilem Bereich und im Bereich Militär (Turvaline ja julgeolekut loov Eesti, S.72); *Breites sicherheitspolitisches Spektrum und gleiche Beteiligung und Verantwortung für alle Ministerien (Turvaline ja julgeolekut loov Eesti, S.72); *Bündeln von Zuständigkeiten für Militär und Rettungskräften, Reform des Landesverteidigungsgesetzes durch den Parlament und Einführung der Definition der Kriegszeit und Friedenszeit in das Landesverteidigungsgesetz (Turvaline ja julgeolekut loov Eesti, S.72-73); *Freiwillige Bürgerverteidigungsorganisation (Kaitseliit) als Basis für die Landesverteidigung (Turvaline ja julgeolekut loov Eesti, S.73); *Landesverteidigungsbudget auf 2% des Bruttoinlandsproduktes heben (Turvaline ja julgeolekut loov Eesti, S.73); *Kooperation mit Partnerländern für bessere Aufrüstung der Estnischen Armee und allgemeine Modernisierung der Wohn- und Trainingsbedingungen (Turvaline ja julgeolekut loov Eesti, S.73-74); *Entwicklung in Richtung der professionellen Armee aber kein Abschaffen der Wehrpflicht (Turvaline ja julgeolekut loov Eesti, S.74); *Verkürzung der Wehrpflicht auf sechs Monate und Bevorzugte Aufnahme der Freiwilligen (Turvaline ja

julgeolekut loov Eesti, S.74); *Bau des NATO-Cyberkompetenzzentrums in Estland und Schwerpunktausbau bei der estnischen Armee (Turvaline ja julgeolekut loov Eesti, S.74).

FIDESZ 1990:

*Fidesz möchte, dass Ungarn aus dem Warschauer Pakt austritt oder sich mindestens als Neutral erklärt (Foreign Policy, S.15-16); *Ungarn muss Schritt nach Schritt militärische Kräfte abbauen und ein Neutralitätsstatus erreichen (Foreign Policy, S.16).

FIDESZ 1994:

*Die beste Sicherheitspolitik ist eine sensible Außenpolitik (Security for the Country, S.4); *Freiheit und Sicherheit von Ungarn ist durch den Beitritt zu den Europäischen politischen, ökonomischen und militärischen Unionen (Security for the Country, S.4); *Beitritt Ungarns zu NATO so schnell wie möglich (Security for the Country, S.4); *Sicherheitsgewährleistung durch moderne, günstige und effiziente Armee (Security for the Country, S.5); *Sicherheit im Lande muss durch effiziente Polizei und staatlich unterstützte Bürgerwache gesichert werden (Security for the Citizen, S.6).

FIDESZ 1998:

*NATO-Mitgliedschaft als Garantie für Sicherheit Ungarns (BIZTONSÁG ÉS VÉDELEM: NATO, S.19); *Weniger Ausgaben für Grenzschutz und nationale Sicherheit (BIZTONSÁG ÉS VÉDELEM: NATO, S.19); *Verkürzung des Militärdienstes auf sechs Monate (BIZTONSÁG ÉS VÉDELEM: NATO, S.19); *EU als Garant der Sicherheit an den Grenzen Ungarns (BIZTONSÁG ÉS VÉDELEM: NATO, S.19).

FIDESZ 2002:

*Die Sicherheit Ungarns ist dank NATO-Mitgliedschaft höher als je (BIZTONSÁG ÉS VÉDELEM: NATO, S.14); *Väter von zwei oder mehr Kindern sind von dem Grundwehrdienst befreit (BIZTONSÁG ÉS VÉDELEM: NATO, S.14); *Entwicklung in Richtung einer rein professionellen Armee (BIZTONSÁG ÉS VÉDELEM: NATO, S.14); *Bereitschaft junger Männer ihr Vaterland in den Auslandseinsätzen zu verteidigen (BIZTONSÁG ÉS VÉDELEM: NATO, S.14); *Statt Grundwehrpflicht Schaffung der „Nationalen Husaren“ (BIZTONSÁG ÉS VÉDELEM: NATO, S.14).

FIDESZ 2006:

*Erhöhen der Anzahl der Polizei und Sicherheitspersonals (Honvédelem, hogy a haza is biztonságban legyen, S.20); *Entwicklung einer Berufsarmee (Honvédelem, hogy a haza is biztonságban legyen, S.20).

FIDESZ 2010:

*Stärkere und effizientere Polizei durch Reform des Polizeiwesens (Erős, szolgáló és nem uralkodó rendőrség, S.54-55); *Erhöhen der Anzahl der Polizisten (Több rendőr, több fizetessel és több eszközzel, S.55); *Stärkere Polizeipräsenz in der Öffentlichkeit (Állandó, erős rendőri jelenlétminden magyar településen, S.56).

ANHANG 2: Leitfaden der Experteninterviews

Leitfaden der Experteninterviews: Einstiegs- und Orientierungsfragen.

1	Ideologische Zuordnung		
Einleitende Frage	Schlüsselwörter	Zusätzliche Fragen	Theor. Bezug
An welche Partei denken Sie im Zusammenhang mit dem Typ „liberale Partei“ in Estland/ in Ungarn?	-Parteifamilie -Fidesz -Reformierakond/ ELDP	-Elemente einer liberalen Partei? -Schlagwort: „liberale Partei“ -In welchen ideologischen Gruppen sehen Sie die Partei Fidesz/ Reformierakond? -Heute? -Zu den Gründungszeiten?	Einordnung der Parteien

2	Programmatik der Partei		
Einleitende Frage	Schlüsselwörter	Zusätzliche Fragen	Theor. Bezug
Mit welchen Worten würden Sie die Parteipolitik beschreiben?	-Themen -Politiken	-Mit welchen Politiken verbinden Sie Fidesz/ Reformierakond/ELDP? -Können Sie die zentralen Themen der Politik der Partei auflisten? -Benutzt die Partei bestimmte gesellschaftliche Konflikte? -Verbinden Sie die Partei mit einer bestimmten Politik wie: Familienpolitik/ Wirtschaftspolitik?/ etc. Wieso?	Programma- tische Inhalte

3	Organisatorische Aspekte		
Einleitende Frage	Schlüsselwörter	Zusätzliche Fragen	Theor. Bezug
Wie würden Sie den Aufbau der Partei beschreiben?	-Interne Demokratie -Parteibasis -Parteiführung -Rechte	-Wie sehen Sie das Verhältnis zwischen Parteibasis und Parteiführung? -Würden Sie sagen, dass es Meinungsverschiedenheiten zwischen Führung und Basis gibt? -Ist die Parteibasis eher eine Inspiration oder in einem Abhängigkeitsverhältnis von der Parteiführung?	Aufbautypus und Rolle der Führung

4	Transformation der Partei		
Einleitende Frage	Schlüsselwörter	Zusätzliche Fragen	Theor. Bezug
Wenn Sie an Fidesz/ Reformierakond/ ELDP denken, verbinden Sie die Partei eher mit Stabilität oder mit Veränderung?	-Veränderung -Veränderungs- bezogene Inhalte -Gründe	-Wieso treten die Veränderungen auf? -Welche Art von Veränderungen treten auf? -Wie oft kommen die vor? -Verbinden Sie die Veränderungen mit bestimmten gesellschaftlichen Ereignissen? -Verbinden Sie die Partei mit bestimmten Ereignissen? -Wie hängt der Umfeld der Partei mit den Veränderungen zusammen?	Party Change

5	Wahlen		
Einleitende Frage	Schlüsselwörter	Zusätzliche Fragen	Theor. Bezug
Wodurch ist der konstante/ wechselnde Wahlerfolg der Reformierakond/ des Fidesz bedingt?	-Erfolg -Verlust	-Was sind die Besonderheiten, die Ihnen im Zusammenhang mit den Wahlen einfallen? -Was sind die Gründe für solche Wahlergebnisse?	Wahlen im Bezug auf den Wandel
6	Einstufung der Wahlperformanz		

Fidesz

1990	1994	1998	2002	2006	2010

Reformierakond/ELDP

1992	1995	1999	2003	2007	2011

Triumphal – decisive confirmation of party positive performance (large gain of seats/votes in one election)

Gratifying – distinct endorsement of party performance (moderate gain in votes/seats, rivals inferior, gain of leading governmental role)

Tolerable – party performance as politically normal and expected (may though contain a small loss or gain of seats or votes)

Disappointing – rebuke to the party from its performance (moderate loss of votes or seats to the rival party, loss of the leading role in the government)

Calamitous – negative election performance (such as: large loss of seats or votes, decline from normal vote-turnout in negative direction)

Quelle: Harmel, Robert; Heo, Uk; Tan, Alexander; Janda, Kenneth (1995): Performance, Leadership, Factions and Party Change: An Empirical Analysis. In: West European Politics 18 (1), S. 1–33.

ANHANG 3: Liste der Geführten Interviews

Prof. Dr. Attila Ágh, Corvinus University Budapest

Dr. Alexandr Astrov, Central European University Budapest

Prof. Dr. András Bozoki, Central European University Budapest

Paul-Eerik Rummo, Parlamentsabgeordneter

Dr. Andreas Schmidt-Schweizer, Hungarian Academy of Science

Dr. Allan Sikk, University College London

Dr. Margit Tavits, Washington University in St. Louis

Prof. Dr. Rein Toomla, Universität Tartu

Dr. Csaba Tóth, Republikon Intézet